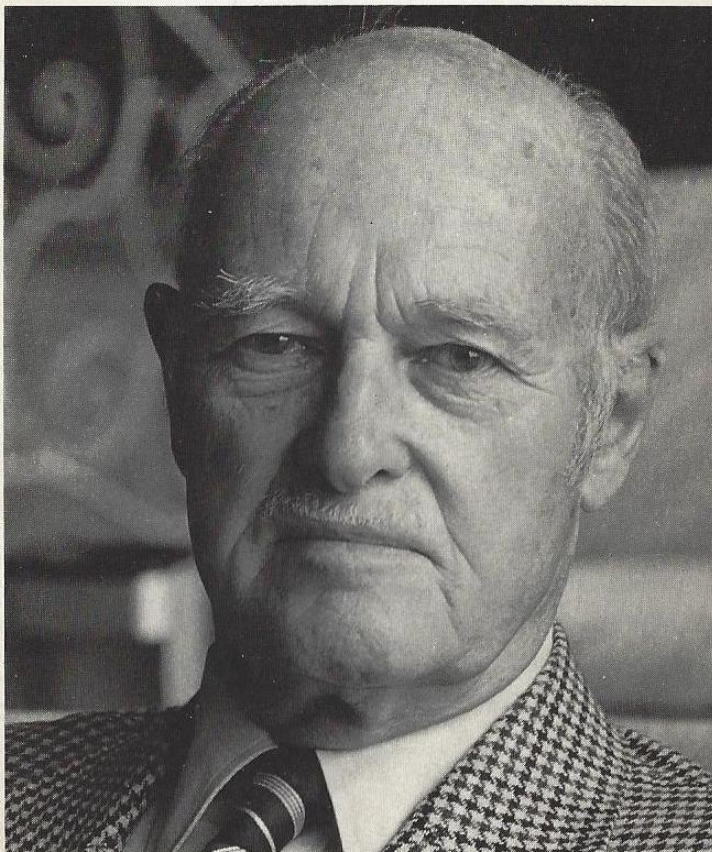


**George
F. Kennan:
Memoiren eines
Diplomaten**



dtv
Biographie

»Der gewichtige Inhalt wird in einer Form
dargeboten, die von höchstem
künstlerischem Reiz ist und die Lektüre
zu einem Genuß macht.«

Süddeutsche Zeitung



DM 14.80

dtv

Deutscher
Taschenbuch
Verlag



Wehrmachtssoldaten werden durch hochzivilisierte US-Hilfssheriffs bewacht...



Dresden nach der «Befreiung» durch die Westalliierten...



George F. Kennan:
Memoiren eines Diplomaten

Vorwort von Klaus Mehnert

Aus dem Amerikanischen
von Heidi von Alten



Deutscher
Taschenbuch
Verlag



Ungekürzte Ausgabe
1. Auflage Februar 1971
2. Auflage Oktober 1982: 14. bis 23. Tausend
Deutscher Taschenbuch Verlag GmbH & Co. KG, München
Titel der Originalausgabe: ‚Memoirs 1925-1950‘
erschienen bei Little, Brown and Company, Boston 1967
© 1967 by George F. Kennan
Umschlaggestaltung: Celestino Piatti
Umschlagfoto: Deutsche Presse-Agentur – Egon Steiner
Gesamtherstellung: C. H. Beck’sche Buchdruckerei,
Nördlingen
Printed in Germany • ISBN 3-423-10096-6

Eingescannt mit OCR-Software ABBYY Fine Reader

Das Buch

Fundierte Kenntnis, ausgewogenes Urteil und die Fähigkeit zur selbstkritischen Analyse machen dieses ebenso brillant geschriebene wie sorgfältig dokumentierte Erinnerungsbuch zu einem der bedeutendsten politischen Zeugnisse der ereignisreichen und dramatischen Jahre zwischen 1925 und 1950. Es ist der Rechenschaftsbericht eines der klügsten US-Diplomaten der letzten Jahrzehnte und ein grosses politisches Buch. Ein bemerkenswerter Umstand erhöht noch den Reiz dieser Erinnerungen: Kennan ist bereit, eigenen Irrtum und Fehlentscheidungen des US-State Department zuzugeben.

George F. Kennan hat im Auswärtigen Dienst der Vereinigten Staaten von Amerika viele Stationen durchlaufen – er war in Riga, Wien, Prag, Lissabon und London sowie wiederholt in Berlin, Moskau und Washington tätig. Das zentrale und vor allem deutsche Leser interessierende Thema seiner Memoiren ist Deutschland und die Sowjetunion.

Der Autor

George F. Kennan, am 16. Februar 1904 in Milwaukee geboren, Leiter des 1976 von ihm gegründeten Institute for Advanced Russian Studies in Washington, Historiker und Diplomat, ist einer der besten Kenner der Geschichte, Zeitgeschichte und Kultur Russlands. Von 1929 bis 1931 studierte er russische Sprache und Literatur sowie Geschichte und Politische Theorie in Berlin. Von 1931 bis 1963 stand er im diplomatischen Dienst der Vereinigten Staaten von Amerika, unterbrochen durch seine Lehrtätigkeit am Institute for Advanced Studies in Princeton, am Balliol College in Oxford und an der Universität von Chicago. Kennan ist Träger höchster internationaler Auszeichnungen; 1982 wurde ihm der Friedenspreis des Deutschen Buchhandels verliehen. Weitere Veröffentlichungen:

- „Amerikas Aussenpolitik 1900 bis 1950 und ihre Stellung zur Sowjet-Macht“ (1952),
- „Russland, der Westen und die Atomwaffe“ (1958),
- „Amerika und die Sowjetmacht“ (2 Bände, 1960),
- „Memoiren 1950-1963“ (1973),
- „Wolken der Gefahr. Aktuelle Probleme der amerikanischen Aussenpolitik“ (1978),
- „Bismarcks europäisches System in der Auflösung“ (1981).

Dies Buch ist meinen vier Kindern, Grace, Joan Elisabeth, Christopher James und Wendy Antonia, zugeeignet. Möge es, was immer sonst es bewirkt, ihr Verständnis wecken für die Wege und Irrwege, die ihr Vater gegangen ist, und für die Niederlagen und Siege, die ihm beschieden waren.

Inhalt

Vorwort	9
I. Eine Anmerkung zur Person	11
II. Vorbereitung auf Russland	33
III. Moskau und Washington in den dreissiger Jahren	67
IV. Prag nach dem Münchener Abkommen	96
V. Deutschland im Kriege.....	113
VI. Portugal und seine Azoren	150
VII. Die Europäische Beratende Kommission.....	172
VIII. Noch einmal Moskau – und Polen	196
IX. Moskau und der Sieg in Europa	224
X. Von der deutschen Kapitulation bis Potsdam . .	259
XI. Das lange Telegramm	277
XII. Zwischenstation an der Kriegsakademie.....	303
XIII. Die Truman-Doktrin.....	318
XIV. Der Marshallplan.....	329
XV. Der Artikel von «Mr. X»	358
XVI. Japan und MacArthur.....	371
XVII. Das Nordatlantische Bündnis.....	398
xXVIII. Deutschland	415
XIX. Die Zukunft Europas	448
XX. Abschied von Washington	468

Anhang

A. Russland nach sieben Jahren (September 1944). .	501
B. Russlands internationale Stellung am Ende des Krieges gegen Deutschland (Mai 1945).....	535
C. Auszüge aus dem Drahtbericht aus Moskau vom 22. Februar 1946	552
D. Auszüge aus ‚Die Vereinigten Staaten und Russland‘ (Winter 1946)	569
Personen- und Sachregister	576

(Die von der Übersetzerin für das deutsche Lesepublikum hinzugefügten Anmerkungen sind jeweils durch den Hinweis «AdÜ» – Anmerkung des Übersetzers – gekennzeichnet.)

Vorwort

Als ich jetzt, genau fünfzehn Jahre nach dem Erscheinen der amerikanischen Ausgabe (1967), die Kennan-Memoiren wieder las, war ich von der Lektüre nicht weniger fasziniert als damals, vielleicht noch mehr, da der zeitliche Abstand zu den hier geschilderten Ereignissen den Blick für das Wesentliche jener Jahre geschärft hat. Wer das Buch heute zum ersten Mal lesen wird, den erwartet ein grosses zeitgeschichtliches Dokument wie auch ein stilistischer Genuss.

Das von Kennan beschriebene Vierteljahrhundert war voll von Ereignissen, die Geschichte machten. Dieser Zeitraum sah die Entwicklung des Stalinismus und des Nationalismus, den Zweiten Weltkrieg mit seinen ungeheuerlichen Schlachten, Siegen und Niederlagen, die Neuordnung der Welt, auch Asiens, aus ihren Trümmern, und stets war Kennan an den Vorgängen, die zur Gestaltung unserer heutigen Welt entscheidend beitrugen, auf die eine oder andere Weise beteiligt, scharf beobachtend, klar analysierend, präzise darstellend. Dass er vieles, was er beobachtete und dachte, aus seinen damaligen Tagebüchern und Briefen zitiert, gibt dem Leser die Sicherheit, dass hier nicht einer die in späteren Jahrzehnten gewonnenen Einsichten für seine damaligen Überlegungen ausgibt.

Kennan wurde am 16. Februar 1904 im Mittelwesten Amerikas, in Wisconsin, geboren und hat in seinem langen Leben in vielen Teilen der Welt gelebt und gewirkt, doch stehen neben den Vereinigten Staaten zwei Länder im Mittelpunkt seines Denkens: Deutschland und Russland.

Unerbittlich geht er mit der Aussenpolitik seines eigenen Landes ins Gericht. Mit dem Ingrim des Patrioten kritisiert er ihre Neigung zum Verkünden «höchst universeller – und weitgehend bedeutungsloser – Erklärungen», ihr Unverständnis für die mühsame Arbeit an den Nuancen der Realpolitik, das Fehlen differenzierter Urteile und durchdachter Formulierungen, deren eine Weltmacht bedürfe, um erfolgreich Politik zu betreiben; an zahlreichen Beispielen legt er diese und

das von ihm behandelte zweite Viertel unseres Jahrhunderts charakteristisch sind.

Mit Deutschland verbindet Kennan frühe Erinnerungen: Als Achtjähriger hatte er ein halbes Jahr in Kassel die Schule besucht, mit 21 Jahren einen Sommer in Heidelberg und an der Ostsee verbracht, mit 23 als Vizekonsul in Hamburg amtiert. Die Anziehungskraft, die Deutschland vor und nach dem Ersten Weltkrieg auf Amerikaner ausübte, wirkte auf Kennan besonders stark; er hat sich in die Deutschen – auch sprachlich – so hineingefühlt, dass er sie selbst in ihren schlimmsten Zeiten zu verstehen versuchte. Nach 1945 mühte er sich in seinem Lande wie nur wenige Amerikaner um den Wiederaufbau Deutschlands und seine Eingliederung in die Vereinigten Staaten von Europa, nicht zuletzt im Rahmen des von ihm entscheidend mitgestalteten Marshall-Plans.

Mit 24 entschied sich Kennan für ein dreijähriges Studium der russischen Sprache und Geschichte, zum Teil an der Universität Berlin, damals einem Zentrum der Russlandforschung. In den Vorlesungen meines Doktor-Vaters Otto Hoetzsch, die auch er besuchte, kreuzten sich unsere Wege zum ersten Mal und wieder 1934 in Moskau, wo wir einige Jahre gleichzeitig lebten, er als junger amerikanischer Diplomat, ich als junger deutscher Journalist. Mein Eindruck aus jenen Jahren war, dass er die Deutschen und die Russen liebte, und zugleich Hitler und Stalin samt ihren Zielen und Methoden gründlich verabscheute. Seine Memoiren enthalten überaus scharfsinnige Analysen des Stalinismus und wichtige Empfehlungen für den Umgang mit dem Kreml, die auch heute noch jeden angehen, der sich über Moskau und die Ostpolitik den Kopf zerbricht. Kein deutscher Diplomat, auch kein deutscher Firmenvertreter sollte nach Russland aufbrechen, ohne die zahlreichen Russland-Kapitel und die vier Russland-Anhänge dieses Buches durchzulesen.

Klaus Mehnert, Sommer 1982

I. Eine Anmerkung zur Person

In der Fähigkeit, ihre frühe Jugend bewusst zu erinnern, unterscheiden sich die Menschen natürlich sehr. Ich fürchte, dass meine eigene Begabung in dieser Hinsicht an der unteren Grenze des menschlichen Vermögens liegt. Auch frage ich mich, ob nicht in dieser Zeit des überstürzten Wandels jeder ältere Mensch seiner Kindheit und Jugend weiter entrückt ist, als es in früheren, weniger hektisch wechselnden Zeiten der Fall war, und ob nicht die von Bevölkerungsexplosion und technologischem Fortschritt bewirkte Veränderung der einst vertrauten Szenerie die Erinnerungen zurückdrängt. Ich jedenfalls habe nur schwach und undeutlich – zu undeutlich, als dass man sich ein Urteil erlauben könnte – die Gestalt des hageren, nervös gespannten, introvertierten Princeton-Studenten im Gedächtnis, dessen Körperbau und Gestik sich auf mich vererbt haben. Noch verschwommener taucht hinter ihm der struppige, uniformierte Schüler der Kadettenanstalt auf, und ganz und gar schemenhaft und unsicher zeichnen sich dann, wenn man noch weiter zurückgeht, die Umrisse des Schuljungen in den damals üblichen Knickerbockerhosen ab, wie er auf den neuen *pay-as-you-enter*-Wagen der Strassenbahn von Milwaukee (die er unerhört aufregend findet) zwischen Zuhause und Schule hin- und herpendelt, wie er zu Bockigkeit, Wutanfällen und Sitzstreiks Zuflucht nimmt, wenn man ihn drängt, Samstag nachmittags in die Tanzstunde zu Mister Bournique zu gehen, oder wie er stundenlang beglückt vor sich hinräumt, ohne von seiner Umwelt Notiz zu nehmen. Und wandert man noch weiter in die Vergangenheit, bis hin zum Kleinkind, so versiegt das Gedächtnis vollkommen. Ich bin versucht gewesen zu behaupten, dieses Kind sei tief berührt, ja in mancher Hinsicht fürs Leben gezeichnet worden durch den Tod der Mutter kurz nach seiner Geburt. Dies ist freilich nur eine Vermutung, die in Begebenheiten späterer Jahre eine gewisse Bestätigung zu finden scheint. Mit Erinnerung hat es jedoch nichts zu tun.

In der Tat bewegt man sich durchs Leben wie einer, der mit der Laterne in einem dunklen Wald den Weg sucht. Ein kurzes Stück des vor ihm liegenden Pfades ist erleuchtet, so auch ein

kleines Stück des zurückgelegten. Aber die Finsternis folgt ihm dicht auf den Fersen und verhüllt immer mehr von dem Weg, den er gegangen ist.

Wenn wir diesen Lebensweg, was nie möglich sein wird, bei vollem Licht noch einmal gehen könnten, dann würden wir bald feststellen, dass er wenig Ähnlichkeit aufweist mit dem, was Phantasie und Erinnerung aus ihm gemacht haben. Wir sind gegen Ende unseres Lebens andere Menschen geworden, wir sind so weit den Gestaden unserer Kindheit entrückt, an die unsere Identität uns knüpft, dass diese Bindung fast ebenso belanglos wird wie das Verhältnis der Völker zu ihren dunklen prähistorischen Ursprüngen.

Dies ist aber nicht die einzige Schwierigkeit, die mir bei meinem Versuch, die frühe Jugend zu beschreiben, begegnet. Die Grenze zwischen innerer und äusserer Wirklichkeit war für mich undeutlicher und fließender, als das bei Kindern normalerweise der Fall ist. Ich lebte, vor allem als ich noch ganz klein war, aber auch in reiferen Jahren, wenn auch dann in abnehmendem Masse, in einer Welt, die ganz und gar meine eigene Welt war – eine Welt, die anderen nicht nur verschlossen bleiben musste, sondern ihnen auch kaum glaubhaft zu machen gewesen wäre. Ich fand besondere Deutungen für Dinge, Szenen, Orte; Vorstellungen des Zaubenhaften und Wunderbaren, der Verheissung, des Grauens erregten meine Phantasie ohne ersichtlichen Anlass. Meine Welt war erfüllt von Geheimnissen, verlockenden Zeichen, unbestimmten Drohungen, «Ahnungen der Unsterblichkeit»¹.

Am Ende der Strasse, die wir in Milwaukee bewohnten, gab es zum Beispiel einen bestimmten Eingang zu einem bestimmten Gebäude – eine finstere, hinter einem riesigen Backsteinbogen pseudoromanischen Stils lauernde Höhle, die für mich eine ganz eigenartige, von Grauen durchzogene Bedeutung hatte. Hinter diesem Eingang lag, daran zweifelte ich nie, ein Haus des Schreckens, des unsagbaren, unvorstellbaren Schreckens. Andererseits glaubte ich wieder fest, dass die Stämme der Bäume im Juneaupark von Feen bewohnt waren. So jedenfalls hatte es meine Cousine Catherine meiner ältesten Schwester Frances erzählt, und nach langer, ehrerbietiger Betrachtung der Anlage war ich zu der Meinung gekommen, es dürfte sich so verhalten.

¹ Intimations of Immortality from Recollections of Early Childhood' – Ode von William Wordsworth (AdÜ).

Wie also kann ich, wenn ich meine frühe Jugend heute so beschreiben soll, dass sie für andere überzeugend klingt, die richtige Mitte finden zwischen dem, was jene als Wirklichkeit anerkennen, und meinen Illusionen? Wie soll ich selber wissen, was wirklich war und was Täuschung? Soweit die Erinnerung mich überhaupt in diese matte Halbwirklichkeit des Vergangenen zurückführen kann, stellt sie mich vor dieselben Fragen und Ungewissheiten. Vielleicht war ja das Haus am Ende unserer Strasse tatsächlich Schauplatz irgendeiner unsagbaren Tragödie, und vielleicht hatte die Sensibilität des Kindes etwas davon gespürt. Kann ich denn sicher sein, dass es im Juneaupark keine Feen gab? Merkwürdig genug war schon manchmal, was sich da zutrug. Dass die Feen heutzutage nicht mehr dort sind, glaube ich gern? Die Autos haben ihnen vermutlich den Garaus gemacht, wie so vielem anderen in diesem verfallenen Stadtteil von Milwaukee. Wer von uns weiss denn genau, was es um 1910 dort alles gab? Die Dinge sind doch so, wie wir sie sehen. Der Park und ich mussten Zusammenwirken, um meine ganz bestimmte Vorstellung von dem Ort zu prägen. Die Feen gehörten mit zu diesem Bild. Wie weit sie in ihrer Existenz dem Park und wie weit sie mir zuzurechnen sind, wird man nie herausfinden. Vielleicht würde eine lange, intensive Psychoanalyse nach Freudscher Methode die Frage klären. Wäre ich ein grosser Künstler, ein Schwerverbrecher oder einer, dem allerlei seltsame und ungewöhnliche Dinge zugestossen sind, oder ein Mensch mit ganz besonderen Tugenden oder ganz besonderen Unzulänglichkeiten, so wäre eine solche Analyse wohl am Platze. Ich bin aber nichts von alledem.

Das eine oder andere über Herkunft und Familie mag hier erwähnt werden. Väterlicherseits gab es seit der Auswanderung der Familie aus Nordirland zu Beginn des achtzehnten Jahrhunderts in ungebrochener Folge immer nur bäuerliche Pioniere, mit gelegentlichen Abschweifungen in andere freie Berufe. Zwei meiner Vorfahren waren reine Farmer. Einer war presbyterianischer Pfarrer. Einer, der es im Revolutionskrieg bis zum Obristen gebracht hatte, betrieb eine Sägemühle mit einem Gasthaus in Waterbury bei Vermont und war Abgeordneter seines Bezirkes in der ersten Vermonter Gesetzgebenden Versammlung. Es gab keinen, der nicht wenigstens zeitweilig farmte. Spätere Generationen zogen weiter ins Land, zuerst nach dem Norden des Staates New York, dann nach Wisconsin. Auch die Frauen dieser Vorfahren

stammten aus Pionierfamilien, aber aus englischen, nicht aus schottischen².

Diese Leute waren natürlich rauh, kantig und nicht immer gerade anziehend. Die Frauen brachten im Allgemeinen mehr Kultur und gesellschaftlichen Schliff mit als die Männer. Mein Vater war der erste mit Universitätsbildung. Alle zeichnete eine halsstarrige, wortkarge Selbstgenügsamkeit aus, das Widerstreben, sich mit anderen einzulassen (ausser etwa in einer kirchlichen Gemeinschaft). Sie lehnten jede Art von Bindung ab, die die Freiheit der individuellen Entscheidung hätte einengen können.

Gewisse Wesenszüge einer solchen Familie wirkten sich auch auf die Geisteshaltung des Nachkommen aus, der Anfang dieses Jahrhunderts zur Welt kam. Die Familie war weder reich noch arm. Sie hatte niemals grösseres Kapital besessen. Es gab nicht einen Angehörigen, der nicht lange und hart mit seinen Händen gearbeitet hätte. Aber alle waren ebenso frei von Komplexen wegen ihrer Armut wie von sozialem Groll. Es wäre ihnen nie eingefallen, in der Armut ein Merkmal der Minderwertigkeit zu sehen, einen Grund für persönlichen Neid oder für Beschwerden bei irgendwelchen Behörden. Sie akzeptierten ihre Lage als logische Folge ihres leidenschaftlichen Unabhängigkeitsdranges. Von der Regierung verlangten sie nichts, als dass sie sie in Ruhe liess, damit sie sich auf ihre Art durchschlagen konnten. Waren die Zeiten schlecht, und sie waren es oft, dann sandte man Seufzer und Wehklagen nach oben zu Gott, aber nie hinüber nach Washington. Wer im zwanzigsten Jahrhundert aus einer solchen Familie hervorging, war frei sowohl von Hochmut wie von falscher Scham, frei von sozialem Ressentiment, gleich wenig belastet von Gefühlen der Über- wie der Minderwertigkeit, bereit, sich jedermann gleichberechtigt zuzugesellen, ohne Ansehen der Rasse, der Farbe oder der Nationalität.

Diese Unabhängigkeit wurde besonders deutlich im Verhältnis zu den klassischen Postulaten des Marxismus. Nicht einer meiner amerikanischen Vorfahren hatte je in grösserem Masse Untergebene beschäftigt; nicht einer hatte je seine eigene Arbeitskraft einem Unternehmer verkauft, der Gewinn aus ihr schlug. Die klassische soziale Zwangslage, auf die vor allem

² Englischer Abkunft: Die «Pioniere» an der Grenze der nordamerikanischen Kolonien zur Wildnis waren im achtzehnten Jahrhundert häufig aus religiösen Gründen emigrierte Iro-Schotten (Presbyterianer), die als besonders robuster Menschenschlag galten; Kolonisten englischer Herkunft wurden eher mit den schon früher besiedelten «Neuengland-Staaten» in Verbindung gebracht (AdÜ).

Marx aufmerksam gemacht hatte und der seine Anhänger eine so überwältigende Bedeutung zuschrieben, traf auf diese Familie nicht zu. Das war ein Umstand, der sich bemerkbar machen sollte – im positiven Sinne, wie mir scheint –, als ich mich in späteren Jahren lange und intensiv mit dem ersten grossen politischen Triumph des Marxismus, der Russischen Revolution, auseinandersetzen hatte. Ich war nie imstande, der klassischen marxistischen Ausgangsposition – dieser Zweiteilung in blutsaugerische, korrupte Kapitalisten auf der einen und mit Füssen getretene, ausgebeutete, aber menschlich saubere Arbeiter auf der anderen Seite – die umfassende Allgemeingültigkeit zuzugestehen, die die Marxisten für sie in Anspruch nahmen; und auch insoweit sie Geltung und faktische Bedeutung hatte (offensichtlich war dies bis zu einem gewissen Grade der Fall), blieb mir der gefühlsmässige Zugang durch persönliche oder familiäre Erfahrungen verschlossen. Ich konnte mich weder mit dem Ausbeuter noch mit dem Ausgebeuteten identifizieren. Sofern also diese Sorte Ausbeutung und Ungerechtigkeit ein echtes Phänomen war und nicht bloss die Projizierung marxistischer Wunschvorstellungen auf die Gesellschaft der damaligen Zeit, beanspruchte ich für mich das Privileg, sie (in Tschechows menschenfreundlicher Ausdrucksweise) als das Resultat eines tragischen «Missverständnisses» aus der Frühzeit der modernen Industriegesellschaft anzusehen und nicht als dramatischen Zusammenstoss zwischen Dämonen und Engeln.

Tatsache ist, dass in alten Pionierfamilien wie der unsern das achtzehnte Jahrhundert ein gutes halbes Jahrhundert länger dauerte als der Name besagt – etwa bis 1860 –, ähnlich wie im amerikanischen Süden und in Russland. Die Kultur des achtzehnten Jahrhunderts, wie sie in diesen Familien weiterlebte, war nicht die des französischen Ancien régime, noch auch die Londons oder der englischen führenden Schicht. Es war die puritanische Kultur Schottlands und des nordöstlichen Englands. Ihr Entrücktsein von den Händeln der Welt bewahrte sie vor den Folgen der Napoleonischen Kriege, ihr Festhalten an der bäuerlichen Lebensform vor den Folgen der Industriellen Revolution. Mein Grossvater freilich, der während des Bürgerkriegs im besten Mannesalter stand, legte sich die Manierlichkeiten und Künsteleien des Viktorianischen Zeitalters zu und schwelgte darin. Auch mein Vater nahm sie an, aber sie standen ihm schlecht. Er selbst erkannte je länger desto deutlicher ihren Unwert und ihre Unzulänglichkeit als Richtschnur des Handelns.

Doch die sich abzeichnenden Umriss der Neuen Zeit waren für ihn beunruhigend, abschreckend und teilweise unverständlich. So suchte er denn Zuflucht in dem «achtzehnten Jahrhundert» seiner Jugend (er war 1851 geboren), und etwas von dieser Atmosphäre übertrug sich auf den Haushalt, in dem wir Kinder aufwuchsen.

Der wenig festen Verankerung im neunzehnten Jahrhundert und der ererbten Vorliebe für das achtzehnte ist es wohl zuzuschreiben, dass mir mein Status als Zeitgenosse des zwanzigsten solches Unbehagen macht. Der einzige Vorteil, den ich von diesem Unbehagen habe, ist eine gewisse damit verbundene Distanziertheit. Keiner von uns hat sämtliche Eigenschaften, die er brauchte, um ein guter Beobachter seiner Epoche zu sein; mir selbst fehlen, wie ich wohl weiss, eine Menge davon. Aber in dieser Hinsicht ist es nützlich, auch wenn es verwirrt und einsam macht, *Gast* seiner Epoche zu sein und nicht ständiges Mitglied ihres Haushalts.

Unter dem Aspekt der Familiengeschichte scheint mir noch erwähnenswert, dass es (vor mir) einen anderen George Kennan gab, einen sehr bekannten, der rund sechs Jahre vor meinem Vater geboren wurde. Viele Leute haben mich für seinen Sohn gehalten, manche tun es noch. Der Irrtum ist ganz verständlich. Tatsächlich gibt es viel mehr Gründe für diese Annahme, als der eigentliche Grad der Verwandtschaft – er war in Wirklichkeit ein Vetter meines Grossvaters – zunächst glauben machen könnte. Das Leben des älteren Kennan und mein eigenes zeigen Gemeinsamkeiten, die zumindest mir das Gefühl geben, auf ganz seltsame Weise ihm tiefer verbunden zu sein als bloss durch die ziemlich lockeren verwandtschaftlichen Bande. Nicht nur haben wir denselben Namen, wir sind auch zufällig am gleichen Tag geboren. Beide haben wir, als wir erwachsen waren, grosse Teile unseres Lebens Russland und seinen Problemen gewidmet. Beide wurden wir zu einem vergleichbaren Zeitpunkt unserer beruflichen Laufbahn von den jeweiligen russischen Behörden als unerwünscht aus dem Lande gewiesen. Beide haben wir Hilfsorganisationen für Flüchtlinge vor dem russischen Despotismus gegründet. Beide haben wir viel geschrieben und viele Vorträge gehalten. Beide spielten wir Gitarre. Beide besaßen wir Segelboote einer besonderen, ähnlichen Bauart. Beide wurden wir irgendwann Mitglieder der Nationalen Akademie der Künste und Wissenschaften. Beide fühlten wir uns zu gegebener Zeit veranlasst, in Amerika für ein besseres Verständnis für

Japan und seine geopolitischen Schwierigkeiten gegenüber dem asiatischen Festland zu plädieren.

Der ältere George Kennan hatte selbst keine Kinder. Und bei aller liebevollen Erinnerung an meinen eigenen Vater, als dessen Sohn ich mich durchaus erkenne – in dem Sinne, dass ich, wenn nicht seine Vorzüge, so doch die meisten seiner Fehler geerbt habe –, glaube ich, dass ich auf ganz merkwürdige Weise dazu bestimmt war, das Werk meines berühmten und geachteten Namensvetters, so gut ich konnte, fortzusetzen. Was ich in meinem Leben zu tun versucht habe, sind, wie ich glaube, genau die Dinge, die er von seinem Sohn erhofft haben würde, hätte er einen gehabt. Ob er die Art und Weise gebilligt hätte, wie ich sie tat, kann ich dagegen nicht sagen³.

Um das Bild eines geistigen Werdegangs im Auswärtigen Dienst verständlich zu machen, muss ich wohl einige Bemerkungen über die Ausbildung machen, die ihm vorausging.

Ich kam von der St. John's Military Academy⁴ direkt nach Princeton. Ein solcher Übergang war nicht die Regel. Ich verdanke ihn teils der aufregenden Lektüre von Scott Fitzgeralds Buch ‚This Side of Paradise‘ in meinem letzten Schuljahr, das ich als Offenbarung empfand, teils der Hilfe und Ermutigung des Studienleiters von St. John's, des verstorbenen Henry Holt, eines bescheidenen, tüchtigen und aufopferungsvollen Pädagogen.

Ich kam an einem heißen Septemberabend des Jahres 1921 in Princeton an. Das Taxi fuhr mich den University Place hinauf und dann die Nassau Street hinunter – an zwei Seiten des Campus entlang; und als ich durch die Wagenfenster die Konturen der gotischen Gebäude rings um die Holder Hall erkannte, da erfuhr meine Neigung, die Welt mit Wundern der Phantasie zu schmücken, einen gewaltigen Aufschwung. Geheimnis und Verheißung, Wunder und Romantik schienen mir zauberisch von den düsteren Fassaden auszustrahlen.

Die Wirklichkeit war natürlich anders. Ich war der letzte Student, der die Zulassung bekam. Ich kannte keine Menschenseele, weder im College noch in der Stadt. Ich bekam das letzte

³ Diejenigen, die über die aussergewöhnliche Karriere des älteren George Kennan Näheres wissen möchten, darf ich auf die 1958 bei der University of Chicago Press erschienene gekürzte Fassung seines berühmten Buches ‚Siberia and the Exile System‘ verweisen. Für diese Ausgabe schrieb ich eine kurze Einleitung, die seinen Werdegang und seine literarischen Arbeiten beschreibt.

⁴ In Amerika häufiger Typ einer Internatsschule mit quasi-militärischer Disziplin und vormilitärischer Ausbildung; jedoch keine Anstalt zur Ausbildung von Berufsoffizieren und nicht zu verwechseln mit der US Military Academy in West Point (AdÜ).

möblierte Zimmer im entlegensten der trübseligen Wohnheime, meilenweit vom Campus, in die man damals zu spät kommende Neulinge einwies. Ich war ein Jahr jünger als die meisten meiner Jahrgangskollegen und noch unsicherer im Auftreten, als bei meinem zarten Alter ohnehin erwartet wurde. Ich war ein hoffnungslos ungehobelter Mittelwestler. Ich hatte keine Ahnung, wie man mit Jungens aus dem Osten umzugehen hatte. Ich konnte nie den lässigen Umgangston finden. Mein Benehmen kannte nur zwei Stimmungslagen: linkisches Sich-Absondern und übertriebene Schwärmerei. Überdies litt ich von Anfang an unter einer Eigenheit, die ich mein ganzes Leben lang nicht losgeworden bin, darunter nämlich, der Langsamste und Letzte zu sein, wenn es darum ging, in die Geheimnisse einer komplizierten organisatorischen Struktur einzudringen. Da ich zu schüchtern war, um zu fragen, kam ich nie dahinter. Ich wandelte durch Princeton in heiliger Einfalt, immer unter den Letzten jeder Reihe, ewig uneingeweiht, wenige kennend, von wenigen gekannt. Persönliche Schwächen, Hochmut, Überempfindlichkeit, die trotzige Ablehnung guten Zuspruchs und eine wahre Gier nach schlechter Behandlung, die mich, wenigstens in meiner eigenen Sicht, des Mitgefühls umso würdiger machen sollte, all das trug zu meinem Unbehagen bei.

Vielleicht spielte auch persönliches Pech eine Rolle. Als zum ersten Mal Weihnachten nahte und ich weder Geld hatte, um nach Hause zu fahren, noch meinen Vater mit der Bitte darum belasten wollte, nahm ich im nahe gelegenen Trenton beim Postamt eine Aushilfsarbeit als Briefträger an. Am ersten Tag übergab man mir in aller Frühe den bekannten Ledersack, randvoll mit gebündelten Briefen, und setzte mich per Trambahn südwärts in Richtung auf die Slums in Marsch. Die Briefe in den Bündeln, so sagten meine Vorgesetzten, seien genau sortiert; ich müsse nur die erste Strasse finden, dann würden die Briefe mich von alleine weiterleiten.

Der Schnee fiel in nassen Flocken an diesem dunklen Dezembertag; er lag schon zentimeterhoch auf den Strassen. Als ich an meiner Station angekommen war, tastete ich noch im Abspringen an meinem ersten Briefbündel herum. Der Verschluss brach, das Bündel öffnete sich, und die Briefe ergossen sich teils auf die hintere Wagenplattform, teils in die schneebedeckte Strasse. Zwischen hupenden Autos und klingelnden Strassenbahnen hindurch raffte ich sie in wilder Hast zusammen und trat meine Runden an. Aber nun waren die Briefe in wüstem Durchein-

ander; nicht einmal die Strassen, viel weniger die Hausnummern befanden sich in der richtigen Reihenfolge. Den ganzen Tag stapfte ich verzweifelt vor und zurück über die matschbedeckten Elendsstrassen, kehrte Dutzende Male um, belästigte unzählige Passanten mit der Bitte um Auskunft, prallte beim Öffnen der Türen entsetzt zurück vor den Anblicken, die sich mir boten, und den Gerüchen, die mich anfielen. Es war später Abend, als ich meine Last verteilt hatte; und ich beendete den Tag, indem ich meine einzige Mahlzeit – für fünfzig Cents – in einem an meiner Route gelegenen schmierigen kleinen Restaurant verzehrte.

So vergingen die Tage bis Weihnachten, nicht alle ganz so unglücklich wie der erste, aber nicht viel anders. Am Nachmittag des ersten Weihnachtstages waren die achtundzwanzig Dollar verdient, für die man damals auf einem Sitzplatz nach Milwaukee reisen konnte, und auf diese bescheidene Art fuhr ich stolz heim. Aber irgendwo unterwegs, sei es in den Slums von Trenton, sei es im Zug, hatte ich mich mit Scharlach angesteckt.

Die Krankheit überfiel mich zu Hause, plötzlich und mit Heftigkeit, an einem schrecklichen Nachmittag um Neujahr. Es gab grossen Aufruhr in der Familie; es war ja noch lange vor Entdeckung des Penicillins. Man fürchtete das Schlimmste. Am selben Abend noch wurden meine Schwestern vorzeitig in ihre verschiedenen Colleges zurückgeschickt; sie waren überzeugt, mich zum letztenmal gesehen zu haben. Ich selber wurde ins Obergeschoss des Hauses verbannt, wo ich unter der Obhut einer Krankenschwester bis Ostern in Quarantäne blieb. Als ich dann ins College zurückkam, war das akademische Jahr fast um, Cliques und Freundschaften hatten sich bereits verfestigt. Zu diesen dichten und abgeschirmten kleinen Gemeinschaften gab es kaum noch Zugang, vor allem nicht für jemanden, der jünger als die meisten anderen, im Studium zurück und von der Teilnahme am Sport ausgeschlossen war und der ausserdem nicht genug Geld besass, um bei den allgemein üblichen Unternehmungen mitzutun.

Also blieb ich auf dem Campus ein Aussenseiter. Ich galt nicht als exzentrisch, ich wurde nicht verspottet, ich war nicht einmal unbeliebt – bloss eben dem nackten Auge nur unvollkommen wahrnehmbar. In meinem zweiten, dem Sophomore-Jahr, verschwand ich während der berühmten Bieker Week, der «Zankwoche», in der die Klubwahlen stattfanden, in einer

wahren Wolke aus falschem Stolz, Selbstmitleid und Märtyrerkomplexen jeden Nachmittag vom Campus, damit nur ja niemand auf den Gedanken käme, mir die Mitgliedschaft in einem Klub anzutragen. Als mich gegen Ende der Woche ein wohlmeinender Mitstudent in meinem Zimmer erwischte und mich drängte, einem der wenigen Klubs beizutreten, deren Mitgliedersoll noch nicht erfüllt war, überwältigte mich diese unerwartete Aufmerksamkeit so sehr, dass ich prompt, und fast weinend, ja sagte. Später hatte ich deswegen dann Gewissensbisse, legte die Mitgliedschaft nieder und ass während der folgenden Monate mit den Nicht-Klub-Parias in einem Zimmer, das Gemeinschaftsraum der Senioren hiess.

In diesem düsteren Refektorium essen zu müssen, war grausam, denn soziale Unterschiede wurden sehr ernst genommen in jenen Tagen. Unter den gesellschaftlich «Verworfenen» – insgesamt etwa einem Drittel der Senioren – gab es wenige, die ungerührt blieben bei der Erkenntnis, dass ihre Konstudenten sie gewogen und zu leicht befunden hatten. Gewöhnlich reagierten sie defensiv oder trotzig. So tief sass die Verbitterung, dass man bei Tisch kaum je einen Unbekannten ansprach. Jeder fürchtete, wenn er eine Unterhaltung anfinde, könnten die anderen glauben, er werde mit seinem Schicksal nicht fertig. Und doch hatten diese Erfahrungen bei aller Grausamkeit auch ihren Wert. Beim Grübeln über meine unglückliche Lage dämmerte es mir schliesslich, dass man, um sich selbst gerecht zu werden, seine eigenen Massstäbe entwickeln müsse und nicht einfach die der anderen übernehmen könne, da es ja durchaus möglich sei, dass die anderen, indem sie uns ausstiessen, selber unrecht hätten.

Freundschaften gab es natürlich am Ende doch; aber es blieben wenige, und die Freunde gehörten meist zu derselben Sorte mittelwestlicher Irrläufer, wie ich selber einer war. In Bernard Gufler, einem katholischen Intellektuellen aus Kansas mit scharfem, weitreichendem Verstand, grenzenloser Neugier und viel natürlicher Warmherzigkeit, fand ich einen Freund, mit dem ich lange Abende mit für mich wertvollen philosophischen Gesprächen verbringen konnte; die Freundschaft wurde in späteren Jahren durch gemeinsame Zugehörigkeit zum Auswärtigen Dienst gestärkt und sollte unser ganzes Leben halten. Dann war da mein Vetter Charlie James aus Milwaukee, den ich wie einen Bruder kannte. Er war zwei Jahrgänge unter mir, aber in meinen letzten beiden Jahren teilten wir das Zimmer. In dieser

Umgebung von Kollegen aus Milwaukee und dem Mittleren Westen war ich gefühlsmässig zu Hause. Während eines einzigen akademischen Jahres schliesslich hatte ich einen Freund mit dem eindrucksvollen Namen Constantin Nikolas Michaels Messo-longhitis. Er war noch ärmer als ich, war von Ohio nach Princeton getrampt und versuchte, sich die beiden letzten Jahre als Werkstudent durchzuschlagen. Er war der geborene Zeitungsmann und fand auch später als Chef vom Dienst der ‚New York Herald Tribune‘ den ihm zusagenden Platz. Sein einfältiges Staunen über die Bräuche im Osten war noch überwältigender als meines; sein ungehemmter griechischer Hedonismus bildete einen guten Ausgleich für meine verschämten presbyterianischen Ängste; im mühelosen Fluss seiner provinziellen Gesprächigkeit fühlte ich mich besänftigt und geborgen. Eigentlich war er eine Figur aus Thomas Wolfe. Im Sommer nach dem Juniorenjahr machten wir zusammen eine Arme-Leute-Reise nach Europa. Es war ein Abenteuer, auf das ich heute nichts weniger als stolz zurückblicke. Wir sahen wenig, lernten nichts und müssen, wie mir heute klar ist, einer langen Reihe von Leuten entsetzlich lästig gefallen sein – sowohl denen, die ihre Herzengüte bewog, uns zu helfen, wie die verständnisvolle Kellnerin im Londoner Lyons, die uns Riesenmahlzeiten verteilen liess und dann mit Augenzwinkern einen Bon über einen Schilling druckte, als auch denen, die keine andere Wahl hatten, als sich mit uns abzugeben, wie der unglückselige Vizekonsul in Genua, auf dessen widerstrebende Schultern wir beharrlich die aus ‚unserer Geldnot entstandenen Probleme abzuwälzen versuchten. (Damals hätte ich es mir nicht träumen lassen, dass ich schon drei Jahre später in einer ähnlichen Position sein und dieses jungen Mannes Widerwillen gegen alle und jeden zerlumpten Studenten teilen würde, der von seiner Regierung erwartet, sie werde ihn vor den vorhersehbaren Folgen seines eigenen Leichtsinns retten.) Die Hafenkneipen von Genua bekamen mir übrigens nicht besser als die Trentoner Slums: ich holte mir dort eine heftige Amöbenruhr, deren Nachwirkungen mich noch jahrzehntelang quälten.

Unter all diesen Umständen war Princeton nicht so ganz ein Erlebnis von der Art, wie ‚This Side of Paradise‘ sie beschreibt. Zwar enthielt die Schilderung der Reaktion des Mittelwestlers auf den eleganten Osten im wunderschönen Epilog zu Fitzgeralds ‚Great Gatsby‘ so viel Vertrautes, dass ich, als ich sie im College zum ersten Mal las, davonschlich und unmännliche

Tränen weinte; aber sonst hatte meine Universitätslaufbahn wenig Ähnlichkeit mit der von Fitzgerald. Vielleicht kennzeichnet es den Unterschied zwischen damals und heute, dass es mir nie eingefallen wäre, der Universität für meine privaten Schwierigkeiten die Schuld zu geben. Im Gegenteil, ich fühlte mich von ihr gerecht behandelt; intellektuell respektierte ich sie; und ich war stolz auf sie als Institution.

Ich kannte keinen meiner Lehrer gut und kann mich nicht erinnern, je einen ausserhalb des offiziellen Rahmens von Hörsaal und Professorensprechzimmer getroffen zu haben. Keiner hat mich, glaube ich, geistig besonders geprägt. Aber vor einigen empfand ich Hochachtung wegen ihrer denkerischen Kraft und Integrität. Das Bild dieser Männer haftet mir fest im Gedächtnis, und sie sind hineinverwoben in das feine Gespinnst aus Bewunderung und nacheiferndem Bemühen, aus dem die Persönlichkeit geformt wird.

Einer dieser Lehrer war Raymond Sontag, später Professor für Europäische Geschichte an der Universität von Kalifornien und Herausgeber der ‚Dokumente zur Deutschen Aussenpolitik. An Einzelheiten seiner Vorlesung über die Geschichte der Diplomatie kann ich mich nicht erinnern; aber die Art, wie er sein Thema anging, skeptisch, fragend, illusionslos und doch nicht entmutigend, hat einen unauslöschlichen Eindruck auf mich gemacht.

Ein anderer Lehrer war Professor Joseph C. Green. Er lehrte und leitete einen umfänglichen Anfängerkurs, der sich ganz harmlos ‚Einführung in die Geschichte‘ nannte und den Studenten einen Begriff davon geben sollte, wie Klima, geographische Lage und natürliche Hilfsquellen das Gesicht einer Kultur mitbestimmen. Dieser Kurs war in der Konzeption seiner Zeit voraus, und Green leitete ihn mit solcher Energie und Strenge, dass regelmässig eine erhebliche Anzahl von Teilnehmern auf der Strecke blieb und er so, wie es hiess, dem Dekan allerhand Kopfschmerzen bereitete. So unnachsichtig war die Disziplin, dass mir ein Teil des Gelernten noch heute im Gedächtnis haftet – was man nach fünfundvierzig Jahren vom Universitätslehrstoff im Allgemeinen wohl nicht behaupten kann. Aber auch hier wieder war das eigentlich Wichtige die Persönlichkeit des Mannes selbst: die eines strengen, tatkräftigen, bis ins Letzte gewissenhaften Gelehrten, der von uns nie etwas verlangte, das er nicht selbst zu geben bereit war. Er ging später nach Washington, trat ins State Department ein und leitete viele Jahre lang

die Aufnahmeprüfungen für den Auswärtigen Dienst. Dabei zeigte er dieselbe unerbittliche Integrität wie an der Universität, und ich habe mich manchmal gefragt, ob seine starre Unnachgiebigkeit gegenüber allen Versuchen, zugunsten des einen oder anderen Bewerbers politischen oder gesellschaftlichen Druck auszuüben (wie sie in dieser weltlichen Kapitale gelegentlich unternommen wurden), seinen politischen Vorgesetzten nicht ganz ähnliche Misslichkeiten bereitet hat wie seinerzeit dem Dekan in Princeton. Man lohnte ihm schliesslich seine Mühen, indem man ihn seines Postens enthob und ihn bei der Änderung des Prüfungssystems, die im Jahre 1954 im Zusammenhang mit dem Bericht des Wriston-Ausschusses⁵ vorgenommen wurde, ganz betont nicht konsultierte. Die Anerkennung, die ihm gebührt, ist ihm nie zuteil geworden. Er hat die Prüfungsvorschriften für die Aufnahme in den Auswärtigen Dienst jahrelang mit einer Unparteilichkeit angewendet, die auch jeder unpolitischen Laufbahn hätte zum Vorbild dienen können.

Noch ein dritter Lehrer verdient ein dankbares Wort. Leider muss er namenlos bleiben, weil mein Gedächtnis versagt. Ich hatte infolge der Scharlacherkrankung in meinem zweiten, dem Sophomoren-Jahr den Englischkurs für Anfänger wiederholen müssen, der eine Reihe schriftlicher Arbeiten, zum grösseren Teil aber die Analyse von Klassikern der englischen Literatur vorsah. Aus irgendwelchen Gründen passte mir dieser Kurs ganz und gar nicht; ich benahm mich schlecht und schwänzte anfänglich sogar mehrmals den Unterricht. Wenn ich mich recht erinnere, verdross mich die Art und Weise, wie hier das Englische gelehrt wurde: es war doch sinnlos, fand ich, sich durch Shakespeares Stücke durchzukämpfen, um nach Komplotten und Höhepunkten zu fahnden – entweder empfand man sie als künstlerisches und geistiges Erlebnis oder nicht; und wenn nicht, dann war sowieso nichts zu machen. Wen die Dramen aber anrührten, der sollte sich über ihren Inhalt Gedanken machen, über ihren innersten geistigen und philosophischen Gehalt, und nicht über die Form. – Wie dem auch sei, eines Tages zitierte mich der junge Dozent, in dessen Klasse ich war, zu sich und las mir grob, aber nicht böse die Leviten. Diese persönliche Aufmerksamkeit wirkte besänftigend; ich zeigte mich reuig und

⁵ Wriston-Kommission: Eine von Aussenminister Dulles 1954 eingesetzte Kommission unter dem Vorsitz von Dr. Henry M. Wriston empfahl die Verschmelzung der nur im Aussenministerium selbst tätigen Beamten mit den Beamten der Auslandsvertretungen zu einem einheitlichen «Auswärtigen Dienst», die – nachdem vorangegangene Versuche im Wesentlichen fehlgeschlagen waren – 1956 auch vollzogen war. Der diplomatische und der konsularische Dienst waren schon 1924 vereinigt worden (AdÜ).

gelobte Besserung. Dann aber ging ich hin und schrieb ihm mit all der Perversität, deren man in diesem Alter fähig ist, eine Abhandlung über das Thema, dass und warum der Englischunterricht an amerikanischen Colleges nicht taugt. Als die Arbeit mit Auszeichnung zensiert und mir zurückgegeben wurde, bekam ich dadurch eine unvergessliche Lektion in Grossmut und Selbstverleugnung. Aus solchen Eckpfeilern entstehen die pädagogischen Gebäude, die noch halten, auch wenn die Namen der bescheidenen Erbauer längst vergessen sind.

Ohne Aufhebens, wie ich das College betreten hatte, verliess ich es auch. Voller Selbstverleugnung und Gehemmtheit blieb ich allen Abschiedsfeierlichkeiten mit Ausnahme der Diplomverleihung fern und eilte, so schnell ich konnte, von dannen.

Es fällt mir nicht leicht, das eigene Porträt von damals nachzuzeichnen. Eigentlich möchte ich es auch lieber unterlassen, aber es gibt wohl Gelegenheiten, wo einem nichts anderes übrigbleibt. Ich sehe mich selbst als einen innerlich und äusserlich recht durchschnittlichen Jüngling, mit ganz durchschnittlichen Schwächen und Leidenschaften. Ich war ein Träumer, willensschwach und in meinen Beziehungen zu anderen Menschen ein ziemlicher Feigling. Ich hatte einen angeborenen Abscheu vor Szenen, den ich nur als Erbübel meiner Familie bezeichnen kann. Es gibt viele, die sich mit den unabwendbaren Brutalitäten des Lebens männlicher herumschlagen. Meine grössten Vorzüge waren ein leidlich klarer und offener Verstand – träge und passiv, wenn er sich selbst überlassen war, im Falle der Herausforderung jedoch kraftvoller Reaktionen fähig –, ein sehr feines Gespür für Atmosphäre und für die Vorstellungswelt anderer Menschen; und schliesslich ein fast völliges Fehlen von Vorurteilen. Aus diesem Material hatte Princeton gemacht, was bei den damaligen Erziehungsgrundsätzen zu machen war. Für Literatur hatte ich grosses Interesse, und die verständnisvolle Hartnäckigkeit meiner Lehrer hatte für eine solide Kenntnis der englischen Klassiker gesorgt. Zur Musik zog mich eine angeborene Neigung, und ich hatte mich so nebenbei ein bisschen damit beschäftigt. Moderne Geschichte und Politik hatte ich im Verlauf der Collegejahre mit steigendem Interesse und Erfolg studiert. Aber das ganze grosse Gebiet visuellen Erlebens und Geniessens war jammervoll vernachlässigt worden. Dafür war kein Platz in einem puritanischen Haus, das wie so viele seinesgleichen von den Schönen Künsten nur die Literatur schätzte. Nicht einmal im Princetoner Studien-

plan spielte die Bildende Kunst eine Rolle; falls man sich überhaupt mit ihr abgab, wusste ich jedenfalls nichts davon. Bis zum Tage des Examens hatte mir nie jemand beigebracht, ein Bild, einen Baum oder eine Fassade mit Verständnis zu betrachten.

Als ich Princeton verliess, war ich in manchen Dingen gut geschult, aber noch nicht wirklich aufgewacht. Princeton hatte den Geist auf weiteres Wachstum vorbereitet, aber es hatte keine umfassende Neugier in diesem Geist geweckt. Auch hatte es sich nicht in Gestalt fester politischer Ansichten, Schlüsse oder Überzeugungen in die Gemüter eingraviert. Ich kann mich erinnern, dass ich als junger College-Absolvent einige vage Regungen nach Art des Wilsonschen Liberalismus verspürte; dass ich Bedauern empfand, als der Senat die amerikanische Mitgliedschaft im Völkerbund ablehnte; dass ich an eine Wirtschaftspolitik des *laissez-faire* und an den Wert des Wettbewerbs glaubte und dass ich dementsprechend gegen Schutzzölle war. Davon abgesehen war da nur eine eindrucksfähige *Tabula rasa*. Manche mögen das der Universität zum Vorwurf machen. Ich rechne es ihr zum Verdienst an. Aufgabe der Universität ist es, jungen Menschen die Möglichkeit zu geben, ihre Vorurteile selber zu entwickeln, und nicht, ihnen die eigenen einzuhämmern.

Was ich bis dahin am meisten vermisst hatte, war der zugleich anregende und mässige Umgang mit älteren und weiseren Männern. Mein Vater, jetzt ein Mann in den Siebzigerjahren, war zu zurückhaltend und zu ehrlich und sich seiner Unzulänglichkeit als Führer durch die ihm wesensfremde neue Zeit allzu sehr bewusst, um sich mir als Lehrer aufzudrängen. Er begnügte sich mit der gelegentlichen wehmütigen Ermahnung, doch auch nach Verlassen des Elternhauses noch ab und zu in die Kirche zu gehen. Ich sah ihn als einen scheuen, einsamen und nicht besonders glücklichen Menschen, liebte ihn, fühlte mit ihm, wollte ihn beschützen und empfand kaum je das normale Bedürfnis des Kindes nach Rebellion. Aber mein Verständnis für seine geistige Welt und seine Gefühle musste ich aus scheuen Seitenblicken gewinnen; einen freien Gedankenaustausch mit ihm gab es nicht.

Beim Abgang von Princeton beschloss ich, mich für den Auswärtigen Dienst zu bewerben. Dieser Dienst war ziemlich neu: erst 1924 war er durch den Rogers Act begründet worden. Zuvor hatte es eine Laufbahn für Berufsdiplomaten gegeben und eine zweite, ähnliche, für Konsuln. Jetzt waren beide in einem einzi-

gen Dienst zusammengefasst, der von der Parteipolitik streng getrennt bleiben und ausschliesslich nach Laufbahngesichtspunkten aufgebaut sein sollte. Ich hatte mich für die Bewerbung hauptsächlich darum entschieden, weil ich nicht recht wusste, was ich sonst tun sollte. Während der Seniorenjahre im College hatte mir das Studium der internationalen Politik besondere Freude gemacht und auch Erfolge beschert. Milwaukee reizte mich nicht. Ich hatte Furcht, in ausgefahrenen Geleisen stecken-zubleiben, und meinte, dass der Auswärtige Dienst mich am ehesten davor bewahren würde. Wunderbarerweise ging die Rechnung auf. Ein Schutzengel muss über mir gewacht haben. Es war meine erste und letzte vernünftige Entscheidung beruflicher Art.

Eintritt in den Auswärtigen Dienst bedeutete damals im allgemeinen ein mehrmonatiges Spezialstudium und dann die Ablegung von schriftlichen und mündlichen Prüfungen. Das Examen wurde einmal jährlich, im Frühjahr, abgenommen.

Für den Sommer des Jahres 1925, gleich nach Abgang vom College, heuerte ich auf einem Küstenfahrer an, der regelmässig zwischen Boston und dem Hafen Savannah in Georgia verkehrte. Wir bekamen 48 Cents die Stunde, arbeiteten an Ladetagen bis zu sechzehn Stunden hintereinander und waren glücklich.

Im September ging ich nach Washington, bezog ein Zimmer in einer Pension in der Church Street; es hätte bis ins Detail aus einem Witzblatt stammen können. Ich trat als Schüler in die private Vorbereitungsanstalt eines tüchtigen schottischen Pädagogen ein, der seinen Lebensunterhalt damit verdiente, dass er junge Leute für die Aufnahmeprüfungen drillte. Wenn er nüchtern genug war, um unterrichten zu können, was meistens der Fall war, dann war er ein hervorragender Lehrer und bereicherte unser Allgemeinwissen über die eigentliche ausgezeichnete Examensvorbereitung hinaus mit einer Fülle fesselnder Informationen.

Vor der Prüfungskommission für das Mündliche, die von Staatssekretär Joseph C. Grew geleitet wurde, fürchtete ich mich fast zu Tode. Ich wurde als erster Prüfling vorgeführt und war so starr vor Schrecken, dass beim ersten Satz – des Inhalts, dass ich in Milwaukee, Wisconsin, geboren sei – meine Stimme auf der zweiten Silbe von Wisconsin ins Falsett umschlug, was von der Kommission mit lautem Gelächter quittiert wurde. Zu meiner eigenen Überraschung wurde ich aufgenommen, zusammen mit siebzehn anderen Kandidaten (von mehreren

Hundert, die ursprünglich die schriftliche Prüfung gemacht hatten), und man bestellte mich zum Dienstantritt im September.

Ich hatte also noch einen ganzen Sommer freie Zeit vor mir, und ich beschloss, sie in Deutschland zu verbringen. Zuerst ging ich nach Heidelberg, wo ich ein paar Vorlesungen hörte, herrliche Ausflüge neckaraufwärts unternahm und einem Mädchen Ritterdienste leistete, das ein ovales Renaissance-Gesicht und schwarze Zöpfe hatte und sehr süß und anziehend war. Abend für Abend sassen wir auf einer Bank am Hügel, wie Tausende von Paaren vor uns, sahen in den Sonnenuntergang und freuten uns am Spiegelbild der Rundbögen der alten Brücke im ruhigen Wasser des Flusses. Einmal besuchte mich mein deutscher Onkel (ein angeheirateter Onkel, ein reizender kultivierter Mann aus dem alten Frankfurt, mit Spitzbart und Zwicker) und ging mit mir über die Berge spazieren. Ich habe nie vergessen, wie er bei der Besichtigung des von den Franzosen Ende des siebzehnten Jahrhunderts zerstörten Heidelberger Schlosses neidvoll auf Französisch sagte: *«Ce ne sont que les Français qui puissent faire une si belle ruine.»*

Im Anschluss an Heidelberg ging ich für ein paar Wochen nach Berlin und dann für vierzehn Tage in das Seebad Bansin an der Ostsee. Dorthin nahm ich Goethes ‚Faust‘ und Spenglers ‚Untergang des Abendlandes‘ mit und bohrte mich mit Hilfe eines Wörterbuches hartnäckig hindurch. Während dieser Zeit sprach ich überhaupt kein Englisch. Sehr viel früher, im Jahre 1912, war ich als Achtjähriger schon einmal in Deutschland gewesen. Sechs Monate lang hatte ich mit meiner Stiefmutter und meiner jüngsten Schwester in einer Pension in Kassel gewohnt und war dort zur Schule gegangen. Kassel hatte man gewählt, weil mein Vater, der gut Deutsch sprach, meinte, in diesem Teil des Landes werde das reinste Deutsch gesprochen. Die Stadt war damals kaiserliche Sommerresidenz und hatte daher vermutlich den Ruf, elegant und vornehm und ein begehrenswerter Aufenthaltsort zu sein. In den zwanziger Jahren, als ich wieder nach Deutschland kam, waren meine Erinnerungen an Kassel verblasst. Sie bezogen sich vor allem auf die Parks, die Schwäne, die Statue des Herkules, wie er auf seine Keule gelehnt an der Spitze der Kaskaden stand, die von Wilhelmshöhe herabfielen, auf die knappen eleganten Uniformen der Garderegimenter, die Gerüche auf dem Fisch- und Käsemarkt und die melodische Hupe an des Kaisers Automobil. Aber die Sprache, die ich mit der Unbekümmertheit des Kindes in Kassel fließend gesprochen

hatte, kam jetzt wie von selbst wieder. Gegen Ende des Sommers war ich einigermaßen heimisch darin.

Meine reguläre Dienstzeit begann im Frühherbst des Jahres 1926 mit einer siebenmonatigen Ausbildung in der damals sogenannten Foreign Service School. Diese Institution war im Ostteil des alten Gebäudes untergebracht, das damals die Aussen-, Kriegs- und Marineministerien beherbergte, und zwar in einem grossen Raum im Hochparterre, von dem aus man den Park des Weissen Hauses überblickte. Während monotone Vorträge über Pässe, Visen und Notariatsurkunden an uns vorbeirauschten, konnten wir unsere unaufmerksam schweifenden Augen gelegentlich an dem Anblick von Calvin Coolidge⁶ laben, wenn er aus seinem Arbeitszimmer auf den Rasen des Weissen Hauses trat, um sich mit den verschiedenen Besuchern photographieren zu lassen – einmal trug er, wie mir schien, dabei Indianerkopfputz. Ein Detail aus unserem Lehrstoff empfand ich als höchst interessant und nützlich: Eines Tages erklärte man uns, wir hätten uns nunmehr als Botschafter Walter Hines Page zu fühlen, der sich anschicke, nach langem und erfolgreichem Wirken am Hofe von St. James aus seinem Amt zu scheiden. Wir sollten deshalb ein Schreiben an den britischen Aussenminister entwerfen, in dem wir ihn von unserer Absicht in Kenntnis setzten, ihn um eine Abschiedsaudienz beim König ersuchten und darum bäten, dass Mrs. Page aus demselben Anlass von der Königin empfangen würde. – Jeder, der sich einer solchen Aufgabe unterzieht, wird genau wie wir sehr bald merken, dass das Entwerfen diplomatischer Noten erhebliche Geschicklichkeit verlangt; und er wird dann auch verstehen, warum der prägnante und zugleich elegante sprachliche Ausdruck eine der ersten Voraussetzungen des diplomatischen Berufes ist. Nach Absolvierung der Foreign Service School wurde ich aushilfsweise dem Generalkonsulat in Genf zugeteilt.

Für jemand, der so unerfahren, so ungeformt, so unruhig war und der sich selbst und die Welt so wenig verstand wie ich, hätte man sich keinen besseren beruflichen Rahmen denken können als den Auswärtigen Dienst. Dessen patriarchalische Fürsorge und die gleichzeitige nüchterne Schulung (damals war sie in bezug auf Kanzleistil und Auftreten schärfer als heute) mussten stabilisierend auf einen jungen Menschen wirken, der für völlige persönliche Unabhängigkeit noch keinesfalls reif war.

⁶ Calvin Coolidge, neunundzwanzigster (republikanischer) Präsident der Vereinigten Staaten, 1925-29 (AdÜ).

Häufiger Szenenwechsel, eine Fülle geistiger Anregung und vielfältige, beruflich bedingte Einblicke in das Leben anderer Völker und die Arbeitsweise anderer Regierungen waren ungemein lehrreich für jemand, der zu schüchtern war, sich in den Vordergrund zu schieben oder viel zu fragen.

Die grösste Hilfe kam durch das neue Gefühl der Verantwortlichkeit. Schon wenige Wochen nach Antritt meines ersten Auslandspostens entdeckte ich, dass in meiner neuen Rolle als Stellvertreter einer Regierung – so bescheiden sie auch war – die besonders quälenden Idiosynkrasien und Neurosen von mir abfielen – wenigstens im Büro. Freudig überrascht ergriff ich die Gelegenheit, mir eine neue Persönlichkeit zuzulegen, hinter der die alte introvertierte, hilflose verschwinden und sich sogar selbst aus der Distanz betrachten konnte. Die Entdeckung fand, glaube ich, während eines offiziellen amerikanischen Empfangs statt – es muss wohl der 4. Juli gewesen sein. Als frischgebackenem Vizekonsul im prachtvollen Cut, der damals obligatorisch war, oblagen mir zusammen mit den anderen höheren Beamten die Pflichten des Gastgebers. Dort an jenem Sommertag, während das Orchester auf der Terrasse spielte und der grosse See im Hintergrund schimmerte, während ständig neue Gäste erschienen und freundlich begrüsst sein wollten, wurde mir plötzlich bewusst, dass ich einen festen und angesehenen Platz im Getriebe besass. Ich war für das Wohlbefinden der andern verantwortlich, und so wuchs ich über mich selbst hinaus. Vom ungebetenen Eindringling auf der Bühne des Lebens war ich zum Träger einer nützlichen, notwendigen und in einer festen Ordnung stehenden Rolle avanciert, die weder gerechtfertigt noch verteidigt zu werden brauchte. Machte ich meine Sache gut, so würde ich losgesprochen und aller weiteren Zweifel enthoben. Unter dieser willkommenen Verkleidung fühlte ich eine Kraft wie nie zuvor, eine Kraft, die mich in den langen Jahren im Auswärtigen Dienst nie mehr ganz verlassen sollte, wenigstens nicht solange ich bei der Arbeit war oder irgendwo in offizieller Funktion auftrat. Der törichte Student mit seinem Schmollen, seinen Posen und seiner Widerspenstigkeit, der Tröstung verschmähte und sich mit nichts zufrieden gab, trat seitdem nur noch in seltenen Augenblicken des Privatlebens auf und erheischte Duldung – jetzt aber nicht mehr nur von sich selbst, sondern auch von denen, die einer nach dem andern dazukamen und die Last familiärer Vertrautheit teilten. Wie der Akteur auf der Bühne habe ich mein Leben lang mehr Nutzen

bringen können durch das, was ich aus einer gewissen emotionalen Distanz zu sein schien, als durch das, was ich wirklich war.

Mit dem Sommer des Jahres 1927 war auch meine Genfer Zeit abgelaufen. Profitiert hatte ich nicht viel davon ausser einer gewissen konsularischen Routine, dem Privileg, bei einer alten Genfer Familie wohnen zu dürfen, und täglicher Übung im Französischen. Gegen Ende des Sommers trat ich meine erste planmässige Stelle an, in Hamburg.

Auch hier blieb ich nicht lange, wenn auch aus ganz anderen Gründen. Hamburg, zu jener Zeit der grösste Hafen des europäischen Kontinents, war eine sozialdemokratische Stadt und ein grosses Experimentierfeld für die Verwirklichung eines humanen Sozialismus. Hier, und vielleicht noch in Berlin, spielte sich deutlicher als irgendwo sonst der gewaltige moralische und geistige Todeskampf der Weimarer Republik täglich wie ein Bühnenstück vor aller Augen ab, und er hielt mich vollständig in seinem Bann. Zum erstenmal in meinem Leben war ich mit der Beobachtung von Ereignissen ausserhalb meiner selbst beschäftigt. Ich ging zu Vorträgen der ausgezeichneten Volkshochschule der Stadt. Ich stand frühmorgens auf, um das aufgegebene Lesepensum vor Dienstbeginn zu bewältigen. Und da das Meer zu allen Zeiten meine grosse Leidenschaft gewesen ist, verliebte ich mich in Hamburgs höchst eindrucksvollen Hafen. Als Vizekonsul war ich für die Betreuung der amerikanischen Schiffe und Matrosen zuständig. Ich hatte ein kleines eigenes Büro im Souterrain des Hapaggebäudes, wo ich mit Kapitänen und gestrandeten Seeleuten verhandelte. (Eine Einschussstelle in meinem Schreibtisch erinnerte an die Unzufriedenheit eines Matrosen mit meinem Vorgänger, der aber unverletzt durchs Fenster entkam.) Ich liess keine Gelegenheit aus, hinunter zum Hafen zu gehen, und verbrachte einmal sogar einen ganzen glückseligen Tag vom Morgen bis zum Abend auf der Brücke eines Schleppers, der seinen Dienst versah.

Die Erinnerungen an diese sechs Monate sind hell und unauslöschlich, und mein Begriff vom Europa nach dem Ersten Weltkrieg ist stark von ihnen geprägt, wenn ich auch nie systematische Folgerungen daraus hergeleitet habe. So erzählt zum Beispiel eine Tagebucheintragung von einem regnerischen Sonntagmorgen, an dem ich auf dem Platz vor dem Dammtorbahnhof stand und zum erstenmal eine kommunistische Demonstration erlebte – Reihen armseliger Menschen mit angespannten, ver-

sorgten Gesichtern, die trotzig und zugleich geniert unter regennassen Plakaten und Bannern marschierten –, und dass mir plötzlich die Tränen kamen bei der Erkenntnis, wie sehr ernst es ihnen war, wie offensichtlich sie an *anderen* Tagen in demütigem Schweigen dulden mussten, während dies, wie sie glaubten, *ihr* Tag war, an dem sie entschlossen waren, ein Wort mitzureden, und sei es auch nur vermittelt ihrer Zahl und ihrer Fahnen. Das Tagebuch erzählt weiter von einem abendlichen Vortrag, bei dem der Professor, ein untersetzter kleiner Mann mit leiderfüllten Augen, uns die bitteren Kriegsgedichte von Franz Werfel vorlas, und wo mir in der Verbindung seines Gesichts mit seinen Worten die ganze Tragik Nachkriegsdeutschlands auf einmal Wirklichkeit wurde. Blitzartig verstand ich, dass, wie ich damals schrieb, «dieser Mann, dessen privates und geistiges und religiöses Leben so offensichtlich durch den Krieg in Stücke geschlagen ist und der sich mit bewundernswerter stiller Zähigkeit durch das Chaos einen Weg bahnt . . . aus den Trümmern seiner Ideale eine neue und höhere Lebensanschauung für sich und für Deutschland wiederaufbaut».

Derartige Eindrücke brachten mich zu der Einsicht, dass ich bislang schandbar gleichgültig am Leben vorbeigelaufen war, dass ich viel versäumt hatte und dass meine Bildung aus unbefriedigendem Stückwerk bestand. Nach einigen weiteren Monaten war ich überzeugt, ich müsse vor allen Dingen meine Kenntnisse vervollkommen und zu diesem Zweck auf die Universität zurückkehren. Ich erklärte also meine Absicht, meine Stelle aufzugeben, verdingte mich als Supercargo auf einem kleinen amerikanischen Tanker, genoss die stürmische vierwöchige Überfahrt nach Norfolk im Februar 1928 und meldete mich beim Aussenministerium wegen der Entlassungsformalitäten. Bei meiner Ankunft dort hatte ich das Glück, als erstem Menschen meinem früheren Chef und Lehrer an der Foreign Service School, Mr. William Dawson, zu begegnen. Wie ein Schutzengel bewahrte er mich vor den Folgen meiner Narretei. Er war ein hervorragender Sprachenkenner und wies mich darauf hin, dass es gar nicht nötig sei, auszuscheiden: Wenn ich nämlich bereit sei, mich zum Spezialisten für eine der vier seltenen Sprachen: Chinesisch, Japanisch, Arabisch oder Russisch ausbilden zu lassen, dann könne ich noch drei Jahre an einer europäischen Universität weiterstudieren, ohne den Auswärtigen Dienst zu verlassen.

So wurde dann entschieden. Ich bin Mr. Dawson für sein Ein-

greifen immer dankbar geblieben. Ich wählte Russisch, zum Teil deshalb, weil wir zu der Zeit keine Beziehungen zur Sowjetunion hatten. Die Vermutung lag nahe, dass Leute, die die Landessprache beherrschten, dort eines Tages günstige Arbeitsmöglichkeiten finden würden. Aber ich hatte gleichzeitig auch die von dem älteren George Kennan begründete Familientradition im Sinn.

Mein Gesuch um Ausbildung zum Russlandexperten wurde angenommen. Im Sommer 1928 schickte man mich aus, um, wie es das Studienprogramm vorsah, zunächst praktische Kenntnisse an Ort und Stelle zu erwerben. Akademische Studien sollten folgen.

II. Vorbereitung auf Russland

Fünfeinhalb Jahre vergingen, bis ich meinen ersten Dienst in Moskau antreten konnte. Ich verbrachte sie in Berlin und in den baltischen Hauptstädten Reval und Riga. Es fällt mir schwer, darüber zu schreiben. Ich war gänzlich unbekannt. Meine Freunde kannte auch niemand. Mein Privatleben war belanglos. Ich las sehr viel. Ich schrieb auch eine Menge, jedoch meist Reisenotizen – Impressionen von einsamen Ausflügen nach hier oder dort. Die Tagebücher aus jenen Tagen erwecken den Eindruck, als seien meine Gesellschafter Landschaften und nicht lebendige Menschen gewesen, und häufig war das auch so. Meine Expeditionen führten mich fast ausschliesslich in die Länder an der Ostseeküste; sie waren für meine Bildung von tiefem und bleibendem Wert. Ihre Beschreibung in meinen Notizbüchern würde vielleicht als Hintergrund für romanhafte Ereignisse brauchbar sein – ohne dichterische Ausschmückung bilden sie eine monotone und ziemlich schwermütige Lektüre, und ich werde sie mit einer einzigen Ausnahme dem Leser ersparen.

Das damalige Ausbildungssystem für Russlandspezialisten bestand aus einem einleitenden, zwölf bis achtzehn Monate dauernden Aufenthalt mit normalem Bürodienst an einem im künftigen Arbeitsgebiet liegenden Ort, noch ohne Sprachkurse, und daran anschliessend aus einem dreijährigen Studium an einer europäischen Universität. Da wir zur Sowjetunion keine diplomatischen Beziehungen unterhielten, bildeten den «Ort» die drei baltischen Städte Reval, Riga und Kowno, die Hauptstädte Estlands, Lettlands und Litauens. In allen dreien war die amerikanische Regierung konsularisch und diplomatisch vertreten. Alle drei Länder waren jüngst noch Teil des Russischen Reiches gewesen. Sie sollten es alle auch bald wieder werden. In allen traf man damals auf ein gewisses Mass russischen kulturellen Lebens und russischer Sprache.

Aus einem Grund, der mir entfallen ist – vermutlich weil man dort gerade vorübergehend eine Lücke stopfen musste –, reiste ich nicht direkt ins Baltikum, sondern wurde zunächst befristet dem Generalkonsulat in Berlin zugeteilt. Die Abordnung dauerte nur wenige Wochen, und ich habe kaum Erinnerungen daran.

Die Stadt selbst mit ihrer gewaltigen Grösse und Kraft habe ich immer eindrucksvoll gefunden, und jetzt, im Frühling, war sie nicht ohne Reiz. Ich bewohnte ein möbliertes Zimmer mit Blick auf den Platz vor dem Schöneberger Rathaus, das jetzt das Rathaus von West-Berlin ist. Ich war Stammgast in einem kleinen anglo-amerikanischen Essklub, in dem Bankiers und Diplomaten verkehrten und der zum Glück nicht von den Amerikanern organisiert war, sondern von den Engländern, die sich auf so etwas verstehen. Ich genoss das Grossstadtleben nach Kräften. Ich interessierte mich, wie es meinem Alter und den Umständen nach nur natürlich war, für das schöne Geschlecht. In meiner Freizeit lernte ich das russische Alphabet. Und als meine Zeit abgelaufen war, Anfang Juli 1928, schiffte ich mich von Stettin aus gemeinsam mit einem Trupp fürchterlich seekranker deutscher Pfadfinder nach dem Baltikum ein.

Mein erster Posten innerhalb der eigentlichen praktischen Ausbildung für Russland war der eines Vizekonsuls in Reval. Reval war damals – und ist es hoffentlich immer noch – eine bezaubernde alte Hansestadt, ein nördliches Gegenstück zu dem deutschen Lübeck, und war in scharfkontrastierender, aber nicht abstossender Weise von rein russischen Vororten umgeben. Es liegt an einer Bucht des Finnischen Meerbusens. Gerade gegenüber, auf der nördlichen Seite des Meerbusens, liegt in rund neunzig Kilometer Entfernung Helsinki; rund vierhundert Kilometer ostwärts, am Ende des Meerbusens, liegt Leningrad.

In dem kleinen Büro, das die Regierung der Vereinigten Staaten zur Wahrnehmung ihrer konsularischen und diplomatischen Aufgaben in Reval unterhielt, arbeiteten nur zwei Amerikaner: der Konsul, der gleichzeitig den diplomatischen Rang eines Legationssekretärs bekleidete und als solcher bei der estnischen Regierung akkreditiert war, und ich, der ich nur konsularischen Status hatte. Der Gesandte in Riga war in allen drei baltischen Ländern als Missionschef akkreditiert, aber er residierte in Riga in Lettland und kam nur gelegentlich und besuchsweise nach Estland und Litauen. Der Konsul war ein schüchterner, ängstlicher Mann mittleren Alters; er schritt durchs Leben mit der versorgten Miene eines, der sich ernstlich bemüht, alles richtig zu machen, und dem dauernd etwas dazwischen kommt. Da er wenig Selbstvertrauen hatte, suchte er ständig Rat bei einem estnischen Angestellten, der seinen ziemlich krausen Verstand mit jener äusseren Pose der Allwissenheit und Unfehlbarkeit verband, die mir immer als typisch für einen grossen Teil der

männlichen Bevölkerung östlich von Weichsel und Donau erschienen ist. Der Konsul allerdings vertraute ihm blindlings und duldete keinerlei Kritik. Infolgedessen fand ich mich von jeder nutzbringenden diplomatischen und politischen Tätigkeit ausgeschlossen und auf die rein routinemässigen Büroaufgaben beschränkt: Warenbegleitscheine, Beurkundungen, Visen, Abrechnungen, konsularischer Schutz. Ich fand es nicht allzu schlimm. Die Arbeit war zumindest abwechslungsreich (das ist der Vorteil eines kleinen Büros) und oft sogar amüsant.

So erinnere ich mich zum Beispiel der langwierigen und höchst verwickelten Aufgabe, mich mit den Geschäften eines estnisch-amerikanischen Gauners abzugeben, der in beiden Ländern gewohnheitsmässig dicht vorm Winde segelte und ein Unternehmen gegründet hatte, dessen Zweck angeblich die Bergung einiger im Ersten Weltkrieg versenkter Schiffe aus estnischen Gewässern war. Für dieses Vorhaben besorgte er sich Geld von Dutzenden leichtgläubiger Esten, kaufte oder charterte einen Schlepper in den Vereinigten Staaten und brachte ihn mit einer amerikanischen Besatzung nach Estland. Das erste Objekt seiner Mühen war ein ehrwürdiges Wrack, dessen Heck bei einer Klippe draussen auf See noch aus dem Wasser ragte. Das Bergungsschiff wurde an dem Heck festgemacht, und die Arbeit begann. Aber dann erhob sich ein Sturm, und das Bergungsschiff sank, zur weiteren Bereicherung der unterseeischen Schätze vor der estnischen Küste. Die Bergungsmannschaft flüchtete sich auf den herausragenden Achtersteven des alten Wracks, aus welcher schmachvoller Position sie ihrerseits geborgen wurde, glücklicherweise von ihrem Standpunkt aus, glücklicherweise auch von unserm, insofern wir froh waren, sie vorm Tode des Ertrinkens bewahrt zu sehen. Sonst allerdings hatten wir wenig Grund zur Freude; denn nun hatten wir die estnischen Gläubiger des völlig bankrotten Unternehmens auf dem Hals und dazu noch die Pflicht, die empörte Mannschaft zu beköstigen und zurückzuverfrachten. Was aus dem Initiator des Unternehmens geworden ist, kann ich nicht sagen; mir ist, als hätte er sich mit der Versicherungssumme aus dem Staube gemacht. Solcherart sind die Leiden, aber auch die Freuden konsularischer Tätigkeit. Eigentlich fand ich es schön.

So weit ich weiss, lebten damals in Estland neun gebürtige Amerikaner, von denen fünf – der Konsul und seine Frau, ein Ehepaar vom Christlichen Verein Junger Männer und ich – in Reval wohnten. Einmal lud der Konsul mich übers Wochenende

auf seine Datscha in Hapsal an der Westküste ein. Dort hatte ich aus irgendwelchen Gründen einen Rückfall in meine schlimmsten neurotischen Studententage, benahm mich schauerhaft ungesellig und war hinfort aus dem kleinen Kreis der Diplomaten und Konsuln verdientermassen ausgeschlossen. Auch ein estnisches Haus habe ich nie betreten, aber das störte mich nicht und überraschte mich auch nicht. Schliesslich war ich nicht in erster Linie an Estland interessiert und hatte mir auch keine Mühe gegeben, Estnisch zu lernen. Im Endergebnis lief es darauf hinaus, dass ich meist bis auf die wohlthuende Gesellschaft eines Cockerspaniels mit mir allein war.

Die Einsamkeit war manchmal beschwerlich, aber sie hatte auch ihr Gutes. Ich las sehr viel, meist zeitgenössische deutsche Literatur. (Zu dieser Zeit dachte und schrieb ich fast soviel auf deutsch wie auf englisch.) In Begleitung des Hundes machte ich eine Reihe von Wochenendausflügen, nach Helsinki; nach Narva; in die alte Universität Dorpat; nach Pernau an der Südküste; in die russischsprachige Provinz in der äussersten Südostecke des Landes; zu den abgelegenen Inseln vor der Küste mit ihren schlichten schwedischen Bauern- und Fischergemeinden. Diese Reisen genoss ich ungeheuer, sammelte Eindrücke, schrieb sie auf und hütete sie wie einen Schatz. Vor allem aber fing ich in meiner Freizeit ernsthaft mit dem Russischlernen an.

Mein Lehrer war ein verarmter Ukrainer. Vom Unterrichten verstand er nichts, aber er hatte den Vorzug, von keiner Sprache als Russisch, ausgenommen seines eigenen Ukrainischen, auch nur ein Wort zu können. Als Hilfsmittel für den Unterricht brachte er mir die Lesefibeln der ABC-Schützen aus dem russischsprechenden Landesteil. Ich bewunderte und hegte die schmalen Bändchen mit der schönen, noch nicht reformierten kyrillischen Schrift⁷, mit den kleinen Vignetten und Auszügen aus russischen Märchen und Klassikern, mit den naiven Zeichnungen von Bauernhöfen und Tieren und schlittenfahrenden Kindern. Einige der Reime und Gedichte lernte ich bald auswendig. Hier fing meine Liebe zur russischen Sprache an – dieser reichen, prägnanten, musikalischen, manchmal zarten, manchmal erdhaft brutalen, manchmal klassisch-strengen Sprache. Diese Liebe hat mich nie verlassen, sie ist mir im Gegenteil in späteren Jahren in dunklen und beschwerlichen

⁷ Die also auch noch die Buchstaben enthielt, die die Bolschewiki bei ihrer Rechtschreibereform aus dem Alphabet gestrichen hatten.

Zeiten eine nie versiegende Quelle der Kraft und des Trostes gewesen⁸.

Russisch erschien mir von Anfang an als eine naturgegebene Sprache, in der die Wörter so klingen, wie sie klingen sollen und wie man es von ihnen erwartet – so als hätte man sie in grauer Vorzeit schon einmal gekannt und das Lernen wäre eigentlich ein Wiederentdecken. Ich vertiefte mich mit soviel Freude und Begeisterung hinein, dass ich mich gegen Ende des Jahres schon ein wenig in ihr auskannte. Die Weihnachtstage verbrachte ich dann als Weltflüchtiger im Pskowo-Pecherskij-Kloster an der sowjetischen Grenze. Das war ein Stück altes Russland, genauer gesagt, ein Stück Russland des siebzehnten Jahrhunderts, und so vollständig unberührt, wie es im eigentlichen Russland schwerlich ein zweitesmal zu finden gewesen wäre. Keiner dort sprach etwas anderes als Russisch. Als ich Abschied nahm, hatte ich wirklich Fortschritte gemacht.

Anfang 1929 wurde ich an die Gesandtschaft in Riga versetzt. Riga war eine viel grössere Stadt als Reval, wenn auch nicht mehr ganz die blühende Metropole, die es vor der Russischen Revolution gewesen war. Hier gab es eine grosse westliche Kolonie. Einige waren Zugvögel, darunter die Diplomaten; andere sesshaft, wie vor allem die Reste der alten britischen Kaufmannskolonie aus zaristischer Zeit. In Riga wurde man sofort in das in solchen Ausländerkolonien übliche hektische gesellschaftliche Leben hineingezogen.

Ich stelle mit Erschrecken fest, dass ich von meiner mehrmonatigen Tätigkeit in der Gesandtschaft nichts mehr weiss. Weil mit meiner russischen Ausbildung offiziell noch nicht begonnen war, hatte ich mit der sehr aktiven und wichtigen Russlandabteilung nichts zu tun. Ich habe undeutliche Vorstellungen davon, dass ich mir mit Chiffren und Kurieren die Zeit vertrieb, Artikel über lettische Politik aus dem russischen Lokalblatt übersetzte und Nachschub für die Botschaft beim Zoll holte.

Das Beste an Riga war sein bunt gemischtes und ganz kosmopolitisches kulturelles Leben. Zeitungen und Theater schrieben und spielten auf Lettisch, Deutsch, Russisch und Jiddisch, und es gab lebendige lutherische, römisch-katholische, russisch-orthodoxe und jüdische Kirchengemeinden. Überhaupt war die

⁸ Ich bin mir bewusst, dass ich mit dieser Formulierung eine Stelle aus Turgenjews ‚Gedichten in Prosa‘ plagiiere, die in einer von mir benutzten russischen Grammatik als Beispiel zitiert war. In meiner Übersetzung heisst sie etwa so: «In Zeiten des Zweifels, in Zeiten bedrückten Grübelns über die Zukunft meines Heimatlands bist Du allein mir Stütze und Halt, o grosse, machtvolle, gerechte und freie russische Sprache. Wärest Du nicht – was könnte uns vor der Verzweiflung retten . . .?»

Religion in der ganzen Gegend noch immer das Erkennungsmerkmal für die Nationalität, und wenn man einen Menschen fragte, was er sei, so antwortete er im Allgemeinen mit der Angabe seiner Konfession, statt sich zu einer bestimmten Volkzugehörigkeit zu bekennen. Aber die politisch dominierenden Letten, die mit den Jahren der Unabhängigkeit zusehends chauvinistischer wurden, fühlten sich gedrängt, das bunte Durcheinander so schnell wie möglich zu beseitigen, und bis zum Jahre 1939 war es ihnen gelungen, der Stadt viel von ihrem Charme zu nehmen. Ihre Bemühungen in dieser Richtung wurden 1940 mit dem Einzug der Russen und der Einverleibung des Landes in die Sowjetunion bekanntlich in einer Weise vervollständigt, die sie weder vorhergesehen noch gewünscht hatten.

Mit diesem Ereignis wandelte sich das heitere, anregende Gewirr der Sprachen und Religionen, das Riga einst den stolzen Titel eines «Paris des Nordens» eingetragen hatte, über Nacht in die graue, dumpfe Schübigkeit der Isolierung hinter den undurchdringlichen Wällen des stalinistischen Russlands, eine Strafe, die weit über das hinausging, was man selbst dem ärgsten Chauvinisten hätte wünschen mögen.

Ausser seinen ernsthafteren kulturellen Genüssen hatte Riga ein intensives Nachtleben nach Petersburger Tradition zu bieten: Wodka, Champagner, Zigeuner, Schlitten oder Droschken mit dick vermummten Kutschern, die vor den Türen der Lokale warteten – lustig, gewiss, aber auch nicht ohne eine heimwehkranken, hoffnungslose «Nach-uns-die-Sintflut»-Sentimentalität – eine Gemütsverfassung übrigens, die sich am Morgen danach höchst unliebsam auszuwirken pflegte. Die Nachtclubs waren nicht etwa die einzigen Spuren der Zarenzeit im Stadtbild oder in den Lebensgewohnheiten der Bürger. In vielem war Riga eine Miniaturausgabe von Petersburg. Das alte Petersburg war natürlich tot, oder so gut wie tot, jedenfalls für Leute aus dem Westen unerreichbar. Aber Riga lebte noch. Es war einer von den Fällen, in denen die Kopie das Original überdauert. In Riga zu leben war daher in vieler Hinsicht dasselbe wie im zaristischen Russland zu leben – tatsächlich war es fast der einzige Ort, an dem man noch im zaristischen Russland leben konnte. Unser Gesandtschaftspersonal bestand zum Teil aus Leuten, die in der alten Petersburger Botschaft gedient hatten; und die Eindrücke, die ich hier sammelte, dienten mir sehr viel später in meinem Buch ‚Der Sieg der Revolution‘ als Vorlage

für den Versuch, ein Bild unserer Petersburger Botschaft in den Jahren 1917-1918 zu zeichnen.

Während meiner Rigaer Zeit teilte ich mit anderen unverheirateten Kollegen eine geräumige Junggesellenwohnung im obersten Stockwerk eines riesigen, im deutschen Stil gebauten Wohnblocks, der aus unerfindlichen Gründen «die Vorburg» hiess. Es war eine gescheite, kritische und streitlustige Gesellschaft. Das benachbarte Sowjetrussland war damals gerade Schauplatz der Ausweisung Trotzkijs, der Kämpfe Stalins gegen die Opposition von rechts, der Anfänge der Kollektivierung und des ersten Fünfjahresplans. Es überschattete so unsere baltische Welt und beherrschte die Gedanken und die Diskussionen. Von unserer Wohnung blickte man auf den sogenannten «Ausfuhr-Hafen» hinunter, ein Freihafengelände, das dem sowjetischen Transithandel vorbehalten war. Das Wetter war durchschnittlich neun Monate im Jahr miserabel. (Schliesslich waren wir kaum fünfzig Kilometer von Kurland entfernt, und das Wetter in diesem früheren Herzogtum – «Kurländisches Wetter», sagten die Deutschen – war sprichwörtlich wegen seiner Scheusslichkeit.) An den langen verregneten Wochenenden rissen die Diskussionen über Russland, den Marxismus, den Kapitalismus, das Kulakenproblem und vieles andere nicht ab. Besucher erschienen, warfen ihre Meinung in die Debatte wie einen beiläufigen Einsatz beim Roulette, und gingen wieder. Und ständig drang von unten aus dem regendurchweichten Hafengelände das Pfeifen der Rangierloks zu uns herauf und das Gerumpel der langen Reihen weitspuriger Güterwaggons, die nach monatelangem Treck aus Gott weiss welcher Gegend des riesigen innerrussischen Gebiets an den Laderampen anlangten.

Auch von hier aus konnte man Ausflüge machen: nach Kowno, nach Wilna, nach der Hafenstadt Memel. Aber vor allem hatten wir als Erholung vom sommerlichen Riga den herrlichen, scheinbar endlosen Küstenstreifen, der der Rigaer Strand hiess. Hier standen viele Kilometer weit hölzerne Sommerhäuser im Stil russischer Datschen, eingestreut zwischen die Dünen und die mächtigen, schimmernden Föhren. Ich hatte auch eines von diesen Häusern, ein kleines, mit nur einem Raum. Im Juni und Juli verbrachte ich dort meine Wochenenden, badete tagsüber in der See und zu nächtlicher Stunde in dem magischen und für meine Begriffe überwältigend erotischen Zwielicht, das sich in den Wochen der Sommersonnenwende über die nördliche Welt ergiesst – dem Zwielicht, das den «Weissen Nächten» von Peters-

burg den Namen gegeben hat. Es war ein wundervolles, diffuses Dämmerlicht, in dem das Glühen am nördlichen Himmel aus dem Sonnenuntergang sanft in den Sonnenaufgang hinüberglitt. Im Zauber dieser Naturerscheinung schienen alle menschlichen Regungen von erhöhter Bedeutung, voller Geheimnis und Verheissung.

Im Spätsommer 1929 kehrte ich nach Berlin zurück, um mit dem vorgesehenen akademischen Russlandstudium anzufangen. Ich immatrikulierte mich an der Universität Berlin und schrieb mich im Seminar für Orientalische Sprachen ein mit der Absicht, dort das Diplom zu erwerben. Dieses Institut war ursprünglich von Bismarck zu dem Zweck gegründet worden, junge deutsche Diplomaten für den Dienst im Fernen Osten zu schulen, und war dann (in moderner Terminologie) zu einem «Zentrum für Gebietsstudien» geworden – aber nur für ausserwestliche Kulturen.

Auf dem Gebiet des Russischen schien seine vornehmste Funktion darin zu bestehen, nach einschlägiger Prüfung ein Diplom zu erteilen, mit dem man in Deutschland Gerichtsdolmetscher oder Übersetzer werden konnte. Ein viersemestriger Lehrgang wurde ausserdem geboten, aber man wurde gleich darauf aufmerksam gemacht, dass er allein keine ausreichende Grundlage für die Prüfung sei. Man müsse noch nebenbei etwas tun oder aber sich länger Zeit nehmen. Geprüft wurden nicht nur die Sprachkenntnisse, sondern auch Geschichte, besonders Verfassungs- und Rechtsgeschichte, und russische Wirtschaftsgeographie.

Jetzt machte es sich bezahlt, dass ich schon vor Berlin Russisch gelernt hatte. Ich meldete mich schon nach einem Jahr zur Prüfung und bestand ganz knapp. Wir waren nur eine Handvoll Kandidaten – drei, glaube ich, von denen einer in Russland geboren und aufgewachsen war. Die Übersetzung aus dem Russischen ins Deutsche bestand aus einem alten Dokument – einer Entscheidung des Obersten Gerichtshofes des ehemaligen Russischen Reiches («Regierender Senat» nannte es sich) –, das uns im Original vorgelegt wurde, mit allen Archaismen, juristischen Floskeln und Abkürzungen des Gerichtsprotokolls. Die Übersetzung aus dem Deutschen ins Russische habe ich vergessen. Und dann gab man uns zwei Stunden Zeit, um auf Russisch, ohne Nachschlagewerke, einen Essay über die Lage der russischen Landwirtschaft am Vorabend der Revolution zu schreiben. Neulich fand ich zwischen meinen Papieren diesen Aufsatz im Original – offenbar hatten wir ihn zurückbekommen –, ich kann nur

sagen, wenn ich ihn mir heute ansehe, dass meine Prüfer sehr nett zu mir waren. Hoffentlich waren wenigstens die Übersetzungen besser, aber das möchte ich eigentlich doch für wahrscheinlich halten.

Im folgenden akademischen Jahr studierte ich russische Geschichte an der Universität selbst und russische Sprache und Literatur mit Privatlehrern. Auch an den Seminaren der beiden hervorragenden Kenner der russischen Geschichte Otto Hoetzsch⁹ und Karl Stählin¹⁰ nahm ich teil.

Hoetzsch hatte nicht nur akademische Verpflichtungen. Er war gleichzeitig ein prominenter Politiker und deutschnationaler Reichstagsabgeordneter. Infolge der gleichzeitigen Anforderungen, die Geschichte und zeitgenössische Politik an ihn stellten, war er ungeheuer überlastet – was das bedeutete, sollte ich drei Jahrzehnte später am eigenen Leib erfahren. Sein Fachgebiet war eher die osteuropäische als speziell die russische Geschichte. Seine Studenten fand ich zum Fürchten gelehrt. Da ich schlecht vorbereitet war und zu spät kam, hatte ich, was den Stoff anlangt, nicht sehr viel von seinem Seminar, aber ich fand es lohnend, dabeizusein und die akademischen Methoden und Persönlichkeiten kennenzulernen.

Stählin schrieb damals an seiner ‚Geschichte Russlands‘, die ich für eine der besten modernen Arbeiten über dieses Thema halte. Er war reiner Gelehrter, voller Hingabe an seine Arbeit. Von den Studenten seines Seminars liess er sich nach deutschem Brauch bei seiner Arbeit helfen und sandte sie aus, um dieses oder jenes Quellenmaterial für ihn auszuschöpfen oder zu überprüfen. Ich arbeitete für ihn ein Referat über die Memoiren eines Mannes aus, der zur Zeit der Besetzung Moskaus durch Napoleon Bibliothekar im Kreml gewesen war und deren historische Bedeutung noch niemand richtig gewürdigt hatte. Ob das für ihn selbst so nützlich war wie für mich, kann ich nicht sagen; aber für mich als Student war es ein ganz neues Erlebnis, an der Entstehung eines grösseren historischen Werks verantwortlich mitzuwirken, sei es auch nur in ganz bescheidenem Rahmen; es war unvergleichlich viel wertvoller als ein nur auf die Prüfung bezogenes Zweckstudium.

Meine Privatlehrer waren grossenteils hochkultivierte russi-

⁹ Otto Hoetzsch, 1876-1946; Professor für Osteuropäische Geschichte und Internationale Beziehungen an der Universität Berlin von 1920 bis 1935; verschiedentlich Abgeordneter des Preussischen Landtags und des Deutschen Reichstags; Herausgeber der Zeitschriften ‚Osteuropa‘ und ‚Osteuropäische Forschungen‘.

¹⁰ Karl Stählin, 1865-1939; viele Jahre Professor für Russische Geschichte an der Universität Berlin; Verfasser einer ‚Geschichte Russlands‘.

sche Emigranten, keine systematischen Pädagogen. Ich unterhielt mich mit ihnen und las ihnen stundenlang laut aus den russischen Klassikern vor, manchmal auch aus Kljuschtschewskijs berühmten Vorlesungen über russische Geschichte – aber in erster Linie nur, um in die Geheimnisse der russischen Betonung einzudringen.

Der Vater des neuen Ausbildungssystems für Spezialisten war, soweit es Russland betraf, Robert F. Kelley¹¹, Chef der Abteilung Russland und Osteuropa im State Department. Ich werde später noch auf ihn zurückkommen. Wenn ich ihn recht verstanden habe, so ging es ihm darum, seinen zukünftigen Experten sprachlich und kulturell ein Niveau zu vermitteln, wie man es von einem gebildeten Russen der alten vorrevolutionären Schule hätte erwarten dürfen. Aus diesem Grunde lag der Akzent auf den linguistischen, literarischen und historischen Übungen statt auf der Sowjetologie. Ganz am Anfang meines Berlinaufenthalts schrieb ich einmal an Kelley und wies ihn darauf hin, dass die Berliner Universität damals so ziemlich als die einzige im Westen ausgezeichnete Übungen und Vorlesungen über rein sowjetische Themen veranstaltete, über Sowjetfinanzen, sowjetischen Verwaltungsaufbau und Ähnliches mehr. Ich fragte ihn, ob ich davon nicht Gebrauch machen sollte. Die Antwort war nein. Dem Sinne nach sagte er: Bleib bei Deinem Leisten; Sorge, dass Du Dir die wesentlichen russischen Bildungselemente zu eigen machst; der Rest kommt später. Es war eine weise Anordnung, ich bin heute noch dankbar dafür.

Gegen Ende des zweiten Berliner Jahres hatte ich ziemlich solide Grundlagen in russischer Geschichte und Literatur und konnte mich auf Russisch passabel ausdrücken. Bei meinen späteren Aufenthalten in russischer Umgebung – insgesamt waren es neun Jahre – hatte ich Gelegenheit, mich sprachlich weiter zu vervollkommen; aber für die beruflichen und persönlichen Anforderungen des Auswärtigen Dienstes war ich bereits jetzt gut gerüstet. Ich hatte plötzlich das Studieren satt und wollte wieder in die Praxis zurück. Kelley erhob keine Einwände, und es wurde beschlossen, mir das vorgesehene dritte Studienjahr zu erlassen. Stattdessen wurde ich nach Riga zurückversetzt – aber diesmal zum Arbeiten in der Russlandabteilung der Gesandtschaft. Die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zur Sowjetunion lag immer noch zwei Jahre in der Zukunft, und

¹¹ Robert Francis Kelley, Gelehrter, Beamter und Diplomat, war von 1926 an einige Jahre lang Chef der Osteuropa-Abteilung des State Department.

wenn schon Russland nicht ganz erreichbar war, so blieb Riga die nächstbeste Lösung. Über mein Privatleben während dieser Berliner Studienzeit ist nicht viel zu berichten. Ich war in dem Alter, in dem John Evelyn¹² sich mit den Worten beschrieb: «Ich war erfüllt von eitlem Streben und den wirren Vorstellungen junger Männer.» Ich wohnte unelegant, in muffigen, nach gutbürgerlicher deutscher Sitte vollgestopften Räumen, wo geschäftige Vermieterinnen zweimal monatlich kontrollierten, ob ihren Spitzengardinen auch nichts zugestossen sei, wo mecklenburgische Hausmädchen die Hauptmahlzeit kochten, mir ihre kleinen schmuddeligen Einkaufsbüchlein zur Inspektion vorwiesen und sich über die Gemüsepreise auf dem Markt beschwerten. Einmal gelang es mir zu meinem höchsten Entzücken, einen Artikel in einer liberalen Zeitschrift unterzubringen. Und ich hatte Freunde: einige Deutsche, einige Anglo-Amerikaner und einige Russen. Unter diesen war eine Familie – Mutter, Sohn und Tochter –, die völlig mittellos in einem Keller in Spandau ihr mühsames Dasein fristete. Keiner von ihnen hatte feste Arbeit; der Sohn versuchte zu schreiben, die Tochter übte Klavier; und alle drei waren unglaublich unpraktisch und hilflos. Ich tat, was rth konnte, um ihre Lage zu erleichtern, aber sie existierten nur von Krise zu Krise und überlebten allein dank einer Kette jener wunderbaren Errettungen, die von Gott für die wahrhaft Unschuldigen vorbehalten sind. Die unbekümmerte Spontaneität ihrer Ergebnheitsbeweise brachte mich in Verlegenheit: sie überfielen mich zu Hause in unpassenden Momenten, sie brachten kunstvolle Geschenke, die sie sich nicht entfernt leisten konnten, und derlei mehr. Aber ich war ihnen dankbar und erwiderte ihre Zuneigung auf meine Weise. Es gefiel mir, dass sie mich wie einen Russen behandelten, nicht wie einen Fremden. Indem ich ihre Kümmernisse und Sorgen teilte, fühlte ich mich selbst als Russe.

Die Atmosphäre des Berlins jener Tage, dieser grossartigen vorhitlerischen Stadt, ist in ein paar Tagebuchnotizen eingefangen, die ich über die Gegenden machte, in denen ich gewohnt hatte oder noch wohnte. Unter dem 7. Februar 1931 finde ich eine Eintragung, die mir zeigt, dass die Stadt damals für mich so etwas wie eine Heimat war, die einzige, die ich seit meiner Jugend gekannt hatte.

«Endlich ist es kalt geworden. In der frühen Dämmerung fällt

¹² John Evelyn (1620-1706), englischer *Homme de lettres*, bekannt durch sein ‚Tagebuch‘ (AdÜ).

trockener Schnee auf die Kaiserallee und wirbelt unter den Rädern der Taxis. An den Fenstern der Strassenbahnen sind Eisblumen, und die hölzernen Fussböden sind nass von dem Schnee, der an den Füßen geschmolzen ist. Über den zugefrorenen Fenstern hängen höchst unzeitgemässe Reklameschilder der Strassenbahngesellschaft: ‚Mit der Strassenbahn ins Freie!‘ Und da sind die Namen all der Orte, zu denen sie dich bringen will: Tegelsee, Müggelsee, Wilhelmshorst usw. Unter jedem Namen ist das Bild eines Sees, mit Binsen, Segelbooten und Sonnenschein.

Es macht wenig aus, wo du wohnst in Berlin: du gehörst nicht deinem Viertel, sondern der Stadt.

In der Luisenstrasse . . . aber das ist lange her; die Stadt ist anders geworden und ich selber auch.

Die Fenster des Zimmers in der Mühlenstrasse gingen auf den Platz vor dem Schöneberger Rathaus. An den kühlen Abenden im Frühling lehnte ich oft aus dem Fenster und blickte über den Platz. Man sah nicht nur den Platz, sondern auch ein Stück Stadtpark. Die dünnen jungen Pappeln am Parkrand wirkten recht hilflos und entmutigt vor der kalten Masse des Rathauses und der umliegenden Gebäude. Die Ecke des Parks war Endstation für den 14er Bus, und zwei oder drei Wagen standen immer da und warteten auf die Rückfahrt nach Osten. Die Strassenbahnen schrillten, und die Motoren der wartenden Busse brummen. Ein vereinzelt Strassenmädchen wanderte immerzu rund ums Karree, wie ein Raubvogel der Nacht, und ich fragte mich, was für Beute sie wohl finden mochte, hier unten in dieser unerotischen Gegend. Manchmal lagen Reste vom Wochenmarkt auf dem Platz; alte Frauen packten Sachen in wacklige Pferdewagen oder Handkarren, Männer fegten die Bürgersteige. Zu andern Zeiten gab's politische Demonstrationen, junge Leute mit Fahnen und Trommeln und Turnanzügen und trotzig Gesichtern.

Die Fenster der Wohnung in der Giesebrechtstrasse gingen nach hinten, auf einen Hof wie eine Grube, der ‚der Garten‘ hiess. Es gab ein paar Bäume darin und ein bisschen Gras, und dazu Mülltonnen und eine unglaubliche Anzahl gelber, schmutziger Katzen. An Sommerabenden hörte man die Katzen und gelegentlich das schwache Grollen der Stadtbahnzüge vom nahegelegenen Charlottenburger Bahnhof. Wenn es sonntagmorgens schön war, sassen die Leute draussen auf ihren hohen eisernen Balkonen mit dem Kaffee und der Sonntagszeitung und liessen ihre Radios durcheinanderbrüllen, Kirchenchoräle und Wagneroperen vermischt mit gellender Jazzmusik aus dem Grammophon.

Andererseits war die Giesebrechtstrasse so etwas wie ‚Gegend‘, denn sie lag unmittelbar am Kurfürstendamm. Nicht als ob man zu dieser Prachtstrasse besonders viel Kontakt gehabt hätte. An der Ecke war ein Bumslokal, wo die Polster stanken und die Küche nichts taugte, wo man aber telefonieren durfte, ohne etwas zu bestellen – sehr wichtig, wenn man sich zum Beispiel selbst aus der Wohnung gesperrt hatte. Einmal, als selbst das nichts half, musste ich (auf Kredit) in dem neuen supermodernen Hotel ein paar Häuser weiter übernachten und am nächsten Morgen zum Erstaunen von Kellnern und Gästen im Smoking frühstücken. Aber der Kurfürstendamm selbst war voller Leben und Licht. Zu jeder Tages- und Nachtzeit flutete der Verkehr. Es war immer schön, spätabends den unbenutzten Reitweg in der Mitte entlang-zuschlendern und sich der Stimmung hinzugeben, dass all das doch eine tiefe Bedeutung habe.

In der Hitzigstrasse fielen die grossen alten Herrenhäuser hinter ihren hohen Eisengittern und den höhlenartigen Vorgärten in die Schatten zurück. Auch hier brauste der Verkehr Tag und Nacht – hochnäsiger, eiliger Verkehr von Taxis und Limousinen – und erinnerte im Vorüberrauschen ständig daran, dass dies überhaupt keine Gegend war, sondern nur eine unwichtige Querverbindung zwischen den wahren Zentren des Lebens.

In den Zelten lebte sich wie auf dem Lande. Noch nicht einmal einen Laden schien es in der Nähe zu geben. Eingezwängt im Winkel zwischen dem Park und der ruhigen kanalisierten Spree war es dort still wie im Strudel des Orkans. Nur die Töne der Musikkapellen aus den Gärten der Krolloper und die Geräusche aus den Biergärten der *hoi polloi* am andern Ende der Strasse zerrissen an Sommerabenden manchmal die Stille.

Und hier, in dieser Vorortgegend, habe ich zwar eine Adresse, aber dafür keine Adressaten. Die unpersönlichen Villen stehen blind und stumm, alle verschieden und einander doch grässlich gleich, Seite an Seite in endlosen Strassen. Die ruhige Flächigkeit des Geländes lässt noch die sandigen Kiefernwälder ahnen, die hier vor Kurzem erst standen. Tagsüber ist man selten zu Haus. Nachts herrscht willkommene Ruhe, nur manchmal hört man einen Bürger gemessenen Schrittes heimwärts schreiten, und manchmal quietscht eine Strassenbahn schläfrig und verloren aus unbekannter Richtung einem unbekanntem Ziele zu.»

Im Sommer 1931, kurz vor Beendigung meines Berliner Studienaufenthalts, lernte ich eine Norwegerin kennen – Annelise

Soerensen. Sie wohnte in Berlin bei Verwandten. Wir verlobten uns. Sie kehrte nach Norwegen zurück, um ihren erschreckten und besorgten Eltern die Nachricht schonend beizubringen. Wenig später folgte ich ihr und verbrachte vor der Heirat einen Monat als Besucher in ihrer Familie. Das war aus gutem Grund eine denkwürdige Reise. Ich benutzte, so weit es ging, den eleganten Tourenwagen, den ich im Jahr zuvor erworben hatte und der, in dieser Frühzeit des Automobil Verkehrs, mein ganzer Stolz war. Wiederum entnehme ich den Bericht über die Reise meinem Tagebuch, das die Atmosphäre jener Tage wiedergibt.

«Eine schlechte Strasse nach Stettin. Auf den Feldern wird geerntet. Wir haben Samstag, den 8. August. Quer über die Dorfstrassen sind Spruchbänder gespannt. ‚Geh zum Volksentscheid‘ mahnen sie. Und im ganzen weiten pommerschen Land raunen die Stimmen: ‚Kein Mensch hat Geld. Die Franzosen haben uns alles weggenommen. Erfüllungspolitik . . .’

In Stettin fahre ich sofort zum Hafen. Zwei betrunkene Schaulerleute prügeln sich am Lagerschuppen. Die Faustschläge und das Schlurfen der Stiefel auf dem Kopfsteinpflaster hallen über das ruhige Wasser der Helling.

Während wir darauf warten, dass das Schiff ablegt, verschwinden Wolodja und Schura, die mitgefahren sind, um mir Adieu zu sagen. Nach einer Weile tauchen sie wieder auf, mit Blumen beladen. Mit ihrem letzten Geld haben sie ein ganzes Blumengeschäft leergekauft. Sie nehmen diese Abfahrt sehr ernst. Der Instinkt, nicht die Logik, sagt ihnen, dass unser Zusammensein hier und heute endet und dass, auch wenn wir uns in wenigen Wochen wiedersehen, dies der wirkliche Abschied ist.

Als das Schiff den Kai verlässt, kommt laut hupend ein Taxi vorgefahren. Eine dicke Dame steigt aus, hält krampfhaft ein Dutzend Pakete fest und winkt mit dem Schirm. Wir schieben uns zurück an den Kai. Während man die dicke Dame über die Reling hievt, haben wir noch einmal Gelegenheit, uns die Hand zu geben. Wolodja überreicht mir ihre neue Adresse auf einem zerknautschten Stück Papier. Jetzt kommen wir wieder in Fahrt. Die Maschine stampft nachdrücklich, während wir aus dem Bassin gleiten. Ich stehe am Heck und schwenke mein Taschentuch nach bester deutscher Sitte, bis die kleinen hellen Flecken auf dem Kai endgültig aus dem Blickfeld verschwunden sind. Als wir stromab dampfen, ist es schon nach sechs. Die Fahrt hat ihren Reiz verloren, seit ich sie vor drei Jahren auf dem Weg

nach dem Baltikum zum erstenmal machte. Was wohl nur bedeutet, dass ich mit anderen Augen sehe. Oder vielleicht bin ich nur müde.

Im Zwieliicht passieren wir die lange Allee von Leuchttürmen, die übers Stettiner Haff leitet. Vor drei Jahren blies hier ein Sturm, und unangenehme kurze Brecher wie auf einem Binnenmeer warfen ein an den Pfählen vertäutes Motorboot hin und her. Heute ist alles ruhig, und viel weniger interessant.

Als wir bei Swinemünde die offene See erreichen, ist es schon stockdunkel, und indem wir uns weiter von der Küste entfernen, blitzten die Lichter der Badeorte in einer langen unregelmässigen Kette. Ich kann mir einfach nicht vorstellen, dass dort Leben sein soll, Cafés und Tanzlokale und Promenaden. Mir kommt es vor, als verberge sich dahinter ein öder, verlassener Strand. Ob es die Wirtschaftskrise ist, die uns diesen Sommer alle Illusionen nimmt?»

In Kopenhagen blieb ich drei Tage, machte mir mit dem Auto zu schaffen und versuchte auszuruhen. Statt der Ruhe holte ich mir eine elende Sommergrippe. Ich fuhr weiter bis Frederikshavn, an der Nordostspitze Dänemarks, und schiffte mich dort auf dem alten Dampfer ein, der damals die langweilige Route nach Kristiansand an der Südküste Norwegens fuhr, wo meine Verlobte wohnte, und der dafür einen ganzen Tag brauchte. Mein Fieber stieg und stieg, während das Boot in einer typischen Skagerrak-See schlingerte und stiess. Abends war ich da und wurde sofort in einen gemütlichen, altmodischen norwegischen Familienkreis eingeführt, der bei Kaffee und Kognak, Zigarren und gemächlichem Familiengespräch bis tief in die Nacht zusammenblieb. Auszubrechen oder sich mit Krankheit zu entschuldigen war unmöglich. Der Abend musste durchgestanden werden, so gut es ging. Aber ich schaudere heute noch bei den Gedanken, wie diesen soliden Norwegern wohl zumute war, als sie an der Landungsbrücke standen und ein so magerer, unbeholfener, übernervöser und ziemlich krank aussehender Amerikaner plötzlich vor ihnen auftauchte. Sicherlich waren die Eltern nocBbesorger zu Bett gegangen, als sie es schon vor Ankunft des Schiffes gewesen waren – besondere Begeisterung für diese Ehe hatten sie von Vornherein nicht gezeigt. Aber das hinderte die Familie nicht daran, mich vom ersten Augenblick an wie einen Sohn und Bruder zu behandeln und mir nun schon seit fünfunddreissig Jahren eine warmherzige Offenheit und Güte

entgegenzubringen, die meine Schwächen übersah oder sich mit ihnen abfand und das Übrige von der besten Seite nahm. Das war nur der erste meiner vielen Besuche dort, und es drängt mich, an dieser Stelle festzuhalten, eine wie grosse Dankesschuld ich in der Erinnerung an die Eltern meiner Frau empfinde: gegenüber der Mutter mit ihrem warmherzigen, offenen Charakter, die kindlich vergnügt sein konnte, dabei aber die mütterliche Würde und den Anstand nie verlor und von deren Lippen ich nie ein missgünstiges oder gehässiges Wort gehört habe; und gegenüber dem Vater: hager, knorrig und schweigsam, ein Baum von einem Menschen, dem es später beschieden sein sollte, von den Nazis misshandelt und in ein Konzentrationslager gesperrt zu werden, das er aber lebend verliess. Er war ein halsstarriger, schwieriger Mann; doch auch er ist in dreissig Jahren niemals unhöflich oder rücksichtslos gegen mich gewesen. Jeder, der Norwegen kennt, wird es wegen seiner Naturschönheit lieben; aber wäre die Natur auch noch so reizlos: man müsste das Land dennoch lieben um solcher Menschen willen. Mir schenkten sie in ihrer unaufdringlichen Art ein zweites Elternhaus, und mit den Jahren eine zweite Heimat.

Wir heirateten Mitte September. Vom Hochzeitsessen ging es geradenwegs zum Nachtdampfer nach Frederikshavn und weiter durch Dänemark nach Mitteleuropa hinunter. Die Korsagen opferten wir dem Nord-Ostsee-Kanal. Als Ziel der Hochzeitsreise war Wien ausersehen, das wir beide nicht kannten. Wien war schön und verregnet, aber auf altmodische Art gemütlich und einladend. Die Stadt schien sich mit dem Verlust ihres ehemaligen kaiserlichen Glanzes zwar abgefunden zu haben, sich aber dennoch ein wenig leid zu tun. Da meine Frau noch ihren norwegischen Pass hatte, musste ich einen langen und vergeblichen Kampf führen, um den Hotelportier davon zu überzeugen, dass wir wirklich verheiratet seien. Aber er betrachtete mich nur väterlich über seine Brille hinweg und versicherte ungerührt: «Verstehen wir doch.» Wir sahen alles Sehenswerte, stritten uns, wer unseren einzigen Reiseführer haben sollte, und kauften schliesslich, in einer ersten ernsthaften Anpassung an den Zustand der Ehe, für jeden einen. Die Zeitungen waren voll von dem Zusammenbruch der Österreichischen Credit-Anstalt; Die Wirtschaftskrise strebte ihrem Höhepunkt zu.

Nach vollbrachter Hochzeitsreise machten wir uns auf den Weg nach Riga, um unsere erste Wohnung zu suchen und einzurichten. Riga war von den Herbstregen verschlammt, und durch

die schmutzigen Fenster des Hotels Petersburg gesehen, wirkte es trübselig und öde. Das Zauberische, das der Ort für den ungebundenen Junggesellen gehabt hatte, für den schliesslich alles möglich war, zerfiel in nichts, als der Ehemann es seiner jungen Frau zu zeigen versuchte. Die prächtigen und amüsanten Kollegen von früher schienen vorsichtig, distanziert und unverlässlich; und mit einem Schlage wurde mir klar, wie schrecklich dürftig und ohne rechten Inhalt doch die herzlich-kollegialen Umgangsformen waren, die uns halfen, unsere täglichen dienstlichen und gesellschaftlichen Zusammenkünfte reibungslos abzuwickeln. Vor der Heirat hatte sich, glaube ich, keiner von uns allein gefühlt. Jetzt, als Ehepaar, waren wir ganz und gar allein.

Wir fanden eine Wohnung in den beiden oberen Stockwerken eines Hauses, das früher einem Fabrikbesitzer gehört hatte und in dem Industrievorort Tornakains lag. Fabrikbesitzer im russischen Kaiserreich pflegten auf oder nahe bei dem Fabrikgelände zu wohnen (ich hatte immer den Verdacht, dass die Anfälligkeit russischer Arbeiter für marxistische Parolen damit zusammenhänge), und unser Haus war ein Überbleibsel aus jenen Tagen. Es war nur durch die Strasse von einem Park getrennt. Im Winter war alles friedlich, von der Strassenbahn abgesehen, die auf der anderen Seite des hölzernen Gartenzauns vorbeirasselte. Aber im Mai wurde zu unserm grössten Entsetzen im Park ein Musikpavillon errichtet, unserm Haus genau gegenüber; und von da an quälte sich jeden Samstag von frühnachmittags bis ein Uhr nachts und dann sonntags noch einmal eine Fünfmannblechkapelle durch ihr grauenhaft falsch gespieltes Repertoire, während unten junge lettische Flegel auf einer hölzernen Plattform tanzten. Das Repertoire bestand aus fünf Stücken (eins davon, das ich nie vergessen werde, hiess ‚Fiesta‘) und wurde an jedem Wochenende in immer derselben Reihenfolge endlos wiederholt. Ganz gleich, ob man im hintersten Winkel der Wohnung in den Kleiderschrank floh und seinen Kopf in die Wäsche steckte – die Töne drangen durch. Wir versuchten, den Mietvertrag zu kündigen, aber es gelang nicht. Er lief erst im Herbst ab.

Die Sache wurde noch dadurch verschlimmert, dass meine Frau bereits hochschwanger war und das Kind im Frühsommer erwartete. Sie gab ihren Zustand öffentlich bekannt, indem sie bei einem offiziellen Diner des Doyens des Diplomatischen Korps, des belgischen Barons de Selys-Fanson, anmutig und elegant in Ohnmacht fiel, worauf mir nichts übrig blieb, als sie vor den Augen der erstaunten Gäste hinauszutragen, als wolle

ich sie entführen. Aber wir brauchten nicht übermässig viel auszugehen. An vielen Abenden im Winter und im Frühling (bis die Kapelle in Schwung kam) lasen wir laut aus Joseph Conrad vor oder absolvierten die vorgeschriebenen gynäkologischen Spaziergänge in den stillen grauen Strassen von Tornakains. Das Baby – unsere Tochter Grace – erschien ohne Komplikationen in einer Juninacht. Die Nächte waren wieder weiss, und ich erinnere mich, dass der Fluss im goldenen Widerschein des Sonnenaufgangs schimmerte, als ich aus der Klinik nach Hause fuhr.

Inzwischen hatte die Wirtschaftskrise uns auch erreicht. Von meiner Mutter hatte ich Geld geerbt, und das ging den Weg so vielen anderen Geldes in jenen Jahren. Zum Schluss besass ich keinen Pfennig mehr. Heute neige ich dazu, das als segensreich zu betrachten, denn von da an wusste ich wenigstens, was ich verdient hatte und was nicht. Aber gleichzeitig zog der Kongress aus der Krise die Konsequenz, uns die Mietzuschüsse und andere Vergünstigungen restlos zu streichen und gleichzeitig die eigentlichen Gehälter durch den schäbigen Trick zu kürzen, dass er uns zwang, einen Monat lang unbezahlten Urlaub zu machen. Die Kürzungen beliefen sich, wenn ich mich recht erinnere, zusammen auf etwa 60 Prozent des Normaleinkommens – und das aus heiterem Himmel, ohne Vorwarnung. Mit dem Mietvertrag sassen wir fest, da war vor dem Herbst nichts zu machen. Über Winter zogen wir dann zu den Junggesellen in die Vorburg. Im Frühjahr sahen wir uns genötigt, noch mehr zu sparen, und mieteten uns eine kleine Datscha am Strand zum Preis von hundertzwanzig Dollar für die ganze Saison.

Im Spätsommer 1933 war nach rund zwei Jahren Riga mein Heimaturlaub fällig. Wir übergaben unser Baby den Verwandten in Norwegen und schifften uns in Kopenhagen auf einem Frachter der Moore-McCormick-Linie nach New York ein. Das war, obwohl ich es noch nicht wusste, das Ende meiner Rigaer Zeit.

Ich habe gesagt, dass ich dem Leser die Beschreibung meiner Reisen im Ostseegebiet, von denen meine Notizbücher überquellen, mit nur einer Ausnahme ersparen würde. Aber da ich Riga und das Baltikum in den Jahren der grossen Depression bisher notgedrungen nur knapp und farblos skizzieren konnte, füge ich als kleines Beispiel für Landschaft und Atmosphäre noch die Beschreibung eines Wochenendes im kurländischen Hafen Libau an. Ich fuhr mit meinem Kollegen und Freund Bernard Gufler, der jetzt ebenfalls in Riga stationiert war und auch in der Junggesellenwohnung hauste. Die Zeit war der Spätherbst 1932.

Libau (auf Lettisch Liepāja) liegt an der Küste im Süd westen Lettlands. Vor dem Ersten Weltkrieg war es eine blühende Stadt gewesen, Frachthafen, Marinestützpunkt und Industriezentrum. In der Einleitung zu meinem Reisebericht beschrieb ich es wie folgt:

«Als der am günstigsten gelegene unter den wenigen eisfreien Häfen Nordrusslands, als Endpunkt der Eisenbahnstrecke Libau-Romny, die ins Herz der Ukraine führte, und als natürlich sich anbietender Stützpunkt der Russischen Marine war Libau 1913 auf dem besten Wege, allen anderen Häfen Nordeuropas den Rang abzulaufen. Doch dann schnitt nach dem Kriege die neue Grenzziehung im Verein mit der politischen Entwicklung Handel und Industrie vom Hinterland fast völlig ab und lähmte das wirtschaftliche Leben in einem Masse, dass von der Stadt nur noch die steinerne Hülle übrig blieb.»¹³

Und nun zur Reise selbst:

«Wir verlassen Riga nachmittags per Auto. Der kurze Novembertag neigt sich bereits dem Ende zu, und die Finsternis bemächtigt sich wieder der nördlichen Welt. Schon treibt das herbstliche Eis. Man hat deswegen die Pontonbrücke weggenommen, und wir müssen die hohe eiserne Brücke weiter stromauf benutzen. Unter uns, im Schatten, heben sich die schwarzen Umriss der Eisbrecher gegen die weissen Eisschollen ab, die sie zermalmen. Unterhalb der Insel, wo die Strömung nicht hinkommt, ist ein Schlepper mit seinen Lastkähnen bereits eingefroren.

Die Ausfallstrasse nach Mitau, einst Teil der grossen Heerstrasse von Petersburg an die deutsche Grenze, ist mit dem glitschigen herbstlichen Schlamm bedeckt, der niemals trocknet. Die Welt um uns verbirgt sich in Nebel und Dunkelheit. Im trüben Licht der Scheinwerfer springen die Schatten von Bauernkarren und hohen Wagen auf. Manche Bauern sind tagelang in Dunkelheit und eisigem Nebel unterwegs, um ihre Erzeugnisse in Riga für ein paar Dollar zu verkaufen. Sie schlafen alle auf den Wagen ein, und ihre Pferde reagieren auf Autohupen mit philosophischer Gleichgültigkeit.

Ab Mitau nehmen wir den Zug und teilen ein Abteil zweiter

¹³ Einwohnerzahlen von Libau: 1885 = 27'418 E. (,Brockhaus' Conversations-Lexikon', 15. Aufl. 1885); 1914 = 94'000 E.; 1930 = 57'240 E. (,Der Grosse Brockhaus', 15. Aufl. 1952) (AdÜ).

Klasse mit zwei schläfrigen Offizieren und zwei deutschen Geschäftsleuten. Die geräumigen Wagen mit den flachen Bänken und den glatten Wachstuchbezügen unterscheiden sich angenehm von den beengten westeuropäischen Eisenbahnen mit ihrer schlechten Luft und den muffigen Polstern. Schon bald lehnen die Offiziere die Köpfe in die russgeschwärtzten Hände zurück und überlassen sich wieder dem Schlummer. Die Deutschen treten in den Gang hinaus und rauchen lange russische Zigaretten mit hohlen Enden. Die Räder rattern monoton, und nur der Regen, der aus der Nacht an die schmutzigen Fenster klatscht, erinnert an die stille kurländische Landschaft, die draussen vorbeizieht – an die Sümpfe und Wälder, die verschlammten Wege, die einsamen Bauernhäuser und wenigen Dörfer, alle regendurchweicht und in Nebel und Dunkelheit gehüllt. Als wir Libau erreichen, ist es Abend. Eine Pferdewagen fährt uns vom Bahnhof durch die stille Provinzstadt. Das nasse Katzenkopfpflaster und ein einziges Strassenbahngleis glänzen im matten Licht der Laternen. Der Regen platscht von dem fetten Rücken des Kutschers auf die lederne Decke über unseren Knien. Der Hall der Hufschläge bricht sich an den Hauswänden. Wir kommen zu einem Platz mit ein paar erleuchteten Schaufenstern und halten vor einem Gebäude, dessen Eingang von einer verregneten Lampe schwach beleuchtet ist. Ein Junge springt hastig nach den Koffern, und wir betreten die düstere Eingangshalle eines Hotels, das vergangene Herrlichkeit ahnen lässt.

Wir verbringen den Abend in dem einzigen Café, das so spät noch geöffnet ist. Unsere beiden deutschen Reisegefährten, die übrigens im selben Hotel wohnen, sind bereits da. Dazu einige andere Gäste und ein Tisch mit Juden. Das Küchenpersonal steckt die Köpfe aus der Tür, um die Fremden zu sehen. Die Juden erörtern mit leisen, erregten Stimmen ihre Chancen, die amerikanischen Einwanderungsbestimmungen dadurch zu umgehen, dass sie nach Kuba fahren und sich von dort aus einschmuggeln lassen. Eine kleine Kapelle spielt Berliner Schlager aus der letzten Saison. Und so zieht sich das Nachtleben hin, bis kurz vor Mitternacht die Juden zahlen, die Kapelle die Instrumente einpackt und die Kellnerinnen mit Nachdruck die Stühle auf die Tische stellen.

Vor dem Schlafengehen machen wir noch einen Spaziergang. Es nieselt. Die Strassen sind die engen Kleinstadtstrassen Nordeuropas. Zu dieser späten Stunde liegen sie dunkel und verlassen da. Man kann das Rauschen der See ganz schwach

bis ins Stadtzentrum hören, und wir wenden uns nach Westen, um es zu suchen.

Schon bald werden die Strassen breiter, und an die Stelle der Stadthäuser, deren flache Fassaden sich dicht an den Bürgersteig pressen, treten niedrige Sommerhäuser russischer Bauart, abgerückt von der Strasse inmitten grosser Gärten. Sie liegen halbverborgen hinter den Bäumen und sind jetzt verlassen und für den Winter dicht gemacht. Das Rauschen der See ist hier lauter. Die Strasse läuft aus in ein imposantes Gebäude im Renaissancestil am Eingang zu einem Park. Das muss das Kurhaus sein, ohne das kein europäischer Badeort existieren kann. Keine Menschenseele ist zu sehen. Im Schein einer einzigen Laterne wird der Regen sichtbar, wie er zwischen den nackten Zweigen der Lindenbäume herunterrieselt. Auf kaum erkennbarem Park wegen tasten wir uns in Richtung See. Der Park ist nicht gross, wir sind bald am andern Ende. Hier geht es nicht mehr weiter; vor uns liegen Gräben und Sanddünen in völliger Finsternis. Aber Regen und Wind fegen über die Dünen und bringen frischen Meeresgeruch, und das Brüllen der Wogen klingt kraftvoll und jung.

Morgen. Die Dämmerung dringt langsam und zögernd durch graue Wolken und Regenschauer.

Die Lokalzeitung liegt auf dem Frühstückstisch. Dreieinhalb Seiten Meldungen von draussen, aus Riga, aus Berlin, aus Königsberg. Eine kleine Klatschspalte kündigt ein Gastspiel des Rigaer Russischen Theaters an und meldet das Eintreffen eines Gastsängers aus Königsberg, der in der hiesigen Oper auftreten wird. Ja, eine Oper gibt es auch. Die Plätze kosten zwischen dreieinhalb und fünfzehn amerikanische Cents. An einem gutverkauften Abend liegen die Einnahmen bei zwanzig oder dreissig Dollar. Davon, und von einer kleinen Subvention, muss das Ensemble bezahlt werden, und das Orchester, und die Bühnenarbeiter, und die Dekoration, und die Heizung, und, und, und. Aber die Oper macht weiter.

Nach dem Frühstück unternehmen wir zu Fuss einen Inspektionsgang. Wir entdecken einen grossen Marktplatz mit allem, was ein osteuropäischer Provinzmarkt zu bieten hat: den Fischweibern, die sich hinter ihren Fässern unter riesigen Regenschirmen aufgebaut haben; den auf Fäden gezogenen russischen Pfeffernüssen, klein und gelb und glänzend und hart wie Stein; den Ständen mit selbstgemachten Holzschuhen, die besonders unter den Marktleuten selbst, die stundenlang in den Pfützen

stehen müssen, ihre Abnehmer finden; den lebendigen Schweinen, die in ihren Säcken quieken, und hunderterlei anderen Beweisen für die Absonderlichkeit menschlicher Bedürfnisse und Betätigungen. Beim Verlassen des Marktes stossen wir auf das Kirchenviertel und betreten eine katholische Kirche, einen imposanten Backsteinbau aus dem neunzehnten Jahrhundert, wie man sie im nördlichen Polen und in Osteuropa häufig antrifft. Nicht weit davon erinnert eine polnische Schule den Fremden daran, dass die Bevölkerung im Hinterland Libaus, wo derzeit die litauische Grenze verläuft, teilweise polnisch ist.

Libau ist keine alte Stadt. Das ursprüngliche Fischerdorf entwickelte sich erst nach der dritten Teilung Polens und der Einverleibung Kurlands in das russische Kaiserreich. Und genau wie bei den Nachbarhäfen Königsberg und Memel wurde sein natürliches Hinterland, in dem deutsche Lutheraner, polnische Katholiken und russische Orthodoxe aufeinander stiessen, durch wiederholte Grenzberichtigungen hin- und hergezerrt. Im Gegensatz zu Memel hat Libau nicht einmal einen schiffbaren Fluss im Rücken, der als natürliche Handelsstrasse hätte dienen können, und so begann sein Aufstieg als Hafen eigentlich erst mit dem Bau der Eisenbahn in den siebziger Jahren – der berühmten Libau-Romny-Bahn, die weit nach Süden ins Zentrum der russischen Kornkammer führte und der Ukraine einen Zugang zur Ostseeküste gab. Die stillen Libauer Strassen mit ihren zwei-stöckigen Holzhäusern, ihrem Kopfsteinpflaster und ihren jungen Bäumen sind ein Produkt des neunzehnten Jahrhunderts – das Resultat der ungeheuren wirtschaftlichen Expansion Russlands vor der Jahrhundertwende. Dabei ist es zum Erstaunen, wie getreulich die Gesichter europäischer Städte verschiedenartige kulturelle Einflüsse widerspiegeln. In Libau spürt man sofort die Nähe der beiden grossen Nachbarn Polen und Deutschland: Polens wegen der Kirche im Backsteinstil, des Friedhofs mit den polnischen Namen und den unverwechselbar katholischen Grabsteinen; Deutschlands wegen der modernen Villen rund um den Kurpark und sogar in der Anlage des Parks selbst mit seinen Lindenbäumen.

Wir überqueren die Dünen und stossen auf den breiten Badestrand. Es bläst nicht mehr so hart aus Südwest, aber die Brandung geht hoch, und der Sand ist von den Wellen weissgewaschen. In den Sommern vor dem Kriege hatte sich hier die gute Gesellschaft aus dem kaiserlichen Petersburg und aus Moskau getummelt. Mit den heissen Klippen der Krim, den

kiefernbewachsenen Dünen des Rigaer Strands und dem ruhigen Hungerburg am finnischen Meerbusen hatte der Badeort Libau sich in die Gunst des russischen Publikums geteilt. Marineuniformen – denn dies war der grosse Marinehafen –, geschnürte Damen im langen Kleid und mit grossen, vielfarbig gemusterten Sonnenschirmen; Kinder, die unter der Aufsicht französischer und englischer Gouvernanten Burgen bauten; Flaggen und Fähnchen, Jachten und Militärkapellen – all das hatte der schlichten, schon von nordischer Melancholie gefärbten Landschaft einen Hauch grossstädtischen Poms verliehen. Aber dies ist nun das Jahr 1932, und wir haben November. Nur am äussersten Ende des Strands, schon im Schatten des Hafendamms, stehen ein paar Bauern, rechen den angespülten Seetang zusammen und verstauen ihn auf Karren. Von der Spitze des Damms aus kann man den ganzen Hafen übersehen. Die langen Molen beschreiben einen Halbkreis, der um die Kanal­mündung herum in die See hineinlangt. Innen ist das Wasser glatt, von Wind und von Schiffskielen gleichermassen ungestört. Es ist ein Wochentag, aber die Ruhe könnte am ruhigsten Sonntag nicht grösser sein. Kein Mensch ist zu sehen. Ein vereinzelter Sonnenstrahl bricht durch die Wolken und trifft das verrammelte Fenster des verlassen­en Zollhauses gegenüber. Jenseits davon liegt auf einer schmalen Landzunge das massige alte Auswandererhaus. Dort mussten in jedem Jahr Tausende von russischen Auswanderern hindurch, deren Ziel ein ganz ähnliches Haus in der New Yorker Bucht war. Im Winterhafen liegt ein einziger lettischer Frachter hoch im Wasser. Vielleicht ist er über Winter festgemacht, oder vielleicht für die Dauer der Krise. Grasbüschel spriessen zwischen den Pflastersteinen der Docks; aber die schweren granit­enen Poller, vom langen Arm des russischen Kaiserreiches fest gefügt, sehen aus, als könnten ihnen Wind und Wetter noch lange nichts anhaben. Wir gehen durch das ausgedehnte Fabrik­viertel, das sich dem Hafen anschliesst. Nicht oft sieht man heutzutage Rauch aus einem Schornstein quellen. Ab und zu werden die roten Ziegelmauern beiderseits der Strassen von präntiösen Häusern abgelöst, in denen die Fabrikbesitzer wohnten. Jetzt sind die Fenster dunkel und die Tore verriegelt. Nur die Pförtnerhäuschen scheinen bewohnt zu sein, und das ist wie ein Symbol. So als wäre das, was von der Stadtbevölkerung noch da ist, in den Pförtnerlogen und Dienstmädchenzimmern zusammen­gerückt. Mit der erstaunlichen Anpassungsfähigkeit der menschlichen Natur scheinen sich die Reste von Leben und

Betriebsamkeit in den Ecken der Gebäude angesiedelt zu haben, die von den Mächtigen verlassen sind.

«Wo Jamshyd einst gethront beim Schmaus
gehn wilde Tiere ein und aus. . . .»¹⁴

Hier ist es noch nicht bis zu den wilden Tieren gediehen, und wird wohl auch nie soweit kommen; aber es gereicht unserem Jahrhundert nicht zum Ruhme, dass Menschen unserer Zeit auf den Trümmern einer hochorganisierten und anspruchsvollen Zivilisation ein verhältnismässig primitives Leben führen müssen. Kommt das nur vom Krieg und von der Krise? Werden die Docks sich wieder mit Schiffen füllen? Die endlosen Lagerhäuser mit Gütern? Die Fabrikschornsteine mit Rauch? Und die Hotels und Häuser mit Menschen, die die Kraft haben, diese ganze Wirtschaftsmaaschinerie in Gang zu halten? Oder sind die Gebäude jetzt schon Museumsstücke, bestimmt, von zukünftigen Generationen angestaunt zu werden wie die krummen mittelalterlichen Gässchen westeuropäischer Städte? Und gleich vielen ähnlichen Gebäuden in Russland bewohnt zu werden von Leuten, denen ihre prunkvolle Würde nur lästig und ihre ursprüngliche Funktion gleichgültig ist?

Eine kleine Schmalspurtram ächzt an den verlassenenen Fabriken vorbei zurück zur Stadt. Und als am Spätnachmittag der Zug nach Riga abgeht, sind die beiden Deutschen im Gang des Zweiter-Klasse-Wagens bereits installiert, rauchen ihre russischen Zigaretten und starren geduldig in die dunkle Leere der regennassen Fenster.»

Das Russlandreferat der amerikanischen Gesandtschaft in Riga, in dem ich vom Herbst 1931 bis zum Herbst 1933 gearbeitet hatte, war eine kleine Forschungsabteilung, in der wir als Ersatz für die fehlende amerikanische Vertretung in Russland selbst die wichtigeren russischen Zeitschriften und sonstigen Veröffentlichungen sammelten und auswerteten. So gut es ging, machten wir uns daraus ein Bild über die Zustände, in erster Linie die ökonomischen Zustände, in der Sowjetunion und berichteten entsprechend an die Regierung der Vereinigten Staaten. In den misstrauischen Gemütern der Sowjets wurde das kleine Forschungsbüro sofort zu einem finsternen Spionagezentrum. Zwei-

¹⁴ Aus dem ‚Rubáyát‘ des Persers Omar Khayyam (1070-1123); zitiert nach der im englischen Sprachraum berühmt gewordenen Übertragung Edward Fitzgeralds (1809-1883) (AdÜ).

felshone boten die Zustände in jenem Teil der Welt reichlichen Anlass für eine solche Vermutung. Trotzdem war sie völlig falsch. So fortschrittlich war die Regierung der Vereinigten Staaten damals noch nicht¹⁵. Für einen mit den lokalen Bräuchen Vertrauten mochte es unglaublich klingen, aber wir waren exakt das, was wir zu sein vorgaben. Wir hatten keine Geheimagenten und wollten keine. Die Praxis hatte uns gelehrt, dass man über jedes Land durch die systematisch-wissenschaftliche Analyse der mit legitimen Mitteln erworbenen Informationen viel mehr in Erfahrung bringen konnte als mit den ausgeklügeltesten Methoden des Geheimdienstes. Dass die letzteren, geschickt durchgeführt, die ersten gelegentlich nutzvoll ergänzen könnten, hätten wir gerne zugegeben. Dass sie aber unsere Arbeit überflüssig machen oder ihr an Bedeutung auch nur annähernd gleichkommen könnten, hätten wir mit Überzeugung abgestritten. Wir jedenfalls hatten mit Spionage nichts zu schaffen. Es gab für uns kein grösseres Vergnügen, als die Gruselbilder von den Zuständen in Russland zu zerstören, die verschiedene westliche Regierungen aus Geheimquellen erhielten und an uns zur Stellungnahme Weitergaben.

Mein Spezialgebiet war in Riga die Wirtschaftsberichterstattung. Ich fand sie interessant, stürzte mich mit einer Begeisterung hinein, die den alten Hasen im State Department vermutlich ein Lächeln entlockte, und erwarb mir nach und nach ganz respektable Kenntnisse in sowjetischer Wirtschaft und russischer Wirtschaftsgeographie. Und 1933 gab es nur drei Stellen in der nicht-sowjetischen Welt, von denen unsre kleine Spezialistengruppe glaubte, noch etwas lernen zu können. Die eine war das Forschungsinstitut für Sowjetwirtschaft an der Universität Birmingham; die zweite das Wirtschaftsinstitut für Russland und die Oststaaten in Königsberg, das die ausgezeichnete Zeitschrift ‚Osteuropamarkt‘ herausgab; und die dritte das Institut für das Studium der russischen Wirtschaft in Prag, das sogenannte Wirtschaftskabinett, dessen Begründer und Leiter der emigrierte russische Nationalökonom Serge Prokopowitsch war; und in mancher Hinsicht fühlten wir uns auch diesen Instituten gleichwertig. Auch ihre Publikationen wurden von uns gesammelt und ausgewertet, und so trugen wir genügend Vergleichsmaterial und statistische Daten zusammen, um damit die sowjetischen Behörden zu kontrollieren, die selbst die primitiv-

¹⁵ Ein nachrichtendienstlicher Apparat grösseren Umfangs wurde von den Vereinigten Staaten erst während des Zweiten Weltkriegs eingerichtet (AdÜ).

sten Fakten der wirtschaftlichen Entwicklung ihres Landes geheimzuhalten oder zu entstellen versuchten.

Aber Wirtschaftsforschung ist einsame Arbeit. Und da auch das Leben ausserhalb des Büros in jenen Tagen der Wirtschaftskrise, der Gehaltskürzungen und allgemeinen Unsicherheit nicht gerade aufregend war, vertrieb ich mir an den langen Abenden und Wochenenden die Zeit mit dem Sammeln von Material für eine Tschechow-Biographie, die ich schreiben wollte. Die Biographie wurde nie geschrieben, jedenfalls nicht von mir¹⁶, es kam immer etwas dazwischen. Aber während meiner Vorbereitungen las ich Tschechows sämtliche Werke in dreissig Bänden, plus sechs dicken Bänden seiner unnachahmlichen Briefe, von einschlägigen Memoiren aus der Zeit ganz zu schweigen. Diese intensive Tschechow-Lektüre war ganz nebenbei die grossartigste Einführung in das Leben des vorrevolutionären Russland, die überhaupt denkbar war, unvergleichlich in ihrem künstlerischen Einfühlungsvermögen und ihrer Lebens Wahrheit. Sie wirkte auch darum so unmittelbar, weil ich sie im baltischen Raume las, wo vom alten Russland noch mehr erhalten war als in Russland selbst.

Eigentlich war auch die Rigaer Zeit nichts weiter als eine Fortsetzung meiner Ausbildung. Aktives Eingreifen war genauso wenig damit verbunden wie direkte Verantwortlichkeit. Von der Politik war ich weit entfernt. Aber gegen Ende meiner Dienstzeit kam ich doch zum erstenmal in persönlichen Kontakt mit der Art, wie in Washington Politik gemacht wurde. Als sich zeigte, dass das ganze Problem der «Anerkennung» des Sowjetregimes von der neuen Regierung¹⁷ noch einmal überprüft werden würde, beschäftigte ich mich mehrere Wochen damit, Handelsverträge zu studieren, die die Sowjetregierung im Lauf der Jahre mit anderen Regierungen geschlossen hatte, und zwar speziell mit Hinblick auf die Frage, inwieweit die Interessen der Vertragspartner darin gewahrt oder nicht gewahrt worden waren. Über meine Schlüsse schrieb ich einen umfangreichen, erläuternden Bericht, der im April 1933 nach Washington ging. Ich machte vor allem auf zwei Textformulierungen in Verträgen aufmerksam, die von sowjetischen Behörden zu verschiedenen Zeiten unterzeichnet worden waren, sich aber in der

¹⁶ 1962 erschien eine ausgezeichnete Tschechow-Biographie von Ernest Simmons, die neun Zehntel von dem enthielt, was meine hätte enthalten sollen, und noch vieles darüber hinaus („Chekhov: A Biography“, Boston, Atlantic-Little, Brown & Co.).

¹⁷ Dem ersten Kabinett Franklin Delano Roosevelts; Amtsübernahme März 1933 (AdÜ).

Praxis als völlig unzulänglich für den Schutz der Interessen der Partner erwiesen hatten.

Die eine Textstelle war dem Deutsch-Sowjetischen Handelsvertrag vom 12. Oktober 1925 entnommen und betraf die Verhaftung und Gefangenhaltung deutscher Staatsbürger in der Sowjetunion. Dieser Vertrag war der wichtigste, den die Sowjetregierung bis dato unterzeichnet hatte. Sein Artikel 11 bestimmte, dass für den Fall der Verhaftung eines deutschen Staatsbürgers in Russland die deutschen Behörden davon spätestens nach Ablauf einer Woche in Kenntnis zu setzen seien und dass ein Vertreter des deutschen Konsulats den Verhafteten unverzüglich besuchen dürfe. Diese Klausel war das Äusserste, das sowjetische Behörden jemals zum Schutz von Ausländern vor willkürlicher Verfolgung oder Einschüchterung durch die russische Geheimpolizei konzediert hatten. Sie war aber, wie ich nach Washington melden musste, in keiner Weise ausreichend, um die deutschen Staatsbürger in Russland wirksam zu schützen. Es fehlte vor allem die entscheidend wichtige Bestimmung, dass der besuchende Konsul berechtigt sein sollte, den Inhaftierten allein zu sprechen, falls er das wünschte – ohne die Anwesenheit irgendeines sowjetischen Beamten und unter Bedingungen, die die absolute Vertraulichkeit der Unterredung gewährleisteten. Stattdessen war ausdrücklich vorgesehen, dass «Gerichts- oder Gefängnisbeamte» *nicht* verpflichtet sein sollten, sich während einer solchen Unterhaltung zurückzuziehen. Es lag auf der Hand, dass der Gefangene unter diesen Umständen leicht so weit eingeschüchert werden konnte, dass er seinem Konsul nur das sagte, was seinen Kerkermeistern genehm war; und wirklich hatten die Deutschen genau das wiederholt erleben müssen. Besonders in dem berühmt gewordenen Fall des sogenannten Schachty-Prozesses im Jahre 1928, wo mehrere in den Kohlenruben des Donezbeckens beschäftigte deutsche Ingenieure der Sabotage und anderer Gesetzesverletzungen angeklagt waren, boten die Formulierungen des Vertrages von 1925 den deutschen Regierungsvertretern keine Handhabe, zugunsten der Angeklagten einzugreifen.

Das zweite von mir damals angeführte Beispiel für unbefriedigende Formulierungen war eine Erklärung von russischer Seite, die 1928, während der auf den Schachty-Prozess folgenden deutsch-russischen Gespräche, abgegeben wurde. Diese Gespräche hatten den Zweck, die Unklarheiten in der Interpretation des Vertrags von 1925 zu beseitigen. Auf die Frage, was in

sowjetischer Sicht den Tatbestand der Wirtschaftsspionage erfüllen, veröffentlichte die Sowjetdelegation die folgende «gutachtliche Meinungsäußerung», die offenbar als zusätzliche Garantie zu dem bestehenden Wirtschaftsabkommen gedacht war:

«Die verbreitete Ansicht, nach der die Weitergabe wirtschaftlicher Informationen über die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken nur insoweit gestattet ist, als diese Informationen in Zeitungen oder Zeitschriften veröffentlicht sind, beruht auf einem Irrtum. Das Recht auf Erlangung wirtschaftlicher Informationen ist in der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken wie in anderen Ländern nur in den Fällen beschränkt, in denen es sich um Geschäfts- und Produktionsgeheimnisse handelt oder in denen unerlaubte Methoden (Bestechung, Diebstahl, Betrug etc.) angewandt werden. Zur Kategorie der Geschäfts- und Produktionsgeheimnisse gehört selbstverständlich die staatliche Wirtschaftsplanung, soweit sie nicht veröffentlicht ist, aber gehören nicht einzelne Berichte über den Produktionsstand oder die Lage einzelner Unternehmen.

Die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken sieht auch keinen Grund, die kritische Prüfung ihrer Wirtschaftsstruktur zu erschweren oder zu hindern. Hieraus ergibt sich von selbst, dass jedermann in der Union das Recht hat, über Wirtschaftsfragen zu sprechen oder sich darüber informieren zu lassen, soweit die Information, nach der er sich erkundigt oder die man ihm erteilt hat, nicht von einer Art ist, die auf Grund besonderer Vorschriften der verantwortlichen Stellen oder der zuständigen staatlichen Unternehmen nicht für die Öffentlichkeit bestimmt ist (dieser Grundsatz bezieht sich vor allem auf Informationen über wirtschaftliche Trends und Entwicklungen).»¹⁸

Indem ich dieses Dokument dem amtlichen Washington zum erstenmal zur Kenntnis brachte, wies ich zugleich mit Nachdruck darauf hin, dass es völlig ungeeignet sei, Ausländer vor Inhaftierung und Strafverfolgung wegen Wirtschaftsspionage zu schützen. Eine genaue Analyse des Wortlauts enthülle (so schrieb ich) folgenden Sachverhalt:

«In Wirklichkeit ist für den Aussenstehenden die Möglichkeit, Wirtschaftsinformationen zu erhalten, ausserordentlich gering.

¹⁸ „Foreign Relations of the United States. The Soviet Union 1933-1939“, pp 34-35. Washington D. C., US Government Printing Office, 1952.

Die staatliche Planung, um deren unveröffentlichte Fakten sich kein Aussenstehender bemühen darf, umfasst beinahe das gesamte Wirtschaftsleben. Ausserdem hat sich gezeigt, dass häufig gerade die grundlegenden und wichtigsten Wirtschaftsdaten ‚auf Grund besonderer Vorschriften der verantwortlichen Stellen oder der zuständigen staatlichen Unternehmern der Kenntnis der Aussenstehenden entzogen sind . . . Schon ein oberflächliches Studium der sowjetischen Wirtschaftspresse zeigt deutlich, dass gerade so entscheidende statistische Zahlen wie die Höhe der Getreideernte, die Ausgabe von Geldnoten, die Goldgewinnung etc. in diese Kategorie fallen. Folglich erfüllt nicht nur jede Erkundigung nach derartigen Informationen, sondern schon ihre Entgegennahme den Tatbestand der Wirtschaftsspionage. Nach der ‚gutachtlichen Meinungsäusserung‘ der russischen Delegation könnte ein Ausländer schon dann verurteilt werden, wenn ihm jemand zufällig die Ernteergebnisse mitteilte.›¹⁹

Ich hatte also, kurz gesagt, für Washington die beiden Texte als Beispiele dafür herausgesucht, wie man *nicht* formulieren dürfe, wenn einem die Sicherheit seiner Landsleute in Russland am Herzen liege. Man stelle sich demnach meine Überraschung vor, als ich nach Beendigung der Washingtoner Verhandlungen mit Litwinow im November 1933 die Zeitung aufschlug und sah, dass sich unter den Sicherheiten, die man Litwinow als Vorbedingung für die Anerkennung seiner Regierung durch die USA ab verlangt hatte, auch diese beiden fragwürdigen Passagen befanden, und zwar ganz unverändert. Was das bedeutete, war klar. Das State Department hatte Präsident Roosevelt davon in Kenntnis gesetzt, dass derartige Formulierungen von der Sowjetregierung bereits bei anderer Gelegenheit unterschrieben worden waren; dieser hatte gefunden, dass die Redewendungen fachmännisch und eindrucksvoll klangen, hatte daraufhin, so muss man wohl annehmen, einfach die Texte vorgeholt und von Litwinow verlangt, er solle sie noch einmal unterschreiben, diesmal als Verpflichtung uns gegenüber. Ich habe nie erfahren, ob er nicht wusste, dass die Vorlagen ausdrücklich als Beispiele für schlechte Formulierung zitiert worden waren, die sich im Umgang anderer Länder mit der Sowjetunion bereits als unwirksam erwiesen hatten, oder ob er es wusste und sich nichts daraus machte, einfach unter dem Gesichtspunkt, dass die unkritische

¹⁹ Aus einem dem Bericht des Amerikanischen Gesandten in Riga, Robert Peet Skinner, vom 5. April 1935 beigefügten Memorandum. National Archives, Department of State Files, 661.0031/30 S. 48-49.

Öffentlichkeit, besonders aber der Kongress, sich davon würde beeindruckt lassen. Jedenfalls vermittelten sie den angestrebten Eindruck des fachmännischen und wachsamen Vorgehens auf Seiten der amerikanischen Unterhändler, die allen sowjetischen Tricks gewachsen und entschlossen schienen, Litwinow scharf auf die Finger zu sehen.

Diese Episode haftet mir im Gedächtnis als erste von vielen Lektionen, die ich im Verlauf meiner diplomatischen Karriere über einen besonders eingewurzelten und wohl unheilbaren Charakterzug amerikanischer Staatsmänner erteilt bekam, nämlich ihre neurotische Befangenheit und Abhängigkeit von der Stimmung im eigenen Lande; ihre Neigung, Erklärungen abzugeben und Massnahmen zu ergreifen, die mit dem internationalen Geschehen, auf das sie angeblich gemünzt sind, überhaupt nichts zu tun haben, sondern vielmehr auf die vielschichtige öffentliche Meinung zu Hause, in allererster Linie auf die Stimmung im Kongress, zielen, dessen Wohlwollen zu erhalten sie ängstlich bemüht sind. Unter diesen Umständen lautet die Frage nicht: Wie wirkt sich das, was ich tue, in der übrigen Welt aus?, sondern vielmehr: Wie wirke ich dabei im Spiegel der amerikanischen Meinung? Wirke ich tüchtig, entschlossen, unbeugsam patriotisch, voll nimmermüder Wachsamkeit gegenüber den Ränken anderer Regierungen? Wenn ja, dann tue ich's, auch wenn ich aussenpolitisch gar nichts oder sogar das Gegenteil von dem erreiche, was ich erstrebe. Eine Reihe von amerikanischen Staatsmännern hat zu verschiedenen Zeiten und bei verschiedenen Anlässen so gehandelt. John Hay handelte so, als er den Mächten während des «Open Door Incident»²⁰ eine Note servierte, die er nicht entworfen hatte und die er kaum verstanden haben dürfte, die aber den allgemeinen Eindruck hervorrief, dass wir Amerikaner, hochherzig und tugendhaft wie eh und je, die europäischen Grossmächte bei gottlosem Tun erwischt hätten und sie nun streng zur Rechenschaft zögen. Roosevelt hat oft so gehandelt. Und wie wir noch sehen werden, handelte Harry Truman so, als er der «Truman-Doktrin» einen universalistischen und anspruchsvollen Unterton gab und damit der Tendenz zur nationalen Selbstverherrlichung Vorschub leistete, die unsre aussenpolitischen Diskussionen so oft bestimmt, ob-

²⁰ Nach dem «Prinzip der offenen Tür» sollte der Handel mit einem bestimmten Land allen Ländern gleichermassen offenstehen. Es erlangte mit Bezug auf China eine gewisse Bedeutung und wurde 1899 von dem amerikanischen Aussenminister John Hay zum Gegenstand eines Notenwechsels mit den Grossmächten gemacht, den Kennan in seiner Vorlesung ‚American Diplomacy: 1900-1950‘ kritisch untersucht (AdÜ).

wohl sie den Tatsachen nicht entspricht und die Öffentlichkeit daran hindert, unsere internationale Lage wirklich zu verstehen. Und John Foster Dulles handelte so, als er von «Befreiung» und «massiver Vergeltung» sprach, obwohl er nie beabsichtigte, sie irgendjemand zuzufügen.

Die Liste der Beispiele liesse sich beliebig verlängern. Ich behaupte nicht, dass sie allesamt verwerflich seien. Jeder Staatsmann muss selbst wissen, wann er Schauspielerei und Taschenspielertricks einsetzen muss, damit man ihm überhaupt erlaubt, weiter Aussenpolitik zu machen. Keiner verstand das besser als Roosevelt.

Wohl aber behaupte ich, dass diese Neigung der amerikanischen Staatsführung häufig das Gepräge einer gewissen theatralischen Nichtigkeit gegeben hat, wodurch sie für den Dienst am wahren nationalen Interesse wenig brauchbar wurde und zu einem blossen Fratzenschneiden vor dem Spiegel der heimischen öffentlichen Meinung degenerierte. Ehe nicht Presse und Bevölkerung der Vereinigten Staaten lernen, solche Attitüden zu durchschauen und zu verwerfen, wird auch die Aussenpolitik dieses Landes nicht die Reife und Durchschlagskraft erlangen, die einer Grossmacht würdig sind.

Aber zurück zu Litwinows Versicherungen. Wir hatten insofern Glück, als die Entwicklung der folgenden Jahre grössere politische Repressalien gegen Amerikaner in Russland für die sowjetische Führung inopportun machte. Gebürtige Amerikaner, die Russland aus legitimen, nicht-ideologischen Gründen besuchten – etwa als Touristen oder um in Erfüllung der Verträge über technische Hilfe dort zu arbeiten –, wurden selten oder nie belästigt. Die weniger erfreulichen Seiten der sowjetischen Polizei erlebten vor allem solche Personen, die in Russland geboren waren und doppelte Staatsangehörigkeit besaßen, Leute mit nahen Verwandten in der Sowjetunion und Leute, die sich auf irgendeine Weise politisch mit der kommunistischen Bewegung eingelassen hatten. Ein amerikanischer Kommunist, der Russland besuchte, um an einer verschwörerischen Zusammenkunft von Parteileuten teilzunehmen, war in den Jahren der Säuberungsaktionen viel stärker gefährdet als der durchschnittliche bourgeoise Ausländer, der für das Sowjetregime Sympathie weder empfand noch bekundete. Aber hätte es im Interesse dieses Regimes gelegen, auch harmlose amerikanische Touristen oder Techniker zu verhaften, anzuklagen oder sonstwie von der Polizei unter Druck setzen zu lassen, dann hätten die 1933 von

Litwinow abgegebenen Versicherungen das nicht verhindert, noch hätten sie unserer Regierung eine gesetzliche Handhabe gegeben, um nach vollzogener Verhaftung zugunsten des betreffenden Bürgers einzugreifen. Tatsächlich hat die sowjetische Polizei im Lauf der Zeit die Bestimmung des Vertrags über den freien Zugang amerikanischer Regierungsvertreter zu den Gefangenen zu wiederholten Malen einfach ignoriert und hat Amerikaner und Leute, die sich auf amerikanische Staatsbürgerschaft beriefen, Wochen und Monate festgehalten, ohne dem Vertreter der Vereinigten Staaten Besuchserlaubnis zu erteilen – wenn man nicht überhaupt unterliess, ihn von der Verhaftung in Kenntnis zu setzen.

Ganz allgemein gesprochen war die Praxis der sowjetischen Behörden offensichtlich die, sich bezüglich des Aufenthalts von Ausländern in Russland vertraglich nur zu den Dingen zu verpflichten, die sie ohnehin, auch ohne die Existenz eines Vertrages, als in ihrem eigenen Interesse liegend erkannt hatten. Bei allem, was darüber hinausging, wurde es im Lauf der Zeit nur allzu deutlich, dass die GPU, wie die sowjetische Geheimpolizei damals hiess, ganz nach eigenen Gesetzen lebte und dass das sowjetische Aussenministerium trotz aller Vertragsabsprachen keinerlei Macht hatte, bei der Ausländerbehandlung einen massigen Einfluss auszuüben. Das hat mit den Jahren den aussenpolitischen Beziehungen der Sowjets erheblichen Schaden zugefügt. Dieses bösertige System führte dazu, dass der Vertreter seines Staates sich in Moskau zwei voneinander unabhängigen Regierungen gegenübersteht, von denen die eine über alle Macht verfügt, die andere machtlos ist. Sein Gesprächspartner ist die machtlose Regierung, und da er zu der anderen keinen direkten Zugang hat, steht er völlig hilflos da, wenn es darum geht, seine Landsleute zu schützen, denen nur eine Intervention von allerhöchster Stelle helfen könnte.

Von Litwinows Garantien hatten mich naturgemäss diejenigen, die sich mit dem Schutz amerikanischer Staatsbürger befassten, wegen meiner persönlichen Beteiligung am meisten interessiert; aber ich muss sagen, dass sie mir auch generell wenig Begeisterung entlockten. Für die Nichtanerkennung der Sowjetregierung durch die drei vorangegangenen republikanischen Kabinette war ausschlaggebend gewesen, dass die sowjetische Führung erstens darauf bestand, in Ausübung ihrer Partei- wenn nicht ihrer Regierungsfunktionen weiterhin auch in den Vereinigten Staaten Umsturzversuche anzuzetteln oder

zu unterstützen (eine Tätigkeit, die in unsern öffentlichen Diskussionen nur unvollkommen als «Propaganda» beschrieben wurde); und dass sie zweitens nicht gewillt war, die Schulden früherer russischer Regierungen anzuerkennen und den Schaden zu ersetzen, der amerikanischen Firmen und Einzelpersonen in Russland durch die Verstaatlichung ihres Privatbesitzes im Verlauf der Revolution entstanden war.

Kurz vor Litwinows Besuch in Washington hatte der amerikanische Gesandte in Riga, Mr. Robert Peet Skinner²¹, von jedem Mitglied seiner Rjisslandabteilung eine individuelle Stellungnahme zur Frage der Anerkennung erbeten. In meiner Antwort hatte ich die Überzeugung vertreten, dass die Russen aus grundsätzlichen Erwägungen in keinem dieser beiden Punkte grössere Konzessionen machen würden. Sie würden uns nicht entgegenkommen, um dadurch die amerikanische Anerkennung zu erreichen; und sie würden uns auch nicht entgegenkommen, um mit einer Geste eine bereits vollzogene. Anerkennung zu honorieren. Die meisten meiner Kollegen hatten, wie ich glaube, eine ähnliche Meinung von der Sache. Und was später geschah, bewies, dass sie recht hatten.

Es ist kaum anzunehmen, dass FDR diese Ansichten jemals zu Gesicht bekommen hat (obwohl ich weiss, dass sie nach Washington geschickt wurden) oder dass er sie gegebenenfalls beachtet hätte. Mit seinem eigenen Problem kam er dadurch nicht weiter. Um ihrer selbst willen interessierten ihn die Streitfragen wenig (und meiner Meinung nach hatte er, was die Schulden und Entschädigungen betraf, recht damit)²². Sie interessierten ihn nur insoweit, als sie für einflussreiche Gruppen der öffentlichen Meinung von Bedeutung waren; aber hier sah er seine Hauptaufgabe darin, zu beruhigen, Befürchtungen auszuräumen, den Eindruck zu erwecken, dass die Sache in guten Händen sei – nicht etwa in der Bereinigung der strittigen Punkte. Ganz offensichtlich erschien ihm die Wiederaufnahme der Beziehungen zu Russland wegen der ernüchternden Wirkung wünschenswert, die er sich davon auf die deutschen Nazis und die japanischen Militaristen versprach; und wenn man zu diesem Behufe dem Kongress, der Presse und der Öffentlichkeit ein bisschen Sand in die Augen streuen musste, dann hatte er nichts dagegen.

²¹Robert Peet Skinner, 1866-1960, Berufsdiplomat, bekanntgeworden durch seine Tätigkeit als Generalkonsul in London während des Ersten Weltkriegs.

²²Die Gründe für diese meine Meinung habe ich in Sowjetische Aussenpolitik unter Lenin und Stalin (deutsch 1961 im Steingrüben Verlag, Stuttgart) auf Seite 401-403 dargelegt.

Ob seine Berechnung stimmte – ob die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen den USA und der Sowjetunion bei den beiden aggressiven Mächten zeitweilig wirklich die erhoffte Bremswirkung hatte –, weiss ich nicht. Die sowjetischen Führer, die zwar teilweise sehr realistisch dachten, aber gleichzeitig an einer stark überhitzten politischen Phantasie litten, waren sicherlich ebenfalls davon überzeugt. Ich für mein Teil war skeptisch. Weder damals noch heute habe ich in der Sowjetunion je einen geeigneten Bundesgenossen oder Partner für unser Land erblickt. Und die Idee, die sowjetische Macht für eine Sache einzuspannen, für die wir unsere eigene weder zu entwickeln noch einzusetzen gedachten, schien mir hochgradig gefährlich.

III. Moskau und Washington in den dreissiger Jahren

Die Jahre gleich nach der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion verlebte ich grösstenteils in Moskau. Und wieder waren es, genau wie die Rigaer und Berliner Zeit, vor allen Dingen Lehrjahre.

Ich war gerade auf Urlaub in Washington, als die Verhandlungen mit Litwinow stattfanden und die Anerkennung der Sowjetunion bekanntgegeben wurde. Abgesehen von einer sehr bescheidenen Mitwirkung beim Zusammenstellen der Verhandlungsunterlagen für die amerikanische Seite hatte ich mit dem ganzen Verfahren nichts zu tun gehabt. Aber wenige Tage nach dem Ende der Verhandlungen stellte mich ein Freund Mr. William C. Bullitt vor, der bis dahin der wichtigste Berater unseres Präsidenten in russischen Angelegenheiten gewesen und nun zum ersten amerikanischen Botschafter in der Sowjetunion ausersehen war. Bullitt überschüttete mich mit Fragen. Er entdeckte gleich, dass ich Russisch sprach. Es ergab sich auch, dass ich ihm einige Fragen über die sowjetische Wirtschaft beantworten konnte, die ihm am Herzen lagen. Mit dem Resultat, dass ich, als er kurz darauf nach Moskau reiste, um sein Beglaubigungsschreiben zu übergeben und sich nach geeigneten Gebäuden für die zukünftige Botschaft umzutun, als sein Adjutant und Dolmetscher mitfuhr. Zusammen mit nur einem anderen Beamten unseres Auswärtigen Dienstes, Mr. Joseph Flack, begleitete ich ihn zu dem historischen Ereignis der Überreichung des Beglaubigungsschreibens an Kalinin. Und als er nach wenigen Tagen Aufenthalt in Moskau wieder zurück in die Vereinigten Staaten ging, um das Botschaftspersonal auszusuchen, liess er mich als eine Art inoffiziellen Interimsvertreter zurück, der mit den sowjetischen Behörden Verbindung halten und sich um die Instandsetzung der Gebäude kümmern sollte. Ich war somit der erste amerikanische Beamte, der seit dem traurigen Abgang von Mr. DeWitt Poole²³ vor etwa fünfzehn Jahren

²³ DeWitt Clinton Poole, 1885-1952; Berufsdiplomat und Universitätskurator; gehörte dem Auswärtigen Dienst von 1910 bis 1930 an; amtierender amerikanischer Generalkonsul in Moskau und später, 1918, Charge d'Affaires in Russland.

als Vertreter seines Landes in Moskau seinen dauernden Wohnsitz hatte²⁴.

Den Winter über wohnte ich im Hotel National, gleich neben dem Haus, das nach Beendigung des Umbaus Dienstgebäude der Botschaft werden sollte und es auch viele Jahre geblieben ist. Meine Frau zog zu mir. Es gab auch einen männlichen Angestellten für die Korrespondenz, der sein Zimmer uns gegenüber hatte. Und dann traf ich eines Tages in der Bar des Hotels einen jungen Amerikaner mit zerzausten Haaren, mit der schleppenden Sprechweise der ersten Gesellschaft von Philadelphia und, wie sich im Gespräch bald erwies, mit einem ausgeprägten Sinn für Humor. Das war Charles W. Thayer, der später in den Auswärtigen Dienst eintrat und noch später Schriftsteller wurde und als humorvoller Chronist eben diese Periode im Leben der Moskauer amerikanischen Botschaft beschrieb. Er war mehr oder weniger als Tourist nach Moskau gekommen und hoffte auf literarische Inspiration. Da ich dringend einen Mann brauchte, der für alles zu verwenden war, und er das Leben im Hotel National ziemlich langweilig fand, engagierte ich ihn auf Regierungskosten für vierzig Dollar im Monat als reitenden Boten und trieb auch irgendwo ein verbeultes amerikanisches Motorrad für ihn auf. Auf diesem Vehikel brauste er in seiner russischen Pelzmütze mit wild auf-und-ab-flatternden Ohrenklappen in dienstlicher Mission durch die Stadt.

Wir vier bildeten damals die gesamte Belegschaft der amerikanischen Vertretung. Wir hatten keinen Code, keine Safes, keine Kuriere und keine Sicherheitsbeamten. Der Verkehr mit unserer Regierung wickelte sich über das reguläre Telegraphenbüro ab und lag für die Sowjets offen zutage. Trotzdem glaube ich, dass wir dank dem Fehlen jeder Bürokratie in wenigen Wochen mehr erreichten als später das gesamte Botschaftspersonal in einem Jahr.

Ich muss sagen, es war ein wundervoller, aufregender Winter. Die extreme Moskauer Kälte machte gesund und unternehmungslustig. Vier oder fünf Stunden Schlaf waren genug. Draussen vor unsern Fenstern lag das Zentrum des immer noch nicht ganz vergangenen alten Moskaus. Die grossen Häuserblocks zwischen dem Hotel und dem Kreml waren noch nicht abgerissen, und die Strassenbahnen mit den doppelten Anhängern rasselten zum Bersten voll mit Menschen durch die enge

²⁴ ‚Amerika und die Sowjetmacht‘, Bd. 2: ‚Die Entscheidung zur Intervention‘, Steingrüben Verlag, Stuttgart, S. 439-41 (AdÜ).

Strasse. Der Bau der Moskauer U-Bahn hatte eben begonnen. Auf den Strassen im Umkreis des Hotels wimmelte es von jugendlichen Freiwilligen, Mädchen und Jungen, die in ihren lehmverschmierten wattierten Jacken ausschachten halfen. Es war nach wie vor eine überfüllte, aber farbenfrohe und gemütliche Stadt, in der das Leben Spass machte – uns jedenfalls, aber offensichtlich auch vielen anderen. Sogar das politische Klima war relativ angenehm. Die amerikanischen Journalisten – eine buntgemischte Gesellschaft, zu der Leute wie Walter Duranty, Bill Stoneman, William Henry Chamberlin, Ralph Barnes und Linton Wells gehörten – luden uns zu ihren ausgelassenen Parties ein, und dort lernten wir nicht nur Amerikaner, sondern auch Russen kennen. Dieser fröhliche Winter lebt in meiner Erinnerung als ein Beispiel dafür, was die sowjetisch-amerikanischen Beziehungen hätten sein können, wenn die Umstände es erlaubt hätten.

Mit dem Eintreffen des Botschaftspersonals im März 1934 wurde ich zum diplomatischen Sekretär der neuen Vertretung ernannt und versah meinen Dienst in Moskau, mit einer Unterbrechung von mehreren Monaten infolge Krankheit, bis zum Sommer 1937.

Es fehlen mir die Worte, um hier die Aufregung, die Faszination, die Freuden und die Leiden wiederzugeben, die für mich mit diesem ersten Moskauer Aufenthalt verbunden waren. Ich hatte das Glück, unter den Kollegen ausser Charlie Thayer noch eine Reihe anderer guter Freunde zu finden, die gleich mir für den Schauplatz unserer Tätigkeit nicht nur brennendes Interesse zeigten, sondern auch Sinn für seine Absurditäten hatten. Mit den anderen Botschaften, vor allem der deutschen, französischen und italienischen, verbanden uns ähnliche Freundschaften. Die meisten von uns denken wohl an diese Zeit als an einen Höhepunkt ihres Lebens zurück – zumindest als einen Höhepunkt der Kameradschaft, der Fröhlichkeit und der Intensität des Erlebens.

An dieser Stelle scheint mir eine besondere Bemerkung über die Moskauer Freunde angebracht, die alle Freunde fürs Leben wurden. Dass ihre Namen in diesem Bericht nicht häufiger auftauchen, liegt nur daran, dass ich ihn in erster Linie als eine geistige Autobiographie betrachte, und ich möchte sie keinesfalls für meine eigenen Gedanken und Ansichten verantwortlich machen, sei es auch nur mittelbar. Dennoch wäre diese Selbstdarstellung sehr unvollständig, wenn ich zu erwähnen

versäumte, in welchem Masse sie zu meiner Entwicklung beigetragen haben.

Die ausgedehnten Diskussionen, mit denen wir uns in Riga gewohnheitsmässig die verregneten Wochenenden vertrieben hatten, wurden durch den Umzug nach Moskau womöglich noch intensiviert. Niemals sonst, so scheint mir, sind in einer amerikanischen diplomatischen Vertretung das Land, in dem sie arbeitete, und die zu bewältigenden Probleme auch in den dienstfreien Stunden so ausgiebig diskutiert worden. Die Eindrücke, mit denen wir in unserer sowjetischen Umgebung von allen Seiten überschüttet wurden, verlangten unaufhörlich und auf höchst herausfordernde Weise die Überprüfung unserer eigenen Massstäbe; und in der Reaktion darauf wuchs unser Bedürfnis nach Aussprache mit Gleichgesinnten. Die Diskussionen wurden freundschaftlich, aber ernsthaft und manchmal leidenschaftlich geführt. Was die anderen davon profitierten, kann ich nicht sagen; ich jedenfalls weiss, dass kein anderes Erlebnis mehr dazu beigetragen hat, mein Denkvermögen zu schärfen und mein Urteil über russisch-kommunistische Probleme zu differenzieren, als gerade diese täglichen Auseinandersetzungen. Die Freunde, in deren Schuld ich deswegen bin, sind zu zahlreich, als dass ich sie einzeln nennen könnte; nur zwei von ihnen seien aufgeführt.

Der eine war Loy Henderson²⁵, der schon in Riga mein Kollege war. Obwohl er keine russische Spezialausbildung hatte, beeindruckte er jeden, der mit ihm zu tun hatte, durch seinen beweglichen Verstand, durch seinen tiefen Ernst und seine Ehrlichkeit; dienstlich und ausserdienstlich bemühte er sich mit gleich grosser Gewissenhaftigkeit um die Lösung der Probleme, mit denen uns der Kommunismus konfrontierte. In Abwesenheit des Botschafters leitete er die Vertretung mehrmals für längere Zeit; sein Arbeitsethos und sein moralischer Mut beeinflussten alle in starkem Masse.

Der andere Freund, der eine besondere Würdigung verdient, war Charles (Chip) Bohlen²⁶. Er und ich gehörten zu den ersten, die als Russlandspezialisten ausgebildet wurden, und von ihnen

²⁵ Loy W. Henderson, geb. 1892. Eintritt in den Auswärtigen Dienst 1922; Botschaftssekretär in Moskau 1934-38; später Chef der Osteuropa-Abteilung; noch später der Nahost-Abteilung; Botschafter im Irak und in Italien.

²⁶ Charles E. Bohlen, geboren 1904; bekannt nicht nur als Präsident Roosevelts Berater und Dolmetscher während des Krieges, sondern auch als Botschafter in der Sowjetunion und .in Frankreich, hatte denselben Ausbildungsgang für Russlandspezialisten mitgemacht wie ich selbst, war aber, ebenso wie die anderen Russlandspezialisten, in Paris ausgebildet worden und nicht in Berlin.

allen waren wir beide am längsten und am eingehendsten mit russischen Angelegenheiten befasst. Nikolai Bucharin hat einmal gesagt (ich glaube, es war beim letzten gegen ihn geführten Prozess), dass geistige Freundschaft unter Männern die stärkste Bindung sei. Ob das immer so ist, kann ich nicht sagen. Für Bucharin jedenfalls war es wahr; und die dauernde geistige Herausforderung des kommunistischen Russlands brachte es mit sich, dass es für uns, die wir mit dieser Herausforderung leben und unmittelbar darauf reagieren mussten, ebenfalls zutraf. Die Zusammenarbeit mit Bohlen im Moskau der dreissiger Jahre war der Beginn einer lebenslangen engen Freundschaft, die sich auf so viele Lebensbereiche erstreckte, dass sie zumindest für mich einmalig blieb. Er war ein Mann von brillanter Begabung, für den während seiner langen und hervorragenden Karriere der russische Kommunismus immer im Mittelpunkt des Interesses stand, ein Mann, der jedes Problem des russischen Lebens leidenschaftlich und leidenschaftslos zugleich anpackte, und ein Mann, der nie aufhörte, Ideen zu versprühen wie ein Diamant Funken, und so zu einem unvergleichlichen Prüfstein für jeden wurde, dem die russischen Angelegenheiten ebenfalls am Herzen lagen. Um die Wohlbegründetheit meiner Ansichten kümmerte er sich mit besonderer, geradezu brüderlicher Anteilnahme, und ich lernte bald, das als Zeichen des Respekts und der Zuneigung zu deuten und nicht als Herabsetzung. Wenn andere sich irrten, war das für ihn, wie mir schien, bedauerlich, aber menschlich zu verstehen; wenn ich mich irrte, war es ihm unerträglich. In zahllosen Redeschlachten fochten wir damals wie auch in späteren Jahrzehnten erbittert und rücksichtslos unsere Differenzen aus und gerieten dabei häufig derart in Zorn, dass zufällige Zeugen nur annehmen konnten, wir wären für immer miteinander fertig. Dass er mir unvernünftige Ideen in Mengen austrieb, würde ich als erster bejahen. Dass er mir genug ausgetrieben hätte, würde er als erster verneinen. Was ich seiner harten Schule verdanke, kann ich nicht ermessen, aber ihr gebührt der erste Platz unter den Einflüssen, die mich bestimmten, mich ein ganzes Leben lang mit dem Wesen unseres Verhältnisses zum russischen Kommunismus auseinanderzusetzen. Das Leben hatte uns geistig und beruflich zu Brüdern gemacht, und keine Freundschaft hat mir je mehr bedeutet als seine. Obwohl Bullitt bei seiner Rückkehr nach Moskau Anfang März 1934 mehr als vierzig Leute – alles Männer – zum Dienst in der Botschaft mitgebracht hatte, war keiner darunter, der fähig, willens und in der Lage

gewesen wäre, reine Verwaltungsaufgaben zu übernehmen. Und so herrschte während der ersten Monate in unserm dienstlichen und privaten Leben ein heilloses Durcheinander, für das es höchstens noch in der Reise des «Ford Peace Ship»²⁷ während des Ersten Weltkriegs eine Parallele gibt. In dieser ersten Zeit hausten wir in den beiden Obergeschossen eines Absteigequartiers, das wohlwollend als Hotel Savoy bezeichnet wurde. Es lag dicht beim Kusnetzki Most – der Kusnetzki-Brücke –, unsere vorläufigen Büros aber im nur teilweise möblierten und immer noch scheunenartigen Spaso-Haus, der Residenz des Botschafters, fünf Kilometer weit weg. Da wir keine eigenen Fahrzeuge hatten, versuchten wir, zwischen den beiden Gebäuden einen Pendelverkehr zu organisieren. Vom Intourist-Büro wurden uns dafür offene Touren wagen (mit Seitenvorhängen, die man bei Regen zuknöpfen konnte) und sowjetische Chauffeure zur Verfügung gestellt. Die Sache kostete Unsummen. Aber die russischen Fahrer hatten so etwas noch nicht gemacht; es gab keinen ordentlichen Meldedienst und auch sonst keine brauchbaren Verständigungsmittel. Die Organisation brach immer wieder zusammen, und dauernd sass irgendjemand hilflos gestrandet am einen oder anderen Ende. Das Spaso-Haus hatte nicht einmal eine Telefonzentrale, sondern nur ein kümmerliches Telefon oben und eins unten, die beide direkt an die Stadtleitung angeschlossen waren. Sie klingelten wahllos und unbestimmt bei Tag und bei Nacht, und wenn man den Hörer abnahm, gab es vom andern Ende häufig keine andere Reaktion als keuchendes Atmen und ein verwirrendes vielsagendes Schweigen²⁸.

Vom Hotel aus war das Telefonieren sogar noch komplizierter, und die Bedienung im Restaurant so schwerfällig und trödelig, als wären die Kunden Gutsbesitzer aus alten Tagen,

²⁷ «The Ford Peace Ship»: Ende 1915 charterte Henry Ford ein Schiff, um eine Gruppe pazifistischer Idealisten nach Skandinavien zu bringen. Von dort aus sollten sie sich um die Beendigung des Ersten Weltkriegs durch neutrale Vermittlung bemühen (AdÜ).

²⁸ Ein Grund, wenn auch nicht der einzige, für dies Phänomen wurde uns gesprächsweise und im Vertrauen von einem ziemlich verlegenen sowjetischen Bekannten genannt: Spaso-Haus hatte früher unter anderem auch dem berühmten sowjetischen Diplomaten und zweiten Volkskommissar für Auswärtiges, Grigorij W. Tschitscherin, als Wohnsitz gedient, der jetzt, nachdem er in Ungnade gefallen und aus seinem Amt geschieden war, krank und halb wahnsinnig in einer Wohnung in der Nähe wie ein Eremit hauste. Der einzige Mensch, den er ab und zu zum Zweck des Saubermachens in die Wohnung liess, war Serjoscha, der Heizer vom Spaso-Haus. Und da es Tschitscherin widerstrebt, mit irgendjemand sonst zu sprechen, hatte er die Methode entwickelt, zum Zeichen, dass er Serjoscha erwarte, im Spaso-Haus anzurufen, aber einfach Stillschweigen zu wahren, wenn jemand den Hörer abnahm. Ich habe nie herausbekommen, ob diesem Arrangement wirklich eine persönliche Anhänglichkeit Tschitscherins an Serjoscha zugrunde lag oder ob Serjoscha der einzige war, der die Erlaubnis besass, mit Tschitscherin zu verkehren – da man wohl unterstellen muss, dass der Heizer vom Spaso-Haus noch weiterreichende Beziehungen und Aufgaben hatte. Vielleicht war die Antwort, wie so oft in Russland: sowohl als auch.

die einen Stadtbummel benutzten, um Riesendiners einzunehmen, und nicht moderne Botschaftsangehörige auf der Suche nach einem Schnellimbiss.

Das waren nur ein paar der Hindernisse, denen wir bei dem Versuch begegneten, im Jahre 1934 in Moskau eine Botschaft nach den Vorstellungen unserer Regierung einzurichten. Der Kleinkrieg dauerte den grössten Teil des Jahres und liess uns wenig Zeit für andere Beschäftigungen. Aber es war ein vernünftiger Krieg, voll guter Laune, und er wurde in einer politischen Atmosphäre geführt, die zwar noch einiges zu wünschen übrig liess, aber doch viel freundlicher, angenehmer und spannender war als das, was Russland in den nächsten beiden Jahrzehnten bevor stand.

Anfang des Winters 1934/35 wurde alles anders. Wir waren zu der Zeit schon in unserer endgültigen Bleibe an der Mochowaja neben dem Hotel National installiert, und für uns war die Sturm- und Drang-Periode der Anfangszeit beendet. Wir fingen an, uns an eine regelmässige diplomatische Tätigkeit zu gewöhnen, soweit man in Moskau überhaupt von Regelmässigkeit reden konnte. Aber genau in diesem Moment vollzog sich eine schicksalhafte Wende in der modernen russischen Geschichte, die auch unsere Arbeitsbedingungen drastisch änderte: Am 1. Dezember wurde in Leningrad Kirow ermordet.

Sergej Kirow war Chef der kommunistischen Parteiorganisation in Leningrad gewesen, ein mächtiges Mitglied der engeren Führungsgruppe und in der allgemeinen Meinung der wahrscheinliche Thronerbe Stalins. Wir haben heute erhebliches, wenn nicht gar schlüssiges Beweismaterial dafür, dass im Herbst 1934 in der ersten Garnitur der Sowjetführer wegen Stalins zunehmender Brutalität eine Vertrauenskrise ausgebrochen war, vor allem weil er darauf bestand, Gerichtsverfahren gegen alle Parteiführer anzustrengen, die die Kühnheit gehabt hatten, ihm auf seinem Weg zur Macht Widerstand zu leisten, was jetzt als todeswürdiges Verbrechen galt. Von Kirow hingegen habe man, so heisst es, und ich persönlich glaube es auch, in massgeblichen Parteikreisen gewusst, dass er Stalins Kurs ablehne. Und obwohl er natürlich zu geschickt gewesen sei, das öffentlich zu verkünden, sei er all denen als die grosse Hoffnung erschienen, die den Terror als Mittel zur Bereinigung innerparteilicher Meinungsverschiedenheiten fürchteten oder verabscheuten. Als er ermordet wurde, war er zudem gerade im Begriff, gegen Stalins anhaltenden aber erfolglosen Widerstand

von Leningrad nach Moskau überzusiedeln, wodurch sich sein Einfluss in den Führungsgremien der Partei erheblich verstärkt hätte. Dass das Hauptquartier der Leningrader Geheimpolizei mit dem Mord, oder zumindest mit dem Mörder, in irgendeinem Zusammenhang stand, ist ganz offensichtlich, und die vielen, seit Chruschtschows Andeutungen in seiner «geheimen Rede» noch verstärkten Gerüchte über eine direkte Beteiligung Stalins sind von der sowjetischen Führung niemals ausdrücklich zurückgewiesen worden.

Was auch immer die genauen Umstände der Ermordung Kirows gewesen sein mögen – jedenfalls war sie der Ausgangspunkt für die grossen Säuberungen der dreissiger Jahre. Mit diesem Mord zog am russischen Himmel eine fürchterliche Wolke von Misstrauen und Gewalt, unheimlichem und namenlosem Schrecken und *sauve-qui-peut*-Denunziationen auf, die wenige Monate später den vollen Horror der Säuberungen über das Land ausschüttete und es in wechselndem Grade bis 1953, dem Todesjahr Stalins, verdunkelte. Mit diesem Mord verschlechterte sich spürbar auch das Klima für jede Art diplomatischer Arbeit in Moskau, und die sowjetisch-amerikanischen Flitterwochen waren unwiderruflich zu Ende.

Drei Tage nach der Ermordung Kirows wurde ich krank. Es war so schlimm, dass ich nach rund acht Wochen Bettlägerigkeit am Ort im Januar 1935 nach Wien transportiert wurde: Das State Department war im Allgemeinen bei persönlichen Krisen genauso verständnisvoll, wie es in politischen schwerfällig war. In Wien blieb ich bis November. Nach zwei Monaten Krankenhausaufenthalt konnte ich wieder arbeiten und wurde in der Wiener Gesandtschaft unter dem Kommando ihres gefürchteten Chefs, Mr. George Messersmith²⁹, für die politische Berichterstattung eingeteilt.

George Messersmith war schon in Berlin mein Chef gewesen – ich kannte ihn gut. Er war als strenger Zuchtmeister und Pedant verrufen, zu mir persönlich aber ist er nie anders als freundlich und rücksichtsvoll gewesen. Schwierig war er allerdings, und eigensinnig ebenfalls. Schon in Berlin hatte ich den unerschütterlichen Mut bewundern können, den er in jeder noch so unangenehmen Situation bewies. Als ich ihn einmal fragte,

²⁹ George S. Messersmith, 1885-1960, ein Beamter des Auswärtigen Dienstes, der sich als amerikanischer Generalkonsul in Berlin einen grossen Ruf erworben hatte und von 1934-36 in Wien Gesandter war. Er wurde später Unterstaatssekretär für Verwaltung und nacheinander Botschafter in Kuba, Argentinien und Mexiko.

wie er sich diese Festigkeit des Auftretens erworben habe, erzählte er mir von einem Erlebnis aus früheren Tagen, als er Direktor einer öffentlichen Höheren Schule gewesen war. Man hatte ihn politisch unter Druck gesetzt, um die Wiederaufnahme eines Schülers zu erreichen, den er relegiert hatte, weil er ein Unruhestifter war und sich ihm gegenüber unverschämt benommen hatte. Zwei «grosse Tiere» aus dem öffentlichen Leben waren höchstpersönlich bei ihm erschienen und hatten ihm den Verlust seiner Stellung und Massnahmen gegen seine Schule angedroht, falls er weiter dickköpfig bleibe. Er blieb weiter dickköpfig. Aber es kostete ihn so viel Kraft, dass er, nachdem alles vorüber war, die Stirn auf die Tischplatte fallen liess und einfach losheulte. Seinen Kampf aber hatte er gewonnen, und von da an hatte die Furcht vor einer Szene oder vor persönlichen Unannehmlichkeiten ihn nie mehr beeinflussen können. Jetzt in Berlin und später dann in Wien bekamen die Nazis seinen streitbaren Mannesmut zu spüren; er verabscheute und bekämpfte sie mit jeder Faser seines Wesens,

Wenn ich heute daran zurückdenke, dann merke ich, dass dieser trockene und reizbare Mann mit der betont langsamen Sprechweise einer jener Chefs gewesen ist, die meine Vorstellung von dem, was ein amerikanischer Diplomat sein sollte und sein könnte, entscheidend mitbestimmt haben.

Nach meiner Rückkehr aus Wien Ende 1935 tat ich noch einmal fast volle zwei Jahre in Moskau Dienst. Wieder war ich in erster Linie politischer Referent, und wieder lag der Nutzen für mich vor allem in der Erweiterung meiner Kenntnisse – für verantwortliche Entscheidungen gab es wenig Gelegenheit. Die Säuberungen liefen jetzt auf Hochtouren. Mir fiel die Aufgabe zu, den Verlauf im Einzelnen zu verfolgen, soweit das anhand der sowjetischen Presse und bei dem Wirrwarr schlimmer Gerüchte, von denen die Luft in Moskau schwirrte, überhaupt möglich war. Heute wissen wir mehr darüber als damals; aber von dem Umfang und der Bedeutung der Säuberungen hatten wir schon damals ein ziemlich genaues Bild. Ihrem Verlauf tagtäglich nachgehen und darüber analytische Berichte schreiben zu müssen, bedeutete zugleich eine gründliche Einweihung in die Schrecken des Stalinismus.

Nicht weniger wichtig als das Studium der politischen Landschaft war für mich persönlich die sich nun zum erstenmal bietende Möglichkeit, das russische Land selbst kennenzulernen: seinen Anblick, seine Kultur, seinen Geruch, das Leben seiner

Menschen in mich aufzunehmen. Sechs volle Jahre der Vorbereitung halfen mir zum Verständnis dessen, was ich erlebte. Als Objekt der Neugier hat das Land niemals seinen Reiz für mich verloren, und im Rückblick sind mir diese Jahre vor allem darum wertvoll, weil sie mich Russland immer besser verstehen lehrten.

Es liesse sich füglich fragen, wie denn angesichts der geradezu phantastischen Massnahmen, die das Regime ergriff, um Ausländer, besonders aber Diplomaten, von der Bevölkerung fernzuhalten, das Sammeln von Eindrücken für einen ausländischen Diplomaten überhaupt möglich sein konnte. Tatsächlich waren diese Massnahmen nur bedingt wirksam. Einige Kontakte und Freundschaften mit Sowjetbürgern pflegten wir auch weiterhin, einfach weil wir uns gegenseitig mochten und interessant fanden, aber natürlich musste man es geschickt und diskret anfangen. Ausserdem gab es das Theater, gab es sportliche Ereignisse und alle möglichen anderen Gelegenheiten, bei denen man in der Öffentlichkeit mit gewöhnlichen Russen Tuchfühlung bekam und eine Menge von dem, was in der Luft lag, aufschnappen konnte – vor allem wenn man Russisch verstand. Und schliesslich gab es die Reisen. Wir machten Ausflüge nach Leninograd, nach dem Süden, nach dem Kaukasus, und wir fuhren auf den Moskauer Ausflugsdampfern. Ich war immer noch für Tschechow begeistert und pilgerte zu den Stätten, an denen er gelebt hatte. Ich fuhr auch aufs flache Land hinaus, um zu erkunden, was aus den herrlichen mittelalterlichen Kirchen geworden war, die in Grabars grosser ‚Geschichte der russischen Kunst‘ beschrieben und teilweise abgebildet waren. Viele waren verfallen, und kaum jemand in Moskau wusste davon oder kümmerte sich um sie.

Ich unternahm diese Expeditionen in guter Absicht und ohne Hintergedanken. Mein Interesse an beiden Themen war echt, und ich wäre auch gefahren, wenn ich keinerlei Nebeneindrücke hätte erwarten dürfen. Aber jedesmal brachte ich Nebeneindrücke in reichlicher Menge mit.

Der Gewinn aus diesem Moskauer Aufenthalt Mitte der dreissiger Jahre lag für mich, so scheint es mir heute, vor allem in dem Gespür für Land und Leute – für das neue Russland, wie es aus den Prüfungen der Kollektivierung und des ersten Fünfjahresplanes hervorgegangen war und in die neue Prüfung der Säuberungen hineinschritt. Meine grosse Schwäche war dabei die weitgehende Unkenntnis der russischen Revolutions-

geschichte. Das hätte kaum anders sein können. Die Bücher von E. H. Carr, Leonard Schapiro, Isaac Deutscher und Franco Venturi waren noch nicht greifbar. Keiner von uns hatte Musse für die Forschungen, die diese grossartigen Wissenschaftler später anstellten. Aber auch ohne solche Hilfsmittel konnte man kaum in Russland leben und politischer Berichterstatter sein, ohne das Wesen des Stalinismus gründlich kennenzulernen.

Mein eigener Fall war vielleicht nur insofern aussergewöhnlich, als ich keine prosowjetischen Sympathien zu überwinden hatte. Der Abscheu vor Stalins Regime erwuchs bei mir nicht aus der Enttäuschung einer früheren Begeisterung. Ungleich vielen anderen berufsmässigen Beobachtern der sowjetischen Machtentfaltung hatte ich nie eine «marxistische Periode» durchgemacht. Manchmal habe ich den Verdacht, dass es anders besser gewesen wäre; denn viele vorzügliche Russlandkenner waren diesen Weg gegangen. Mir jedenfalls war er verschlossen geblieben. Das lag wohl zum Teil an dem Umstand, dass mein Verständnis für die russischen Dinge in den baltischen Staaten gereift war, wo die kurze und blutige Zeit der Herrschaft russischer und einheimischer Kommunisten, die in Riga und Reval 1919 zur Macht gelangt waren, keine erfreulichen Spuren hinterlassen hatte. Aber darüber hinaus empfand ich von Anfang an einen rein intellektuellen Widerwillen gegen den russischen Marxismus. Ich habe nie den gefühlsversteinten Fanatismus begreifen oder in Schutz nehmen können, der bereit war, ganze Volksteile – die «Bourgeoisie» und grosse Teile der Bauernschaft, insgesamt also die Mehrheit der russischen Gesamtbevölkerung – zum Verlust ihrer Bürgerrechte, zu Schimpf und Schande und zur «Ausrottung als Klasse» nur darum zu verurteilen, weil die ihnen Angehörenden in eine bestimmte gesellschaftliche Stellung hineingeboren waren. Diese brutale Einteilung in Klassen schien mir nichts anderes als die Fortführung der so kurz erst abgeschafften feudalistischen Gesellschaftsordnung mit umgekehrtem Vorzeichen. Damals wie jetzt wurden Menschen ohne Rücksicht auf persönliche Schuld einfach auf Grund ihrer Geburt bestraft. Ich konnte nicht einsehen, wieso die Verdammung eines Mannes und seiner Familie wegen seiner Geburt als Bourgeois ein Fortschritt sein sollte gegenüber einer Verdammung wegen seiner Geburt als Unfreier oder als Jude. Dass das Hineingeborenwerden in den Reichtum oder sein Erwerb durch eigene Anstrengung einen Menschen notwendig schlecht mache und seine Bestrafung erheische, glaubte ich

ebenso wenig, wie dass das Hineingeborenwerden in eine Arbeiterfamilie eine automatische Garantie für Anstand und Adel der Gesinnung sei und zur Bekleidung eines hohen Rangs befähige. Es war auch nicht zu übersehen, dass viele unter denen, die als Wortführer der Unduldsamkeit so bereitwillig Millionen ihrer Mitmenschen auf den von Trotzki so genannten «Müllhaufen der Geschichte» warfen, nur weil sie in einer nach derzeitigen Begriffen falschen Stadtgegend geboren waren, selber eine alles andere als proletarische Herkunft ihr eigen nannten. Wäre das Kriterium der Tugend wirklich die persönliche Bekanntschaft mit dem Schweiss ehrlicher körperlicher Arbeit gewesen, so hätten die meisten dieser kommunistischen Intellektuellen mit den zarten Händen in aller Logik gemeinsam mit der Bourgeoisie ins Verderben marschieren müssen. Viele Teilaspekte des neuen sowjetischen Alltags nötigten mir Respekt und Bewunderung ab; die Ideologie selbst machte mich nur ärgerlich. Für mich war sie eine Pseudowissenschaft voller erfundener Helden und Bösewichter; und so sehr ich an den sowjetischen Führern den Mut, die Entschlossenheit und den politischen Ernst bewunderte, so sehr empfand ich Ekel für die anderen Seiten ihrer politischen Persönlichkeit: ihren zur Schau getragenen Hass und ihre Verwerfung grosser Gruppen von Menschen, ihre endlosen Grausamkeiten, ihren Anspruch auf Unfehlbarkeit, ihren Opportunismus und die Gewissenlosigkeit ihrer Methoden, ihre Geringschätzung der Wahrheit, ihre verschwörerische Geheimtuerie, und vor allem anderen die Machtgier, die so oft und so offensichtlich hinter ihren scheinbar erhabenen ideologischen Überzeugungen lauerte.

Dank solcher Überzeugungen begann ich die nähere Bekanntschaft mit dem stalinistischen Regime in der Mitte der dreissiger Jahre ohne falsche Hoffnungen oder Selbsttäuschungen. Aber auf die Wirklichkeit, diesen Gipfel des Entsetzens, war ich trotz allem nicht ganz vorbereitet. War in früheren Stadien der sowjetischen Machtentfaltung noch ein Rest von Glauben an die wohlthätigen Wirkungen all dieser Grausamkeiten und Leiden auf die Gesellschaft der Zukunft möglich gewesen, so fand ich im Russland der Säuberungen den Zynismus, die Schamlosigkeit und die Menschenverachtung siegreich inthronisiert. Hier wand sich eine grosse Nation hilflos in den Fängen eines einzigen, unglaublich schlaunen, in mancher Hinsicht grossen, aber ungeheuerlich grausamen und zynischen Mannes. So nachdrücklich wurden mir in den Moskauer Jahren die Beispiele für

Russlands Schande eingehämmert – so unaufhörlich fielen die Schläge, einer immer empörender und herzerreissender als der letzte –, dass sie bis heute nachwirken. Sie formten mein politisches Urteil in einer Weise, dass ich daraufhin mindestens ein Jahrzehnt lang mit der offiziellen Linie Washingtons uneins war.

Ich möchte meine damaligen Auffassungen so weit wie möglich aus damals geschriebenen Unterlagen entwickeln und nicht aus der Rückschau. In den noch vorhandenen persönlichen Akten aus den Moskauer Jahren 1933 bis 1937 finde ich nur zwei Aufzeichnungen, die zu zitieren sich lohnt. Die erste ist offenbar 1936 oder 1937 geschrieben – zu welchem Zweck sie verfasst wurde und was daraus geworden ist, weiss ich beim besten Willen nicht mehr. Sie scheint kein offizielles Dokument gewesen zu sein. Bestimmt ist sie auch nie veröffentlicht worden. Aber sie ist in meinen Akten, mit der Überschrift ‚Das Kriegsproblem in der Sicht der Sowjetunion‘. Ich begann mit der Beschreibung der herausfordernden und aufreizenden Haltung, die die Sowjetunion zu allen Zeiten gegenüber nichtkommunistischen Regierungen zur Schau getragen hat: *per definitionem* sieht sie in ihnen Feinde, mit denen friedliche Beziehungen zu unterhalten nur eine Art vorläufiger Anomalie bedeutet, die auch nur als Waffenstillstand oder als «Atempause» zwischen den Auseinandersetzungen verstanden wird. Ich beschrieb das riesige Aufrüstungsprogramm, das die sowjetische Regierung sich damals vorgenommen hatte und bei dem selbst die Kollektivierung und die verschiedenen Fünfjahrespläne nur eine Art Zubringerrolle spielten. Ich wies auf den Geist des Chauvinismus und der Xenophobie hin, den Geist des Misstrauens und des Hasses allem Fremden gegenüber, in dem diese Anstrengungen unternommen wurden. Ich konzidierte, dass die sowjetische Regierung Interesse an einer Vertagung der Feindseligkeiten bekundet hatte, bis sie zu einem späteren Zeitpunkt besser gerüstet sein würde. Ich konzidierte weiter, dass Stalin unter diesem Vorzeichen willens sei, mit verschiedenen Staaten Nichtangriffs- und Beistandspakte abzuschliessen und die ihm aus der Mitgliedschaft im Völkerbund erwachsenden Verpflichtungen anzuerkennen. Aber ich erblickte in dieser Bereitwilligkeit den Reflex eines Wunsches, nicht so sehr den Ausbruch eines neuen Weltkriegs überhaupt zu vermeiden als vielmehr dafür zu sorgen, dass dieser Krieg von anderen gegen andere geführt würde – eines Wunsches, die anderen gegenseitig hineinzuverwickeln und vor allem in Westeuropa jedes friedliche Arrangement zu verhindern.

Ich erkannte klar die Schwere der Bedrohung des sowjetischen Fernen Ostens durch die Japaner, obwohl ich notierte, dass die sowjetische Asienpolitik diese Drohung selbst mit heraufbeschworen hatte. Die Bedrohung sowjetischer Interessen durch die Nazis nahm ich nicht so ernst. Dass die Nazis für andere Staaten eine Gefahr bedeuteten, hätte ich nicht geleugnet. Aber Hitlers Politik schien mir als «vor allem pangermanisch» und seine Ausdehnungswünsche für das Reich «nur auf Gebiete bezogen, die jetzt oder früher von Deutschen bewohnt oder verwaltet» waren. Eine Auslegung, die hierbei auch gewisse Staaten an der russischen Grenze miteinschlösse, wäre denkbar – schrieb ich damals; auf Russland in seinen Grenzen von 1936/37 sei es kaum auszudehnen, obwohl Hitler natürlich jederzeit Polen die Ukraine zum Ersatz für im Westen verlorene Gebiete offerieren könne. Diese Gefahren, so dachte ich, lägen auf alle Fälle noch weit in der Zukunft. Diesbezügliche russische Befürchtungen würden «ständig mit einer solchen theatralischen Übertriebenheit geäußert, dass man ihre Aufrichtigkeit anzweifeln muss, und die gleichzeitig entfaltete diplomatische Tätigkeit ist eher geeignet, die Zustände, aus denen sie angeblich erwächst, zu verschlimmern, als sie zu bessern». Es gab, wie ich glaubte, wenig Grund für die Annahme, dass eine russische Regierung, die entschlossen sei, sich nur um ihre eigenen Angelegenheiten zu kümmern, «einer unmittelbaren Aggressionsgefahr von Westen her ausgesetzt» sei. Aber die sowjetische Regierung entsprach dieser Beschreibung nicht. Alles in allem schienen mir die Aussichten für eine friedliche Zukunft der Sowjetunion nicht gut zu sein. «Sozialer Fanatismus, Militarismus, Chauvinismus und die zynische Praktik, seine Nachbarn gegeneinander aufzuhetzen, mögen vielleicht Mittel sein, einen Krieg aufzuschieben: verhindern lässt er sich mit diesen Mitteln nicht.» Es sei gut möglich, dass Russland sich aus den Anfangsstadien eines europäischen Krieges heraushalten würde. «In Anbetracht des offenen Zynismus, mit dem es seine Bündnisverpflichtungen betrachtet, erscheint es sogar fraglich, ob Russland seine militärischen Hilfeversprechen halten würde, es sei denn, sie stimmten zufällig in dem betreffenden Moment mit seinen eigenen Interessen überein.» Aber deshalb dürfe man noch lange nicht hoffen, dass Russland nicht doch früher oder später in einen grösseren Krieg hineingezogen werde. Zu einem späteren Zeitpunkt, an dem andere kriegführende Nationen bereits geschwächt seien, würde es kaum der Versuchung widerstehen,

sich zu beteiligen, «und sei es nur als Aasgeier». Soweit meine Aufzeichnung.

Heute liegen die Schwächen einer solchen Analyse natürlich offen zutage. Die Bedrohung Russlands durch die Nazis war sicherlich unterschätzt, obwohl man nicht vergessen darf, in welchem Masse Hitlers schliesslicher Angriffsbefehl der nimmer-satten Habgier der sowjetischen Diplomatie zuzuschreiben ist, die es' besonders auf Finnland und Bulgarien abgesehen hatte, wie aus den Gesprächen mit Molotow im November 1940 hervorging; und wieweit auch die zahlenmässig enormen Truppenkontingente eine Rolle spielten, die Stalin entlang der russischen Westgrenze unterhielt. Hitler konnte es sich nicht leisten, in dem Augenblick, als seine Unfähigkeit, die Britischen Inseln zu erobern, ihn zum Angriff auf die mediterrane Lebensader Grossbritanniens zwang, eine derart massive Streitmacht unangefochten in seiner Flanke zu lassen.

Meine Aufzeichnung hatte auch einen direkten Angriff auf die Sowjetunion nicht vorhergesehen. Aber die Idee, dass Stalin versuchen würde, aus den Feindseligkeiten der anderen für sich etwas herauszuschlagen, bewahrheitete sich nicht nur bei seiner Aktion gegen Finnland in den Jahren 1939/40, sondern auch bei der Kriegserklärung an Japan und an Bulgarien in letzter Minute, gerade noch vor dem Zusammenbruch dieser beiden Staaten. Man kann sich leicht ausmalen, wieviel weitere Beispiele es noch gegeben hätte, wäre die sowjetische Streitmacht, wie Stalin gehofft hatte, den ganzen Krieg über von keiner anderen Grossmacht angegriffen worden und somit praktisch intakt geblieben.

Alles in allem war meine Aufzeichnung eine zwar scharfe, aber nicht ungenaue Beurteilung der stalinistischen Diplomatie. Insbesondere sah sie einigermaßen klar die sowjetische Politik voraus, die zum nazistisch-sowjetischen Nichtangriffspakt führte. Sie war jedoch meilenweit von den damals im Westen vorherrschenden liberalen Ideen entfernt; und die zunehmende Abweichung von den Grundtendenzen Rooseveltischer Russlandpolitik ist unverkennbar.

Meine langfristigen Prognosen für die Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion gaben sich damals kaum optimistischer als meine Beurteilung der sowjetischen Politik im Allgemeinen. Im Frühjahr 1936 arbeitete ich eine Studie aus, in der ich versuchte, über das Ende der Stalinistischen Ära hinwegzublicken und abzuschätzen, was man wohl

auf lange Sicht von der Entwicklung der bilateralen Beziehungen zwischen Amerika und Russland erwarten dürfe. Den Wortlaut besitze ich nicht, nur eine Zusammenfassung, die ich selbst irgendwann 1938 machte. Daraus will ich kurz zitieren:

«Auf wirtschaftlichem Gebiet musste man die geographische Ähnlichkeit beider Länder in Betracht ziehen, die die Vermutung nahelegt, dass sie in vieler Hinsicht immer Rivalen sein werden, statt sich in ihrer Produktion zu ergänzen; dazu die eifersüchtige Unsicherheit, die russische Machthaber bei der Abwicklung ihrer Geschäfte so misstrauisch, bürokratisch und orientalisch auftreten lässt. Im kulturellen Bereich musste ich einerseits mit einer natürlichen Verständnisbereitschaft und Sympathie zwischen diesen beiden Völkern rechnen, deren neuere Geschichte so viele Ähnlichkeiten aufweist³⁰, dass sie einander fraglos manches zu bieten haben würden; andererseits jedoch mit der heftigen Furcht fast aller russischen Regierungen vor der Beeinflussung der Volksseele durch Ausländer – einer Furcht, die dazu führt, dass die Machthaber ihr Volk meist lieber im Dunkeln halten, als Erleuchtung durch den Umgang mit fremder Kultur und fremden Ideen zu riskieren.

Im politischen Bereich musste man weit zurück in die russische Geschichte steigen und nach den Ursprüngen des traditionellen Misstrauens und der Unsicherheit der russischen Herrscher forschen. Die Wirkungen des Klimas auf den Charakter mussten ebenso abgewogen werden wie die des jahrhundertelangen Kontakts mit asiatischen Horden, die Einflüsse des mittelalterlichen Byzanz ebenso wie die nationalen Verschiedenheiten der russischen Völker und die geographischen Besonderheiten des Landes – alles Umstände, die einer normalen Verwaltung genauso wenig günstig sind wie der nationalen Einheit und dem Selbstvertrauen.

Das Resultat dieser Untersuchungen liess wenig Hoffnung auf einen gloriosen Aufschwung der russisch-amerikanischen Beziehungen zu unseren Lebzeiten. Eine nutzbringende Zusammenarbeit beider Länder in begrenztem und bescheidenem Rahmen schien nicht unmöglich, aber selbst die liesse sich nur verwirklichen, wenn unser Part dabei von Leuten übernommen

³⁰Dabei dachte ich daran, dass beide Nationen sich im neunzehnten Jahrhundert immer mehr in Richtung auf den Pazifik ausdehnt hatten; dass sie bei dem Vorschreiten ihrer Grenzen in unbekanntes Gebiet ganz ähnliche Erfahrungen gemacht hatten; dass sie etwa gleichzeitig die Sklaverei bzw. die Leibeigenschaft abgeschafft hatten; dass sie eine vergleichbare industrielle Entwicklung erlebt hatten; und dass ihre literarische Tradition überwiegend aus dem neunzehnten Jahrhundert stammte – beeinflusst von Europa, aber nicht abhängig von ihm.

würde, die die dafür erforderlichen Qualifikationen mitbrächten: die Gabe der Zurückhaltung, eine ordentliche Vorbildung, Bescheidenheit angesichts der Vielschichtigkeit der russischen Welt und vor allem anderen eine unerschöpfliche Geduld. Ohne den Einsatz solcher Leute auf unserer Seite konnte ich wenig in der Zukunft der russisch-amerikanischen Beziehungen sehen als eine lange Kette von Missverständnissen, Enttäuschungen und gegenseitigen Vorwürfen.»

Heute, dreissig Jahre danach, wirkt meine Beurteilung nicht allzu pessimistisch. Aber wieder einmal wich sie weit von FDRs eigenen Ansichten ab, wie ich gleich zeigen werde, und besonders auch von den Ansichten derer, die er kurz darauf zu seinen Beratern in russischen Fragen bestellte.

Ungeachtet der immer enger werdenden Verflechtung mit den grossen politischen Affären, ging das Privatleben natürlich weiter. Familie, Kinder, Gehälter, Haushaltbudgets beanspruchten wie immer Zeit und persönliche Hingabe und Sorge. Das Privatleben ist nicht Hauptthema dieser Erinnerungen, aber ganz lässt es sich nicht übergehen.

Im Winter 1936 meldete sich ein zweites Kind an. Auf Grund einer Spitzfindigkeit der amerikanischen Gesetzgebung war bei einem im Ausland geborenen Kind, dessen einer Elternteil nicht die amerikanische Staatsangehörigkeit besass, der zukünftige Status als Bürger der Vereinigten Staaten in irgendeiner Weise gefährdet (der wohlbekannte Trieb des Menschen, unangenehme Erinnerungen zu verdrängen, hat die Einzelheiten glücklicherweise verwischt). Jedenfalls kamen wir zu dem Ergebnis, dass Annelise ihr Baby in den Vereinigten Staaten zur Welt bringen müsse. Ich würde kurz nach der Geburt des Kindes folgen, um den Heimaturlaub zu geniessen, auf den ich mir mittlerweile ein Anrecht erworben hatte (nur dass man ihn damals noch aus eigener Tasche bezahlen musste), und sie schliesslich alle wieder mit zurückbringen.

Das Kind wurde im April im Hause meiner Schwester in Highland Park in Illinois geboren. Ich fuhr im Mai. Ich merke mit Entsetzen, wie flüchtig und unzureichend die Erinnerung an diesen Sommer ist. Von der Hinreise weiss ich nur noch, dass sie, aus welchem Grunde auch immer, in London unterbrochen wurde; dass ich dort ins Theater ging; und dass mich nach der anstrengenden Überschwenglichkeit und der Muskelprotzerei des stalinistischen Moskauer Theaters das viel feinere und

zivilisiertere Spiel auf der Londoner Bühne beeindruckte und in gewissem Sinne tröstete.

Die Reise von London nach Illinois ist meinem Gedächtnis entschwunden. Dann ist da ein unbestimmtes Bild von dem neuen Kind Joan Elisabeth, das gelassen und würdevoll in seiner Wiege lag und noch nicht ahnen liess, was das Erwachsenwerden einmal aus ihm machen würde. Daran schloss sich ein Urlaub im Ferienhaus meiner Schwester an einem der Seen von Süd-Wisconsin, in derselben Gegend, in der ich die Sommer meiner Kindheit und Schuljahre verbracht hatte. Es war nun fast zehn Jahre her, seit ich zuletzt in Amerika gelebt hatte. Ich war überwältigt von den Gefühlen, die in Thomas Wolfes Romanen klassischen Ausdruck gefunden haben: Heimweh, die Sehnsucht nach Verwurzelung, eine Ahnung vom Geheimnis der Zeit – und zugleich Fremdheit und die Erkenntnis, dass es kein Zurück gibt. In der Hoffnung, die Erde wiederzuentdecken, der ich entstammte, lieh ich mir ein Fahrrad, radelte durch den Mittelteil des Staates und übernachtete sogar auf der Farm, die in den Jahren nach dem Bürgerkrieg meinem Grossvater gehört hatte. Das Gefühl der Entfremdung verstärkte sich dadurch nur noch mehr. Das ländliche Wisconsin meiner Erinnerung war eigentlich das Wisconsin der vor-automobilistischen Ära. In der Zwischenzeit aber war die mit dem Ersten Weltkrieg einsetzende Revolution der Transportmittel endgültig vollzogen. Die schönen alten Landstrassen von Wisconsin waren nun, wie ich in mein Tagebuch notierte,

«die verlassensten Gegenden, durch die ich jemals gekommen bin. Auf einer hundertfünfzig Kilometer langen Fahrt sollte ich nicht einem Radfahrer, nicht einem Fussgänger, nicht einem Pferdefuhrwerk begegnen . . . Die Insassen der gelegentlich vorbeischwirrenden Automobile . . . hatten offensichtlich keinerlei persönliche Beziehung zu der Strasse, die sie befuhren . . . sie waren verirrte Seelen, die nur für eine kurze Spanne Zeit über fremden Gefilden schwebten, wo der Raum nur in der Zeit existierte. Für uns, die wir die Strasse bewohnten – die Vögel und Insekten und Schlangen und Schildkröten und Eichhörnchen und den einsamen Radler –, waren die Wagen nur eine nicht fassbare Gefahr, eine Bedrohung aus der Natur wie Blitz, Erdbeben und Hochwasser, auf die man sich einstellen und mit der man sich auseinandersetzen musste (was die Schildkröten, deren Kadaver meilenweit auf dem Pflaster verstreut lagen, wohl am

wenigsten konnten). Sonst hatten wir keine Beziehung zu ihnen, sie machten unsre Verlassenheit nur noch spürbarer.»

Ich dachte zum Vergleich an die geselligen englischen Landstrassen aus Chaucers Tagen, wo manchmal ebenfalls Gefahren lauerten, aber die erfüllt waren von Leben und Kameradschaft. Es schien mir, dass der Wandel uns ärmer gemacht hatte; und nach den Jahren in Europa konnte ich mich nicht daran gewöhnen. Das Gefühl des Verlustes verfolgte mich bis hinein in die bescheidenen Touristenquartiere in den kleinen Städten, in denen ich zur Nacht blieb.

«Es war niemand da, und eine Weile sass ich allein im Dunkeln vor dem Haus. Unter den Bogenlampen zog sich die baumbewachsene Strasse den Hügel hinab. Die Gehsteige lagen verlassen, aber zwischen ihnen floss der Strom geschmeidiger dunkler Wagen . . . Jeder Wagen enthielt ein Pärchen oder auch zwei, auf der Jagd nach Vergnügen – gewöhnlich Ersatzvergnügen in Gestalt eines Films oder einer Knutscherei. Welch ein Unglück für den jungen Mann oder das junge Mädchen, die es nicht geschafft hatten, zu einer dieser privaten, mit mathematischer Genauigkeit zusammengestellten Gruppen nächtlicher Autofahrer zugezogen zu werden. Das gesamte nächtliche Leben floss in diesem Strome mit, abgeteilt in ruhige Zweier- und Vierergruppen. Für Aussenseiter war kein Platz. Es gab keinen Ort, an dem Fremde ungezwungen hätten Zusammenkommen können, wie etwa in einer bayrischen Bierhalle oder einem russischen Vergnügungspark . . . Sogar die Schenken waren fast leer.»

Am Ende der Ferien wusste ich, dass ich nicht mehr dahin gehörte, wohin ich früher gehört hatte – dass ich in Wahrheit nirgends mehr hingehörte. Nicht nur weil ich die Welt meiner Jugend verlassen hatte, obwohl auch das stimmte; gleichzeitig hatte diese Welt mich verlassen. Übrigens hatte sie auch alle anderen verlassen; aber der Abschied hatte sich so allmählich vollzogen, dass diejenigen, die dort geblieben waren, ihn nicht so stark empfunden und sich der veränderten Lage mehr oder weniger angepasst hatten. Aber ich, genau wie alle anderen, die im Ausland lebten, hatte ganz einfach den Anschluss verpasst.

Diese Gefühle waren nur die ersten Vorboten einer Erkenntnis, mit der sich fast jeder Berufsdiplomate auseinandersetzen

muss. Ich würde in meinem Land weniger und weniger dazugehören, aber das, was es einst gewesen war, würde weiter zu mir gehören. Ich würde es, obwohl ich nicht mehr dazugehörte, dennoch weiter verstehen; es würde mich, obwohl es teilweise noch zu mir gehörte, dennoch nicht mehr verstehen. Ich würde ihm weiter die Treue halten. Das war eine Frage der Selbstachtung und eines tiefen Glaubens an die Werte unserer Kultur. Wem hätte ich auch sonst die Treue halten können? Aber es würde eine Treue *trotzdem* sein, nicht eine Treue *weil*, eine Treue des Prinzips, nicht der Identifikation wegen. Und was für ein Echo sie auch finden mochte – es würde nie einem vollen Verständnis entspringen.

Mitten in der schlimmsten Hitzewelle, die das Land seit einundsechzig Jahren erlebt hatte, machten wir uns mit einem Kleinkind und einem Neugeborenen und neunzehn Gepäckstücken auf den Rückweg zum New Yorker Hafen. Unser Schiff hatte die amerikanische Olympiamannschaft an Bord, die an den Sommerspielen in Deutschland teilnehmen sollte. Eine Woche lang wanden wir uns zwischen den Armen und Beinen stämmiger Amazonen und gummikauender Supermänner mit kurzgeschorenen Haaren hindurch, die auf Deck ihre Künste übten. Gegen Ende der Reise, an einem bezaubernden, stillen europäischen Sommerabend, schob das Schiff sich langsam elbaufwärts; unbekümmert um Sprachunterschiede riefen die Athleten den verwirrten Deutschen am Ufer ihre Witze und Anzüglichkeiten zu. Von Hamburg aus ging die Reise per Bahn und per Schiff weiter bis zur Südküste Norwegens. Durch Dänemark gab es keinen Schlafwagen. Wir besaßen kein dänisches Geld und verbrachten die Nacht sitzend auf unsern Plätzen; mir ist, als hätten wir irgendwo unterwegs die zusammenlegbare Badewanne des Babys verloren. Während der langen rauen Überfahrt übers Skagerrak wurde meine Frau seekrank und musste sich legen. Meine vierjährige Tochter und ich sassen Stunde um Stunde an Deck, und ich beantwortete Fragen von der Art wie warum der Ozean tief ist. Einmal wurde ich zum Windel wechseln hinunter in die Kabine befohlen und besorgte das unter den verachtungsvollen Blicken meiner hilflosen Frau zeitsparend, indem ich die schmutzigen Sachen schleunigst durch das Bullauge warf.

Nach zwei Wochen Norwegen erschlichen wir uns die Passage nach Leningrad auf der alten «Bergensfjord», die auf eine Kreuzfahrt durch die Ostsee ging. Das war höchst unzulässig, aber durch Beziehungen schafften wir's. Wir bekamen eine der

geräumigen alten Einwanderer-Kabinen im Vorschiff mit etwa zehn leeren Kojen. Der mächtige metallene Fockmast ging mitten hindurch. Kleine Blechnäpfe vom Fassungsvermögen einer Gemüseschüssel bildeten die einzige Waschgelegenheit, und ich weiss noch, wie meine Frau darin das Baby badete: erst verkehrt herum halten und den Kopf waschen, dann wieder aufrichten und sanft das kleine Hinterteil polieren. In Kopenhagen banden wir zum Entsetzen des norwegischen Botschafters in Moskau, der auch mitreiste, den Kinderwagen samt Inhalt auf Deck an einem Rohr fest und gingen alle von Bord, um die Stadt anzusehen.

Eines frühen Morgens Ende August näherten wir uns Leningrad. An der Ostseeküste wurde es bereits herbstlich. Der Himmel war dunkel und unruhig. Aus Nord blies ein kalter Wind und rührte die See auf. Nördlich und südlich zeichneten sich langsam die flachen Küsten ab – grau, melancholisch und abweisend. Wir passierten die alte Inselfestung Kronstadt mit ihren kasernenartigen Gebäuden und den grausigen Erinnerungen an Meutereien in der Marine, an den Bürgerkrieg und den Aufstand von 1921. Dann begannen die Dämme der Schifffahrtsrinne, die sich zwischen den Untiefen des Deltas weit ins Meer hinauschiebt, und endlich die kilometerlangen Holzlager und die Docks am Eingang der Newa. In Leningrad gab es das gewohnte Durcheinander. Abends im Nikolajewskijbahnhof waren einen haarsträubenden Moment lang Frau und Kinder, das Gepäck und ich selbst alle durch drängelnde Menschenmassen voneinander getrennt, und keine Seele wusste, welche Abteile wir hatten. Aber in letzter Minute kam alles wieder in die Reihe, wie es das in Russland meistens tut. Am nächsten Morgen trafen wir in Moskau bei strömendem Regen ein. Der Zug war so lang, dass unser Waggon weit draussen zwischen den Gleisen hielt und niemand uns finden konnte. Bis wir uns zum Bahnsteig vorgearbeitet hatten, waren wir klatschnass. Und als wir schliesslich bei der Ankunft vor dem vertrauten Gebäude an der Mochowaja (dem einzigen Ort auf der Welt, an den wir in diesem Augenblick wirklich gehörten) von unsern Freunden begrüsst wurden, da wussten wir, dass wir endlich, in einem tieferen Sinn als in Wisconsin, sogar in einem tieferen Sinn als in Norwegen, zu Hause waren. So ist das Leben im Auswärtigen Dienst.

Der verstorbene William C. Bullitt war in meinen Augen ein hervorragender Botschafter. Ich glaube, dass ich nicht nur meine

eigene, sondern auch die Meinung meiner damaligen Moskauer Kollegen wiedergebe, wenn ich sage, dass wir stolz auf ihn waren und uns seiner nie zu schämen brauchten. Wobei zu beachten ist, dass es keine schonungslosere Kritik geben kann als die, der ein Botschafter auf Auslandsposten von seinen reservierten und nach aussen hin respektvollen Mitarbeitern unterzogen wird. Der Bullitt, den wir damals in Moskau erlebten, war charmant, geistreich, gebildet, phantasievoll – ein Mann von Welt, der es geistig mit jedermann aufnehmen konnte, kommunistische Geistesriesen wie Radek und Bucharin einbegriffen, die damals beide noch da waren und nichts dagegen hatten, in die Botschaft zu kommen und mit ihm zu diskutieren. Er sprach ausgezeichnet Französisch und Deutsch und glich damit sein fehlendes Russisch weitgehend aus. Er hatte ein bemerkenswert lebhaftes Temperament und gestattete niemand in seiner Nähe, in dumpfe Langeweile zu versinken. Wir alle profitierten von seiner Heiterkeit, seinem Beharren darauf, dass das Leben ständig interessant, voller Bewegung, immer in Gang sein sollte.

Seine grösste Schwäche als Diplomat war nichts anderes als die Kehrseite seiner Tugenden: die Ungeduld. Nach Russland war er mit grossen Hoffnungen gekommen, und er wollte sie sofort verwirklicht sehen. Nicht als ob er ideologische Sympathien für das sowjetische Regime verspürt hätte; seine Hoffnungen gründeten sich wohl eher auf eine allzu optimistische Einschätzung der Möglichkeiten, auf die sowjetischen Führer einzuwirken. Zweifellos hatte ihn dazu eine schon Jahre zurückliegende Begegnung mit Lenin verleitet. Im Februar 1919, während der Versailler Friedenskonferenz, war Bullitt mit dem Segen von Oberst House³¹ und zumindest dem stillschweigenden Einverständnis von Präsident Wilson und Premierminister Lloyd George nach Russland gereist. Er hatte dort mit Lenin und anderen Männern der damaligen sowjetischen Führungsschicht verhandelt. Er hatte sowjetische Vorschläge mit zurückgebracht, die zwar nicht ideal waren, die aber den Westmächten günstigere Möglichkeiten boten als je zuvor oder jemals wieder, sich mit Anstand aus dem wenig einträglichen Unternehmen der militärischen Intervention in Russland zurückzuziehen und annehmbare Beziehungen zum Sowjetregime herzustellen. Bei

³¹ Oberst Edward Mandell House, einflussreicher demokratischer Politiker, hatte an der Wahl Wilsons zum Präsidenten der USA starken Anteil und war einer seiner engsten Vertrauten, ohne je ein öffentliches Amt anzunehmen. Er beeinflusste die amerikanische Politik während des Ersten Weltkriegs und nahm auch an der Versailler Friedenskonferenz teil. Zum Schluss war er mit Wilson aus politischen Gründen entzweit (AdÜ).

seiner Rückkehr war Bullitt von Wilson und Lloyd George schäbig behandelt, ja regelrecht verleugnet worden. Beide hatten sich geweigert, seine Vorschläge zur Kenntnis zu nehmen, und öffentlich jede direkte oder indirekte Verantwortung für seine Reise abgelehnt. Auch House hatte seine Hände in Unschuld gewaschen und hatte sich – höchst unglücklicherweise – Herbert Hoover für die weitere Beratung in russischen Angelegenheiten geholt. Bullitt war daraufhin unter Protest aus der amerikanischen Delegation bei der Friedenskonferenz ausgeschieden.

All das war zu einer Zeit geschehen, in der die Haltung des sowjetischen Regimes gegenüber den Vereinigten Staaten noch nicht festgelegt war – in der seine Führer noch unschlüssig hin und her schwankten – und in der es noch mehrere einflussreiche Parteiführer gab, die nicht abgeneigt waren, den USA als einer vielleicht nicht gar so imperialistischen und verwerflichen Macht eine Art Vorzugsstellung einzuräumen. Für die pro-amerikanischen Tendenzen in Moskau war die Behandlung, die die westlichen Führer Bullitt zuteil werden ließen, natürlich ein schwerer Schlag gewesen. Bullitt selbst hatte sie nie vergessen. Bei seiner Rückkehr nach Moskau als Botschafter der USA hatte er vermutlich gehofft, dass die Einstellung des Roosevelt'schen Kabinetts, frei von den Vorurteilen des Jahres 1919 wie von der Starrheit der republikanischen Regierungen der dazwischenliegenden zwölf Jahre, und bereit, die früheren Irrtümer soweit wie möglich zu berichtigen, bei den Sowjets auf Entgegenkommen stossen würde.

Seine Hoffnung wurde schnell zerstört. Dies war Stalins Ära, nicht mehr Lenins. Schon nach kurzer Zeit war er über das Benehmen der Sowjetregierung in einer ganzen Reihe von Fragen höchst erbost. Im Verlauf der Jahre 1934 und 1935 machte Bullitt sich immer stärker zum Anwalt eines harten Kurses gegenüber Moskau. Die meisten seiner Mitarbeiter in der Botschaft unterstützten ihn dabei nach Kräften, aber Roosevelt, der sich für Einzelfragen wenig interessierte, dachte gar nicht daran, den von Bullitt empfohlenen Kurs zu steuern. Nicht nur dachte er nicht daran, sondern er sah in der blossen Empfehlung die Widerspiegelung einer Einstellung dem sowjetisch-amerikanischen Verhältnis gegenüber, die gar nicht mit seiner allgemeinen Politik im Einklang stand, und so schaltete er Bullitt bald als Berater in russischen Angelegenheiten völlig aus. Zweifellos gab er in erster Linie dessen Verärgerung und Ungeduld die Schuld an der Verschlechterung der Beziehungen zwischen beiden Ländern.

Vom Frühjahr 1935 an war Bullitt, soweit ich mich erinnere, nur noch selten in Moskau. Im Sommer 1936 trat er von seinem Posten zurück und wurde stattdessen zum Botschafter in Paris ernannt. Bis dahin arbeitete die Moskauer Botschaft meist unter der erfahrenen und kompetenten Leitung von Loy Henderson als Geschäftsträger. Gegen Ende 1936 waren wir eine der bestinformierten und am meisten respektierten diplomatischen Vertretungen in Moskau, und nur die stets hervorragend besetzte Deutsche Botschaft empfanden wir als ebenbürtig. In vieler Hinsicht waren wir ein Pionier-Unternehmen – ein völlig neuer Typ amerikanischer diplomatischer Vertretung, nach deren Muster in späteren Jahren viele Missionen aufgebaut wurden. So waren wir die ersten, die sich ernsthaft mit Sicherheitsproblemen beschäftigten – der Abschirmung von Chiffriermaterial und Akten wie auch von botschaftsinternen Gesprächen gegen eine feindselige Umwelt. Bullitt hatte zu diesem Zweck ein Detachement Marineunteroffiziere in Zivil herübergebracht.

Wir waren aber auch die ersten, die ihre Arbeiten intellektuell, ja wissenschaftlich angingen. Wir waren bestrebt, unsere politische Berichterstattung nach denselben Grundsätzen der Objektivität und wissenschaftlichen Genauigkeit auszurichten wie seinerzeit die Arbeit in Riga. Wir waren zutiefst überzeugt von der Wichtigkeit der sowjetisch-amerikanischen Beziehungen für Gegenwart und Zukunft. Dabei hielten wir es für entscheidend, das Wesen des sowjetischen Regimes korrekt zu analysieren und gangbare Wege für Verhandlungen zu erforschen. Dass unserer Arbeit so grosse Schwierigkeiten verschiedenster Art im Wege standen (in der Mehrzahl kleinliche Plagen, die die nimmermüden sowjetischen Behörden für uns erdacht hatten), machte uns nur umso stolzer auf unsere Leistung. Wir betrachteten uns als einsame, weit vorgeschobene Insel amerikanischen Denkens in einem wahren Meer von Übelwollen, und gerade darum befriedigte uns das Erreichte.

Ich schildere die Situation in solcher Breite, weil nur auf diesem Hintergrund deutlich wird, wie entsetzt und verständnislos wir zur Jahreswende 1936/37 die Nachricht aufnahmen, dass Mr. Joseph E. Davies³² zum Nachfolger Bullitts als Botschafter in Moskau berufen worden sei. Bei seiner Ankunft hatten wir zum erstenmal Gelegenheit, seine Person und seine Begleiter auf uns wirken zu lassen. Vielleicht haben wir Mr. Davies Unrecht

³² Joseph E. Davies, 1876-1958; Anwalt, demokratischer Politiker, aus politischen Gründen in die Diplomatie übernommen; Botschafter in der Sowjetunion 1936-1938.

getan. Das müssen andere im Licht der Geschichte ergründen. Hier genügt es zu sagen, dass wir ihm vom ersten Moment an misstrauten und ihn ablehnten. Nicht so sehr um seiner selbst willen (die Person war nicht wichtig), aber unter dem Aspekt seiner Eignung für das Amt und seiner Beweggründe für dessen Übernahme. Wir bezweifelten, dass er es ernst meinte und dass er gleich uns die sowjetisch-amerikanischen Beziehungen für wichtig hielt. Wir entdeckten allerlei Anzeichen dafür, dass er sein Amt aus persönlichem und politischem Ehrgeiz übernommen hatte und nicht wegen der Bedeutung der Aufgabe. Wir hatten ihn im Verdacht (und das war eine Todsünde in unseren Augen), dass er die Botschaft und ihre Tätigkeit bereitwillig zum Zweck der Reklame für seine eigene Person missbrauchen würde. Am meisten demütigte uns die Einsicht, dass der Präsident von unserer Leistung beim Aufbau der Moskauer Botschaft entweder nichts wusste oder nichts wissen wollte; dass der Posten mit allem, was er bedeutete, und allem, was davon abhing, für ihn nicht mehr war als einfach eine zusätzliche politische Pfründe, mit der man sich für Schützenhilfe bei den Wahlen erkenntlich zeigen konnte.

Das traf uns tief. Am Abend von Mr. Davies' erstem Moskauer Tag trafen wir uns bei Henderson und berieten allen Ernstes, ob wir geschlossen den Dienst quittieren sollten. Korrekterweise entschieden wir dagegen. Auch Mr. Davies, beschlossen wir, müsse eine Chance haben. Wir legten ein Gelübde ab (dem wir während seiner ganzen Moskauer Tätigkeit treu bleiben), unser Elend für uns zu behalten und uns nach aussen, bei Russen und anderen Diplomaten, loyal gegen ihn zu verhalten. Aber was dann folgte, war nicht gerade beruhigend. Hätte der Präsident uns für unsere Mühen um die Entwicklung der sowjetisch-amerikanischen Beziehungen strafen wollen, dann hätte er sich nichts Besseres ausdenken können als diese Bestallung.

Mr. Davies' Moskauer Anhang – die Leute, die er ins Vertrauen zog, vor denen er seine Ansichten ventilierte und deren Meinung er einholte – waren nicht seine Mitarbeiter in der Botschaft, sondern die nach Moskau entsandten amerikanischen Journalisten. Das bekamen wir bei zahllosen Gelegenheiten zu spüren. Zum Beispiel erinnere ich mich lebhaft an die Sitzungstage im zweiten der beiden grossen Schauprozesse während der Säuberungen, dem Radek-Pyatakow-Krestinskij-Prozess im Jahre 1937. Ich erlebte ihn als Mr. Davies' Dolmetscher mit und

zischelte ihm als Simultanübersetzer so gut als möglich Wyschinskys donnernde Brutalitäten, die kriecherischen Geständnisse des einen Teils der Angeklagten und die feinabgestimmten Anzüglichkeiten in den Erklärungen einiger anderer ins Ohr. In den Sitzungspausen wurde ich regelmässig fortgeschickt, um für den Botschafter Butterbrote zu besorgen, während er selbst mit den Herren von der Presse sentenziöse Phrasen bezüglich der Schuld der Angeklagten tauschte. Ich kann daher nicht sagen, dass ich auch nur einmal mit ihm über das Thema diskutiert hätte. Seine eigenen Berichte machen es klar, dass er den phantastischen Beschuldigungen, die man gegen die Unglücklichen erhob, weitgehend Glauben schenkte.

Zu Mr. Davies' Bemühen um Popularität in der heimischen Presse gehörte die Aufrechterhaltung des äusseren Anscheins der Herzlichkeit in seinen Beziehungen zu den Sowjets, ganz gleich, wie sehr wir insgeheim mit den Zähnen knirschten. Das erforderte einige Umstellung. Es erforderte das Hinhalten der anderen Wange angesichts diverser russischer Niederträchtigkeiten, gegen die wir uns bislang aus Prinzip gewehrt hatten. Es erforderte eine andere Tonart in der Berichterstattung, eine andere Interpretation sowjetischer Motive und Absichten. Bei alledem empfand er uns Moskauer Berufsbeamte als Hemmschuh; in gleicher Weise aber auch die Abteilung für Osteuropäische Angelegenheiten – allgemein «Russlandabteilung» genannt – im State Department.

Diese Abteilung gab es seit 1924. Sie war von Anfang an Mr. Robert F. Kelley unterstellt gewesen, der sie ausgezeichnet geleitet hatte. Kelley, den ich im Zusammenhang mit meinem Berliner Studium bereits erwähnt habe, war ein schweigsamer und unendlich diskreter Junggeselle, der auf ein abgeschlossenes Studium in Harvard und ein zweites an der Sorbonne zurückblicken konnte und der Russisch auf ganz ähnliche Weise gelernt hatte, wie wir es später unter seiner Oberaufsicht lernten. Er war ein Wissenschaftler aus Instinkt und Überzeugung. Seine Abteilung hatte er nach wissenschaftlichen Prinzipien so durchkonstruiert, dass keine andere Länderabteilung im State Department gleich gut über ihr Gebiet informiert war wie die seine. Die von ihm aufgebaute Bibliothek von Sowjetica war die beste in den Vereinigten Staaten. Er besass umfängliche und ausführliche Unterlagen aus allen nur denkbaren Quellen zu jedem nur denkbaren Aspekt sowjetischen Lebens. Während der Verhandlungen über die Aufnahme diplomatischer Beziehungen hatte

Litwinow ihm das saure Kompliment gemacht, er besitze in seiner Ostabteilung eine bessere Dokumentation der Geschichte der sowjetischen Diplomatie als das russische Ausenministerium selbst. Aber da die Abteilung nun einmal wohlinformiert war, begegnete sie genau wie wir der sowjetischen Politik und ihren Methoden mit scharfer Kritik und plädierte bei den vielen zur Diskussion stehenden Themen immer wieder für einen festen Stand dem Kreml gegenüber, ungeachtet der zu erwartenden Verstimmungen und Unerfreulichkeiten.

Es war daher nicht allzu überraschend, dass Kelley ungefähr fünf Monate nach Mr. Davies' Dienstantritt in Moskau eines schönen Morgens zum Staatssekretär befohlen wurde und mitgeteilt bekam, die Abteilung für Osteuropäische Angelegenheiten habe hiermit zu bestehen aufgehört. Der ganze Verein sei ab sofort aufzulösen; seine bisherigen Funktionen würden von der Westeuropäischen Abteilung mitübernommen, die von nun an als Europa-Abteilung firmieren werde. Die herrliche Bibliothek sei an die Kongressbibliothek zu übergeben, wo sie, nach Katalognummern unter die riesigen dort lagernden Büchermassen verteilt, als Bibliothek nicht länger existieren würde. Die Materialsammlung sei zu vernichten. Die Abteilung sei auf zwei Referate innerhalb der neuen Europa-Abteilung zu reduzieren, eins für Russland, das andere für die baltischen Staaten und Polen.

Die wahren Hintergründe dieser merkwürdigen «Säuberung» sind mir verborgen geblieben. Es wurde gemunkelt, dass die Westeuropäische Abteilung fände, wir in der Russlandabteilung «nähmen Russland zu ernst», wir widmeten unserm Spezialgebiet im Vergleich mit anderen Abteilungen allzu viel Aufmerksamkeit. Ich bezweifle nicht, dass daran etwas Wahres sein mochte, aber sicher war es nicht der ganze Grund. Vielerlei Umstände sprechen dafür, dass von Seiten des Weissen Hauses Druck ausgeübt wurde. Anfang der fünfziger Jahre war ich überrascht, dass die McCarthy-Anhänger und die anderen Rechtsradikalen die Angelegenheit nicht aufgriffen und daraus Kapital schlugen; denn wenn es überhaupt irgendwo auf höherer Regierungsebene nach sowjetischem Einfluss oder nach stark pro-sowjetischer Haltung roch, dann hier.

Die Russlandabteilung jedenfalls war aufgelöst, und das mit einer Plötzlichkeit, die viel mehr an sowjetische Praktiken erinnerte als an Vorgänge in der amerikanischen Bürokratie. Kelley wurde an die Botschaft in Ankara abgeschoben und einige

Jahre später pensioniert. Mein Freund Bohlen, der zur Zeit des Umsturzes in Washington Dienst tat, packte mehrere hundert der wertvollsten Nachschlagewerke aus der früheren Bibliothek in Packpapier, versteckte sie auf dem Dachboden des State Department und rettete sie so vor der Anonymität in der Kongressbibliothek. Gleichzeitig wurde ich nach Washington gerufen, um als erster das neugeschaffene Russlandreferat zu leiten, und Bohlen ging statt meiner nach Moskau. Vor seiner Abreise erlösten wir gemeinsam die Bücher aus ihrer Verbannung und ordneten sie in die Bücherborde der einen Zimmerhälfte, die fortan mein Reich sein sollte.

Ich hatte das sogenannte Russlandreferat nur ein Jahr. Es passierte überhaupt nichts. Das Zimmer teilte ich mit meinem alten Studienfreund, Kollegen und Zimmernachbarn aus der Rigaer Jungesellenwohnung, Bernard Gufler, der für die baltischen und polnischen Angelegenheiten zuständig war. Wir überbrückten die dienstliche Windstille durch Wiederaufnahme der philosophischen und politischen Streitgespräche, die wir als junge Studenten begonnen und in Riga fortgesetzt hatten. Im Verlauf des Jahres wurde ich, wenn ich mich recht entsinne, dreimal zur Audienz bei meinem erlauchten Chef, dem Leiter der Westeuropa-Abteilung, befohlen. Ein anderes unvergessliches Mal hatte ich sogar Zutritt zu den Gemächern des Aussenministers Mr. Cordell Hull, den ich vorher nicht kannte und auch nachher nicht wiedersah. Bei dieser Gelegenheit handelte es sich um ein paar amerikanische Kommunisten, die in Russland verschwunden waren. Ich erinnere mich nur noch an den bemerkenswert erfolglosen Versuch, dem verwirrten Aussenminister begreiflich zu machen, wie es kam, dass die russischen Kommunisten auf dem Höhepunkt der Säuberungswelle ihre eigenen amerikanischen Anhänger verhafteten. Am Ende der kurzen Unterredung muss er geglaubt haben, ich sei genauso aus dem Häuschen wie die Russen, deren Benehmen ich ihm zu erklären versuchte. Viermal im Verlauf eines Jahres also nahmen Vorfälle im sowjetischen Raum das Interesse der leitenden Beamten des State Department soweit gefangen, dass ihnen eine Rücksprache mit dem zuständigen «Experten» der Mühe wert erschien. Das war symptomatisch für den Grad der Beachtung, der den russischen Angelegenheiten in jenen idyllischen Jahren vom offiziellen Washington zuteil wurde. Die Westeuropäische Abteilung machte offensichtlich ernst mit ihrem Vorsatz, «Russland nicht zu ernst zu nehmen».

Die Ablösung von meinem Posten als Russlandreferent nach nur einem Jahr geschah nach aussen hin als Antwort auf mein Vorbringen, dass der Lebensunterhalt für eine Frau und zwei Kinder in Washington mit 5'000 Dollar Jahreseinkommen ohne Mietzuschuss kaum zu bestreiten sei. Ich bin immer noch dankbar für das mir gezeigte Verständnis. Trotzdem hatte ich schon damals den leisen Verdacht, der Entschluss sei der Abteilung durch die Erkenntnis erleichtert worden, dass meine Ansichten über Russlandpolitik mit denen des neuen Botschafters in Moskau und demnach mit denen des Kabinetts selbst in keiner Weise in Einklang zu bringen seien. Als die Abschiedsstunde schlug, stand jedenfalls in meiner Marschorder Prag und nicht Moskau. Sechs Jahre sollten vergehen, ehe man mir Russland erneut als Tätigkeitsfeld zuwies.

IV. Prag nach dem Münchener Abkommen

Unsere Reise nach Prag war nicht arm an Zwischenfällen. Das Schiff verliess den Hafen von Sandy Hook um zwei Uhr mittags; es war der Tag des grossen Sturmes über Neuengland. Wir nahmen den Lotsen mit, weil die Wogen zu hoch gingen, um ihn von Bord zu lassen, und dampften geradenwegs in den Orkan hinein. Während unserer Seereise spitzte die Münchener Krise sich immer mehr zu. Europa befand sich wieder einmal am Rande eines Krieges. Unser Kapitän, dessen Zielhafen eigentlich Hamburg war, wurde angewiesen, die Fahrt in Le Havre zu beenden und die Passagiere dort an Land zu setzen. Bei der Ankunft wurden die verdutzten Reisenden, von denen nur ein Bruchteil nach Frankreich wollte, in einen Sonderzug gepackt und spät abends in Paris ausgeladen. Es war klar, dass Frauen und Kinder in Prag nichts zu suchen hatten – die Angehörigen unserer dort arbeitenden Beamten wurden bereits evakuiert. Darum nahm ich am nächsten Tag, dem Tag der Münchener Konferenz, um fünf Uhr früh mit einem Kuss von meiner schlafenden Familie Abschied und eilte zum Flugplatz, wo ich das letzte Linienflugzeug erwischte, das überhaupt zwischen Paris und dem Lande verkehrte, das von 1918 bis 1939 Tschechoslowakei hiess. Als wir abflogen, liessen sie gerade die Motoren der Sondermaschine warm laufen, die Daladier nach München bringen sollte.

Prag war verdunkelt, der Ausnahmezustand erklärt. Die Bestimmungen des Münchener Abkommens wurden, wenn ich mich recht erinnere, am Tag nach meiner Ankunft veröffentlicht. Ich war mit auf dem Voklavski Namesti, dem Wenzelsplatz, als sie über Lautsprecher bekanntgegeben wurden, und einer meiner ersten Eindrücke von Prag war der Anblick Hunderter von Menschen, die hemmungslos weinten, als die Unabhängigkeit, deren sich ihr Land erst zwanzig Jahre lang hatte erfreuen dürfen, dergestalt zu Grabe geläutet wurde. Innerhalb weniger Stunden besetzte deutsches Militär die Grenzgebiete und rückte gegen das Herzstück der Provinzen Böhmen und Mähren vor. Schon lag Krieg in der Luft; und für mich persönlich begann der Krieg – mein Krieg, gewissermassen – in diesem Augenblick. Fast acht Jahre vergingen, ehe er zu Ende war.

In Anbetracht der Verdunkelung und der Evakuierung der Familienangehörigen waren die männlichen Mitarbeiter unserer Prager Gesandtschaft alle in die Residenz gezogen, die damals zusammen mit den Büros im Schönborn-Palais untergebracht war. Es war ein herrliches altes Gebäude in einem ausserordentlich malerischen Stadtteil von Prag, der als Mala Strana, die Prager Kleinseite, bekannt war, und enthielt über achtzig zum Teil saalartige Räume. Die Büros der Gesandtschaft und die Residenz füllten es nur zum kleinen Teil, der Rest war unbenutzt. Allein der Gesandte verfügte in seinem Wohnteil neben einer Reihe von Schlafzimmern über mindestens drei, ich glaube sogar vier, riesige Empfangssalons. Gleich hinter dem Haus zogen sich bezaubernde Gartenanlagen terrassenförmig den Hügel hinauf und endeten oben in einem Obstgarten und einer Gloriette. Von dort hatte man einen grossartigen Blick über die Dächer der Kleinseite hinweg auf den Fluss mit der schönen alten Karlsbrücke und quer über das kleine Tal auf die uralte Hügelfestung des Hradschin, das Nationalheiligtum der Tschechen. Bei meiner Ankunft wurde unter einer der Gartenterrassen im Auftrag der Regierung der Vereinigten Staaten gerade ein Betonbunker gebaut; er war fast fertig. Meines Wissens blieb er der einzige seiner Art bis zum Kriegsbeginn in Europa – ein sprechender Beweis für die Schwierigkeit, internationale Entwicklungen vorauszuahnen. Denn nicht nur war die Prager Mission die erste, die von uns aufgegeben wurde – schon vor Kriegsausbruch und lange vor dem Abwurf der ersten Bombe –, sondern Prag selbst war auch fast die einzige europäische Hauptstadt, die von Zerstörungen aus der Luft so gut wie ganz verschont blieb.

Der amerikanische Gesandte in Prag zu dieser Zeit war ein Mann, dessen Name in der amerikanischen Diplomatie schon fast legendär geworden war: Mr. Wilbur C. Carr. Prag war sein erster Auslandsposten. Vierzig Jahre lang hatte er im State Department als Verwaltungsbeamter³³ gedient und war dabei zum eigentlichen Baumeister des amerikanischen Auswärtigen Dienstes geworden. Zunächst hatte er den alten Konsularischen Dienst aufgebaut und dann nach 1924 die neue, kombinierte Laufbahn. Jahrzehntlang war er es gewesen, der vor den für das Budget des State Department zuständigen Ausschüssen des Kongresses zu erscheinen und die Wünsche des Aussenmini-

³³ Grundsätzlich gab es bis 1954 getrennte Laufbahnen für den Dienst im Aussenministerium und im Ausland, vgl. Anm. 5 (AdÜ).

steriums zu vertreten und durchzusetzen hatte, und er war dort mit immer derselben unerschütterlichen Geduld, betont leisen Sprechweise und kristallklaren Ehrlichkeit aufgetreten. Von seinen Kollegen im Ministerium und im Ausland war ihm die Bescheidenheit seiner Forderungen an den Kongress häufig verübelt worden; aber ich persönlich war immer überzeugt, dass er seine vielen Erfolge gerade dieser Mässigung im Verein mit seiner von keinem Abgeordneten je bezweifelten Integrität verdankte.

Jetzt, im Jahre 1938, neigte seine lange und stetige bürokratische Laufbahn sich dem Ende zu. Die Ernennung zum Missionschef in der Tschechoslowakei war von seinen Vorgesetzten wohl als verdiente Anerkennung für ein langes Leben des Dienens im Hintergrund gedacht, dem nun zum Schluss noch ein Licht aufgesetzt wurde. Aber Mr. Carr war nicht mehr jung, und mancher mochte sich fragen, ob vierzig Jahre währende Mühen im Weinberg der Ministerialbürokratie wirklich die geeignete Vorbereitung für einen diplomatischen Chefposten seien.

In diesem Fall erwies die Vorbereitung sich als ausgezeichnet. Wilbur Carr war ruhig, würdevoll und umgänglich, mit allen Verwickeltheiten der Regierungsmaschinerie bestens vertraut, an die unbefriedigenden Seiten der bürokratischen Routine gewöhnt und geübt in den Künsten der Geduld und der sanften Überredung, die allein gegen Routine etwas auszurichten vermögen; im Umgang mit jüngeren Kollegen war er freundlich und verständnisvoll, ohne dadurch an Scharfblick einzubüssen – kurzum ein erstklassiger Chef. Schade war nur, dass er so spät erst eine Aufgabe übernommen hatte, die wie für ihn geschaffen war.

Doch wie so viele andere fähige Diplomaten konnte auch Mr. Carr wenig oder gar nichts tun, einen unerwünschten – in diesem Fall katastrophalen – Lauf der Ereignisse in seinem Gastland abzuwenden. Wir fühlten uns alle klein und hilflos angesichts dessen, was um uns herum geschah. Aber eine der ersten Vorbedingungen für die Brauchbarkeit im diplomatischen Beruf ist es, die Grenzen der eigenen Möglichkeiten zu erkennen, und Mr. Carr war sich ihrer bewusst. Ich erinnere mich eines Abends aus der Zeit, als ich in der Residenz wohnte und in meinem Schlafzimmer lange und vergeblich darauf wartete, vom Butler zum Essen gerufen zu werden. Schliesslich dachte ich, es müsse etwas passiert sein, und unternahm einen Erkundungsgang durch die grossen Salons. Und hier stiess ich auf den Gesandten, der im

hellerleuchteten Raum friedlich in einem Sessel schlief. Die Diener standen respektvoll hinter den Portieren des Esszimmers und wagten nicht, ihn zu wecken. Das Bild des alten Herrn, wie er hinter zugezogenen Vorhängen in der einsamen Pracht seiner Salons schlummerte, während überall um uns in der hereinbrechenden Dunkelheit ein von Furcht und Hass und Erregung geschütteltes Europa den Totentanz tanzte, war wie eine symbolische Darstellung der Hilflosigkeit von Gesetz und Ordnung angesichts der höllischen Mächte, die die Geschichte in jenen Tagen auf uns losliess.

Aus der ersten Prager Zeit sind mir vor allem zwei Ereignisse im Gedächtnis geblieben – beide waren Lektionen über den Wert der Bescheidenheit. Der alte diplomatische Dienst war vielfach als selbstzufrieden und eingebildet verschrien gewesen. Wir, die wir dazu gehörten, taten diese Vorwürfe als Beweis für die Unkenntnis und Eifersucht unserer Kritiker ab. Wir fühlten uns unschuldig und missverstanden. Aber waren wir das wirklich?

Eines Morgens, wenige Tage nach meiner Ankunft, platzte in unser Büro eine reizende junge Dame, in einem Pelzmantel, wie ihn in Amerika College-Studentinnen tragen, und schüttelte voll Zorn eine hinreissende blonde Mähne. Ohne weitere Umstände beschimpfte sie uns der Reihe nach wegen unserer tatenlosen Schläfrigkeit. Der Einmarsch der Deutschen ins Sudetenland habe Hunderttausende von Tschechen in die Flucht gejagt. Binnen Kurzem würden diese Horden in Prag einfallen. Kein Mensch habe dafür gesorgt, dass sie zu essen bekämen, einen Schlafplatz fänden, betreut würden. «Warum», verlangte sie zu wissen, «*tun* Sie denn nichts?»

Der andere Legationssekretär und ich reagierten höflich-herablassend. Was in aller Welt könnten wir denn «*tun*»? Die Zeit der Care-Pakete und der Auslandshilfe war noch nicht gekommen. Unserm kleinen Gesandtschaftsbüro mit insgesamt nicht mehr als sechs oder acht Leuten standen weder Lebensmittelvorräte noch Kleidung noch Wohnungen zur Verfügung; es kostete uns Mühe genug, dem Kongress die Gehälter der vier Ortskräfte zu entlocken. Zudem hielten wir ihre Befürchtungen für übertrieben, und wie sich zeigte, waren sie das auch. Wir reihten sie in die Kategorie der schlechtinformierten, unpraktischen «Leute mit den besten Absichten» ein und waren froh, als wir sie loswurden.

All das wäre nicht weiter bemerkenswert, hätte es sich nicht

um Martha Gellhorn³⁴ gehandelt, die mir in späteren Jahrzehnten eine geschätzte und geachtete Freundin wurde, an der ich vor allem die Zivilcourage und die Grossherzigkeit bewunderte, die sie auch an jenem Tag bewiesen hatte. Heute weiss ich, dass wir damals beide voneinander hätten lernen können.

Das zweite Beispiel war noch viel krasser. In den Tagen, als die Flut der deutschen Truppen sich über alle Grenzen Böhmens ergoss, fuhren keine Züge, flogen keine Flugzeuge, und Grenzkontrollen gab es nicht. Doch mitten in das allgemeine Durcheinander wehte plötzlich ein Telegramm unserer Londoner Botschaft, des Inhalts, dass unser dortiger Botschafter Mr. Joseph Kennedy den Augenblick für geeignet hielt, einen seiner jungen Söhne auf eine Informationsreise durch Europa zu schicken; von uns erwartete er, dass wir Mittel und Wege finden würden, ihn über die Grenze und durch die deutschen Linien zu bringen, damit er auch Prag in sein Programm einbeziehen könne.

Wir waren wütend. Joe Kennedy galt nicht gerade als ein Freund der Laufbahndiplomaten, und nach allem, was wir über ihn hörten, erwiderten wir seinen Mangel an Begeisterung aus Vollem Herzen. Sein Sohn hatte keinerlei offiziellen Status und war in unseren Augen nichts als ein kleiner Gernegross und Ignorant. Die Idee, er könne über die Zustände in Europa auch nur das mindeste in Erfahrung bringen und berichten, das wir nicht schon längst erfahren und schon längst berichtet hatten, schien uns (nicht zu Unrecht) vollkommen absurd. Vielbeschäftigten Leuten mit der Vorbereitung seiner Rundreise die Zeit zu stehlen, war unerhört. Mit höflicher, aber leicht angewideter Korrektheit – der charakteristischen Haltung aller Diplomaten, denen zugemutet wird, den Bärenführer für lästige Landsleute aus der Heimat abzugeben, die immer dort herumreisen, wo sie nichts zu suchen haben – schleuste ich den Kennedy-Sohn durch die deutschen Linien, sorgte, dass er heil nach Prag gelangte, zeigte ihm, was er sehen wollte, spedierte ihn zurück und vergass ihn wieder mit dem Gefühl «das wär's» – für alle Zeiten, wie ich meinte. Hätte mir damals einer gesagt, der betreffende junge Mann würde eines Tages Präsident der Vereinigten Staaten sein und ich in meiner Eigenschaft als Missionschef sein bescheidener und bewundernder Untergebener, dann hätte ich geglaubt, entweder der Sprecher oder ich selbst müsste verrückt geworden

³⁴ Martha Gellhorn; amerikanische Schriftstellerin und Auslandskorrespondentin, bekannt durch Reportagen von den Schauplätzen des Spanischen Bürgerkriegs, des finnischen Winterkriegs und des Zweiten Weltkriegs (AdU).

sein. Erst Jahre später, eines schönen Tages in Belgrad, fiel mir die Prager Episode wieder ein, und plötzlich dämmerte mir die Wahrheit. Es bedarf wohl solcher Nackenschläge, um die Selbstgefälligkeit allmählich auf ein erträgliches Mass zu reduzieren – nur bekommt man sie gewöhnlich zu spät erteilt.

In Prag blieb ich ein Jahr – bis zum Ausbruch des Weltkriegs. Nach ungefähr sechs Monaten, im März 1939, wischten die Deutschen den tschechischen Staat vollends von der Landkarte, indem sie in Prag einmarschierten und auch Böhmen und Mähren besetzten. Daraufhin wurde unsere Vertretung natürlich formell aufgegeben; aber ich erhielt Befehl vom Aussenministerium, alleine dort zu bleiben, mich um das Palais zu kümmern, das Büro in kleinster Besetzung weiterzuführen und die politische Entwicklung zu beobachten. Bei Kriegsausbruch wurde ich an die Botschaft in Berlin versetzt, in deren Zuständigkeit die besetzte Tschechoslowakei nunmehr fiel, genau wie nach und nach der grössere Teil Europas.

In Prag war meine Stellung einzigartig, vor allem in den Monaten nach dem Einzug der deutschen Truppen und der totalen Unterdrückung des tschechischen Staates. Die Schwärme ausländischer Journalisten, die die Münchener Krise nach Prag gelockt hatte, zogen bald in Gegenden davon, die mehr Aufregung versprachen. Zum Schluss war ich praktisch der einzige westliche Beobachter, der dauernd im Lande wohnte. Das Geschick einer kleinen, von den Deutschen besetzten und unterdrückten Nation gab für die Schlagzeilen der Grossstadtresse im Westen nicht viel her. Die Tschechoslowakei war erledigt und damit basta. Aber für mich war das anders. Was sich da vor meinen Augen abspielte, entsetzte und faszinierte mich zugleich, und ich liess eine Flut von dienstlichen Briefen und Berichten an das State Department los³⁵, die kaum mehr als fünf Leute in Washington je gelesen haben. Den Lohn für meine Mühen erhielt ich in der Form, dass man mich anschliessend in Berlin fast drei Jahre lang mit Verwaltungsproblemen beschäftigte. Aber ich liess mich nicht entmutigen. Ich schrieb gern und mit Freude an der Sache und merkte, dass ich langsam, aber sicher einen klaren Überblick über die verwickelte Situation gewann und besser formulierte als je zuvor. Nach mehr als zehnjähriger Praxis verstand ich allmählich auch die Kunst, ins Leere, oder

³⁵ Diese «Reportagen», die während meiner dienstlichen Tätigkeit in Prag entstanden, sind zu umfangreich und inhaltlich zu spezialisiert, um hier als Ganzes mit abgedruckt zu werden. Sie werden als Sonderband von der Princeton University Press herausgebracht.

jedenfalls ohne spürbare Reaktion zu schreiben, und begann sogar, Spass daran zu finden.

Bei der Interpretation der dramatischen Vorgänge, die da vor meinen Augen abrollten, kam mir das bisher Gelernte grossenteils sehr zustatten. Meine Russischkenntnisse erleichterten mir die Aufgabe, Tschechisch, Ruthenisch und Slowakisch wenigstens soweit zu lernen, dass ich die Zeitung lesen und mich mit Leuten, die nichts anderes sprachen, einigermaßen verständigen konnte. Mein langjähriger Aufenthalt in Deutschland und Österreich bedeutete, dass auch die Deutschen, die Gegenspieler in dieser Tragödie, mir kein Geheimnis waren. Die Arbeit in Wien im Besonderen hatte mir einen Begriff von dem alten Mitteleuropa vermittelt, aus dem die Tschechoslowakei hervorgegangen war. Und in meiner Eigenschaft als Beobachter war ich mit Verwaltungsdingen wenig geplagt und hatte Zeit, mich auch ausserhalb Prags gründlich umzusehen. An lebhaften, aufschlussreichen und fesselnden Eindrücken war somit kein Mangel.

Bei meinem Dienstantritt in Prag hatte ich keinerlei Sympathien für die Nazis gehabt und war von der unglücklichen Lage der Tschechen als der neuesten Opfer Hitlers tiefbewegt, ohne jedoch die sentimentale Begeisterung für das Benesch-Regime und die Neuordnung Mitteleuropas nach dem Ersten Weltkrieg zu teilen, die so viele englische und amerikanische Liberale beflügelte. Die Zerstückelung der Souveränität im Donaubecken, die das Ergebnis des Ersten Weltkrieges gewesen war, gefiel mir gar nicht. Ich bedauerte das Ende der österreichisch-ungarischen Monarchie. Ich hatte unangenehme Erinnerungen an den engen Sprachchauvinismus der Tschechen, den ich mehrere Jahre zuvor anlässlich eines kurzen Besuchs in Prag erlebt hatte. Die Kleine Entente, in der die Tschechen dank französischer Aufmunterung ihre Sicherheit suchten, war mir als ein gekünsteltes, unkluges Gebilde erschienen, errichtet auf dem Treibsand rachsüchtiger Emotionalität, die nach dem Ersten Weltkrieg die französische Politik beherrschte. Meine Sympathien lagen bei den Österreichern, für die so wenige ein gutes Wort übrig hatten und die vor allem von den Tschechen während ihrer Unabhängigkeit mit solcher Feindseligkeit abgelehnt worden waren. Ich fand, dass die Tschechen vieles von dem, was ihrer Hauptstadt und ihnen selbst zur Zierde gereichte, der langen Verbundenheit mit Wien verdankten und dass es ihnen wohl anstanden hätte, das zuzugeben.

Auch die Münchener Krise schliesslich deutete ich anders als

die meisten westlichen Liberalen. Ich glaubte nicht an die Ehrlichkeit der sowjetischen Beteuerungen, dass sie jederzeit bereit seien, den Tschechen zu Hilfe zu eilen – immer vorausgesetzt, die Franzosen täten das gleiche. Meines Erachtens wussten die sowjetischen Führer sehr wohl, dass die strategische Landkarte genau wie die wohlbegründeten polnischen und rumänischen Befürchtungen jede grössere russische Militäraktion zugunsten der Tschechen ausschlossen. Sie konnten daher ganz unbesorgt versprechen, mit England und Frankreich gemeinsam in den Krieg einzutreten. Die Hauptlast des Kampfes hätten unausweichlich die anderen zu tragen gehabt.

Wenn ich daher auch bedauerte, dass Engländer und Franzosen Hitler gegenüber nicht fest geblieben waren, so hatte ich doch andere Gründe dafür als die zumeist vorgebrachten.

Einige dieser vorgefassten Meinungen spiegeln sich in meinen Berichten aus dem Anfang der Prager Zeit. Schon wenige Tage nach meiner Ankunft beschrieb ich meine Eindrücke vom tschechischen Schauplatz gleich nach dem Münchener Abkommen – aus welchem Anlass, weiss ich nicht mehr. Ich hatte damals noch die Hoffnung, die neue Entwicklung würde bei aller Tragik doch wenigstens einige positive Ergebnisse haben. Ich schilderte detailliert das Elend der Tschechen, mit denen ich grosses Mitgefühl hatte. Aber man brauchte, wie ich meinte, ihre Verzweiflung nicht zu teilen, um sie zu verstehen.

«Im überbevölkerten Mitteleuropa, das ein Nährboden für Neid und Missgunst unter Nachbarn ist, wird es nie eine Lösung der Probleme geben, die es allen recht macht. Dabei ist tröstlich zu wissen, dass, wenn alles Gute eine schlechte Seite hat, genauso alles Schlechte auch eine gute Seite haben muss. Jede Änderung ist schmerzlich, aber man kann immerhin hoffen, dass die jetzt vorgenommenen Änderungen zu grösserer wirtschaftlicher Stabilität und grösserer völkischer Duldsamkeit in einem Lande führen, dem beides dringend Not tut. Zwar haben die letzten Ereignisse uns diesem Ziel wahrhaftig noch nicht näher gebracht, aber die Hoffnung bleibt, dass die Entwicklung in diese Richtung geht.

Die Tschechoslowakei ist schliesslich ein mitteleuropäischer Staat. Ihr Wohlergehen hängt davon ab, dass sie mit den bestimmenden Kräften ihres Gebietes handelt und nicht gegen sie. Man ist sich allgemein darüber einig, dass die Auflösung des begrenzten Masses an Einheit, das im habsburgischen Kaiserreich

vorhanden war, sich für alle Beteiligten unglücklich ausgewirkt hat. Nun sind andere Kräfte am Werk, die um eine neue Form der Einheit kämpfen, wo Individualismus und Sektierertum zwei Jahrzehnte lang herrschten. Es ist die Tragik der Tschechen, dass sie allzu lange gezögert haben, sich diesen Kräften anzupassen. Es wäre müssig, nachträglich zu versuchen, die Verantwortung dafür zwischen den Staatsmännern des Landes selbst und seinen ausländischen Ratgebern aufzuschlüsseln. Die Anpassung – und darauf kommt es an – ist erfolgt. Sie vollzog sich auf schmerzhaft und bedauerliche Art. Aber sie hat dem tschechischen Staat nicht nur Rechte, sondern auch Belastungen abgenommen. Der Kern des Landes ist unbeschädigt geblieben. Und was vielleicht das Wichtigste ist: für die schweren Aufgaben der Zukunft ist eine grossartige junge Generation erhalten geblieben – diszipliniert, fleissig, gesund –, die zweifellos geopfert worden wäre, hätte man sich für die romantische Lösung des aussichtslosen Widerstands entschieden statt für die demütigende, aber eigentlich heroische des Realismus.»

Leider erwies es sich bald als unmöglich, den gemässigten Optimismus dieser ersten Reaktion beizubehalten. Der Herbst verging, der Winter kam, und es wurde klar, dass die Deutschen selber nicht recht wussten, was mit dem Reststück Tschechoslowakei geschehen sollte, das beim Münchener Abkommen übriggeblieben war, und welchen festen Platz sie ihm bei der Neuordnung Europas zu weisen sollten. In meinen Berichten finden sich wiederholte Hinweise auf die zögernde und widersprüchliche deutsche Politik gegenüber Böhmen und Mähren und zugleich auf das Dilemma, das für die Deutschen aus den Bestimmungen des Münchener Abkommens hinsichtlich der Slowakei und Rutheniens erwuchs. Im Winter, kurz vor der endgültigen Übernahme Prags durch die Deutschen, machte ich Reisen in die Slowakei und nach Ruthenien und schrieb lange Berichte über die Zustände dort. Sie spiegelten die Überzeugung, dass die Situation in diesen Gebieten auf die Dauer nicht haltbar sei. Von dem mit tausend eigenen Schwierigkeiten bedrängten Prag wurde nun verlangt, es solle diese finanziell unrentablen Provinzen sanieren und verteidigen, während es bei deren pseudonazistischen, von den Deutschen an die Macht geförderten Verwaltungen bloss auf Hohn und Spott stiess.

Die Grenzen des tschechoslowakischen Reststaates waren ausserdem, vor allem in der slowakisch-ruthenischen Region, so

unmöglich gezogen, dass sie für den Fall eines Krieges zwischen Deutschland und einer östlichen Macht den Deutschen nicht einmal als Nachschublinie getaugt hätten. Ich konnte mir deshalb nicht denken, dass das ein Dauerzustand sein sollte. «Die kurzfristige slowakische Autonomie», musste ich im Januar 1939 berichten, «ist nichts als ein zufälliges Zwischenergebnis der langsamen Macht Verlagerung in Mitteleuropa von Wien und Budapest nach Berlin. Der erneute Verlust der Autonomie wird, wenn er eintritt, als die unausweichliche Rückkehr zum Normalzustand betrachtet werden müssen.» Und ganz ähnlich schloss mein Bericht über Ruthenien, den ich Anfang März 1939 schrieb, mit der Vermutung, «dass so oder so der unhandliche Rest des früheren Rutheniens in nicht allzu ferner Zukunft den Weg zurück in den ökonomischen und politischen Komplex, in den es von Natur gehört, nämlich Ungarn, finden» werde. (Das geschah sogar, noch ehe mein Bericht in Washington eintraf.) Die Situation in den sogenannten «Historischen Provinzen» Böhmen und Mähren schliesslich, die das Kernstück der Tschechoslowakei gewesen waren, fasste ich im Januar 1939 in einer vom Gesandten unterzeichneten Depesche so zusammen:

« . . . Die Lage in Böhmen ist immer noch prekär. Den Deutschen wäre es offenbar lieb, wenn das Gebiet bis auf Weiteres nominell unabhängig bliebe, aber nur unter Bedingungen, die der tschechischen Regierung jede Tätigkeit aufs Äusserste erschweren. Die Nützlichkeit eines tschechischen Regimes hat für Deutschland ihre Grenzen, und früher oder später werden die Deutschen entscheiden müssen, ob sie weiter einen unabhängigen tschechischen Staat dulden wollen, der sich niemals völlig mit der nationalsozialistischen Ideologie identifizieren kann, oder ob sie es vorziehen, Böhmen zu besetzen und die Fülle der Probleme anzupacken, die ein solcher Schritt mit sich bringt.»

Die Entscheidung fiel bekanntlich sechs Wochen später. Hitler besetzte die Restgebiete Böhmens und Mährens einschliesslich der Hauptstadt Prag, gewährte der Slowakei eine nominelle Unabhängigkeit und schlug Ruthenien den Ungarn zu. Damit war der 1919 gegründete tschechische Staat bis auf Weiteres ausgelöscht. Historisch betrachtet war dieser Entschluss einer von Hitlers grössten Fehlern. Er zerstörte das Münchner Abkommen und damit den letzten Rest von Vertrauen auf sein Wort in der öffentlichen Meinung und bei den Regierungen des Westens.

Er diskreditierte Neville Chamberlain und versetzte die Briten in eine Zwangslage, in der ihnen keine Wahl blieb, als den Polen eine Garantieerklärung zu geben und auf jeden weiteren Übergriff der Nazis im Osten mit Gewalt zu reagieren. Und Hitler selbst hatte sich damit die Möglichkeit genommen, die Gebietsansprüche gegen Polen weiterzutreiben, die schon vor seiner Machtergreifung Teil der deutschen Politik gewesen waren, ohne einen Krieg mit den Westmächten herauszufordern.

Der Einzug der deutschen Truppen in Prag am 15. März war für alle Amerikaner, die ihn miterlebten, ein erregendes und nervenaufreibendes Erlebnis. Schon seit Tagen hatte es Anzeichen für drohendes Unheil gegeben. Aber erst in den frühen Morgenstunden des Fünfzehnten erfuhren wir mit Gewissheit, was die Deutschen vorhatten. Mein Tagebuch enthält die Beschreibung dieses Tages; sie genügt wohl zur Kennzeichnung der Atmosphäre. Um halb fünf Uhr früh weckte mich das Telefon.

«Ein zutiefst beunruhigter Bekannter informierte mich mit zitternder Stimme, dass um sechs die Deutschen in Böhmen und Mähren einmarschieren würden. Ich rief den Militärattaché an und bat ihn, die Meldung offiziell bestätigen zu lassen. Dann telefonierte ich mit der tschechischen Presseagentur, und eine Frau erklärte mir in bedrücktem Tonfall, die Nachricht sei wahr. Fest entschlossen, der deutschen Armee nicht das Schauspiel eines aufgeregten Amerikaners zu bieten, rasierte ich mich besonders sorgfältig, bevor ich ins Büro ging. Es schneite, und der Wind heulte, als ich meinen Weg durch die dunklen Strassen machte. In der Italienischen Gesandtschaft war Licht. Der Wachtposten draussen sah mich merkwürdig an, und ich fragte mich, ob er es schon wusste.

Der Gesandte sass schon an seinem Schreibtisch. Nach und nach versammelte sich das Personal, und wir schickten ein Telegramm los. Zwei zerzauste Männer kamen grau vor Furcht herein und baten um Asyl. Sie hätten in Deutschland für die Tschechei spioniert, sagten sie, und sie seien der örtlichen Gestapo bekannt. Ihre Gesichter zuckten und ihre Lippen zitterten, als ich sie wegschickte. Zwei deutsche Sozialdemokraten waren die nächsten, Flüchtlinge aus dem Reich. Sie waren wie betäubt vor Angst. Sie schienen einzusehen, dass ich nichts für sie tun konnte, aber sie wollten nicht gehen. Sie wollten nicht wahrhaben, dass sie dies Haus, in dem man sie nicht anrühren durfte, verlassen und auf die Strasse hinaus müssten, wo sie Freiwillig

waren. Ein jüdischer Bekannter kam. Wir sagten ihm, dass er gerne bleiben dürfe, bis seine Nerven sich beruhigt hätten. Den ganzen langen Morgen wanderte er im Vorzimmer unglücklich auf und ab. Am Nachmittag fasste er sich ein Herz und ging nach Hause.

Gegen sieben machte ich eine Rundfahrt durch die Stadt. Seit eben war ein regelrechter Schneesturm aufgekommen, und der Schnee blieb in den Strassen liegen. Das Stadtzentrum war voller Menschen. Teils waren es Leute, die wie üblich zur Arbeit gingen, teils rannten sie hin und her und trafen irgendwelche letzten Vorbereitungen. Die Nachricht war inzwischen weit verbreitet, viele Frauen weinten in ihre Taschentücher.

Nach dem Frühstück ging ich zurück ins Büro. Jetzt waren es ganze Scharen von Verzweifelten, die Einlass suchten. Wir mussten einen Mann am Tor aufstellen, der alle zurückwies, die wir nicht genau kannten. Trotzdem blieben immer noch viel zu viele.

Gegen zehn traf die Nachricht ein, die deutschen Truppen hätten den Hradschin erreicht. Parry und ich setzten uns in den Wagen, um nachzusehen, denn der Palast war ganz in der Nähe. Wir fuhren die Nerudowastrasse hügelan. Dicht bei meiner eigenen Wohnung hielt ein deutscher Panzer mitten auf dem engen Fahrdamm. Der Fahrer suchte offensichtlich nach der deutschen Gesandtschaft und hatte bei den Italienern angehalten, um nach dem Weg zu fragen. Eine erbitterte, aber neugierige Menschenmenge sah schweigend zu. Der Soldat im Turm kauerte sich zusammen, als er die Menge sah, und fingerte nervös an seinem Maschinengewehr. Es kam mir so vor, als hätten die beiden berühmten Adler am Barockportal der Italienischen Gesandtschaft einen verblüfften Gesichtsausdruck angesichts der Szene, so als hätten sie sich aufgeplustert, um etwas sehr Bedeutsames zu bemerken, und jemand hätte ihnen plötzlich die Luft abgelassen.

Den Rest des Tages hindurch stampften und dröhnten die motorisierten Einheiten über das Strassenpflaster; Hunderte und aber Hunderte von verschneiten Wagen, die Insassen mit geröteten Gesichtern – aus Scham, wie manche glaubten; aber ich fürchte, es war in den meisten Fällen nur die Kälte.

Bis zum Abend war die Besetzung vollzogen, und um acht trieb die Sperrstunde die Leute von den Strassen. Wir fuhren gegen Mitternacht noch einmal durch die Stadt. Seltsam, die sonst so belebten Prager Strassen plötzlich leer und verlassen vorzufinden. Morgen würden sie wieder voller Leben sein, aber es würde nicht mehr dasselbe Leben sein, das sie sonst erfüllt

hatte. Uns allen war deutlich bewusst, dass mit Beginn der Sperrstunde am Ende dieses langen, tragischen Tages eine Ära zu Ende gegangen war.»

Mit der Besetzung Prags durch die Deutschen und der darauffolgenden Schliessung unsrer Gesandtschaft begann der produktivste Abschnitt meiner Tätigkeit als Berichterstatter. Ich hatte nun keine anderen Pflichten mehr, auch nicht gegenüber dem State Department, als politische Lageberichte zu übermitteln. Der Form halber liess ich sie über den dienstältesten Beamten am Orte, den Generalkonsul, laufen, der sie auch unterschrieb, aber in ihrer Abfassung hatte ich vollständige Freiheit.

Eins ist mir heute klarer als damals: Nachdem Hitler die Tschechen ganz unter seiner Kontrolle hatte, konnte er die Frage, wie sie zu behandeln seien, nicht losgelöst für sich allein entscheiden – etwa unter dem Gesichtspunkt eines künftigen Miteinanderlebens des deutschen und des tschechischen Volkes –, sondern nur im Zusammenhang mit der derzeitigen Generallinie seiner Politik gegenüber Osteuropa und der Sowjetunion. Da er bereits entschlossen war, nicht nur Danzig wiederzugewinnen und den Polnischen Korridor auszuradiieren, sondern sich noch viel weiter östlich politischen Einfluss und damit Zugang zu den Rohstoffquellen zu verschaffen, blieb ihm die Wahl zwischen drei möglichen Verhaltensweisen. Erstens konnte er versuchen, das Nationalgefühl der Ukrainer hochzuspielen, um das Verlangen nach einem unabhängigen, wenn auch nazistisch beeinflussten ukrainischen Staat zu wecken, ähnlich wie die Deutschen es 1918 während der Besetzung der Ukraine schon einmal versucht hatten. Das wäre aber zu Lasten der Beziehungen zu Polen und der Sowjetunion gegangen und hätte ihn dem Risiko eines Krieges gegen beide Staaten ausgesetzt, in den die Westmächte mit ziemlicher Sicherheit eingegriffen haben würden. Zweitens konnte er es darauf anlegen, auf Kosten der Sowjetunion mit Polen ins Geschäft zu kommen – ein Geschäft, bei dem die Polen Deutschlands Wünschen in Bezug auf Danzig und die polnischen Westgrenzen entgegenkommen und dafür im Osten durch sowjetisches Gebiet entschädigt würden. Aber das hätte natürlich Krieg gegen Russland mit Polen als Verbündetem bedeutet, und dafür wären die Polen schwerlich zu haben gewesen. Die dritte Möglichkeit war ein Geschäft mit der Sowjetunion auf Kosten Polens, wobei immerhin noch die Chance bestand, dass die Westmächte, die sich bereits so viel

hatten gefallen lassen, noch ein weiteres Mal stillhalten würden. Wie so viele andere Leute sah auch ich diese letzte Alternative nicht, bevor sie Wirklichkeit geworden war; auch fühlte ich mich zu wenig eingeweiht in die europäische Hohe Diplomatie, um das, was die Tschechen erlebten, irgendwie in Zusammenhang mit der grossen Politik zu bringen; ich wusste schliesslich auch nur, was in Presse und Rundfunk verlautbart wurde. Unmittelbar nach der Besetzung Prags hatte ich allerdings in meinen Telegrammen darauf hingewiesen, dass die Aufgabe Rutheniens gleichbedeutend mit dem Ende des deutschen Traums vom ukrainischen Marionettenstaat und eine weitere deutsche Expansion nach Osten deshalb gegebenenfalls «nicht mehr durch die Hintertür, sondern nur mit direkten militärischen Massnahmen durchführbar» sei. Aber danach hatte ich im Wesentlichen nur die Pflicht, auf die Unentschlossenheit und das Schwanken der deutschen Politik gegenüber Mitteleuropa hinzuweisen und die zahlreichen Widersprüche und Verlegenheiten zu beschreiben, in die sich die Deutschen durch ihre ebenso rücksichtslose wie leichtsinnige Zerstörung des Status quo in diesem Gebiet selbst hineinmanövriert hatten. Es häuften sich die Anzeichen, dass sie nicht beabsichtigten, der neuen Regierungsform, nämlich dem Protektorat Böhmen und Mähren, das sie aus dem Rest der Historischen Provinzen gebildet hatten, einen wirklichen Sinn, Dauer und Stabilität zu verleihen. Als Folge davon oblag es mir, nach Washington zu berichten, dass es den Deutschen in keiner Weise gelungen sei, unter der tschechischen Bevölkerung Sympathien zu erwerben; dass unter denjenigen Tschechen, die von deutscher Seite fast verachtungsvoll als Aushängeschilder der Protektoratsregierung benutzt wurden, sich Bitterkeit und Zynismus ausbreite; dass die neuen deutschen Herren korrupt seien und das Land schamlos ausplünderten; und schliesslich, dass die Tschechen auf einen Weltkrieg als auf die einzige Chance hofften, die Freiheit und eine bessere Zukunft zu erlangen.

«Genau wie sie seinerzeit auf den Weltkrieg hofften, um ihre Freiheit vom österreichischen Imperium zu erzwingen», schrieb ich im April 1939, «so setzen sie auch heute auf den Krieg als auf das Ereignis, das ihnen ihre politische Freiheit wiedergeben könnte. In Europa gibt es wohl kein anderes Land, in dem der Krieg – und zwar lieber heute als morgen – so allgemein ersehnt wird wie im Protektorat Böhmen und Mähren. Man hört es täglich und von allen Seiten. Sollte irgendwann in den nächsten

Jahren ein Krieg ausbrechen, der für die Deutschen unglücklich verläuft, so würden sie vermutlich erleben, dass der Unabhängigkeitsdrang der Tschechen allen propagandistischen Möglichkeiten eines modernen totalitären Staates zum Trotz in erstaunlichem Masse erhalten geblieben ist.»

Immer und immer wieder sah ich mich gezwungen, das psychologische Versagen der Deutschen herauszustellen und auf die Bedeutsamkeit hinzuweisen, die es nicht nur für die Zukunft dieses besonderen Gebiets, sondern darüber hinaus für die Aussicht auf eine erfolgreiche Herrschaft der Nazis über Europa im Allgemeinen hatte. Mitte Mai 1939 schrieb ich:

«Man kann dem deutschen Versuch, die Historischen Provinzen zu beherrschen, nur geringe Erfolgchancen geben. Inflation, Verarmung, wirtschaftlicher Verfall, Bitterkeit, Mangel an Vertrauen und die Demoralisierung der öffentlichen Verwaltung können sich weder für die Sieger noch für die Besiegten positiv auswirken . . . Ehe nicht das deutsche Volk grössere geistige und politische Reife erlangt hat, wird es ihm schwerfallen, das Erbe der jahrhundertealten und zeitweise rühmlich getragenen Verpflichtungen der katholischen Kirche und des Habsburgerreichs erfolgreich zu verwalten.»

Ich hielt es für wahrscheinlich, so schrieb ich eine Woche später, «dass die Deutschen sich am Ende gezwungen sehen werden, auch den letzten Anschein einer tschechischen Autonomie hinwegzufegen, sich nur noch auf ihre Bajonette zu verlassen und den starken tschechischen Nationalismus, den sie bislang auszu-beuten trachteten, mit nackter Gewalt zu unterdrücken. In diesem Fall gibt es regelrechten Krieg: einen Krieg ohne Kriegserklärung, in dem auf der einen Seite mit Verhaftungen, Erschiessungen, Deportationen, Einschüchterung und Bestechung, auf der anderen mit passiver Resistenz, Sabotage, Spionage und Verschwörung gearbeitet wird. Sollte es dazu kommen, so wird es den Deutschen vermutlich nicht allzu schwerfallen, die Oberhand zu behalten, jedenfalls solange die breite Machtgrundlage des Nationalsozialismus unerschüttert ist. Aber sie werden sich dabei nicht sehr glücklich fühlen, und sollte das Blatt sich jemals wenden, so wird die tschechische Vergeltung fürchterlich sein.»

Gegen Sommer hatten sich die Beziehungen zwischen Deutschen und Tschechen auf ein offensichtlich unstabiles und unbefriedigendes Gleichgewicht eingependelt, bei dem die deutsche Seite zwar die physische und militärische Übermacht besass, gleichwohl aber ehrenhaften und nazi-unverdächtigen Tschechen gestattete, nach aussen hin ungehindert als Führer der Protektorsregierung aufzutreten. Und allein schon die Tatsache, dass die Deutschen nichts unternahmen, um diesen Zustand zu ändern, nährte in der Bevölkerung den Verdacht, es seien wichtigere Dinge im Gang als bloss die tschechisch-deutschen Beziehungen. Ende August, nur vier Tage bevor Ribbentrop nach Moskau flog, um den berühmten deutsch-sowjetischen Nichtangriffspakt abzuschliessen, und damit den zweiten Weltkrieg in diesem Jahrhundert entfesselte, schrieb ich eine lange Analyse der Zustände in Prag, die folgendermassen begann:

«Wieder nähert sich ein Sommer seinem Ende – für dies Gebiet der unglücklichste seit den Tagen des Weltkriegs. Es war überhaupt ein merkwürdiger Sommer mit zahlreichen heftigen Gewittern, die Ernten im Werte von Hunderten von Millionen Kronen vernichteten und auf grimmige Weise das Schwanken der Bevölkerung zwischen Furcht und Hoffnung symbolisierten. Gearbeitet wurde wie gewöhnlich. Selbst jetzt noch kämpfen die Bauern um die Einbringung der Ernte, bevor die neueste Krise ihren Höhepunkt erreicht, und werden dabei von den Deutschen ermutigt und von häufigen Unwettern gestört. Und die Industrieunternehmen haben reichlich zu tun, um den unstillbaren Appetit des Reichs auf ihre Produkte zu befriedigen. Aber alle anderen Sphären menschlicher Betätigung scheinen von einer seltsamen Lethargie befallen, die fast einer Lähmung gleicht. Alles hält den Atem an. Kein Mensch zeigt Initiative, keiner plant für die Zukunft. Kulturelles Leben und Vergnügungsindustrie laufen ohne Begeisterung und mechanisch weiter. Theater und öffentliche Veranstaltungen sind nur spärlich besucht, das Publikum ist gleichgültig. Die Leute sitzen an Sommerabenden lieber in den Biergärten oder in den kleinen Parks an der Moldau, verbreiten zahllose Gerüchte, an die sie selbst kaum glauben, und warten mit erzwungener Geduld auf den Eintritt eines Ereignisses, das keiner von ihnen beschreiben könnte, aber von dem sie alle wissen, dass es kommen muss und dass es in ihrer aller Leben tief eingreifen wird. Es dürfte sich bald erweisen, ob dieses Warten einem wachen Instinkt ent-

springt oder ob es nur die natürliche Zurückhaltung eines Volkes illustriert, das sich nach einem zwanzig Jahre dauernden Traum von Unabhängigkeit erneut in der Rolle einer Dienernation findet.»

In den letzten Abschnitten dieses Berichts – überhaupt des letzten seiner Art, den ich von Prag aus schrieb – stellte ich Überlegungen darüber an, wie die Ereignisse des vergangenen Jahres sich auf die Zukunft des tschechischen Volkes auswirken könnten:

«Ob es nun Krieg gibt oder nicht – das Böhmen und Mähren der Zukunft können nie wieder genauso werden, wie Präsident Benesch und seine Berater sie letzten Herbst verlassen haben. Die Zeit steht nicht still, und die turbulenten Ereignisse des vergangenen Jahres sind nicht ohne Wirkungen auf den tschechischen Nationalcharakter geblieben. Es ist sicher wahr, dass es zu schlimmen antideutschen Exzessen kommen könnte, wenn das Pendel je in die andere Richtung schwänge. Genauso wahr ist, dass die deutsche Taktlosigkeit dem Namen Benesch eine oberflächliche Kaffeehaus-Popularität verliehen hat, die er aus eigener Kraft nie hätte erreichen können. Aber dass die Tschechen ihre früheren Institutionen und ihre früheren Anführer je wieder in vollem Umfang einsetzen würden, ist doch zweifelhaft. Das Unglück hat viele Spuren hinterlassen, und eine davon ist ein tiefes Gefühl für die Notwendigkeit von Einigkeit und Disziplin bei einem so kleinen Volk in geographisch so ungünstiger Lage. Nur wenige werden die Rückkehr der vielen zänkischen politischen Parteien, der kleinbürgerlichen Schüchternheit und des flachen Materialismus begrüßen, die zumindest für die unteren Verwaltungsbehörden des früheren Regimes typisch gewesen zu sein scheinen. Der tschechische Nationalismus wird auferstehen, aber zugleich damit die Forderung nach grösserer persönlicher Verantwortung und grösserer geistiger Autorität bei denen, die zu führen vorgeben.»

Es war insgesamt eine unglückselige Zeit, voll dunkler Wolken, unbestimmter Befürchtungen und beunruhigender Ahnungen. In gewisser Masse hielt man sich an irrealen Hoffnungen aufrecht. Hätte ich damals vorhersehen können, was die Geschichte tatsächlich nach dem Kriege aus diesen zaghaften Deutungsversuchen machen würde, meine Vorahnungen hätten sich in völlige Verzweiflung verüstert.

V. Deutschland im Kriege

Bei Kriegsausbruch 1939 hatte das State Department mich von Prag nach Berlin versetzt in der Absicht, mich meine berichtende Tätigkeit weiter ausüben zu lassen, nur eben von jetzt an nicht mehr von der Tschechoslowakei, sondern von Berlin aus. Aber wie ich bald merkte, sah die Berliner Botschaft sich in jenen Tagen einem wahren Berg von Verwaltungsproblemen gegenüber, für deren Bewältigung Washington nicht genügend vorgesorgt hatte. Der Krieg hatte wie immer den diplomatischen Vertretungen der Neutralen zahllose zusätzliche Belastungen und Arbeiterschwernisse gebracht. Unter anderem nahmen die Vereinigten Staaten als Schutzmacht die Interessen Frankreichs und Grossbritanniens wahr, das heisst den Schutz ihrer Bürger, ihrer Kriegsgefangenen, ihrer Botschaftsgebäude und die mit dem Austausch des diplomatischen Personals verbundenen Aufgaben. Darüber hinaus war aber auch in unserm eigenen Interessensbereich eine Reihe neuer Probleme entstanden. Aus reinem Mitleid mit unserem Chargé d' Affaires Alexander Kirk³⁶ bot ich daher meine Dienste der Verwaltungsabteilung an, und während des grösseren Teils meiner Berliner Zeit blieb es dabei. Das State Department war stillschweigend einverstanden; man schien dort keine bessere Lösung parat zu haben und ohnehin an der politischen Berichterstattung aus dem Innern des deutschen Hoheitsgebiets zunehmend desinteressiert zu sein.

Die administrative Überlastung der Berliner Botschaft wuchs übrigens mit dem Fortgang des Krieges stetig weiter. Im Sommer 1940 wurden auf Drängen der deutschen Regierung die zehn grossen konsularischen Vertretungen geschlossen, die wir in verschiedenen deutschen Städten unterhalten hatten, und auch ihre Arbeit wurde, soweit sie sich nicht ganz erübrigte, von der Botschaft in Berlin miterledigt. Eine weitere Belastung war die immer verzweifeltere Situation der deutschen Juden und der Juden aus den deutsch besetzten Gebieten wegen des erheblichen auf uns ausgeübten Drucks, ihre Freilassung und die Ausreise nach den Vereinigten Staaten zu erwirken. Oft waren es

³⁶ Alexander Kirk, geboren 1888, Karriere-Diplomat. Lange Jahre im Auswärtigen Dienst; zuletzt Amerikanischer Botschafter in Ägypten und Italien.

einflussreiche Abgeordnete und ihre Anhänger zu Hause, die so drängten, und das State Department leitete die Forderungen in aller Schärfe an uns weiter, weil es nur allzu bestrebt war, sich selbst aus der Schusslinie zu halten, und nicht wagte, den Abgeordneten klarzumachen, welche Art von Hilfe möglich und welche (nicht zuletzt aufgrund der von ihnen selbst erlassenen Gesetze) unmöglich war.

Je mehr Länder die Nazis eroberten, umso mehr Länder kamen auf die Liste derer, die uns mit der Wahrnehmung ihrer Interessen betrauten. Am Tage von Pearl Harbor müssen es etwa elf gewesen sein. Und unsere Verantwortung als Schutzmacht war nicht auf Deutschland allein beschränkt, sondern bezog sich zugleich auf das gesamte, sich stets erweiternde Gebiet, das unter deutscher Besatzung stand, so dass wir zum Schluss in fast ganz Europa die einzigen Vertreter nicht nur der Vereinigten Staaten, sondern auch eines guten Teils der übrigen westlichen Welt waren.

Die gesamte damit verbundene Arbeitslast wurde von einem amerikanischen Mitarbeiterstab bewältigt, der selbst zum Schluss einschliesslich der Familienangehörigen nicht mehr als neunundneunzig Personen zählte, und eine ebenso bescheidene Zahl deutscher Ortskräfte unterstützte ihn dabei. Wenn man das mit den Personalziffern heutiger amerikanischer Vertretungen in den grösseren europäischen Hauptstädten vergleicht, wo aber Hunderte amerikanischer Beamter Aufgaben kaum vergleichbaren Umfangs wahrnehmen, so waren wir damals wahrlich ein lächerlich kleines Häuflein, und man kann sich unschwer ausmalen, welche ZerreiSSprobe das für jeden Einzelnen von uns bedeutete.

Die im Gefolge des Krieges auftretenden üblichen Einschränkungen und Unbequemlichkeiten vergrösserten den Druck noch – übrigens empfand ich sie in Berlin erheblich stärker als in London, das ich während des Krieges ebenfalls erlebte. Vor allem der erste Kriegswinter – 1939/1940 – war schwierig. Die Kanäle waren zugefroren; Heizmaterial war knapp. Einige riesige Wohnblocks konnten überhaupt nicht geheizt werden; sie wurden, als die Temperatur unter Null sank, evakuiert. Rationierung und Verdunklung wurden streng gehandhabt. Private Autofahrten waren ganz verboten. Auch die Luftschutzmassnahmen wurden strikter durchgeführt als in London. Während eines Fliegeralarms durfte niemand auf der Strasse sein. Wer bei einer Abendgesellschaft von den Alarmsirenen überrascht wurde, musste das Wohlwollen seiner Gastgeber häufig bis zum

Morgengrauen strapazieren, wenn nicht vorher die Entwarnung ertönte. Es lässt sich leicht vorstellen, wie schwierig es unter solchen Umständen war, das Nachtdienst-Personal zwischen Wohnungen und Botschaft hin und her zu transportieren oder Kuriere und andere Reisende abzuholen, die nachts an irgendwelchen entlegenen Vorort-Stationen eintrafen – denn nach den ersten Bombenangriffen wurden die Fernzüge nicht mehr ins Stadtzentrum geleitet. Wirklich unangenehm wurde es dadurch, dass die Botschaft bei Kriegsbeginn kein einziges offizielles Fahrzeug besass und die Regierung ihr auch keins genehmigen wollte. Kirk kaufte daraufhin voll Verachtung aus seiner eigenen Tasche einen kleinen Renault mit Gepäckanhänger und erbat und erhielt die lebenswürdige Erlaubnis des State Department, ihn auf irgendeiner Liste als botschaftseigenen Dienstwagen zu führen.

Ich finde es unmöglich, in einem Rechenschaftsbericht dieser Art einen Eindruck von der Atmosphäre der Grossstadt Berlin im Kriege zu vermitteln. In der Erinnerung ist sie symbolisiert durch meinen allabendlichen Heimweg von der Botschaft im Winter: das Weitertasten von einer Säule des Brandenburger Tores zur nächsten in pechschwarzer Finsternis, bis ich mich Hand über Hand bis zur Bushaltestelle vorgefühl hatte; das Warten, bis die mattblauen Lichter des Busses aus dem Nichts auftauchten; die Neun-Kilometer-Reise entlang der «Ost-West-Achse»; die dämmerige Stille im Inneren, in der die Taschenlampe des Schaffners helle Bögen beschrieb; das Staunen darüber, wie es dem Fahrer überhaupt möglich war, sich auf der riesigen, unmarkierten und häufig schneebedeckten Asphaltfläche dieser breiten und endlosen Strasse zurechtzufinden; der gruselige Heimweg am andern Ende, wieder mit vorgestreckten Händen und dem Tasten nach Bordsteinkanten; die gedämpften Stimmen anderer Fussgänger, die man hörte, aber nicht sah; endlich die Konfrontation mit einer von ausserhalb der Verdunkelungsvorhänge düster und verlassen wirkenden Fassade; und dann schliesslich die erfreuliche und immer wieder ein wenig überraschende Entdeckung beim Öffnen der Haustür, dass das Haus bewohnt war, dass es hinter den Vorhängen hell und auch einigermaßen warm war und dass ich dort meine Frau und meine Kinder hatte und, im Kontrast zu der Düsternis und Ungewissheit des Krieges draussen, eine Zuflucht voll Behaglichkeit.

Soweit man sich inmitten derartiger Abnormalitäten und Beschwerden zu Hause fühlen konnte, war ich in Berlin ziem-

lich zu Hause. Ich hatte früher schon dort gelebt. Umgebung und Sprache waren vertraut. Abgesehen von gelegentlichen Besuchen im Aussenministerium in dienstlicher Angelegenheit hatte ich mit dem Regime nichts zu tun, und die meisten meiner Bekannten ebenso wenig. Die Berliner selber – ich meine die einfachen Leute – waren von allen Bevölkerungsteilen in Stadt und Land am wenigsten vom Nazismus angesteckt. Sie waren nicht zu bewegen, den Nazi-Gruss zu benutzen. Sie grüssten einander nach wie vor mit «guten Morgen» anstatt mit dem obligatorischen «Heil Hitler». Sie zeigten auch keine besondere Kriegsbegeisterung. Ich kann bezeugen (weil ich an jenem Tage mitten unter ihnen in einer grossen Menschenmenge auf dem Pariser Platz vor unserer Botschaft stand), dass sie die Siegesparade anlässlich der Beendigung des Polenfeldzugs mit zurückhaltendem, mürrischem Schweigen an sich vorüberziehen liessen. Trotz heftigsten Bemühens gelang es den berufsmässigen Nazi-Agitatoren nicht, ihnen Zeichen des Hochgefühls oder der Zustimmung zu entlocken. Die Nachricht von der Einnahme von Paris wurde mit derselben Reserve und demselben undurchdringlichen Schweigen aufgenommen. An jenem Nachmittag fuhr ich viele Kilometer weit auf dem geschlossenen Oberdeck eines Busses, wo man praktisch alles mitbekam, was geredet wurde. Ich hörte nicht, dass jemand das Ereignis auch nur erwähnte; die Gespräche drehten sich alle um Lebensmittelkarten und um die Preise für Strümpfe.

In der Tat war es die ebenso undemonstrative wie unverkennbare innere Distanziertheit der Bevölkerung von den anmassenden Parolen des Regimes, die mir in Berlin während des Krieges am meisten auffiel; das und die Art, wie das Alltagsleben so gut als möglich, trotz zunehmender Fühlbarkeit der Kriegsmassnahmen weiterging. Alle Veröffentlichungen waren vom Krieg beherrscht; aber es war, was die Berliner und meist auch die gewöhnlichen Bürger anderer Grossstädte betraf, ein Krieg des Regimes, nicht der ihre.

Meine Tagebuchnotizen aus dieser Zeit enthalten viele Einzelheiten, die die Ungleichheit zwischen den Zielen des Regimes und den Sorgen des einfachen Volkes erhellen. Vielleicht verdeutlicht die folgende Eintragung vom Ende des Jahres 1939, was ich meine:

«An einem Sonnabend ungefähr um Mitternacht kam ich aus einer Bar in der Gegend der Hamburger Binnenalster und be-

gann, mich in den verdunkelten Strassen heimwärts zu tasten. Seit etwa einem Monat war Krieg. Die Verdunkelung war schon Routine. Das Wetter war klar an diesem Abend. Ein blasser Mond gab gerade genug Licht, dass Bordsteinkanten, Laternenpfähle und andere Hindernisse zu erkennen waren. Verkehr gab es nicht, ausser einem gelegentlichen Geisterbus, der hinter seinen abgeblendeten Lichtern einherpolterte. Die schweigenden Strassen dehnten sich leer und verlassen im Mondschein. Nur durch die raschelnden Schemen der Fussgänger, die aus dem Dunkel auftauchten und wieder darin verschwanden, gab die Stadt zu erkennen, dass noch Leben in ihr war. Die Leute sprachen, wenn überhaupt, dann in halbem Flüsterton; und das machte sie für einen Fremden doppelt geheimnisvoll. Wer waren sie, wohin gingen sie mitten in der Nacht, wie dachten sie über diese Dunkelheit – über den Krieg?

An einer Strassenecke tauchte eine Frau auf, ging auf mich zu, hielt an und fragte: ‚Wollen wir nicht was unternehmen?‘ Ihre Stimme klang fröhlich und charmant, ohne die gewohnten Obertöne falscher Zärtlichkeit. Ich bot ihr etwas zu trinken an. Aber nein, sie könne doch ihre Zeit nicht so verschwenden. Ob ich nicht sonst noch interessiert sei. Ich gestand, ich sei nicht interessiert. Aber nach kurzem Feilschen schlossen wir einen Kompromiss, wobei ich mich bereit erklärte, die übliche Gebühr zu entrichten, und sie sich, mir die Ehre ihrer Gesellschaft in einem öffentlichen Lokal zu erweisen. Sie führte mich zu ihrer Lieblingsbar, und wir liessen uns nieder. Ich mit einem schlechten Highball, sie mit einem «Halb-und-Halb» und einer frischen Packung Zigaretten. In der erleuchteten Bar konnte ich sie zum erstenmal deutlich sehen. Sie war eine noch junge Frau mit guter Figur und einem frischen glatten Gesicht. Ihre Kleidung war so geschmackvoll, dass man sich fast über ihren Beruf hätte täuschen können. Wie sie mir sagte, war sie schon seit einigen Jahren auf dem Strich, mit Unterbrechungen. Derzeit konnte sie nur abends für ein oder zwei Stunden auf die Strasse, denn tagsüber arbeitete sie. Sie war Packerin in einer Fabrik und verdiente neunzig Mark die Woche. Es war harte Arbeit; der Ruin für ihre Fingernägel; aber es war besser als das Arbeitslager, und wenn sie nicht gescheit gewesen wäre und rechtzeitig eine Arbeit angenommen hätte, dann sässe sie jetzt dort.

Das Arbeitslager?

Ja, ob ich denn nicht wüsste? Vor ein paar Monaten hatten sie

alle Strassenmädchen und alle Bardamen unter Dreissig zusammengetrieben – die alten hatten bleiben dürfen – und sie in ein Arbeitslager aufs Land geschickt. ‚In meinem Revier allein waren wir fünfundsiebzig, und wir hatten alle unser Auskommen. Jetzt bin ich die einzige. Die ganze Gegend hat von ups gelebt. Die Friseur und Geschäftsleute sind verzweifelt. Wir waren ihre besten Kunden, und die einzigen, die gute Trinkgelder gaben. Es ist töricht, so was verhindern zu wollen. Das hat es schon vor dem Krieg gegeben. Das hat es schon in der Steinzeit gegeben. Das wird’s immer geben.‘

‚Aber die Mädchen, mit denen Sie über Tag arbeiten‘, fragte ich, ‚amüsieren die sich nicht nach Feierabend auf normalere Weise? Könnten Sie da nicht mitmachen?‘

‚Diese Gänse!‘ schnaubte sie verächtlich. ‚Mit denen will ich nichts zu tun haben. Das sind ungebildete kleine Biester aus Altona. Die leben in einer anderen Welt. So wie die könnte ich nicht leben. Ich brauche Geld und Kultur. Mit denen rede ich nicht. Die wollen bloss wissen, wo ich meine Sachen herhabe. Einmal hab’ ich sogar vergessen, meine Lohntüte abzuholen.‘

‚Aber es ist doch gefährlich, weiter an der Strassenecke zu stehen. Werden Sie nicht eines Tages doch im Arbeitslager landen?‘

«Natürlich ist es gefährlich. Neulich hab’ ich gesehen, wie ein Schupo zwei andere mitgenommen hat. Sie wollten gerade über den Jungfernstieg. Er hat mich auch gesehen und gerufen, ich soll stehenbleiben. Ich bin bis zum Café Vaterland gerannt, und dann hab’ ich so gezittert, dass ich nicht mal ein Streichholz anmachen konnte. Aber ich brauch’ nicht mehr lange weiterzumachen. Ich bin nämlich verlobt. Mein Verlobter ist bei der Wehrmacht. Er ist Flieger. In Polen. Wenn er nach Hause kommt, heiratet er mich – vielleicht. Er sagts jedenfalls.‘

‚Weiss er, was Sie tun?‘

‚Um Himmels willen! Er wäre wütend!‘

‚Warum riskieren Sie es dann weiter?‘

«Ja wissen Sie, als ich ihn das erstmal getroffen habe, da hab’ ich ihm erzählt, ich hätte zweitausend Mark. Das stimmte natürlich nicht. Jetzt muss ich sie auftreiben, ehe er wieder da ist.‘

‚Seien Sie doch nicht dumm. Sagen Sie ihm die Wahrheit. Es wird schon gut gehen.‘

«Ach, Sie kennen ihn nicht. Er ist schrecklich. Er ist ein grosser Egoist. Er hat immer alles gehabt, was er braucht. Ich trau’ mich nicht. Er denkt nie an mich. Manchmal mach’ ich Eier zum Früh-

stück – zwei für ihn und zwei für mich. Er isst sie alle. Er denkt nie daran, ob ich auch was habe. Er fragt mich nie, wie es mir geht. Er liebt nur meinen Körper.'

„Warum bleiben Sie dann bei ihm? Lieben Sie ihn?“

„Nicht wie er mich. Er ekelt mich. Ich liege da neben ihm und hasse ihn und denke, dieser Idiot, er denkt, er ist schön, dabei ist er genau wie jeder anderem

„Aber?“

„Aber ich kann nichts machen. Er hat mich vollständig in seiner Gewalt. Wenn er mir was sagt, bin ich so klein wie mein kleiner Finger. Ich bin ein Nichts. Bei der Arbeit nehme ich mir vor, streng mit ihm zu sein, aber wenn das Telefon klingelt und er ist dran, dann sage ich bloss ja.

Einmal hab' ich's versucht. Er hat mir Geld dagelassen und gesagt, ich soll ihm einen Schirm kaufen. Ich hab' ihm gesagt: ‚Kauf ihn dir selber.‘ Da ist er richtig blass geworden und 'rausmarschiert. Ich hab' das Geld genommen und bin gegangen und hab' es versoffen. Am anderen Tag ist er wiedergekommen. ‚Wo ist der Schirm?‘ ‚Ich hab' keinen Schirm.‘ ‚Und wo ist das Geld?‘ ‚Hier.‘ (Sie zeigte auf ihren Bauch.) Da ist er wieder weggegangen und nicht zurückgekommen. Nach zwei Tagen bin ich ihm nach in den Nachtclub, wo er gearbeitet hat. Er war zuckersüss und hat mich nach Hause gebracht. Ich habe ihm gesagt: ‚Du bist bei 'ner anderen gewesen.‘ Er sagt: ‚Nein.‘ ‚Ehrenwort?‘ ‚Nein.‘

Ich hab' die andere gefunden. Ich hab' ihr gesagt, er ist verheiratet und sie soll nicht wagen, ihm nochmal Augen zu machen. Hat sie auch nicht. Aber was hilft's. Es gibt genug andere. Jedesmal wenn ich ihn wütend mache, geht er einfach mit 'ner andern. Was soll ich machen? Zuerst waren wir so glücklich. Sie können sich das nicht vorstellen. Wir hatten eine Wohnung. Ich hab' die Möbel gekauft. Wir hatten es so lustig. Wir haben gespielt, dass ich die Bardame bin und er ist der Gast, und ich habe ihn bedient, und er hat gesagt: ‚Gnädiges Fräulein, darf ich Sie verführen?‘ Und ich hab' gut gesorgt für ihn. Keiner kann mehr für ihn tun als ich. Ich hab' alles für ihn getan. Frauen wie ich – wir sind wirklich anständig. Wir machen nicht so gemeine Sachen wie die Verheirateten. Wir erpressen keinen. Wir triezen auch keinen. Ich kenne eine, die nennt sich anständig. Sie hat sieben Männer. Jede Nacht ist sie mit 'nem andern, und jedem schwört sie, sie liebt ihn. Das könnte ich nicht. Und alle die Frauen, die kein Geld nehmen; aber Blumen und Pralinen und

Kleider und Tamtam und Schmeichelei, das nehmen sie. Das sind die Huren, nicht wir. Wir sind ehrliche

Es war fast Polizeistunde. Ich beglich die Rechnung und vom Wechselgeld zahlte ich ihr meinen Obulus. Sie steckte ihn in würdevollem Schweigen in die Tasche. Wir waren gute Freunde inzwischen. Bevor wir gingen, sagte ich: ‚Am Ende werden Sie doch im Arbeitslager landen.‘

Sie lachte ein bisschen kläglich und sagte: ‚Als ob ich das nicht wüsste.‘ Ich begleitete sie durch die Dunkelheit zu ihrer Wohnung in einem Block in der Nähe. Sie schloss die Haustür auf und knipste das matte blaue Licht im Eingang an. Wir gaben uns die Hand zum Abschied, und dann hielt sie mir züchtig ihre gepuderte Wange hin und sagte: ‚Jetzt dürfen Sie mir einen Kuss geben. Auf dem Heimweg sah ich, wie im Norden vier helle Lichtstrahlen träge einem Flugzeug quer über den schwarzen Himmel folgten.‘

Erst als ich zu Hause war, fiel mir ein, dass keiner von uns beiden den Krieg erwähnt hatte.»

Es ist wohl verständlich, dass es mir nach solchen Erlebnissen schwerfiel, die in den nächsten Jahren einsetzende Verteufelung mitzumachen, der in der amerikanischen öffentlichen Meinung der jeweilige politische Gegner unweigerlich ausgeliefert ist. Es fiel mir schwer, mit grossen Teilen der amerikanischen Presse und des offiziellen Washingtons gleichzuziehen und mir das deutsche Volk als einen Haufen unmenschlicher Scheusäler vorzustellen, die geschlossen hinter Hitler standen und besessen waren von der dämonischen Gier, ganz Europa zu vernichten oder zu versklaven. An dieser Stelle muss ich die Dankbarkeit und Bewunderung verzeichnen, die ich Alexander Kirk schulde. Er war Junggeselle aus Überzeugung und erst vor Kurzem hart durch den Tod seiner über alles geliebten Mutter getroffen worden, die zu Lebzeiten sowohl in seinem Gefühlsleben wie auch in seinem Umgang den ersten Platz eingenommen hatte. Nun betäubte er die innere Leere mit der Erfüllung seiner schwierigen amtlichen Pflichten. Die besonderen Anforderungen der Kriegszeit hielten ihn täglich sechzehn bis achtzehn Stunden in seinem Büro fest; ab und zu gönnte er sich ein paar Stunden Schlaf in einem kleinen daran anschliessenden Alkoven. Er war ein Überbleibsel aus einer Zeit, in der Reichtum zur Exzentrizität berechnete, und er nutzte sein Privileg nach Kräften. Im eleganten Grunewald-Viertel hatte er eine Riesenvilla gemietet

(die er, wie er zu behaupten pflegte, deshalb genommen hatte, weil er in Berlin kein anderes Haus mit *nur einem* roten Zimmer hatte finden können). Dort hielt er sich italienisches Personal, und jeden Sonntagmittag gab er ein grosses Frühstück als Rache für die Einladungen, die er seiner Stellung wegen annehmen musste. Er selbst machte sich nichts aus dem Essen; er sah nicht ein, warum man nicht wie die Arktisforscher ausschliesslich von Vitaminpillen und Extrakten leben sollte, und bei dem Versuch, es ihnen gleichzutun, hatte er fast seine Gesundheit ruiniert. In der Oper besass er eine Loge für die ganze Saison; nach unseren Beobachtungen war seine einzige Erholung, irgendwann am Abend das Büro zu verlassen, zur Oper zu fahren, sich leise im Hintergrund seiner Loge niederzulassen, einen Teil der Aufführung mitzunehmen und vor Schluss der Vorstellung ungesehen wieder zu verschwinden.

Teils als Geste des Spotts, teils um sich eine schützende Maske zuzulegen, aber wohl auch weil ihm das Theaterspielen Spass machte, gebärdete er sich mit Fleiss als jener Typ des Berufsdiplomaten, der dem amerikanischen Spiesser immer besonders verdächtig gewesen ist, und gab sich ein dandyhaftes, überzüchtetes, hochmütiges und vages Air. Mit derlei Hanswurstiaden brachte er Abwechslung in sein Leben. Er war alles andere als ein Intellektueller. Schreiben tat er nur, wenn es absolut unumgänglich war. Selbst unsere interpretierende Berichterstattung erfüllte ihn häufig mit Misstrauen. Er schränkte sie ein und hielt uns statt dessen dazu an, unsere Auffassung indirekt mittels geschickter Auswahl aus der Nazi-Presse darzutun. Er begriff viel eher intuitiv als analytisch. Seine Konversation bestand grossenteils aus müden Witzeleien und Anspielungen, und er posierte so gut, dass wir manchmal selber nicht wussten, wann er es ernst meinte.

Aber hinter der Fassade weitläufiger und fast schon übertriebener Blasiertheit verbarg sich ein ausserordentlicher Scharfsinn, gekoppelt mit einer vernichtenden Ironie, die er genauso gegen sich selbst wie gegen die Umwelt richtete. Ihm konnte keiner imponieren. Präventiös auftretende Frauen behandelte er wie Schlampe, mit dem Erfolg, dass sie gerade deshalb für ihn schwärmten. Einmal beobachteten wir ihn, wie er einen reichlich überschwenglichen Landsmann, einen Butter-und-Eiergrossisten, begrüsstete. Er streckte ihm theatralisch die Hand entgegen und tönte (wer aus meiner Generation erinnerte sich nicht an «Kirk's Seifen» und die dazugehörige Reklame!): «Ich mache in Seife – und Sie?»

Die Nazis verachtete er und hielt sie sich mit seiner stachligen Ironie vom Leibe. Selbst auf dem Höhepunkt ihrer militärischen Erfolge lehnte er es ab, auch nur einen Moment lang die Möglichkeit zu erwägen, dass sie den Krieg gewinnen könnten. «Sie haben sich etwas vorgenommen, das sie nicht zu Ende bringen können», beharrte er. «Sie werden nirgends Halt machen können. Das ist die Todsünde: etwas anfangen, das man nicht zu Ende bringen kann.»

In späteren Jahren merkte ich, dass ich von Kirk viel gelernt hatte, mehr vielleicht als von irgendeinem anderen Chef. War er auch kein Intellektueller, so hatte er doch einen sehr gesunden Instinkt, und wenn man lernte, seine Posen zu durchschauen und in seinen Witzen den tieferen Sinn zu erkennen, war er ein guter Lehrmeister. Für seine Lektion über die Wichtigkeit der Mittel im Verhältnis zum Zweck habe ich ihm besonders zu danken – er gab sie mehr im Wege des Anschauungsunterrichts denn als theoretische Belehrung. Das einzige, für das es zu leben lohne, sei die gute Form, sagte er mir einmal. Er selbst besass wenig, was ihm das Leben hätte lebenswert machen können, und es gab Augenblicke, in denen er lieber Schluss gemacht hätte; aber Selbstmord wäre eine abrupte Handlung gewesen, und Abruptheit war der Gipfel der schlechten Form. «Handeln Sie nie, nie abrupt», riet er mir. «Es zahlt sich nicht aus.» Er erklärte, seit dem Tode seiner Mutter am Auswärtigen Dienst nicht mehr interessiert zu sein. Er sei überhaupt nur eingetreten, versicherte er ernsthaft, um ihr das Durchwühlen ihrer Koffer an den Grenzübergängen zu ersparen. Aber er könne nicht einfach wieder austreten, vor allem nicht während des Krieges; das wäre abrupt gewesen. «Wenn der Krieg vorbei ist», sagte er, «werde ich so allmählich und unauffällig verschwinden, dass keiner merkt, wann ich weg bin.»

Er hielt Wort. Nach zwei weiteren Posten als Botschafter in Ägypten und Italien entfernte er sich still und unbemerkt aus unser aller Leben. Jahrelang hörte ich nichts von ihm. Es hiess, er wohne ganz allein auf einer Ranch im Südwesten. Einmal kursierte sogar das Gerücht, in Kirks Esszimmer dort stünde ein Tisch, der dauernd wie für ein grosses diplomatisches Diner gedeckt sei; klopfte man als ungeladener Gast bei ihm an, so bekäme man von Kirk persönlich ein Essen gekocht und auch serviert, das Ganze begleitet von routinierter Salonkonversation. Anschliessend erkläre er einem, er bedaure unendlich, in seiner Villa kein Gastzimmer zu besitzen. Das war zweifelsfrei

erfunden, aber es war typisch für den etwas exotischen Ruf, dessen er sich erfreute.

Eines steht fest: Als Kirk Berlin verliess, mochte er wegen der Verwaltung der Botschaft in meiner Schuld sein; in Bezug auf private und politische Philosophie jedoch war ich in seiner.

Ende Februar 1940 wurde ich nach Italien geschickt, um unseren Staatssekretär Mr. Sumner Welles samt Begleitung in Neapel in Empfang zu nehmen und sie auf ihrer Reise nach Berlin zu begleiten. Mr. Welles war von Präsident Roosevelt ausgesandt worden, um in den vier im Kriege befindlichen europäischen Hauptstädten Rom, Berlin, Paris und London die Ansicht der dort führenden Staatsmänner zur Frage von Waffenstillstandsverhandlungen und der Errichtung eines gerechten und dauerhaften europäischen Friedens einzuholen. Man wird sich erinnern, dass zu diesem Zeitpunkt an der Westfront noch alles ruhig war. Es war aber klar, dass im Frühjahr der Krieg dort allen Ernstes beginnen würde, falls es nicht gelänge, ihm vorher irgendwie Einhalt zu gebieten, und dass es dann erneut ein grosses und tragisches Ringen geben würde, aus dem die Vereinigten Staaten sich kaum würden heraushalten können. Wenn auch nur die geringste Chance bestünde, diese Katastrophe abzuwenden, wollte der Präsident davon wissen, bevor es zu spät sei.

In Mr. Welles' Reiseprogramm war die Sowjetunion nicht enthalten, und irgendjemandem in Washington war eingefallen, dass es nützlich sein könnte, ihm wenigstens auf einem Teil seiner Reise einen in sowjetischen Dingen erfahrenen Beamten beizugeben, der in der Lage wäre, etwa auftauchende Fragen nach der vermutlichen Haltung und Reaktion der sowjetischen Regierung zu beantworten.

Ich hielt es schon damals für etwas naiv zu glauben, dass solche Reisen Aufschlüsse bringen könnten – insbesondere von den Naziführern –, die man nicht besser von unseren diplomatischen Vertretern an Ort und Stelle eingeholt hätte. Auch heute glaube ich nicht, dass in Mr. Welles' Gesprächen mit den führenden Staatsmännern auch nur ein Gedanke entwickelt wurde – in Berlin schon gar nicht –, der den betreffenden Botschaften nicht längst bekannt gewesen wäre. Aber das war eben Roosevelts Methode, und er hatte schliesslich das Recht, in diesen Dingen seinen eigenen Neigungen zu frönen.

Aus meinem Auftrag wurde übrigens nichts. Mr. Welles nahm von meiner Anwesenheit keine Notiz und bekundete

kein Interesse an meinen Ansichten über Russland. Ich war so wenig ins^A Bewusstsein der Delegation gedrungen, dass sie mich bei ihrer Abreise von Rom nach Berlin vollständig vergass. Von dem Termin erfuhr ich nur dadurch, dass eines Abends spät die Wagenkolonne auf dem Weg zum Bahnhof an mir vorüberbrauste. Ich eilte zum Hotel, packte, fegte zum Bahnhof und kam ausser Atem an, als der rote Teppich gerade eingerollt wurde – nur um festzustellen, dass es für mich in dem Sonderwagen der Delegation keinen Schlafwagenplatz gab.

Unter diesen Umständen konnte ich Mr. Welles nicht übermässig nützlich sein. Ich bezweifle, dass das für ihn oder die Regierung ein grosser Verlust war. Antworten auf seine Fragen hatte ich genauso wenig wie die anderen – jedenfalls keine tröstlichen Antworten. Während ich in meinem römischen Hotel eine scheussliche Kriegsgrippe kurierte, versuchte ich, einige Aspekte der grossen Fragen, die ihn interessierten, zu Papier zu bringen. Ich übergab die Aufzeichnung Pierrepont Moffat, dem Leiter der Europa-Abteilung, der Welles auf seiner Reise begleitete. Vermutlich las auch Moffat sie nicht, aber er schickte sie mir nach einer Anstandspause zurück, und ich habe sie immer noch als eine kleine, wenn auch nicht sehr befriedigende Erinnerung an meine Ansichten zur damaligen Zeit.

Ich begann mit der Warnung, beim Sondieren der Chancen für Krieg oder Frieden nicht zu sehr auf Differenzen zwischen Hitler und dem deutschen Volk zu bauen. Ein Teil des deutschen Volks, so schrieb ich, hätte vielleicht unter dem Eindruck der Entbehungen des Krieges an Begeisterung eingebüsst; der Charakter des Hitlerregimes könnte andere schockiert und dazu gebracht haben, sich von ihm abzuwenden. Es bleibe jedoch dabei, dass «dieser Mann gemäss den besten Traditionen des deutschen Nationalismus handelt; vielleicht sieht er seine eigene Mission sogar klarer als seine Vorgänger, weil er nicht durch ein Gefühl der Verantwortung für die europäische Kultur als Ganzes abgelenkt wird. Dieser Koloss ist nicht hohl; herausfordernd steht er jetzt vor Franzosen und Briten, geeint und diszipliniert, im Besitz einer in der Geschichte unerhörten Zerstörungskraft und entschlossen, Europa zu beherrschen oder den ganzen Kontinent in Trümmer zu legen.»

Ich untersuchte dann die den Briten und Franzosen verbliebenen Möglichkeiten:

«Wenn sie wollen, können sie mit Hitler Waffenstillstand schliessen. Wahrscheinlich würde er zur Zeit recht gern zu einem solchen Arrangement kommen. Er braucht die Atempause, um seine Gewinne zu konsolidieren. Er braucht Zeit, um die neuen Rohstoffquellen zu entwickeln, die ihm jetzt in Polen, in der Slowakei, in Rumänien und in Russland offenstehen. Er braucht Zeit, um seine russischen Bewunderer über ihre grässlichen Dummheiten in Finnland wegzubringen. Er braucht Zeit, um seine U-Boot-Waffe wiederaufzubauen und die im Vierjahresplan vorgesehenen vielfältigen anderen Rüstungsaufgaben zu vollenden. Schliesslich braucht er Zeit, um die kriegerische Stimmung in den alliierten Ländern abklingen und Ernüchterung um sich greifen zu lassen, Zeit, um das Absinken des Stimmungsbarometers in den Randgebieten des Empire zu beobachten, um die Demobilisierung verwirrter und enttäuschter Soldaten der Gegenseite zu erleben und in Europa den Eindruck aufkommen zu lassen, dass Franzosen und Briten Angst hätten, gegen ihn anzutreten.

Deshalb würde er vermutlich für einen Waffenstillstand mit Konzessionen, etwa in Gestalt von Modifikationen der Regierungsform in Polen, Böhmen und Mähren – vielleicht sogar in Österreich – zu zahlen bereit sein. Der praktische Effekt solcher Konzessionen würde allerdings nicht grösser sein, als hätte er sich zur Zahlung einer der drei verfallenen Landeswährungen bedient. Über die Gewährung von politischer Unabhängigkeit oder ‚Selbstbestimmung‘ zu sprechen, wäre blanker Unsinn, ehe nicht Deutschland völlig zerschlagen ist. In Österreich würde jede Scheinregierung, die man errichten könnte, auf die Nazi-partei und die deutsche Armee gestützt sein. Für ein Böhmen, das seiner strategischen Grenzen beraubt ist, das sein gesamtes Rüstungspotential verloren hat und dessen Reichtum – an Land, an Industrie und an Geld – zum grössten Teil bereits in deutscher Hand ist, wäre jede Art von «Unabhängigkeit nur Hohn. Das gedemütigte, entmutigte und im tiefsten Innern demoralisierte Polen wäre derzeit völlig ausserstande, auf eingeeengtem Territorium und flankiert von zwei mächtigen und brutalen Nachbarn, sein nationales Leben wiederaufzubauen, und würde von einem der beiden unterstützt und kontrolliert werden müssen.

Die Nazi-Maschine hat Zahnradantrieb, und Zahnräder drehen sich nur in einer Richtung.

Und was für eine Sorte Frieden würde Hitler vermittels solcher Konzessionen zu erreichen hoffen? Ich fürchte, es wäre ein

Frieden, der sich, was Hitler selbst betrifft, recht wenig von dem augenblicklichen Kriegszustand unterscheiden würde. Hitler würde das Endziel, die Bezwingung Frankreichs und Englands, auch nicht einen Moment aus den Augen verlieren. Er würde keine Demobilisierung anordnen, er dürfte auch keine anordnen. Die Truppen würden vielleicht beurlaubt – entlassen würden sie nicht. Das Nazisystem beruht auf der Annahme, dass Krieg, nicht Frieden, der Normalzustand der Menschheit sei.»

Des Weiteren warnte ich vor den Sirenen gesängen der deutschen Konservativen (wobei ich an Schacht und Papen dachte), die den Sturz Hitlers und die Bildung einer «Regierung der Vernunft» in Aussicht stellten, mit der man «ins Geschäft kommen» könne, wenn die Alliierten sich nur im Voraus verpflichten würden, das deutsche Volk gut zu behandeln, um es so seiner derzeitigen Loyalitäten zu entwöhnen. Ich warnte auch davor, Friedenshoffnungen auf die wohlbekanntesten Meinungsverschiedenheiten zwischen Hitler und seinen Armeeführern zu gründen: meiner Meinung nach waren das taktische, keine strategischen Differenzen. Ich warnte vor der Illusion, Hitler könne sich durch wirtschaftlichen Druck, zum Beispiel durch den Versuch, Deutschlands Rohstoffversorgung zu blockieren, zur Zurückhaltung und zum Friedensschluss bewegen lassen. Und zu guter Letzt argumentierte ich, auch das Warten auf den Zerfall des Naziregimes von innen sei keine Basis für Friedenshoffnungen. Der deutsche Staat von heute, sagte ich, sei kein Anachronismus, der sich schon morgen in Nichts auflösen werde.

«Hätte Deutschland wirklich, wie Edgar Mowrer behauptet, die Uhr zurückgestellt, dann könnten wir beruhigter sein, denn fast jeder Stein auf dem europäischen Kontinent bezeugt die Überlegenheit der Vergangenheit über die Gegenwart. Aber was geschehen ist, war kein Rückdrehen der Uhr. Es war einfach die Einigung Deutschlands, und zwar eine sehr gründliche. Was Bonaparte und Napoleon der Dritte in dieser Richtung ungetan liessen, hat Versailles besorgt, und Hitler zerstampft nun die letzten Reste von Partikularismus und Klassenbewusstsein. Dass er dabei alles auf den niedrigsten und gemeinsten gemeinsamen Nenner bringt, ist unerheblich. Die deutsche Einheit ist eine Tatsache. Hitler mag gehen, aber die Einheit wird bleiben, und mit ihr werden und müssen, wenn man Einwirkungen von ausserhalb ausklammert, die Missgunst und die Unsicherheit

bleiben, das Inferioritätsgefühl und die daraus erwachsenden hegemonialen Gelüste gegenüber Europa, die eigentlich das einzige sind, was die Mehrheit der Deutschen untereinander verbindet.»

Ich sah daher keinen Sinn in einer Feueereinstellung nur um ihrer selbst willen. Die Fortsetzung des Krieges würde in der Tat schrecklich sein, aber wenn sie schliesslich «zur Wiedererrichtung einer gesunden politischen Struktur Europas führe, sei dies Europa auch noch so geschwächt, so wäre das jedes Opfer wert». Ende der Krieg aber in einer blossen Wiederholung der Fehler von Versailles, dann «wäre eine Weiterführung schon mit den wenigen Leben, die er bisher gekostet hat, zu teuer bezahlt». Und ich schloss mit der Befürwortung einer Politik, deren Ziel die Teilung Deutschlands sein müsse, nämlich die Beseitigung des mit der nationalen Einigung Deutschlands und Italiens angegerichteten Schadens durch eine Rückkehr zum Partikularismus des achtzehnten Jahrhunderts – zu den kleinen Fürstentümern, den Operettensoldaten und dem romantischen Lokalkolorit vergangener Zeiten.

Heute staune ich über mich selbst bei der Lektüre dieser Aufzeichnung. Ganz abgesehen von dem puerilen Schluss bringt sie mich zu der Erkenntnis, wie heimlich und allmählich und von einem selber unbemerkt man doch seine Ansichten ändert. In den folgenden Jahren wurde ich zu einem überzeugten Verfechter der These, dass die Alliierten gerade darum ihre Chance verpasst hatten, weil sie mit den deutschen Konservativen und den Armeeführern *nicht* hatten verhandeln wollen. Und als ich zweieinhalb Jahre später Deutschland verliess, hatte sich auch meine Einstellung zum deutschen Volk sehr gewandelt – ich hatte gründlicher über seine vielschichtigen historischen Bindungen nachgedacht und wusste jetzt auch, dass Menschen zu ihm gehörten, deren positive Eigenschaften, darunter Mut und Humanität, eine negative Verallgemeinerung ganz unmöglich machten.

Meine Ansichten gerade zu diesem Thema wurden kurz nach dem Besuch von Welles durch ein besonderes Ereignis beeinflusst. Kirk übergab, ehe er im Oktober 1940 aus Deutschland schied, den heikelsten und wertvollsten seiner heimlichen «Kontakte» zum deutschen Widerstand in meine persönliche Obhut. Das war Graf Helmuth von Moltke, ein Grossneffe des berühmten Heerführers aus dem neunzehnten Jahrhundert, der dem deutschen Generalstab als juristischer Zivilberater zugeteilt war.

Kirk hatte sich von Zeit zu Zeit diskret mit Moltke zu einem

allgemeinen Gedankenaustausch über die politische Lage getroffen. Es war grossenteils Moltke, durch den er zu der Ansicht gekommen war, dass der Krieg ungeachtet aller militärischer Triumphe für Deutschland böse enden würde. Moltke war fest davon überzeugt, obwohl – oder vielleicht weil – er mit allen militärischen Überlegungen der deutschen Seite wohlvertraut war.

Prinzipiell war an den Zusammenkünften der beiden Männer nichts Unstatthafes. Von bestimmten politischen Geschäften oder Abmachungen war dabei nicht die Rede. Moltke hatte ja auch unter der Bevölkerung keine Anhängerschaft; er sprach mehr oder weniger nur für sich allein. Und Gott weiss, dass nichts FDR oder Cordell Hull ferner gelegen hätte, als Kirk Vollmacht für Absprachen mit der konservativen deutschen Opposition zu geben. Dennoch, Zusammenkünfte in Kriegszeiten zwischen einem Mann in der exponierten Stellung Moltkes und dem amerikanischen Geschäftsträger wären kaum auf das Wohlwollen von Moltkes militärischen Vorgesetzten gestossen, viel weniger auf das der Gestapo – es sei denn, Moltke hätte sich ihr als Spitzel zur Verfügung gestellt, und das wäre mit seinem Charakter völlig unvereinbar gewesen. So kam es zu der verschwörerischen Atmosphäre dieser Treffen.

Nach Kirks Weggang traf ich verschiedentlich mit Moltke zusammen, insgeheim und allein. Anfänglich besuchte ich ihn nach vorheriger Absprache während der Verdunkelung in seinem kleinen *pied-à-terre* über einer Garage im alten Tiergartenviertel. Später, nach Beginn des Russlandfeldzugs, wurde er aus irgendwelchen Gründen mutiger. Einmal kam er sogar ganz fröhlich zu meiner Frau und mir zum Mittagessen. Ein andermal erstaunte und erschreckte er mich, indem er am hellichten Tage in die Amerikanische Botschaft spazierte und nach mir fragte. Ich empfing ihn sofort, ging mit ihm hinaus auf den Balkon, wo die Verkehrsgeräusche unsere Stimmen für Mikrophone vermutlich unhörbar gemacht hätten, und fragte ihn, wie er das riskieren könne. «Ach wissen Sie», sagte er, «die Gestapo würde nie auf die Idee kommen, dass jemand, der sich so offen zeigt, andere als legitime Zwecke verfolgt.»

Moltke war ein hochgewachsener, gutaussehender, gebildeter Aristokrat, in jeder Hinsicht ein Mann von Welt und zugleich all das, was man logischerweise angesichts seiner amtlichen Funktion nie erwartet hätte: ein tiefreligiöser Mann von ungewöhnlichem moralischem Mut, ein Idealist und ein über-

zeugter Anhänger demokratischer Prinzipien. Bei unsrer ersten Zusammenkunft traf ich ihn in das Studium der 'Federalist Papers'³⁷ vertieft; er suchte Anregungen für die Verfassung eines zukünftigen demokratischen Deutschlands. Es war ein Bild, das ich nie vergessen habe, wie dieser Spross einer berühmten preussischen Offiziersfamilie, selber inmitten eines Weltkriegs für den deutschen Generalstab tätig, sich des Nachts allein den Schriften der Gründer unserer eigenen Demokratie zuwandte, um dort voll Bescheidenheit nach Ideen zu suchen, wie Deutschland aus seiner Verirrung und Verderbnis hinauszuführen sei. Für mich ist Moltke eine so grosse moralische Figur und zugleich ein Mann mit so umfassenden und geradezu erleuchteten Ideen, wie mir im Zweiten Weltkrieg auf beiden Seiten der Front kein anderer begegnet ist. Sogar damals schon – in den Jahren 1940 und 1941 – hatte er über die ganze schmutzige Arroganz und die scheinbaren Triumphe des Hitlerregimes hinweg die endgültige Katastrophe erblickt, ihre Qualen durchlitten, sie akzeptiert und sich innerlich darauf eingestellt, und er bereitete sich nun selber auf die Notwendigkeit vor – so wie er gern später auch seine Mitbürger vorbereitet hätte –, wieder ganz von vorne damit zu beginnen, durch Niederlage und Demütigung hindurch ein neues staatliches Gebäude auf einem neuen und besseren moralischen Fundament zu errichten.

Besonderen Eindruck machte mir, wie Moltke in seinen inneren Kämpfen über die Engstirnigkeit und Primitivität des modernen Nationalismus hinausgewachsen war. «Meine eigene Heimat Schlesien» (wo er seine Güter hatte) «wird an die Tschechei oder Polen fallen», sagte er mir einmal. (So geschah es auch.) Das sei traurig für ihn, gab er zu, aber es sei nicht wichtig. «Für uns», schrieb er kurz darauf an einen englischen Freund, «ist Europa nach dem Kriege weniger eine Frage von Grenzen und Soldaten, von komplizierten Organisationen oder grossen Plänen. Europa nach dem Kriege ist die Frage: Wie kann das Bild des Menschen in den Herzen unserer Mitbürger wiederhergestellt werden³⁸.»

Es war Moltke nicht beschieden, den Krieg zu überleben. Das war auch kaum zu erwarten gewesen. Seine Ablehnung des Nazi-

³⁷ 'Federalist Papers': klassisches verfassungsrechtliches Sammelwerk der amerikanischen Staatsmänner Alexander Hamilton (1757-1804), John Jay (1745-1829) und James Madison (1751-1836, Präsident von 1809-17), das die amerikanische Bundesverfassung stark beeinflusste (AdÜ).

³⁸ Aus einem 1942 in der Türkei geschriebenen Brief Moltkes an Mr. Lionel Curtis. Deutsch zitiert nach: Helmuth J. Graf von Moltke, 'fetzte Briefe aus dem Gefängnis Tegel', S. 20-21, Karl H. Henssel-Verlag, Berlin 1950 (AdÜ).

regimes war von Anfang an nicht gerade ein Geheimnis geblieben, und im Verlauf des Krieges zeigte er sie immer offener und reizte damit die Behörden immer mehr. Zum Beispiel forderte er das Regime heraus, indem er, obwohl selbst Protestant, eine von der Gestapo geschlossene katholische Schule seines Heimatorts im eigenen Hause aufnahm und so die Fortsetzung des Unterrichts ermöglichte. Schon vor dem misslungenen Putsch des 20. Juli 1944 war er aus verhältnismässig geringfügigem Anlass verhaftet und zu Gefängnis verurteilt worden und war somit, da in Haft befindlich, an diesem Desaster formal nicht beteiligt. Aber einige der nach dem 20. Juli Verhafteten sagten – wie es heisst, in der Folter – Dinge über ihn aus, die die Gestapo bis dahin nicht gewusst hatte. Er wurde daraufhin vor dem Volksgerichtshof angeklagt und Anfang 1945 im Gefängnis Plötzensee hingerichtet. Mit seinem Tod, den er mit bewegender Tapferkeit auf sich nahm, verlor das Deutschland der Zukunft eine grosse moralische Stütze.

Ich verzeichne das alles, weil das Bild dieses einsam ringenden Menschen, eines der wenigen echten protestantischen Märtyrer unserer Tage, mir in all den folgenden Jahren eine moralische Stütze und eine stete Quelle politischer und geistiger Inspiration geblieben ist.

Ein anderer, der sich Hitler nach besten Kräften widersetzte (und der nebenbei ein persönliches Risiko auf sich nahm, um sich mit mir anzufreunden), war Gottfried von Bismarck, Enkel des grossen Kanzlers und damaliger Regierungspräsident von Brandenburg. 1940 luden er und seine Frau mich übers Wochenende auf ihr Gut in Westpreussen ein. Schon bei der Ankunft merkte ich, dass meine Einladung zu beträchtlichen Spannungen zwischen ihm und dem örtlichen Gestapochof geführt hatte. Offensichtlich hatte meine Anwesenheit als Gast seines Hauses in den dortigen Nazikreisen eine nicht geringe Empörung ausgelöst. Dennoch lud er mich im folgenden Jahr erneut ein – diesmal, um das Weihnachtsfest 1941 mit ihm und seiner Familie zu verbringen. Ich nahm an. Pearl Harbor und die Kriegserklärung kamen dazwischen, und es wurde nichts daraus; aber die Einladung war in sich schon eine mutige und trotzig Geste. Er und seine Frau wurden beide nach meinem Weggang, also noch während des Krieges, verhaftet. Er wurde zum Tode verurteilt, aber die Exekution verzögerte sich, und das Regime stürzte, bevor sie vollstreckt werden konnte. Seiner Frau wurden von der Gestapo die Wangenknochen zerschlagen, aber auch sie

überlebte. Nach dem Krieg besuchte ich sie noch einmal auf dem früheren Gut des alten Kanzlers im Sachsenwald bei Hamburg, aber kurz darauf vollbrachte der moderne Verkehr, was die Gestapo nicht hatte vollbringen können, und beide kamen bei einem Autounfall ums Leben.

Angeichts solcher Ereignisse bestürzte es mich, bei einer Unterhaltung mit Präsident Roosevelt in späteren Kriegstagen feststellen zu müssen, dass er einer der Vielen war, denen es nicht leicht fiel, den Zweiten Weltkrieg vom Ersten zu unterscheiden, und dass er das preussische Junkertum genau so als eine Hauptstütze von Hitlers Macht betrachtete, wie es wirklich oder vorzüglich die Hauptstütze der Macht des Kaisers gewesen war. In Wahrheit wurde Hitler vor allem vom Kleinbürgertum und in gewissem Umfang auch von den Neureichen unterstützt. Der alte preussische Adel reagierte unterschiedlich; aber aus seinen Reihen kamen einige der klarsichtigsten und mutigsten aller innerdeutschen Oppositionellen, mit denen Hitler sich je auseinandersetzen hatte.

Das Frühjahr 1940 brachte die allgemein erwartete Aktivierung des Krieges im Westen. Dass der deutsche Angriff auf Dänemark und Norwegen den Auftakt bildete, war allerdings eine grosse Überraschung. Heute wissen wir, dass die Briten selber durch ihr Liebäugeln mit der Idee eines über Nordnorwegen nach Finnland zu entsendenden Expeditionskorps und durch ihren Entschluss, die Fahrinnen entlang der norwegischen Küste zu verminen, eine erhebliche Mitverantwortung für Hitlers Entschluss trugen, den Schlag gegen Skandinavien vor dem Feldzug gegen die Niederlande und Frankreich zu führen. Damals war das natürlich alles sehr undeutlich. Wir in der Berliner Botschaft erhielten jedoch einige Tage vor dem Angriff auf Norwegen eine Vorwarnung. Meine Frau war gerade mit unsern beiden kleinen Töchtern bei ihrer Familie in Kristiansand an der norwegischen Südküste. Es gelang mir gerade noch, sie dort weg- und nach Deutschland zurückzuholen – zwei Tage später beschlossen deutsche Kriegsschiffe die Stadt. Das geschah gleich in den ersten Stunden des Überraschungsangriffs; die Einwohner flohen hinauf in die schneebedeckten Berge und blieben dort bis zum Ende der Beschiessung. Den Sommer über behielten wir die Kinder in Berlin; aber im Frühherbst, kurz vor dem Beginn der nächtlichen Bombardierungen der Stadt durch britische Bomber, brachte ich Annelise und die Kinder nach

Italien und nahm eines späten Abends in Genua auf einem verlassen daliegenden Pier von ihnen Abschied; mit verweinten Gesichtern blickten sie mir kläglich durch das dicke Glas der Bullaugen nach. Ich fragte mich, ob ich sie je wiedersehen würde, als ich durch das trügerische Paradies der Schweiz wieder zurück nach Berlin fuhr, um den letzten kurzen Abschnitt meiner Arbeit dort zu beginnen, bevor wir selbst in den Krieg eintraten.

Die Frühjahrsfeldzüge erweiterten die von den Deutschen besetzten europäischen Gebiete natürlich sehr beträchtlich, und im Verlauf meiner Berliner Dienstzeit ergab es sich, dass ich sie fast sämtlich irgendwann einmal zu besuchen hatte. Vorher hatte ich schon im besetzten Böhmen gelebt. In Danzig war ich kurz nach dem deutschen Angriff gewesen. In die Niederlande und nach Frankreich folgte ich den deutschen Invasionstruppen auf den Fersen, um Verbindung mit denjenigen Angehörigen unserer Missionen aufzunehmen, die vor dem Eintreffen der deutschen Truppen nicht mehr evakuiert worden waren. Ich sah das zerbombte Rotterdam, als seine Trümmer noch rauchten. Ich sah im Juni 1940 ein gespenstig leeres Paris, aus dem fast die gesamte Bevölkerung in Panik geflohen war – wohl mit der seltsamsten und unwirklichsten Anblick, der sich in unsern Tagen denken lässt. Im selben Jahr noch gestattete die deutsche Regierung mir zu meiner eigenen Überraschung einen Weihnachtsbesuch bei der Familie meiner Frau in Kristiansand, und die Reise führte mich durch das besetzte Dänemark und Oslo nach Südnorwegen.

Es waren deprimierende Reisen. Angesichts der handgreiflichen Beweise für die überwältigenden Erfolge der Nazis war es kaum möglich, an etwas anderes als an einen totalen deutschen Sieg über den europäischen Kontinent zu glauben, zumal es noch keinen Anlass gab, einen bewaffneten Konflikt zwischen Deutschland und Russland für wahrscheinlich zu halten, und unser eigener Kongress entschlossen zu seiner Neutralitätspolitik stand. Wie schwer es war, unter diesen Umständen an der Hoffnung auf eine bessere Zukunft festzuhalten, geht vielleicht am klarsten aus den Tagebuchnotizen über eine meiner Reisen in die besetzten Gebiete hervor – in diesem Fall einen Besuch in Holland kurz nach seiner Eroberung durch die Deutschen:

«Den Haag, Freitag, 15. Juni 1940

Regen – schleierartiger englischer Regen mit einem Geruch nach feuchten Wiesen und der nahen See – sickerte durch die mächtigen Linden auf die gepflasterten Strassen im Haag.

Am Nachmittag . . . wanderte ich hinaus nach Scheveningen und wurde durch und durch nass dabei. Eine steife Brise wehte aus Nordwest, und die Brecher kämpften sich mit grossen Schaumkronen an den Strand vor. Die regennassen Plankenwege lagen verlassen; draussen auf See, in den minenverseuchten Gewässern, war kein Schiff zu sehen.

Das Stationsgebäude der elektrischen Vorortbahn war dunkel und menschenleer. Ich war erst nicht sicher, ob überhaupt Züge verkehrten. In der Wachstube sassen ein paar deutsche Soldaten und tranken Bier, eine hässliche Kellnerin gab einem von ihnen einen Klaps. Auf der Rückfahrt nach Den Haag waren meine einzigen Mitreisenden vier kleine Schulkinder; sie schwatzten vergnügt, und der graue Tag, die verregneten Scheiben, die Verlassenheit der Gegend und der ganze Jammer berührten sie nicht.

Der Zug brachte uns zu einem grossen Bahnhof irgendwo im Osten der Stadt. Ich brauchte fast eine Stunde, um die Gesandtschaft wiederzufinden. Die Suche führte mich durch nüchterne Strassen, über Brücken, an stillen Kanälen entlang und durch verborgene kleine Plätzchen. Ich sah den stämmigen, phlegmatischen, eigensinnigen Leuten zu, wie sie daherradelten und ihre Flusskähne schoben. Sie waren ihren Gewohnheiten und Traditionen so völlig treu geblieben, dass es schien, als werde nichts sie je ändern können. Aber beim besten Willen konnte ich für die meisten von ihnen in der Zukunft wenig anderes als Abstieg und Ruin entdecken. Was konnte Deutschland diesem Land als wirtschaftlichen Ausgleich für die Position als Mittelpunkt eines Kolonialreichs und Transitland für den Überseehandel bieten, die es verloren hatte? Diese Gegenden lebten wie Norwegen und Dänemark weitgehend von ihren überseeischen Verbindungen. Sie waren Europas Tore zur Welt. Aber ein von Deutschland beherrschtes Europa, das eingeengt war auf eine kontinentale, autarkistische Wirtschaftspolitik, das mindestens in seinen nördlichen Teilen aller Kolonialgebiete verlustig gegangen war – ein Europa, das die vor seiner Küste liegende grosse wirtschaftliche Potenz England erledigt hatte –, würde ein solches Europa noch viele Tore zur Welt brauchen? Gewiss würde Rotterdam ein Transithafen bleiben. Aber das allein, zusammen mit etwas Blumen- und Gemüseanbau, würde kaum genügen, um die dichtgedrängte Bevölkerung und den hohen Lebensstandard dieser dem Meer verbundenen Provinzen zu erhalten. Zu dem seelischen Elend, das die Vernichtung einer grossen

Kultur und einer grossen Tradition auslösen musste, konnte man zusätzlich nur das Elend fremder Ausbeutung und wirtschaftlichen Niedergangs erwarten, und dass eines Tages grosse Teile dieser holländischen Städte in die Sümpfe zurücksinken würden, auf denen sie mit so viel Stolz und Können errichtet worden waren. Allenfalls würden sie Sehenswürdigkeiten zur Erbauung künftiger Generationen deutscher Touristen werden und diesen vielleicht die Einsicht – eine zu späte und wirkungslose Einsicht – vermitteln, welche Werte ihre Vorfäter so leichten Herzens zerstört hatten.

Den Haag, Samstag, 16. Juni 1940

Heute Morgen machte ich wieder einen langen Spaziergang; aber ich sah nur eine deutsche Militärkapelle, die auf einem Platz vor einer ganzen Menge friedlicher, höflich applaudierender Holländer spielte, und eine Stelle, ziemlich dicht neben der Gesandtschaft, wo Bomben das Innere eines städtischen Wohnblocks fast vollständig zerstört hatten.

Am Nachmittag fuhr Elting⁹ mich in seinem Auto herum. Zuerst in einen kleinen Ort in der Nähe, um unseren Rotterdamer Konsul zu besuchen, dessen Büro und Wohnung durch die Bomben zerstört worden waren und der sich dort provisorisch einquartiert hatte. Wir trafen ihn daheim und bekamen etwas zu trinken. Nach der Gartenseite zu war der Raum völlig offen. Der Regen rieselte auf das üppige Gras und einen kleinen verunkrauteten Kanal, und alles war sehr holländisch und sehr traurig und friedlich. Jenseits des Kanals rauschte ein Strom von Radfahrern vorbei, und eine schöne Rotbuche glänzte in der Nässe.

Von dort fuhren wir nach Rotterdam. Wir kamen in die Stadt und in eine normale Geschäftsstrasse; die Läden waren geöffnet, die Strassenbahnen fuhren, und eine geschäftige Menge drängte sich auf den Bürgersteigen. Plötzlich, so übergangslos, als hätte jemand mit einem riesigen Operationsmesser einen Schnitt gemacht, waren die Häuser zu Ende, und es begann eine weite offene Landschaft voller Steintrümmer und Schutt. Hier und dort stand noch eine Wand oder sogar die ausgebrannte Schale eines Hauses, aber zumeist war nichts anderes mehr da als eine graue Ebene der Verwüstung. Die durch das riesige Trümmerfeld führenden Hauptstrassen waren unversehrt. Strassenbahnen und Kraftwagen fuhren wie immer, und die unergründlichen

⁹ Howard Elting jr., Berufsdiplomate, zu jener Zeit Legationssekretär in Den Haag.

Holländer radelten entlang, als ob nichts Besonderes passiert sei. An einem Verkehrsknotenpunkt der Innenstadt war der Verkehr immer noch ziemlich dicht, aber weit und breit stand kein Haus mehr, und man glaubte sich an einer Strassenkreuzung irgendwo auf dem Lande, zwischen Feldern, die als Abladeplätze für Schutt und Müll benutzt worden waren.

Abgesehen von dem fürchterlichen Umfang der Vernichtung (die Zahl der zerstörten Häuser ging sicher in die Tausende), war das Auffälligste das völlige Fehlen von Übergängen. Wo keine Bomben gefallen waren, schien alles in bester Ordnung. Wo sie gefallen waren, war einfach nichts mehr da. An der einen Seite eines Hauses, in dem Leute lebten und ein Geschäft geöffnet war, sah ich ein völlig normales Stadtbild; an der anderen Seite, direkt an der Hauswand beginnend, erstreckte sich, so weit das Auge reichte, nur eine Wüste gebleichter, rauchender Trümmer.

Wir fuhren zurück auf der breiten Autostrasse von Rotterdam nach Den Haag, der Strasse, auf der die deutschen Transportflugzeuge an jenem ersten Morgen der Invasion gelandet waren. An einigen Stellen, dort wo die grossen Maschinen von der Strasse abgedreht hatten, um ihren Schwung aufzufangen, waren die Hecken beschädigt. Am Eingang zum Flughafen in der Nähe von Den Haag stand eine Gruppe von Holländern auf ihre Fahrräder gelehnt und starrte durch den Zaun auf schwelende Trümmer neben dem ausgebrannten Verwaltungsgebäude. Auch wir hielten an, um zuzusehen, aber ein aufgebracht deutscher Luftwaffensoldat brüllte dem Wachtposten zu, die Amerikaner wegzuscheuchen, und gehorsam fuhren wir weiter.

Sonntag, 17. Juni 1940

Stand früh auf, um morgens um sechs einen Zug zurück nach Berlin zu nehmen. Die fünfstündige Fahrt durch das besetzte Holland war in den toten Sonntagmorgenstunden höchst langweilig. Es regnete immer noch; die Städte waren leer; die Welt schien nur noch von Kühen bewohnt. Ich las die deutsche Zeitung, sinnierte trübsinnig über das Propagandageschwafel vom sinnlosen Widerstand' und dachte, wenn mir überhaupt irgendetwas an diesem Kriege sinnvoll erschiene, dann sei es gerade der Widerstand, der die Ruinen von Rotterdam hervorgebracht hatte.»

Angeregt durch diese Erlebnisse, machte ich das Studium der Besatzungspolitik der Deutschen und ihre Bemühungen, im

restlichen Europa die Rolle eines «Herrenvolks» zu spielen, zu einer Art Steckenpferd, zwecks Ablenkung von meinen administrativen Pflichten. Ausser mir ging niemand diesen Themen nach. Die Monate, die ich in Prag unter deutscher Besetzung verlebt hatte, hatten sowohl mein Interesse geweckt als auch eine Vergleichsbasis geschaffen. Ich schrieb deshalb aus eigenem Antrieb eine Reihe von Abhandlungen über einzelne Besatzungsgebiete und krönte diese im Frühjahr 1941 (zu einer Zeit, als wir noch kaum Hoffnungen in das Heranreifen eines deutsch-sowjetischen Konflikts zu setzen wagten) mit einem langen Bericht, der die deutsche Politik und die deutschen Erfahrungen im Allgemeinen analysierte. (Viel später, als ich nach Washington zurückkehrte, fragte ich den Deutschlandreferenten im State Department, ob sie diesen Bericht erhalten hätten und ob er von Interesse gewesen wäre. Die Antwort war: Ja, man habe ihn erhalten, aber brauchbar sei er nicht gewesen, weil das Thema nicht nach Ländern aufgegliedert gewesen sei und man ihn deshalb nicht zertrennen und an die einzelnen Länderreferate habe verteilen können. Mithin hatte niemand ihn gelesen.)

Meine Studien brachten mich zu dem unerwarteten, aber bedeutsamen Schluss, dass die Nazis auch im Falle eines vollständigen militärischen Sieges bei der politischen Organisierung und Kontrolle der anderen Völker des Kontinents vor einem praktisch unlösbaren Problem stehen würden. Das ergab sich hauptsächlich aus der Überlegung, dass die ausschliesslich auf der Verherrlichung der angeblichen Tugenden des deutschen Volkes selbst beruhende Naziideologie bei Menschen ausserhalb Deutschlands, vor allem bei jungen Menschen, keinerlei Anklang finden konnte. Selbst für Marionettenregierungen von deutschen Gnaden, deren Mitglieder subjektiv völlig bereit gewesen wären, der deutschen Führung zu folgen, hätte sie demnach als politische Grundlage unzulänglich bleiben müssen.

Das kam mir zum erstenmal zum Bewusstsein, als ich im Zug nach Holland im Juni 1940 eine Unterhaltung zwischen einem deutschen Nazi, einem Geschäftsmann, und einem holländischen Nazi-Anhänger, übrigens einem intelligenten Menschen, mitanhörte. Der Holländer, entnehme ich meinen Notizen,

«erzählte dem Deutschen von holländischer Tradition und dem bourgeoisen Konservatismus der Niederlande und hob bedauernd hervor, dass es schwer sein würde, die holländische Jugend,

die nur ein kleines Land im Rücken und keine Aussicht auf grosse Eroberungen hatte, zu Nationalsozialisten zu erziehen. Als der Zug in Den Haag einfuhr, konnte ich mir die Bemerkung nicht versagen, dass es sich in der Tat mit der Gründung einer holländischen nationalsozialistischen Bewegung schwer tun werde: Denn entweder wäre sie wirklich eine holländische Bewegung, in welchem Falle sie nichts als ein zweitrangiges Konkurrenzunternehmen zur deutschen Bewegung sein könnte; oder aber sie würde eine pangermanische Bewegung, und das müsste die Aufopferung aller holländischen nationalen Werte bedeuten und ihre Anhänger aus selbstbewussten Niederländern in Deutsche zweiter Klasse verwandeln.»

Beim Abschluss meiner Untersuchungen über die deutsche Besatzungspolitik war ich überzeugt davon, dass es vom deutschen Standpunkt aus keine aussichtsreiche Lösung für das Problem gab. Die Deutschen standen vor einem Dilemma: Entweder versuchten sie, die militärische Besetzung fast des gesamten restlichen Europas auf die Dauer aufrechtzuerhalten, was physisch fast unmöglich war und unweigerlich zu Zersetzungserscheinungen in grossen Teilen ihrer eigenen Streitkräfte führen musste; oder sie arrangierten sich auf irgendeine Weise mit Regierungen, die von anderen Voraussetzungen ausgehen würden als sie selbst, deren Ziele mit denen des Nationalsozialismus keineswegs identisch sein und diesen gelegentlich sogar zuwiderlaufen würden. Hätte ich gewusst, welche Schwierigkeiten Hitler schon damals mit seinen spanischen, italienischen und Vichy-französischen Bundesgenossen hatte, wäre ich von der Unlösbarkeit des Problems noch stärker überzeugt gewesen.

Ich lege solchen Wert auf diese Schlussfolgerungen, weil ich ganz klar erkenne, welchen Einfluss sie später auf meine Einschätzung der politischen Erfolgsaussichten der sowjetischen Führung bei deren Bestreben hatten, die Rolle einer imperialen Macht zu spielen und das Verhalten anderer Staaten, namentlich der osteuropäischen, zu beherrschen und zu lenken. Mir schien das Problem in einigen Fällen lösbar, nämlich wenn die unterworfenen Nation sehr viel kleiner war als ihr Gebieter, oder wenn schon ihre geographische Lage den Gedanken an wirkliche und vollkommene Unabhängigkeit absurd erscheinen liess. Handelte es sich dagegen um grössere Völker in einiger Entfernung von der nach Hegemonie strebenden Macht, so würden sich nach

einiger Zeit wieder dieselben Phänomene zeigen, die jetzt Hitler bei seinem Versuch störten, seine Macht über das deutschbesetzte Europa zu konsolidieren. Allerdings besaßen die sowjetischen Führer im Gegensatz zu den Nazis eine in ihren Ansprüchen universale Ideologie, die somit wenigstens eine theoretische Chance hatte, von anderen Völkern übernommen zu werden. Die vollständige Übertragbarkeit des deutschen Falles auf den sowjetischen war mir daher in den ersten Nachkriegsjahren weniger deutlich als später, wo es sich zeigte, dass nicht der Kommunismus, sondern der Nationalismus die beherrschende politische Kraft der gesamten kommunistischen Welt sein würde. Aber seit mir die Untersuchung über die Probleme der deutschen Besatzung 1939-1941 die Augen geöffnet hatte, erkannte ich mehr und mehr, dass Gibbons Ausspruch: «Nichts ist widernatürlicher als der Versuch, entlegene Provinzen im Gehorsam zu halten», auch in der heutigen Welt uneingeschränkt weiter gilt. Ich gewann daraus den Trost, dass man vor denen, die die Welt beherrschen wollen, nicht allzu viel Angst zu haben brauche. Kein Volk ist gross genug, um eine Hegemonie über die ganze Welt aufzurichten. Der dauernden Machtausübung eines Staates in Gebieten, die er mit den eigenen Truppen weder zu besetzen und zu überwachen noch zumindest aus nächster Nähe zu überschatten vermag, wirken eingebaute Widerstände entgegen.

Der Sommer 1940 verging ohne die erwartete und befürchtete Invasion Englands. Am 17. Oktober konnte ich einem Freund im Ministerium schreiben, dass zwar immer noch Gerüchte über neue militärische Unternehmungen vor Beginn des Winters umliefen, dass die Zeit aber bereits knapp sei und sie mir ziemlich ungläubwüridig erschienen:

«Berichte aus vielerlei Quellen deuten auf grössere Zurückhaltung einflussreicher deutscher Kreise hinsichtlich der Kriegsdauer, und es ist sicherlich nicht ohne Bedeutung, dass die DAZ (Deutsche Allgemeine Zeitung) sich letzten Sonntag bemüssigt fühlte, ihren Lesern in einem langen Leitartikel mit der Überschrift ‚Winter‘ zu versichern, Deutschland könne einen weiteren langen und entscheidungslosen Kriegswinter‘ ohne Schwierigkeit überstehen.»⁴⁰

⁴⁰ Etwa um dieselbe Zeit bemächtigte der Berliner Witz sich des deutschen Kriegslieds «Denn wir fahren gegen Engelland» und dichtete den Text folgendermassen um: «Denn wir fahren, wir fahren; wir fahren schon seit Jahren mit langen weissen Haaren gegen Engelland.»

Heute will mir scheinen, als hätten wir in der Amerikanischen Botschaft in Berlin lange gebraucht, ehe wir erkannten, dass nach Hitlerscher Logik die Unmöglichkeit einer Landung in England unweigerlich die Invasion Russlands bedeute.

In einem anderen Abschnitt desselben Briefes kam ich den Gründen dafür nahe, ohne aber die notwendigen Schlussfolgerungen zu ziehen:

«Der unterschiedliche Grad von Begeisterung, mit dem die deutsch-russische Zusammenarbeit auf beiden Seiten der ‚Interessengrenze‘ diskutiert wird, ist schwer zu übersehen. Die enthusiastischen Erörterungen des Themas kommen offenbar alle aus Berlin; die russischen Meinungsäußerungen zeichnen sich dagegen, soweit ich sie zu sehen bekomme, durch betonte Nüchternheit aus, und gelegentlich klopft das russische Lineal scharf und hart auf die deutschen Finger. Offensichtlich gibt es zumindest in einem höchst wichtigen Gebiet, nämlich in Rumänien, weder enge Zusammenarbeit noch spürbares Vertrauen der beiden Regierungen zueinander. Die Russen könnten (von der Qualität einmal abgesehen) entlang der rumänischen Grenze mit Leichtigkeit beachtliche Quantitäten von Truppen und Material massieren, und jeder deutsche Vorstoss in Richtung Griechenland oder Türkei wird der Truppen Verteilung an seiner Flanke Beachtung schenken müssen.»

Hätte ich die Dinge nur bis zu der Einsicht weiter durchdacht, dass Hitlers Unvermögen, die britische Nuss mittendurch zu beissen, ihn zwingen würde, die Lösung des Problems in einem Angriff durch den Balkan auf die lebenswichtigen Verbindungen Englands im Mittelmeer zu lösen, dann hätte ich auch gesehen, dass die oben angestellten Überlegungen ihn gleichzeitig zu dem Versuch nötigen mussten, das sowjetische militärische Potential auszuschalten, um seine Ostflanke für eine umfassende Mittelmeer-Operation freizubekommen. Aber dann hätte ich, um ein vollständiges Bild zu haben, ausserdem wissen müssen, was ich damals nicht wissen konnte, nämlich mit welcher blinder Sturheit Molotow bei seinem bevorstehenden Besuch in Berlin auf vollständiger sowjetischer Militärkontrolle über Bulgarien und auf anderen, für die Deutschen kaum weniger unannehmbaren Wünschen beharren würde. Wir erfuhren, dass Molotows Gespräche mit den deutschen Führern nicht nach Wunsch verliefen; aber keiner von uns konnte ahnen, dass Stalin seinen

Verhandlungsspielraum so gefährlich überschätzen und von den Deutschen als Gegenleistung für Russlands Unterstützung im erweiterten Krieg gegen die britische Weltstellung Konzessionen verlangen würde, die so extrem und so habgierig waren, dass Hitler nichts anderes übrig blieb, als den Faktor Russland aus der Gleichung zu eliminieren, um mit seiner eigentlichen Aufgabe weiterzukommen.

Im Frühjahr 1941 wurde die Lage durch den Angriff auf Jugoslawien noch weiter verwirrt, ein Unternehmen von zweifelhaftem strategischem Wert, das möglicherweise, indem es die Vorbereitungen für den Angriff auf Russland in die Länge zog, Hitler den Sieg im Osten und damit den Endsieg gekostet hat. Unter diesen Umständen ist es kaum verwunderlich, dass wir den Feldzug gegen Jugoslawien nicht als Vorspiel zum Angriff auf Russland anerkannten. Im Verlauf des Frühjahrs indessen häuften sich die Anzeichen für eine bevorstehende Grossaktion der Deutschen im Osten. Wir meldeten sie alle nach Washington, wo man, wie heute allgemein bekannt, vergeblich versuchte, Stalin zu warnen. Als dann am 22. Juni die Nachricht vom Angriff kam, waren wir nicht völlig überrascht. Mir war gleichwohl klar, dass der deutsche Angriff die Situation von Grund auf änderte und von unserer Regierung neue Entscheidungen schwerwiegender, ja schicksalhafter Art verlangte. Dabei würde es um nichts Geringeres gehen als um die Formulierung einer neuen Politik gegenüber Ost- und Mitteleuropa, einer Politik von grösserer konkreter Verantwortlichkeit und mit weiterreichenden Folgen als irgendeine, die wir bislang zu formulieren für nötig befunden hatten. Eine gewisse Verantwortung freilich hatten wir schon am Ende des Ersten Weltkriegs durch unsere Mitwirkung bei der Errichtung eines selbständigen polnischen Staates und durch unser Einverständnis mit der Auflösung des österreich-ungarischen Reiches übernommen. Aber diese beiden Entscheidungen hatten wir mit Rücksicht auf das abstrakte und schlecht durchdachte Prinzip der Selbstbestimmung gefällt, ohne Bezug auf spezifische Machtfaktoren. Jetzt würden wir zu entscheiden haben, wer unserer Ansicht nach im östlichen Nachkriegseuropa den beherrschenden politischen Einfluss ausüben sollte. Eine dauernde Kontrolle durch die Nazis war als politisches Ziel undenkbar. Hingegen würde der Anblick der Sowjetunion als des jüngsten Opfers nazistischer Aggression in der amerikanischen öffentlichen Meinung unkritische Sympathie und Begeisterung auslösen. Die Rundfunksendungen aus

England und Amerika in den ersten Stunden nach dem deutschen Angriff bestätigten das. Würde diese Sympathie uns nicht vergessen lassen, dass Russlands unmittelbare Aufgaben im Moment zwar defensiver Natur waren, seine langfristigen Ziele im Falle eines Sieges aber womöglich nicht? Und bestand nicht die Gefahr, dass wir so eine sowjetische Politik gegenüber Osteuropa fördern würden, die wir eines Tages bereuen müssten?

Derlei Gedanken gingen mir durch den Kopf, als ich mich am 24. Juni, zwei Tage nach dem Beginn des deutschen Angriffs, hinsetzte und einen persönlichen Brief an meinen Freund Loy Henderson schrieb, der damals stellvertretender Leiter der Europa-Abteilung im State Department und speziell für unsere Beziehungen zu Russland und Osteuropa verantwortlich war. (Ich behielt keine Kopie davon, aber Loy war so freundlich, mir einige Jahre später das Original zurückzusenden.) «Ich bin der Überzeugung», so schrieb ich in diesem Brief,

«dass wir zu Hause nichts tun sollten, was den Eindruck erwecken könnte, wir schlössen uns dem von Churchill offenbar eingeschlagenen Kurse an und gewährten im derzeitigen russisch-deutschen Konflikt der russischen Sache moralische Unterstützung.

Mir scheint, dass eine Bewillkommnung Russlands als Bundesgenosse bei der Verteidigung der Demokratie unsere eigene Haltung in ein falsches Licht rücken und der deutschen Kriegführung unentgeltlich eine dringend benötigte Aura von Tugendhaftigkeit verleihen würde. Wäre das unsere Politik, so sehe ich nicht, wie wir vermeiden könnten, uns mit der russischen Vernichtung der baltischen Staaten zu identifizieren, mit ihrer Attacke gegen die finnische Unabhängigkeit, mit der Teilung Polens und Rumäniens, mit der Unterdrückung der Religion in ganz Osteuropa und mit der Innenpolitik eines Regimes, das überall in diesem Teil der Welt gefürchtet und verabscheut wird und dessen Methoden nichts weniger als demokratisch sind. Ich glaube, man kann ohne Übertreibung sagen, dass Russland in jedem seiner Anrainerstaaten, von Skandinavien – einschliesslich Norwegens und Schwedens – bis zum Schwarzen Meer, mehr gefürchtet wird als Deutschland . . .

Die Verwicklung Russlands in diesen Kampf entstammt ja offensichtlich nicht irgendeiner Bindung an die Grundideen der alliierten Sache, und es hat trotz seiner jetzigen Beteiligung wohl kaum den Wunsch, England als Sieger daraus hervorgehen zu

sehen. Russland hat erfolglos versucht, durch Kompromisse mit Deutschland und durch die Ableitung der deutschen kriegerischen Energien nach Westen für sich selbst Sicherheit einzuhandeln. Während des bisherigen Krieges hat die Moskauer Regierung mit allem Nachdruck betont, dass sie eine Politik des reinen Eigeninteresses betreibe, und sie hat ihre Entschlossenheit verkündet, keiner der kriegführenden Mächte in irgendeiner Weise zu helfen. Sie hat daher keinen Anspruch auf westliches Mitgefühl; und ich sehe keinen Grund, warum man bei uns ihre derzeitige Misere nicht ganz realistisch betrachten und sich sagen sollte, dass jemand, der in einem gefährlichen Spiel auf eigene Faust operiert hat, nun auch die moralischen Konsequenzen allein tragen muss. Eine solche Betrachtungsweise würde die Gewährung materieller Hilfe nicht ausschliessen, wann immer unser eigenes Interesse sie wünschenswert macht. Sie würde jedoch alles ausschliessen, was uns politisch oder ideologisch mit der russischen Kriegführung identifizieren könnte. Kurz, mir schiene es vernünftiger, Sowjetrussland als ‚Fellow Traveler‘ im üblichen Moskauer Sinn zu betrachten denn als politischen Bundesgenossen.»

Diese Stellungnahme, die ich fast ein halbes Jahr vor dem Eintritt der Vereinigten Staaten in den Zweiten Weltkrieg abgab, enthält im Kern schon die Meinungsverschiedenheiten, die mich während der kommenden fünf Jahre in ständige Opposition gegen die Regierungspolitik brachten, solange bis das Pendel amtlichen Denkens in den Jahren 1946-48 sich von links weg und nach rechts bewegte und für eine Weile ganz in die Nähe meiner eigenen Anschauungen kam, um dann allerdings weiter in die andere Richtung auszuschlagen, in Gestalt der übersimplifizierten und in hohem Masse militarisierten Beurteilung des russischen Problems, die sich nach 1949 durchsetzte.

Die restlichen Monate des Jahres 1941, bis Pearl Harbor, verschwimmen in meinem Gedächtnis. Ich erinnere mich nur des Gefühls, die Dinge seien der Kontrolle entglitten – nicht nur bei uns (letzten Endes hatten wir in unserer armen, überarbeiteten Botschaft zu keiner Zeit irgendeinen Einfluss auf den Lauf der Ereignisse gehabt), sondern bei jedermann. Tag für Tag verfolgte ich auf einer grossen Landkarte von Russland, die in meinem Büro an der Wand hing, das Vordringen von Hitlers Armeen durch die riesigen Sumpf- und Waldgebiete westlich von Moskau und verglich sie immer wieder mit dem ganz

ähnlichen Vormarsch des napoleonischen Heeres im Jahre 1812 (die zeitlichen und geographischen Übereinstimmungen waren oft verblüffend).

Während die Deutschen weiter nach Russland eindringen, verschlechterten sich unsere eigenen Beziehungen zur deutschen Regierung, die seit Kriegsbeginn nie anders als frostig gewesen waren, von Tag zu Tag mehr. Niemand wusste, wie das Ende kommen würde. Aber viele von uns spürten, dass es nahe war.

Die Nachricht von Pearl Harbor erreichte uns an jenem denkwürdigen Sonntagabend im Dezember durch die schwachen Signale der Kurzwellen-Rundfunknachrichten aus den Vereinigten Staaten. Ich hörte sie zufällig selbst und alarmierte den Geschäftsträger, Mr. Leland Morris, und so viele der anderen Beamten, wie ich telefonisch erreichen konnte. Zu nächtlicher Stunde trafen wir uns in der Botschaft, um unsern Kurs abzustechen, jetzt, da das Ende gekommen schien. Unser Land befand sich mit Japan im Kriegszustand, und es war klar, dass das jeden Moment zum Kriege mit Deutschland führen konnte.

Vier Tage lebten wir in quälender Ungewissheit, während die Deutschen berieten, ob sie ihre japanischen Bundesgenossen durch eine Kriegserklärung an die Vereinigten Staaten unterstützen sollten. In diesen vier Tagen hörten unsere Verbindungen zur Aussenwelt nacheinander auf. Telegramme, selbst solche an unsere Regierung, wurden auf dem Telegrafenamtmittel nicht mehr angenommen. Von Dienstagabend an waren unsere Telefone auf unerklärliche Weise gestört. Es wurde unmöglich, sich mit Washington oder sonst jemand in Verbindung zu setzen. Wir waren auf uns selbst angewiesen.

In dem Bewusstsein, dass wir töricht dastehen würden, wenn die Kriegserklärung nicht kam, aber schlimmer als töricht, wenn sie käme und uns unvorbereitet fände, verbrannten wir in der Nacht vom Dienstag auf den Mittwoch unser Chiffriermaterial und unsere Geheimkorrespondenz. Am Donnerstag endlich kam die Ankündigung, Hitler werde im Reichstag sprechen. Als die festgesetzte Zeit heranrückte, füllte sich der Platz vor der Botschaft mit Lautsprecherwagen und Menschenhaufen – in welcher Absicht, wussten wir nicht. Wir liessen die Jalousien vor die Fenster im Erdgeschoss herab und erwarteten den Sturm; aber er blieb aus. Während Hitler im Reichstag gegen uns tobte, wurde stattdessen das Telefon plötzlich und geheimnisvoll wieder lebendig – ein Anruf vom Auswärtigen Amt teilte mit, dass ein Wagen und ein Beamter vom Protokoll binnen Kurzem

eintreffen würden, um den Geschäftsträger zum Aussenminister zu geleiten. Fast im selben Augenblick erschien auch schon der Beamte. Ich musste ihn empfangen und unterhalten, während der Geschäftsträger seine Vorbereitungen traf; eine steifere Unterhaltung hat niemand je gehört. Der arme Morris wurde darauf in die Wilhelmstrasse abgeschleppt, wo er stehen musste, während Ribbentrop den wilden Mann spielte, ihm laut die Kriegserklärung vorlas und dann, nachdem er ihn angeschrien hatte: «Ihr Präsident hat diesen Krieg gewollt, jetzt hat er ihn», auf dem Absatz kehrt machte und abmarschierte.

Das Auswärtige Amt war unsicher, was es mit uns anfangen sollte, und beschloss, den Führer zu fragen. Dieser war offenbar sofort nach seiner Rede in das Feldhauptquartier abgereist; die Antwort liess zwei Tage auf sich warten. Als sie endlich am Samstagmorgen kam, war sie lakonisch und voll hitlerischer Wut: «Ende der Woche müssen die Amerikaner aus Berlin heraus sein». Demgemäss wurde ich am Samstagnachmittag ins Auswärtige Amt bestellt, wo man mir eröffnete, das gesamte amerikanische Botschaftspersonal habe sofort seine Wohnungen aufzulösen und sich am kommenden Morgen um acht Uhr mit nicht mehr als zwei Stücken Handgepäck pro Kopf im Kanzleigebäude einzufinden. Im Verlauf einer hektischen und schlaflosen Nacht wurde dies irgendwie bewerkstelligt. Um acht Uhr am Sonntag, dem 14. Dezember, versammelten wir uns in der Botschaft und stellten fest, dass das Gebäude innen und aussen bereits durch die Gestapo bewacht wurde und wir ihre Gefangenen waren. Noch vor Ablauf des Sonntagvormittags wurden wir in Autobussen zum Bahnhof gebracht und in zwei Sonderzüge verfrachtet. Fünf Monate lang blieben wir in einem Gebäude am Stadtrand von Bad Nauheim in der Nähe von Frankfurt interniert, *incomunicado*, mit bewaffneten Wachen und unter Aufsicht der Gestapo. Einige weitere amerikanische Beamte und Journalisten, die man in anderen Teilen Europas aufgegriffen hatte, stiessen noch zu unserer Gruppe. Die Gesamtzahl stieg schliesslich auf einhundertunddreissig. Vor Ende April 1942 hielt die Regierung der Vereinigten Staaten es nicht für nötig, sich mit uns in Verbindung zu setzen – was sie über die Schweizer sehr leicht hätte tun können. Für Informationen über etwaige Pläne, uns auszutauschen und wegzubringen, waren wir während des Winters auf die paar Brocken an Klatsch oder Nachrichten angewiesen, die wir bei den Deutschen oder den Schweizern, die uns gelegentlich besuchten, aufpicken konnten.

Während dieser fünfzehn Monate trug ich die unmittelbare disziplinarische Verantwortung für die zusammengewürfelte Gruppe hungriger, frierender und sorgenvoller Gefangener, desgleichen für ihre Beziehungen zu den deutschen Bewachern. Ihre Nöte, ihre Streitigkeiten, ihre Eifersüchteleien und ihre Beschwerden nahmen jede Minute meiner Zeit in Anspruch und würden allein ein Buch füllen. Ich will sie hier nicht beschreiben. Aber ich lernte eine Menge daraus über das Verhalten von Menschen unter widrigen Umständen: Die Unzuverlässigkeit und das Versagen einer Minderheit am einen Ende des menschlichen Spektrums; das passive Sich-führen-lassen der Mehrheit in der Mitte und die ausserordentliche Pflichttreue, den Mut und die sonstigen hervorragenden Qualitäten einiger Weniger am anderen Ende. Ich lernte eine mir neue Bewunderung für einen Teil der Menschheit, aber für einen Teil, von dem ich jetzt wusste, dass er stets in der Minderheit sein würde. Für die Majorität in der Mitte empfand ich eine Mischung von Mitleid und Fürsorge. Der Rest verdiente nur Abscheu und Widerwillen.

Besonders desillusionierend waren die endlosen Beschwerden über das Essen, die ich in Empfang nehmen und oft gegen meinen Willen gegenüber den Deutschen vertreten musste. Zwar erhielten wir nur die Lebensmittelrationen der deutschen Zivilisten, also viel weniger als normalen Kriegsgefangenen zustand; **wir bekamen auch keine Rotkreuzpakete wie Kriegsgefangene** sonst und waren infolgedessen erheblich schlechter ernährt. Die meisten von uns waren abgemagert, als es vorüber war. Andererseits waren wir nicht die einzigen, die damals in Europa Hunger hatten, und es ging um Wichtigeres als um das Füllen unserer Bäuche.

Mitte Mai liess man uns über Spanien und Portugal ausreisen; in Lissabon wurden wir gegen eine entsprechende Gruppe von Deutschen ausgetauscht. Die Bahnreise von Frankfurt nach Lissabon legten wir in zwei Sonderzügen zurück. In Spanien, das wir nachts durchfuhren, wurde es notwendig, die Wagentüren abzuschliessen, um die besonders munteren Mitglieder unserer Reisegesellschaft (vor allem die Journalisten) daran zu hindern, sich bei der Suche nach Alkohol auf den vollen, chaotischen Bahnhöfen zu verlieren und zurückgelassen zu werden. Ich hatte die Leitung des ersten Zugs und war die ganze Nacht damit beschäftigt, meine widerspenstige Herde zusammenzuhalten. Die portugiesische Grenze – unsre erste Wiederbegegnung mit Frieden und Normalität – erreichten wir frühmorgens

an einer kleinen Gebirgsstation. Ted Rousseau, damals stellvertretender Marineattaché in Lissabon, heute Kurator der Gemäldeabteilung des Metropolitan Museum of Art, war zu unserem Empfang dorthin gekommen. Meine Schutzbefohlenen blieben im Zuge eingesperrt, während ich ausstieg, um ihn zu begrüßen. Nach Austausch der üblichen Höflichkeiten erkundigte ich mich, ob man auf dem Bahnhof vielleicht frühstücken könne. Man konnte; und so nahm ich, der ich fünf Monate lang Briefkasten für Beschwerden über das Essen gewesen war, endlich Rache an meinen Mit-Internierten, indem ich mich zum Bahnhofsbuffet begab und ein Frühstück mit mehreren Eiern vertilgte, während sie ihren knurrenden Mägen noch die restlichen sechs oder sieben Stunden Bahnfahrt zuhören mussten, ehe wir uns gemeinsam auf die üppige Lissabonner Kost stürzten, wovon uns allen prompt übel wurde. Ich selbst verbrachte die letzten Stunden Bahnfahrt mit der Komposition eines gereimten Abschiedsgrusses an meine Gefährten der letzten fünf Monate. Das Ergebnis dieser dichterischen Mühen ist noch unter meinen Papieren; ich offeriere es hiermit zur Erinnerung an die damalige Stimmung und füge als Erklärung nur hinzu, dass das Gebäude, in dem man uns in Bad Nauheim untergebracht hatte, vor seiner Umwandlung in ein Kriegslazarett Jeschkes Grand Hotel gewesen war und dass der kleine Fluss, der seine Mauern umspülte, passenderweise Usa hiess. Dies sind die Verse:

Von Euch, Ihr Helden all im Gürtel-Enger-Schnallen,
Landsleute mein, die Ihr mit mir *pêle-mêle*
gestopft wart in die plüschverhangnen Hallen
von Jeschkes wohlverwahrtem Grand Hotel –

von Euch, Ihr wackren Speisekammer-Krieger,
die Ihr mit ungebrochnem Kampfesgeist
den Futtertrog umkreistet, wahre Tiger,
das hehre Ziel im Sinn, das Atzung heisst –

von Euch, Ihr Freunde, die Ihr mich erbautet
mit Eurer Leiden Vielzahl für und für:
wie es Euch zwackte, während Ihr verdaudet . . .
Wenn Ihr gestattet, nehm' ich Abschied hier.
Fünf lange Monde pflegtet Ihr die Mägen;
Spaziertet an der Usa stillem Strand;
Wart zum Dreinfügen selten zu bewegen,

derweil die Welt in Dreck und Blut sich wand.
Brot für die Welt wird fehlen noch in Jahren.
Doch wer auch sonst der Not erliegen mag:
Euch, meinen Schätzchen, mög' der Herr ersparen
den Schreck der Schrecken, den fleischlosen Tag!

Glücklicher- oder unglücklicherweise kam ich nicht weiter. Mein geistiger Höhenflug wurde unterbrochen durch die Ankunft in Lissabon und das unaufschiebbare Bedürfnis, auszusteigen und ein gutes Restaurant zu finden.

Obwohl die Internierung unangenehm gewesen war, obwohl sie de facto weitaus unangenehmer gewesen war, als aus den paar knappen Angaben hervorgeht, nahm das State Department kaum Notiz davon. Und als es sich endlich dazu herbeiliess und kurz vor unserer Abreise und dem Austausch per Telegramm zum erstenmal mit uns Verbindung aufnahm, da nur, um uns darüber aufzuklären, dass uns gemäss Entscheidung des Generalinspektors (die es, wie wir entnehmen durften, nicht anzufechten gesonnen war) für die Monate der Gefangenschaft kein Gehalt zustünde: wir hätten ja nicht gearbeitet. Ein zweites Telegramm (die einzige andere Nachricht aus Washington während der Zeit der Internierung) informierte uns, dass entgegen der ursprünglichen Absicht, uns alle auszutauschen, die Hälfte von uns in deutschem Gewahrsam zurückzubleiben habe, damit auf dem Austauschschiff noch Platz für jüdische Flüchtlinge bliebe. Und warum das? Weil einzelne Kongressabgeordnete, denen es darum zu tun war, sich die Gunst einzelner Wähler zu erhalten, dafür eintraten, diese Flüchtlinge nach den Vereinigten Staaten zu bringen. Und obwohl die Flüchtlinge nicht amerikanische Staatsbürger waren, hielt man ihr Geschick für wichtiger als das unsere. Das Ministerium war offensichtlich mehr daran interessiert, sich von parlamentarischem Druck zu entlasten, als sich um eine Gruppe seiner eigenen Bediensteten zu kümmern, die grossenteils eine lange und verdienstvolle Laufbahn hinter sich hatten und nur wegen ihrer Pflichttreue – einer Treue unter besonders schwierigen Umständen – in Feindeshand gefallen waren. Zwar gelang es Mr. Morris und mir, beide Nackenschläge abzuwehren, doch wird man uns nachfühlen, dass das nicht gerade die Art von Begrüssung war, auf die wir nach der Befreiung aus fünfmonatiger Gefangenschaft gehofft hatten. Der unangenehme Eindruck verstärkte sich noch, als wir bei der Ankunft in Lissabon Telegramme vorfanden, die kurz und

knapp einige unserer besten Leute zur Arbeit auf der iberischen Halbinsel einteilten – Dienstantritt am nächsten Morgen. Das Ministerium hatte offensichtlich nicht die blasseste Ahnung von der physischen und psychischen Verfassung dieser Männer und hatte auch keinerlei Phantasie daran verschwendet. Weder diese Weisungen noch der Empfang, der uns anderen bei der Ankunft in den Vereinigten Staaten zuteil wurde, enthielten meiner Erinnerung nach irgendein Wort der Anerkennung, sei es für die im Kriegsdeutschland geleistete Arbeit, sei es für die Strapazen der Gefangenschaft, die diese Arbeit uns eingebracht hatte.

Es blieb auch nicht die einzige Gelegenheit während dieses Krieges, die uns Veranlassung gab, über die klare Ungerechtigkeit der Regierung und grosser Teile unserer Öffentlichkeit gegenüber den Männern des Auswärtigen Dienstes nachzudenken. Besonders hinsichtlich ihrer Wehrpflicht brachte man diese Männer in eine Lage, die keinem Menschen jemals zugemutet werden dürfte. Ihre Vorgesetzten im State Department erklärten ihnen ausdrücklich, sie würden im Auswärtigen Dienst, für den sie Erfahrungen und Qualifikationen mitbrächten, dringender benötigt als beim Militär, und es sei daher erwünscht, dass sie sich vom Wehrdienst zurückstellen liessen. Das Ministerium war jedoch nicht bereit, sich dieserhalb mit einem Antrag an die Wehersatzbehörden zu wenden (das hätte ja auch im Kongress Kritik auslösen können); man legte daher den Beamten nahe, den Antrag selbst zu stellen. Die meisten taten es, und die meisten wurden zurückgestellt. In vielen Fällen war die Leistung, die sie anschliessend vollbrachten, nicht weniger ein integraler Bestandteil der Kriegführung als der Dienst der Männer in Uniform. Nicht nur das, sondern nicht selten war die Arbeit im Auswärtigen Dienst zur Kriegszeit kaum oder überhaupt nicht weniger gefährlich und entbehrungsreich als die eines grossen Teils der Soldaten. Aber alles das rettete sie nicht vor ständigen Anspielungen und häufig sogar Vorwürfen wegen ihres zivilen Status. In den Ländern der Alliierten blieben ihnen selbst die bescheidenen Privilegien der einfachen Soldaten versagt¹. Die amerikanische Presse brachte wiederholt Artikel, in denen sie, manchmal sogar individuell und unter Namensnennung, als

¹ Als ich später im Kriege in London auf Posten war, hatte ich einen Büroangestellten, der während des Ersten Weltkriegs als Berufssoldat an der Front in Frankreich gedient hatte. Ihm wurde der Zutritt zu dem grossen Militärkasino im Grosvenor House in der Nähe unseres Büros verwehrt, und er musste sich wegen seines jetzigen zivilen Status sein Mittagessen ganz allein in den schmierigen Kneipen um die Oxford Street suchen.

Drückeberger angeprangert wurden. Als ich im weiteren Verlauf des Krieges einmal einen Missionschef bat, mehreren offensichtlich überarbeiteten und übermüdeten Beamten Urlaub zu gewähren, wurde die Ablehnung von der Bemerkung begleitet, dass sie sowieso alle in Uniform gehörten. Diese Bemerkung traf ins Herz, und ich habe sie nie vergessen. Ich persönlich war nicht gemeint. Ich war schon zu alt für die Einberufung und selbst schon für die Meldung als Freiwilliger. Aber als ich das Häuflein von Beamten des Auswärtigen Dienstes auf dem betreffenden Posten im Geiste noch einmal inspizierte, da wollte mir scheinen, dass sie den Vergleich mit vielen Männern in Uniform nicht zu scheuen brauchten.

VI. Portugal und seine Azoren

Das Austauschschiff lief in New York Anfang Juni 1942 ein. Ich hatte Glück; man gab mir einen langen Sommerurlaub. Er wurde für das fröhliche Abenteuer verwendet, das erste eigene Haus unseres gemeinsamen Lebens zu suchen und zu finden – ein grosses, etwas heruntergekommenes Farmhaus in Südpennsylvania – und uns darin einzurichten. Im August nahm ich meinen Dienst wieder auf, bis auf Weiteres im Ministerium. Ich wurde einem Referat der Personalabteilung zugeteilt, wo man mir zum Zwecke der Schlussverfügung einen Haufen alter Akten überreichte, ein Sammelsurium von Dingen, mit denen sonst keiner etwas anfangen konnte.

Bevor ich zu Beginn des Sommers auf Urlaub gegangen war, hatte ich dem Unterstaatssekretär für Verwaltung, Mr. Howland Shaw, zwei in der Internierung geschriebene Aufzeichnungen übergeben, eine über den Plan einer Akademie für den Auswärtigen Dienst und die andere über die Notwendigkeit, die Beamtenschaft des Auswärtigen Amtes unverzüglich und drastisch zu vermehren, um für die schnell wachsenden Bedürfnisse der Kriegszeit und die noch darüber hinausgehenden Anforderungen, die die Nachkriegszeit mit Sicherheit an uns stellen würde, gerüstet zu sein. Nun fand ich zu meiner Bestürzung diese beiden Aufzeichnungen unter dem Krimskrams, den man mir zur Erledigung zugeschoben hatte. Der totalen Abwesenheit von Vermerken entnahm ich, dass es ausser mir niemandem im State Department bestimmt sein würde, sie zu lesen und verantwortlich mit ihnen zu verfahren. Betrübt schrieb ich beide zu den Akten; aber ich konnte mich nicht enthalten, zur Erbauung der Aktendeckel die schwächliche Marginalie anzubringen: «Ich finde das eine gute Idee⁴².»

Am Freitag vor dem Labor-Day-Wochenende⁴³ kam die Wei-

⁴² Dass man den Auswärtigen Dienst damals nicht erweiterte, führte zu der Notwendigkeit, grosse konkurrierende Dienste aufzubauen, um den Bedürfnissen der Kriegs- und Nachkriegszeit gerecht zu werden. Deren Personal wurde notgedrungen nach völlig anderen und weniger strengen Massstäben ausgesucht. Später konnte man natürlich nicht umhin, dies Personal in den Auswärtigen Dienst einzugliedern, oft auf höherer Ebene, und verletzte so das ganze Prinzip des fairen Wettbewerbs bei Eintritt und Beförderung.

⁴³ Labor Day: der «Feiertag der Arbeit» am ersten Montag im September (AdÜ).

sung, sofort – das hiess: noch während des Wochenendes – nach Portugal abzureisen und dort den Posten des Gesandtschaftsrats zu übernehmen. Das sollte offiziell meine Stellung sein, einschliesslich aller damit verbundenen normalen Pflichten und Verantwortlichkeiten. Aber zusätzlich wurde ich privat und informell aufgefordert, mich ins Zeug zu legen, um die heillose Konfusion zu entwirren, die unsere verschiedenen Abwehrlaute untereinander und im Zusammenwirken mit den Engländern bei dem Versuch angerichtet hatten, sich in dem ohnehin überschäumenden Hexenkessel von Spionage und Gegenspionage festzusetzen, der Lissabon zur Kriegszeit war. Ich glaube, dass ich diese Zusatzaufgabe schliesslich zur allgemeinen Zufriedenheit löste. Die Sache entbehrte nicht der üblichen knalligen Nebeneffekte – meist waren sie zum Lachen, manchmal phantastisch, manchmal auch haarsträubend. Aber auch all das muss, wenn überhaupt, in einer besonderen Art von Buch beschrieben werden; hier beschränke ich mich auf einen anderen Aspekt meiner andert-halb-jährigen Lissabonner Tätigkeit, nämlich meine Rolle bei den Bemühungen der Regierung der Vereinigten Staaten, von der portugiesischen Regierung die Erlaubnis zur Benutzung der Azoren als Zwischenlandeplatz zu erhalten, um die für die Teilnahme an der Invasion der Normandie benötigten grossen Mengen von Landflugzeugen auf dieser Route an ihren Bestimmungsort zu bringen.

Der amerikanische Gesandte in Lissabon war 1942 ein Politiker aus Florida, Mr. Bert Fish⁴⁴, angeblich ein Freund von Senator Claude Pepper. Er war ein kleiner, rundlicher Mann, mit einem Kopf so kahl, wie meiner es schliesslich wurde. Mr. Fish verliess seine Residenz in Lissabon nur selten. Noch seltener zeigte er sich im Kanzleigebäude der Gesandtschaft. Den grössten Teil seiner Zeit verbrachte er in einem Lehnstuhl in seinem Schlafzimmer, die Füsse auf einem Kissen, und hörte BBC und alle anderen ihm erreichbaren englischsprachigen Sender. Ich besuchte ihn allmorgendlich, brachte ihm den täglichen Eingang an amtlicher Korrespondenz und erhielt dafür seine Kommentare und Weisungen. Ungeachtet seiner körperlichen Trägheit und scheinbaren Isolierung fand ich in ihm einen scharfsinnigen und überlegten Beobachter des Geschehens, der mit Persönlichkeiten und Ereignissen des Lissabonner Schauplatzes erstaunlich vertraut war. Wie ich bald merkte, war ich keineswegs der einzige, der ihn besuchte und ihn über den Lokal-

⁴⁴ Bert Fish, 1875-1945, amerikanischer Gesandter in Lissabon 1941-43.

klatsch auf dem Laufenden hielt. Und ich muss sagen, dass er bei den seltenen Gelegenheiten, an denen er einlud, viel südstaatlichen Charme und Würde entwickelte, kaum je ein Gesicht oder einen Namen vergass und an jedem seiner Gäste lebhaftes Interesse nahm.

So weit, so gut; aber bei der Einarbeitung in meinen neuen Posten beunruhigte mich zunehmend das offensichtliche Fehlen politischen Kontakts mit der portugiesischen Regierung. Wenn die Akten und das Gedächtnis der Gesandtschaftsangehörigen nicht trogen, hatte seit dem Kriegseintritt der Vereinigten Staaten zu keiner Zeit so etwas wie eine politische Unterhaltung zwischen dem amerikanischen Gesandten und dem portugiesischen Ministerpräsidenten stattgefunden. Zu keiner Zeit hatten wir mit den Portugiesen auf verantwortlicher Ebene solche Dinge erörtert wie die generelle Vereinbarkeit unserer Interessen im Lichte der Kriegssituation oder die Aussicht auf gute Beziehungen nach Beendigung des Krieges. Das schien mir nicht nur unbefriedigend, sondern in mancher Hinsicht gefährlich. Der Krieg und seine Folgen mussten zu irgendeinem Zeitpunkt eine Klärung und Neudefinition des portugiesisch-amerikanischen Verhältnisses erforderlich machen. Portugal war offiziell immer noch neutral, aber naturgemäss würde jeder drastische Wandel des Kriegsglücks (und ein solcher Wandel war so oder so verhältnismässig bald zu erwarten) sofort Probleme aufwerfen, die nur durch eine einigermaßen vertrauensvolle Verständigung zwischen uns und den Portugiesen würden gelöst werden können. Anfang 1943 rekapitulierte ich in einem ausführlichen Bericht an das Ministerium die Geschichte der anglo-portugiesischen Allianz und legte dar, warum es nun an der Zeit sei, den Wirkungsbereich dieser ältesten und ehrenhaftesten aller politischen Verbindungen so zu erweitern, dass die Vereinigten Staaten an den Rechten und den Pflichten der britischen Seite teilhaben könnten. Auf diese Weise hoffte ich in Washington Interesse an dem ganzen Problem unserer Beziehungen mit Portugal zu wecken. Aber die Reaktion blieb aus. Ich drängte auch Mr. Fish, aus eigenem Antrieb und auch ohne Weisungen ein Gespräch – vielleicht mehrere – mit Salazar zu suchen und herauszufinden, ob sie beide nicht zu irgendeiner persönlichen Übereinstimmung gelangen könnten, die für den irgendwann sicher unvermeidbaren Zusammenprall der Interessen beider Länder eine Auffangstellung schaffen würde. Aber Mr. Fish war nicht dafür zu haben. Er betrachtete Salazar

mit argwöhnischem Respekt. «Ich werd' da doch nicht 'runterwandern und mich übern Löffel halbieren lassen», erklärte er mir einmal. «Der ist mir zu schlau.» Und dabei blieb es.

Im Juni 1943 stattete ich Washington einen kurzen Besuch ab, in erster Linie um meine kleine Tochter, die wir in Washington auf der Schule gelassen hatten, nach Portugal zu holen. Während meiner Abwesenheit wurde Mr. Fish plötzlich krank und starb. Das hiess, dass ich bei Rückkehr nach Lissabon automatisch Geschäftsträger sein und zum erstenmal die volle Verantwortung für den Betrieb einer dank den Kriegsumständen recht wichtig gewordenen diplomatischen Vertretung tragen würde.

Mein Freund W. W. Butterworth, Kon-Semester in Princeton und Kollege im Auswärtigen Dienst, leitete damals als Generaldirektor der United States Commercial Corporation mit grossem Erfolg die wichtigen kriegswirtschaftlichen Unternehmungen unserer Regierung auf der Iberischen Halbinsel. Bei meiner Rückkehr nach Lissabon erfuhr ich von ihm, dass unter strengster Geheimhaltung zwischen Briten und Portugiesen Verhandlungen mit dem Ziel des britischen Erwerbs militärischer Anlagen auf den Azoren angelaufen seien. Kurz zuvor war eine britische Delegation zu diesem Zweck insgeheim in die portugiesische Hauptstadt gereist. Es hatte sich nämlich gezeigt, dass die Benutzung der Azoren praktisch unumgänglich war, wenn man so viele Landflugzeuge, wie benötigt wurden, um einer künftigen Landung auf dem Kontinent Luftunterstützung zu geben, von Nordamerika nach England schaffen wollte⁴⁵.

Dieser Geheimappell der Briten an die Portugiesen gründete sich natürlich auf die Bestimmungen des anglo-portugiesischen Bündnisses, auf die sich die Briten nun zum zweiten Mal innerhalb eines Jahrhunderts beriefen. Und die Portugiesen machten im Zweiten wie im Ersten Weltkrieg deutlich, dass sie die Neutralität zwar vorzögen und an ihr festhalten würden, wenn sie allein zu entscheiden hätten, dass sie aber auch nicht zögern würden, in den Krieg einzutreten, falls die Briten das im Namen des Bündnisses von ihnen verlangten. Mehrere Jahrhunderte lang hatte die Sicherheit der Portugiesen auf dem britischen Interesse

⁴⁵ Wie ich später erfuhr, schätzten die amerikanischen Vereinigten Stabschefs damals, dass der Transfer der für die geplanten Landungen in der Normandie benötigten Flugzeuge nach Europa via die Azoren etwa 51,5 Millionen Gallonen (1 amerik. Gallon = 3,78 l) hochoktaniges Flugzeugbenzin sparen und ausserdem erhebliche Mengen an Transportflugzeugen und Bodenpersonal freistellen würde, die andernfalls bei der Überführung der Flugzeuge auf der weniger direkten und daher kostspieligeren Nordroute gebunden gewesen wären („Foreign Relations of the United States, 1943. Europe“, Bd. II, S. 547-548).

an der Unabhängigkeit und Unantastbarkeit ihres Landes beruht, das in diesem ehrwürdigen internationalen Vertragswerk verankert war; und die Portugiesen nahmen es daher sehr ernst. Als sie im Ersten Weltkrieg aufgefordert wurden, es zu honorieren, taten sie das ohne Umschweife. Es war klar, dass sie es auch im Zweiten Weltkrieg tun würden, wenn man sie darum ersuchte. Aber sie waren entschlossen, diesen Schritt nur dann zu tun, *wenn* eine solche Aufforderung an sie erginge. Und wenn sie England militärische Anlagen zur Verfügung stellten, so wollten sie zunächst detaillierte Gespräche darüber, was das für Portugal bedeuten könnte und wie man das Land vor den verschiedenen nachteiligen Folgen, die ein solcher Schritt vielleicht auslösen würde, zu schützen gedenke. All das war Gegenstand der Geheimgespräche mit den Portugiesen, die die Briten damals begonnen hatten.

Während des Sommers informierten die Briten in Lissabon Butterworth und mich loyalerweise vertraulich über den Fortgang der Verhandlungen. Am 17. August wurden sie erfolgreich abgeschlossen, und man kam überein, mit der Landung britischer Truppen auf gewissen Inseln des Azorenarchipels zum Zweck der Errichtung von Militärstützpunkten am 8. Oktober zu beginnen.

Die delikate Natur des Unternehmens war ebenso offensichtlich wie die Notwendigkeit äusserster Geheimhaltung in allen vorbereitenden Phasen und während der anfänglichen Truppenausschiffung. Hätten die Deutschen von den Verhandlungen Wind bekommen, so hätten sie die Portugiesen, die schliesslich offiziell noch eine neutrale Macht waren, zum wenigsten mit Protesten und Drohungen überhäuft; schlimmstenfalls hätte man mit sofortigen Gegenmassnahmen rechnen müssen, vermutlich mit Attacken gegen portugiesische Schiffe auf hoher See, schon bevor irgendein Ergebnis der Proteste ersichtlich gewesen wäre. Darüber hinaus bedeutete das Fehlen geeigneter Häfen auf den in Frage kommenden Inseln, dass die Fahrzeuge der ersten britischen Expeditionstreitkräfte während gewisser Phasen des Ausschiffens vor der Küste im tiefen Wasser liegen mussten, wo sie allen deutschen U-Booten, die von ihrer Anwesenheit gewusst hätten, hilflos ausgeliefert gewesen wären. Die Vereinbarung durfte aus diesem Grunde erst vier Tage *nach* Beginn der Landung öffentlich bekanntgegeben werden, und in der Zwischenzeit war es lebenswichtig, nichts davon durchsickern zu lassen. Um unser Teil zur Wahrung der Sicherheit

beizutragen, informierten Butterworth und ich Washington nur durch streng geheime Briefe an den Aussenminister persönlich. Ich hoffte, Washington damit zu irgendeiner Reaktion zu bewegen, sei es auch nur der, dass man uns mitteilte, unsere Regierung habe Kenntnis von dem britischen Vorgehen, und uns einige Richtlinien für unser eigenes Verhalten in der ganzen Sache gab. Denn offenbar war doch der Wandel in der portugiesischen Einstellung zum Kriege, der in diesen Abmachungen zum Ausdruck kam, von grösster Wichtigkeit nicht nur für die britischen, sondern genauso für die amerikanischen Interessen. Er hatte eine Fülle von Implikationen für die Arbeit der amtlichen Dienststellen, denen Butterworth und ich vorstanden. Er musste insbesondere unsere Kriegs Wirtschaftspolitik gegenüber Portugal wesentlich beeinflussen – ein Gebiet, das für unsere Regierung, und besonders für das Butterworth'sche Unternehmen, von allergrösstem Interesse war. Aber es kam nichts, keine Antwort, nicht einmal eine Eingangsbestätigung für unsere Berichte; und als der Termin des Inkrafttretens der Vereinbarung heranrückte, konnte ich nur hoffen und unterstellen, dass die britische Aktion das Resultat sorgfältigster Abstimmung zwischen ihrer und unserer Regierung sei (wie das in der Tat bei jedem Ereignis von derartiger Tragweite hätte der Fall sein müssen).

Freitag, der 8. Oktober, war, um zu wiederholen, der für den Beginn der britischen Landung vorgesehene Tag. Drei Tage vorher, am Dienstag derselben Woche, bekam ich vom State Department ein Telegramm, das die höchste Geheimhaltungsstufe hatte (genau wie alle weiteren Mitteilungen in dieser Sache) und mich anwies, wenn, *aber nur wenn*, ich danach gefragt würde, dem portugiesischen Ministerpräsidenten die Versicherung abzugeben, dass die Vereinigten Staaten darauf eingestellt seien, die portugiesische Souveränität in allen portugiesischen Besitzungen zu respektieren. Es war klar, dass diese Versicherung mit der britischen Landung zusammenhing. Was tun? «Wenn Sie gefragt werden», hiess es in der Weisung. Eine solche Anfrage hatte ich bisher nicht erhalten. Ich legte die Weisung in den Panzerschrank und wartete.

Zwei Tage vergingen, und dann kam der kritische Freitag, an dem die Briten mit der Landung beginnen sollten. Als ich am Freitagmorgen im Büro eintraf, fand ich die Weisung vor, meine Versicherung abzugeben, ohne eine portugiesische Anfrage abzuwarten. Na schön. Ich marschierte zum Aussen-

ministerium, um eine Unterredung mit Dr. Salazar zu vereinbaren.

Der Leiter der Amerika-Abteilung, Herr Leitao, war argwöhnisch und zögerte, mir zu helfen. Er sagte, Salazar sei nicht in der Stadt. Man erwarte ihn erst in einigen Tagen zurück. (Tatsächlich befand er sich an der spanischen Grenze, vierhundert Kilometer entfernt, und setzte General Franco über die Ereignisse ins Bild.) Um ihn zurückzurufen, müsse man schon einen gewichtigen Grund nennen. Ob ich ihm, Leitao, sagen könne, weshalb ich Dr. Salazar zu sehen wünsche? Das konnte ich nicht. Aber ich machte ihm eine Andeutung. Ich rief mir ins Gedächtnis zurück, dass Mr. Fish und ich einige Monate zuvor, beim Einmarsch unserer Streitkräfte in Nordafrika, genötigt gewesen waren, den ältlichen portugiesischen Staatspräsidenten General Antonio Oscar de Fragoso Carmona mitten in der Nacht aus dem Bett zu holen, um ihm ganz ähnlich im Namen unserer Regierung zu versichern, dass sie während der just in diesem Moment beginnenden nordafrikanischen Operation Portugal völlig unberührt lassen und seine Souveränität strikt respektieren werde. Auch damals hatte das Aussenministerium zunächst gezögert, die Unterredung zu vereinbaren. Auch damals hatten sie wissen wollen, um was es ginge, und wir hatten sie enttäuschen müssen. Ich erinnerte meinen portugiesischen Freund jetzt an diese frühere Angelegenheit, und ich erklärte ihm, dass der jetzige Anlass dem damaligen nicht unähnlich sei. Das genügte ihm. Sofort wurde der Telegraf in Bewegung gesetzt. Wenige Stunden darauf erhielt ich die Mitteilung, Salazar werde ausdrücklich meinewegen nach Lissabon zurückkehren und mich am Sonntagmorgen um zehn Uhr in seiner Privatwohnung empfangen.

Am Sonntagmorgen ging ich auf dem Weg zu meiner Unterredung gegen halb zehn noch einmal in die Gesandtschaftskanzlei, um die notwendigen Papiere zu holen und nachzusehen, ob weitere Nachrichten eingetroffen seien. Tatsächlich war gerade eine Sofortsache eingegangen, die soeben entziffert wurde. Das Entschlüsseln dauerte bis wenige Minuten vor zehn. Ein Blick auf die Weisung erfüllte mich mit Bestürzung. Die Versicherungen, so hiess es, dürften unter keinen Umständen abgegeben werden; bis zum Eingang weiterer Weisungen solle ich nichts unternehmen. Für diese plötzliche Entscheidung wurde keinerlei Erklärung gegeben.

Was *sollte* ich tun? Ich hatte den Ministerpräsidenten, den poli-

tischen Führer des Landes, veranlasst, an einem Wochenende vierhundert Kilometer zu reisen, um mich zu empfangen. Die Unterredung war in fünf Minuten. So spät konnte ich sie nicht mehr absagen. Aber was konnte ich sagen?

In schwarzer Verzweiflung legte ich den kurzen Weg zu dem bescheidenen Schlösschen zurück, das Salazar als Residenz diente. Ich wurde vorgelassen und gestand ihm unglücklich, ich hätte Weisungen erhalten, die es überflüssig und schwierig machten, ihm die Angelegenheit vorzutragen, deretwegen ich ihn ursprünglich hatte aufsuchen sollen. Aber dann holte ich tief Luft, und in dem Gefühl, dass ich einfach irgendetwas tun musste, um die Situation zu retten, erklärte ich ihm, es sei mir bewusst, dass noch nie jemand von unserer Seite mit ihm die verschiedenen Aspekte des portugiesisch-amerikanischen Verhältnisses angesichts der Kriegssituation erörtert habe; ich schlug daher vor, die Gelegenheit für eine solche Diskussion zu nutzen. Er war sichtlich perplex, bat mich aber fortzufahren. Ich brachte tapfer einige persönliche Ansichten über das gemeinsame Interesse beider Staaten an der Sicherheit der atlantischen Region vor. Bald befanden wir uns in einer vorsichtigen, aber nicht unfruchtbaren Erörterung einiger mehr langfristiger Aspekte unserer gegenseitigen Beziehungen. Als ich ihn verließ, war er besänftigt und nicht ganz unzufrieden, aber immer noch sehr perplex.

Ich kehrte in die Gesandtschaft zurück und berichtete Washington, was ich getan hatte und warum. Aber selbst dieser Bericht konnte das State Department nicht aus seiner merkwürdigen Schweigsamkeit lösen. Es blieb mir überlassen, selbst darüber nachzudenken, warum die Versicherungen zurückgehalten worden waren. War man, überlegte ich, irgendwo in Washington plötzlich geneigt, in diesem kritischen Augenblick die portugiesische Souveränität *nicht* zu respektieren, wollten wir vielleicht selber etwas besetzen, ohne um die portugiesische Erlaubnis auch nur nachzusuchen? Der Gedanke missfiel mir, aber was wusste ich denn? Ich erinnerte mich, dass wir in der Gesandtschaft in einem früheren Stadium des Krieges einmal energisch in Washington intervenieren müssen, um verschiedene Übereifrige in General Donovans OSS⁴⁶ daran zu hindern, einen Aufstand der Bevölkerung der Azoren gegen die portugiesische Herrschaft vorzubereiten – ein Plan, der anschei-

⁴⁶ Office of Strategie Services: damals der militärische Nachrichtendienst der Vereinigten Staaten (AdÜ).

nend von der Theorie ausging, dass Salazar ein gefährlicher Faschist und mit dem Feind im Bunde sei.

All das passierte am Sonntag, dem 10. Oktober. Der Montag verlief ohne Zwischenfälle, aber auch ohne weitere Aufklärung. Am Dienstag war die erste Ausschiffung britischer Streitkräfte mit Erfolg beendet, und die Nachricht von der Überlassung militärischer Anlagen an die Engländer wurde veröffentlicht. Gegenüber den Deutschen war die portugiesische Entschuldigung für diese Abkehr von der Neutralität natürlich das anglo-portugiesische Bündnis. Ebenso natürlich antworteten die Deutschen nichtsdestotrotz mit einer drohenden diplomatischen Note, und den Rest der Woche über zitterten die Portugiesen bei dem Gedanken, die Deutschen könnten militärisch gegen das portugiesische Festland vorgehen oder mit der Versenkung portugiesischer Schiffe auf See beginnen.

Am folgenden Sonntag, dem 17. Oktober, stattete ich dem Büro wie üblich meinen Sonntagmorgen-Besuch ab, um die eingelaufenen Telegramme zu überprüfen. Wieder einmal ging gerade eine Sofortsache ein, aber diesmal war es ein langer Text, und die Entschlüsselung brauchte Zeit. Ich las die Blätter, so wie sie nacheinander aus dem Chiffrierraum kamen, mit steigender Bestürzung. «Die folgenden Instruktionen», so begann die Weisung,

«werden Ihnen auf Anordnung des Präsidenten erteilt und sind am 18. Oktober oder zum nächstmöglichen Zeitpunkt danach auszuführen, sofern zu dieser Zeit Deutschland nicht militärisch gegen Portugal vorgegangen ist.

Es ist Ihnen bekannt [das war es, nebenbei gesagt, nicht], dass wir gewisse Verhandlungen in der Schwebe gehalten haben, um ein Überschneiden mit den Verhandlungen zu vermeiden, die zu der anglo-portugiesischen Vereinbarung vom 17. August geführt haben. Unsere eigenen Verhandlungen waren dazu bestimmt, gewisse Einrichtungen in den Azoren für unsere Armee und Marine⁴⁷ verfügbar zu machen. Sie erhalten hierdurch Weisung, sich um eine Unterredung mit Dr. Salazar zu bemühen und um die Genehmigung folgender Einrichtungen nachzusuchen: . . .»⁴⁸

⁴⁷ Die amerikanische Luftwaffe war damals noch kein eigener Wehrmachtteil, sondern gehörte teils zum Heer, teils zur Marine (AdÜ).

⁴⁸ Foreign Relations of the United States, a. a. O., S. 554-556.

Und nun folgte eine Liste von Anlagen, die alles weit in den Schatten stellte, wovon die Briten, selbst im Hinblick auf ihr uraltes Bündnis, je zu träumen gewagt hatten: ein Flottenstützpunkt, ein Seefliegerhorst, Flugplätze für Landflugzeuge auf drei verschiedenen Inseln, Kabel- und Nachrichtenverbindungen, Beobachtungsstationen, Radar, Anlagen für die Versorgung amerikanischer Kriegsschiffe in allen Häfen der Azoren mit «unbeschränktem Hafenausbau und Landunterkunft für das notwendige Personal», und so weiter. Es war vollkommen klar, dass Einrichtungen dieser Grössenordnung die Wirtschaft und die Verwaltung der Inseln mit ihrem Gewicht einfach erdrücken würden. Der portugiesische Anteil an den Vorgängen auf den Inseln würde angesichts solcher Anlagen notwendigerweise nur noch nebensächlich sein. Die primitive Wirtschaft der Inseln würde durch die Menge des von aussen einströmenden und hier ausgegebenen Geldes verdorben werden. Die Inselbewohner selbst, bislang Leute mit Selbstachtung, würden unweigerlich dazu verleitet werden, ihre bescheidenen Höfe und anderen Tätigkeiten fahren zu lassen und wegen des höheren Lohnes sich als Dienstpersonal auf den Stützpunkten verdingen. Es war müssig, so zu tun, als ob das etwas anderes sei als die De-facto-Übernahme der Inseln durch unsere Streitkräfte auf Kriegsdauer und der Ruin für Kultur und herkömmliche Lebensweise ihrer Bewohner.

Ich wusste, dass Salazar auf etwas Derartiges völlig unvorbereitet war. Die Engländer hatten ihn vielleicht darauf vorbereitet (selbst das war nicht sicher), dass wir vermutlich zu gegebener Zeit die Mitbenutzung der von ihnen erworbenen Anlagen wünschen würden. Soviel ich jedoch damals wusste oder heute weiss, hatten sie niemals angedeutet, dass Forderungen dieser Art bevorstünden. Tatsächlich betrachtete Salazar mit dem, was er den Briten so zögernd zugestanden hatte, seine gesamte aus dem anglo-portugiesischen Bündnis erwachsene Schuld als abgegolten; und zweifellos gratulierte er sich dazu, die grösste Krise in Portugals Verhältnis zum Krieg überstanden zu haben, ohne sein Land einer Invasion oder Blockade auszusetzen. Wenn er jetzt den Amerikanern erlaubte, de facto den gesamten Archipel der Azoren zu besetzen und ihn in einen einzigen grossen Luft- und Flottenstützpunkt zu verwandeln, würde er damit die ganze Problematik der deutsch-portugiesischen Beziehungen im Kriege wieder neu aufwerfen, und das aus einem Anlass, der in portugiesischer Sicht viel weniger vertretbar war als das

Abkommen mit den Briten. Diesmal würde Salazar sich nicht mit einem anglo-portugiesischen Bündnis herausreden können, das weit älter war als die Streitfragen des derzeitigen Krieges. Solche Forderungen anzunehmen, würde fraglos die vollständige Aufgabe von Portugals nomineller Neutralität nach sich ziehen, für deren Erhaltung Salazar so hart gearbeitet hatte und an der seiner Meinung nach den Alliierten ebenfalls gelegen war. Auch die Wirkung auf Spanien, mit dessen Führer er gerade gesprochen hatte, war unberechenbar. Wer konnte sagen, ob man damit nicht die Spanier den Deutschen als Verbündete in die Arme triebe und Portugals unabhängige Position auf der Iberischen Halbinsel in Gefahr brächte?

Dazu kam noch die Sache mit unserer Garantie für die portugiesische Souveränität. Es war Salazar inzwischen sicher bekannt (die Briten mussten es ihm erzählt haben), dass man sie zurückhielt. In seinen Augen konnte das nur bedeuten, dass man mit ihm unter Drohungen verhandeln wollte: «Gib uns augenblicklich diese Anlagen, sonst nehmen wir sie uns.»

Und gesetzt den Fall, so musste ich mich fragen, wir zwangen ihn wirklich zur Entscheidung. Was würde er dann tun? Natürlich würde er sich an die Engländer wenden – er würde sich an sie im Namen genau desselben Bündnisses wenden, das Portugal soeben honoriert hatte, honoriert auf britisches Verlangen, zum zweiten Mal in einem Jahrhundert, und honoriert unter Hinnahme eines beträchtlichen Risikos. Er würde sich an die Engländer wenden und sagen: «Wir haben soeben dieses Bündnis honoriert. Seid Ihr bereit, dasselbe zu tun? Sind Eure Ehre und Eure Treue gegenüber dieser ältesten Eurer Verpflichtungen geringer als die unsre? Wenn nicht, dann beschützt uns jetzt bitte vor den Amerikanern.» Auf Churchill, mit seinem starken Sinn für Geschichte und Tradition, hätte das enorm gewirkt.

Ich ging mit meinem Telegramm zum britischen Botschafter Sir Ronald Hugh Campbell, einem erfahrenen Kollegen, mit dem ich immer gut und angenehm zusammengearbeitet hatte. Auch er wurde bleich, als er las. Es war uns beiden klar, dass ein grösseres und gefährliches Missverständnis zwischen unseren beiden Regierungen drohte.

Und noch einmal: Was sollte ich tun? Die Weisung war mir «auf Anordnung des Präsidenten» erteilt worden. Mit Befehlen des Präsidenten war schon unter normalen Umständen nicht zu spassen, viel weniger Befehlen, die militärische Angelegenheiten in Kriegszeiten betrafen. Aber es war nur zu wahrscheinlich,

dass sie auszuführen gleichbedeutend wäre mit dem Öffnen der Büchse der Pandora.

Zunächst einmal beschlies ich das Problem. Am folgenden Tag drahtete ich Washington. Ich sagte, so ungern ich auch mit dem Ministerium über eine Weisung des Präsidenten diskutiere oder das Ministerium bäte, seinerseits darüber mit dem Präsidenten zu diskutieren, gebe es meiner Meinung nach doch zwingende Gründe, in diesem Falle die Weisung nicht auszuführen. Vielleicht würde das Ministerium, statt auf sofortiger Ausführung zu bestehen, mir erlauben, «unverzüglich nach Washington zurückzukehren und, falls notwendig, dem Präsidenten persönlich meine Ansichten zu erläutern». Ich hätte, so erklärte ich, die Briten gebeten, keinen eigenen Kommentar nach Washington zu geben, bevor ich Gelegenheit gehabt hätte, meine Meinung vorzutragen, weil ich «nicht den Wunsch hätte, der direkten Verantwortung für die Ausführung dieser Weisungen auszuweichen⁴⁹». Aber den Wunsch zu remonstrieren hatte ich.

Darauf war zwei Tage lang ich mit dem Zittern an der Reihe. Dann kam die Antwort. Der Präsident sehe keinen Grund, mich nach Washington kommen zu lassen; er wünsche, dass ich meine Ansichten telegrafisch übermittle.

Ich setzte mich hin und schrieb einen langen Bericht, in dem ich die verschiedenen Gründe aufführte, weshalb das geplante Verfahren gegenüber den Portugiesen kaum gute, aber eine Reihe schlechter Resultate haben dürfte. Insbesondere wies ich darauf hin, dass ich den Portugiesen für ihr Abgehen von der Neutralität keine Gegenleistung anzubieten hätte; die Briten hätten, um ihre Anlagen in den Azoren zu erhalten, schon alle Trümpfe der alliierten Seite in Bezug auf Massnahmen der wirtschaftlichen Kriegführung und Probleme der Versorgung, Schifffahrt und dergleichen weggegeben. Diese Karten seien nicht mehr im Spiel. – Da ich wusste, dass es unklug sei, Washington nur mit negativen Argumenten zu kommen, skizzierte ich anschliessend ein Vorgehen, mittels dessen meiner Ansicht nach die portugiesische Zustimmung zur Mitbenutzung der den Engländern bereits gewährten Anlagen durch uns zu erlangen wäre.

Die Antwort kam umgehend und erfüllte mich mit Freude und Erleichterung. Der Präsident wünsche, so hiess es, «die Verhandlungstaktik und den Umfang, in dem unsere Wünsche bei Dr. Salazar vorzubringen seien», meinem «Urteil und Ermessen» zu überlassen. Ich solle mir nur bewusst bleiben, dass die Anlagen

⁴⁹ Diese Zitate aus dem amtlichen Schriftwechsel sowie die folgenden: Ebenda S. 556-562.

zwingend und dringend benötigt würden. – Das Ministerium nahm jedoch Anstoss an dem von mir vorgetragenen Argument, dass ich den Portugiesen für ihre Konzessionen keine Gegenleistung anzubieten hätte. Nach Auffassung des Ministeriums verfügte ich über eine Reihe von Gegenangeboten.

«Der Bedeutung nach steht an erster Stelle die Versicherung, die Souveränität Portugals und seines ganzen Kolonialreichs zu respektieren – eine Versicherung, die wir bisher zurückgehalten haben.»

Das beunruhigte mich. Sollte das heissen, dass die Versicherung nicht gegeben würde, wenn die Portugiesen keine genügend grossen Konzessionen machten? Ich bezweifelte, dass Dr. Salazar angesichts einer Drohung sich überhaupt zu Besprechungen bereitfinden würde. Ich fragte Butterworth, der im Umgang mit Portugiesen reiche Erfahrung hatte, was Salazar wohl tun würde, wenn man von ihm verlangte, unter solchen Bedingungen zu verhandeln. «Meiner Ansicht nach», erwiderte Butterworth, «würde Salazar sagen: ‚Wenn ich mein Land in eine Lage gebracht habe, in der wir unsere auswärtigen Angelegenheiten nur noch unter erpresserischem Druck regeln können, dann bin ich nicht der geeignete Mann, um die Geschicke dieses Landes zu lenken‘; und dann würde er seinen Hut nehmen und vom Posten des Ministerpräsidenten zurücktreten.»

Das klang sehr einleuchtend, aber diesmal hatte ich keine Wahl. Ich setzte mich also wieder mit dem Aussenministerium in Verbindung und bat um eine Unterredung mit dem Ministerpräsidenten. Die Reaktion war indessen leicht verändert. Durch einen Anruf wurde ich gebeten, den leitenden Beamten des Aussenministeriums aufzusuchen, den altgedienten und erfahrenen Generalsekretär Dr. Luis Teixeira de Sampayo. Sampayo empfing mich freundlich, kam aber gleich zur Sache. Er erinnerte mich daran, was am vergangenen Sonntag bei meiner ersten Unterredung geschehen war. Er wisse, sagte er, dass ich ursprünglich beabsichtigt hätte, Dr. Salazar eine in Richtung Souveränitätsgarantie für Portugal zielende Erklärung abzugeben, und darauf dann infolge anderslautender Weisungen meiner Regierung verzichtet hätte. Nun bäte ich erneut um eine Unterredung. Die Portugiesen fänden sich da nicht mehr durch. Sie wüssten gerne, wie es um die Frage der Garantie bestellt sei. – Mit anderen Worten: keine Zusage, keine Unterredung mit Dr. Salazar.

Wieder einmal war die Seelenqual akut. Ich hatte spezifische

Weisung, die Zusage jetzt nicht zu geben. Aber es war klar, dass ich ohne sie noch nicht einmal vorgelassen werden würde. Und die Anlagen, war mir gesagt worden, würden «zwingend und dringend» benötigt. Zum Überlegen war keine Zeit. Ich wusste, dass schon der Anschein des Zögerns oder der Unsicherheit der Sache ernstlich schaden würde. Ich beschloss, das Risiko auf mich zu nehmen. «Ach, das», sagte ich. «Ja, ganz recht: Wir *waren* drauf und dran, eine solche Zusicherung zu geben. Aber dann war uns eingefallen, dass es für die Portugiesen peinlich sein könnte, wenn Zusagen dieser Art von *uns*, einem Dritten, gerade zu einer Zeit kämen, in der die portugiesische Regierung sich Mühe gab, öffentlich zu betonen, dass ihre Abweichung von der strikten Neutralität allein mit Rücksicht auf das Bündnis mit den Engländern erfolgt sei.» Wenn unsere Vorsicht übertrieben sei, so fuhr ich fort, und der portugiesischen Regierung daraus keine Unannehmlichkeiten erwüchsen, dann wäre ich gern bereit, zur Gesandtschaft zurückzukehren, die Erklärung schriftlich fixieren zu lassen und sie noch am selben Tag zu überreichen. Dr. Sampayo sah sehr erleichtert drein und bat mich, genau das zu tun.

Ich kehrte zur Gesandtschaftskanzlei zurück, es war später Samstagnachmittag. Meine Sekretärin war endgültig fortgegangen. Ich setzte mich hin und tippte eigenhändig, in direkter Verletzung der schriftlichen Weisungen in meinem Safe, eine Erklärung, die der portugiesischen Regierung versicherte, dass «im Zusammenhang mit der kürzlich zwischen Portugal und Grossbritannien geschlossenen Vereinbarung die Vereinigten Staaten von Amerika sich verpflichten, die portugiesische Souveränität in allen portugiesischen Kolonien zu respektieren». Ich beförderte die Erklärung ins portugiesische Aussenministerium, dann sandte ich Washington ein Telegramm, das im Detail darlegte, was ich getan hatte und warum.

Am nächsten Tag, Sonntag, dem 24. Oktober, wurde mir mitgeteilt, Salazar würde mich am folgenden Mittwoch empfangen. Ich begann sofort mit der Vorbereitung. Aber es sollte nicht sein – jedenfalls noch nicht. Bevor die Unterredung stattfinden konnte, kam ein neues Telegramm aus Washington. Es enthielt keinerlei Kommentar zu meinem Bericht über die Garantie. Es befahl mir schlicht und ominös, das nächste Flugzeug nach den Vereinigten Staaten zu nehmen.

Die Luftreise von Portugal nach der Ostküste der Vereinigten Staaten vollzog sich in jenen Tagen in den Resten von Pan

Americans Flotte grosser Boeing-Flugboote, den ursprünglichen Pan American Clippers. Eine Reihe davon war auf Kriegsdauer den Engländern übergeben worden. Die übriggebliebenen Flugzeuge (eine Zeitlang waren es, glaube ich, nur neun) stellten die einzige zivile Luftverbindung zwischen Nordamerika und Europa dar. Mit heroischer Anstrengung hielt Pan American Airways sie ständig zwischen den Ufern des Nordatlantiks in einem Umkreis von etwa vierzehntausend Meilen in Betrieb. Die Maschinen konnten normalerweise den Atlantik nicht in westlicher Richtung überqueren, und die Reise von Lissabon nach New York ging deshalb über Afrika, die Westküste von Südamerika, die Karibische See und die Bermudas. Sie dauerte fünf Tage und Nächte. Die Besatzung wurde dreimal gewechselt, aber dasselbe kleine Häufchen von Passagieren sass Tag und Nacht auf seinen Plätzen und stieg nur alle paar Stunden einmal kurz aus, wenn aufgetankt werden musste. Von einer Zwischenlandung zur anderen machte die Temperatur wilde Sprünge – im Winter gab es Differenzen bis zu hundert Grad⁵⁰ zwischen einigen der afrikanischen und südamerikanischen Häfen und New York. Ich habe die Reise zweimal gemacht; jedesmal fühlte ich mich am Ende etwa so, wie man sich vermutlich nach einer fünftägigen Zechtour fühlen würde: entnervt, übermüdet, zittrig, nicht man selbst.

Die langen Stunden dieser besonderen Reise verbrachte ich mit dem Versuch, mich über die zu erwartende persönliche Katastrophe zu trösten. Schliesslich hatte ich einfach mein Bestes getan. Zumindest, überlegte ich, konnte ich als Zivilist wohl nicht vor ein Kriegsgericht kommen⁵¹.

Bei Ankunft in New York nahm ich einen Zug nach Washington. Ich traf dort spät am Tage ein und rief sofort den Leiter der Europa-Abteilung, Mr. Harrison Freeman (Doc) Matthews⁵² an. Dieser wartete mit keinerlei Erklärung auf, sondern beorderte mich für den nächsten Morgen um acht Uhr fünfzehn in sein Büro.

Ich erschien am nächsten Morgen, immer noch zittrig von der langen, schlaflosen Reise. Kein Mensch gab mir eine Erklärung für meine Rückberufung oder überhaupt irgendeine Erklärung. Wir bestiegen einfach ein Auto und wurden zum Pentagon

⁵⁰ Fahrenheit, also rund 55° C (AdÜ).

⁵¹ Einige Jahre später erzählte man mir, dass es in militärischen Kreisen durchaus Leute gegeben habe, die darauf bestanden hätten, dass ich aufgehängt gehörte.

⁵² Harrison Freeman Matthews, Berufsdiplomat, Leiter der Europa-Abteilung des State Department seit August 1943; später Botschafter in den Niederlanden, Schweden und Österreich.

gefahren. Dort gesellte sich der Staatssekretär zu uns, Edward R. Stettinius jr. Er war seit Kurzem – wenn ich mich recht entsinne, seit drei Tagen – in Abwesenheit von Mr. Cordell Hull gleichzeitig amtierender Aussenminister. Auch das Amt des Staatssekretärs hatte er, der über keinerlei diplomatische Erfahrung verfügte, erst etwa einen Monat vorher übernommen. Unter diesen Umständen konnte es nicht überraschen, dass er mit der komplizierten Materie nicht allzu gründlich vertraut war. Nach einer kurzen Wartezeit, während der wir nur über Belanglosigkeiten sprachen, wurden wir drei in einen grossen Raum geführt, der, wie ich bald merkte, das Arbeitszimmer des Kriegsministers, Mr. Henry Stimson, sein musste. Der Minister selbst, nach seinen Fotos leicht zu erkennen, sass an dem grössten Schreibtisch. Ausser ihm waren noch viele andere Leute im Zimmer, die meisten in Uniform. Ich konnte den Marineminister, Mr. Frank Knox, und General George Marshall erkennen. Ich glaube, die Vereinigten Stabschefs waren vollzählig anwesend; und nach den Rangabzeichen war es klar, dass noch eine Anzahl sehr hoher Offiziere zugegen war. Mit anderen Worten eine eindrucksvollere Versammlung der obersten Kommando-behörden hätte sich überhaupt nicht denken lassen. Ich wurde jedoch keinem vorgestellt, nicht einmal dem Kriegsminister, und amtlich kannte ich niemand von ihnen. Wir drei Zivilisten setzten uns nebeneinander, wie Verbrecher auf dem Armsünderbänkchen, entlang einer Seiten wand. Dann folgte ein Vormittag, an den ich wegen seines puren Schreckens immer denken werde. Man mag sich erinnern, dass mir seit Beginn der ganzen Affäre von dem Tage, an dem die Engländer uns zum erstenmal von ihrer Absicht erzählten, mit den Portugiesen über die Azoren zu verhandeln, bis zu dem Moment meines Eintritts in dieses Zimmer von meiner Regierung nicht die geringste Orientierung gegeben worden war, mit der einzigen Ausnahme des kurzen Kommentars des Ministeriums zum Thema Gegenleistungen. Ich hatte nichts über unsere Berechnungen oder Absichten erfahren. Nichts hatte ich erfahren, was die phantastische Liste von Anlagen in den Azoren erklärte, die wir erwerben wollten. Ich hatte keinerlei Hintergrundinformation über die Gespräche unserer Regierung mit den Engländern über dieses Thema, obwohl mir klar war, dass umfangreiche Gespräche stattgefunden haben mussten. Ich hatte nicht erfahren, warum man mich zurückberufen hatte, noch zu welchem Zweck ich mich in dieser illustren Gesellschaft befand.

Geraume Zeit verging, während für den Kriegsminister Landkarten herbeigeschafft wurden und verschiedene Leute an seiner Seite verschiedentlich auf sie zeigten. Dann folgte ein längeres Palaver der Militärs untereinander über diverse Meldungen und Nachrichten. Man nannte sie immer nur bei ihrer Nummer oder bei den Kennbuchstaben, für die die Militärs eine solche Schwäche haben, und die Unterhaltung war für mich völlig ohne Sinn. Erst dann ergab sich eine allgemeine Diskussion, und selbst hier rauschte infolge meiner gänzlichen Sachfremdheit vieles über mich hinweg. Endlich war es soweit, dass man mich fragte, warum ich es für unklug gehalten hätte, unsere Forderungen vorzubringen? In der Annahme, dass ihnen mein Bericht, in dem das alles stand, vertraut sei, wiederholte ich im Telegrammstil nur die Hauptpunkte. (Später erfuhr ich, dass sie wegen eines Übermittlungsdurcheinanders den Bericht nie gesehen hatten; aber damals erklärte mir das keiner.) Dann trug ich nochmals meine Ansicht vor, dass wir vermutlich die Erlaubnis erhalten könnten, den Flugplatz mitzubenutzen, den die Engländer gerade in Ordnung brächten. «Welcher Flugplatz war das noch?» hiess es. «Lagens, auf der Insel Terceira», erwiderte ich.

«Verdammt nochmal», bellte ein Herr, in dem ich den Chef der Luftwaffe zu erkennen glaubte – General Henry H. (Hap) Arnold –, «das ist doch nichts als ein verfluchter Sumpf.» In dieser Feststellung lag eine solche Endgültigkeit, dass ich mich nicht erinnere, hierüber auch nur diskutiert zu haben, obwohl mein eigener Eindruck völlig anders war⁵³. (Tatsächlich begann die regelmässige Benutzung dieses Flugplatzes durch amerikanische Transportflugzeuge genau drei Wochen nach jener Diskussion.)

Die Unterhaltung wurde scharf und gereizt. Ich habe den Verdacht, dass sie für den Kriegsminister genauso verwirrend war wie für mich. Jedenfalls wandte er sich schliesslich zu Mr. Stettinius und fragte mit einer Kopfbewegung in meine Richtung: «Wer ist dieser junge Mann?» Stettinius wandte sich hilfesuchend an Matthews, und nach einem Moment geflüsterten Einsagens liess er sich zu der Feststellung herab, es handle sich um unseren Geschäftsträger in Lissabon, Mr. Kennan. «Unseren

⁵³ Siehe Bericht über Besprechung des Präsidenten mit den Vereinigten Stabschefs am 18. November 1943 an Bord USS *Iowa* auf dem Wege zur Kairoer und Teheraner Konferenz (.Foreign Relations of the United States. The Conferences at Cairo and Teheran, 1943c Washington, D. C., Government Printing Office, 1961, S. 260). Admiral der Flotte Ernest J. King, damals Marinemitglied der Vereinigten Stabschefs, hat laut Protokoll bei dieser Gelegenheit bemerkt, dass «die Flugplätze auf den Azoren viel besser als erwartet» waren.

was?» wünschte Mr. Stimson zu wissen. Es wurde ihm erklärt, dass unser Gesandter verstorben sei und ich zur Zeit dort amtiere. «Also», sagte der Kriegsminister, mit der Miene eines Mannes, der am Ende eines finstern Tunnels endlich ein Licht schimmern sieht, «ich glaube, es ist höchste Zeit, dass wir auf diesem wichtigen Posten einen ausgewachsenen Botschafter haben, der unsere Angelegenheiten dort richtig wahrnehmen kann. Wollen Sie das bitte veranlassen, Herr Staatssekretär?»

Mr. Stettinius befahl Matthews, es sich zu notieren, und sagte dann zu mir gewandt: «Ich glaube, Sie können jetzt gehen.»

Klänglich schlich ich davon, wurde abermals durch endlose Gänge geleitet und fand mich bald darauf in der frischen Luft und der Normalität der freien Flächen um das Pentagon. Aus alter Gewohnheit nahm ich ein Taxi zurück in die Gegend des guten alten State Department. Weil ich dort aber offiziell nicht hingehörte und niemand wusste, mit dem ich hätte reden können, wanderte ich eine Weile herum und ass dann in einem der kleinen Restaurants auf der 17. Strasse zu Mittag. Und während ich über meinem Essen sass, packte mich die Wut. Nicht nur war es unfair, von irgendjemand, sei er Geschäftsträger oder Botschafter oder sonst was, die Behandlung einer heiklen, komplizierten und lebenswichtigen Angelegenheit dieser Art zu verlangen, ohne ihm die geringste Information oder Instruktion zu geben. Aber noch erbitternder war die Erkenntnis, dass alle diese Männer trotz ihres hohen Ranges und ihrer enormen Macht unzweifelhaft im Unrecht waren. Ich wusste mehr über Portugal und die Wens und Abers der Situation als sie alle zusammen. Aus der Art, wie ich befragt, und der Manier, in der ich entlassen worden war, konnte ich nur schliessen, dass sie es irgendwie geschafft hatten, den Präsidenten davon abzubringen, mich dies auf meine Weise regeln zu lassen, und dass sie vorhatten, noch weiterzugehen und den Portugiesen durch einen neuernannten Botschafter doch noch die Forderungen zu stellen, gegen die ich bereits remonstriert hatte. Ich wusste, dass das nicht nur unnötig war, sondern auch die Gefahr ernster Komplikationen in sich barg, im Hinblick auf unser Verhältnis zu den Engländern ebenso wie im Hinblick auf die Einstellung der ganzen Iberischen Halbinsel zum Kriege. So beschloss ich denn, wenn ich schon untergehen müsse, mit fliegenden Fahnen unterzugehen. Ich ging zum State Department zurück und suchte Matthews auf, der inzwischen vom Pentagon zurückgekommen war. Ich sagte, dass ich die Sache nicht auf sich beruhen lassen würde.

An wen ich mich wenden könne? Er nannte Admiral William D. Leahy, den Chef des Stabes des Präsidenten. Ich stimmte sofort zu. Er rief den Admiral an und verabredete, dass ich gleich empfangen würde. Admiral Leahy hörte geduldig und, wie ich glaube, mit ziemlichem Erstaunen an, was ich zu sagen hatte. Der Mann, den ich sehen müsse, meinte er, sei Harry Hopkins⁵⁴, und er arrangierte, dass ich umgehend in dessen Büro geführt wurde. Hopkins verlor keine Zeit mit Höflichkeiten oder Konversation. Fast eine Stunde lang nahm er mich, auf- und abwandernd, ins Kreuzverhör, als wäre ich ein verdächtiger Krimineller. Die Fragen waren scharf und skeptisch und wurden in drohendem Ton vorgebracht. Ich merkte, dass es mir nicht gut bekommen würde, wenn ich bei diesem Test versagte. Als es ihm genug schien, überlegte er einen Augenblick und fragte dann: «Wo wohnen Sie?» Ich sagte es ihm. «Da gehen Sie jetzt hin», sagte er, «und rühren sich nicht vom Telefon weg.»

Ich war kaum in dem Haus, in dem ich zu Gast war, angekommen, da klingelte schon das Telefon. Es war Hopkins, der mich anwies, sofort ins Weisse Haus zurückzukehren. Dieses Mal wurde ich durch andere Gänge geführt, durch eine andere Tür gebeten, und fand mich zu meiner Bestürzung, aber auch zu meiner Erleichterung allein in einem Zimmer mit dem Präsidenten der Vereinigten Staaten.

Franklin D. Roosevelt winkte mich jovial auf einen Sitz an der andern Seite seines grossen Schreibtisches. Ich brauchte ihm meine Geschichte nicht zu wiederholen. Hopkins hatte ihn schon unterrichtet. Er stellte keine Fragen, sondern setzte mir sofort seine eigenen Gedanken auseinander. Er könne nicht verstehen, sagte er, wie Salazar jemals auf den Verdacht verfallen könne, er, Franklin Roosevelt, würde nicht dafür sorgen, dass wir alle Anlagen, die man uns auf den Inseln zur zeitweiligen Benutzung überliesse, nach Kriegsende evakuierten und den Portugiesen in gutem Zustand zurückgäben. Wie, hatte er nicht während des Ersten Weltkriegs als Unterstaatssekretär für die Marine persönlich das Schleifen der Flottenstützpunkte überwacht, die wir damals auf zwei von den Azoreninseln hatten? – Sein Gesicht hellte sich auf. «Ich werde Ihnen sagen, was ich tue», sagte er. «Sie kommen morgen früh hierher, und ich gebe Ihnen einen persönlichen Brief, den können Sie nach Portugal mitnehmen

⁵⁴ Harry Lloyd Hopkins (1890-1946), amerikanischer Politiker, zeitweilig Handelsminister, verantwortlich für die Durchführung der Pacht- und Leihhilfe, Sonderbotschafter in Moskau und London, engster Vertrauter und Berater Roosevelts (AdÜ).

und Dr. Salazar übergeben; und dann machen Sie einfach weiter, so gut Sie eben können.»

Ich erwiderte, dass ich mir nichts Besseres wünschen könne, aber ich müsse mich fragen, ob hier nicht ein Missverständnis vorliege. Nach dem im Pentagon verbrachten Vormittag hätte ich den Eindruck, dass man dort eine völlig andere Linie zu verfolgen gedenke.

«Ach», sagte der Präsident mit einer lässigen Bewegung seiner Zigarettenspitze, «regen Sie sich doch über diese ganzen *Leute* da drüben nicht auf» (womit er natürlich niemand Geringeren als den Kriegsminister und den Marineminister und die Vereinigten Stabschefs meinte – kurz, das gesamte Oberkommando der amerikanischen Streitkräfte im Kriege).

Kein Befehl hätte mir lieblicher in den Ohren klingen können. Konfus wie zuvor, aber in dem Gefühl, nunmehr in einer unangreifbaren Position zu sein, holte ich am nächsten Morgen freudig seinen Brief ab und trat den Rückweg nach Portugal an. Sofort erbat und erhielt ich eine Unterredung mit Salazar. Sogar mit dem Brief des Präsidenten als Unterstützung war es nicht leicht, seine Vorbehalte und seinen Argwohn zu überwinden. Er war – und ist sicherlich noch – ein Mann von Grundsätzen, und er wollte Klarheit. Er eröffnete das Gespräch mit der Bemerkung, dass er von der amerikanischen Presse ein Faschist genannt worden sei und gerne wissen würde, was wir unter einem Faschisten verstünden. Aber diese Fragen fanden schliesslich ein Ende, und bald war ich in der Lage, nach Washington zu berichten, dass er nicht nur bereit sei, uns die freizügige Mitbenutzung der den Briten auf den Azoren überlassenen Anlagen zu gestatten, wenn nur ein gewisses Dekorurn gewahrt bliebe, sondern nicht einmal abgeneigt, Pan American Airways die Erlaubnis zum Bau eines zweiten Flugplatzes zu erteilen, der zwar auf Rechnung der portugiesischen Regierung gehen müsse, den wir aber zu gegebener Zeit unter günstigen Bedingungen würden benutzen dürfen.

Der Kern des Problems war damit gelöst, und von da an lief das Projekt glatt weiter – aber nicht lange mehr mit *meiner* Beteiligung. Die Räder der Washingtoner Bürokratie hatten sich unaufhaltsam weitergedreht, Präsident hin oder her.

Gerade als ich die erste Unterredung mit Salazar wegen der Stützpunkte hatte, erschien auf dem Lissabonner Schauplatz der neue Missionschef, dessen Ernennung Mr. Stimson von Mr. Stettinius verlangt hatte, in Gestalt des Berufsdiplomaten Mr. Henry

Norweb. Ich mochte und respektierte Mr. Norweb. Unter normalen Umständen hätte ich gerne unter ihm gedient. Aber inzwischen war das ganze Thema der Anlagen auf den Azoren so sehr «mein Kind» geworden, dass wir alle – er, das Ministerium und ich – uns klar darüber waren, dass die Amtsübernahme und die zukünftige Verantwortung für diese Sache ihm leichter fallen würden, wenn ich ihm nicht über die Schulter sähe. Ich wurde daher nach Hause kommandiert und neu eingeteilt, noch bevor die Verhandlungen über die Azoren abgeschlossen waren.

Ein Grossteil der Dokumentation über diese Episode ist in der Serie «Foreign Relations of the United States» inzwischen veröffentlicht wordens⁵⁵. In vielen Fällen sind die betreffenden Unterlagen erst auf diese Weise zu meiner Kenntnis gelangt. Für jemand, der mit den Einzelheiten meiner Erlebnisse vertraut ist, hellen sie den Hintergrund so ziemlich auf. Indessen würde niemand, der nur die Dokumente liest, je vermuten, wie sich die Sache damals dem amerikanischen Geschäftsträger in Lissabon darstellte, dessen Name sich gelegentlich auf ihren Seiten findet. Das ist einer der Gründe, weshalb ich die Geschichte erzähle.

Nachträglich habe ich erfahren (es geht nicht einmal aus den Dokumenten hervor), dass meine erste Rückberufung nach Washington mit der Garantie gar nichts zu tun hatte. Die Anregung kam von irgendjemandem im Pentagon, der zwar meinen ersten Bericht gelesen hatte, in dem ich unsere Forderungen an die Portugiesen kritisierte und anbot, nach Hause zu kommen und es dem Präsidenten selbst zu sagen, aber nicht den folgenden, der die Gründe für diese Opposition darlegte; und die Antwort des Präsidenten, mit der ich ermächtigt wurde, fortzufahren und nach eigenem Ermessen zu verhandeln, war ihm anscheinend auch nicht bekannt. Und das State Department, das sich damals als Laufburschen für das Pentagon betrachtete und gewohnt war zu niesen, wenn das Pentagon sich einen Schnupfen holte, hatte die Anregung, mich zurückzurufen, getreulich aufgegriffen, hatte darauf verzichtet, dem Missverständnis nachzugehen und hatte anscheinend auch die Erkenntnis, dass es den Lauf der Verhandlungen empfindlich stören würde, wenn man mich jetzt und so nach Hause speidierte, mit Fassung getragen. Was die Garantie betrifft, so war

⁵⁵ 'Foreign Relations of the United States, 1943, Europe', Bd. II (Washington, D. C., Government Printing Office, 1964, S. 527-576).

die Idee, sie zurückzuhalten, anscheinend von Botschafter John Winant in London gekommen, der damit gegenüber den Portugiesen ein Druckmittel zu haben glaubte, und das Ministerium, zu eigener Initiative oder Verantwortlichkeit nach wie vor nicht bereit, hatte die Anregung einfach ohne Rücksicht auf die Wirkung weitergegeben. Offenbar hatte niemand in Washington etwas dagegen, dass ich mit der Garantieerklärung nach eigenem Ermessen verfuhr – es hatte sich bloss keiner die Mühe gemacht, es mir zu sagen.

Ein kleiner Epilog zu der Geschichte verdient noch überliefert zu werden: An dem Tag, als ich den Brief des Präsidenten abholte, benutzte ich die Gelegenheit, Matthews vor der Abreise aus Washington in seinem Büro im State Department einen Abschiedsbesuch zu machen. Er war nicht im Zimmer, als ich kam, und seine Sekretärin bat mich, zu warten und es mir inzwischen bequem zu machen. Ich setzte mich am hinteren Ende des Zimmers im Halbdunkel auf eines der schwarzen Ledersofas, die in dem alten State, War and Navy Building zur Standardausstattung gehörten. Im selben Moment, in dem Matthews wieder ins Zimmer kam, steckte auch Staatssekretär Stettinius, mit dem er über den Flur gekommen war, seinen Kopf noch mal zur Tür hinein, ohne mich zu sehen. Und sagte sinngemäss Folgendes: «Übrigens, Doc, der portugiesische Botschafter war gerade bei mir. Er hat mir für irgendeine idiotische Garantie gedankt und gesagt, er hätte schon immer gewusst, wir würden irgendwann Anlagen auf den Azoren haben wollen. Also was zum Teufel hat er damit gemeint?»

VII. Die Europäische Beratende Kommission

Nach Ablauf meiner Dienstzeit in Portugal wurde ich an die Londoner Botschaft versetzt. Dort war ich mit dem Rang eines Botschaftsrats unserem Botschafter John G. Winant in seiner Eigenschaft als amerikanischem Delegierten bei der neuerrichteten Europäischen Beratenden Kommission als politischer Berater beigegeben.

Der Beschluss, die Europäische Beratende Kommission zu schaffen, ging auf das Treffen der drei Aussenminister Englands, Russlands und der USA im Oktober 1943 in Moskau zurück. Der Vorschlag kam von den Engländern, die sich ursprünglich die Kommission mit den Worten von Lord Strang als «ein beratendes Gremium» dachten, «eine Clearingstelle für alle mit dem Krieg verbundenen europäischen Probleme von gemeinsamem Interesse (militärische Operationen ausgenommen)»⁵⁶. Dieser Rahmen war indessen für den amerikanischen Geschmack viel zu weit gespannt. Insbesondere kollidierte damit Roosevelts Abneigung gegen alles, was ihn im Voraus hätte festlegen oder seine Handlungsfreiheit bei der Neuordnung Nachkriegseuropas hätte beschneiden können, eine Aufgabe, von der er erkannte, dass sie für sein Land innenpolitisch genau so bedeutsam sein würde wie nach aussen. Eigentlich wäre der Präsident wohl viel lieber ganz ohne die Kommission ausgekommen; aber das State Department mit seinem vernünftigen Wunsch, doch wenigstens in etwa für eine gemeinsame Grundhaltung der Alliierten bei den Problemen der deutschen Kapitulation und der Behandlung Deutschlands nach der Kapitulation zu sorgen (was ja mit dem Näherrücken des Termins für die Invasion des europäischen Festlands immer dringlicher wurde), schaffte es schliesslich, ihm eine höchst widerwillig erteilte Zustimmung zur Bildung der Kommission abzurufen. Aus Rücksicht auf die Wünsche des Präsidenten – die vermutlich auch seine eigenen waren – bestand Aussenminister Cordell Hull jedoch darauf, die Befugnisse dieses Gremiums im Vergleich mit den britischen Vorstellungen erheblich einzuschränken und es ausschliesslich mit der Frage der Kapitulationsbedingungen, der Besatzungs-

⁵⁶ Lord Strang, ‚Home and Abroad‘ (London, André Deutsch Ltd., 1956) S. 202.

zonen und der Durchführung der Kapitulationsbedingungen zu befassen. Selbst dieser bescheidene Aktionsradius der Kommission stiess, wie ich gleich zeigen werde, auf einen Widerstand der Abteilung für Zivilangelegenheiten im amerikanischen Kriegsministerium, der bis an die Grenze der Insubordination ging.

Die Kommission wurde in London um die Jahreswende 1943/44 gegründet. Anstelle eines besonderen Vertreters, der sich auf diese Arbeit hätte konzentrieren können, benannte die Regierung der Vereinigten Staaten als ihren Delegierten Mr. Winant, der als Botschafter in London eine Unmenge anderer Pflichten hatte und in dessen gehetzter amtlicher Existenz die Kommission nur eine nebensächliche und nicht immer willkommene Abwechslung sein konnte. Die sowjetische Regierung schloss sich uns an und benannte gleichfalls ihren Botschafter in London als Delegierten. Die Briten ordneten im Gegensatz dazu einen ihrer fähigsten Beamten, den Unterstaatssekretär im Foreign Office, Sir William Strang, ab und gaben ihm reichlich Zeit und Personal für seine Tätigkeit. Nur sie waren angemessen vertreten.

Die Briten waren bei ihrer Anregung davon ausgegangen, dass die Mitglieder der Kommission als unabhängige Gruppe von Sachverständigen auftreten, die anstehenden Probleme prüfen, unter sich beraten und ihren jeweiligen Regierungen übereinstimmende Empfehlungen zuleiten würde. Aber die amerikanische und die sowjetische Regierung bestanden beide darauf, ihre Vertreter so kurz an der Leine zu führen, dass ihre Tätigkeit mit der von Strang überhaupt nicht vergleichbar war. Der amerikanische Vertreter durfte keine Gedanken vorbringen und seinen Kollegen keine Vorschläge unterbreiten, die ihm nicht vorher als Weisungen aus Washington übermittelt worden waren; und da Washington überhaupt keine Gedanken zu produzieren schien und Vorschläge nur höchst säumig und ungen, waren die Wirkungsmöglichkeiten des amerikanischen Vertreters entsprechend eingeengt. Ausserdem bestanden alle drei Regierungen darauf, dass die «Beratende Kommission» keinerlei «Empfehlungen» ausspräche, die nicht zuvor mit ihnen abgestimmt seien. Von beratender Tätigkeit des Gremiums konnte demnach kaum die Rede sein. Was blieb, war weniger ein Gremium als eine Stelle – eine Stelle, bei der man amtliche Auffassungen einreichen und notieren lassen konnte, wobei es den betreffenden Regierungen überlassen blieb, diese Auffassun-

gen einander anzugleichen oder auch nicht, ganz nach Lust und Laune. Einem Delegierten, dessen eigene Meinung weder eingeholt wurde noch erwünscht war und der seinen Kollegen in der Kommission nur Dinge unterbreiten konnte, die seine Regierung bereits genehmigt hatte, fehlte natürlich jeder eigene Ermessensspielraum, und er hatte, in diesem Falle wie Mr. Winant, entsprechend wenig Bedarf für einen politischen Berater.

In den letzten Tagen des Jahres 1943 kehrte ich von Lissabon zunächst nach Washington zurück, um vor Antritt meines neuen Postens in Erfahrung zu bringen, was die Behörde von meiner Londoner Tätigkeit erwarte. Wenn ich meine Dienstvorgesetzten richtig verstanden habe, hegten sie vor allem die lebhafteste Besorgnis, das neue Gremium würde zu irgendeiner Zeit aus einem unglücklichen Zufall heraus wirklich etwas tun und die amerikanische Delegation könne womöglich durch Übereifer oder Unachtsamkeit zu einem so bedauerlichen Ereignis beitragen. Das Unbehagen bezog sich vor allem auf meine Person, ein Ergebnis meiner soeben erst überstandenen Abenteuer in der Frage der Azoren-Stützpunkte, die trotz ihrem im Ganzen günstigen Ausgang im Ministerium grossenteils mit einem an Entsetzen grenzenden Missfallen betrachtet wurden. Vermutlich aus diesem Grunde wurde ich von Unterstaatssekretär James Clement Dunn vor der Abreise nach London noch besonders ermahnt, mir stets darüber klar zu sein, dass das Aussenministerium in Kriegszeiten in politischen Fragen lediglich eine beratende Funktion ausübe und auch seinen Rat nur dann gebe, wenn man es frage.

Ich traf in London gerade rechtzeitig für die auf den 14. Januar 1944 anberaumte erste Arbeitssitzung der Europäischen Beratenden Kommission ein. Was sich dann abspielte, ähnelte so sehr dem, was kurz zuvor in Portugal vorgefallen war, wenn es dabei auch weniger dramatisch zuging, dass ich es nur in ganz groben Umrissen schildern werde.

Die gut vorbereiteten Briten legten sofort den Entwurf einer Kapitulationsurkunde und detaillierte Vorschläge über die künftigen Besatzungszonen Deutschlands auf den Tisch. (Die dort skizzierten Zonengrenzen wurden mit geringfügigen Abweichungen später übernommen, und die damals vorgeschlagene Westgrenze der sowjetischen Zone existiert heute noch.) Wir Amerikaner hatten natürlich zu keinem der beiden Punkte irgendwelche Weisungen – zu anderen übrigens ebenso wenig.

Wir leiteten die britischen Vorschläge nach Washington weiter und warteten auf Antwort.

Mehrere Wochen vergingen. Kein Wort aus Washington. Wiederholte telegrafische Bitten um Weisung blieben ungehört. Unsere britischen Kollegen wurden ungeduldig; wir selbst gerieten in akute Verlegenheit.

Am 18. Februar legte der sowjetische Delegierte den Kommentar seiner Regierung zu den britischen Anregungen vor. Die Russen unterbreiteten zu den Kapitulationsbedingungen einen eigenen Alternativentwurf. Die britischen Vorschläge über die Besatzungszonen nahmen sie dagegen praktisch im Ganzen an. Wir Amerikaner hatten immer noch keine Weisungen und konnten Washington nur über die Reaktion der Russen unterrichten.

Aber das russische Verhalten erstaunte uns. Über das, was auf der Teheraner Konferenz vor sich gegangen war, hatten wir keine offiziellen Informationen (das State Department übrigens auch nicht). Jetzt kam uns der Verdacht, in Teheran sei zwischen Russen und Briten bereits irgendeine Übereinkunft zum Thema Besatzungszonen zustande gekommen. In Wirklichkeit war diesêr spezielle Verdacht unbegründet. Viele Jahre später erfuhr ich, dass die britischen Vorschläge einige Monate zuvor in britischen Regierungskreisen ausgearbeitet und Mitte November 1943, um die Zeit der Kaireise des Präsidenten, unsern Militärbehörden übermittelt worden waren. Der Präsident hatte sie auf dem Weg nach Kairo mit den Vereinigten Stabschefs erörtert. Die Kombinierten – anglo-amerikanischen – Stabschefs hatten sie in Kairo erneut erörtert⁵⁷. Von alledem war weder aus dem Weissen Haus noch aus militärischen Kreisen zu irgendeiner Zeit auch nur der kleinste Krümel offizieller Information an uns, und offenbar nicht einmal ans State Department, weitergereicht worden, ungeachtet dessen, dass wir jetzt mit der britischen und der sowjetischen Regierung über eben dieses Thema verhandeln sollten.

Bei der amerikanischen Delegation in London tappten wir infolgedessen bis Ende Februar völlig im Dunklen. Anfang März brach Washington endlich sein Schweigen und schickte uns zunächst den Entwurf einer Kapitulationsurkunde. Er war völlig verschieden von den beiden anderen Vorschlägen, war aber, soweit ich mich entsinne, von keinem Wort der Erläute-

⁵⁷ William M. Franklin, „Zonal Boundaries and Access to Berlin World Politics, Bd. XVI, Nr. 1 (Oktober 1963).

zung oder des Kommentars begleitet. Wir konnten nichts weiter tun, als ihn den anderen Delegationen auf den Tisch legen und die Achseln zucken. Am 8. März erreichte uns eine höchst merkwürdige Kommunikation zum Thema Besatzungszonen. Sie war abgefasst nicht wie eine Verhandlungsunterlage für Regierungsgespräche, sondern wie eine militärische Weisung der amerikanischen Vereinigten Stabschefs (die als Quelle genannt wurden) an irgendeine ungenannte nachgeordnete Einheit. Meiner Erinnerung nach bestand sie aus einem einzigen Satz, der in abgehackten geographischen Ausdrücken das Gebiet beschrieb, das die Vereinigten Staaten in Norddeutschland zu besetzen gedachten. Die Ostgrenze dieser Zone gab, soweit sie sich nach der halb unverständlichen Beschreibung rekonstruieren liess, überhaupt keinen Sinn. Sie schnitt scheinbar völlig willkürlich mitten durch geographische und Verwaltungsgrenzen. Und da sie ein Stück vor der tschechoslowakischen Grenze verlief, war ein Streifen Land übrig, von dem ungeklärt blieb, wie darüber verfügt werden sollte.

Auch diese merkwürdige Ein-Satz-Direktive wurde von keinem Wort der Erklärung oder der Hintergrundinformation begleitet; ebensowenig von irgendeinem Kommentar zu den von Russen und Engländern bereits vorgeschlagenen Zonen-grenzen. Wenn man überhaupt etwas daraus entnehmen konnte, dann höchstens den Vorschlag, die russische Zonengrenze erheblich weiter östlich zu ziehen, als sie jetzt verläuft. Es liess sich berechnen, dass die amerikanische Zone danach 51 Prozent der deutschen Bevölkerung und 46 Prozent des deutschen Territoriums umfasst haben würde. Es war klar, dass es sehr überzeugender und fundierter Argumente, vermutlich gekoppelt mit fühlbarem Druck, bedürfen würde, um die Russen, die sich mit den Briten bereits auf eine weiter westlich gelegene Linie geeinigt hatten, zur Annahme einer für sie so erheblich weniger vorteilhaften Grenzziehung zu bewegen⁵⁸. Aber wir hatten noch nicht einmal Argumente erhalten, die wir vorbringen konnten, geschweige denn Druckmittel. Wir hatten keine Ahnung,

⁵⁸ Man muss sich erinnern, dass die gegenwärtige Grenze der sowjetischen Zone, die 1944 von den Engländern vorgeschlagen wurde, den Westmächten damals viel günstiger erschien, als sie das heute tut. Nur wenige sahen voraus, dass die westlichen Streitkräfte weit genug vorrücken würden, um sich mit den sowjetischen Streitkräften im Moment des deutschen Zusammenbruchs auf dieser Linie zu treffen. Die sowjetische Zusage, die jetzige Ostzone zu besetzen, wurde besonders von denjenigen mit Erleichterung begrüsst, die bis dahin gefürchtet hatten, die Russen könnten sich überhaupt weigern, nach Deutschland vorzustoßen, und würden stattdessen die ganze Last der endgültigen Be-zwingung Hitlers den Streitkräften des Westens überlassen (Strang, ebenda, S. 213). Wie wenig diese Leute die politischen Ambitionen der Sowjets kannten.

was die von den Vereinigten Stabschefs vorgeschlagene Linie bedeutete, was ihre Begründung sein sollte und weshalb wir ausgerechnet diese Linie und keine andere wünschten.

Mein Argwohn gegen dieses seltsame Dokument verstärkte sich, als mir einer der Offiziere, die mit dem Präsidenten bei der Kairoer Konferenz gewesen waren, vertraulich erzählte, unsere Weisung sehe aus wie der Versuch, etwas in Worte zu fassen, was Präsident Roosevelt auf der Reise nach Kairo einmal beiläufig auf einem Zettel gezeichnet habe. Er vermute, irgendein Militär habe den Zettel aufgelesen und verwahrt und habe nun unter Berufung auf die Urheberschaft des Präsidenten die Vereinigten Stabschefs überredet, ihn als amerikanischen Vorschlag zu unterbreiten. Aber wenn das stimmte, dann war es auch klar, dass der Entwurf aus der Zeit vor der Errichtung der Europäischen Beratenden Kommission stammte, aus einer Unterhaltung, die zu der Arbeit der Kommission in keiner näheren Beziehung stand und bei der der Präsident die britischen und sowjetischen Vorschläge noch gar nicht gekannt haben konnte. Würde er wirklich ungeachtet der Vorschläge von Engländern und Russen diese beiläufige Skizze zur amerikanischen Verhandlungsbasis machen wollen? War er überhaupt in letzter Zeit noch einmal gefragt worden? Das war höchst unwahrscheinlich.

Ich wehrte mich entschieden dagegen, diese merkwürdige Instruktion als amerikanischen Verhandlungsvorschlag bekanntzumachen. Es wollte mir einfach nicht in den Kopf, dass dies eine ordentliche und angemessene Instruktion für einen diplomatischen Vertreter sein sollte, der in eine wichtige und heikle Phase internationaler Verhandlungen trat. Mein Kollege, Mr. Winants militärischer Berater, General Cornelius W. Wickersham, im Zivilleben ein hochangesehener Anwalt und ein sehr vernünftiger Mann, mit dem ich jederzeit gut und freundschaftlich zusammengearbeitet hatte, fühlte sich verständlicherweise verpflichtet, die Sache anders anzusehen. «Die Vereinigten Chefs haben es genehmigt», sagte er. «Wir müssen dafür kämpfen, mein Junge; wir müssen dafür kämpfen.» Ich widersprach: «Wie kann man für etwas kämpfen, das keinen Sinn gibt und das man selber nicht versteht?»

Wir lösten das Problem, indem wir beschlossen, General Wickersham und mich selbst nach Washington zu schicken mit dem Auftrag, Licht in das Dunkel zu bringen. Wir flogen in einem Militärtransporter. Die Heizung der Maschine versagte mitten in der Nacht über dem winterlichen Ozean, irgendwo

zwischen Island und Neufundland, die Temperatur in der Kabine sank auf viele Grade unter Null, und unter anderem froren auch die Bremsen ein. Als die Maschine in der Morgendämmerung auf dem schneebedeckten Rollfeld von Gander aufsetzte, schlitterte sie umher wie ein Rodel und kam mit ihrer Ladung halberfrorener Passagiere schliesslich am äussersten Ende des Rollfeldes, knapp drei Meter vor der offenen See, zum Stehen. Trotzdem starteten wir nach ein oder zwei Stunden erneut zu dem für damalige Flugzeuge langen Endstück der Reise nach Washington.

Wieder einmal zog ich also dank der Tücken interkontinentaler Kriegsreisen halb betäubt und mit zerrütteten Nerven in Washington ein. Wieder einmal hatte das State Department mir weder Rat noch Hilfe anzubieten. Wieder einmal blieb mir keine Wahl, als zum Präsidenten zu gehen und ihm nach besten Kräften zu erklären, warum eine von unseren Militärbehörden stammende Anweisung nicht ausführbar war.

Vielleicht sollte ich hier zunächst klarstellen, dass ich keineswegs den Wunsch hatte, die Grenze zwischen der sowjetischen Zone und den Westzonen weiter westlich als unbedingt nötig zu ziehen. Hätte man mich gefragt, so wäre ich selbstverständlich für eine Grenze eingetreten, die den westlichen Zonen zumindest einen direkten Landzugang nach Berlin verschafft hätte. Aber es hatte mich nie einer gefragt. Und es war mir ausserdem klargemacht worden, dass das State Department auf unerbetene Meinungsäusserungen keinen Wert lege. Unter den Umständen konnte ich nichts weiter tun als, so gut es ging, dafür sorgen, dass unsere Position wenigstens verständlich und vertretbar war – von der uns anbefohlenen konnte man das nicht behaupten.

Wieder empfing der Präsident mich leutselig. Aber diesmal war es nicht so einfach, ihm verständlich zu machen, weshalb ich eigentlich zu ihm gekommen war. Er hatte sich bereits in seinen berühmten Streit mit den Engländern über die Frage verbissen, wer die nördliche und wer die südliche der beiden geplanten Westzonen haben sollte. Das ging ihm im Kopf herum, darüber wollte er reden. Als ich schliesslich damit durchdrang, dass es mir in erster Linie um ein Problem der Grenzziehung der *sowjetischen Zone* ging, war er völlig überrascht. Und als ich ihm das Durcheinander näher erläuterte und ihm die Instruktion gezeigt hatte, die uns nach London übermittelt worden war, lachte er vergnügt und sagte, ganz wie ich es von ihm erwartet hatte: «Ach, das ist bloss etwas, was ich einmal auf die Rückseite eines

Briefumschlags aufgemalt habe.» Ich fragte ihn, ob er die Bereinigung des Wirrwarrs selber veranlassen würde oder ob ich noch etwas dazu tun sollte. Er sagte, ich könne mich beruhigen – er würde dafür sorgen, dass die Sache in die Reihe käme. (Am 1. Mai ging die Weisung an Botschafter Winant, die Grenzen der Ostzone, wie von Engländern und Russen vorgeschlagen, zu genehmigen.)

Das war das Ende meiner kurzen Dienstzeit als Mr. Winants Berater in Angelegenheiten der Europäischen Beratenden Kommission. Ich war physisch erschöpft; eine Ruhepause war notwendig geworden. Das State Department, das mit diesem neuesten Beispiel meiner beklagenswerten Vorliebe für die Bereinigung der Irrungen und Wirrungen der Kriegsdiplomatie seine schlimmsten Befürchtungen bestätigt sah, vernahm die Nachricht von meinen körperlichen Unzulänglichkeiten, wie ich vermute, mit einiger Erleichterung, drängte mich, einen schönen langen Urlaub zu nehmen, und versicherte eindringlich, ich brauche mir um die Angelegenheiten der Kommission nicht länger den Kopf zu zerbrechen – sie würden umgehend jemand anderen als Ersatz für mich schicken. Mithin zog ich mich auf meine Farm zurück, pflanzte fünf herrliche Wochen lang Bäume und kam erst Anfang Mai wieder nach Washington.

Der Hintergrund der ganzen Episode, der hartnäckigen Schweigsamkeit des Ministeriums sowie der seltsamen Art, wie uns unsre Weisungen erteilt wurden, ist mittlerweile nach den historischen Quellen rekonstruiert worden, und zwar in den ausgezeichneten Veröffentlichungen Philip E. Moselys, meines Freundes und Nachfolgers als Mr. Winants Berater in der amerikanischen Delegation der Europäischen Beratenden Kommission, und Mr. William M. Franklins, des jetzigen Direktors der Historischen Abteilung des State Department⁵⁹. Der eigentliche Unruhestifter war eindeutig die Abteilung Zivilangelegenheiten des Kriegsministeriums, die sich anfangs weigerte, an interministeriellen Besprechungen über Instruktionen für den amerikanischen Vertreter bei der Europäischen Beratenden Kommission überhaupt teilzunehmen. Später, als sie sich widerwillig zur Teilnahme bereiterklärte, gab sie sich so unaufrichtig und desinteressiert, dass man den Eindruck hatte, sie wolle das Unternehmen torpedieren. Ihre Beauftragten trieben es so weit, dass sie sich nicht damit begnügten, zu gewissen Zeiten alle

⁵⁹ Philip E. Mosely, 'The Occupation of Germany', Foreign Affairs, Bd. XXVIII, Nr. 4 (Juli 1950), S. 580-604; William M. Franklin, 'Zonal Boundaries and Access to Berlin', op. cit.

Instruktionen für Botschafter Winant abzulehnen; nach Mr. Mosely «stimmten sie sogar solche Schreiben nieder, die ihn davon benachrichtigen sollten, dass mit einer baldigen Antwort nicht zu rechnen sei». Anscheinend waren sie darauf aus, jede Verbindung mit Mr. Winant zu verhindern. Und als übergeordnete Regierungsstellen sie unter Druck setzten, warteten sie schliesslich mit den orakelhaften Vorschlägen über Kapitulationsbedingungen und Besatzungszonen auf, von denen ich berichtet habe, waren aber nicht zu bewegen, irgendwelche Erläuterungen dazu abzugeben. Da es hier darum ging, Instruktionen für den amerikanischen Sprecher bei wichtigen internationalen Verhandlungen auszuarbeiten, erscheint mir das Verhalten dieser Leute doppelt verantwortungslos und verwerflich. Aber die Schuld liegt nicht ausschliesslich beim Kriegsministerium und seiner Abteilung für Zivilangelegenheiten; das State Department hat auch seinen Teil daran. Ich glaube zu wissen, in welcher schwieriger Lage das Aussenministerium während des Zweiten Weltkriegs steckte. Der verstorbene Mr. Cordell Hull hat in seinen Memoiren beschrieben, wie Präsident Roosevelt während der Kriegsjahre mit politischen Problemen verfuhr. 1942 hatten sich die Dinge so eingependelt, dass, wie Mr. Franklin in dem eben erwähnten Artikel schreibt, «Roosevelt zusammen mit Churchill, Tschiangkaischek, Stalin und den Kombinierten und Vereinigten Stabschefs daran arbeitete, den Krieg zu gewinnen, während das State Department die mehr routinemässigen Auswärtigen Angelegenheiten erledigte und Pläne für die Zeit nach dem Kriege machte». In der Praxis sah das so aus, dass der Aussenminister über lebenswichtige Fragen der amerikanischen Aussenpolitik wiederholt weder informiert noch konsultiert wurde, dass er aber von Zeit zu Zeit – sei es vom Präsidenten oder durch die Umstände – plötzlich die Verantwortung für Aktionen und Entscheidungen in Fragen aufgepackt bekam, mit denen er nicht einmal richtig vertraut war.

Die Hauptverantwortung für diesen bedauerlichen und gefährlichen Zustand trug natürlich der Präsident selbst. Aber ich finde, man sollte sich doch einmal fragen, ob die verantwortlichen Beamten des Aussenministeriums recht daran taten, das einfach über sich ergehen zu lassen und darüber hinaus noch an dem absurden und fast tragischen Durcheinander mitzuwirken, das wiederholt die Folge war. Ich finde es zum Beispiel schwer verständlich, wie sie sich im Falle Portugal mit einer derart

passiven Rolle zufriedengeben konnten – wie sie sich so weitgehend von der aktiven Teilnahme an einem Regierungsvorgang selber ausschalten konnten, dass sie einen Repräsentanten der Vereinigten Staaten auf Wunsch des Kriegsministeriums plötzlich nach Hause zerrten, obwohl dieser Repräsentant mitten in wichtigen internationalen Verhandlungen stand; dass sie es in einem Augenblick taten, als ihnen bereits klar sein musste, dass der Wunsch des Kriegsministeriums nur mangelnder Koordination entsprang; und dass sie das alles überdies ohne ein Wort der Erklärung an den Betroffenen taten. Ich kann nicht begreifen, wie ein Aussenministerium, das für die diplomatischen Vertretungen im Ausland eindeutig die Verantwortung trägt, es über sich bringen konnte, einen Ernennungsvorschlag des Kriegsministers mechanisch an den Präsidenten weiterzuleiten, obwohl es wissen musste, dass der Kriegsminister bei seinem Vorschlag von falschen Voraussetzungen ausgegangen war. Und schliesslich ist mir unverständlich, wie leitende Beamte des State Departments es fertig brachten, mit einem Achselzucken und ohne jeden Kommentar Botschafter Winant ein von den Vereinigten Stabschefs stammendes Dokument weiterzuleiten, das weder in sich einen Sinn gab noch der allgemein bekannten Situation entsprach – und wie sie dem Botschafter zumuten konnten, es als ernstzunehmenden amerikanischen Vorschlag auf den Verhandlungstisch zu legen.

Vermutlich gab der Geschäftsverteilungsplan dem State Department damals formal nicht das Recht, bei derartigen Anlässen einzugreifen. Aber Passivität und das Abschieben von Verantwortung müssen irgendwo doch auch eine Grenze haben. Ich selbst bin der beste Beweis, dass der Präsident es weder ablehnte, von Fehlleistungen dieser Art Notiz zu nehmen noch für ihre Korrektur zu sorgen, wenn er davon erfuhr. Warum es einem jüngeren Beamten wie mir überlassen blieb, sich beide Male direkt an den Präsidenten zu wenden und damit die eigene Laufbahn aufs Spiel zu setzen – warum das State Department diese minimale Verantwortung nicht selbst übernehmen konnte –, war mir damals unerfindlich und ist mir bis heute unerfindlich geblieben.

Die Arbeit der Europäischen Beratenden Kommission bezog sich natürlich fast ausschliesslich auf Deutschland, also auf ein Land, in welchem ich nicht nur als Kind und später privat als Student gelebt, sondern danach in amtlicher Eigenschaft noch mehr als fünf Jahre gelernt und gearbeitet hatte, davon fast drei

Jahre während des jetzigen Krieges. Ich kann mich aber nicht erinnern, bei meiner Tätigkeit als politischer Berater Mr. Winants oder zu irgendeiner anderen Zeit je bei einem wichtigeren Detail der zukünftigen Behandlung Deutschlands zu Rate gezogen worden zu sein oder auch nur Gelegenheit erhalten zu haben, ihm oder der Regierung irgendeine eigene Ansicht über dieses Thema zu entwickeln.

Nach der Rückkehr nach Washington im Jahre 1943 nahm mein inzwischen verstorbener Freund und Kollege Henry P. Leverich, mit dem ich Anfang des Krieges an der Berliner Botschaft zusammen gewesen war und der sich jetzt im State Department mit der Nachkriegsplanung für Deutschland befasste, mich einmal als Gast mit zu einer Sitzung des sogenannten Deutschland-Komitees, in dem diese Fragen untersucht wurden. Dabei zeigte er mir eine damals zur Beratung anstehende grundsätzliche Weisung über die Verwendung deutschen Personals bei einer künftigen Militärregierung. Das veranlasste mich zu einem schriftlichen Memorandum über die solcher Planung zugrunde liegenden Prinzipien, die in meiner Sicht über die Personalpolitik der künftigen Militärregierung im engeren Sinne hinausgingen und das Problem der Entnazifizierung und ganz allgemein unseres politischen Verhaltens gegenüber dem Nachkriegsdeutschland einschlossen. Ich habe keinen Grund anzunehmen, dass mein Memorandum jemals diejenige erreichte, die in der Zeit unmittelbar nach dem Ende der Feindseligkeiten für unsere Deutschlandpolitik verantwortlich waren. Zwar hatten die damals von mir vertretenen Ansichten sich, wie mir scheint, nach 1947 in der amerikanischen Politik allgemein durchgesetzt – während der ersten zwei oder drei Jahre nach der deutschen Kapitulation jedoch wurde grösstenteils genau die Taktik verfolgt, gegen die meine Aufzeichnung gerichtet war.

Da eine vernünftige Deutschlandpolitik in meinen Augen die erste Voraussetzung für eine solide Nachkriegspolitik gegenüber der Sowjetunion bildete, beobachtete ich unser Verhalten in Deutschland unmittelbar nach dem Kriege (zum Beispiel den Nürnberger Kriegsverbrecherprozess) mit einem an Verzweiflung grenzenden Entsetzen. Es erweckte in mir ein noch stärkeres Gefühl der Hoffnungslosigkeit und Vergeblichkeit als selbst die Meinungsverschiedenheiten mit der Regierungsspitze wegen unserer bilateralen Beziehungen zu Moskau. Unter diesem Aspekt sind die folgenden Auszüge aus meinem Memorandum für Leverich – dem einzigen Beitrag zur Meinungsbildung

über die Behandlung Deutschlands nach dem Kriege, zu dem ich Gelegenheit hatte – in diesem Bericht vielleicht nicht fehl am Platze.

Ich begann mit einer kurzen Zusammenfassung des Grundgedankens, von dem die mir gezeigte Konferenzvorlage ausgegangen war. Danach

«hielten wir es für unsere Pflicht, dafür zu sorgen, dass in der Verwaltung beschäftigte Deutsche keine Feinde des demokratischen Wiederaufbaus seien, und müssten folglich danach trachten, aus dem Verwaltungsapparat des deutschen Staates alle Angehörigen bestimmter grosser Kategorien der Bevölkerung auszuschalten, zu denen insgesamt mindestens drei Millionen Menschen gehören».

Ich erläuterte sodann meine Einwände gegen diese Zielsetzung. «Erstens lässt sich das nicht durchführen. Es bedingt ein Mass an Wissen und an Koordinierung in Personalsachen, das auf einer Drei-Mächte-Basis niemals zu erreichen ist. In der Aussenpolitik gibt es keine dornigere oder undankbarere Aufgabe als den Versuch, die politische Vergangenheit und die politischen Motive unzähliger Einzelpersonen in einem fremden Land zu durchleuchten. Ungerechtigkeiten, Irrtümer und Ressentiments lassen sich unmöglich vermeiden. Ein riesiger und notwendigerweise unpopulärer Untersuchungsapparat wird benötigt. Unsere eigenen Nachrichtendienste wären von einem solchen Deutschlandprogramm ganz klar überfordert. Der Versuch, es auf Drei-Mächte-Basis anzupacken, würde lediglich Meinungsverschiedenheiten unter den Alliierten auslösen. Es ist wenig wahrscheinlich, dass die Alliierten sich auch nur nach aussen hin darauf einigen könnten, welche Gruppen ausgeschaltet werden müssten. Weder Engländer noch Russen halten beim Umgang mit fremden Völkern ideologische Unterschiede für besonders wichtig; beiden dürfte die unmittelbare Brauchbarkeit jedes Einzelnen für ihre Zwecke wichtiger sein als irgendwelche Ansichten, zu denen er sich früher einmal bekannt haben mag.

Bei dem Versuch, dies Programm durchzuführen, werden wir scheitern. Die Leute werden entweder unserer Aufmerksamkeit völlig entgehen; oder sie werden ihre Unentbehrlichkeit aus technischen Gründen beweisen; oder sie werden verschwinden und anderswo unter falschem Namen auftauchen; oder sie wer-

den für die Vernichtung der Unterlagen sorgen; oder sie werden sich bei einem der Alliierten einschmeicheln und ihn gegen die beiden andern ausspielen. Schliesslich werden wir uns in einem Gestrüpp von Denunziationen, Verwirrung und Uneinigkeit verfangen, das keinem ausser den Deutschen selbst nützen kann.

Zweitens würde das Projekt, auch wenn es durchführbar wäre, nicht den Zweck erfüllen, für den es bestimmt ist. Wir würden keine andere Schicht von Menschen finden, die imstande wäre, die Verantwortlichkeiten der von uns ausgeschalteten zu übernehmen. Ob es uns nun passt oder nicht: Neunzig Prozent alles dessen, was in Deutschland kraftvoll, fähig und geachtet ist, gehört in die einschlägigen Kategorien⁶⁰. Die Entfernung all dieser Leute aus ihren Ämtern wäre für jede spätere Regierung – vermutlich eine aus Besatzungsoffizieren und den Alliierten genehmen liberalen Deutschen zusammengesetzte – eine Aufgabe, die ihre Kräfte weit übersteigen und sie gleichzeitig einer erbitterten, verantwortungslosen Opposition von noch nicht dagewesenem Format und Ansehen aussetzen müsste. Das könnte nur das Ergebnis haben, in Deutschland alles, wofür die Westmächte eintreten, endgültig in Misskredit zu bringen, die nationalistischen Elemente mit einer Märtyrerkrone zu schmücken und damit schliesslich ihrer triumphalen Rückkehr als Befreier Deutschlands von einer stümperhaften, scheindemokratischen Marionettenregierung Vorschub zu leisten. Wir dürfen keinen Augenblick vergessen, dass die Verfechter des Liberalismus in Deutschland jammervoll dünn gesät und schwach sind. Ihnen eine derartige Verantwortung aufzubürden, bevor ihre Schultern stark genug sind, sie zu tragen, könnte leicht zu ihrer völligen Vernichtung führen.

Schliesslich möchte ich behaupten, dass die Ausschaltung nationalistischer Elemente durch Aktionen von unserer Seite nicht

⁶⁰ Zwanzig Jahre später gab Mr. Robert Murphy, unser erster politischer Vertreter in Deutschland nach dem Kriege, in seinen Memoiren den folgenden Bericht über die praktischen Erfahrungen unserer Militärregierung in der ersten Zeit nach dem Ende der Kampfhandlungen (das „JCS 1067“, auf das er Bezug nimmt, war die im Kriegsministerium ausgearbeitete grundsätzliche Direktive für unsere Besatzungspolitik):

«... JCS 1067 verbot die Beschäftigung aller Deutschen, die mehr als bloss nominelle Mitglieder der Nazipartei gewesen waren, in leitenden Funktionen oder als Facharbeiter. Und prompt mussten wir feststellen, dass die grosse Mehrheit der leitenden Angestellten und der Facharbeiter in Deutschland einwandfrei Nazis gewesen waren. Wir waren gezwungen, Tausende von tüchtigen Arbeitern zu entlassen, weil ihre Personalakten die Einstufung in eine der Gruppen notwendig machten, die nach JCS 1067 automatische Sperrung bedeuteten... Dass viele der von uns notgedrungen Entlassenen umgehend in der Russischen, Französischen oder Britischen Zone Arbeit fanden, machte uns auch nicht glücklicher.»

Aus: Robert Murphy, ‚Diplomat Among Warriors‘, (Diplomat unter Kriegern), New York, Doubleday and Co., 1964, S. 284.

nur undurchführbar und unwirksam, sondern darüber hinaus unnötig ist. Der Hauptzweck unserer postmilitärischen Operationen in Deutschland ist es doch wohl, dafür zu sorgen, dass das Land nicht noch einmal zum Ausgangspunkt eines Systems militärischer Aggressionen wird, die unsre Sicherheit gefährden könnten. Aus diesem Grunde muss – darüber sind sich alle einig – den Deutschen vor Augen geführt werden, dass Aggression kein gewinnbringendes Geschäft ist. Aber ich sehe nicht, inwiefern das gleichbedeutend sein sollte mit der künstlichen Entfernung irgendeiner gegebenen Bevölkerungsschicht aus ihren öffentlichen Ämtern. Unterstellen wir doch lieber (wozu wir völlig berechtigt sind), das nationalistische Deutschland *sei* Deutschland; und gehen wir dann daran, dem nationalistischen Deutschland nicht etwa ausgerechnet die Verantwortlichkeiten abzunehmen, die es mit Fug und Recht selber tragen sollte, sondern es strikt zur Arbeit anzuhalten und ihm die Lektionen zu erteilen, die es verdient hat. Die beste Medizin für die derzeit in Deutschland herrschende Schicht ist nicht die zuvorkommende Entfernung aus ihren Ämtern gerade zu dem Zeitpunkt, an dem die Amtsausübung eine widerwärtige Bürde geworden ist, sondern der unerbittliche Anschauungsunterricht darüber, dass Deutschland nicht stark genug ist, die Interessen anderer Grossmächte ungestraft zu bedrohen, und dass jeder Versuch in dieser Richtung unausweichlich zur Katastrophe führt. Gerade die starke nationalistische Führungskaste muss sich davon überzeugen. Wenn sie es erst einmal begriffen hat, wird die Erkenntnis ihrem Nationalismus den Garaus machen. Vermutlich wird das früher oder später auch für sie selbst den politischen Tod bedeuten, denn eigentlich hat sie kein Programm ausser Deutschlands Grösse und Deutschlands Macht. Aber wenn sie dann abtritt, wird es wegen der Logik der Geschichte und wegen der organischen Entwicklung des deutschen politischen Lebens sein, nicht wegen voreiliger und notgedrungen stümperhafter Einmischung von aussen. Die politische Entwicklung grosser Völker wird von ihren eigenen nationalen Erfahrungen gelenkt und bestimmt, niemals von den Manipulationen fremder Mächte in internen Angelegenheiten.

Lassen wir also den Schock der Niederlage so überwältigend wie nur möglich sein. Gestalten wir den unmittelbaren Eindruck des Fehlschlags so eindringlich und unvergesslich, dass er für alle Zeiten Bestandteil des nationalen Bewusstseins des deutschen Volkes wird. Wenn das aber getan ist, dann sollte die Idee der

Bestrafung aus unserem Behandlungskonzept für Deutschland gestrichen werden. Denn anhaltende Bestrafung eines ganzen Volkes kann doch nie etwas ausrichten. Und verwischen wir nicht gegenüber jedermann die klaren Linien der Verantwortlichkeit, indem wir versuchen, die natürlichen Folgen zu verändern, die eine totale Niederlage unausweichlich haben muss. An uns ist es, den unvergesslichen Eindruck hervorzurufen. An den Deutschen aber ist es, darauf zu reagieren.»

Aus diesen Zitaten geht eine der Ursachen meines Mangels an Vertrauen in die Pläne für die Behandlung Nachkriegsdeutschlands klar hervor, nämlich ihre starke Abhängigkeit von der guten Zusammenarbeit mit den Russen. Nicht nur war meiner Ansicht nach jeder Versuch einer solchen Zusammenarbeit zum Scheitern verurteilt; noch gefährlicher war, dass wir aus Rücksicht auf dieses Gaukelbild unterlassen würden, eigene konstruktive Ideen für die Behandlung der Westzonen zu entwickeln und so den psychologisch richtigen Moment verpassen könnten, das Leben in Deutschland in neue und hoffnungsvollere Bahnen zu lenken. Ich betonte nachdrücklich die Notwendigkeit konstruktiver Sofortmassnahmen mit dem Ziel der Wiederbelebung der Wirtschaft und der öffentlichen Moral und hielt es für wichtiger, mit den eigenen Plänen weiterzukommen, als den Luftschlössern einer Zusammenarbeit mit den Russen nachzuhängen. Allerdings hatte ich bei meinen Überlegungen wohl die negativen Wirkungen der Zustände unmittelbar nach dem Zusammenbruch, soweit sie damals vorhersehbar waren, einigermaßen überbewertet: den ungeheuren Flüchtlingsstrom, die wirtschaftliche Zerrüttung, den Zusammenbruch der bestehenden Verwaltung und das politische Klima, in dem die alliierte Militärregierung zu operieren haben würde, hatte ich eindeutig zu negativ eingeschätzt.

Andererseits darf man nicht übersehen, dass die unentschlossenen und konfusen Methoden, deren wir uns in der ersten Zeit nach dem Kriege in Deutschland bedienten, sich binnen ein oder zwei Jahren als unzulänglich und ungeeignet erwiesen; und hätte man sie nicht aufgegeben und 1947 durch andere ersetzt, so hätten die von mir befürchteten Konsequenzen sehr leicht Wirklichkeit werden können.

Mein Unbehagen wegen unserer Pläne für Nachkriegsdeutschland entzündete sich vor allem an der Frage der Bestrafung von Kriegsverbrechern. In einer Aufzeichnung, die ich in meiner

Londoner Zeit einmal für Botschafter Winant begann (sie war von ihm nicht angefordert worden, und ich kann mich nicht erinnern, sie ihm je gezeigt zu haben), finde ich folgende Sätze:

«In dem Personenkreis, der sich bei uns mit Aussenpolitik befasst, dürfte sich kaum jemand finden, der von den deutschen Greuelthaten eine intimere Kenntnis oder stärkere persönliche Gründe für Empörung hat als ich. Von der deutschen Besatzung habe ich in vielen Ländern vielerlei gesehen; einige mir sehr nahestehende Menschen sind der abscheulichsten Art von Gestapo-Brutalität zum Opfer gefallen. Was ich zu diesem Thema sage, sage ich daher weder in Unkenntnis noch in sentimentaler Beschönigung der Exzesse, die von Deutschen in diesem Krieg begangen worden sind. Aber an dem Tage, an dem wir uns mit den Russen als unseren Verbündeten im Kampf gegen Deutschland einverstanden erklärten, da erklärten wir uns – selbst wenn wir sie uns nicht zu eigen machten – stillschweigend auch mit der Art der Kriegführung einverstanden, wie sie in Osteuropa und Asien Jahrhunderte hindurch geübt worden ist und vermutlich auch in Zukunft geübt werden wird.

Diese Bräuche – ich betone das – sind allgemein verbreitet: nicht etwa nur bei den Deutschen. Wenn die Geschichte über die Grausamkeiten dieses Krieges ihr Urteil fällt, wird sie zwischen Siegern und Besiegten nicht unterscheiden. Das gilt es zu bedenken, wenn uns daran liegt, dass unsere Urteile vor der Geschichte Bestand haben. Wollen andere dennoch in dem üblen Morast wühlen, in dem die Scheusslichkeiten dieses Krieges versunken sind, so sei es ihnen unbenommen. Ich als Amerikaner ziehe es vor, von dem relativen Mass an Schuld, das sie dabei an den Tag zerren, nicht Kenntnis zu nehmen.»

So war ich alles in allem von schweren Bedenken erfüllt, als ich nach dem kurzen Einblick, den mir die Londoner Tätigkeit in unsere Deutschlandpolitik gegeben hatte, im Frühjahr 1944 nach Hause zurückkam. Die Hoffnung auf Zusammenarbeit mit den Russen bei der Regierung Deutschlands hielt ich für wirklichkeitsfremd. Teilweise aus diesem Grund, teilweise aber auch aus umfassenderen Erwägungen heraus war ich gegen jedes komplizierte Entnazifizierungsprogramm. Ich hatte keinerlei Mitleid mit den Naziführern; aber der Gedanke, uns mit den Russen zusammenzutun, um ihr Verhalten zu richten und zu bestrafen, ging mir sehr gegen den Strich. Die spätere Erfahrung

hat gelehrt, dass meine Bedenken zwar etwas übertrieben, aber nicht ganz unbegründet waren. Jedenfalls trugen sie ein gutes Teil zu dem tiefen Unbehagen über die amerikanische Deutschlandpolitik bei, das mich während der anschliessenden Dienstjahre in Moskau beherrschte.

Als ich nach meinem Urlaub im Frühjahr 1944 nach Washington zurückkam, hatte das Ministerium wohl keine rechte Vorstellung davon, was es mit mir anfangen sollte. Chip Bohlen, mittlerweile Verbindungsmann zwischen State Department und Weissem Haus, erfuhr, dass der Gesandte an der Moskauer Botschaft, Maxwell M. Hamilton, vor der Versetzung stand und dass Botschafter Averell Harriman nach einem neuen Gesandten Ausschau hielt. Bohlen stellte mich Harriman vor; wir drei assen eines Abends zusammen in Harrimans Apartment im Mayflower Hotel; wir kamen überein, dass ich den Posten erhalten sollte, und zwar in voller Kenntnis der von mir besonders hervorgehobenen Tatsache, dass meine Ansichten über Russlandpolitik nicht gerade die der Regierung waren.

Die Aufgaben des Gesandten in Moskau schienen uns damals vor allem auf administrativem Gebiet zu liegen. Die Botschaft war in zwei Abteilungen gegliedert, die etwa gleich stark besetzt waren: die eigentliche Botschaft, die den zivilen Stab umfasste und die ich leiten sollte, und die Militärmission unter General John R. (Russ) Deane. Da Mr. Harriman, wie es sich für einen Botschafter gehört, die Auffassung seines Präsidenten teilte, nach der in Kriegszeiten Ratschläge in Fragen der hohen Politik vorzugsweise vom Militär kommen müssten, verspürte er damals (wenn ich seine Ansichten im Rückblick richtig erfasse) wenig Neigung, sich wegen solcher Dinge an die zivile Seite seiner Mission zu wenden. Vom Gesandten verlangte er die Überwachung der eigentlichen Botschaftsroutine unter den ungewöhnlichen Umständen der Kriegszeit, und meine früheren Erfahrungen und meine Vertrautheit mit der Landessprache liessen mich für die Stelle geeignet erscheinen.

Anfang Juni 1944 verliess ich Washington und flog nach Lissabon, wo meine Familie sich aufhielt. Ich bereitete ihr baldiges Nachkommen vor (es war nur ausnahmsweise gestattet worden; normalerweise durften Ehefrauen nicht nach Moskau hinein, ausser wenn sie bereit waren, regelrecht als Angestellte der Botschaft Dienst zu tun) und reiste dann allein auf dem Wege über das Mittelmeer und den Iran an meinen neuen

Dienstort. Die Reise schloss einen Besuch im Hauptquartier des Oberbefehlshabers Mittelmeer in Caserta in Italien ein und erbrachte eine reiche Ernte von Tagebuchnotizen. Sie können in ihrer Masse dem Leser erspart bleiben. Als Abwechslung von der rein politischen Kost jedoch füge ich die Beschreibung von Zwischenlandungen in Kairo und Bagdad und die dadurch angeregten Gedanken ein.

Doch sollte ich dazu vielleicht bemerken, dass meine gesamte diplomatische Tätigkeit sich in ziemlich hohen nördlichen Breiten abgespielt hat. Lissabon, das auf der Breite von Washington, D. C., liegt, war der südlichste meiner verschiedenen Posten. Ich sehe darin eine bedauerliche Einengung sowohl meiner Erfahrungen als auch meines geistigen Horizonts. Meine negativen Reaktionen bei gelegentlichen kurzen Begegnungen mit weiter südlich gelegenen Gegenden Afrikas und des Mittleren Ostens, um nur diese zu nennen, waren sicherlich weitgehend ein Ergebnis dieser blinden Flecken. Zweifellos beruhten sie auf oberflächlichen und irreführenden Eindrücken. Aber auch sie beeinflussten zum Guten oder zum Bösen künftige Gedanken und Meinungen über internationale Fragen. Und ich füge somit diese beiden flüchtigen Impressionen ein als bezeichnend für die Vorbehalte, die ich viel später gegen das hatte, was eine neue Generation «Hilfe für unterentwickelte Länder» nennt.

Am 19. Juni verließ ich in der Frühe Caserta auf dem Luftwege. Es wurde, wie ich damals notierte, der unangenehmste Reisetag meiner Erinnerung. In Caserta war ich Gast des Oberbefehlshabers gewesen und war in seinem Wagen mit wehender Standarte und Sirenengeheul zum Flugplatz gebracht worden. In Malta indessen war die Magie seiner hohen Gönnerschaft nicht mehr wirksam; mein minderer Status als Zivilist wurde wieder fühlbar; in der Offiziersmesse – ebenso übrigens in der Mannschaftskantine – verweigerte man mir eine Tasse Tee verächtlich mit der Begründung, dass ich kein britisches Militärgeld hätte. Hungrig und durstig kehrte ich auf die Kübelsitze der ebenso langsamen wie unermüdlichen DC-3 s zurück, die ihre mühselige Reise nach Kairo antrat. In Benghasi traf ich die schlimmste Hitze an, die ich je erlebt hatte.

«Es war wie in einem Backofen. Die Luft schwamm und flimmerte in der Hitze. Drüben in der Wüste erblickte man als Fata Morgana die See. Den ganzen Nachmittag dröhnte die Maschine über die Cyrenaica und die westliche Wüste. Der Hellfire Pass

zog langsam unter uns vorbei – still und verlassen in der Glut des Nachmittags, nichts als ein Grat aus Fels und Sand. Die Spuren der eben erst vergangenen Kämpfe und Qualen sind von der Wüste bereits aufgesogen, und sie verharrt, unbesiegbar wie das Meer, in ihrer ungeheuren, grenzenlosen Eintönigkeit. In El Alamein finden sich noch Reste von Gräben und Geschützstellungen, aber in ein oder zwei Jahren werden auch sie verschwunden sein.

Es war Abend und dunkelte schon, als wir unser Ziel, den Flughafen dreissig oder vierzig Meilen ausserhalb Kairo, erreichten. Auf einen Lastkraftwagen gepfercht, rumpelten wir weitere anderthalb Stunden durch die Dunkelheit, während das diffuse Glühen des Sonnenuntergangs in der Wüste hinter uns den Himmel erfüllte. Um zehn Uhr abends stand ich mehr tot als lebendig in der Halle vom Shepherd's Hotel. Sie hatten kein Zimmer für mich. Sie wollten weder meine Dollars noch meine Pfundschecks. In der Gesandtschaft gab es anscheinend keinen, der am Telefon etwas Sinnvolles zu sagen wusste. Die Träger in ihren Burmussen, die meine Koffer geschleppt hatten, standen herum und schauten mich ungeduldig an, in Erwartung des Trinkgelds, das ich ihnen nicht geben konnte. Draussen war nichts als eine völlig fremde verdunkelte Stadt. Es war einer der Tiefpunkte meines Lebens. In den frühen Morgenstunden fand ich nach verzweifelten Bemühungen um ein Nachtquartier schliesslich ein Sofa in der Wohnung eines freundlichen Amerikaners vom Christlichen Verein Junger Männer.

Dienstag, 20. Juni 1944

Mittwoch, 21. Juni

Die beiden Tage glichen einander zu sehr, als dass man sie einzeln beschreiben könnte. Ägypten, dies Dreieck bewässerter Wüste um das Delta eines verseuchten Stroms, stöhnte unter einer Hitzewelle. Der heisse Atem der Sahara hüllte Meile um Meile brauner Mauern ein. Die Schlammböden am Stadtrand dampften und stanken unter dem feurigen afrikanischen Himmel. In den Strassen des Ausländerviertels lag der Glast weiss und stechend zwischen den blinden Betonmauern der Villen. Die Leute verbarrikadierten sich in ihren Häusern gegen die Hitze; die Limousinen parkten sie in schattigen Kellergaragen, damit sie nicht zu heiss würden, um darin zu sitzen.

Als am Abend des ersten Tages die Sonne untergegangen und der Himmel abgekühlt war, konnte man spüren, wie die

Hitze gleich Dampf wieder aus der ausgedörrten Erde stieg. Ältliche Engländer schlenderten zum Golfplatz, noch taumelig von ihrer Siesta. Herumziehende Araber, die das Abklingen der Tageshitze im Schatten einer Mauer auf dem Pflaster liegend erwartet hatten, erhoben sich, schüttelten einen Teil des Schmutzes aus den Kleidern und begannen, auf ihre trägen Esel einzuschlagen, um sie zur Fortsetzung der endlosen Reise von Nirgendwo nach Nirgends zu bewegen. Jeeps und Stabslimousinen, die aus Richtung der Pyramiden die Strasse hinunterfuhren, begegneten einer Dromedar-Karawane, die langsam und gemessen den zeitlosen Hügel hinauf in die zeitlose Wüste stakste. Im Hotel Mena wurden die Türen zu den Terrassen geöffnet. Die Bar fing an, Getränke draussen zu servieren. Im Musikzimmer spielte, von kunstvollem maurischem Gitterwerk umrankt, die blasse polnische Emigrantin, die mit dem Hund, auf dem Klavier Chopin; und eine einzelne hitzekranke und verirrte Ratte duckte sich ängstlich auf die Fliesen unter den Zimmerpalmen auf der Suche nach einem Ausschluß in die Dunkelheit und Frische des Gartens.

Am Abend des zweiten Tages endete die grosse Hitze in einem Sandsturm. Die trockenen Wolken rollten und drehten sich beim Durchzug durch die Stadt. Der Wind piff in den Fensterläden des Hotels wie in der Takelage eines Schiffes auf See; und man hörte das ständige Zischen des gegen Mauern und Fenster schlagenden Sands. Die Palmen im Garten schwankten und ächzten, ihre langen Wedel rasselten wild unter der Peitsche des Winds. Die Gäste in der Hotelhalle sassen bei geschlossenen Läden und elektrischem Licht, wie Eingeschneite bei einem Blizzard, und horchten auf das Heulen des Sturms.

Der Wind legte sich während der Nacht. Als ich im Morgenrauen aufstand, um zum Flugplatz zu fahren, war es kühl geworden; und eine klare, frische Luft lag über der schlafenden Stadt. Aber gross und ominös stieg die Sonne am wolkenlosen Himmel empor; und ich wusste: nur allzu bald würden die Hitze und Verderbnis des Tages sich erneut über das fruchtbare, unheimliche Land ergiessen.

Freitag, Samstag, Sonntag,
23.-25. Juni 1944. Bagdad

Den ganzen Tag über blieben wir in der Gesandtschaft – in der die Temperatur niemals unter 90 Grad Fahrenheit sank –, um

der viel schlimmeren Hitze draussen zu entgehen. Wir konnten aus dem Fenster sehen (wie man im Norden bei Frostwetter aus dem Fenster sieht) und beobachten, wie der heisse staubige Wind an den Eukalyptusbäumen zerrte und der farblose Sonnenschein der Wüste das flache, ausgebleichte Land umfing; ein Sonnenschein ohne Abstufungen, ohne Schattierungen und ohne Schatten – ein Sonnenschein, der nicht einmal die Haut bräunt, sondern mit erbarmungsloser Feindseligkeit zuschlägt und eindringt und auflöst. Ausser ‚tollen Hunden und Engländern‘, wie Noel Coward sang, würde niemand im Traum daran denken, sich in dieses Inferno von Hitze zu wagen. Nachts kühlte es erheblich ab, und wir schliefen einigermassen bequem auf dem Dach. Aber inzwischen hatte es die wirklichen tollen Hunde und die Schakale aus der Wüste hergetrieben, und es war nicht ungefährlich, in dem Aussenbezirk herumzuwandern, in dem die Gesandtschaft lag. Die einzige erträgliche Zeit des Tages, während derer man aus dem Gefängnis ausbrechen konnte, war der frühe Morgen.

Die Trockenheit der Hitze war zermürend. Man musste von morgens bis abends Wasser trinken; und selbst dann drohten die Nieren ihre Tätigkeit einzustellen.

Gesund bleiben konnte man überhaupt nur, indem man das Privatleben einer sehr strengen, wissenschaftlich begründeten Disziplin und Routine unterwarf.

So viel über die Widrigkeiten des Dienstes in Bagdad; aber wie stand es um die Möglichkeiten einer erfolgreichen Tätigkeit? In einem Lande, in dem menschliche Selbstsucht und Dummheit die natürliche Fruchtbarkeit fast gänzlich zerstört haben; wo die Vegetation nur an den Ufern der grossen Flüsse überleben kann, die seine Wüsten durchqueren; wo das Klima der menschlichen Gesundheit und Spannkraft schädlich geworden ist?

Eine Bevölkerung mit unsauberen Gewohnheiten, von Seuchen geschwächt und entkräftet; anfällig für jede Art von religiöser Bigotterie und Fanatismus; durch die Gebote des am meisten verbreiteten Glaubens dazu verdammt, genau die Hälfte ihrer Mitmenschen – nämlich die weibliche Hälfte – mittels unbefristeten Hausarrests gegen die andere abzukapseln, sie von den Bestrebungen der Gesellschaft auszuschliessen; geprägt - notwendigerweise geprägt – von den Gewohnheiten des Hirtenlebens, die sich seit eh und je mit bäuerlicher oder industrieller Kultur schlecht vertragen. Dies Volk ist jetzt mit west-

lichen Lebensformen gerade soweit in Berührung gekommen, dass seine Oberschicht nach vielen Dingen dürstet, die nur im Westen erhältlich sind. Den Briten gegenüber voller Argwohn und ressentimentgeladen, würden sie diese Dinge gerne von uns bekommen. Sie würden uns gerne zwischen sich und die Briten schieben und so die Beschränkungen umgehen, die die Briten ihnen auferlegen.

Wenn wir ihnen geben, was sie haben wollen, können wir damit vielleicht vorübergehend die Gunst der Empfänger erkaufen. Aber in dem Masse, in dem wir geben, schwächen wir den britischen Einfluss undbürden uns selbst – ob wir wollen oder nicht – die Verantwortung für das Handeln der eingeborenen Politiker auf. Wenn sie dann anfangen, Dinge zu tun, die nicht in unserem Interesse liegen, die die Weltsituation auf eine unseren Sicherheit abträgliche Weise verändern, und wenn die Briten sie dann nicht mehr zügeln können, dann müssen wir wenigstens teilweise uns selbst die Schuld geben: an uns ist es dann, die geeigneten Massnahmen zu ergreifen.

Sind wir willens, eine solche Verantwortung zu übernehmen? Ich weiss – jeder realistisch denkende Amerikaner weiss –, wir sind es nicht. Unsere Regierung ist technisch nicht in der Lage, in Gebieten, die von ihrem eigenen Territorium so weit entfernt sind, eine langfristige, folgerichtige Politik zu treiben. Unsere Aktionen auf aussenpolitischem Gebiet sind krampfartige Re-Aktionen der Politiker auf ein von lautstarken Minderheiten beherrschtes innenpolitisches Leben.

Die paar Amerikaner, die noch über die Pionierzeit ihres eigenen Landes Bescheid wissen, werden die Wüsten hier kaum ansehen können, ohne aufregende Möglichkeiten von Urbarmachung und wirtschaftlicher Entwicklung zu wittern. Wenn hier einst Bäume wuchsen, könnten sie nicht wieder wachsen? Wenn hier einst Regen fiel, könnte er nicht aus den unerschöpflichen Reserven der Natur wieder herangeholt werden? Könnte das Klima nicht verändert, Krankheit nicht ausgerottet werden?

Wenn es ihnen um die Flucht aus der Wirklichkeit zu tun ist, werden diese Amerikaner, auf den Spuren ihrer Träume wandelnd, sich vielleicht auf den langen und steinigen Weg machen, der zu ihrer Verwirklichung führt. Sind sie aber willens, darüber nachzudenken, wie sehr das Problem des Bodenschutzes in ihrem eigenen Land im argen liegt – wieviel in dem weiten Bereich sozialer Verbesserungen daheim zu tun bleibt –, welche enge Grenzen gleichzeitig unsrer aussenpolitischen Durchschlagskraft

durch unsre Art von Demokratie gezogen sind –, dann werden sie ihre Erregung über die Möglichkeiten in den schweigenden, erwartungsvollen Wüsten des Mittleren Ostens zügeln und wie enttäuschte, aber pflichtbewusste Kinder sich um die bedauerlichen Mängel und Probleme ihres eigenen Landes kümmern.»

Am 28. Juni reiste ich nach Teheran weiter und war überrascht, mich dort – mindestens atmosphärisch – wieder halbwegs in Russland zu finden.

«Auf dem Teheraner Flugplatz holte mich ein Beamter der Gesandtschaft ab: ein kummervoller Herr, der erklärte, krank zu sein, und alle Fragen über Persien entweder in Tönen schwärzester Verzweiflung oder mit so mysteriösem Ausweichen beantwortete, dass offensichtlich Schreckliches gemeint war. Indessen war er sehr freundlich, liess mir Geld und besorgte mir ein Hotelzimmer. Das Hotel war schmutzig und laut. Abends spielte im Garten ein Orchester, und Autos mit Offizieren und Beamten von mindestens vier verschiedenen Nationalitäten fuhren vor und wieder ab.

Abends machte ich einen Spaziergang. Zu meinem Erstaunen fand ich mich in einer Stadt, die alles in allem sehr russisch wirkte. Die geraden, katzenkopfgepflasterten Strassen, die hohen Zäune, die russischen Schilder, die im Abenddunkel flanierenden Menschenmengen und das kosmopolitische Sprachengewirr brachten das vertraute Gefühl von Sommerabenden früherer Jahre in Reval zurück. Es beeindruckte mich, wie diese beiden Hauptstädte, so weit voneinander entfernt, dennoch durch den grossen, amorphen Einfluss zusammengeknüpft waren, der Russland heisst.

Am nächsten Morgen besorgte unser Geschäftsträger mir im amerikanischen Armeelager eine Wohngelegenheit, und ich zog um. Ich bekam eine Wohnkabine für mich allein. Dort liess ich mich mit einem Stapel Bücher nieder, um ein beschauliches und eingezogenes Leben zu führen, bis die Russen bereit sein würden, mir ein Einreisevisum nach Russland zu erteilen.

Samstag, 1. Juli 1944

Reise von Teheran nach Moskau.

Um fünf Uhr morgens trafen wir auf dem russischen Flugplatz ein. Wir warteten fast eine Stunde auf den Abflug. Ein gesattelttes,

aber zügelloses Pferd mit einem Offizierssäbel, der am Sattel hin und her sprang und klapperte, hatte sich losgemacht und sauste auf dem Rollfeld zwischen den grossen abgestellten Maschinen herum. Als es unter grossem Geschrei und Gelächter mit Hilfe von zwanzig oder dreissig Flugplatzbediensteten eingefangen war, fehlte ein russischer Leutnant, der mit uns fliegen sollte. Er schien eine Art Kurier zu sein. Schliesslich wurde ein Jeep nach ihm ausgeschickt, und er erschien bleich vor Angst wegen seiner Verfehlung, verwirrt stotternd, dass es ‚das erstmal‘ sei.

Der erste Teil unserer Reise brachte uns über Berge und Meer nach Baku. Dann flogen wir direkt nach Stalingrad: Wieder über das Kaspische Meer bis Machatschkala, dann über Land. Dies Stück der Reise war ziemlich öde, vor allem die hundert oder zweihundert Meilen nördlich von Machatschkala, die offensichtlich in der Hauptsache aus Salzsümpfen bestanden.

In Stalingrad war ausser dem Flughafengebäude (an dem auch noch gearbeitet wurde) anscheinend alles zerstört. In der Nähe des Rollfelds befanden sich Schrottplätze für zerstörte Flugzeuge und Panzer, aber es herrschte eine Atmosphäre geschäftigen Wiederaufbaus. Das Mittagessen wurde in einer kleinen Stalòwaja (Speisehalle) serviert, die nur ein Glas besass und nicht genug Stühle; aber alle benahmen sich freundlich und hilfsbereit. Wie sehr man mit den Russen sympathisiert, wenn man der Wirklichkeit ihres Alltags begegnet und nicht der anmassenden Propaganda ihrer Regierung.»

VIII. Noch einmal Moskau – und Polen

Die ersten Moskauer Wochen waren seltsam und beunruhigend. Oft kam ich mir vor, als wäre ich aus dem Reich der Toten zurückgekehrt – so als hätte ich eine Sondergenehmigung, den Fortgang des Lebens an der Stätte meines irdischen Wirkens zu beobachten, sei aber zugleich durch unüberwindliche Schranken, des Taktes mehr als des Gebots, daran gehindert, mit den anderen über mein früheres Leben und meine Erinnerungen zu sprechen. Keine Menschenseele in der Botschaft oder im Diplomatischen Korps war so wie ich in den dreissiger Jahren in Moskau gewesen. Im Alter von vierzig war ich bereits das an Russlandjahren älteste Mitglied des Korps⁶¹. Meine Kollegen gehörten einer neuen Generation mit neuen Interessen an. Das galt besonders für unsre eigene Botschaft. Dort waren die Gedanken und Erinnerungen an die Anfangszeit durch den Krieg und den starken Personalwechsel ausgelöscht, nicht zuletzt auch durch die frischen Eindrücke der kürzlich vorgenommenen Ausquartierung nach Kuibischew, wohin die ausländischen diplomatischen Missionen sich hatten flüchten müssen, als die Deutschen vor den Toren Moskaus standen.

Da mein Vorgänger in den ersten vier Wochen nach meiner Ankunft noch in Moskau und die Gesandtenwohnung mithin noch belegt war, liess Mr. Harriman mich freundlicherweise im Spaso-Haus, der Botschafter-Residenz, wohnen. Die normalerweise mit dem Leben in einer Residenz verbundenen Annehmlichkeiten waren allerdings in Anpassung an die Erfordernisse der Kriegszeit weggefallen. Das Gebäude beherbergte ausser der persönlichen Entourage des Botschafters zahlreiche jüngere Militärs und Zivilangestellte; und Kathleen Harriman, die Tochter des Botschafters, leitete mit zwangloser Liebenswürdigkeit eine Art Kasino, das für die Dauer des Krieges ebenfalls dort installiert war.

Für mich war das Spaso-Haus natürlich voller Erinnerungen.

⁶¹ Wäre ich diesmal etwas länger in Moskau geblieben, so hätte ich diese Würde wieder verloren. Das Korps erhielt binnen Kurzem in der Person des schwedischen Botschafters Mr. R. Solmah Verstärkung durch einen erfahrenen und begabten Diplomaten, dessen erster russischer Turnus als junger Beamter weit vor dem meinen lag.

1933 hatte ich Bullitt beim Aussuchen des Gebäudes geholfen. Wenig später hatte ich auf die Entfernung der sowjetischen Funktionäre dringen müssen, die dort noch residierten, als man uns das Haus anbot – unter ihnen der wegen seiner früheren Tätigkeit in China berühmte und kurze Zeit später bei den Säuberungen hingerichtete Diplomat Karachan. In Vorbereitung der Ankunft Bullitts 1934 hatte ich den Umbau und die Generalüberholung des Hauses überwacht. Gemeinsam mit Charlie Thayer hatte ich eigenhändig die ersten Stücke der schauerhaften Büroausstattung ausgepackt und aufgestellt, die Washington uns für die Kanzlei schickte. Später, zur Zeit von Joe Davies, hatten Thayer und ich während einer seiner zahlreichen Abwesenheiten von Moskau in dem leeren Haus Detektiv gespielt und hatten eine lange ungemütliche Nacht darangesetzt – er auf dem grossen gesandeten Speicher und ich im ehemaligen Billardzimmer versteckt –, um die Individuen zu erwischen, die in Erwartung der Rückkehr unsres Botschafters nur allzu merkbar primitive Abhörvorrichtungen installierten.

Das waren nur einige meiner ganz persönlichen Erinnerungen an das Spaso-Haus. Zu ihnen gesellten sich Hunderte von anderen an offizielle oder gesellschaftliche Ereignisse, die sich alle in dem grossen Gebäude abgespielt hatten. Kurz gesagt: Spaso-Haus gehörte in gewisser Weise mir. Aber nun, bei meiner Rückkehr nach Moskau, fand ich es von einer Sorte Mensch bewohnt, der diese ganze Vergangenheit wenig oder nichts bedeutete. Meine Erzählungen aus früheren Tagen hörten sie bestenfalls ungläubig und gelangweilt an, und ich merkte bald, dass es besser sei, den Mund zu halten.

Jenseits der kleinen Oase unsrer Diplomatenkolonie dehnten sich jetzt wie damals faszinierend und verheissungsvoll Landschaft und Leben des grossen Russlands, und sie interessierten mich mehr als irgendetwas sonst auf der Welt. Aber ich konnte nicht daran teilhaben. Das Kriegsbündnis zwischen Russland und den Vereinigten Staaten hatte, wie ich bald merkte, an der Isolierung der amerikanischen Diplomaten von der Bevölkerung nichts geändert. Ganz offensichtlich waren wir in den Augen der Geheimpolizei ungeachtet unsres nominellen Status als Alliierte immer noch gefährliche Feinde, die man mit Argwohn belauern und auf Armeslänge von den Sowjetbürgern fernhalten musste – vermutlich damit wir sie nicht mit trügerischen Vorspiegelungen eines anderen Lebens verdürben oder ihnen Geheimnisse entlockten, von deren Bewahrung selbst den

sogenannten Verbündeten gegenüber Russlands Sicherheit irgendwie abzuhängen schien. Das schloss jedoch Spaziergänge in Stadt und Umgebung nicht aus, noch den Besuch der Parks und der Theater; und von Neugier verzehrt und voller Sehnsucht nach erneuter Vertrautheit mit dem Fluidum des Landes, stürzte ich mich auf diese Möglichkeit wie ein Dürstender über einen klaren Quell: abends streifte ich auf den Boulevards und in den Parks umher; wochenends machte ich Ausflüge ins Blaue, einfach aus Freude daran, mich unerkannt unter gewöhnliche Menschen zu mischen und in ganz bescheidenem Masse an ihnen und ihrem Leben teilzuhaben. Es gehörte natürlich zu den Spielregeln, meine Identität nicht preiszugeben, wenn es nur irgend zu vermeiden war, weil das die andern erschreckt und gehemmt hätte; aber solange sie nicht wussten, wer ich war, konnte man ihnen kaum vorwerfen, sich mit mir unterhalten zu haben.

Für die sowjetischen Behörden war zu Stalins Zeiten (und leider nicht nur damals) jeder Wissensdurst von Ausländern, der über das hinausging, was das Regime von sich aus zu zeigen gewillt war, in hohem Masse suspekt. Ich zweifle keinen Augenblick daran, dass meine verschiedenen Ausflüge und Forschungsreisen in ihren Augen nichts anderes waren als eine verfeinerte Form der Spionage. Wieweit ihr Argwohn berechtigt war, möge der Leser selbst aus dem anschliessenden Bericht über einen Sonntagsausflug entnehmen, den ich eine knappe Woche nach meiner Rückkehr nach Moskau machte. Der Bericht schildert auch die Kriegsatmosphäre, in der ich mich in Moskau fand.

«9. Juli 1944

Ein herrlicher Julimorgen – Moskauer Sommerwetter von seiner besten Seite. Ich machte mich in aller Frühe auf, um die eine der beiden Kirchen zu suchen und zu zeichnen, welche – wie es heisst (ausser der Basiliuskathedrale auf dem Roten Platz natürlich) – die einzigen im Moskauer Oblast (Regierungsbezirk) sind, die noch aus der Zeit Iwans des Schrecklichen stammen.

Die Sonne erscheint in Moskau früh in dieser Jahreszeit. Als ich hinüber zur U-Bahn ging, flutete sie schon über die Pflastersteine und vergoldete die bröckelnden Fassaden der schäbigen alten Häuser, die einst der Moskauer Oberschicht gehörten und die auch heute noch trotz Überfüllung und Verfall den Charme der russischen Architektur der Empirezeit besitzen.

Vom U-Bahnausgang beim Brijansker Bahnhof strömten Massen von Menschen – viele bewaffnet mit primitiven Hacken

und anderen merkwürdigen Gerätschaften – auf die weite asphaltierte Leere vor dem Bahnhof, blinzelten gegen das grelle Sonnenlicht, erblickten in der Entfernung, am anderen Ende des Platzes, die Fahrkartenschalter der Vorortbahn – und starteten wie zu einem Hundert-Meter-Ausscheidungslauf diesem ersten Ziel entgegen. Dort quirlte und drängelte bereits eine aufgeregte Menge, und die Neuankömmlinge warfen sich mit militanter Begeisterung ins Getümmel.

Der Vorortzug wartete am Bahnsteig. Obwohl die Lokomotive noch nicht angekuppelt war, waren alle Plätze besetzt, alle Gänge verstopft, alle Aussenperrons voller Leute, und jeder Puffer hatte seinen Besitzer. Selbst auf den Stufen zu den Perrons hatten sich Trauben von Menschen installiert. Nachzügler wie ich hasteten suchend den Bahnsteig auf und ab, um irgendwo in der langen Wagenreihe noch ein Plätzchen für ihre Zehenspitzen zu finden. Endlich entdeckte ich eine Stufe – eine untere Stufe –, die noch für einen einzelnen Fuss Raum zu haben schien, und hüpfte hinauf. Ein junges Mädchen sah, dass ich es geschafft hatte, sprang sofort hinter mir auf und warf beide Arme um mich herum, um das Geländer zu erreichen. Weit auf den Bahnsteig überhängend, rief sie einer unsichtbaren Begleiterin triumphierend zu: ‚Sonja, Sonja – ich hab’ einen Platz!’

Wir warteten. Endlich kam die Lokomotive und wurde festgemacht. Das Herumbalgen der Nachzügler bekam etwas Verzweifertes. Die Lokomotive pff. Im selben Moment tauchte über der Mauer, die das Bahngelände einfriedet, eine Horde zerlumpter kleiner Jungen auf mit Jutesäcken über den Schultern wie gelernte Landstreicher. Unter der Nase des bewaffneten Wachtpostens huschten sie über den leeren Nebenbahnsteig, und sowie der Zug sich in Bewegung setzte, liessen sie sich mit der hochnäsigen Lässigkeit von Profis auf den Bremsschläuchen nieder. Wir fuhren.

Langsam und fast geräuschlos schob der lange schwere Zug sich den Abhang am jenseitigen Ufer der Moskwa hinauf. Der Rock des Mädchens hinter mir klatschte im Vorbeifahren gegen alle Schalter und Signalmasten, aber sie bemerkte es gar nicht, sondern winkte immer wieder voll Begeisterung der unsichtbaren Sonja zu, die anscheinend weiter hinten einen ähnlichen ‚Platz’ gefunden hatte. Jenseits des Schienenstrangs dehnten sich meilenweit die ‚Endsieg-Gärten’, meist mit Kartoffeln bepflanzt. Die ganze Gegend war getupft mit den Rücken der Frauen, die, über ihre unhandlichen viereckigen Hacken gebückt,

Kartoffeln häufelten. An einer Stelle passierten wir Panzerfallen und Gräben. Hier hatten die Russen 1941 wohl die Eisenbahn gegen die vorrückenden Deutschen verteidigen wollen. Der Himmel war von einem unglaublich tiefen Blau und in der Ferne gesäumt von den üppigen weissen Wolken der russischen Ebene. Hier und dort stand eine Pappel in den Feldern, ihre Blätter zitterten im Lufthauch; und hinten am Horizont lag unveränderlich der kalte schwarze Schatten der Kiefernwälder.

Auf unserem vollgepfropften Perron summte es von Gesprächen. Ich verstand nur Fetzen davon. Jemand hatte in der Morgenzeitung das neue Dekret über Eheschliessungen und Scheidungen gelesen, und die Idee, an kinderreiche Familien Prämien zu zahlen, gab den Frauen Anlass zu einer Reihe höchst munterer Kommentare. Ein Stück über mir berichtete ein Bauernmädchen, wie sie und ihr Heimatdorf von den Deutschen behandelt worden waren. Die Geschichte begann mit dem Verstecken eines Honigfasses und endete mit dem Ableben ihres Mannes und ihrer Verwandtschaft. Ich konnte den Schluss hören, der den mitfühlenden Zuhörern mit der ganzen kehligen Beredsamkeit der russischen Sprache zugerufen wurde: ‚Wer braucht mich jetzt noch? Wem bin ich jetzt nötig?‘

Ich versuchte mehrfach, mich umzuwenden und etwas weiter hinaufzuklimmen, weil ich hoffte, dann mehr von der Unterhaltung zu verstehen, aber dabei bekam die alte Bäuerin, die eins höher stand, einen Puff ab. Giftig stiess sie auf mich nieder. ‚Was ist denn mit Ihnen los, Genosse?‘ schrie sie. ‚So was Gewöhnliches. Ich muss schon sagen. Das ist jetzt das zehntemal, dass Sie mich geknufft haben. Dabei sehen Sie aus wie ein kultivierter Mensch!‘ Eine passende Antwort darauf fiel mir nicht ein, und so blieb ich auf meiner Stufe, bis ich am Ziel war.

Den Turm der Kirche, derentwegen ich gekommen war, konnte man vom Bahnhof aus sehen. Ich fand den Weg ohne Schwierigkeit. Das alte Gebäude stand in einem kleinen Waldstück, das von ländlichen Villen umgeben war. Trampelpfade liefen kreuz und quer durch den Wald, und ein gleichmässiger Strom von Sonntagsspaziergängern zog auf ihnen dahin. In der Kirche wurde Gottesdienst gehalten. Die Töne des Chors drangen hinaus in die sonnige Aussenwelt und vermischten sich dort mit dem Summen der Insekten, den Stimmen der Spaziergänger und dem Sausen des Winds in den Wipfeln. Es war kein aufregend schöner Kirchengesang, aber er klang sauber und geradezu. Ich fragte mich, wer aus der zusammengewürfelten

Einwohnerschaft dieses Vororts sich wohl die Mühe gemacht hatte, die langen, teils hinreissenden, teils einschläfernden Variationen Gregorianischer Choräle zu lernen.

Ich liess mich auf einer kleinen Anhöhe nieder und verbrachte ein oder zwei Stunden mit Zeichnen. Wären nicht die Bäume gewesen, die mich dazu zwangen, in einem Winkel von genau 45 Grad zu zeichnen, dann hätte die Kirche ein gutes Objekt abgegeben. Ich glaube zwar, dass sie erst nach Iwan dem Schrecklichen entstanden ist, aber trotzdem war sie ein ehrwürdiges und beachtliches altes Gemäuer.

Der Gottesdienst dauerte lange. Gerade als ich mit Zeichnen fertig war, ging er auch zu Ende. Die Gemeinde, meist alte Frauen, kam schwatzend heraus und zerstreute sich. Eine alte Bettlerin und zwei Frauen mit Kindern standen noch im Vorbau. Dann kam der Pope in hohen Stiefeln und einem neu aussehenden blauen Gewand durch die Seitenpforte, schloss sie hinter sich ab, jagte die Frauen aus dem Vorbau und stapfte davon, übel-launig seinen wuscheligen grauen Bart schüttelnd und halbblau vor sich himmrend, dass er nichts zu essen habe.

Ich ging zurück zum Bahnhof, um mich nach Zügen zu erkundigen und nach etwas Trinkbarem zu fahnden. Der Bahnhof war brechend voll. Ein Zug in Richtung Stadt schien bald fällig zu sein. Sie hatten eine kleine Bude, wo Mineralwasser und Kwass verkauft wurden; aber da man sein eigenes Trinkgefäss mitbringen musste, gab ich es auf.

Auf dem Bahnsteig versammelten sich schon die Leute in Erwartung des Zuges. Am Ende des Bahnsteigs, auf dem Aschenweg, sass eine Blinde, eine alte blinde Bettlerin. Sie sass geduldig da und schilderte in einem unaufhörlichen Singsang, mit hoher, gebrechlicher Stimme und geradezu kirchlicher Intonation den Ursprung ihres Leidens und die daraus herrührenden Kümmernisse. Drückte ihr einer einen Rubel in die Hand, dann fuhr sie hoch, tastete nach ihrem Täschchen, steckte das Geld hinein und erweiterte ihre Rezitation um ein paar Worte des Dankes, die sie des grösseren Nachdrucks wegen mehrmals wiederholte: ‚Dank dir, mein Lieber, du mein Eigen, Dank dir, du mein Versorger, möge der Herr dir Gesundheit geben‘, und fuhr dann mit der Aufzählung ihrer Gebreusten fort.

Ich fand, dass es noch zu früh sei für die Rückfahrt und ging meines Wegs. Beim Überqueren der Gleise hörte ich immer noch die dünne Leierstimme: ‚Ich sehe nicht das grosse weisse Licht; Gottes Licht sehe ich nicht.‘

Nahe der Kirche stand ein kleines Haus aus Ziegeln, im alt-russischen Stil gebaut, mit einer Ziegelmauer drumherum und Türmchen auf den Mauerecken, so als hätte ihm ein alter Kreml, eine befestigte Burg, als Vorlage gedient. Es war alles sehr vollkommen. Der winzige Innenhof stand hoch im Unkraut. Ein Soldat mit nur einem Bein und auf Krücken lehnte an der Tür. Ich fragte ihn, was für ein Haus das sei. Eine Frau im weissen Kleid, mit einem Einkaufsnetz in der Hand, kam dazu und sagte: ‚Wie soll er das wissen? Es ist alt, das Haus. Es ist aus der Zeit von Iwan dem Schrecklichen. Es hat mal einem Bojaren gehört. Wir wohnen da. Wollen Sie sehen, wie es innen ist?‘

Ich folgte ihr die dunkle Wendeltreppe hinauf in einen Raum im Obergeschoss., Darin sass ein Mann an einem Tisch und tat nichts. Sie stellte ihn als ihren Ehemann vor. Auch er war lahm und hatte den undefinierbaren Ausdruck des ausgedienten Soldaten, gelangweilt und befremdet von der Eintönigkeit des Zivillebens nach soviel Abenteuern und Kameradschaft an der Front. Der Raum war entlang der Mitte durch einen grossen Schrank zweigeteilt. Mir schien, als ob hinter dem Schrank jemand anders wohnte. Die Zimmerhälfte, in der wir sassen, war Schlafzimmer, Wohnzimmer, Esszimmer und Bad in einem und war so vollgestopft mit Sachen, dass sie einem Lagerhaus glich. Die Fülle war derart, dass man jeden Gedanken, es sich nett zu machen, hatte aufgeben müssen. Die Wände waren dick. Die Fensterbögen hatten eine merkwürdig naive Form. Ich fing an zu glauben, dass sie wirklich alt wären, obwohl ich die Spielzeug-Kremlmauer draussen immer noch im Verdacht hatte, sie sei ein Ergebnis der wohlbekannten Vorliebe unsrer Grossväter für Miniaturen.

Wie sie es fände, im Haus eines Bojaren zu leben, fragte ich. Es sei feucht, meinte meine Gastgeberin und zeigte auf die grossen nassen Flecken an der Decke. Ausserdem täte es der Ofen nicht. Dieser Ofen sei eine Pest.

Ich betrachtete das kleine Bauwerk aus Kacheln und Backsteinen mit Respekt. Dass es ein Museumsstück war, schien über allen Zweifel erhaben; dass es zum Wärmen nichts taugte, dergleichen. Ob sie noch mehr über das Haus wisse?

Nicht viel. Es hätte früher mal der Kirche gehört. Beide Gebäude seien einmal Teil des Bojarenbesitzes gewesen. Später hätte ‚gleich da drüben‘ ein grosses Gutshaus gestanden. Vor dem Ersten Weltkrieg – ‚in Friedenszeiten – hätte es darin ein historisches Museum gegeben. Aber es sei abgebrannt, und jetzt

erinnere sich niemand mehr so recht daran. Ob ich ein Künstler sei? Sie hätte gesehen, wie ich die Kirche zeichnete.

Nein, ich sei kein Künstler. Zum Beweis zeigte ich ihnen mein Skizzenbuch. Dann verabschiedete ich mich.

Ich ging nordwärts: einen Feldweg entlang, durch einen Wald, in eine Schlucht hinunter, über ein Flüsschen und auf der andern Seite wieder hinauf. Irgendwo im Wald sang eine Frau mit reiner, kräftiger Stimme, einer Stimme, wie man sie nur in Russland hört. Jenseits der Schlucht arbeiteten zwei Frauen auf einem kleinen Kartoffelacker, und ein Mann lag im Gras auf dem Rücken und sah ihnen zu. Die Frauen hatten die breiten Gesichter, die braunen muskulösen Arme und die kräftigen mütterlichen Schenkel der slawischen Frauen. Sie lachten und scherzten bei der Arbeit, und es war zu spüren, wie ihre Körper den Sonnenschein und ihre nackten Füße die Berührung mit der dunklen kühlen Erde genossen. Ich fragte sie nach dem Weg zur Minsker Bahn. Sie zeigten ihn mir und wendeten sich dann wieder mit der ganzen mühelosen, gelassenen Kraft ihrer Rasse ihrer Arbeit zu.»

Ich muss sagen, dass die Isolierung des Diplomatischen Korps durch die sowjetischen Behörden in diesen ersten Wochen nach meiner Rückkehr kurz vor Kriegsende so schwer auf mir lastete und mein Denken so tief beeinflusste wie nie zuvor und – mit der vielleicht einzigen Ausnahme meiner späteren Arbeit als Botschafter – niemals wieder. Sie passte gleich schlecht zu dem äußeren Anschein von Waffenbrüderschaft und Zusammenstehen von Verbündeten, den jedenfalls die Westmächte zu erhalten trachteten, wie auch zu den innersten Gefühlen vieler meiner Moskauer Kollegen. Wir waren ehrlich bewegt angesichts der Leiden des russischen Volkes und bewunderten seinen heldenhaften Mut und seine Geduld unter den Prüfungen des Krieges. Wir wünschten ihm nur Gutes. Und so war es doppelt hart, behandelt zu werden, als hätten wir die Pest im Leibe.

In meinen Notizen finde ich eine Unterhaltung verzeichnet, die ich Ende Juli 1944 mit einem sowjetischen Bekannten führte. Wir hatten zunächst von ihrer Ideologie gesprochen und von deren Verschiedenheit von der unsern, und ich hatte meinen Widerwillen gegen die Vorstellung geäußert, unter einer Diktatur leben zu sollen. Daraus ergab sich das folgende Gespräch:

«Hierzulande», sagte mein Freund, «brauchen wir die Diktatur. Blieben unsre Leute sich selbst überlassen, dann würden sie Mass und Ziel vergessen. Sie kennen keine Hemmungen. Sie würden über die Stränge schlagen.»

«Zu eurem Regierungssystem will ich keine Anmerkungen machen», erwiderte ich. «Das ist eure Angelegenheit. Im Guten wie im Bösen ist es das Ergebnis eurer Geschichte und eurer Traditionen, der Denkgewohnheiten und des Lebensstils eures Volkes. Darüber will ich mir kein Urteil erlauben. Ich wünschte bloss, ihr würdet es nicht für nötig halten, eure Freunde ständig auf Armeslänge wegzudrücken. Ich komme nach all den Jahren hierher zurück und finde dasselbe alberne System der Fremdenisolierung wie vor zehn Jahren. Da sind wir nun Verbündete, und ihr handelt uns nach wie vor als Spitzel.»

«Wir müssen unsern Leuten beibringen, dass im Zweifel jeder Ausländer Spionage zu treiben versucht. Nur so können wir sie zu der Zurückhaltung erziehen, die sie als Angehörige einer Grossmacht bewahren sollten.»

«Nun hör aber mal zu», sagte ich. «Diese Spionageidee ist ja bei euch schon krankhaft. Ihr habt mehr Angst vor Spionage als irgendein anderer Staat. Man sollte fast meinen, ihr wäret irgend ein kleines schwaches Land, dessen Weiterbestehen davon abhängt, ob es ausländischen Einfluss abwehren kann. Haben eure Siege euch denn kein Selbstvertrauen gegeben? Wo bleibt denn der Sinn der Sache? Glaubt ihr, wir würden eure Kriegführung unterstützen, euch Jahr für Jahr Industrieprodukte im Wert von Milliarden Dollar geben, die wir in harter Arbeit geschaffen haben, wenn wir euch feindlich gesonnen wären? Glaubt ihr im Ernst, unsere Regierung würde euch diese gewaltige Hilfe bewilligen und dann ihre Diplomaten anweisen, allerhand schmutzige kleine Intrigen gegen euch zu spinnen?»

«Unser Volk», antwortete mein Freund, «darf keinen Augenblick vergessen, dass es in einer kapitalistischen Umwelt lebt, dass ein Freund heute Freund und morgen Feind sein kann. Wir dürfen euch nicht erlauben, euch eng an unsre Leute anzuschliessen. Ihr würdet ihnen alles mögliche über eure Länder erzählen, über euren höheren Lebensstandard, euer sogenanntes glückliches Leben. Ihr würdet sie durcheinander bringen. Ihre Loyalität gegenüber dem eigenen System würde darunter leiden.»

«Na schön», sagte ich. «Ihr könnt ja so weitermachen. Handelt ruhig weiter nach der These, dass die Welt euer Feind sei.

Schickt nur weiter Generation nach Generation verbitterter und gekränkter Absolventen eures kleinen Lehrgangs der Diplomatie in die Welt hinaus. Aber wundert euch dann nicht über das Ergebnis. Richtet euch darauf ein, dass Verärgerung und Ressentiments unausweichlich ihren politischen Widerhall finden werden.» Mein Freund lachte. «Davor haben wir keine Angst», sagte er. «Wir sind ganz zufrieden mit dem derzeitigen Arrangement.»

Er schwieg einen Augenblick. Ich stand auf, um zu gehen. An der Tür hielt er mich zurück.

«Wir haben viel Erfolg in diesen Tagen», sagte er. «Je mehr Erfolg wir haben, desto weniger kümmert uns die Meinung des Auslands. Das ist etwas, das du dir beim Russen merken solltest. Je besser seine Sache steht, umso anmassender tritt er auf. Das gilt für uns alle, für die Regierung wie für die andern. Nur wenn es uns dreckig geht, sind wir sanft und milde und versöhnlich. Sind wir obenauf, dann geh uns aus dem Weg!»

An einem anderen Sonntagmorgen desselben Sommers 1944 hatte ich das unerfreuliche Erlebnis, am Bordstein eines der grossen Boulevards in der Nähe von Spaso-Haus stehend, an die fünfzigtausend deutsche Gefangene auf ihrem meilenweiten Marsch quer durch die Stadt von einem Bahnhof zum andern an mir vorbeiziehen zu sehen. Der Zweck des Unternehmens war ganz einfach, den Einwohnern der Stadt ein Schauspiel zu bieten.

Es war ein heisser Tag. Die Sonnenstrahlen tanzten auf der riesigen Asphaltwüste, in die man die Boulevards verwandelt hatte⁶².

Die Männer, vermutlich gerade erst aus Güterwaggons entladen, waren offensichtlich erschöpft und zweifellos hungrig. Sie wurden, wie es schien, absichtlich im Geschwindmarsch vorbeigeführt. Hier und da stiessen berittene sowjetische Wachen – offenbar Angehörige der Grenz- und Sicherheitstruppen des Polizeiapparats – ihre Pferde brutal in die hinteren Reihen der dicht formierten Abteilungen und brachten die Männer zum Stolpern und zum Laufen. Gelegentlich wurde einer ohnmächtig, und man schleppte ihn in den Rinnstein, um ihn später aufzulesen. Gemessen an anderen Kriegsgreueln war das bloss eine kleine Brutalität. Die Deutschen waren weiss Gott im ersten

⁶² Die Boulevards, einst richtige Alleen mit Parkanlagen in der Mitte, waren angeblich auf Stalins Befehl ihrer Grünstreifen beraubt worden. Sie bildeten nunmehr aussergewöhnlich breite Bänder schieren Asphalts und waren für Fussgänger und Autofahrer gleichermaßen gefährlich.

Kriegssommer mit viel mehr russischen Gefangenen um ein Vielfaches schlimmer umgesprungen, hatten Hunderttausende, wenn nicht Millionen, in den Lagern an Hunger und Seuchen sterben lassen und die Überlebenden auf tausenderlei Arten gequält. Und selbst im Vergleich mit dem Schicksal, das diesen selben Deutschen an ihren unbekanntesten Bestimmungsorten in Gestalt von Zwangsarbeit und Inhaftierung bevorstand, war das, was ihnen jetzt auf dem Boulevard widerfuhr, wohl nur ein kleineres Übel.

Dennoch erfüllte mich das Schauspiel mit Trauer, Erschütterung und Unbehagen. Die Gefangenen waren junge Menschen, viele gewiss nicht älter als unsre College-Studenten. Vor fünf Jahren, bei Ausbruch des Krieges, waren sie Kinder gewesen. Alle hatten irgendwo ein Zuhause und eine Mutter, und auch der heftigste Abscheu vor dem Nazisystem konnte einen nicht vergessen machen, dass dies Zuhause sehr oft anständig gewesen war, von Zuneigung und Zärtlichkeit regiert und politisch durch Hilflosigkeit, wenn nicht Unschuld, gekennzeichnet. Wie diese jungen Männer sich benommen haben würden, wenn sie älter geworden wären und persönliche Macht und Verantwortung erworben hätten, konnte niemand wissen. Aber sicherlich hatte man zu den grossen Entscheidungen dieses Krieges nie ihre Meinung eingeholt, viel weniger zu den Scheusslichkeiten des Nazi-regimes. An die Front waren sie ohne eigenes Zutun gekommen. Und da sie zur kämpfenden Truppe an der Front gehörten, war kaum anzunehmen, dass sie an den Greueln massgeblich beteiligt waren, die hinter der Front von Gestapo und SS und von den polizeilichen Strafexpeditionen verübt wurden. War es dann richtig, so fragte ich mich, sie für die Taten einer Regierung zu strafen, in deren Gewalt ihre Väter sie bereits als Kinder gegeben hatten und gegen deren Verhalten nie die geringste Möglichkeit der Auflehnung bestand? Wurde Roheit dadurch annehmbar, dass man sie als Akt der Vergeltung betrieb? Wenn man vorgab, seinen Feind *wegen* seiner Methoden zu bekämpfen und sich dann in der Hitze des Gefechts dazu hinreissen liess, genau dieselben Methoden anzuwenden – wer war dann der Sieger? Wer hatte dann dem andern seine Methoden aufgezwungen? Von wessen Haltung konnte man sagen, sie habe sich behauptet?

Mit diesem Erlebnis kam mir zum Bewusstsein, dass ich gefühlsmässig ausserhalb der durch den Krieg erweckten Leidenschaften stand und immer stehen würde. Es gab Augenblicke

des Zorns für mich – viele sogar, und die Tage des Gleichmuts waren wahrlich rar. Wo ich auch lebte, sei es in Berlin, Moskau oder Washington – immer hatten die Beispiele für Heuchelei, bewusste Fälschung, Rachsucht und Kleingeist, die die Tagespresse füllten, bei mir ausgeprägte physische Reaktionen hervorgerufen, im Verein mit empörtem Geknurr, und meine Familie hatte gelernt, die unveränderlichen Symptome zu deuten. Aber mein Zorn richtete sich bei solchen Anlässen viel mehr gegen die Methoden als gegen die Ziele. Ziele hatten gemeinhin etwas Prahlerisches, Unwirkliches, Übertriebenes, ja sogar Rührendes – ihre Verwirklichung war nicht sehr wahrscheinlich, man konnte sie kaum ernst nehmen. Die Leute mussten sie eben haben oder sich wenigstens einbilden können, welche zu haben. Das gehörte nun mal zur menschlichen Schwachheit. Methoden waren da ganz etwas anderes.

Die waren wirklich. Ihre unmittelbaren Wirkungen machten das Leben zu dem, was es war. Im Krieg wie im Frieden interessierte mich viel weniger das, wofür die Leute glaubten, dass sie sich einsetzten, als vielmehr die Art und Weise, wie sie es taten. Und ob man es nun Charakterschwäche nennt oder das Gegenteil – an diesem Punkt werden sich die Geister wohl immer scheiden –, für Kreuzzüge bin ich nie zu haben gewesen.

Trotz aller guten Vorsätze erwies es sich für den Botschafter genau wie für mich selbst als undurchführbar, mich von dem politischen Geschehen völlig fernzuhalten. Gleich in den ersten Wochen überfiel uns ein Problem, das während des ganzen folgenden Jahres die amerikanisch-sowjetischen Beziehungen stärker belastete als alle anderen: Polen.

Ein kurzer Rückblick auf die vorangegangenen Ereignisse scheint hier angebracht, denn es handelte sich um einen vielschichtigen Komplex, und nicht alle Leser werden sich der Einzelheiten noch klar erinnern. Während der Dauer des deutsch-sowjetischen Nichtangriffspaktes hatte die sowjetische Regierung, die sich mit den Nazis über die Vernichtung des polnischen Staatsgebildes und die Aufteilung seines Gebiets unter Russland und Deutschland einig war, es naturgemäß abgelehnt, die in London etablierte polnische Exilregierung anzuerkennen, die ihrerseits ebenso naturgemäß die Teilung ihres Landes nicht als legitim betrachtete. Zur selben Zeit hatten die sowjetischen Polizeibehörden aus dem sowjetisch besetzten Teil Polens mehrere hunderttausend – vermutlich

über eine Million⁶³ – Menschen mit äusserster Grausamkeit und Härte nach Innerrussland und nach Sibirien deportiert. Diese Menschen hatten sich in der überwiegenden Mehrzahl der Fälle überhaupt keines spezifischen Vergehens gegen die sowjetischen Besatzungsbehörden schuldig gemacht. Sie wurden entfernt, weil sie Kreisen der Bevölkerung angehörten, oder weil man glaubte, dass sie Kreisen der Bevölkerung angehörten, deren Verbleib die Festigung des kommunistischen Regimes in ihrer Heimat vielleicht hätte erschweren können – und das betraf bei Weitem nicht nur Reaktionäre. Die Begleitumstände ihrer Deportierung und ihre anschliessende Behandlung in der Sowjetunion waren so grauenvoll, dass man von einem Grossteil von ihnen – manchmal wird behauptet, von jedem zweiten – nie wieder etwas hörte. Darüber hinaus hatten die sowjetischen Behörden an die 200'000 Angehörige der polnischen Streitkräfte in Gewahrsam genommen – alles Männer, deren einziges Vergehen, soweit man sehen konnte, darin bestanden hatte, ihr Land zu verteidigen, als es 1939 angegriffen worden war. Und von diesen Soldaten waren fast zehntausend Offiziere, darunter viele Reserveoffiziere: Ärzte, Anwälte, in mancher Hinsicht die geistige Elite Polens, im Frühjahr 1940 im Wald von Katyn einzeln umgebracht worden. Sowjetische Polizeieinheiten, die für diesen Zweck bereitgestellt worden waren, gaben die Genickschüsse am Rande von Massengräbern ab, in die die Leichen dann hineingestossen wurden. All dies geschah, ich wiederhole es, obwohl die polnische Armee sich keines Angriffs auf die Sowjetunion schuldig gemacht, ja sogar der Besetzung durch die Sowjets kaum Widerstand geleistet hatte. Man machte auch nicht den Versuch, bei der Abschachtung der Offiziere irgendwelche Massstäbe individueller Schuld anzulegen. Sie wurden einfach «als Klasse» ausgerottet.

Das ungeheuerliche Verbrechen wurde erst Anfang 1943 aufgedeckt, als die Deutschen auf die Gräber stiessen. Über die Deportationen wusste man natürlich schon früher eine ganze Menge; aber solange der Krieg dauerte, wurde der öffentlichen Meinung im Westen niemals ganz deutlich, welche Scheusslichkeiten die sowjetische Polizei in der Ära des Nichtangriffspakts

⁶³ Die zuständigen Stellen der Exilregierung haben die Zahl von 1,6 Millionen genannt, darunter etwa 180'000 Kriegsgefangene. Wyschinskij gab im Oktober 1944 zu, 387'952 Polen seien ursprünglich in Russland «interniert» gewesen, aber das schloss offensichtlich Juden, Ukrainer etc. genauso wenig ein wie diejenigen, die nicht «interniert» waren. Nach meinem eigenen Eindruck lag die Zahl der deportierten Zivilisten etwa bei einer Million, vielleicht bei 1,2 Millionen.

sowohl an der Zivilbevölkerung Ostpolens wie an den kriegsgefangenen Offizieren verübt hatte.

Im Sommer 1941, nach dem deutschen Angriff, gab das Stalinregime, das zu der Zeit in einer gefahrvollen, ja verzweifelten militärischen Situation steckte, dem Drängen der westlichen Alliierten nach und erklärte sich bereit, die polnische Exilregierung anzuerkennen, die in Russland eingekerkerten oder sonstwie zurückgehaltenen Polen zu amnestieren und auf sowjetischem Territorium die Aufstellung einer polnischen Armee zu gestatten, die unter dem Befehl von Generalleutnant W. Anders stehen und aus polnischen Kriegsgefangenen und anderen in der Sowjetunion lebenden Polen gebildet werden sollte. Man muss sich fragen, ob Stalin bei der Zustimmung zu diesen Plänen wirklich wusste, welches Schicksal seine eigene Polizei den zehntausend Offizieren bereitet hatte. Denn bei der Aufstellung einer solchen Streitmacht war es doch nicht zu vermeiden, dass das Fehlen dieser Männer bemerkt und dass verlangt werden würde, sie herbeizuschaffen und ihnen zu gestatten, in die neue Armee einzutreten. Wie dem auch sei – dem alliierten Drängen auf anständige Behandlung der polnischen Exilregierung wurden damals erhebliche Konzessionen gemacht. An einem Punkt jedoch war es aus mit der Nachgiebigkeit. Selbst in der Zeit seiner ärgsten militärischen Bedrängnis weigerte Stalin sich, den Polen nach Kriegsende die Gebiete zurückzugeben, in die die Sowjets 1939 auf Grund des Abkommens mit den Nazis eingerückt waren, und das, obwohl er bereit war, einzuräumen, dass das Abkommen hinfällig geworden war. Und die Briten, die sich damals von allen Westmächten am intensivsten um die Interessen der Exilregierung kümmerten, bestanden nicht darauf, weil ihnen der Widerstand der russischen Armeen als die einzige Chance für einen Sieg über Hitler erschien.

Bereits Ende 1941, nur wenige Wochen nach seinen Zugeständnissen an die Polen, scheint Stalin sich anders besonnen zu haben, was wahrscheinlich mit Russlands günstigerer militärischer Lage zusammenhing. Jedenfalls ging er daran, die Konzessionen, wo er nur konnte, ihres Sinns zu entkleiden. Das ging ohne Schwierigkeiten. In den kommenden fünfzehn Monaten wurde eine Verfügung nach der andern in Kraft gesetzt, die die Bedeutung der Zugeständnisse immer mehr aushöhlte und sie schliesslich ganz aufhob. Als erstes lehnten die sowjetischen Behörden es ab, diejenigen Deportierten aus dem seinerzeit sowjetisch besetzten Teil Polens als polnische Staatsbürger an-

zuerkennen, die nicht nachweisen konnten, dass sie ethnisch Polen waren, und nahmen somit alle diejenigen, die als Juden, Ukrainer, Bjelorussen oder sonstwie ethnisch als Nichtpolen klassifizierbar waren, ganz einfach ohne die geringste Rücksicht auf eigene Wünsche als Sowjetbürger in Anspruch. Das engte den Kreis der Personen, zu denen die in Russland ansässigen Vertreter der Exilregierung Zutritt hatten, ganz erheblich ein. Bei der Rekrutierung und Formierung der polnischen Streitkräfte in Russland machte man alle möglichen Schwierigkeiten; und die Einheiten, die es schliesslich aufzustellen gelang, wurden im gegenseitigen Einverständnis aus der Sowjetunion wegverlegt. Man gestattete – und förderte zweifellos – die Bildung eines Komitees polnischer Kommunisten, das die Anerkennung der Exilregierung strikt ablehnte und ganz offensichtlich auf sowjetischem Hoheitsgebiet als mögliche Alternative zur Exilregierung in Reserve gehalten wurde. Die Bemühungen der Exilregierung, in der Sowjetunion eine offizielle Dienststelle zu unterhalten und eine Hilfsaktion für die Überlebenden der Deportationen in die Wege zu leiten, begegneten mit der Zeit immer grösseren Schwierigkeiten und wurden zum Schluss völlig sinnlos. Im Januar 1943 endlich entzog die sowjetische Regierung dieser Dienststelle die Daseinsberechtigung vollends durch die Ankündigung, dass alle bis dahin noch in Russland verbliebenen Polen von nun an als Sowjetbürger betrachtet würden. Das bedeutete, dass die Vertreter der Londoner polnischen Regierung sich nicht einmal mehr nach dem Schicksal dieser Menschen erkundigen, geschweige denn ihnen Hilfe bringen konnten. Und als dann im April 1943 die Entdeckung der Leichen in Katyn von den Deutschen bekanntgegeben wurde und die polnische Exilregierung eine Untersuchung durch das Internationale Rote Kreuz verlangte (weniger hätte sie wohl kaum verlangen können), da reagierte die sowjetische Regierung mit dem prompten und vollständigen Abbruch der Beziehungen.

Kurz bevor ich 1944 wieder nach Moskau ging, verbrachte ich einen Abend mit dem Botschaftsrat der polnischen Botschaft in Washington, dem verstorbenen Jan Wszelaki. Gemeinsam gingen wir die ganze üble Geschichte durch und versuchten, uns über die Beweggründe und die Ziele der sowjetischen Regierung klarzuwerden. Am Ende unserer Unterhaltung hatte ich stark den Eindruck, als sei Stalins Feindseligkeit gegenüber der Exilregierung zwar teilweise der verbesserten militärischen und

politischen Lage Russlands zuzuschreiben, werde aber erst dann voll verständlich, wenn man unterstelle, dass die Exzesse der sowjetischen Polizei gegen die Polen in den Jahren 1939 und 1940 die Sowjets in höchste Verlegenheit gebracht und sie sich infolgedessen entschlossen hätten, im Nachkriegspolen keine Regierung zu dulden, die geneigt oder in der Lage sein könne, in der Vergangenheit herumzuwühlen und die Untaten der Sowjets öffentlich anzuprangern. Das hiess, wenn meine Überlegungen stimmten, dass es um die polnische Exilregierung sehr viel schlechter stand, als die Westmächte damals glauben wollten, dass die Situation schlimmer war und schwieriger zu meistern sein würde, als man gemeinhin annahm. Worum es Stalin ging, war nicht, wie viele unserer Leute meinten, der Wunsch, auf der andern Seite der polnischen Grenze eine «befreundete Regierung» zu wissen. Es ging ihm um die Notwendigkeit, mit der zukünftigen politischen Führung Polens, wer sie auch sei, bei der Unterdrückung des Beweismaterials und der Erinnerung an die in jeder Weise unentschuldbaren Taten der sowjetischen Polizei in den Jahren 1939 bis 1941 Hand in Hand zu arbeiten. Und es war klar, dass eine zu solcher Gemeinsamkeit bereite polnische Regierung eine von den Sowjets scharf kontrollierte kommunistische Regierung zu sein hätte.

Während ich in Teheran auf mein russisches Visum wartete, hatte ich in meinem Tagebuch einige Gedanken zum Thema Polen notiert. Ich wusste, dass ich von der persischen Grenze bis Moskau durch sowjetisches Gebiet reisen würde, und da ich nicht sicher sein konnte, dass meine Papiere nicht irgendwo von wissbegierigen Mitgliedern der sowjetischen Geheimpolizei durchstöbert würden, drückte ich mich so aus, dass der Text notfalls vor sowjetischen Augen hätte bestehen können; aber wie sich zeigte, brauchte ich nur recht wenig umzuformulieren. Hier der Abschnitt aus meinem Tagebuch:

«Während meines Aufenthalts im Irak hatte ich Gelegenheit, über die polnisch-russische Frage nachzudenken. Das hätte sich auch kaum vermeiden lassen, denn es steht für mich ausser Frage, dass das Problem sich bei meiner Moskauer Tätigkeit immer wieder als Störfaktor in den Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion bemerkbar machen wird. Es ist ja gut und schön, wenn Genosse Borisow an die Redaktion von ‚Der Krieg und die Arbeiterklasse‘ schreibt, dies Problem könne von der Sowjetunion und Polen ohne Ein-

mischung Dritter direkt gelöst werden. Das schafft aber die Tatsache nicht aus der Welt, dass Millionen Menschen bei uns zu Hause es als Probe darauf ansehen, ob Russland wirklich gewillt ist, in Europa eine anständige, humane und kooperative Politik zu betreiben. Ist es dazu bereit, dann steht der Verwirklichung der grossartigen latenten Möglichkeiten amerikanisch-russischer Zusammenarbeit nichts mehr im Wege. Wenn nicht, dann bleibt den angelsächsischen Staaten keine Wahl, als Westeuropa in Einflussphären aufzuteilen und zur Sowjetunion die Sorte Beziehungen zu unterhalten, die keiner Seite nützt. Viele meiner Landsleute werten Russlands Haltung gegenüber dem polnischen Problem als Präzedenzfall für seine Haltung gegenüber dem Westen.

Ich glaube, ich sehe ziemlich genau, wo für die Russen die Schwierigkeiten liegen. In der Hauptsache geht es natürlich nicht um Gebietsansprüche, sondern um die Frage, wer Polen regieren soll. Aber hier macht die Sowjetregierung sich die Sache unnötig schwer; und die verantwortlichen sowjetischen Politiker sind entweder von ihren eigenen Leuten falsch informiert oder haben ihre Informationen falsch bewertet.

Jeder vernünftige Mensch wird einsehen, dass die derzeitige sowjetische Politik bei ihrer ungeheuren Wichtigkeit für die Zukunft Europas nicht durch Auseinandersetzungen über zurückliegende Fehlurteile einzelner Gruppen oder Individuen innerhalb des sowjetischen Regierungsapparats kompromittiert werden darf. Ich bin überzeugt, dass auch die polnische Regierung heute so denkt, trotz ihrer taktischen Fehler in den vergangenen Jahren. Die in Russland erhobene Forderung nach vollständiger Unterdrückung und Auflösung der Exilregierung - Akten, Archive und Erinnerungen einbegriffen - dient vielleicht den Interessen gewisser Gruppen innerhalb der Sowjetregierung, die für die begangenen Fehler verantwortlich sind. Sie dient weder der Regierung noch dem Volke insgesamt. Denn wenn man die polnische Regierung ruiniert und zur Verzweiflung treibt, macht man sie damit zum Kristallisationspunkt einer polnischen Emigration, die auf Jahre hinaus die angeblichen Exzesse russischer Behörden gegenüber den polnischen Streitkräften und Zivilisten während der Zeit des russisch-deutschen Nichtangriffspakts für Propagandazwecke ausnutzen wird. Käme man dagegen zu einem vernünftigen Arrangement mit dieser Regierung (und das schliesse umfangreiche territoriale Umdispositionen genausowenig aus wie die Umbildung der pol-

nischen Regierung, um für Leute wie Witos und andere Platz zu schaffen), dann könnte es kaum zweifelhaft sein, dass die polnischen Führer sich bereitfinden würden, die Vergangenheit ruhen zu lassen; und für die Einhaltung des Abkommens böte die gewaltige Stärke der russischen Regierung Garantie genug. Wenn es so weitergeht wie bisher, dann setzt man die gesamte internationale Zukunft Russlands aufs Spiel, um einige wenige Personen, die früher einmal unangebrachte Entscheidungen getroffen haben, intern abzusichern.»

Als ich Russland Ende Juni 1944 wieder betrat, strebte die polnische Krise dem Höhepunkt zu, nachdem sowjetische Truppenverbände erstmalig auf Gebiete vorgerückt waren, deren Zugehörigkeit zu Polen nicht einmal die Sowjetregierung zu bestreiten gesonnen war. Statt der Exilregierung zu gestatten, eigene Beamte in diese Zone zu entsenden, die die zivile Verwaltung in die Hand nehmen oder sich zumindest an ihr hätten beteiligen können, taten die Sowjets ihre Absicht kund, die politischen Befugnisse in dem befreiten Landesteil an das Polnisch-Sowjetische Komitee zu übertragen, das sich inzwischen zu einem «Nationalen Befreiungskomitee» gemausert und in Lublin etabliert hatte.

Die Exilregierung war über diese Entwicklung natürlich zutiefst beunruhigt. Auch die westlichen Regierungen fühlten jetzt, nach drei Jahre langem Vor-sich-her-schieben des Problems, dass sie Stellung nehmen müssten. Der Premierminister der Londoner polnischen Regierung, Stanislaw Mikolajczyk, wurde anlässlich seines Juni-Besuchs bei dem amerikanischen Präsidenten sowohl von Roosevelt wie von Churchill gedrängt, nach Moskau zu reisen und an Stalin direkt zu appellieren. Stalin liess sich am Ende auch herbei, ihn zu empfangen, wenngleich offensichtlich ungern. Am 27. Juli verliess Mikolajczyk London in Richtung Moskau. Am selben Tag brachte die sowjetische Presse die eindeutig auf den bevorstehenden Besuch gemünzte Meldung vom Abschluss eines Abkommens zwischen der Sowjetregierung und dem polnisch-kommunistischen Nationalen Befreiungskomitee, das diesem gestattete, in allen Teilen Polens «sämtliche Aufgaben der zivilen Verwaltung selbständig zu übernehmen», sobald die betreffenden Gebiete nicht mehr zum direkten militärischen Operationsbereich gehören würden. Damit gab Stalin in aller Deutlichkeit zu verstehen, dass er nicht beabsichtige, die polnische Exilregierung in irgendeinem Teil

Polens Fuss fassen zu lassen, der von der Roten Armee überrannt worden war – und das bedeutete früher oder später ganz Polen⁶⁴.

Am 26. Juli, dem Tag vor der Bekanntgabe des Abkommens, hatte Botschafter Harriman mich vertraulich über Mikolajczyks bevorstehenden Besuch informiert und mich gefragt, ob und was wir als eine Art Vorauskommentar dazu nach Washington drahten sollten. Wir einigten uns darauf, die Sache zunächst zu beschlafen. Am nächsten Morgen schrieb ich meine Ansichten nieder, vor mir die Morgenzeitung mit der Meldung über das Abkommen mit den «Lublinpolen», wie man die Mitglieder des Nationalen Befreiungskomitees jetzt nannte. Ich erklärte dem Botschafter, ich hielt es für höchst unwahrscheinlich, dass der Besuch zur Aussöhnung der Exilregierung mit der Lublin-Gruppe führen würde. Zur Stützung dieser Ansicht trug ich folgende Überlegungen vor:

«1. Die Russen haben in letzter Zeit an der Front mit beispiellosem Erfolg gekämpft und tun es noch. Ihr Stolz und ihre Erregung darüber gehen bis an die Grenze der Hysterie. Sie werden es sich zutrauen, die Dinge in Osteuropa ohne allzu grosse Schwierigkeiten nach eigenem Gutdünken zu regeln, und werden nicht geneigt sein, uns oder den Polen zuliebe grosse Umstände zu machen.

2. Mikolajczyk hat in letzter Zeit keine Einladung nach Moskau erhalten. Der Besuch wurde auf Verlangen der Briten, nicht der Russen, arrangiert. Er hat nichts in der Hand als das widerwillig gegebene Versprechen Stalins, dass er sich nicht weigern werde, ihn zu empfangen, wenn er käme – das und die Warnung, er würde besser daran tun, die von Moskau kontrollierten Polen aufzusuchen. Stalin scheint sich demnach für seinen Besuch nicht wirklich zu interessieren und sich auch nichts davon zu versprechen.

3. Moskau hat deutlich gemacht, dass die Umbildung der polnischen (Londoner) Regierung Vorbedingung für die Bereinigung des polnisch-russischen Verhältnisses sei. Eine Umbildung hat nicht stattgefunden.

4. Das neue polnische Befreiungskomitee hat bereits eine der Exilregierung völlig entgegengesetzte Position bezogen. Eine

⁶⁴ Am letzten Tag des Jahres 1944 verkündete die Sowjetregierung schliesslich die Anerkennung des Nationalen Komitees in Lublin als der rechtmässigen polnischen Regierung, und dieses wurde so zum Kern des gegenwärtigen kommunistisch-polnischen Regimes.

Änderung dieser Position werden allein schon Prestige-Erwägungen verhindern.»

Ich fügte hinzu, dass Mikolajczyk allerhöchstens einen Posten in einem grossenteils aus Mitgliedern des Befreiungskomitees und ein paar prosovjetschen Auslandspolen wie Lange gebildeten polnischen Kabinett zu erwarten habe – und auch das nur, wenn er bereit sei, sich von seinen jetzigen Gefährten loszusagen und bei der Denunzierung einer Reihe von Exilpolen, darunter seines Präsidenten und Sosnkowskis, mitzutun.

Zur Grenzfrage schliesslich meinte ich, dass für den Verlauf der Grenze selbstverständlich die politischen und strategischen Erwägungen Moskaus bestimmend sein würden und dass man das Ergebnis hinter dem Schleier der im polnischen Manifest niedergelegten ethnologischen Formel verstecken werde, die ja so flexibel war, wie man es sich nur wünschen konnte.

Meine düsteren Vermutungen über die tieferliegenden Ursachen der Ablehnung der Exilregierung durch die Sowjets glaubte ich in diesem Memorandum nicht erwähnen zu sollen. In den Kreisen der Alliierten zeigte man damals allgemein sehr wenig Neigung, sich mit Aktionen der Sowjets aus der jüngsten Vergangenheit, insbesondere aus der Zeit des Nichtangriffspakts, zu befassen oder gar daraus politische Probleme zu machen. Und was die Ermordung der Offiziere betraf, so hatte ich keine Beweise – nur eine aus der Erfahrung und den damals zugänglichen begrenzten Informationen entstandene Vorstellung davon, wie die Dinge sich wahrscheinlich zugetragen hatten und wie wahrscheinlich nicht. Der Augenblick schien mir auch deshalb besonders ungünstig, weil der Botschafter, soweit ich mich erinnere, gerade in jenen Tagen einige seiner jüngeren Beamten nach Katyn entsandt hatte, wo sie gemeinsam mit ausländischen Journalisten die Gräber besichtigten. Die Einladung dazu war von den sowjetischen Behörden gekommen, die ängstlich bemüht waren, die Schuld an der Ermordung der Offiziere auf die Deutschen abzuwälzen. Ich selbst war bei dem Unternehmen nicht zu Rate gezogen worden. Auch mit dem Beweismaterial war ich nicht vertraut, von dem abgesehen, was man zur Veröffentlichung in der sowjetischen Presse für geeignet befunden hatte. Ich konnte mir nicht selber den Auftrag aufbürden, von meiner bescheidenen Warte aus das Material für eine fürchterliche Anklage gegen die Sowjetregierung zu erbringen, besonders nicht für eine Anklage, die meine eigene Regierung

weder zu erheben noch zu diskutieren wünschte. Zumindest im amtlichen Schriftverkehr hielt ich mich deswegen an das Schweigegebot, das damals unausgesprochen über dem ganzen unerfreulichen Thema lag.

Da ich überzeugt war, dass Mikołajczyks Leute für eine bereits verlorene Sache kämpften, bereiteten mir die gesellschaftlichen Zusammenkünfte mit ihnen während ihres Moskauer Aufenthalts grösstes inneres Unbehagen. In meinen Augen waren sie zum Untergang verurteilte Repräsentanten eines zum Untergang verurteilten Regimes, aber niemand hätte so grausam sein können, ihnen das zu sagen; auch hätte es meinen Wert für Moskau nicht eben gesteigert, wenn die sowjetischen Behörden darauf aufmerksam geworden wären (und das wären sie vermutlich), dass ich derartige Ansichten zum Besten gab. Am 1. August, drei Tage nach Ankunft der polnischen Besucher, vertraute ich meine Gefühle dem Tagebuch an. Ich überschrieb die Eintragung mit einigen Auszügen aus Bernard Pares' ‚Geschichte Russlands‘, in denen die Haltung der russischen Regierung gegenüber den Polen nach den Napoleonischen Kriegen zum Ausdruck kommt.

«Nur noch ein wenig Geduld, meine Herren, und sie werden mit mir mehr als zufrieden sein.

Rede Alexanders I. vor den Polen
in Wilna, Juli 1814

Alexander verwirklichte loyal sein Versprechen, Polen eine Verfassung zu geben.

Pares über das Jahr 1815

Die Russen . . . empfanden es als Widerspruch, dass man Polen Rechte zubilligte, die in Russland noch unbekannt waren.

Pares über das Jahr 1830

Die polnische Verfassung wurde durch ein Organisches Statut ersetzt, das den polnischen Reichstag und die Armee abschaffte und die Verfassung praktisch aufhob . . . Polen unterstand fortan völlig der russischen Bürokratie ... Es schien, als könne Russland Polen nur halten, indem es das Land entzivilisierte.

Pares über das Jahr 1832»

Dann folgten meine eigenen Beobachtungen:

«Gestern Abend in der Britischen Botschaft, zum Diner mit Premierminister Mikołajczyk und seiner Begleitung. Sie sind jetzt zwei Tage hier. Der Premierminister hatte Molotow schon

besucht. Stalin hatte er noch nicht gesehen. Die Unterhaltung mit Molotow schien ihn selbst ermutigt zu haben. Seine Begleiter hatte sie deprimiert.

Der Britische Botschafter brachte einen Trinkspruch auf den Erfolg ihrer Mission aus; und da Mikolajczyk von unserm Präsidenten und vom britischen Premierminister zu dieser Reise bewogen worden war, mussten wir uns natürlich zuversichtlich und vergnügt geben.

Ich fand den Abend schwer zu ertragen. Ich war wahrscheinlich der einzige anwesende Nichtpole, der sich in Osteuropa gut genug auskannte, um alle Einzelheiten der Situation zu erfassen. Ich wusste, dass ein Abkommen zwischen Polen und Russen möglich war. Ich wusste, dass ein solches Abkommen auch feste Zusicherungen über die Unabhängigkeit Polens enthalten könnte. Ich wusste, dass die Russen sich möglicherweise feierlich zur Nichteinmischung in innerpolnische Angelegenheiten verpflichten würden. Ich wusste, dass auch die Rote Armee sich während der Besatzungszeit vollkommen würdig und anständig gegen die Polen betragen würde.

Aber ich wusste auch, dass ganz unabhängig von den augenblicklichen Absichten die Macht der Umstände dieses Abkommen früher oder später für die Polen aus einem Freibrief in eine Fessel verwandeln würde; dass die Russen heute genauso wenig wie vor hundert Jahren bereit sein würden, den ‚Widerspruch‘ zu dulden, ‚dass man Polen Rechte zubilligte, die in Russland noch unbekannt waren‘; dass die russischen Vorstellungen von Toleranz nicht weit über das hinausgehen würden, was in Russland selbst üblich war; dass das russische Polizeisystem unausweichlich in das polnische öffentliche Leben einsickern würde, wenn nicht von polnischer Seite scharfe Gegenmassnahmen ergriffen würden; und dass solche Gegenmassnahmen in Moskau als provokatorisch und antirussisch verurteilt werden würden. Kurz gesagt: ich wusste, dass es für die Russen Übergangsbezirke der Macht nicht gibt. Das eifersüchtige und unduldsame Auge des Kremls kann nur zwischen Vasallen und Feinden unterscheiden; und Russlands Nachbarn müssen, wenn sie das eine nicht sein wollen, sich damit abfinden, für das andere zu gelten.

In der Beschwernis dieses Wissens kam mir unsre eigene Handlungsweise in der polnischen Frage eher frivol vor. Ich sinnierte darüber, wie schnell Grossmächte doch gegenüber kleineren Staaten mit Ratschlägen bei der Hand sind, unbekümmert darum, dass es um lebenswichtige Interessen dieser kleinen

Staaten geht. Ich bedauerte, nun auch selber Mitwirkender bei einem solchen Verfahren zu sein. Und ich wünschte uns genügend Urteilsvermögen und Geschmack, um nicht in Ausdrücken des amtlich vorgeschriebenen Optimismus daherzuplätchern, sondern schweigend die Köpfe zu senken vor der Tragödie einer Nation, die unser Verbündeter gewesen war; die wir vor unsern Feinden hatten retten können, aber die vor unsern Freunden zu bewahren uns nicht möglich ist.»

Zwei Tage später musste ich das ganze Elend höflicher Konversation mit Mikolajczyk und seinen Leuten erneut durchstehen – diesmal beim Mittagessen in unsrer eigenen Botschaft. Wieder sprechen meine Notizen für sich:

«Einer der Polen fragte mich rund heraus, wie ich ihre Chancen beurteile. Ich sagte ihm, ich glaube, dass die Russen alles in allem ein Abkommen wünschten, aber nicht so dringend, dass sie sich danach verrenken würden. Meiner Meinung nach könnten die Polen sich beglückwünschen, wenn sie erreichten, dass die Emigranten in die Heimat zurückkehren und dort für den Wiederaufbau ihres Landes arbeiten dürften. Aber ich warnte ihn, dass ich von Natur Pessimist sei – er möge das berücksichtigen.»

Mikolajczyk war noch in Moskau, als das tragische Zwischenstück des Warschauer Aufstands begann. Dieser Aufstand zeigte den Westmächten klarer als alles Vorhergegangene, was sie von Stalins Polenpolitik zu erwarten hatten. Und wem die Untätigkeit der Roten Armee, die gelassen am andern Ufer des Flusses sass und zusah, wie die Helden der polnischen Rebellion von den Deutschen niedergemetzelt wurden, als Beweis für die sowjetische Haltung noch nicht genügte, dem wurde sie unmissverständlich klargemacht, als Stalin und Molotow die Unverschämtheit besaßen, Botschafter Harriman die Benutzung des amerikanischen Nachschubflughafens in der Ukraine zwecks Versorgung der belagerten Polen mit Waffen und Verpflegung aus der Luft zu verweigern – und gleichzeitig, bezeichnenderweise, die Auflösung des Nachschubflughafens verlangten.

Ich selbst hatte an diesem schicksalsschweren Treffen mit Stalin und Molotow nicht teilgenommen; aber ich weiss noch, wie der Botschafter und General Deane aussahen, als sie in den frühen Morgenstunden völlig verstört zurückkehrten. Keiner von uns gab sich irgendwelchen Illusionen darüber hin, was das

Benehmen der sowjetischen Führer zu bedeuten hatte. Es war ein Fehdehandschuh, der den Westmächten da mit heimtückischem Vergnügen vor die Füße geschleudert wurde. Gemeint war: «Wir wollen Polen, und wir wollen es mit Haut und Haar. Die polnischen Untergrundleute, die sich der kommunistischen Autorität nicht gebeugt haben, scheren uns einen Dreck. Für uns sind sie nicht mehr wert als die Deutschen, und wenn sie und die Deutschen sich gegenseitig abschlachten, umso besser. Was ihr Amerikaner darüber denkt, ist uns völlig egal. Von jetzt an habt ihr in Polen nicht mehr mitzureden, und es ist Zeit, dass ihr das kapiert.»

Ich war damals und bin heute der Meinung, dass das der Augenblick war, in dem wir mit den Sowjets zu einer grundsätzlichen politischen Auseinandersetzung hätten kommen sollen. Wir hätten ihnen anheimgeben müssen, entweder ihre Politik völlig umzustellen und sich auf wirkliche Zusammenarbeit mit wirklich unabhängigen osteuropäischen Staaten einzurichten oder aber für den Rest des Krieges auf die Hilfe und das Wohlwollen der westlichen Alliierten zu verzichten. Wir waren ihnen schliesslich nichts mehr schuldig (falls wir ihnen überhaupt je etwas geschuldet hatten). Die zweite Front stand fest. Die Westmächte standen auf dem europäischen Kontinent. Das sowjetische Hoheitsgebiet war wieder völlig frei. Bei den militärischen Operationen der Sowjets ging es jetzt nur mehr um die Zukunft der nichtsowjetischen Gebiete, die ursprünglich von den Deutschen überrannt worden waren. Wir im Westen waren völlig berechtigt, die Verantwortung für weitere militärische Massnahmen der Sowjets abzulehnen, wenn sie im Geiste und unter den Voraussetzungen der Hilfeverweigerung für die Warschauer Aufständischen durchgeführt würden.

All diese Ereignisse begaben sich im Sommer 1944: fünf Monate vor Jalta, acht oder neun Monate vor der polnischen Krise, die um die Zeit des Todes von Präsident Roosevelt ausbrach. Es ist wohl verständlich, dass man mit Ansichten wie den meinen unsere Polen Verhandlungen mit den Sowjets in den Jahren 1944 und 1945 nur mit Skepsis, wenn nicht gar mit Verzweiflung verfolgen konnte. Die Erklärung von Jalta mit ihren Hinweisen auf die Umstellung des bestehenden kommunistisch-polnischen Regimes «auf eine breitere demokratische Basis» und auf die Abhaltung «freier und ungehinderter Wahlen . . . auf der Grundlage des allgemeinen und geheimen Wahlrechts» erschien mir als ein besonders schäbiges Beispiel für Doppelzüngigkeit, das

zwar wahrscheinlich die westliche Öffentlichkeit nicht völlig täuschen, aber doch seine Wirkung tun würde. Gelangweilt und angeekelt tat ich im Frühjahr 1945 meinen Dienst als Botschafter Harrimans Gehilfe und Dolmetscher während der vielen Stunden irrealen und sich stets im Kreise drehenden Ringens mit Molotow und Wyschinskij um die alleinige Frage, wer von den nicht-kommunistischen Polen zu den vorbereitenden Gesprächen über die Bildung einer polnischen Koalitionsregierung zugezogen werden sollte⁶⁵. Es schien mir nie zweifelhaft, dass das alles vergeblich sei.

Meine letzte dienstliche Begegnung mit dem polnischen Problem hatte ich, als kurz nach Franklin Roosevelts Tod Harry Hopkins, der selber nur noch wenige Wochen zu leben hatte, nach Moskau kam, um zu erkunden, ob aus den Trümmern von Roosevelts Russland- und Polenpolitik noch etwas zu retten sei.

Irgendwann während seines Besuchs, sicher nach der ersten, vielleicht sogar nach der zweiten seiner Zusammenkünfte mit Stalin, zitierte Hopkins mich ins Spaso-Haus, um meine Meinung einzuholen. Ich war darüber höchlichst erstaunt. Ich kannte ihn nicht gut. Ich war über seine Verhandlungen mit Stalin nicht informiert worden, und ich hatte nicht erwartet, in diesen Dingen zu Rate gezogen zu werden. Er beschrieb mir Stalins Bedingungen für die Bereinigung der polnischen Frage, so wie sie in den Gesprächen im Kreml entwickelt worden waren, und fragte mich, ob ich glaube, dass man bessere herauschlagen könne. Ich sagte, ich glaube das nicht. Ob ich denn fände, dass wir die Bedingungen annehmen und sie zur Grundlage eines Abkommens machen sollten? Das fand ich nicht; ich fand, wir sollten keinerlei Mitverantwortung für das übernehmen, was die Russen in Polen vorhatten.

«Also finden Sie es einfach sündhaft», sagte er, «und da sollten wir dagegen sein.»

«So ungefähr», sagte ich.

«Ich respektiere Ihre Ansicht», meinte er traurig, «aber es steht mir nicht frei, sie zu übernehmen.»

Es gab noch einen weiteren Aspekt des polnischen Problems, der mir in diesen ersten Moskauer Monaten schwer auf der

⁶⁵ Es handelte sich dabei um Sitzungen einer Kommission, deren Bildung in Jalta beschlossen worden war und der der sowjetische Außenminister sowie die Botschafter Grossbritanniens und der USA angehörten. Sie sollte Besprechungen mit der «gegenwärtigen Regierung» (Polens) führen. Mein Widerwille wäre noch stärker gewesen, hätte ich gewusst, dass die Sowjets noch während dieser Gespräche unauffällig eine Reihe der von uns vorgeschlagenen polnischen Politiker verhafteten und sie unter Druck setzten, um sie, ohne dass wir es ahnten, zu Agenten der Sowjets zu pressen.

Seele lag. Das war die Frage der Westgrenzen des zukünftigen polnischen Staates. Am 18. Dezember 1944 überliess die ‚Prawda‘ fast die Hälfte ihrer aussenpolitischen Seite einem Artikel von Dr. Stefan Jedrichowski – dem Propagandachef des Lubliner Komitees und seinem wichtigsten Vertreter in Moskau –, der die zukünftige deutsch-polnische Grenze zum Thema hatte. In diesem Artikel schlug Jedrichowski vor, die künftige polnische Grenze von Stettin südwärts entlang der Oder und der Unteren Neisse bis ungefähr zum nördlichsten Punkt der tschechischen Grenze, in der Nähe von Görlitz, zu ziehen. Stettin selbst sollte ein polnischer Hafen werden. Das Erscheinen des Artikels in der ‚Prawda‘ bedeutete, dass die Sowjets mit den darin erhobenen Forderungen übereinstimmten – dass das im Wesentlichen die sowjetische Ansicht vom wünschenswerten Verlauf der Grenze war.

Ich wusste damals nicht, dass diese Ansicht ein Jahr zuvor auf der Konferenz von Teheran bereits generell gebilligt worden war⁶⁶ – von Churchill ausdrücklich und stillschweigend von Roosevelt –, und da ich es nicht wusste, nahm ich mir die Freiheit, gleich im Anschluss an die Lektüre von Jedrichowskis Artikel für den Botschafter ein paar eigene Gedanken über die Konsequenzen einer solchen Grenzziehung zu notieren. Die Polen, schrieb ich, würden sicherlich nicht genügend Arbeitskräfte haben, um aus dem neuerworbenen Gebiet im Westen technisch oder administrativ viel zu machen, noch würden sie imstande sein, es aus eigener Kraft zu verteidigen. Im Ergebnis müsste es ihre Abhängigkeit von der Sowjetunion vergrössern. «Die Russen», fuhr ich fort, «wissen das sehr genau. Sie wissen, dass die ökonomisch-militärische Abhängigkeit Polens von der Sowjetunion immer mehr zunehmen und dass die Wichtigkeit seiner Ostgrenze, wie sie auch schliesslich verlaufen mag, immer mehr abnehmen muss, je weiter die Grenze im Westen nach Deutschland hinein verschoben wird. Sie wissen, dass eine Fixierung der Grenze entlang der Oder diese Abhängigkeit bis zu dem Punkt steigern muss, an dem kein polnisches Regime im Gebiet östlich der Oder mehr als eine reine Lokalverwaltung aufrechterhalten kann, wodurch

⁶⁶ In den Teheraner Abmachungen war der Südabschnitt der künftigen deutsch-polnischen Grenze noch nicht genau festgelegt worden. Man hatte offengelassen, ob sie entlang der östlichen oder der westlichen der beiden Neissen verlaufen sollte. (Vgl. Herbert Feis: ‚Churchill, Roosevelt, Staling Princeton University Press, Princeton 1957, S. 287.)

es logischerweise militärisch, ökonomisch und politisch in die Verantwortlichkeit der Sowjetunion fallen muss.

Die Veröffentlichung eines solchen Artikels [nämlich des Jedrichowski-Artikels] in einer solchen Aufmachung [nämlich an so hervorragender Stelle der ‚Prawda‘] kann nur bedeuten, dass die Russen endgültig beschlossen haben, ihre strategische Grenze – das heisst die Linie, bis zu welcher ihre militärische, ökonomische und politische Verantwortung reicht – von Stettin über die Oder und die Untere Neisse bis zum nördlichsten Teil der tschechischen Grenze zu ziehen, und dass ihnen der Moment gekommen scheint, dies der Weltöffentlichkeit mitzuteilen . . .

Das wiederum hat ausserordentlich weitreichende Folgen. Es macht jeden Glauben an ein freies und unabhängiges Polen unrealistisch. Es richtet in Mitteleuropa eine Grenze auf, die sich nur verteidigen lässt, wenn an ihrer ganzen Länge dauernd starke Truppen verbände unterhalten werden. Es macht die Lösung der wirtschaftlichen und sozialen Probleme im restlichen Deutschland ausserordentlich schwierig – trotz Churchills unüberzeugender Zuversicht, es werde nicht schwerfallen, in Deutschland für 6 Millionen Menschen eine neue Heimstatt zu finden (übrigens halte ich die Zahl für zu niedrig). Mit anderen Worten erschwert es eine Stabilisierung der Verhältnisse gerade in den Teilen Deutschlands, die für die atlantische Gemeinschaft besonders wichtig sind, und kann sich also nur zu unsren und der Briten Ungunsten auswirken.

Die Verwirklichung dieses Plans mag sich nicht verhindern lassen . . . aber ich glaube, dass es geboten wäre, ihn für das zu nehmen, was er ist, und unsere Überlegungen über die Zukunft Europas danach einzurichten. Vor allem aber sehe ich keinen Grund für uns, die Mitverantwortung für die Komplikationen zu übernehmen, die unausweichlich daraus entstehen müssen.»

Das Memorandum entstand volle sechs Wochen vor den Diskussionen über Polen auf der Konferenz von Jalta. Ich zitiere es hier, weil ich glaube, dass sich daraus ganz deutlich der fundamentale Mangel an Realismus ablesen lässt, den Roosevelt während der letzten Kriegsmonate gegenüber allen Problemen Osteuropas bewies. Es hätte schon seit mehr als einem Jahr, nämlich seit der Teheraner Konferenz klar sein müssen, dass die Alliierten, indem sie sich auf Kosten Deutschlands mit der Verlagerung Polens um gut dreihundert Kilometer nach Westen einverstanden erklärten, gleichzeitig für die Errichtung eines

polnischen Staates stimmten, der nichts anderes sein konnte als ein militärisches und politisches Protektorat der Sowjetunion. Eine so unnatürliche Grenze wie die Oder-Neisse-Grenze konnte nur mit Waffengewalt aufrechterhalten und verteidigt werden – und dazu bedurfte es grösserer Kraft, als Polen selbst aufzubringen imstande sein würde. Man konnte von den Polen aber auch nicht erwarten, dass sie die Verteidigung dieser Grenze den Westmächten anvertrauten. Das hatten sie schon einmal probiert, in den Jahren 1938 und 1939. Selbst damals schon hatten sich die Westmächte als eine schwache Stütze gezeigt. Angesichts der Oder-Neisse-Grenze würde ein künftiges Deutschland irredentistische Ansprüche viel nachhaltiger und überzeugender geltend machen können als die von Hitler im Jahre 1939 vorgebrachten (und selbst für dessen Forderungen liess sich einiges sagen, wie die Westmächte eingesehen hatten). Das aus einem guten Stück Deutschland herausgeschnittene Polen müsste sich schon aus reinem Selbsterhaltungstrieb des ständigen Wohlwollens der Russen versichern, und zwar zu deren Bedingungen. Unter diesen Umständen war es wenig sinnvoll, weiter mit Stalin und Molotow über die Zusammensetzung der künftigen polnischen Regierung zu disputieren und so zu tun, als läge die polnische Unabhängigkeit noch im Bereich des Möglichen. Es war höchstens ein Versuch, und noch nicht einmal ein geglückter, den Brunnen abzudecken, nachdem das Kind hineingefallen war.

IX. Moskau und der Sieg in Europa

Die Aufzeichnungen, aus denen ich im vorhergehenden Kapitel zum Thema Polen zitiert habe, waren sämtlich entweder ganz privater Natur und wurden damals überhaupt niemandem gezeigt, oder sie waren Memoranden für den Botschafter. Dieser gab normalerweise keinen Kommentar zu derartigen Meinungsäußerungen; und ich kann mich nicht erinnern, dass er sie je nach Washington weitergeleitet hätte. Abgesehen von der kurzen Unterhaltung mit Harry Hopkins hatte ich damals keine Gelegenheit, diese Dinge mit einem dafür zuständigen Mitglied der Regierung zu besprechen oder eine Gegenäußerung zu hören. Hätte ich sie gehabt, so wäre mir auf meine Überlegungen zur Westgrenze Polens und zu vielen anderen Problemen, die mich im Sommer und Herbst 1944 beschäftigten, vermutlich entgegnet worden, dass in der Nachkriegszeit weder Polen noch sonst ein osteuropäisches Land auf russische Protektion angewiesen sein würde, weil geplant sei, eine neue internationale Organisation zu gründen, deren Aufgabe die Erhaltung des Weltfriedens sei, und dass es dieser Organisation obliegen würde, die Unantastbarkeit der Nachkriegsgrenzen zu garantieren.

Ich kannte natürlich die Idee der «Vereinten Nationen». Das State Department hatte sie nicht geheimgehalten. Für den Außenminister war sie wohl so etwas wie ein Ersatz dafür, dass er während des Krieges von der aktuellen Politik ausgeschlossen blieb. Wenn er schon keinen Einfluss auf die Kriegsdiplomatie hatte, so konnte er sich wenigstens damit amüsieren (und seinem Amt gleichzeitig einen Anstrich von Bedeutung geben), dass er die Planungen für die Nachkriegszeit ankurbelte und dirigierte. Folglich zeigte das Ministerium hier eine Kühnheit und einen Schwung wie auf keinem anderen Feld der Politik. Just um die Zeit meiner Rückkehr nach Russland war unsre Regierung zusammen mit den Briten angelegentlich damit beschäftigt, die argwöhnischen und wenig begeisterten Russen zum Mittun bei den Vorberatungen für die künftige Friedens- und Sicherheitsorganisation zu bereden. Ich hielt diese Überredungstaktik für unklug und bedauerlich, weil sie wieder einmal wie schon so oft bei den Sowjetführern den Eindruck hervorrief, dass *wir* es

waren, die sich um *ihre* Freundschaft und Mitarbeit bemühten, *wir*, die etwas von *ihnen* wollten, *wir*, die aus irgendwelchen Gründen sich nicht trauten, die Nachkriegsprobleme anzupacken, ohne der öffentlichen Meinung ein wenigstens äusserliches Zusammengehen der Grossen Drei vorzuweisen. All das musste, so wie ich es sah, die Russen immer fester an die Stärke ihrer Position glauben lassen und ihre Gegenforderungen für die von uns so dringend erbetene Zusammenarbeit hinaufschrauben. Aber bei meinen Vorgesetzten kamen in Washington solche Überlegungen damals nicht an. Die Russen willigten endlich ein, sich an Dreimächtegesprächen über die vorgeschlagenen Themen zu beteiligen, und zwischen dem 21. August und dem 28. September fand dann der erste Teil der Konferenz von Dumbarton Oaks statt, der der Sondierung des Terrains gewidmet war.

Ganz abgesehen von meinen Befürchtungen, dass es taktisch unklug sei, den Russen unsere Pläne aufzudrängen, war mir auch bei der Idee selbst unbehaglich. Sie schien mir kein Ausweg aus den Gefahren zu sein, die die Kriegsentwicklung im Verein mit unserer eigenen Politik heraufbeschworen hatte. Ich wusste aber keinen, dem ich das hätte sagen können, und so schrieb ich am 4. August, nur zur Klärung meiner eigenen Gedanken, folgende ersten Reaktionen auf die Konferenz von Dumbarton Oaks nieder:

«Der Plan einer internationalen Sicherheitsbehörde ist auf der einfachen Überlegung aufgebaut, dass man nur den Status quo strikt aufrechtzuerhalten brauche, um weitere Kriege in Europa zu vermeiden und damit das europäische Problem, soweit es unser Land betrifft, zu lösen. Diese Überlegung, die die Symptome mit der Krankheit verwechselt, ist nicht neu. Sie war der Grundgedanke der Heiligen Allianz, des Völkerbunds und zahlreicher anderer politischer Konstruktionen, die jeweils von Völkern errichtet wurden, denen der augenblickliche Stand der Dinge behagte und die ihn nicht geändert sehen wollten. Diese Konstruktionen haben den Zweck, für den sie entworfen waren, immer gerade so lange erfüllt, wie die Interessen der Grossmächte sie wirksam und lebendig erhielten. Änderte sich aber die Lage, wurde es für eine der beteiligten Grossmächte wünschenswert, den Status quo aufzuheben, dann haben solche Vertragswerke noch nie vermocht, die Änderung zu verhindern.

Das internationale politische Leben ist keine Maschine. Es ist lebendig, und sein Wesen ist der organische Wechsel. Es lässt

sich nur dann über längere Zeiträume hinweg regulieren, wenn die dafür verwendeten Instrumente fein und geschmeidig genug sind, um sich den ständigen Änderungen der Interessen und des Machtvolumens der einzelnen Länder anzupassen.

Eine internationale Organisation zur Erhaltung von Sicherheit und Frieden kann eine wohldurchdachte und realistische Aussenpolitik nicht ersetzen. Je mehr wir die Politik vernachlässigen, um uns in ein legalistisches System zur Erhaltung des Status quo zu verspinnen, umso eher und umso unsanfter wird die Wirklichkeit des internationalen Lebens dies System in Stücke brechen.

Diejenigen unserer Vorschläge, die darauf abzielen, eine Grossmacht zu hindern, eine kleine Nation zu erobern und zu beherrschen, sind naiv und altmodisch. Sie übersehen vollkommen das uralte Konzept des Marionettenstaats, das das politische Denken in Russland und Asien bestimmt und das gelegentlich auch in Ost- und Mitteleuropa auftaucht. Das allein schon gibt alle legalistischen Formeln für die Regulierung internationalen Lebens der Lächerlichkeit preis. Versucht einmal, den Regierungschef der Äusseren Mongolei zu fragen, ob er gegen Russland Beschwerden habe. Er wird erbleichen bei dem Gedanken. Er ganz persönlich ist in der Gewalt der russischen Polizei, und sein Volk lebt im Schatten der Roten Armee . . .

Natürlich sollte der Begriff der Gesetzlichkeit in unserm Land jede nur denkbare Unterstützung und Förderung erhalten. Aber in einem grossen Teil der Welt kann er die Macht als entscheidende Treibkraft noch nicht ersetzen. Und die Realität der Macht wird schnell jede legalistische Konstruktion durchdringen, mit deren Hilfe wir das internationale Leben regulieren wollen. Die Konstruktion wird nur noch die Hülle sein – den Inhalt werden die Machtverhältnisse bilden. Und von *ihnen* wird die internationale Sicherheit abhängen, nicht von der Form, in die sie gekleidet sind. Es wäre eine fast verbrecherische Vernachlässigung der Interessen unseres Volkes, wenn wir die Pläne für eine internationale Organisation zum Vorwand nähmen, die reinen Machtverhältnisse in Europa nicht aufs Ernsthafteste und Genaueste zu studieren.»

Gegen eine neue Weltorganisation als solche hatte ich 1944 nicht viel einzuwenden. Ich fand nicht, dass sie dringend benötigt würde; aber wenn man sie realistisch, in klarer Erkenntnis ihrer Grenzen handhabte, würde sie nichts schaden. Beunruhigend

fand ich die Meinung, die bevorstehende Gleichschaltung Osteuropas und teilweise auch Mitteleuropas könne in ihren Folgen durch eine solche Organisation fühlbar abgemildert werden – sie könne die politischen Fieberzacken beruhigen, die auf die militärischen Operationen notwendig folgen mussten. Woodrow Wilson hatte 1919 vom Völkerbund ähnliches erwartet und war bitter enttäuscht worden. In Washington würde man dagegen natürlich einwenden, dass die USA ja auch abgelehnt hätten, dem Völkerbund beizutreten. Das war ein Argument, dachte ich, aber selbst die amerikanische Mitgliedschaft wäre kein Ausgleich für die strukturellen Schwächen solch einer Organisation, besonders nicht, wenn amerikanische Staatsmänner selbst zugaben, dass das ganze Konzept auf freundschaftlich-enger Zusammenarbeit der Grossmächte nach Kriegsende beruhe – denn die würde es, soweit man in Moskau sehen konnte, gewiss nicht geben. Schliesslich legte Stalin ja auf eine friedliche Welt um ihrer selbst willen keinen Wert. Ihm lag an einer Welt, in der seine eigenen, persönlichen Machtbestrebungen gedeihen könnten. Wenn sie im «Frieden» besser gediehen als im Krieg, dann würde er für Frieden sein. Aber der lebensgefährliche politische Kampf würde weitergehen; und wenn der Tag käme, an dem Gewaltanwendung – vor allem Gewaltanwendung der anderen gegeneinander, von der Russland sich distanzieren könnte – seinen Zwecken dienlicher wäre, dann würde keine internationale Organisation ihn davon abhalten, eine Politik der Provokation und der Brandstiftung zu betreiben.

Die Bedeutung der zu gründenden internationalen Organisation lag für Stalin darin, dass er erwarten durfte, man werde sich ihrer bei internationalen Fragen zur Erhaltung der Grossmächte-Hegemonie, einer amerikanisch-britisch-sowjetischen Hegemonie nämlich, bedienen können. Diese Vormachtstellung würde, so wie er es sich vorstellte, einer weitreichenden politischen Übereinstimmung der Drei Mächte entspringen, die ihrerseits wieder auf der britisch-amerikanischen Zustimmung zur Erweiterung der sowjetischen Einflussphäre nach Ost- und Mitteleuropa beruhen müsse; und die Weltorganisation wäre dann ein Mittel, um sich zur Erhaltung dieser Einflussphäre der britischen und amerikanischen Unterstützung zu versichern.

Unter diesen Umständen ist es nicht verwunderlich, dass Stalin Unrat witterte, als die amerikanische Regierung im Verlauf der Gespräche in Dumbarton Oaks die Meinung vertrat, dass bei einem Streitfall, in den ein ständiges Mitglied des Sicherheitsrats

verwickelt wäre, dies Mitglied nicht mit abstimmen dürfe. Er hielt es für durchaus möglich, dass das eine oder andere Land innerhalb seiner Einflussphäre versuchen könnte, den Kreml aus seiner beherrschenden Stellung zu verdrängen. Falls die Sache dann internationales Format annähme und vor die Weltorganisation käme, würde die sowjetische Regierung kein legales Hilfsmittel besitzen. Die sowjetischen Unterhändler wurden deshalb instruiert, den amerikanischen Vorschlag abzulehnen und darauf hinzuweisen, dass derartige Dinge überhaupt nicht vorzukommen brauchten, wenn die Grossmächte sich nur ihre politische Solidarität erhielten. Der Streit wurde zu einem der beiden wesentlichen Punkte, über die in Dumbarton Oaks keine Einigung zu erzielen war. In Washington gab man Alarm. Das State Department fürchtete, das ganze Projekt einer internationalen Organisation würde im eigenen Lande unter Beschuss genommen werden, falls man den Grossmächten erlaube, in eigener Sache ihre Stimme – und damit auch ihr Veto – abzugeben. Vom Präsidenten ging ein besorgtes Telegramm an Stalin ab mit der Bitte, seine Delegation zum Nachgeben zu veranlassen; aber die Antwort, die in Washington am 15. Dezember einging, war negativ. Stalin sagte, wenn er in diesem Punkt nachgebe, würde damit die in Teheran getroffene Vereinbarung, derzufolge die Nachkriegspolitik auf dem Prinzip der alliierten Einigkeit aufgebaut sein solle, null und nichtig. Überdies gebe es in der Welt eine Menge antisowjetischer Vorurteile; selbst die kleineren Staaten seien schliesslich verpflichtet, sorgfältig die Konsequenzen abzuwägen, die sich aus einer Entzweigung der Grossmächte ergeben könnten. Diese Antwort steigerte die Washingtoner Befürchtungen und gab Anlass zu vielerlei Beratungen über die Zweckmässigkeit eines erneuten Appells. Die Wellen der Aufregung schlugen bis hinein in Botschafter Harrimans Arbeitszimmer im Spaso-Haus, wo die Beamten der Botschaft das Problem ebenfalls berieten und sich die Köpfe zerbrachen, was man tun könne und solle. An Einzelheiten der Diskussion kann ich mich nicht erinnern, aber es muss wohl einen Vorschlag gegeben haben (vermutlich aus Washington), Stalins Grossmut anzurufen, ihm zu erklären, in welcher misslichen innenpolitischen Lage er die Regierung bringe, und ihn damit indirekt zu bitten, uns aus unsern internen Schwierigkeiten hinauszuhelfen.

Ich widersetzte mich dieser Idee mit aller Entschiedenheit. Es war mir immer unweise und unschicklich erschienen, wenn amerikanische Staatsmänner innenpolitischen Druck oder den Druck

der öffentlichen Meinung als Argument für ihr Verhalten gegenüber anderen Regierungen benutzten. Meiner Meinung nach war es unsere eigene Aufgabe, nicht die der anderen, solche inner-amerikanischen Zerwürfnisse zu bereinigen, und Fremde sollten in dieses innenpolitische Verfahren nicht eingeschaltet werden. Ich war entsetzt gewesen, als ich, bei früherer Gelegenheit, erzählt bekam, Roosevelt sei einmal an Stalin mit der privaten Bitte herantreten, seinen Einfluss bei der amerikanischen Kommunistischen Partei geltend zu machen, um sie davon abzuhalten, ihn, Roosevelt, bei den Präsidentenwahlen zu unterstützen, weil ihn das in Verlegenheit bringen könne. Jetzt war ich genauso entsetzt bei der Vorstellung, Stalins Hilfe anzurufen, um in der Frage der künftigen internationalen Organisation die Position unserer Regierung gegenüber der Öffentlichkeit und dem Kongress zu stärken. Ich konnte mir vorstellen, dass man die Russen warnte; ich konnte nicht guthelßen, dass man ihnen erneut als Bittsteller gegenübertrat. Also setzte ich mich am nächsten Morgen, dem 16. Dezember 1944, hin und verfasste ein Memorandum für den Botschafter, das die folgenden Absätze enthielt:

«Wir sollten uns ganz klar machen, worum es geht. Nämlich darum, dass die sowjetische Regierung nie aufgehört hat, die Grenzstaaten als ihre Interessensphäre zu betrachten. Sie erwartet von uns, dass wir jede ihrer Aktionen in diesen Gebieten unterstützen, ganz gleich, ob sie uns oder dem Rest der Welt rechtens scheinen oder nicht. Es ist auch nicht verlangt, dass wir über den Wert oder Ünwert solcher Aktionen Erkundigungen einziehen. Ich bin sicher, dass die Sowjets es dabei subjektiv ganz ehrlich meinen und dass sie selbst sich auch kein Urteil erlauben würden, wenn es zum Beispiel um amerikanische Aktionen in der Karibischen See ginge. Die amerikanische Bevölkerung hat das aus Gründen, die wir nicht näher zu untersuchen brauchen, bisher nicht gewusst. Man hat sie in dem Glauben gelassen, dass die Sowjets bereit sein würden, einer internationalen Sicherheitsorganisation beizutreten, die wirklich die Macht besäße, Aggressionen in der ganzen Welt zu verhindern. Wir sehen nun kommen, dass unserm Volk diese Illusion zerstört und es dadurch zu bitteren Äusserungen gereizt wird, die, ob sie nun ehrlich gemeint oder nur aus Gründen des innenpolitischen Vorteils vorgetäuscht wären, das überempfindliche Moskau beleidigen und sich auf unsere Beziehungen sehr

nachteilig auswirken könnten. Unsere Aufgabe ist es, die Umstellung zu erleichtern, so sehr wir nur können. Es ist für uns absolut entscheidend, in dieser Situation einen kühlen Kopf und eine würdige Haltung zu bewahren. Es gibt nur eines, das wir nicht tun dürfen: Wir dürfen vor den Russen nicht zugeben, dass ihr Benehmen bei uns zu Hause politische Rückwirkungen haben könnte und sie damit in eine Lage bringen, in der sie sich gebeten fühlen, auf unsere innenpolitischen Verhältnisse Rücksicht zu nehmen. Sowie wir das täten, würden wir ihnen das Gefühl geben, uns in der Defensive zu haben, und dann würden sie uns die Peitsche fühlen lassen. Vielleicht würden sie in der Frage des Stimmrechts im Sicherheitsrat der geplanten Organisation ein wenig nachgeben oder unserer Öffentlichkeit wenigstens die Pille durch eine entwaffnende Erklärung verzuckern. Aber sie würden einen hohen Preis dafür verlangen. Sie würden ihr Entgegenkommen vermutlich auch so verklausulieren, dass sie es jederzeit rückgängig machen könnten. Auf diese Weise würden sie dauernd die Oberhand über uns haben. Und das Entgegenkommen selbst würde nur ein scheinbares sein. Es würde an ihrer grundsätzlichen Haltung kaum etwas ändern. Statt als Bittsteller sollten wir zu den Russen gehen wie jemand, der eine freundschaftliche Warnung ausspricht, etwa auf diese Art: Wir sähen uns bedauerlicherweise gezwungen, unsere Öffentlichkeit darüber aufzuklären, dass Russland als einzige der Grossmächte nicht gewillt sei, seine Unternehmungen in Zukunft internationaler Kontrolle zu unterwerfen. Wir bedauerten das deshalb, weil es in unserer öffentlichen Meinung das Misstrauen gegen Russland verbreiten und verstärken müsse, das auszuräumen wir uns bemüht hätten. Unserm Volk würde der Glaube genommen, dass internationale Zusammenarbeit wirklich Früchte tragen könne, und es würde dann die vielen grossen Hoffnungen begraben, die es in die künftigen Beziehungen beider Völker gesetzt habe. Das würde unserer Regierung die Durchführung all der geplanten Hilfeleistungen an Russland ausserordentlich erschweren. Die Entscheidung liege allein bei den Sowjets. Wenn sie auf ihrem Standpunkt beharrten und sich das auf die amerikanische öffentliche Meinung ungünstig auswirke, müssten sie die Schuld allein bei sich selber suchen.»

Die akute Krise wurde dadurch bewältigt, dass man sich einigte, den strittigen Punkt in Dumbarton Oaks auszuklammern; später lösten dann in Jalta die Staatsoberhäupter das Problem bekannt-

lich durch die inzwischen wohlvertraute Unterteilung in Verfahrens- und politische Fragen. Trotzdem empfand ich weder über die Beilegung des Streits noch über andere Fortschritte, die man bei den Vorbereitungen der neuen internationalen Organisation machte, eine besondere Befriedigung. Die Ideen, die Mr. Hull und seine Mitarbeiter bei ihrer Tätigkeit mit so überwältigender Begeisterung erfüllten, waren mir gedanklich und gefühlsmässig fremd. Was ich über die Gespräche in Jalta und andere Zusammenkünfte in dieser Sache erfuhr, machte mich skeptisch und bitter. Meiner Meinung nach wurden dadurch die nicht ausgeräumten Missverständnisse nur vertieft, und ich gestehe, dass ich hoffte, aus der ganzen Sache würde nichts werden. Nicht, weil ich gegen internationale Freundschaft gewesen wäre, noch nicht einmal, weil ich gegen eine Weltorganisation als solche etwas einzuwenden gehabt hätte, sondern weil ich glaubte, dass angesichts der vorhandenen Missverständnisse keine wichtige Vereinbarung, die man damals mit den Russen traf, anders als tragisch enden könne.

In den Wochen vor meiner Rückkehr nach Russland im Jahre 1944 war ich mir selber nicht sicher gewesen, ob meine Zweifel wegen unserer Russlandpolitik berechtigt seien. Es schien mir, wie gesagt, als fusse diese Politik auf schrecklichen Missverständnissen – aber wusste ich das wirklich? Ich war mehrere Jahre nicht in Russland gewesen. Ich war vor allem während des Krieges nicht dort gewesen. Vielleicht hatte sich vieles von Grund auf geändert. Vielleicht waren meine Eindrücke von damals überholt. Vielleicht hatten die umwälzenden Ereignisse der Kriegszeit – der enge Zusammenschluss von Volk und Regierung und der Zusammenschluss mit fremden Verbündeten zu gemeinsamen militärischen Unternehmungen – bei der sowjetischen Führung das bewirkt, was noch kein anderes Ereignis hatte bewirken können, nämlich die Erkenntnis, wie sehr die Menschen doch allerorten von den gleichen Sorgen geplagt seien; ein Gefühl dafür, wie wenig doch die von der marxistischen Lehre konstruierten Gegensätze der Wirklichkeit entsprächen; die Einsicht, dass es so etwas wie Vertrauen und Zusammenarbeit auch zwischen Ländern, die sich kommunistisch nannten, und anderen, die das nicht taten, geben könne; eine Bereitwilligkeit zu glauben, dass die Verschiedenheiten im sozialen Gefüge die Beziehungen zwischen souveränen Staaten nicht allein bestimmten, sondern dass es noch andere Vergleichsmassstäbe gebe, die Besseres erhoffen liessen.

Es schien mir, wie gesagt, nicht *wahrscheinlich*, dass es so sein würde. Ich hatte keinerlei Beweis dafür. Aber konnte ich denn wissen, ob mein Material nach so langer Abwesenheit von Russland vollständig war? Ich hatte Kollegen, die mit Russland in Fühlung geblieben und deren Ansichten über die Zustände dort recht ermutigend waren.

Also war ich bereit, mit der Urteilsfindung zu warten, bis ich mich selbst überzeugen könnte.

Es genügten wenige Wochen des Lebens und Arbeitens in Moskau, um meine Unsicherheit zu beheben. Was ich im Sommer 1944 sah, war ausreichend, um mich davon zu überzeugen, dass nicht nur unsere Russlandpolitik, sondern auch all unsere Pläne für die Gestaltung der Nachkriegswelt und die von uns eingegangenen Verbindlichkeiten auf einer gefährlichen Fehleinschätzung der sowjetischen Führer, ihrer Absichten und ihrer politischen Situation beruhten.

Natürlich war ich nicht verpflichtet, irgendetwas zu unternehmen, um diesen Irrtum auszuräumen. Als ich mein Amt antrat, war ausgemacht, dass ich keine politische Verantwortung haben sollte; und Gott weiss, dass die während des Krieges gemachten Erfahrungen auf anderen Posten nicht dazu angetan waren, mich glauben zu machen, meine Ansichten würden dem amtlichen Washington wertvoll oder willkommen sein. Aber es war hart, eine solche Erkenntnis schweigend mit sich herumzutragen. Mein Gewissen zwang mich zu dem Versuch, meine Ansichten über den Charakter der sowjetischen Führer und über ihre politische Situation im jetzigen Endstadium des Krieges in Worte zu kleiden und diese Aufzeichnung den für die amerikanische Politik Verantwortlichen wenigstens vorzulegen. Sie würden dann selbst zu entscheiden haben, was für Folgerungen daraus zu ziehen wären, falls sie sich zufällig dafür interessierten.

Das Resultat lag im September 1944 vor – ein Essay von etwa 35 Seiten Länge mit dem Titel ‚Russland nach sieben Jahren‘. Den Text, der noch nie im vollen Wortlaut veröffentlicht worden ist, habe ich dem Anhang dieses Buches beigefügt.⁶⁷ In diese 35 Seiten strömte alles, was ich über Russland im Allgemeinen und Stalins Russland im Besonderen gelernt hatte; viel mehr als je in eine andere Aufzeichnung. Es war eine bessere Arbeit – ausgewogener, umfassender und gleichzeitig detaillierter – als der zwei Jahre später geschriebene sogenannte ‚Artikel von

⁶⁷ Ein grosser Teil der Aufzeichnung ist in ‚Foreign Relations of the United States, 1944, Europe‘, abgedruckt. (Band IV, Seiten 902-912, Washington, D. C., US Government Printing Office, 1966.)

Mr. X', der sich teilweise mit denselben Dingen befasste und sich tatsächlich stark an den Essay anlehnte.⁶⁸ Der Essay enthielt meine Deutung der Entwicklung der sowjetischen Aussenpolitik in der stalinistischen Ära, versuchte, die augenblickliche Position zu bestimmen, und gab in grossen Zügen eine Vorschau auf die Nachkriegszeit.

Ich versuchte zunächst, die Wirkung abzuschätzen, die der Krieg auf das Verhältnis von Regime und Volk gehabt hatte, ging auf die kriegsbedingten Veränderungen in der Bevölkerungsstatistik ein und auf ihre vermutlichen Folgen und befasste mich sodann mit der bevorstehenden Ausweitung der russischen Interessensphäre in Osteuropa. Die Veränderungen würden nicht gross genug sein, um die These zu stützen, dass das alte Europa «erledigt» oder «demnächst mit einer russischen Vorherrschaft auf dem ganzen Kontinent» zu rechnen sei. Aber innerhalb des Machtgefüges sei doch eine erhebliche Verschiebung zugunsten der Russen eingetreten.

«Zweihundert Millionen Menschen, die in der starken und zielstrebigen Führung Moskaus zusammengefasst sind und eins der grossen Industrieländer der Welt bewohnen, stellen eine Machtballung dar, die nach Beendigung des Krieges jede andere auf dem europäischen Kontinent weit hinter sich lassen wird; und es wäre Wahnsinn, die daraus erwachsenden Möglichkeiten im guten wie im bösen zu unterschätzen.»

Zum Thema der vermutlichen wirtschaftlichen Entwicklung Russlands in der Nachkriegszeit meinte ich, das Problem würde für das Regime nach wie vor in der Aufteilung seiner Einnahmen auf die drei hauptsächlichen Ausgabengebiete Militärhaushalt, Vermehrung der Kapitalgüter und Hebung des Lebensstandards der Bevölkerung bestehen. Hierbei würde das Ziel der «Vergrösserung von Macht und Ansehen des russischen Staates gegenüber dem Rest der Welt» den Vorrang vor allem anderen haben, und der Weg dorthin würde über steigende Investitionen, mit anderen Worten über die forcierte Weiterentwicklung der Schwerindustrie, führen. Was den Aussenhandel angehe, so würde die sowjetische Regierung nach dem Krieg weder davon abhängig noch gewillt sein, um seinetwillen irgendein anderes Projekt aufzugeben, das ihr für Russlands Sicherheit oder Weiterentwicklung notwendig oder wichtig erschiene. Kredite aus-

⁶⁸ Wie es zu dem ‚Artikel von Mr. X‘ kam und was er enthielt, ist im XV. Kapitel beschrieben.

ländischer Regierungen würde sie gerne annehmen, aber sie würde dabei unterstellen, dass die betreffende Regierung die Vergabe dieser Kredite «im wohlverstandenen Eigeninteresse und mit wachem Verstand» beschlossen habe, und würde nach Kräften zu verhindern suchen, dass derlei Hilfe von aussen etwa «ein allgemeines Gefühl der Dankbarkeit oder überschwengliche Begeisterung bei der russischen Bevölkerung auslöse». (Ich betonte diesen Punkt besonders wegen der bei den amerikanischen Liberalen weitverbreiteten Ansicht, die sowjetische Regierung würde für eine Finanzhilfe der USA nach dem Kriege dankbar sein und aus Erkenntlichkeit für genossene finanzielle Unterstützung sich auch der politischen Zusammenarbeit zugänglicher zeigen.)

Nach einem Streifzug durch das kulturelle Gebiet kam ich dann zu den politischen, vor allem den aussenpolitischen Fragen, dem Kernstück der Aufzeichnung. Ich begann mit einem Rückblick auf die Geschichte. Ich umriss den Ursprung der übersteigerten Furcht vor äusseren Einflüssen und der Sicherheitsmanie, die schon von jeher für die sowjetische Bürokratie bezeichnend gewesen waren, wies auf das allmähliche Schwinden der alten sowjetischen Hoffnung hin, die Sicherheitsprobleme dadurch zu lösen, dass man die Revolution in andere Länder trüge, und kam dann zu Stalins Reaktion auf die Machtergreifung Hitlers in Deutschland und die Entstehung der Politik der dreissiger Jahre, die sich von der Hoffnung nährte, die Westmächte mit Hitler in Streit zu verwickeln und Russland damit vor einem deutschen Angriff zu sichern, wenigstens aber die Gewalt eines derartigen Angriffs abzuschwächen, falls er sich nicht ganz vermeiden liesse. Ich untersuchte, wie Stalin reagierte, als sich gegen Ende der dreissiger Jahre immer deutlicher zeigte, dass die Westmächte den Köder nicht schlucken und die deutsche Expansion im Osten nicht verhindern würden; und ich zeigte, wie er sich dadurch schon damals zu einer Politik der territorialen und politischen Expansion nach zaristischem Muster bewogen fühlte, um Russland zu seinem Schutze im Westen ein breiteres Vorfeld zu verschaffen. Das hiess meiner Ansicht nach

«Wiederaufrichtung der russischen Macht in Finnland und im Baltikum, in Ostpolen, in der nördlichen Bukowina und in Bessarabien. Es bedeutete ein Protektorat über Westpolen und einen Zugang zur See für das russische Reich irgendwo in Ost-

preussen. Es hiess Kampf um den dominierenden politischen Einfluss bei allen Slawen Mitteleuropas und des Balkans . . . und schliesslich auch die russische Kontrolle der Dardanellen durch eben dort zu errichtende Stützpunkte.»

Das, behauptete ich, sei das Programm, das den Nichtangriffspakt mit Hitler inspiriert habe. Die sowjetischen Erwartungen und Pläne für die Zeit nach dem Kriege bauten auch jetzt noch darauf auf. Wenn es sich durch «Kollaboration» mit den Westmächten verwirklichen lasse, werde man kollaborieren; wenn nicht, werde man andere Wege finden. Die militärische Entwicklung gebe allen Anlass zu der Vermutung, dass der Kreml bei Beendigung der Kampfhandlungen in der Lage sein würde, den grössten Teil seiner Ziele zu verwirklichen, ob es dem Westen nun passe oder nicht. Schliesslich würden sowjetische Truppen bei Kriegsende ja die betreffenden Gebiete sämtlich besetzt halten. Unter den Umständen riskiere Stalin wenig, wenn er lebenswürdig über «Kollaboration» plaudere.

«Wie hätte Kollaboration auch ein Land gefährden können, das die greifbaren Garantien seiner Sicherheit bereits in Händen hielt? Im Gegenteil könnte man durch Mitarbeit an Massnahmen für die Weltsicherheit bei geschickter Handhabung sogar eine Art von Rückversicherung für die russischen Interessen erreichen, ganz abgesehen davon, dass Russland schon aus Prestigerücksichten einem Rat der Weltmächte nicht fernbleiben durfte.»

Unter diesen Vorzeichen schien es mir müssig, darüber zu grübeln, ob die sowjetische Führung nun vorhätte, die von ihren Truppen überrannten Länder zu «kommunisieren» – sie kommunistisch zu machen. Ihr Interesse galt der Macht; welche Erscheinungsform diese Macht annehmen solle, war erst in zweiter Linie wichtig; man würde das jeweils nach der Zweckdienlichkeit entscheiden.

«Für die kleineren Länder Ost- und Mitteleuropas geht es nicht um Kommunismus oder Kapitalismus. Es geht darum, ob sie ein unabhängiges nationales Leben bewahren können oder sich unter die Herrschaft einer Macht ducken müssen, die sich noch nie durch Kompromissfreudigkeit gegenüber Rivalen ausgezeichnet hat. ... Es geht nicht um Grenzen oder um Ver-

fassungen oder um formale Unabhängigkeit. Es geht um reale Machtverhältnisse, wenn das auch meist sehr sorgfältig maskiert oder versteckt wird.»

Ich untersuchte sodann die Persönlichkeiten Stalins und der Männer seiner Umgebung. Keiner der wichtigeren Ratgeber Stalins hatte, wie ich nachwies, eine persönliche Beziehung zur Politik der Kollaboration mit den Westmächten. Es war keiner darunter, der nicht schon in den dreissiger Jahren und beim Abschluss des Nichtangriffspakts mit Deutschland in führender Stellung gewesen wäre. Jeder von ihnen war schon an politischen Bestrebungen beteiligt gewesen, die eine deutliche Feindseligkeit gegenüber Grossbritannien und den Vereinigten Staaten hatten erkennen lassen. Es war nicht leicht, sich einzureden, dass sie ihre Ansichten wirklich geändert hatten. Es waren Leute, die nur wenig von der Welt ausserhalb Russlands kannten. «Die unendliche Vielfalt des politischen und ökonomischen internationalen Lebens ist ihnen verschlossen und hat nur insoweit Bedeutung für sie, als sie Probleme der russischen Sicherheit oder der russischen Innenpolitik berührt.» Was für merkwürdige Bilder und Gedanken mochten in den Köpfen dieser Männer entstehen, wenn sie vom Leben jenseits der russischen Grenzen reden hörten, und was mochten sie daraus folgern? Es müsste wundernehmen, wenn sie nicht bis zu einem gewissen Grade Opfer ihrer eigenen Propaganda würden.

Die Beziehungen der Westmächte zu Russland schienen mir daher sehr gefährdet. Bei den extremen Geheimhaltungsmassnahmen, die das Zustandekommen jedweder Entscheidung im Kreml umgaben, konnten westliche Staatsmänner niemals sicher sein, dass nicht «ohne ihr Wissen ihnen unbekannte Personen aus völlig ungeklärter Ursache mit irreführenden Informationen oder unvorteilhaften Berichten zu Stalin gehen – mit Informationen, die sie nicht richtigstellen, und Berichten, die sie nicht widerlegen können». Und es war ziemlich ungewiss, ob man sich selbst auf die freundschaftlichsten Beziehungen würde verlassen können. Die «Chinesische Mauer des Geistes»⁶⁹, durch die der Kreml sich und seine Leute von der Aussenwelt abschloss, müsste erst durchbrochen werden, bevor gutwillige Ausländer sicher sein könnten, dass ihre Bemühungen um bessere Bezie-

⁶⁹ Das war ein Wortspiel. Das dem Kreml unmittelbar benachbarte Gebiet von Moskau war ursprünglich von dem Rest der Stadt durch eine Mauer getrennt gewesen, die die «Chinesische Mauer» genannt wurde.

hungen zu Russland nicht anstatt zu den gewünschten Resultaten zu einer Tragödie führten.

Ich vervollständigte meine Abhandlung mit einer Betrachtung über die Schwierigkeiten, auf die ein Amerikaner bei dem Versuch stossen würde, das Wesen russischen Lebens und russischen Denkens zu verstehen, und ich schloss mit folgenden melancholischen und zugleich für mich selbst höchst prophetischen Sätzen:

«Räumliche Entfernung, Eigennutz und gesunder Menschenverstand werden es uns zum Glück wohl auch in Zukunft ermöglichen, die unsichere und mühevoll, aber immerhin friedliche Koexistenz weiterzuführen, in der wir bisher mit den Russen gelebt haben. Doch das wird nicht etwa einem Verständnis der Dinge unsererseits zuzuschreiben sein, Kräfte jenseits unseres Begriffsvermögens werden unsere Schritte lenken und unser Verhältnis zu Russland gestalten. Man wird viel darüber reden, wie nötig es sei, ‚Russland zu verstehen‘; aber für einen Amerikaner, der gewillt wäre, sich dieser verwirrenden Aufgabe zu widmen, würde kein Platz sein. Das Hineinversetzen in die russische Welt und ihre Wertmassstäbe ist der amerikanischen Mentalität zu beunruhigend und deshalb zuwider. Wer sich damit abgeben wollte, könnte nicht auf die Befriedigung rechnen, für sein Volk etwas Brauchbares geleistet zu haben, und noch weniger darauf, amtliche oder öffentliche Anerkennung zu finden. Er kann nichts Besseres erwarten als das einsame Vergnügen dessen, der endlich einen kalten und ungemütlichen Berggipfel erklommen hat, auf dem wenige vor ihm gestanden haben, auf den ihm wenige folgen können und von dem wenige glauben werden, dass er oben gewesen sei.»

Soviel über den Essay ‚Russland nach sieben Jahren‘. Es wäre ungehörig gewesen, wenn ich die Arbeit mit ihren weitreichenden Folgerungen für die amerikanische Aussenpolitik an irgend jemanden in Washington direkt übermittelt hätte. Vorrecht und Verantwortung des Botschafters war es, zu entscheiden, ob sie überhaupt nach Washington gehen sollte. Also übergab ich sie ihm. Nach ein paar Tagen gab er sie mir kommentarlos zurück. Ob er sie ganz gelesen hatte oder nur teilweise oder gar nicht, weiss ich bis heute nicht. Aber nach Washington geschickt hatte er sie offenbar, denn ein Auszug daraus wurde vor Kurzem in einem der Bände diplomatischer Korrespondenz abgedruckt,

die das State Department herausgibt. Ich möchte bezweifeln, dass er selbst sich heute noch an die Episode erinnert. Damals war ich erstaunt und mässig enttäuscht, dass er so gar nicht reagierte. Dass er sich zu dem politischen Inhalt nicht äussern wollte, konnte ich verstehen. Aber ich fand, er hätte wenigstens sagen können, die Arbeit sei stilistisch in Ordnung, falls er das meinte. Ich selber merkte zwar, dass ich technisch und stilistisch Fortschritte in der sonderbaren Kunst des Ohne-Echo-Schreibens machte. Aber eine Bestätigung wäre mir lieb gewesen.

Es scheint angebracht, hier den ungewöhnlichen Mann zu beschreiben, der in Moskau mein Chef war: Averell Harriman. Ich war, wie schon erwähnt, seine «Nummer zwei» für die Zivilangelegenheiten der Botschaft. Ich arbeitete rund zwei Jahre lang eng mit ihm zusammen. Von der beruflichen, vielleicht sogar von der persönlichen Seite her hatte wohl kaum jemand sonst Gelegenheit, ihn so genau kennenzulernen. Die Umstände waren dem reibungslosen Miteinander keineswegs nur förderlich. Er verspürte damals wohl geringe Zuneigung und geringes Zutrauen zum Auswärtigen Dienst und ging darin mit dem Präsidenten und mit Harry Hopkins einig. Man merkte sofort, dass die militärische Abteilung der Botschaft für ihn mit seinen Kriegsaufgaben und Kriegssorgen wichtiger war als die zivile; und er neigte dazu, wenigstens im Anfang, sich Rat und Gesellschaft bei den Militärs zu holen. Man konnte ihm das auch kaum Übelnehmen. In der Person des Generals John Deane hatte er einen ganz erstklassigen militärischen Berater, einen bescheidenen, durch und durch ehrlichen, gerecht denkenden und klarsichtigen Mann. Und die militärische Zusammenarbeit mit den Russen stand ja auch immer noch an erster Stelle der Liste unsrer offiziellen Aufgaben.

Aber auch davon abgesehen liessen die Feinheiten unseres diplomatischen Trainings ihn völlig kalt. Ich bin überzeugt, dass er sie wie viele andere Leute auch für affektiert und für in Kriegzeiten höchst unangebracht hielt. Die gesellschaftlich-repräsentative Seite der diplomatischen Tätigkeit interessierte ihn nicht – weder seine noch unsre. Für Eleganz hatte er jene seltsame Verachtung, die sich im Allgemeinen nur die Reichen leisten können, und soweit Stil ihm überhaupt etwas bedeutete, bezog er ihn eher auf Reitkunst oder Malerei als auf Wortwahl oder Lebensgewohnheiten. Einzigartig war die Unbeirrbarkeit, mit der er seine Ziele verfolgte; es war seine Art, immer nur eine Sache

auf einmal zu betreiben. Während unserer gemeinsamen Moskauer Zeit war sein Ziel verständlicher- und lobenswerterweise das Gedeihen der amerikanischen Kriegspläne und der amerikanischen Diplomatie, so wie Präsident Roosevelt sie sah und verstand. Um zu seiner Verwirklichung beizutragen, entwickelte er eine Hingabe, eine Zähigkeit, eine nie erlahmende Energie und Achtsamkeit, die mir derart ausgeprägt nie wieder begegnet sind. Nichts existierte für ihn ausser seiner Arbeit. Privatleben gab es nicht. Sein hagerer und manchmal protestierender Leib war für ihn ein unwillkommenes Anhängsel; ich hatte den Eindruck, dass er nur mit ärgerlicher Ungeduld von den gelegentlichen Ansprüchen des Körpers auf Nachsicht Notiz nahm, ihn bei der Erfüllung seiner täglichen Pflichten widerwillig mitschleppte und ihm die Hilfeleistungen abtrotzte, wenn es sein musste. Wie mein früherer Chef Kirk in Berlin arbeitete er täglich 18 bis 20 Stunden. Keine Einzelheit war zu gering für seine Beachtung. Er wollte alles über alles wissen. Es gab Zeiten, da meldete er sich, nachdem wir in den frühen Morgenstunden die Arbeit, angeblich dem meuernden Bruder Leib zuliebe, unterbrochen hatten, schon wieder am Telefon, fast ehe ich überhaupt eingeschlafen war, und verlangte zu wissen, wie weit die Durchführung der in der Nacht getroffenen Entscheidungen gediehen sei.

Von mir, seinem ranghöchsten Untergebenen, verlangte er eine genauso umfassende Kenntnis aller Einzelheiten unseres Arbeitsgebiets, wie er selbst sie besass. Der normale gemächliche Trott einer Auslandsvertretung und die Koordinierung der Büroarbeit mit anderen zur diplomatischen Existenz gehörenden Anforderungen gesellschaftlicher oder persönlicher Art waren nichts für ihn. Von jeder einmal gegebenen Anordnung – ganz gleich, wie nebensächlich sie der Sache nach sein mochte – erwartete er (nicht unbilligerweise, wie ich aus der zeitlichen Distanz erkenne), dass sie unverzüglich ausgeführt würde.

Was sonst noch auf der Warteliste stand, was man sonst noch geplant hatte, war unerheblich. Ich denke oft, welche Plage doch jemand wie ich für ihn gewesen sein muss, der ich den Kopf ständig in den Wolken philosophischer Betrachtungen hatte, lauter Dinge betrieb, die für meine Arbeit unwichtig waren, gerne Zuständigkeiten delegierte und mich nicht mehr um sie kümmerte, solange alles glatt lief, und ihn mit Bündeln schöngeistiger Ergüsse bombardierte, sämtlich über Themen, die, wie er sicher meinte, den Präsidenten angingen und nicht mich – und das

alles, obwohl eine Menge Sofortsachen warteten. Kein Wunder, dass er oft herrisch war. Er brüllte einen nicht nieder, denn er brüllte nie. Aber er konnte unerbetene Vorschläge auf recht schroffe Weise abtun. Hundertmal bin ich aus seinem Zimmer gekommen und habe mich vergebens gefragt: Warum mag ich diesen Mann?

Die Gegensätzlichkeit unserer Temperamente machte die Dinge noch schwieriger. Da, wo ich beobachtete, fühlte er sich gedrängt, einzugreifen. Für die normale Auslandsberichterstattung der Diplomaten hatte er nicht viel übrig. Gewohnt, Dinge im grossen Stil zu tun, und mit einem ausgeprägten Sinn für persönliche Macht begabt, genoss er die Nähe der Grossen dieser Welt und verhandelte nur mit den Leuten ganz oben. Zweifellos glaubte er, in einem einzigen Interview mit Stalin mehr Wissenswertes erfahren zu können als wir andern aus monatelangem mühseligem Studium sowjetischer Publikationen – und in einem Land, in dem die Macht so sehr auf die Person zugeschnitten war wie damals in der Sowjetunion, hatte er wohl nicht unrecht damit. Er konzentrierte sich auf das, was in der Tat die vornehmste Tätigkeit des Diplomaten ist: hellhöriger, gescheiter und präziser Mittler zu sein zwischen der eigenen Regierung und der des Gastlands, und er entledigte sich dieser Aufgabe auf ganz hervorragende Weise. Kein Diplomat hat sich je an seine Instruktionen mit so peinlicher Genauigkeit gehalten. Keiner hat je die Ergebnisse von Interviews und Gesprächen so sorgfältig registriert und so vollständig und gewissenhaft über sie berichtet. Keiner – zu seinem Ruhme sei es gesagt – ist weniger versucht gewesen, seine Berichte zu verzerren, sei es auch noch so unmerklich, um die eigene Person und das eigene Auftreten in vorteilhaftem Licht zu präsentieren. Nichts hätte ihm ferner liegen können. Seine Integrität bei der Erfüllung seiner Pflichten war monumental und durch nichts zu erschüttern.

Es ist charakteristisch, dass meine Betrachtung über Averell Harriman, soweit sie Kritik enthält, sich immer nur auf Details bezieht, die Anerkennung dagegen nicht, denn die gebührt seinen Tugenden, und seine Tugenden hatten etwas Grossartiges. Auf dem Moskauer Schauplatz war er eine überragende Figur, eine trotz unaufdringlichen Auftretens dominierende Erscheinung, frei von kleinlicher Eitelkeit, ernsthaft ohne Pathos, herrisch nur dann, wenn Dinge oder Leute ihn an der Erfüllung seiner Pflichten hinderten. Die Vereinigten Staaten haben nie einen treueren Diener gehabt. Er bemühte sich niemals um un-

sere Zuneigung und liess auch nicht erkennen, dass er sie erwidert hätte; aber seltsamerweise waren wir ihm trotzdem zugetan, wenigstens diejenigen, die ständig in seiner Umgebung waren. Auf jeden Fall zollten wir ihm wie jeder, der ihn kannte, Anerkennung und Respekt. Ich fragte einmal eine russische Freundin, was die Russen von ihm hielten. «Sie sehen ihn an», sagte sie, «und sie denken: ,*Wot Muscbina* – das ist ein Mann.» Das war es wohl, was wir alle fanden.

Ich jedenfalls kann nichts anderes tun, als ihm meine Dankbarkeit bezeugen – für seine Geduld mit mir, für das, was er mich lehrte, für das Beispiel, das er gab. Dass er die besorgten politischen Warnrufe, mit denen ich ihn in den Monaten nach meinem Dienstantritt plagte, mit Schweigen quittierte, hatte seinen guten Grund. Es war nicht seine Sache, nicht Sache des persönlichen Beauftragten des Präsidenten in einem anderen Land, noch dazu im Kriege, mit einem Untergebenen Ansichten zu diskutieren, die die Gedanken und die Politik dieses Präsidenten so stark in Zweifel zogen. Dass die Zeichen, die mich besorgt machten, von ihm selbst ebenfalls nicht unbemerkt geblieben waren, zeigte sich schon bald in seinen Amtshandlungen. Und das war sicher eine bessere Art, etwaiger Übereinstimmung mit meinen Überlegungen und Argumenten Ausdruck zu verleihen, als wenn er mich sozusagen mit Worten gestreichelt hätte.

Herbst und Winter 1944/45 vergingen, und die Aktionen der russischen Streitkräfte näherten sich rapide dem siegreichen Ende. Unsre Fenster öffneten sich auf den Roten Platz. Alle paar Abende dröhnten dort die Kanonen und barsten die Feuerwerkskörper zur Feier eines Sieges irgendwo an der unendlich langen Front, und die blitzenden Lichter spiegelten sich gespenstisch in den überdimensionalen goldenen Sternen, die jetzt statt der zaristischen Doppeladler auf den Wachtürmen der Kremlmauer stehen.

Das Näherrücken des Sieges brachte für uns in der Botschaft neue Probleme. Nacheinander wurden in dieser Zeit in Moskau mit Finnen, Rumänen und Bulgaren Waffenstillstandsabkommen geschlossen. Ich war an ihnen allen in bescheidenem Masse beteiligt. Ich erregte mich und wütete und plagte Averell, weil die Russen bei ihrer Besitzergreifung von den amerikanischen Ölfeldern in Rumänien sich ungeniert daranmachten, das bewegliche amerikanische Eigentum, um dessen Schutz sie ausdrücklich gebeten worden waren, für ihre eigenen Zwecke in den

Kaukasus zu verfrachten. Ähnlich unglücklich liess sich das Wirken der Dreimächte-Kontrollkommissionen an, die in den von der Roten Armee überrannten Feindländern auf dem Balkan als provisorische Regierungen eingesetzt waren. Die sowjetischen Kommandeure, die auf Grund von Regierungsvereinbarungen *ex officio* den Vorsitz in den Kommissionen führten, begannen unverzüglich, ihre britischen und amerikanischen Kollegen auszuschalten. Sie hielten Informationen zurück und kümmerten sich weder um die Ansichten der Kollegen noch um die Wünsche ihrer Regierungen, während gleichzeitig das NKWD und seine örtlichen Agenten, über die die sowjetischen Kommandeure keine Macht hatten oder haben wollten, die Vertreter der Westmächte von der Bevölkerung in einer Weise isolierten, als wären sie nicht Verbündete, sondern gefährliche Feinde (was sie in sowjetischer Sicht in der Tat waren).

Das Benehmen der sowjetischen Kommandeure in den Kommissionen war insofern gerechtfertigt, als die westlichen Verbündeten es in der Alliierten Kontrollkommission für Italien mit umgekehrtem Vorzeichen genauso gemacht hatten. Aber ich konnte nicht einsehen, weshalb uns das verpflichtete, uns weiter in den Kommissionen vertreten zu lassen; mir persönlich schien es gar nicht wünschenswert. Wie ich in einem Memorandum vom 5. Dezember 1944 über die Pläne für das Waffenstillstandsabkommen mit Ungarn betonte, würde uns damit nur «die moralische Verantwortung für eine Übergangsregierung aufgebürdet, auf deren Tätigkeit wir keinen Einfluss hätten». Die Regierung der Vereinigten Staaten zeigte sich jedoch unbeeindruckt von diesem Argument. Unseren militärischen Vertretern bei den Balkankommissionen blieb nichts übrig, als sich weiter mehr schlecht als recht über die Runden zu bringen und dabei der einheimischen Bevölkerung ihre Hilflosigkeit täglich vor Augen zu führen, während die Vereinigten Staaten dieser Bevölkerung gegenüber einen Teil der Verantwortung für die hochpolitischen und nur dem Kreml dienlichen Massnahmen trugen, die die Kommissionsvorsitzenden und andere sowjetische Beamte ausgearbeitet hatten.

Im Februar und März erreichte uns der Widerhall von Jalta, und es begannen die endlosen, unergiebigsten Dispute mit Molotow, bei denen es um die Frage ging, wen man zu den Vorbesprechungen über die Bildung einer neuen polnischen Regierung zuziehen solle und wen nicht. Im April gab es Anzeichen für starke und sich verstärkende Besorgnis auf Seiten des Präsi-

dentem wegen des sowjetischen Verhaltens, und dann, gleich nach den ersten wirklich unerfreulichen Zusammenstößen zwischen den beiden Regierungschefs, kam die niederschmetternde Nachricht vom plötzlichen Tode Roosevelts. Danach entwickelten die Dinge sich in raschem und für uns hektischem Tempo bis hin zu dem endgültigen Zusammenbruch des deutschen Widerstandes Anfang Mai.

Mitte April 1945 besuchte uns für die Dauer einer kurzen Zwischenlandung unser damaliger Botschafter in China, Generalmajor Patrick G. Hurley. Er hatte in Washington mit dem Präsidenten und dem State Department Besprechungen geführt und war auf dem Rückweg zu seinem Dienstort Chungking.

Botschafter Hurley war schon einmal, bei seiner ersten Reise nach China im September 1944, in Moskau gewesen. Damals hatte ihn Mr. Donald Nelson, der Vorsitzende der Rüstungskommission, begleitet. Die beiden Männer hatten mit Molotow gesprochen, und General Hurley hatte nach seiner eigenen Aussage aus dem Gespräch einen bemerkenswert ermutigenden Eindruck von den sowjetischen Absichten gegenüber China gewonnen. Später, im Februar 1945, hatte er Molotows Ansichten, so wie sie sich aus der Unterhaltung ergeben hatten, wie folgt zusammengefasst:

1. Die sogenannten chinesischen Kommunisten sind in Wahrheit überhaupt keine Kommunisten.
2. Die sowjetische Regierung gewährt den chinesischen Kommunisten keine Unterstützung.
5. Die Sowjets wollen in China weder Parteienzwist noch einen Bürgerkrieg.
4. Die Sowjets beschwerten sich über schlechte Behandlung sowjetischer Bürger durch die Chinesen, aber erstreben ganz offen engere und harmonischere Beziehungen.⁷⁰

Jetzt, im April 1945, las man es anders. Die Konferenz von Jalta war schon vorbei. Wir hatten es übernommen, die chinesischen Nationalisten mit den Gebietsansprüchen und den anderen in Jalta erhobenen Forderungen der Sowjetunion zu versöhnen. Die Russen ihrerseits hatten sich zum Abschluss eines Freundschafts- und Beistandspakts mit Nationalchina bereiterklärt. Es war nun Zeit für direkte chinesisch-sowjetische Gespräche. Die Chinesen jedoch waren verständlicherweise verwirrt und

⁷⁰ ,United States Relations with Chinas Department of State Publication 3573, S. 93. Washington, D. C., US Government Printing Office, 1949.

skeptisch wegen der früheren optimistischen Berichte General Hurleys über die sowjetischen Absichten. Sie wollten Näheres wissen, bevor sie ihren eigenen Abgesandten nach Moskau schickten. Und vermutlich war das der Grund für General Hurleys zweiten Besuch.

General Hurley wollte mit Stalin sprechen und traf auch am 15. April mit ihm zusammen. Botschafter Harriman war bei diesem Gespräch anwesend, aber er reiste unmittelbar danach nach Washington ab, wohin er zur Beratung gerufen worden war. Den telegrafischen Bericht schrieb daher General Hurley nach der Abreise des Botschafters und kurz bevor er selbst nach Chungking aufbrach. Dieser Bericht wurde uns zur Weiterleitung in die Botschaft gegeben, und ich konnte nicht umhin, ihn zu lesen, weil ich ihn gegenzeichnen musste. Als ich ihn zu Gesicht bekam, war der General bereits abgereist. Der Inhalt beunruhigte mich sehr, denn er passte so ganz und gar nicht zu den Informationen, die wir in der Botschaft über die Haltung der Sowjets gegenüber China hatten. Er war wieder viel optimistischer, als die Situation das unserer Meinung nach zulies. Ich studierte den Bericht gemeinsam mit Mr. John Paton Davies, demjenigen unserer Botschaftssekretäre, der sich am besten in chinesischen Dingen auskannte, und wir waren beide der Meinung, dass wir einen ganz falschen Eindruck erwecken würden, wenn wir ihn, so wie er war, Weitergaben. Wir glaubten auch nicht, dass er sich mit Botschafter Harrimans Ansichten deckte, und wir meinten, es nicht verantworten zu können, einen seinen eigenen Auffassungen entgegengesetzten Bericht ohne Kommentar weiterzuleiten. Folglich taten wir uns zusammen und setzten eine persönliche Botschaft von mir an Mr. Harriman auf, die General Hurleys rosige Schilderung in etwa korrigieren sollte:

«Ich beziehe mich ausdrücklich auf die Stalin zugeschriebenen Äusserungen, nach denen 1. unsere Chinapolitik, so wie Botschafter Hurley sie skizziert hat, Stalins uneingeschränkten Beifall findet, 2. diese Politik von der sowjetischen Regierung gefördert werden wird und dass Stalin 3. eine baldige Demarche unsererseits mit dem Ziel der Einigung der chinesischen Streitkräfte bei Anerkennung der nationalchinesischen Regierung und ihres Führers Tschiangkaischek voll unterstützen wird . . .

General Hurleys Bericht über das, was er Stalin gesagt habe, enthielt natürlich nichts, was Stalin nicht aus ehrlicher Überzeugung hätte gutheissen können – wobei man sich darüber klar

sein muss, dass Worte für die Russen einen anderen Sinn haben als für uns. Selbstverständlich ist Stalin mit der Einigung der chinesischen Streitkräfte einverstanden. Er weiss ja, dass die Einigung in Wirklichkeit nur unter Bedingungen vollzogen werden kann, die für die chinesische Kommunistische Partei annehmbar sind.

Meiner Meinung nach wird die sowjetische Politik gegenüber China genauso bleiben, wie sie in der jüngsten Vergangenheit gewesen ist: eine nicht festgelegte, geschmeidige Politik mit dem Ziel maximalen Einflusses bei minimaler Verantwortung für die Gebiete des asiatischen Kontinents jenseits der russischen Grenzen. Wieviel Druck man dabei in den verschiedenen Ländern ausübt, wird in direktem Verhältnis zu ihrer strategischen Bedeutung und ihrer Nähe zur sowjetischen Grenze stehen. Ich bin überzeugt, dass Moskau im Rahmen dieser Politik im einzelnen folgende Ziele anstrebt: 1. *de facto* wenn nicht *de jure* alle Gebiete und Vorrechte zurückzugewinnen, die das Russland der Zaren auf dem asiatischen Festland einst besass; 2. diejenigen zentralasiatisch-chinesischen Provinzen zu beherrschen, die an die sowjetischen Grenzen stossen; dieses Ziel ergibt sich schon aus der strategischen Notwendigkeit, den Schutzstreifen um das industrielle Kernstück der UdSSR zu verbreitern; 3. in allen derzeit von den Japanern beherrschten nordchinesischen Bezirken die eigene Kontrolle soweit zu verstärken, dass keine fremde Macht den japanischen Einfall wiederholen kann. In russischer Sicht heisst das, alle fremden Mächte einschliesslich Amerikas und Englands so vollständig wie nur möglich von diesen Gebieten fernzuhalten . . .

Es wäre tragisch, wenn unser verständliches Bemühen um sowjetische Unterstützung im Verein mit Stalins vorsichtiger Leutseligkeit und seiner Benutzung von Formulierungen, die jedem alles bedeuten, uns dazu verleitete, allzu sehr auf die Hilfe der Sowjets oder auch ihre Duldsamkeit zu bauen, wo es um unsere eigenen langfristigen Ziele in China geht.»⁷¹

Botschafter Harriman war im Grossen und Ganzen, wie aus dem Weissbuch über China ersichtlich, mit dieser Beurteilung einverstanden.

Ich erwähne die Sache, weil sie ein anschauliches Beispiel für das ironische Element abgibt, das in der Geschichte der Diplomatie so häufig anzutreffen ist. Davies mit seinem brillanten und phantasievollen Verstand und seiner langjährigen Kenntnis

⁷¹ Ebendort, S. 96-97.

Chinas war zu jener Zeit ein Eckpfeiler unsrer Moskauer Botschaft. Meine Einsichten in das Wesen der sowjetischen China-politik verdanke ich grösstenteils ihm. Er war ein Mann mit einem gleichzeitig umfassenden, subtilen und kritischen politischen Verständnis, ohne ein Gran von Sympathie für den Kommunismus, und an Loyalität unserer Regierung gegenüber stand er niemand nach. Wenn man darüber nachdenkt, dass derselbe Mann, der sich hier mühte, General Hurleys Ideen von den Zielen der Sowjets mit einem Schuss Nüchternheit und Realismus zu versehen, schon kurz danach Jahre dauernden Verfolgungen und Demütigungen durch parlamentarische Untersuchungskomitees und Loyalitätsausschüsse der Regierung ausgesetzt wurde, und das weitgehend auf Grund von Beschuldigungen desselben Generals Hurley, er müsse entweder sehr leichtgläubig oder aber ein Kommunistenfreund sein – wenn man darüber nachdenkt, denn spürt man das Alptraumhafte der Scheinwelt, in die das amtliche Washington und grosse Teile unserer öffentlichen Meinung sich hineinsteigern können, wenn statt der Vernunft Leidenschaft, Ärger und Furcht unser nationales Leben beherrschen.

Dass das Ende des Krieges in Europa mich in besondere Hochstimmung versetzt hätte, ist mir nicht erinnerlich. Genau wie alle andern war ich froh darüber, dass das Blutvergiessen und die Zerstörungen aufhörten. Dass es notwendig sei, den deutschen Nazismus restlos zu vernichten, hatte ich nie bezweifelt. Aber die Umstände, unter denen der Krieg zu Ende ging, waren wenig tröstlich. Wie bereits gesagt, war mir völlig klar, dass eine Dreimächte-Zusammenarbeit bei der Regierung Deutschlands nicht funktionieren würde. Aber wir Amerikaner bauten unsere Pläne nach wie vor auf solchen Träumen auf. Realistische Pläne hatten wir nicht, und auch mit den Briten hatten wir uns nicht hinlänglich über eine konstruktive Neuordnung in den Westzonen verständigt, die, wie mir schien, das einzige Mittel war, den politischen Druck aufzufangen, dessen man von Seiten der deutschen Kommunisten, mit Unterstützung der Sowjets, gewärtig sein musste. Mittlerweile erreichte uns eine deprimierende Vielzahl von Berichten über die wilden Roheiten und Scheusslichkeiten, die ein Teil der sowjetischen Truppen – wohl nicht so sehr die Kampftruppen selbst, sondern mehr die nachrückenden Verbände – beim Einzug in Deutschland und in die von den Deutschen befreiten Gebiete verübten. Manchmal

waren es anständige Angehörige der sowjetischen Streitkräfte selbst, die davon erzählten und sich von dem Benehmen ihrer Kameraden angewidert zeigten. War das, fragte ich mich, die Sorte Sieg, die wir erträumt hatten? Machte nicht der hohe Preis einen grossen Teil des Sieges fragwürdig?

Erst am 9. Mai, einen Tag nach Beendigung der Kämpfe im Westen, gaben die bis dahin trotz der Kapitulation der Deutschen vor Briten und Amerikanern immer noch misstrauischen Russen zu, dass auch im Osten der Widerstand aufgehört habe und der Krieg in Europa damit beendet sei, und teilten das ihrem Volke mit. Die Nachricht verbreitete sich in Moskau in den ersten Morgenstunden des Zehnten; und bei Tagesanbruch war die Stadt von einer Feiertagsstimmung gepackt, deren überschäumende Begeisterung alle üblichen Gebote der Disziplin hinwegschwemmte.

Natürlich zeigten wir die amerikanische Flagge von unserm kombinierten Kanzlei- und Wohngebäude im Zentrum der Stadt, und vom Hotel National, das Wand an Wand mit unserm Haus stand, wehten die Fahnen derjenigen Verbündeten, deren unglückselige Vertreter in Moskau keine eigene Bleibe hatten finden können und die deshalb ihre amtlichen Geschäfte immer noch vom Hotelzimmer aus besorgten, so wie wir es 1934 mehrere Monate lang getan hatten.

Gegen 10 Uhr morgens marschierten Gruppen junger Leute, vielleicht Studenten, singend und fahnenschwenkend die Strasse entlang, erblickten die Flaggen der Alliierten am Hotel National und brachen in herzliche Hochrufe aus. Als sie dann hinter dem Hotel das Sternenbanner entdeckten, malte sich in den Gesichtern und Gesten der meisten von ihnen Überraschung und Entzücken; sie stoppten den Vorbeimarsch, stellten sich vor dem Botschaftsgebäude auf und demonstrierten in einem wahren Taumel der Begeisterung ihre freundschaftlichen Gefühle. Der Platz vor dem Gebäude war geräumig – er hätte zweihunderttausend Menschen gefasst – und bald hatten sich unsern ursprünglichen Gönnern Tausende von anderen zugesellt, die in die Hurras einstimmten und winkten und keine Lust hatten, weiterzuziehen. Uns selbst bewegte und freute dies Zeichen der Volksstimmung, nur wussten wir nicht recht, wie wir darauf reagieren sollten. Wenn einer von uns sich auf der Strasse zeigte, wurde er sofort ergriffen, begeistert in die Luft geworfen und von Hand zu Hand über den Köpfen der Menge weitergereicht, bis er sich irgendwo am äusseren Rand des wonnetrunkenen

Durcheinanders verlor. Kaum einer von uns war erpicht auf ein Erlebnis dieser Art, und so versammelten wir uns auf den Balkonen und winkten, was die Arme hergaben. Als Geste der Erwidernung schickte ich einen von uns übers Dach zum Hotel National und besorgte von dort eine sowjetische Fahne, die wir neben die unsere hängten. Das veranlasste die Menge erneut zu Jubelrufen. Aber auch das schien nicht genug. Als Geschäftsträger – der Botschafter war ausser Landes – fühlte ich mich verpflichtet, mit ein paar Worten unsere Dankbarkeit zu zeigen. Die Balkone waren zu hoch, als dass man mich von dort verstanden hätte; also stieg ich hinunter ins Hochparterre und kletterte auf den Sockel einer der grossen Säulen, die die Fassade des Gebäudes schmückten. Ein paar andere kamen noch mit, darunter (aus irgendeinem in dem fröhlichen Durcheinander dieses Tages untergegangenen Grund) ein Sergeant unserer Militärmission in Uniform, der, wie ich glaube, in Wirklichkeit Pastor war. Unser Erscheinen löste eine neue Woge der Begeisterung aus. Die Polizei, die die Leute bis dahin von den Mauern des Gebäudes ferngehalten hatte, und ein Partei-Agitator, der offensichtlich ausgeschiedt worden war, um sich zum Sprecher der Leute zu machen und sie zum Weitergehen zu bewegen, wurden jetzt gutmütig beiseite gedrängt, und die Menge schob sich über das kleine Geländer am Bürgersteig in den grasbewachsenen Vorgarten und umdrängte den Sockel. Ich brüllte auf Russisch: «Wir gratulieren zum Tag des Sieges. Ruhm und Ehre unsern sowjetischen Verbündeten!» – was mir das Äusserste dessen schien, was ich sagen konnte. Daraufhin tobten sie vor Freude und hoben einen Sowjetsoldaten so hoch, dass er den Sockel erreichen konnte. Er zog sich zu uns hinauf, küsste und umarmte den verdutzten Sergeanten und riss ihn erbarmungslos hinunter in die ausgestreckten Arme der Menge. Dort schaukelte er hilflos auf einem Meer von Händen und entschwand bald unsern Blicken. (Wie man mir sagte, kam er erst am folgenden Tag zurück.) Mir selbst glückte die Flucht zurück ins Haus. Den ganzen Tag lang bis spät in den Abend verharrete die riesige Menschenmenge winkend und hochrufend vor dem Haus. Die sowjetischen Behörden waren naturgemäss nicht besonders entzückt davon, zumal dies, wie man uns berichtete, der einzige Ort in ganz Moskau war, wo sich eine Demonstration auch nur einigermaßen vergleichbaren Umfangs abgespielt hatte. Ein einmaliges, höfliches aber zurückhaltendes Hurra der Menge hätte man vielleicht tragbar gefunden, vor allem, wenn es von

dem Ausdruck der Entschlossenheit begleitet gewesen wäre, die «Überreste des Faschismus» (nämlich jede Art des Widerstands gegen die politischen Absichten der Sowjets) auszuroten; keinesfalls aber diese Wärme, diese Freundlichkeit, diese Begeisterung, die den Repräsentanten einer Regierung gezeigt wurde, von deren Schändlichkeit als bourgeoiser Institution die sowjetischen Propagandisten das Volk schon seit mehr als zwei Jahrzehnten zu überzeugen versuchten. Man kann sich unschwer ausmalen, welche Demütigung die Demonstration für Partei und Polizei gewesen sein muss. Siebenundzwanzig Jahre lang war ohne ihre geflissentliche Vorsorge nicht einmal ein Spatz auf eine Moskauer Strasse gefallen, und nun, plötzlich – dies! Sie liessen sich allerlei einfallen, um die Menge zum Weitergehen zu bewegen, errichteten sogar in Windeseile einen Musikpavillon am entgegengesetzten Ende des Platzes und schickten eine Blaskapelle hin. Aber es nützte alles nichts.

Die Leute blieben. Es war sogar uns selbst ein wenig unangenehm. Wir hatten nicht beabsichtigt, an einem solchen Freudentag Anlass zur Verärgerung zu geben. Wir hatten wahrhaftig nichts dazu getan, die Demonstration zustande zu bringen oder sie zu verlängern, nachdem sie begonnen hatte. Aber wir waren noch hilfloser als selbst die Behörden.

Am Abend dieses denkwürdigen Tages spielte sich eine kleine Episode ab, die im Verein mit dem Nachspiel, das sie vier Jahre später hatte, die Mentalität von Stalins Propagandisten treffend illustriert. Mrs. Winston Churchill war zufällig in Moskau. Zu ihren Ehren war für jenen Abend im Haus des Staatskomitees für kulturelle Beziehungen mit dem Ausland (WOKS) ein Empfang angesetzt, zu dem ich in meiner Eigenschaft als *Chargé d’Affaires* eingeladen war. Kurz bevor ich mit meiner Frau das Haus verliess, rief mich ein englischer Journalist an, Mr. Ralph Parker, ehemals Prager Korrespondent der ‚New York Times‘, und fragte, ob er und seine russische Frau zu uns in die Wohnung kommen dürften, um die Demonstration vom Balkon aus zu beobachten. Ich kannte Parker ziemlich gut. 1939, beim Einmarsch der Deutschen nach Prag, hatte ich ihm und seiner tschechischen Freundin geholfen, aus der Stadt zu verschwinden, weil sie wegen ihrer linksgerichteten Tätigkeit bei den Nazis übel beleumdet waren. In Moskau unterhielten wir freundliche, wenn auch nicht enge Beziehungen. Von ihm wusste man, dass er in seinen Ansichten sehr weit links stand. Von seiner sowjetischen Frau glaubte man im Diplomatischen Korps, zu

Recht oder Unrecht, sie sei nicht nur eine überzeugte Kommunistin, sondern auch ein Polizeispitzel. Aber Moskau war eine kommunistische Stadt, und wir waren es gewohnt, gesellschaftlich mit Leuten zu verkehren, die Parteimitglieder oder sogar Polizeispitzel waren. Und was Parker selbst betraf, so hatte das politische Bündnis der Kriegszeit die Unterschiede zwischen ehrlichem Antifaschismus und kommunistischen Sympathien verwischt, und ich hatte deshalb keine Bedenken, ihm und seiner Frau zu gestatten, heraufzukommen und in unsrer Abwesenheit den Balkon zu benutzen.

Sie kamen, als wir gerade aufbrechen wollten. Er trat kurz auf den Balkon hinaus und kam dann zurück ins Zimmer, um sich von uns zu verabschieden. «Ist das nicht grossartig?» fragte er mich. Ich sagte, das sei es wohl, aber gleichzeitig stimme es mich traurig. Er wollte wissen, wieso, und ich bemerkte, die Leute draussen hätten soviel durchgemacht und erhofften sich jetzt naturgemäss soviel vom Siege; und doch sei die Welt immer noch voller Unruhe; Russland müsse riesige Wiederaufbau-Probleme bewältigen; das Leben werde nicht sofort wieder normal werden; der Friede werde kaum den Wunschvorstellungen dieser Menschen entsprechen.

Soviel über das Vorkommnis selbst. Vier Jahre später kam in Moskau ein Buch heraus, als dessen Verfasser Parker zeichnete und das den Titel trug ‚Sagowor Protif Mira‘ – Verschwörung gegen den Frieden. Parker hatte seine Tätigkeit für nicht-kommunistische westliche Zeitungen in der Zwischenzeit aufgegeben, sich mit Haut und Haar der Sowjetregierung verschrieben und alle Brücken zum Westen hinter sich abgebrochen. Welches dabei sein Status war – Sowjetbürger oder Mitglied irgendeiner kommunistischen Partei –, weiss ich nicht, aber offensichtlich stand er vollkommen unter sowjetischem Einfluss. Ich vermute, dass er damals bereits in irgendeiner Form erpresst wurde. Sein Buch jedenfalls war eine niederträchtige Attacke auf die Regierung der Vereinigten Staaten und speziell auf ihre Botschaft in Moskau, eins der widerwärtigsten Beispiele für die gewissenlose, verlogene und Übelkeit erregende stalinistische Propaganda. Es war nicht leicht zu glauben, dass er es selber geschrieben hatte, denn immerhin war er intelligent. Aber sein Name stand darunter. Im Vorwort zu diesem Buch schilderte Parker zunächst die Szenen, die sich am Victory Day auf den Strassen und Plätzen in der Nähe der Botschaft abgespielt hatten, und beschrieb dann seinen Besuch in

unserer Wohnung am Abend desselben Tages wie folgt (in Klammern meine eigenen Kommentare):

«In der Mochöwaja-Strasse drängte ich mich durch die vorbeiflutende Menge (Der Leser wird bemerken, dass es vor der Botschaft nicht etwa eine Menschenansammlung gegeben hatte, sondern nur Passanten) und betrat die Amerikanische Botschaft. Hinter einem geschlossenen Fenster (Die Fenstertüren waren den ganzen Tag weit offen gewesen, und die Botschaftsangehörigen waren zwischendurch immer wieder auf die Balkone getreten) stand die hochgewachsene Gestalt von George F. Kennan, dem Botschaftsrat der Botschaft der Vereinigten Staaten in Moskau. Er stand so, dass er von unten nicht gesehen werden konnte, und beobachtete die Menge. (Diese Ausdrucksweise hatte man offenbar gewählt, um die Tatsache, dass ich vor die Menge hingetreten war und zu ihr gesprochen hatte, als ein «Nicht-Ereignis» aus den Annalen zu löschen; die amtliche Version musste jeweils das genaue Gegenteil sein: Weit entfernt davon, mich der Menge zu stellen, hatte ich versucht, mich vor ihr zu verbergen; weit entfernt davon, zu ihr zu sprechen, hatte ich in mürrischem Schweigen verharrt.) Der Lärm von der Strasse wurde schwächer und verebbte in einem dumpfen Dröhnen.

Während wir die bewegende Szene betrachteten, bemerkte ich in Kennans Gesicht einen seltsam unglücklichen und gereizten Ausdruck. Und dann trat er nach einem letzten Blick auf die Menge vom Fenster weg und sagte bitter: ‚Sie jubeln ... Sie glauben, der Krieg sei zu Ende. Dabei hat er gerade erst angefangen.‘

Ehe ich die Botschaft verliess, bemerkte ich noch, dass dort, wo früher Roosevelts Porträt gehangen hatte – sein strahlendes Lächeln hatte früher den Raum beherrscht –, jetzt ein Bild von Truman hing. (Das war kompletter Unsinn. Die Porträts beider Präsidenten hingen im Büro; in unserer Wohnung hatten wir von keinem ein Bild. Aber man arbeitete bereits an der Legende, dass Truman vom Tag des Sieges an damit begonnen habe, Roosevelts Politik der Zusammenarbeit zu sabotieren und den Kalten Krieg zu eröffnen.)

An jenem Tag hatte ich Kennans Worte kaum beachtet. Aber heute, vier Jahre danach, erinnere ich mich ihrer so klar wie aller anderen Vorkommnisse am Tag des Sieges: der Menschenmengen, die sich aus den Vororten nach Moskau ergossen; der

Wiedersehensfeiern derjenigen, die einander feierlich gelobt hatten, zusammenzukommen, ‚wenn der Krieg vorüber ist‘; des aufrichtigen und freundschaftlichen Wunsches des Sowjetvolkes, mit seinen früheren militärischen Verbündeten auch im Frieden zusammenzuarbeiten.

Was seit jenem feierlichen, strahlenden Tage geschehen ist, hat mir gezeigt, was der wahre Sinn der Worte war, die der amerikanische Diplomat am Tage des Sieges sprach: sie waren eine Absage an die Politik der friedlichen Koexistenz.»

An der hier zitierten Textstelle lässt sich anschaulich der Verfälschungsprozess aufzeigen, dem die politische Wirklichkeit in den meisten Fällen unterzogen werden musste, ehe sie in das Bild passte, das die russische Kommunistische Partei von sich selbst entworfen hat. Es gibt Zehntausende von Beispielen dafür, wie im Lauf der Jahre wirkliche Geschehnisse geleugnet und durch falsche ersetzt oder echte Daten bis zur Unkenntlichkeit entstellt werden mussten, um eine Darstellung zu ermöglichen, die mit den neurotischen Vorstellungen der Partei von ihrer Umwelt und von ihrer eigenen Reaktion auf diese Umwelt in Einklang stand. Wie ein überlebensgrosser kollektiver Walter Mitty⁷², sah sie sich selbst in furchtlosem, heldenhaftem Kampf gegen unzählige Bedrohungen, vereitelte und zerstörte sie die finsternen Pläne unzähliger Drachen in Menschengestalt. Mit dem Ergebnis, dass es für jede Situation, für jedes Ereignis von politischer Tragweite zwei Fassungen gab: eine wahre und eine fabrizierte. Gewöhnlich gab es noch irgendwo eine Verbindung zwischen beiden; oft aber war sie so schwach, dass man sie nur noch mit Mühe entdecken konnte. War die fabrizierte Fassung einmal fertig, so war fortan sie die allein massgebende und wurde mit demselben Respekt und Ernst behandelt, als wäre sie die reine Wahrheit. Lud sie zur Empörung gegen die Schändlichkeiten böser Feinde ein, so zeigte man Empörung; heischte sie Bewunderung für die unübertreffliche Weisheit und Geschicklichkeit, den Mut und die Selbstlosigkeit der Führer der russischen Kommunistischen Partei, so zollte man Bewunderung. Die sowjetischen Funktionäre, und in der Tat wohl der grössere Teil der gebildeten Bevölkerung, kannten beide Fassungen

⁷² Walter Mitty, Titelheld einer Geschichte von James Thurber, besteht in Wachträumen haarsträubende Abenteuer zum Ausgleich für die Banalität seines Alltags als braver Bürger und folgsamer Ehemann („The Secret Life of Walter Mitty“ Deutsch in „Von Hawthorne bis Thurber, Amerikanische Kurzgeschichten“, Europäische Verlagsanstalt, o. J.) (AdÜ).

gewöhnlich sehr genau, die echte wie die zum Gebrauch bestimmte, und war imstande, ganz nach Wunsch und Bedarf sich an die eine oder die andere zu halten. Allerdings schien es nur selten tunlich, die Kenntnis des wahren Sachverhalts zuzugeben, wenn die bereinigte Fassung einmal publiziert war. Und so beherbergte dieselbe Brust jeweils zwei Abbilder der Wirklichkeit: eines, das in Anwesenheit der Partei, auch der vermuteten oder möglichen Anwesenheit der Partei vorzeigbar war, und ein anderes, das fest im Innern eingeschlossen blieb und wenn überhaupt, dann nur im engsten Familienkreis betrachtet wurde.

Indem Parker Ereignisse beschrieb, die am Tag der Siegesproklamation zwar nicht vorgekommen waren, jedoch eine gewisse, traumähnliche Verwandtschaft mit Dingen aufwiesen, die sich wirklich begeben hatten, und die zugleich den Eindruck hervorriefen, der der Partei genehm war, handelte er einfach als Beauftragter der Partei für die Ausarbeitung der zweiten, bevorzugten und von nun an verbindlichen Fassung. Ich habe nie aufgehört, mich darüber zu wundern, wie es möglich war, dass ein aus Männern von so unzweifelhaft gesunder und robuster Seelenverfassung zusammengesetztes politisches Regime in seiner Gesamtheit so deutlich die typischen Merkmale einer fortgeschrittenen Psychose aufwies.

Mit der Beendigung der Kämpfe in Europa vollzog sich klar erkennbar eine historische Wende in der sowjetischen Diplomatie. Die internationale Stellung der Sowjetunion hatte sich mit dem Vorrücken sowjetischer Armeen ins Herz Europas und der damit verbundenen Ausweitung ihres Machtbereichs ganz entscheidend gewandelt. Stalins Traum vom Erwerb eines schutzgewährenden Vorfelds entlang der Westgrenze Russlands war Wirklichkeit geworden – sicherlich in grösserem Massstab, als er je zu hoffen gewagt hätte, vielleicht gar als ihm selber geheimer war. Die sowjetische Aussenpolitik würde sich dementsprechend nach neuen Erwägungen ausrichten, würde neue Verantwortlichkeiten zu übernehmen haben. Die Dinge würden nie wieder so werden, wie sie vor dem Krieg gewesen waren.

Beim Nachdenken darüber, welche Folgen das wohl für Russland, für den Westen und für ihre Beziehungen zueinander hätte, packte mich wieder der Drang, meine Überlegungen zu Papier zu bringen. Das Ergebnis war ein weiteres umfängliches Dokument, diesmal mit dem Titel ‚Russlands internationale Stellung am Ende des Krieges gegen Deutschlands Weil auch es bisher

unveröffentlicht ist, füge ich den vollen Wortlaut ebenfalls dem Anhang bei. Im Gegensatz zu der ersten Abhandlung ‚Russland nach sieben Jahren, die sich hauptsächlich mit internen Angelegenheiten der Sowjetunion befasst, geht es hier um Gebiete, für die sich wenig später die Bezeichnung «Satelliten» durchsetzte. Ich fixierte darin zum erstenmal die Gedanken – zum Teil erst durchs Hinschreiben angeregte Gedanken –, die den Grund legten für meine Beurteilung Russlands und seiner Probleme in späterer Zeit.

Die ersten Worte der Aufzeichnung spiegelten die Besorgnis, die ich am Abend der Siegesproklamation auch Parker gegenüber geäußert hatte: «Friede und Frühling», schrieb ich,

«sind endlich in Russland eingezogen; und der des russischen Kriegs und des russischen Winters gleich überdrüssige Fremde wünscht matt, die kommende politische Jahreszeit möge nicht zu sehr wie der russische Sommer sein: kurz und flüchtig und mit dem doppelten Beigeschmack soeben vergangener und demnächst zu erwartender Unbill.»

Ich hob hervor, dass der russische Machtzuwachs nicht so sehr einer Zunahme der eigenen Stärke zu danken sei (Bevölkerungsdichte und Industriepotential hatten sich gegenüber der Vorkriegszeit wenig verändert) als vielmehr «dem Zerfall der Macht der Nachbarn». Wenn der fernöstliche Krieg vorüber sei, werde Russland zum erstenmal in seiner Geschichte «ohne einen einzigen ernstzunehmenden Machtrivalen auf dem eurasischen Landblock dastehen» und weite Gebiete innerhalb dieses Landblocks kontrollieren, darunter manche, die sein Einfluss nie zuvor erreicht hatte. Eine so erhebliche Zunahme an greifbarer Macht müsse für Russland ausser Vorteilen auch Verpflichtungen und Probleme mit sich bringen. Einige der jetzt von sowjetischen Streitkräften überrannten nichtrussischen Gebiete waren bereits früher einmal Teil des zaristischen Empires gewesen und hatten sich im Endergebnis für das Empire nicht als Kraftquell, sondern als Belastung erwiesen. Die auffallend starke Beteiligung von Minderheiten-Vertretern an der revolutionären Bewegung, die zum Zusammenbruch von 1917 geführt hatte, machte das deutlich. Der Sowjetstaat, der während der ersten beiden Jahrzehnte seines Bestehens ohne diese Gebiete hatte auskommen müssen, war deswegen wahrscheinlich nur umso stärker gewesen. Aber jetzt schickte er sich an, die Bürde dieses Besitzes erneut auf die Schultern zu packen – und noch mehr

dazu. In seiner Eigenschaft als imperialistischer Staat war Russland gegenüber den kleineren europäischen Staaten natürlich in vieler Hinsicht stark, aber zugleich mit fühlbaren Schwächen und Nachteilen behaftet. Da war zunächst die in der Natur der Sache liegende Schwierigkeit, Völker unterschiedlicher Sprache, unterschiedlicher Tradition und unterschiedlichen Nationalgefühls zu beherrschen. Auch eine Regierung kommunistischen Typs musste aus Menschen gebildet werden. Nahm man dazu Russen, so würden sie entweder für die Andersartigkeit ihrer Umgebung keinen Sinn haben und deshalb versagen; hätten sie aber Sinn dafür, dann würden sie sich Russland bald entfremden. Nahm man Einheimische, dann würde man das Gefühl der Vertrautheit entbehren; nationalistische Tendenzen würden sich früher oder später Bahn brechen, die eigene Autorität schwinden. Und dann gab es noch das Problem des Sympathieerwerbs für die Ideologie. Eine Landreform nach kommunistischem Muster würde bei den Bauern der osteuropäischen Staaten vielleicht Anklang finden, aber das war eine Karte, die man nur einmal ausspielen konnte, und ihre Wirkung würde nicht lange vorhalten. Zumal die russische Oberaufsicht sich auf den Lebensstandard vermutlich abträglich auswirken würde. Die Russen hatten sich als Wirtschaftsadministratoren noch nie hervorgetan. Jeder industrielle Fortschritt im eigenen Land war fürchterlich teuer erkaufte worden. Würde die ideologische Anziehungskraft stark genug sein, um diese Hindernisse zu überwinden? Der sowjetische Marxismus war ja eine veraltete Doktrin. Sogar in Russland war seine politisch-emotionelle Zündkraft grossenteils schon verbraucht.

«Was noch da ist, genügt, um Patriotismus und nationalistische Gefühle zu wecken, sowohl zu Verteidigungszwecken wie für imperialistische Ausdehnungsbestrebungen. Es erreicht aber nicht den innersten Quell des menschlichen Idealismus, der die Revolution einst speiste, so wie er immerwährend die Religionen speist. Das ganz tiefe Vertrauen, die allergeheimsten Hoffnungen, die himmelstürmende Begeisterung kann der Kreml nicht länger erwecken. Vor seinen Toren stehen Massen fügsamer Gefolgsleute, aber keine verzückten mehr.»

Wenn das schon in Russland selbst so war – wie würde diese Ideologie dann in Osteuropa ankommen, wo ihr der Natio-

nalismus genauso im Weg sein müsste wie die natürlichen Vorbehalte gegen importierte Lehrmeinungen aus dem Ausland?

In Anbetracht so vieler Schwächen sah ich voraus, dass es den Russen schwerfallen würde, ihre neugewonnene Macht in Osteuropa ohne die moralische und materielle Unterstützung des Westens aufrechtzuerhalten. Wäre es nicht merkwürdig, solche Unterstützung zu erwarten und zu erbitten? Nicht in sowjetischer Sicht. Die Sowjetführer wussten, dass man der amerikanischen Öffentlichkeit beigebracht hatte, eine enge Zusammenarbeit mit der Sowjetunion sei sowohl möglich als auch nötig; ohne sie liessen Kriege sich auch in Zukunft nicht vermeiden; um sie zustande zu bringen, bedürfe es nur eines entsprechend herzlichen und vertrauensvollen Verhaltens gegenüber den politischen Führern Russlands; Schwierigkeiten könne es nur geben, wenn die westlichen Staatsmänner sich nicht ernsthaft genug bemühten. Diese Behauptungen waren natürlich nicht wahr. Die Russen wussten das auch. Im Besonderen war es nicht wahr, dass der Frieden von der Sorte enger Gemeinsamkeit abhing, die man den Amerikanern als Zukunftsvision vorgegaukelt hatte. In Wirklichkeit bedurfte es zur Wahrung der Stabilität zwischen den Grossmächten nur «der Erhaltung eines echten Gleichgewichts der Kräfte und eines klaren Begriffs davon, welches die wirklich lebenswichtigen Interessen des anderen» waren. Auch das wussten die Russen. Aber die amerikanischen Vorurteile wirkten sich naturgemäss zu ihren Gunsten aus und boten sich zu weiterer Ausbeutung an. Das erklärte ihre Hoffnung, dass der Westen, vor allem aber Amerika, sich bereithalten würde, ein sowjetisches Empire in Osteuropa zu stützen, das sich mit den mutigen Erklärungen der Atlantikcharta schlecht vertrug. Sollte der Westen die Unterstützung verweigern, dann könnte

«Russland vermutlich auf die Dauer nicht das *ganze* Gebiet, das es sich heute abgesteckt hat, im Griff behalten ... die Markierungen müssten *wenigstens teilweise zurückgenommen werden*⁷³».

Und gleichzeitig würde der Westen die sowjetische Verärgerung in aller Schärfe zu spüren bekommen. Moskau würde, wie Trotzki einst gedroht hatte, «die Tür zuknallen, dass ganz

⁷³ Der Rückzug fand bekanntlich in den folgenden Jahren wirklich statt: In Jugoslawien, Nordgriechenland, Triest, Österreich, und in gewisser Weise auch in Finnland.

Europa wackelt». Aber wenn die Leute im Westen nur die Nerven behielten und sich nicht beirren liessen, dann würde Moskaus Ärger dennoch nicht zur Katastrophe führen. Auch die Macht der Sowjets hätte Grenzen.

«Wenn der Westen fest bliebe . . . wenn die Demokratien sich fähig zeigten, auch die übelsten Provokationen geschulter und gewissenloser, den politischen Interessen der Sowjetunion verschriebener Minderheiten gelassen durchzustehen, dann hätte Moskau seine allerletzte Karte verspielt. . . Weitere militärische Vorstösse nach Westen würden nur die Verbindlichkeiten noch vergrössern, denen die Russen schon jetzt nicht mehr nachkommen können. Moskau besitzt weder eine Marine noch eine Luftwaffe, die imstande wäre, die See- oder Luftwege der Erde zu bedrohen.»

So also sah meine Beurteilung der internationalen Stellung Russlands bei Beendigung des Krieges mit Deutschland aus. Drei darin enthaltene Gesichtspunkte empfehle ich der besonderen Aufmerksamkeit:

1. Dass die Russen aus Gründen ihrer inneren Machtstruktur die Hegemonie wahrscheinlich nicht über das gesamte von ihnen zunächst kontrollierte osteuropäische Gebiet würden aufrechterhalten können, es sei denn mit Zustimmung und Unterstützung des Westens; dass ohne solche Unterstützung gewisse politische Positionen zurückgenommen werden müssten.
2. Dass das übertrieben enge Hand-in-Hand-Arbeiten mit Russland, das man unser Volk zu erhoffen gelehrt hatte, für die Erhaltung des Weltfriedens nicht wirklich entscheidend war – dass ein vernünftiges Ausbalancieren der Macht und das Respektieren der gegenseitigen Interessensphären dasselbe erreichen würden. Und
3. dass Moskau keinen Anlass habe, ein weiteres militärisches Vordringen in Europa zu erwägen; dass dem Westen nicht von einer russischen Invasion Gefahr drohe, sondern von den im Westen selbst bestehenden kommunistischen Parteien und von den unrealen Hoffnungen und Befürchtungen, mit denen man die Völker im Westen gefüttert hatte.

Wer die politische Entwicklung der Nachkriegszeit verfolgt hat, wird diese drei Thesen unschwer als das Kernstück der Theorie des Containment – der Eindämmung – erkennen, die zwei Jahre später in dem Artikel von «Mr. X» dargelegt wurde.

Ich hebe sie hier besonders hervor, um zu zeigen, dass meine Auffassung von den Problemen, die dem Westen nach dem Krieg aus der sowjetischen Machtentfaltung erwachsen würden, ob nun richtig oder falsch, jedenfalls nicht erst aus den Ängsten und Enttäuschungen des Jahres 1947 hergeleitet war, als sie zum erstenmal öffentlich diskutiert wurde, sondern vielmehr aus den Erfahrungen meiner Moskauer Tätigkeit noch während des Krieges und aus dem Bestreben, den Blick über den Sieg der Alliierten hinaus auf die unsichere Zukunft der Beziehungen Russlands zum Westen zu richten.

Auch diese Aufzeichnung übergab ich dem Botschafter. Auch sie wurde mir, soweit ich mich erinnere, ohne Kommentar zurückgegeben. Ich habe keinen Anhaltspunkt dafür, dass sie je nach Washington gelangte. Ganz dunkel glaube ich mich zu erinnern, dass Harry Hopkins sie las, als er in demselben Monat Mai des Jahres 1945 nach Moskau kam. Aber bei seiner Rückkehr in die Vereinigten Staaten war er ein todkranker Mann und spielte in der amerikanischen Aussenpolitik eigentlich schon keine Rolle mehr.

X. Von der deutschen Kapitulation bis Potsdam

In einem Bericht unserer Moskauer Botschaft vom 19. Mai 1945 über die Haltung der sowjetischen Presse in den letzten Wochen vor der deutschen Kapitulation finden sich folgende Beobachtungen:

«Man kann getrost behaupten, dass kein anderer Personenkreis irgendwo auf der Welt sich der entscheidenden Wichtigkeit der Zeit nach dem Waffenstillstand, ihrer Möglichkeiten und Gefahren stärker bewusst ist als die Führer der Sowjetunion. Selber Träger eines Regimes, das aus dem chaotischen Nachspiel des Ersten Weltkriegs erwuchs, sehen sie in aller Klarheit, dass es die jetzt während des auf die Militäraktionen folgenden allgemeinen Durcheinanders gezogenen Linien sind, die sich verfestigen und Bestand haben und das Gesicht der Zukunft bestimmen werden. Die Entscheidungen der nächsten paar Wochen halten sie für wichtiger als selbst die Beschlüsse zukünftiger Friedenskonferenzen. Denn diese werden nach Auffassung der Sowjets wenig mehr ergeben als eine Bestätigung der Landmarken, die aufgestellt wurden, als alles im Fluss war.»

Ich selber, der ich an der Abfassung des Berichtes nicht ganz unbeteiligt war, hegte verständlicherweise den Wunsch, unsere Regierung möge schon jetzt die Probleme analysieren, die das Nachkriegsrußland uns bescheren würde, und eine Politik entwerfen, die den Schaden möglichst klein hielte, der der erhofften Stabilität Europas aus der letzten militärisch-politischen Entwicklung im Gebiet der russischen Front erwachsen war. Aus diesem Grund füllte ich nicht nur meine privaten Notizbücher mit meinen Sorgen und Nöten, sondern plagte auch alle, von denen ich Verständnis erhoffte, in erster Linie den Botschafter, mit Protesten und Appellen und ständigem Drängen. Und meiner Feder entfloßen, wie ich errötend gestehe, derart viele Aufzeichnungen, dass ihre Wiedergabe diesen Band sprengen würde. Andererseits haben die darin ausgeführten Gedanken in einigen meiner späteren, von der Öffentlichkeit vielbeachteten Publikationen eine grosse Rolle gespielt, und deshalb möchte ich

sie hier zusammenfassen. Ich werde mich dabei im Wesentlichen auf Fragen der amerikanischen Politik beschränken. Meine Analyse der russischen Situation ist in den beiden langen Abhandlungen enthalten, auf die ich schon verwiesen habe.

Während der ganzen ersten Nachkriegszeit befürwortete ich – wohl als einziger in den oberen Rängen der Regierungsbeamten – die sofortige und klare Anerkennung der Aufteilung Europas in Einflussphären und eine darauf aufbauende Politik.

Dafür hatte ich zwei Gründe. Erstens war ich noch genauso davon überzeugt wie schon vor der deutschen Kapitulation, dass es müssig wäre, uns in der Hoffnung zu wiegen, wir könnten den Gang der Dinge in dem bereits der russischen Herrschaft anheimgefallenen Gebiet noch irgendwie beeinflussen. Ich fand, dass wir nur uns selbst und die Öffentlichkeit im Westen täuschen würden, wenn wir uns weiter einredeten, der Grossteil dieser Länder habe in absehbarer Zukunft etwas anderes zu erwarten als vollständige Beherrschung durch den Kommunismus und vollständige Isolierung vom Westen nach sowjetischem Muster. Unter diesen Umständen sah ich nicht ein, weshalb wir uns besonders anstrengen sollten, um es den Russen bequemer zu machen, sei es durch Hilfsaktionen der einen oder anderen Art, sei es durch Mitübernahme der Verantwortung für ihr Vorgehen. Es schien mir besser, wenn wir an dem, was sich jetzt nur allzu offensichtlich ereignen würde, nicht beteiligt wären.

Als zum Beispiel im Februar und März 1945 die Schwierigkeiten mit Rumänien wegen Wyschinskijs plötzlicher Reise nach Bukarest und seiner brutalen Umbildung der rumänischen Regierung angingen, da opponierte ich gegen den Ton der Protestnoten, die wir an Molotow schickten: Noten, in denen gekränktes Erstaunen sich mit sinnlosen Appellen an die Sowjets verband, sich doch anders aufzuführen, als sie es taten. «Ich sehe nicht», schrieb ich am 8. März,

«was es nützen sollte, diese fruchtlose Polemik mit Molotow weiterzuführen. Sein Text ist ihm vorgeschrieben von denen, die die sowjetische Politik machen, und er wird ihn nicht verändern, wenn man ihn nicht überzeugen kann – und er seine Genossen überzeugen kann –, dass zwingende Gründe dafür vorliegen. Eine blossе Meinungsäußerung von unserer Seite würde kein solcher Grund sein. Solange unsere Regierung nicht bereit ist, konkrete Massnahmen zu ergreifen, etwa sich öffentlich von der ganzen Sache zu distanzieren oder unsere Vertreter aus der

Kontrollkommission abzuziehen, darf sie kaum erwarten, dass die Russen sich veranlasst fühlen, unsere Ansichten zu respektieren. Selbst *wenn* wir etwas unternähmen, wäre keineswegs sicher, dass sie ihre . . . Politik gegenüber Rumänien ändern würden.»

Einen Monat später ging es um die Tschechoslowakei. Im Gegensatz zu den Balkanländern Ungarn, Rumänien und Bulgarien hatte die Tschechoslowakei nicht gegen die Sowjetunion Krieg geführt. Offiziell galt sie als befreiter Verbündeter. Aus irgendeinem von mir nie ganz begriffenen Grund – vielleicht wegen Beneschs grosser Popularität in den westlichen Ländern – war dort der Eindruck entstanden, man sei dabei, ihr wieder eine unabhängige Regierung zu geben. Für eine solche Annahme schienen mir keine Anhaltspunkte vorzuliegen. Die persönliche Begegnung mit dem tschechischen Botschafter in Moskau, Zdenek Fierlinger, hatte in mir den Eindruck hinterlassen, dass wir es nicht mit dem Repräsentanten einer freien Tschechoslowakei zu tun hatten, sondern praktisch mit einem Agenten der Sowjets, und ich bezweifelte, dass eine Regierung, die sich in der russischen Hauptstadt von einem solchen Mann vertreten liess, wirklich unabhängig sei. Auch genügte schon das Wenige, das wir über die Ereignisse in dem russisch besetzten Teil der Tschechoslowakei erfuhren, um uns davon zu überzeugen, dass man dort mit allen Mitteln der Infiltration, Einschüchterung und Intrige arbeite, um das Land für die alleinige Machtübernahme durch die Kommunisten reif zu machen. Die Überzeugung verstärkte sich, als unsere Regierung um die Zeit des deutschen Zusammenbruchs durch russisches Dazwischentreten daran gehindert wurde, zu der nun offiziell wieder auf eigenem Hoheitsgebiet amtierenden tschechischen Regierung amerikanische Vertreter zu entsenden. Washington ersuchte uns, bei der sowjetischen Regierung vorstellig zu werden und mit der Begründung, dass es «in hohem Masse wünschenswert» sei, unsere Vertreter umgehend am Sitz der tschechischen Regierung zu haben, um die sofortige Durchreisegenehmigung für sie nachzusuchen. Auch hiergegen opponierte ich. Ich fand, das gehe allein die tschechischen Behörden etwas an. Wenn sie nicht in der Lage seien, es zu arrangieren – wenn sie, mit anderen Worten, von den Russen so schandbar abhängig seien, dass sie Vertreter ausländischer Regierungen nur dann empfangen könnten, wenn die Sowjets es gnädigst gestatteten –, dann sei das in sich

schon «so bezeichnend für die Art ihres Verhältnisses zur Sowjetunion, dass ich glaube . . . dass man es in Betracht ziehen sollte, wenn man die generelle Nützlichkeit der Entsendung von Vertretern erwägt». Die nicht kommunistischen tschechischen Regierungsmitglieder, fuhr ich fort, seien in Wirklichkeit nichts als russische Gefangene mit Vorzugsbehandlung. Die amerikanischen Vertreter bei der tschechischen Regierung würden enttäuscht sein und nichts ausrichten können.

«Ihre Anwesenheit würde nur dazu missbraucht werden, einer Regierung von Strohmännern Ansehen zu verleihen, und würde diejenigen entmutigen, die noch auf die Wiederkehr demokratischer Regierungsformen hoffen; denn die Russen würden sie überall herumzeigen, um zu beweisen, dass der Westen das Vorgehen der Russen billige und mit ihnen liiert sei.»

Selbst im Fall Jugoslawien machte es mich böse, wie besorgt Washington sich wegen der Frage gab, ob Marschall Titos Regime auch «repräsentativ» sei, und auch, dass man für den Fall, dass die Opposition gegen ihn wirklich nur klein sei, vorschlug, sofort Schritte zu unternehmen, um uns bei ihm beliebt zu machen. Ich fand weder die Frage gerechtfertigt noch die Forderung.

«Letzten Endes kümmern wir uns ja auch nicht darum, ob Stalin die Mehrheit der russischen Bevölkerung hinter sich hat oder nicht, und es wäre unlogisch . . . , wollten wir uns gegen eine Regierung, die der in Moskau so ähnlich ist, anders verhalten. . . . Tito ist streng marxistisch geschult. Er wird die kapitalistische Welt genau so behandeln, wie es das Interesse der kommunistischen Revolution seiner Meinung nach erfordert. Dabei wird er sich nicht von der persönlichen Liebenswürdigkeit der westlichen Vertreter in Belgrad beeinflussen lassen, sondern nur von der Stärke und Entschiedenheit der Regierungen, die hinter ihnen stehen.» (Tagebuchnotiz vom 3. Dezember 1945.)

Der erste Grund, weshalb ich für eine «Politik der Interessensphären» eintrat, war demnach die Überzeugung, dass wir in dem sowjetisch kontrollierten Gebiet doch keinen wirklichen Einfluss würden geltend machen können und dass es würdelos und sogar irreführend wäre, so zu tun, als glaubten wir das. Der zweite

Grund war, dass ich den Eindruck hatte, wir würden aus Rücksicht auf unseren Wunschtraum von der Zusammenarbeit aller Europäer und noch mehr aus Furcht, die Russen durch einen Alleingang zu verärgern, eigene Wiederaufbaumaßnahmen in dem Teil von Europa verschleppen, der unserm Einfluss wirklich offenstand. Wenn wir dort zu lange mit der Schaffung angemessener Lebensbedingungen warteten, würden wir nur den westlichen kommunistischen Parteien in die Hände arbeiten, denen ihr Zusammengehen mit den Widerstandsbewegungen kürzlich ohnehin erst grossen Auftrieb gegeben hatte. Es würde uns dann vielleicht so gehen wie dem Hund, der sein Spiegelbild im Dorfteich erblickt, und wir würden den Knochen, den wir schon im Maul hätten, fallen lassen, den im Wasser erspähten aber auch nicht erwischen. Möglicherweise hatte ich die Verzögerungen überschätzt, die aus der Rücksichtnahme auf das Phantom der Zusammenarbeit mit den Russen entstanden. Ich hatte dabei unter anderem die Aktionen der UNRRA im Sinn, der United Nations Relief and Rehabilitation Administration⁷⁴, desgleichen die sehr ins Einzelne gehenden Pläne unseres Finanzministeriums für die Gründung eines Weltwährungsfonds und einer Internationalen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (Weltbank), die zum erstenmal auf der Internationalen Konferenz von Bretton Woods im Juli 1944 erörtert worden waren. Die Motive, aus denen die Russen sich unter Umständen für die UNRRA interessiert hätten, schienen mir mit der altruistischen Zielsetzung des Wiederaufbaus in Europa, der unsere eigenen Leute bewegte, wenig gemein zu haben. Die Führer der Sowjets würden ihre Mitgliedschaft in der Organisation vor allem zu politischen Zwecken benutzen und, so gut sie konnten, dafür sorgen, dass die Hilfeleistungen der kommunistischen Sache zugute kämen. Und dass der internationale Geldmarkt in ihnen geeignete Partner fände, schien bei ihrer eifersüchtig abgeriegelten und kontrollierten Wirtschaft und ihrer Währung ohne Weltmarktstatus, bei ihrem völlig willkürlichen und künstlichen Preisgefüge und dem totalen Aussenhandelsmonopol eine mehr als abwegige Hoffnung, selbst für den Fall, dass die Ziele identisch gewesen wären, und das waren sie nicht. Aber der Punkt, in dem alle meine Besorgnisse zusammenliefen, war wie immer Deutschland. Die Kämpfe waren beendet. Jetzt würden unsere

⁷⁴ Die 1945 gegründete UNRRA war eine internationale Hilfsorganisation namentlich zur Betreuung verschleppter Personen (D. P.'s). 1947 wurde sie aufgelöst; ihre Nachfolge hat in etwa die IRO – International Refugee Organization – mit Sitz in Genf angetreten (AdÜ).

Ideale und unsere Politik die Probe zu bestehen haben. Nach allem, was mir zu Ohren kam, waren die amerikanischen Militärbehörden immer noch stark von den mich empörenden anti-britischen und prosovjjetischen Vorurteilen geprägt, die einige unserer führenden Militärs während des Krieges entwickelt hatten. Die Gespenster der Azorenkrise und der Europäischen Beratenden Kommission erstanden vor meinen Augen, als ich eines denkwürdigen Herbstabends im Jahre 1945 in Botschafter Robert Murphys Haus in Berlin allein mit einem sehr hohen amerikanischen Offizier zusammensass und die Vorwürfe anhörte, die er mir, und uns «State-Department-Leuten» allgemein, wegen unserer antisowjetischen Haltung und unserer Unfähigkeit machte, «mit den Russen klarzukommen» – ein Fehler, der sich, wie er mir zu verstehen gab, leicht beseitigen liesse, wenn wir uns nur an den Militärs ein Beispiel nähmen. Das verstärkte noch meine Unruhe, wir könnten in Erwartung des Unmöglichen versäumen, in den Westzonen, in denen wir Handlungsfreiheit hatten, rechtzeitig für gesunde Verhältnisse zu sorgen. Für die Russen war bei einer Mitarbeit am Wiederaufbau Europas wenig zu holen, umso mehr dagegen bei einer Politik, die uns die verführerische Aussicht darauf vor der Nase baumeln liess und so den Aufschub unsrer eigenen Aufbaumassnahmen erreichte. Denn das fortgesetzte Elend im Westen musste ja den ungeduldig wartenden kommunistischen Parteien dieser Länder in die Hände arbeiten.

In einem undatierten Entwurf, der zwischen anderen privaten Papieren steckte und allem Anschein nach aus dem Sommer 1945 stammt, finde ich den folgenden Abschnitt:

«Die Idee, Deutschland gemeinsam mit den Russen regieren zu wollen, ist ein Wahn. Ein ebensolcher Wahn ist es, zu glauben, die Russen und wir könnten uns eines schönen Tages höflich zurückziehen, und aus dem Vakuum werde ein gesundes und friedliches, stabiles und freundliches Deutschland steigen. Wir haben keine andere Wahl, als unseren Teil von Deutschland – den Teil, für den wir und die Briten die Verantwortung übernommen haben – zu einer Form von Unabhängigkeit zu führen, die so befriedigend, so gesichert, so überlegen ist, dass der Osten sie nicht gefährden kann. Das ist eine gewaltige Aufgabe für Amerikaner. Aber sie lässt sich nicht umgehen; und hierüber, nicht über undurchführbare Pläne für eine gemeinsame Militärregierung, sollten wir uns Gedanken machen.

Zugegeben, dass das Zerstückelung bedeutet. Aber die Zerstückelung ist bereits Tatsache, wegen der Oder-Neisse-Linie. Ob das Stück Sowjetzone wieder mit Deutschland verbunden wird oder nicht, ist jetzt nicht wichtig. Besser ein zerstückeltes Deutschland, von dem wenigstens der westliche Teil als Prellbock für die Kräfte des Totalitarismus wirkt, als ein geeintes Deutschland, das diese Kräfte wieder bis an die Nordsee vorlässt.

. . . Wenn wir auch unsere bereits übernommenen Verpflichtungen bei der Kontrollkommission loyal erfüllen sollten, so dürfen wir uns doch über die Möglichkeiten einer Dreimächtekontrolle keine Illusionen machen ... Im Grunde sind wir in Deutschland Konkurrenten der Russen. Wo es in unserer Zone um wirklich wichtige Dinge geht, sollten wir in der Kontrollkommission keinerlei Zugeständnisse machen⁷⁵.»

Es versteht sich – bei solchen Überzeugungen –, dass ich die Arbeit der Konferenz von Potsdam mit Skepsis und Entsetzen verfolgte. Ich kann mich an kein politisches Dokument erinnern, das mich je so deprimiert hätte wie das von Truman unterzeichnete Kommuniqué am Ende dieser wirren und verwirrenden Verhandlungen. Nicht nur weil ich wusste, dass die Idee einer gemeinsamen Viermächtekontrolle, die man jetzt zur Grundlage für die Regierung Deutschlands gemacht hatte, abwegig und undurchführbar sei. Auch die unpräzise Ausdrucksweise, die Verwendung so dehnbarer Begriffe wie «demokratisch», «friedlich», «gerecht» in einem Abkommen mit den Russen lief allem direkt zuwider, was siebzehn Jahre Russlanderfahrung mich über die Technik des Verhandeln mit der sowjetischen Regierung gelehrt hatten. Die Behauptung zum Beispiel, wir würden zusammen mit den Russen das deutsche Erziehungssystem «nach demokratischen Richtlinien» umformen, liess Rückschlüsse zu, die nach allem, was wir von der Geisteshaltung der sowjetischen Führer und den damaligen russischen Erziehungsgrundsätzen wussten, völlig ungerechtfertigt waren⁷⁶.

Noch erschreckender las sich die von uns verkündete Absicht, in Zusammenarbeit mit den Russen das deutsche Rechtswesen so

⁷⁵ Ich gestehe, dass dieser Abschnitt verblüffend den Argumenten ähnelt, die 1947 von meinen gefeierten Widersachern bei ihren Attacken auf die Reith Lectures der BBC gegen mich vorgebracht wurden. Ich werde in einem späteren Kapitel zu erklären versuchen, warum ich mich zwölf Jahre danach auf der andern Seite des Zaunes wiederfand.

⁷⁶ Dass eine meiner Töchter damals gerade eine normale sowjetische Schule besuchte, verstärkte sicher noch mein Interesse an diesem Thema. Ich bestätige gern, dass sie von ihren russischen Lehrern, vorzüglichen und aufopferungsvollen Pädagogen, stets mit viel Takt und Rücksichtnahme behandelt wurde; dennoch kann man schlechterdings behaupten, die Schule sei bestrebt gewesen, ihren Schülern «demokratisches Gedankengut» in unserm Sinne mitzugeben.

umzugestalten, dass es «den Prinzipien der Demokratie, der Urteilsfindung nach Recht und Gesetz und der gleichen Behandlung aller Bürger ohne Ansehen von Rasse, Nationalität oder Religion» entspräche. Für die weitere Behauptung, man werde die politische Tätigkeit «demokratischer Parteien und die dazugehörige Versammlungsfreiheit und öffentliche Diskussion» nicht nur gestatten, sondern «ermutigen», würden mildernde Umstände schwer zu finden sein. Jeder Mensch in Moskau hätte unsern Unterhändlern sagen können, was die sowjetische Führung unter «demokratischen Parteien» verstand. Die Irreführung der Öffentlichkeit in Deutschland und im Westen durch die Verwendung eines solchen Ausdrucks in einem Dokument, das ausser von Stalin auch von den Herren Truman und Attlee unterzeichnet war, liess sich selbst mit allergrösster Naivität nicht entschuldigen.

Was die Reparationen betraf, so schienen mir die Potsdamer Beschlüsse zu diesem Thema nichts als eine weitere Extrapolation der in Teheran eingeleiteten Politik des Wunschdenkens, die nicht anders als mit einem völligen Fehlschlag enden konnte (dass sie das schliesslich tat, zeigt General Clays Befehl vom 3. Mai 1946, alle Lieferungen von Reparationsgütern aus der Amerikanischen Zone in den Osten zu stoppen). Ein paar Monate davor hatte ich schon einmal in einem Privatbrief geschrieben, es wäre albern, sich einzubilden, dass wir ein solches Vorhaben gemeinsam mit den Russen verwirklichen könnten. Es würde in den einzelnen Zonen einfach auf ein *Catch-as-catch-can* hinauslaufen. Wir würden an Reparationen gerade so viel erhalten, wie wir in unserer Zone nehmen könnten und wollten, und sonst nichts. Bei den Russen könne man unterstellen, dass sie in ihrem Besatzungsgebiet ganz nach eigenem Belieben verfahren würden, ohne Rücksicht auf irgendwelche Abkommen mit uns. Da ich diese Meinung schon seit 1944 vertreten hatte und die Ereignisse der Zwischenzeit mich immer wieder darin bestärkten, ist leicht zu verstehen, warum ich die hinhaltende Behandlung des Reparationsproblems in Potsdam ohne Begeisterung registrierte.⁷⁷

⁷⁷ Meine Ansichten wurden übrigens, soviel ich weiss, von Botschafter Harriman weitgehend geteilt. Am 6. April 1945 drahtete er nach Washington, es stehe für ihn «ausser Zweifel, dass die Russen bereits eifrig dabei sind, ohne jede Hemmung alles – ich wiederhole alles –, was ihnen brauchbar erscheint, aus Deutschland abzutransportieren». Und nach Walter Mills, dem Herausgeber der ‚Forrestal Diaries‘ (New York, Viking Press, 1951, S. 40-41) war der Botschafter damals der Auffassung, «es würde noch lange dauern, bis feste Abmachungen mit den Russen über Reparationen und Wiedergutmachungsleistungen zustande kämen».

Schliesslich ging es in Potsdam noch um die Frage der Aburteilung von Kriegsverbrechern. Auch hierüber hatte es schon lange vorher Dreimächtegespräche gegeben; aber nach dem Potsdamer Kommuniqué, in dem sich die drei Regierungschefs noch einmal mit dem ganzen Gewicht ihrer Namen für einen baldigen gemeinschaftlichen Prozess gegen einige der Hauptfiguren verbürgten, war keine Umkehr mehr möglich. Meine Abneigung gegen eine gemeinsame Aktion mit den Russen in dieser Angelegenheit habe ich schon erwähnt. Ich möchte aber nicht missverstanden werden. Die Naziführer hatten unermessliche Verbrechen begangen. Sie hatten sich in eine Lage gebracht, wo ihre Weiterexistenz auf Erden weder für sie selbst noch für irgendjemand anderen eine positive Bedeutung haben konnte. Ich persönlich hätte es für das Beste gehalten, die alliierten Befehlshaber anzuweisen, jeden dieser Männer, der ihnen in die Hände fiel, nach zweifelsfreier Identifikation sofort zu exekutieren.

Aber den Naziführern öffentlich den Prozess zu machen, war etwas anderes. Ein solches Verfahren konnte ihre Verbrechen weder sühnen noch ungeschehen machen. Es hätte sich nur rechtfertigen lassen, wenn man damit der Weltöffentlichkeit hätte zeigen können, dass die zu Gericht sitzenden Völker und Regierungen Massenverbrechen jeder Art mit ihrem Gewissen für unvereinbar hielten. An diesem Verfahren aber einen sowjetischen Richter als Repräsentanten eines Regimes zu beteiligen, das nicht nur für die grenzenlosen Grausamkeiten der Russischen Revolution, der Kollektivierung und der russischen Säuberungen der dreissiger Jahre verantwortlich war, sondern darüber hinaus während des Krieges vielfältige Scheusslichkeiten gegen die Polen und gegen die Bevölkerung des Baltikums begangen hatte, hiess den einzigen Sinn verhöhnen, den die Prozesse überhaupt haben konnten, und hiess für uns zudem, einen Teil der Verantwortung für die stalinistischen Verbrechen durch Assoziation mitzuübernehmen. Es liess sich daraus nur schliessen, dass Verbrechen dieser Art gerechtfertigt und verzeihlich seien, wenn sie von einer bestimmten Regierung unter bestimmten Umständen begangen würden, jedoch ungerechtfertigt und unverzeihlich, ja todeswürdig, wenn eine zweite Regierung sie unter abweichenden Umständen verübe. Eine andere Interpretation war kaum möglich. Es war auch nicht möglich, unsere Regierung damit zu entschuldigen, dass sie bedauerlicherweise in Unkenntnis der im Namen des Sowjetstaates von der

stalinistischen Polizei begangenen Untaten gehandelt habe. Die Akten waren ziemlich vollständig. Auch das flüchtigste Studium hätte genügend Beweise erbracht. Mehr als einer von uns hätte sie aus eigenem Wissen und Erleben bestätigen können, wäre er dazu aufgefordert worden.

Ich weiss, dass diese Bemerkungen, genau wie die vorangegangene Erwähnung der Deportationen aus Ostpolen und der Erschiessung der polnischen Offiziere, heute in Moskau auf Empörung stossen werden. Nach dem Motto: «Kein wahrer Freund Russlands würde über uns die Wahrheit sagen», werden die sowjetischen Führer oder ihre Propagandisten meine Worte als «gemeine Verleumdung» abstempeln und sie mit meiner bösartigen Feindschaft gegen sie selbst und alles Russische erklären. Ich möchte deshalb Folgendes hinzufügen:

Es gibt wohl kaum jemanden im Westen, der von den guten Eigenschaften des russischen Volkes tiefer berührt ist als ich oder der grössere Ehrerbietung vor dem Heldenmut und den Opfern empfindet, mit denen es sich aus der Schmach der alten Despotie befreit und dem Ideal der Menschenwürde und der Verantwortung gegenüber der Gesellschaft nähergebracht hat. Ich kenne kein Volk mit einem wacheren Sinn für moralische Werte und keines, das in unseren Tagen mehr dazu beigetragen hat – durch die Thematik seiner grossen literarischen Werke ebenso wie durch den unerhörten Ernst seiner politischen und philosophischen Debatten –, die Grundprobleme der politischen und der Sozialethik zu klären. Dass vor einigen Jahren fürchterliche Verbrechen von Leuten begangen worden sind, die in seinem Namen auftraten, ist eine tragische Ironie, die wir alle lieber vergessen würden. Aber sie ist eine Tatsache, und nicht nur das Volk, sondern auch die Führer der Sowjetunion werden sich ihrer bewusst bleiben und sich damit auseinandersetzen müssen, wenn sie nicht die grosse historische Entwicklung stören wollen, der sich alles, was im modernen geistigen und politischen Leben Russlands wertvoll war, seit den Tagen der Dekabristen verschrieben hat. Es besteht nicht mehr Anlass, diese Verbrechen zu vertuschen als die Ungerechtigkeiten des Zarismus. Im Gegenteil wird es ohne die Auseinandersetzung mit ihnen keinen Zugang zu den Problemen der Zukunft geben. Und ich im Besonderen habe nicht mehr Grund, sie mit Schweigen zu übergehen, als mein Verwandter, der ältere George Kennan, Grund hatte, die Fehler der zaristischen Behörden bei der Errichtung und Handhabung des Systems

der Verbannung nach Sibirien vor den Augen der Amerikaner zu verbergen.

Die überwältigende Mehrheit der Menschen in der Sowjetunion ist von Natur nicht grausam. Sie haben nicht mehr Freude an Grausamkeit als irgendjemand sonst auf der Welt. Im Gegenteil, sie besitzen in ungewöhnlicher Masse die Gabe der Herzengüte, der Zartheit, in besonderen Fällen sogar eine Art Heiligmässigkeit, die im Spiegel ihrer Dichtung grosse Teile der Menschheit bewegt und beeinflusst hat. Dass in ihrem Namen Dinge getan worden sind, die diese grossartigen Charakterzüge für den Aussenstehenden verzerren und aufheben, ist ein Problem der geschichtlichen Deutung und der Verarbeitung im nationalen Bewusstsein, ein Problem, dessen Lösung die Völker der Sowjetunion selber finden müssen. Je eher sie damit anfangen, umso besser. Der Fremde, der Veranlassung hat, die Ereignisse der dreissiger und vierziger Jahre nachzuzeichnen, seine eigene Reaktion darauf festzuhalten und ihren Einfluss auf die spätere Entwicklung zu vermerken, erweist den Russen keinen Dienst, wenn er diese unglückseligen Umstände übergeht.

Von den deprimierenden Ergebnissen der Potsdamer Konferenz berührte mich besonders die Bekräftigung der früheren Beschlüsse über die Trennung Ostpreussens von Deutschland, die Teilung dieser Provinz zwischen Russland und Polen und die ausdrückliche Zuerkennung des Verwaltungszentrums und Hafens Königsberg an die Sowjetunion. Man kann den allgemeinen Inhalt der Vereinbarungen Mr. Truman gerechterweise nicht zum Vorwurf machen. Roosevelt und Winston Churchill hatten sie im Prinzip schon vorher gutgeheissen. Aber die frivole Lässigkeit, mit der man die Entscheidungen traf, die offenkundige Gleichgültigkeit der Amerikaner, damals wie heute, gegen ihre ökonomischen und sonstigen Auswirkungen, desgleichen die Irreführung der amerikanischen Öffentlichkeit sind mir allesamt schwer entschuldbar erschienen.

Nehmen wir nur den Fall Königsberg. Erstens ist mir unfindlich, warum es nötig war, im Potsdamer Kommuniqué die Abtretung der Stadt an die Sowjetunion noch ausdrücklich zu betonen, nachdem aus der Beschreibung der neuen Grenzlinie bereits deutlich hervorging, dass Königsberg auf sowjetischem Territorium liegen würde. Aber darüber hinaus fragt man sich, wieso die amerikanischen Unterhändler es nötig hatten, kritiklos die ungenauen und sogar unsinnigen Behauptungen zu übernehmen, auf die Stalin seine Forderung auf

Überlassung der Stadt stützte, und sich noch zur Weitergabe dieses Unsinnns an die amerikanische Öffentlichkeit bereitzufinden.

Laut Konferenzprotokoll wiederholte Stalin das bereits in Teheran Gesagte und «beklagte sich, dass alle baltischen Häfen einfrieren. Sie frieren nicht alle gleich lange ein, aber sie frieren ein ... Es sei notwendig [für Russland nämlich] von Deutschland zumindest einen eisfreien Hafen zu bekommen.»⁷⁸

Diese Behauptung, die besagte, dass Russland Königsberg als eisfreien Hafen brauche, war vollkommen unsinnig. Russland besass an der Ostsee (immer vorausgesetzt, man billigte ihm die Baltischen Staaten als rechtmässigen Besitz zu, und in Potsdam schien niemand gesonnen, das nicht zu tun) bereits drei tadellose Häfen, die im Wesentlichen eisfrei waren: das frühere Windau (jetzt Ventspils), Libau (jetzt Liepaja) und Baltischport (jetzt Baltisky). Königsberg dagegen liegt neunundvierzig Kilometer von der offenen See entfernt, am Ende eines künstlichen Kanals, der mehrere Monate im Jahr zufriert und wenn überhaupt, dann nur mit Eisbrechern offengehalten wird. Zudem ist Königsberg nur für mässig grosse Schiffe mit einem Tiefgang von nicht mehr als siebeneinhalb Metern erreichbar. In beidem unterscheidet es sich nicht wesentlich von dem grösseren Hafen Riga, der bereits durch die Annektierung des Baltikums an die Sowjetunion gefallen war. Demnach stimmte weder, dass es Russland an eisfreien Häfen mangelte, noch, dass mit Königsberg dieser Mangel, hätte es ihn gegeben, behoben gewesen wäre. Und doch hat, soviel ich sehe, niemand gegen Stalins Behauptung protestiert; und Mr. Truman übernahm den Unsinn, indem er der amerikanischen Öffentlichkeit bei seinem persönlichen Rechenschaftsbericht über die Konferenz feierlich mitteilte, er habe sich bereiterklärt, die jahrhundertealte russische Sehnsucht nach einem eisfreien Hafen zu erfüllen⁷⁹.

Die territoriale Änderung schien mir umso bedenklicher und die gleichgültige amerikanische Einwilligung darein umso weniger verzeihlich, weil man mit ihr wie mit den anderen

⁷⁸ Foreign Relations of the United States. Diplomatic Papers. The Conference of Berlins 1945» Bd. II, S. 305. Washington, D. C., US Government Printing Office, 1960.

⁷⁹ Interessant ist im Zusammenhang mit dieser Geschichte ein Blick in die zweite, die Nachkriegsauflage der grossen Sowjetischen Enzyklopädie, die 1953 herauskam. Dort wird Königsberg ausdrücklich «eisfrei» genannt, obwohl in der vorhergehenden Auflage nichts Derartiges behauptet war. Der Grund für die Neufassung kann nur in Stalins Äusserungen liegen. Dem Leser drängt sich der Schluss auf, dass geographische Fakten sich im Einzelfall nach dem Belieben der sowjetischen Führung zu richten haben. Falls also nach 1945 jemand glaubte, im Königsberger Kanal Eis gesehen zu haben, so hatte er sich geirrt. Es war eine Sinnestäuschung, hervorgerufen durch antisowjetische Vorurteile.

Gebietsabtretungen an die Russen einfach wichtige Produktionsgebiete aus der europäischen Wirtschaft herauschnitt und den Russen gestattete, sie aus Gründen ihrer eigenen militärischen und politischen Konvenienz dem allgemeinen europäischen Wiederaufbau zu entziehen. Das galt nicht nur für die Tage von Potsdam: in den folgenden Monaten und Jahren zeigte sich immer klarer, dass das gesamte Gebiet nie so entwickelt werden würde, dass es zu unsern Lebzeiten im Wirtschaftskreislauf des europäischen Kontinents noch einmal eine Rolle spielen könnte. Obwohl beispielsweise Stalin die Stadt Königsberg mit der Begründung gefordert hatte, dass Russland den Hafen benötige, ist sie danach auch nicht annähernd mehr in dem gleichen Umfang als Hafen benutzt worden wie zu der Zeit, als sie zu Deutschland gehörte. Und das ist typisch für die Lage in ganz Ostpreussen. Die Katastrophe, die über dies Gebiet mit dem Einzug der sowjetischen Truppen hereinbrach, hat in der modernen europäischen Geschichte keine Parallele. Es gab weite Landstriche, in denen, wie aus den Unterlagen ersichtlich, nach dem ersten Durchzug der Sowjets von der einheimischen Bevölkerung kaum noch ein Mensch – Mann, Frau oder Kind – am Leben war, und es ist einfach nicht glaubhaft, dass sie allesamt in den Westen entkommen wären⁸⁰. Die Wirtschaft der Gegend war total zerstört. Ich selbst flog kurz nach Potsdam mit einer amerikanischen Maschine in ganz geringer Höhe über die gesamte Provinz, und es bot sich mir der Anblick eines vollständig in Trümmern liegenden und verlassenem Gebietes: vom einen Ende bis zum andern kaum ein Zeichen von Leben.

Es war völlig ungläubwürdig, wenn die Russen behaupteten, sie könnten und würden dies einstmals blühende Land wieder in die Höhe bringen, vor allem den Teil davon, der jetzt ihnen gehörte und aus dem sie die einheimische Bevölkerung in einer Manier hinausgefegt hatten, die seit den Tagen der asiatischen Horden nicht mehr dagewesen war. Aber wer ein solches Gebiet an sich reisst, der übernimmt, so will mir scheinen, vor der Welt eine gewisse Verantwortung für die Erhaltung seiner Produktivität. Das gilt besonders, wenn es sich um ein landwirtschaftlich wertvolles Gebiet handelt in einer Zeit, in der die Beschaffung von Lebensmitteln für Europa riesige Probleme aufwirft.

⁸⁰ Stalin selbst bestätigte in Potsdam gutgelaunt, dass «in dem für Polen bestimmten Gebiet kein einziger Deutscher mehr» sei. (Foreign Relations of the United States, Diplomatic Papers, The Conference of Berlins 1945, Bd. II, S. 211. Washington, D. C., US Government Printing Office, 1960.) Das war zum Glück übertrieben. In dem fraglichen Gebiet lebten damals noch über hunderttausend Deutsche. Aber auch sie waren nur ein Bruchteil der früheren Bevölkerung.

Es gab sicher Leute, denen die zweieinhalb Millionen Ostpreussen entbehrlich schienen. Aber wie stand es mit den 500'000 Pferden, den 1,4 Millionen Rindern, den 1,85 Millionen Schweinen, die es dort einmal gegeben hatte? Und den fast 4 Millionen Tonnen Weizen, den 15 Millionen Tonnen Roggen, den 40 Millionen Tonnen Kartoffeln, die dort jährlich produziert worden waren? Augenscheinlich hatte den sowjetischen Generälen, deren Truppen das Land überfluteten, nichts ferner gelegen als der Gedanke an die Erhaltung seiner Produktionskapazität oder ein Gefühl der Verantwortung gegenüber dem Rest Europas. Derlei Dinge überliess man uns Amerikanern. Wir konnten ja das Defizit ausgleichen, wenn uns daran lag.

Ich habe die Gleichgültigkeit unserer Politiker und unserer öffentlichen Meinung diesen Zuständen gegenüber nie begreifen können. Es ist doch nicht dasselbe, ob ein grosses Land ein Gebiet erschliesst, um dann selbst zu nutzen, oder ob es das Gebiet erst verwüstet und es dann in seine Gewalt oder seinen Einflussbereich bringt, ohne fähig oder willens zu sein, es auch nur auf den Stand der Entwicklung wieder hinaufzuführen, auf dem es fünfzig Jahre vorher bereits gewesen war. Es ist doch nicht einerlei, wenn jemand fruchtbares Land nur an sich reisst, um es aus militärischen Gründen in eine Wüste zu verwandeln.

Eine andere Frage, die uns in der Amerikanischen Botschaft in Moskau zu jener Zeit auf der Seele lag, war die nach der Zukunft der wirtschaftlichen und finanziellen Beziehungen zwischen Amerika und der Sowjetunion.

Man hat unsern damaligen Regierungen, sowohl der von Roosevelt wie der von Truman, oft zum Vorwurf gemacht, dass sie das Pacht- und Leihabkommen mit Russland im Sommer 1945 so abrupt ausser Kraft setzten und es unterliessen, den Sowjets den Riesenkredit anzubieten, den wir ihnen nach Auffassung einiger Leute in Aussicht gestellt hatten. Es schien uns damals, dass man diese Fragen im Zusammenhang mit dem Gesamtkomplex der zukünftigen Handelsbeziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion betrachten müsse, genau wie die Überlegungen, in welchem Umfang die Hilfsmassnahmen der UNRRA für Europa, die damals anliefen, der UdSSR zugute kommen sollten.

Ich gestehe: wenn die Regierung der Vereinigten Staaten wegen ihrer Härte in der einen oder anderen oder sogar in allen diesen Fragen Tadel verdient, dann verdiene ich schärferen Tadel, weil ich noch härter war, weil ich es schon früher war,

und weil ich Washington zu seiner starren Haltung veranlasst und es darin bestärkt habe.

Weit entfernt davon, die Annullierung des Pacht- und Leihvertrages nach Beendigung unserer militärischen Partnerschaft mit Russland im Sommer 1945 zu bedauern, hatte ich bekanntlich schon ein Jahr vorher, zur Zeit des Warschauer Aufstands, dafür plädiert, unser Hilfsprogramm zum wenigsten stark einzuschränken, wenn es nicht gelänge, ein besseres politisches Einvernehmen mit der Sowjetunion herzustellen. Und was unsere Handelsbeziehungen zu Russland und den möglichen Kredit betraf, so hatte ich meine Meinung dazu bereits am 3. Dezember 1944 in einem Memorandum für den Botschafter dargelegt, das ich zusammen mit zwei anderen Beamten unterschrieb und das eine damals in den Washingtoner Planungskomitees vielberedete Anregung untersuchte, der Sowjetunion gleich nach Kriegsende einen Kredit von 3,5 Milliarden Dollar zu gewähren.

Die Russen hatten offenbar bereits zu erkennen gegeben, dass sie an einem solchen Kredit interessiert seien, und hatten unter anderem eine zweieinhalbprozentige Verzinsung und eine erst nach zehnjähriger Laufzeit einsetzende Amortisation als erwünscht bezeichnet. In unserm Memorandum unterstellten wir, dass die Bedingungen angenommen würden, unterstellten ferner, dass die sowjetischen Exporte in die Vereinigten Staaten in den Nachkriegsjahren höchstens 100 Millionen Dollar jährlich erreichen würden (was wir schon recht optimistisch fanden)⁸¹ und kamen dabei am 3. Dezember 1944 zu folgendem Ergebnis:

«Wir halten bei einem gleich nach Kriegsende zu gewährenden Kredit anderthalb bis zwei Milliarden für das Maximum des Vertretbaren – vorausgesetzt, dass die noch aus dem Kriege stammenden Verbindlichkeiten wie etwa Lieferungen aus dem Pacht- und Leihabkommen hierin einbezogen werden . . .

Wir betrachteten dementsprechend Kredite in Höhe von dreieinhalb Milliarden über die bereits protokollarisch festgelegten Leistungen hinaus ... als ungesund. Vermutlich würden sie bei Fälligkeit grossenteils nicht zurückgezahlt werden können und prolongiert werden müssen, mit dem Ergebnis, dass die zu erwartenden sowjetischen Exporte in die Vereinigten Staaten auf weitere Jahrzehnte hinaus verpfändet wären und die Frage

⁸¹ In Wirklichkeit erreichten die sowjetischen Exporte in die Vereinigten Staaten von 1947-1959 einschliesslich nur einen Jahresdurchschnitt von 15,74 Millionen Dollar.

der Bezahlung zukünftiger Exporte der Vereinigten Staaten nach Russland kompliziert würde.»

Wir untersuchten sodann die Einstellung der Sowjets zur Aussenwirtschaft im Allgemeinen und die Folgerungen, die sich daraus für unsere Regierung und ihre Wirtschaftsplanung ergaben:

«Wir sind nicht der Meinung, dass die Absichten der Sowjetregierung aus ihren Handlungen bereits genügend klar hervorgehen, um die Annahme zu rechtfertigen, wir würden nicht wieder, wie schon bei Japan und Deutschland, durch die Förderung der sowjetischen Rüstungsindustrie ein Militärpotential schaffen helfen, das eines Tages zu unserm Nachteil verwendet werden könnte . . .

Die Sowjetregierung betrachtet den Aussenhandel grundsätzlich als eine politisch-ökonomische Waffe, um die Macht ihres Landes im Verhältnis zu anderen Ländern zu vergrößern. Importe aus den USA sind für sie nur ein notwendiges Mittel zur beschleunigten Herbeiführung einer vollständigen militärisch-ökonomischen Autarkie. Sowie diese Autarkie im Wesentlichen erreicht ist, wird es ungewiss, ob die Sowjetregierung im selben Umfang wie zuvor am Import aus den Vereinigten Staaten interessiert bleibt, ausser vielleicht zu Bedingungen, die für uns völlig unannehmbar sind. Im Gegenteil: sollte unsere Privatindustrie eines Tages infolge einseitiger Forcierung des Exports von Maschinen und Werkzeugmaschinen in die Sowjetunion zur Erhaltung ihres Produktions- und Beschäftigungsstandes auf die Aufträge des sowjetischen Staatshandels angewiesen sein, so würden die Russen, sofern es in ihre Pläne passt, nicht zögern, diese Abhängigkeit zusammen mit ihrem Einfluss auf Teile der organisierten Arbeiterschaft zur Verwirklichung von politischen und wirtschaftlichen Zielen zu benutzen, die nicht im Interesse unseres Volkes liegen⁸².»

In einem anderen Entwurf, der allem Anschein nach aus dem Spätsommer 1945 stammt, finde ich dieselben Ansichten noch deutlicher formuliert. Er entspricht ziemlich genau der Auf-

⁸² Diese letzte düstere Prophezeiung entsprang meinen Erinnerungen an die unglückselige Abhängigkeit von sowjetischen Aufträgen, in der die deutschen, vor allem die sächsischen, Werkzeugmaschinenhersteller sich während der Wirtschaftskrise zu Anfang der dreissiger Jahre befunden hatten. Es war eine Gefahr, die in unserm Fall nicht Wirklichkeit geworden ist, deren man sich aber beim Handel mit einem Land mit Aussenhandelsmonopol immer bewusst bleiben sollte.

fassung, die ich damals dem Botschafter und dem State Department gegenüber vertrat.

«Ich kenne kein politisches oder wirtschaftliches Argument, mit dem man es rechtfertigen könnte, der Sowjetunion weiterhin Pacht- und Leihhilfe zu gewähren, ihr aus dem UNRRA-Fonds, zu dem sie selbst nichts beisteuert, grössere Unterstützungen zukommen zu lassen oder ihr zusätzliche amerikanische Regierungskredite zu bewilligen, ohne dass wir selber davon entsprechende politische Vorteile haben. Dabei ist mir bewusst, dass

1. die Russen auf ausländische Hilfe nicht unbedingt angewiesen sind, es sei denn, sie überanstrengten ihre Wirtschaft durch die Aufrechterhaltung einer Militärmacht, die über die Erfordernisse ihrer eigenen Sicherheit weit hinausgeht. Ihre landwirtschaftlichen und industriellen Hilfsquellen und Produktionsmöglichkeiten reichen aus, um eine ziemlich schnelle Erholung auch ohne Hilfe von aussen zu gewährleisten.

2. Das derzeitige sowjetische Wirtschaftsprogramm erstrebt den Ausbau der Rüstungsindustrie auf Grund einer politischen Zielsetzung, die unseren Interessen zuwiderläuft. Unsere Regierung hat keinen Anlass, ein solches Programm zu fördern.

3. Die einzige reale Möglichkeit, einen Kredit zurückzuzahlen, liegt in den russischen Exporten nach den Vereinigten Staaten. Auch bei einer Steigerung auf ein Mehrfaches ihres Vorkriegswertes würden diese Exporte nicht ausreichen, um davon Zinsen und Amortisation grosser langfristiger Kredite zu bezahlen und gleichzeitig die laufenden Einkäufe der Sowjets in den USA auf einer gesunden Höhe zu halten . . .

4. Der Aussenhandel ist in der Sowjetunion ein Staatsmonopol. Obwohl bei uns so ablehnend über Trusts, Monopole und Kartelle gesprochen wird, scheinen wir bei dem grössten aller Trusts, der Sowjetunion, eine Ausnahme machen zu wollen . . . Ich bin für Handel mit Russland. Aber er müsste so gehandhabt werden, dass eine Abhängigkeit grösserer Teile der amerikanischen Geschäftswelt vom staatlichen Aussenhandelsmonopol der Sowjetunion dabei nicht entstehen kann.»

Ich möchte hinzufügen, dass meine Ansichten in diesem und vielen anderen Fällen nach kritischer Überprüfung durch Botschafter Harriman von diesem umsichtig und wirkungsvoll unterstützt und von Washington im Allgemeinen übernommen

wurden. Aus der Rückschau empfinde ich keinerlei Bedauern, weder über meine eigene Handlungsweise noch über die des Botschafters oder der Regierung. Unter den damaligen Umständen wäre ein grosser Kredit an die Sowjetunion in keiner Weise vertretbar gewesen und hätte mit Sicherheit zu einem späteren Zeitpunkt bittere Fehden und Vorwürfe ausgelöst, sowohl zwischen den beiden Regierungen als auch in der amerikanischen Innenpolitik. Was die Leihpacht betrifft, so erreichte ein grosser Teil unserer Lieferungen im Gesamtwert von n Milliarden Dollar, darunter Sendungen im Werte von 244 Millionen Dollar nach dem Zusatzprotokoll vom 15. Oktober 1945 (für die bis heute keine Zahlungen geleistet worden sind), Russland erst nach dem Ende der Kämpfe gegen Deutschland und wurde grossenteils für Zwecke verwendet, die mit dem Krieg gegen unsere gemeinsamen Feinde nichts zu tun hatten. Damit nicht genug, erhielten die Russen UNRRA-Hilfe in Höhe von weiteren 249 Millionen Dollar; und wir übergaben ihnen nochmals Werte von mehreren Millionen Dollar in Gestalt von Reparationsleistungen aus unsrer Besatzungszone in Deutschland (darunter, wie ich zu meinem grossen Zorn 1947 feststellte, sogar eine Herde Karakulschafe, die unsere Militärbehörden wegen der Beschaffenheit des Fells als deutsche Kriegsbeute deklariert hatten). Alles in allem scheinen mir die Russen in der ersten Nachkriegszeit nicht schlecht weggekommen zu sein; und ich sehe nicht, was es an der Tatsache zu bereuen geben sollte, dass ich meinen Einfluss benutzte, um unserer Freigebigkeit Einhalt zu gebieten, bevor sie ins Uferlose ging.

xI. Das lange Telegramm

Meine Ansichten zum Problem der Wirtschaftshilfe für Russland waren gewiss auch von dem Eindruck einer Reise durch die Sowjetunion beeinflusst, zu der ich kurz nach dem Ende der Kämpfe in Europa Gelegenheit bekam.

Nach meiner Ankunft in Russland, im Sommer davor, hatte ich beim sowjetischen Aussenministerium eine Reiseerlaubnis nach Westsibirien beantragt, vor allem nach dem Stahlzentrum, das damals Stalinsk-Kusnezsk hiess, rund dreihundert Kilometer südöstlich von Nowosibirsk und ungefähr ebensoweit nordwestlich der damaligen Grenze von Tannu-Tuva. Das grosse Hüttenwerk dort war eines der beiden grossen Projekte dieser Art, die in den dreissiger Jahren fertig geworden waren; das andere, bekanntere, war Magnitogorsk im Ural. Obwohl schon viele Ausländer in Magnitogorsk gewesen waren, hatte meines Wissens in den letzten Jahren kein Westler Kusnezsk besucht. Ich hatte noch keines der ganz grossen sowjetischen Industriewerke gesehen und dachte es mir interessant, eines zu besichtigen!, in das nicht so viele Ausländer kämen. Ausserdem lockte mich auch hier wieder das Vorbild meines berühmten Namensvetters aus dem neunzehnten Jahrhundert. Ehe ich Russland wieder verliess, wollte ich wenigstens einen kleinen Zipfel des riesigen sibirischen Gebietes sehen, in dem er so viel umhergereist war und mit dem sein Name so mannigfach verknüpft blieb.

Monatelang hatte das Aussenministerium auf meinen Antrag nicht reagiert. Als das Frühjahr nahte, war ich überzeugt, er würde das Schicksal der vielen, vielen ähnlichen Anträge teilen, zu denen die sowjetischen Behörden nicht ja, aber auch nicht nein hatten sagen wollen und deshalb überhaupt nichts gesagt hatten. Ich hatte die Sache schon fast vergessen, als ich im Frühjahr 1945 plötzlich ins Aussenministerium gerufen wurde und gesagt bekam, ich dürfe fahren. Ich machte die Reise irgendwann im Sommer, wann genau weiss ich nicht mehr. Meine Erlebnisse beschrieb ich in einer wortreichen literarischen Arbeit, die dem Leser glücklicherweise erspart bleiben wird, weil sie nicht mehr zu finden ist. Die Reise nach Nowosibirsk ging per Eisen-

bahn vor sich: vier Tage und vier Nächte im Schlussabteil eines Schlafwagens, in dem ich von den übrigen Passagieren durch zwei NKWD-Beamte getrennt war, die «zufällig» neben mir hausten.

In Nowosibirsk verbrachte ich einige Tage mit der Besichtigung dieses im Entstehen begriffenen sibirischen Chikagos. Am Nachmittag vor der auf den frühen Morgen festgesetzten Weiterfahrt nach Kusnezsk nahm man mich mit zu einem in Stadtnähe gelegenen Staatsgut. Es war in der Tat ein sehenswertes Gut, mit grossen Herden stattlichen Viehs in einer weiten Landschaft von atemberaubender Schönheit und Fruchtbarkeit. Nach Beendigung des Rundgangs schlug ich vor, gleich in die Stadt zurückzufahren, weil ich wegen der Weiterreise am nächsten Morgen früh zu Bett müsse. Aber wie es hiess, wurde im Obstgarten gerade mir zu Ehren zum Tee gedeckt, und man gab mir zu verstehen, dass meine Teilnahme *de rigueur* sei.

Der «Teetisch» erwies sich als eine lange hölzerne Tafel, die unter der Last aller nur denkbaren Speisen buchstäblich ächzte. An die zwanzig Personen machten die Honneurs und achteten streng darauf, dass die verschiedenen Gänge mit dem ausgezeichneten Wodka hinuntergespült würden, aber nicht etwa Schnapsglas-, sondern gleich becherweise. Wir tafelten bis zum Abend. Einer meiner Gastgeber war ein stämmiger junger Parteisekretär aus Nowosibirsk, ein unverkennbar einflussreicher und fähiger Mann und so zwanglos in seinem Auftreten, dass er im weiten amerikanischen Westen (mit dem Sibirien wirklich viel Ähnlichkeit hat) sofort heimisch gewesen wäre. Als der «Teetisch» geräumt wurde, hatten er und ich ganz aussergewöhnlich gute Laune. Er bot an, mich in seinem Jeep in die Stadt zurückzubringen, und so geschah es. Bis zur Ankunft dort war unsere Laune womöglich noch besser geworden. Wir fanden beide, dass Schlafengehen eine langweilige Idee sei; er führte mich stattdessen in das Nachtleben von Nowosibirsk ein. Er tat es mit Begeisterung; die Tour dauerte die halbe Nacht. Meine Erinnerung daran ist bedauerlicherweise nicht ganz klar. Meine NKWD-Eskorte wurde gleich zu Anfang von meinem Begleiter mit barschen Worten entlassen. Einen köstlichen Abend lang gehörte ich praktisch zur sowjetischen Regierungskaste. Wir gingen in mehrere Theater, verschafften uns Zugang durch Seitentüren, starteten eisig durch jeden hindurch, der sich uns in den Weg zu stellen wagte, und liessen uns ganz selbstverständlich in der Regierungsloge nieder. Ich habe auch noch eine

dunkle Erinnerung an eine Tanzgruppe in einem Park, dass wir ihr zusahen und dass sie miserabel war. Wir besuchten einen Zirkus, wo eine Dame ihren Kopf in den Rachen eines Löwen legte, und waren uns nach genauerer Betrachtung der Dame zu unser beider Entzücken darin einig, dass wir schrankenlose Bewunderung für den Mut des Löwen hegten. Wir beendeten das Unternehmen in den frühen Morgenstunden damit, dass wir einen ganz verschlafenen und zerknautschten Bahnhofsvorsteher aus dem Bett holten und ihn zwangen, uns sein Reich zu zeigen. Nach Auskunft meines Gastgebers handelte es sich um einen der grössten Bahnhöfe Russlands, der in keinem gut organisierten Besichtigungsprogramm fehlen dürfe. Die Tage in Kusnezsk vergingen auf ähnlich angenehme Weise. Nach rund achtzehnständiger Bahnfahrt (während welcher der im Sowchos genossene «Tee» immer noch so stark wirkte, dass der Gedanke an Essen mich schaudern machte) kam ich um drei Uhr in der Frühe dort an und fand mich umgehend wieder vor einer Tafel, die unter *sakuski* fast zusammenbrach; nur dass das Getränk diesmal sibirische Liköre waren – made in Kusnezsk, der Stolz der Stadt; und erneut musste ich den gutgemeinten, aber manchmal anstrengenden Refrain aller russischen Gastfreundschaft über mich ergehen lassen: «Sie essen ja nichts – es schmeckt Ihnen wohl nicht, wie?»

Dasselbe Buffet mit den gleichen Speisen, von Zeit zu Zeit nach Bedarf aufgefüllt, blieb während unseres ganzen Aufenthalts stehen; es bildete unsere einzige Verpflegung, aber eine sehr üppige; und dreimal täglich machten meine Gastgeber sich freudig darüber her und drängten mich, es ihnen gleichzutun. Seit Krieg war, hatten sie solche Delikatessen wohl nicht oft gesehen. Auch sie waren, wie mein Freund in Nowosibirsk, vergnügt und ausserordentlich freundlich.

Das Beste von allem war die Rückreise per Luft nach Moskau. Sie dauerte drei Tage, mit Übernachtungen in Tscheljabinsk und Kasan. Irgendwie schien das NKWD meine Spur verloren zu haben. Vermutlich waren sie in Nowosibirsk mit mir fertig, und die Moskauer Zentrale hatte noch nicht übernommen. Mit dem Ergebnis, dass ich – endlich – einmal nicht das Gefühl hatte, ein Fremder zu sein, sondern zu den normalen Sowjetmenschen um mich herum zu gehören. Den andern Reisenden im Flugzeug jedenfalls schien an mir nichts aufzufallen. Auf dem Flugplatz von Omsk sass ich mit einer Gruppe von ihnen wegen der Hitze des Tages unter dem Schatten spendenden Flügel der Maschine

im Gras und las ihnen auf ihre Bitte laut aus Alexej Tolstois Buch über Peter den Grossen, meiner Reiselektüre, vor. Nachts teilte ich mit ihnen die kleinen Schlafstellen am Flugplatz, ganz als wäre ich ein Durchschnittsbürger wie sie. Ich fühlte mich ganz und gar zu Hause unter ihnen, und nie sind mir die künstlichen Barrieren, die in Moskau Leute wie mich von den Sowjetbürgern trennten, alberner und erbärmlicher vorgekommen.

Am letzten Tag der Reise, als ich im Heck einer DC-3 auf einer Kiste sass und die weite Ebene westlich der Wolga langsam unter uns hinwegzog, verfiel ich beim Anblick meiner freundlichen Mitreisenden wieder einmal in Gedanken über das Problem der amerikanischen Russlandhilfe, dieses Problem, das uns mit snen vielen Aspekten, von der Leihpacht über die Rote-Kreuz-Hilfe und die UNRRA bis hin zu den Gesprächen über einen Grosskredit an die sowjetische Regierung, in den vergangenen Monaten so stark beschäftigt hatte. Die Russen waren grossartige und rührende Leute – die Erlebnisse auf meiner Reise hatten es mir gerade erst wieder bewiesen. Sie hatten Fürchterliches durchgemacht, zum Teil auch für uns. Man hätte ihnen so gern geholfen – aber konnte man das denn? Ich fand, dass man als Amerikaner für Leute, die einem stark autoritären Regime unterstanden, noch dazu einem amerikafeindlichen Regime, sehr wenig tun konnte, ohne gleichzeitig dem Regime zu helfen, das sie beherrschte. Wollten wir zum Beispiel Wirtschaftshilfe in Gestalt von Verbrauchsgütern leisten, so würde das Regime uns zunächst unedle Motive vorwerfen, sich sodann an die Bevölkerung wenden und sagen: «Wer, wenn nicht wir, würde wohl geschickt genug gewesen sein, den bösen Imperialisten diese Hilfe für euch zu entlocken?» Und schliesslich würde es einfach die entsprechende Menge von Verbrauchsgütern aus der eigenen Produktion, die es sonst der Bevölkerung hätte geben müssen, für andere Zwecke verwenden, und die Gesamthöhe der Zuteilungen an die Zivilbevölkerung würde sich kein bisschen ändern. Wollten wir andererseits versuchen, dem Regime durch irgendwelche wirtschaftlichen Pressionen zu schaden, so würde es Mittel und Wege finden, diese Unannehmlichkeiten auf die Zivilbevölkerung abzuwälzen, und sie zum Beweis sowohl für die Feindseligkeit des Auslands gegen das Volk als auch für die eigene Unentbehrlichkeit als Beschützer des Volkes benutzen. Anders ausgedrückt: Volk und Regime waren durch eine dialektische Beziehung aneinander gebunden, so dass man dem Volk nicht helfen konnte, ohne dem Regime

zu helfen, und dem Regime nicht schaden, ohne dem Volk zu schaden. Unter diesen Umständen war es sicherlich besser, gar nicht den Versuch zu machen, zu helfen oder zu schaden, sondern das Volk in Ruhe zu lassen. Schliesslich war das Verhältnis zu ihrer eigenen Regierung Sache der Russen und nicht unsere Sache. Wir konnten also nichts tun – nichts in guter und nichts in böser Absicht –, ohne unbeabsichtigte und unerwünschte Wirkungen hervorzurufen und Zweifel an unseren Beweggründen zu wecken.

In den Nachkriegsjahren, als in der öffentlichen Diskussion über unsere Aussenpolitik Fragen der Auslandshilfe allmählich immer mehr in den Vordergrund rückten, hatte ich noch oft Anlass, mich auf diese Überlegungen zu besinnen. Jene Stunden im Flugzeug legten den Grund für die Unschlüssigkeit und die Skepsis, die ich bis heute beim Gedanken an die Auslandshilfe empfinde – das heisst an die Möglichkeit, durch einen Eingriff von aussen, und sei er noch so gut gemeint, das Leben anderer Völker entscheidend zu ändern und zu bessern.

Nach Beendigung des Krieges mit Japan wurde Botschafter Harriman wiederholt zur Erfüllung von Sonderaufgaben von Moskau abgerufen. Das wirkte sich auf meine eigene Stellung insofern aus, als ich nunmehr von Zeit zu Zeit genötigt war, meine Ansichten dem Aussenministerium direkt zu übermitteln und mich selber um die offiziellen amerikanischen Besucher zu kümmern, die jetzt immer zahlreicher in der sowjetischen Hauptstadt erschienen.

Im September, als der Botschafter gerade wieder nicht da war, besuchte uns eine Gruppe von Mitgliedern des Kongresses. Sie wollten Stalin sehen. Ich war nicht begeistert von der Idee, auch nicht sehr optimistisch, dass es gelingen würde, aber es blieb mir nichts übrig als einen Termin zu erbitten. Ich wusste, dass solche Wünsche gewöhnlich nicht erfüllt wurden. In diesem Fall waren die Aussichten besonders schlecht, weil ich gerade erst einen ganz ähnlichen Antrag stellen müssen – für Senator Claude Pepper aus Florida, ein Mitglied des Aussenpolitischen Ausschusses des Senats, der zufällig zur selben Zeit in Moskau war wie die Abgeordneten. Zu meinem grossen Erstaunen wurden beide Besuche angenommen und die Termine auf zwei aufeinanderfolgende Tage gelegt. Ich begleitete beide Parteien in den Kreml und dolmetschte bei beiden Gesprächen.

Um was es bei der Unterhaltung zwischen den Abgeordneten und Stalin ging, weiss ich nicht mehr – in den Washingtoner Archiven würde es sicher nachzulesen sein –, aber was davor passierte, ist mir noch in lebhafter Erinnerung. Der Besuch sollte um sechs Uhr nachmittags in Stalins Büro im Kreml stattfinden. Vorher sollten die Abgeordneten noch die Moskauer U-Bahn besichtigen. Die hatte ich schon sehr oft gesehen, und deshalb beschloss ich, die Rundfahrt nicht mitzumachen, und vereinbarte stattdessen, dass ich meine Landsleute um halb sechs am Ausgang der U-Bahn-Station Mossowjet abholen würde, die als letzte auf dem Programm stand. Ich war beizeiten da und wartete. Halb sechs war längst vorüber, keiner der Abgeordneten war erschienen, und ich begann unruhig zu werden. Rückfragen ergaben, dass die Besucher irgendwo im Erdinnern mit «Tee» bewirtet würden. Wo genau das vor sich ging, habe ich nie ermittelt, aber meine zu grösster Eile angetriebenen Boten förderten die Gesellschaft schliesslich zutage. Es war zehn vor sechs. Entgeistert stellte ich fest, dass der «Tee», mit dem die liebenswürdigen Gastgeber von der Moskauer U-Bahn meine Schützlinge gelobt hatten, genauso wenig alkoholfrei gewesen war wie der in Nowosibirsk: Ausgerechnet in dem Moment, in dem sie dem grossen Sowjetherrscher gegenüber treten sollten, hatte man sie – je nach Charakterstärke und Geistesgegenwart mehr oder weniger ausgiebig – mit Wodka vollgefüllt.

In zwei Limousinen brausten wir in Richtung Kreml, ich sass in der ersten auf dem Vordersitz. Als wir uns dem Eingang zum Kreml näherten, der wahrscheinlich der am schärfsten und genauesten bewachte Eingang der Welt ist, drangen zu meinem Entsetzen aus dem Wageninnern die heiseren Worte an mein Ohr: «Wer zum Teufel ist denn schon dieser Stalin, he? Warum soll ich da eigentlich hin und ihn mir ansehen? Ich steig lieber aus.» Es hatte umständlicher Vorbereitungen, darunter der Vorlage sämtlicher Pässe beim Aussenministerium, bedurft, um sicherzustellen, dass die Gruppe in den Kreml eingelassen würde, und ich wusste, wenn jetzt einer fehlte, würde es einen Riesenaufruf geben. Deshalb sagte ich sehr energisch: «Auf gar keinen Fall steigen Sie aus. Sie bleiben auf Ihrem Platz und trennen sich nicht von der Gruppe.» Dann kamen die Einlassformalitäten am Tor. Die Wagentüren wurden geöffnet, die Identitäten festgestellt, unter die Sitze geblickt. Ein Wagen voll Bewaffneter setzte sich vor uns, ein zweiter hinter uns. So bewacht führen

wir die kurze Steigung hinauf ins Allerheiligste des Kreml. Da liess sich hinter mir die heisere Stimme von Neuem hören: «Wie wär's, wenn ich dem alten Knaben mal eins auf die Nase gäbe?» Mein Herzschlag setzte aus. Ich weiss nicht mehr, was ich sagte, aber sicherlich habe ich mich nie im Leben mit grösserem Nachdruck geäussert, und ich glaube mich zu erinnern, dass die nüchterneren Mitglieder der Gruppe mir dabei halfen. Jedenfalls kam unser Kamerad lammfromm mit. In Stalins Büro sass er am Ende des langen Tisches, Stalin genau gegenüber, und beschränkte sich darauf, den erstaunten Diktator von Zeit zu Zeit anzufeixen und ihm zuzuzwinkern; und die unsichtbaren Gewehrmündungen, die zweifellos von allen Seiten auf uns gerichtet waren, verharrten in finsterem Schweigen.

Es war nur ein kleines Erlebnis, aber eines von der Sorte, die es im Auswärtigen Dienst häufiger gab und die mich allmählich immer stärker zweifeln liess, ob direkte Kontakte von Mensch zu Mensch denn wirklich der Verbesserung der zwischenstaatlichen Beziehungen dienen. Aber ich muss dazu sagen, dass bei unsern Besuchern aus dem Kongress die Fähigkeit, aus der Reise für sich selbst und für die Interessen unserer Regierung Gewinn zu ziehen, zwischen ungenügend und hervorragend schwankte. Es waren scharfsinnige und ernstzunehmende Männer darunter, die uns nicht nur nach ihrer Rückkehr nach Washington wertvolle Unterstützung gaben, sondern uns auch während ihres Aufenthalts in Moskau manchen nützlichen und dankbar befolgten Rat erteilten.

Die Unterredungen mit Stalin verliefen beide glatt, wenngleich es auch bei Senator Pepper nicht ganz ohne Komplikationen abging. Ich hatte seinen Wunsch, Stalin zu sprechen, ganz selbstverständlich und ohne nachzudenken mit seiner Zugehörigkeit zum Aussenpolitischen Ausschuss des Senats begründet – mit seinem Status als Staatsmann sozusagen. Unter diesem Vorzeichen war er auch vorgelassen worden. Und dann gestand er mir am Vorabend der Unterredung zu meiner Bestürzung, seine Reise diene nicht ausschliesslich offiziellen, sondern zugleich auch journalistischen Zwecken – er schreibe nämlich Artikel für ein Zeitungssyndikat in Florida. Ob ich wohl glaube, dass er die Unterhaltung mit Stalin verwerten könne, und wenn ja, ob er das Manuskript in Moskau zur Post geben oder besser warten solle, bis er aus Russland heraus sei?

Hätte ich gewusst, dass er als Journalist kommen wollte, dann hätte ich das natürlich in meinem Gesuch deutlich machen und

es über andere Dienststellen leiten müssen. Wie die Sache schliesslich in Ordnung gebracht wurde, ist mir entfallen. Ich weiss nur noch, mit welchem Gefühl der Vergeblichkeit ich versuchte, den Russen zu erläutern, was wohl einen hochangesehenen Politiker, der schwerwiegende internationale Probleme mit einem fremden Regierungschef besprochen hat, zu dem Wunsch veranlassen könnte, dies Gespräch gegen sehr mässige Entlohnung für die kommerziellen Massenmedien auszuschlachten. Ich wusste, dass zehn Jahre nicht reichen würden, um sie davon zu überzeugen, dass dies ein rühmliches Verhalten sei; und ich wäre für die Aufgabe auch nicht der Richtige gewesen, denn diesmal stand ich, wie ich zugebe, auf Seiten der Russen.

An dieser Stelle scheint mir ein Wort über Stalin angebracht. Die persönliche Begegnung mit einem Mann der Öffentlichkeit vermittelt natürlich einen anderen – und viel weniger klaren – Eindruck als ein gründliches Studium seiner Laufbahn. Über den Staatsmann Stalin habe ich an anderer Stelle gesprochen⁸³. Hier ein paar Bemerkungen über die Person:

Von Gestalt war er gedrungen und ziemlich kurz, weder besonders dick noch dünn, aber eigentlich eher schlank. Sein eckig geschnittener Rock schien immer ein wenig zu gross für ihn; man spürte den Wunsch, die Schwächigkeit der Gestalt zu korrigieren. Die Gesichtszüge, grob, aber gutgeschnitten, deuteten auf ruhige, gesammelte Kraft. Die Zähne waren verfärbt, der Schnurrbart ungepflegt und zottig. Das gab ihm, zusammen mit der pockennarbigen Haut und den gelben Augen, das Aussehen eines alten, kampferprobten Tigers. Sein Benehmen, wenigstens uns gegenüber, war einfach, ruhig und unaufdringlich. Er war nicht auf Wirkung aus. Er machte wenig Worte. Meist klangen sie vernünftig und verständig; sie waren es auch oft. Ein uneingeweihter Besucher hätte nie erraten, welche Abgründe von Berechnung, Ehrgeiz, Machtgier, Eifersucht, Grausamkeit und hinterlistiger Rachsucht hinter dieser unauffälligen Fassade lagen.

Stalins Verstellungskunst war ein wesentlicher Teil seiner Grösse als Staatsmann, genau wie seine Gabe, sich simpel, einleuchtend und scheinbar völlig harmlos auszudrücken. Obwohl völlig unoriginell im schöpferischen Sinne, war er immer ein ausserordentlich gelehriger Schüler gewesen. Er besass ein unglaublich entwickeltes Beobachtungs- und, wenn es ihm passte, auch Nachahmungstalent (und wenn er seine Lehrmeister

⁸³ Russische Aussenpolitik unter Lenin und Staling Kapitel 17 (1961, Steingrüben Verlag, Stuttgart).

anschliessend umbrachte, was er meistens tat, dann war das im Grunde ein Zeichen seiner Hochachtung). Gleichzeitig war er natürlich selbst ein grosser, wenn auch fürchterlicher (teilweise grosser, *weil* fürchterlicher) Lehrmeister der Politik. Das Aller-eindrucksvollste an ihm aber war seine unerhörte, diabolische Geschicklichkeit. Einen grösseren Meister in der Kunst der Taktik hat es in der Neuzeit noch nicht gegeben. Die unauffällige, ruhige Fassade, so unschuldsvoll entwaffnend wie der erste Zug des Schach Weltmeisters, war Teil dieser genialen, beängstigenden taktischen Überlegenheit.

Kollegen, die ihn öfter sahen als ich, haben berichtet, dass sie gelegentlich auch andere Seiten an ihm beobachten konnten: das Aufleuchten der gelben Augen in einem Anfall von Wut und Drohung, wenn er sich zwischendurch an irgendeinen unglückseligen Untergebenen wandte; die teuflische Freude am Quälen, die bei den grossen Diplomatenessen der Kriegszeit aus den höhnischen Trinksprüchen klang, mit denen er seine Untergebenen in Anwesenheit der Ausländer demütigte, nur um seine Macht über sie zu zeigen. Ich selbst habe solche Dinge nicht erlebt. Aber als ich ihm zum erstenmal begegnete, war ich schon lange genug in Russland, um einigermaßen Bescheid zu wissen. Doch zweifelte ich während meiner Besuche keinen Augenblick daran, dass ich einen der bedeutendsten Männer dieser Erde vor mir hatte – gross vor allem im Bösen, wenn man so will: unbarmherzig, schamlos, gerissen, unendlich gefährlich; und bei alledem: einen der wahrhaft Grossen unserer Epoche⁸⁴.

Gleich nach der Begegnung mit Stalin bot sich mir Gelegenheit, einen kurzen Abstecher nach Helsinki zu machen. Ich füge hier aus meinen Reisenotizen den Abschnitt ein, der den Übergang von Russland nach Finnland beschreibt – teils als Abwechslung von der schwerverdaulichen politischen Kost, teils darum, weil er ein Erlebnis von grosser Wichtigkeit für alle Westler ist, die in Russland leben.

Ich sollte vielleicht daran erinnern, dass die Karelische Landenge, durch die der Zug fährt, sobald er die Vororte von Leningrad hinter sich gelassen hat, im Krieg bitter umkämpft worden war – sogar zweimal. Beim Zusammenbruch des finnischen Widerstands im Jahr vorher war sie von sowjetischen Truppen

⁸⁴ Ich schrieb dies, ehe ich Swetlanas Buch über ihre Familie kannte. Meine Meinung über Stalin hat sich durch die Lektüre in mancher Hinsicht geändert; aber da die Beschreibung sich auf meine Erfahrungen in den Jahren 1945-46 bezieht, lasse ich sie, wie sie ist.

besetzt und formell von den Sowjets in Besitz genommen worden, und zu der Zeit, als ich sie sah, lag sie genau wie grosse Teile Ostpreussens sich selbst überlassen da, unberührt von Menschenhand, eine Wildnis. Die einstmals moderne finnische Stadt Wiborg war, wie ich in mein Tagebuch notierte, total zerstört und, soviel ich sehen konnte, unbewohnt. Auf der Rückreise stieg ich aus, als der Zug im Bahnhof von Wiborg haltmachte, und wanderte zwischen den Ruinen umher. Auf einmal fing es heftig zu regnen an. Ich flüchtete mich in den Eingang eines ehemals eleganten Kaufhauses, das ausgebrannt und zerstört war. Auf dem ganzen Spaziergang hatte ich kein lebendes Wesen gesehen, aber zu meiner Überraschung vernahm ich plötzlich ein Geräusch hinter mir. Ich drehte mich um und entdeckte, dass ich meine Regenunterkunft mit einer Ziege teilte. Wir beide schienen die einzigen Bewohner dieser einstmals blühenden Stadt zu sein.

Meine Notizen über diese Reise können vielleicht als Illustration für jenes merkwürdige Gefühl der Erleichterung dienen, das jeden sensiblen Westler überkommt, wenn er die drückende politische Atmosphäre Russlands hinter sich lässt und aufatmend in die gewohnte und beruhigende Luft des Westens zurückkehrt. Es ist dasselbe Gefühl, das sie «drinnen» und «draussen» sagen lässt, um ihre Anwesenheit in der Sowjetunion von ihrer Anwesenheit irgendwo anders zu unterscheiden. Es ist eine Unterscheidung, die offenbar weder durch Kriege noch durch Verwüstungen noch durch politische Unruhen zu verwischen ist. Ich bin sicher, dass das Gefühl des Kontrastes zwischen Russland und Nicht-Russland, das den westlichen Russlandbewohner nie ganz verlässt, unterschwellig auch sein Urteil über sehr viele politische Streitfragen beeinflusst, die ihn persönlich gar nicht betreffen, und vielleicht ist das nicht einmal ungerecht. Mein Tagebuch sagt:

«6. September 1945

(Der Zug nach Helsinki ging spätabends.) Der einzige andere Intourist-Reisende, der auch dahin wollte, war ein ziemlich trübseliger Mexikaner mit Baskenmütze, der wie ein Texaner sprach. In dem Augenblick, als wir aus dem Hoteleingang traten, startete der Bus, der uns zum Bahnhof hatte bringen sollen, und verschwand ohne uns in der Dunkelheit, zum ärgerlichen Erstauen der jungen Dame von Intourist, die man uns als Begleitung zugewiesen hatte.

Eine ganze Weile wartete ich draussen, betrachtete die mächtigen Umrisse der Isaaskathedrale, die sich undeutlich gegen die Dunkelheit abhoben, und liess mir von dem Mexikaner den Verlauf seiner Darmverstimmung schildern. Ein zweiter Bus, nicht unsere Richtung, stand verlassen am Bordstein. Ein betrunkenere sowjetischer Soldat schwankte aus der Dunkelheit heran, hämmerte ungeduldig an die Bustür und fragte den weissbärtigen Türsteher, wann es losginge. ‚Das ist nicht dein Bus‘, sagte der Türsteher. ‚Wo willst du denn hin?‘ ‚Nach Western, sagte der Soldat. ‚So dich wie möglich an die russische Grenze.‘ Die junge Dame von Intourist, die gerade rechtzeitig herausgekommen war, um das zu hören, scheuchte uns schnell in die Hotelhalle zurück, und da blieben wir, bis ein anderer Bus uns aufnahm.

7. September 1945

Als ich aufwachte, fuhren wir eben aus dem zerstörten und verlassenen Wiborg hinaus. Der Himmel war bedeckt; es blies scharf und kalt. Ein paar Strahlen Morgensonne zwängten sich durch die Wolken und fielen schräg zur Erde. Sie trafen auf die ausgebrannten Gerippe der Wohnblocks und überschütteten sie mit einem bleichen, kalten Glanz. Unter uns lag der Hafen, still und leer. Ein wassergefülltes Boot schaukelte sanft an den Resten eines Landestegs. Aber das Morgenlicht war rein und frisch, und das Wasser kräuselte sich so fröhlich im Wind, als wäre es nicht auf drei Seiten von den stummen Zeugen menschlicher Zerstörungswut umgeben. Über dem inneren Becken zog eine Möwe kunstvolle Bögen, geniesserrisch hingegeben an den neuen Tag, die Aussicht auf Nahrung und die eigene anmutige Kraft.

Als Wiborg hinter uns lag, fuhren wir langsam durch verwüstetes Land. Unkraut und Gestrüpp hatten sich auf den verlassenen Höfen breitgemacht. Die fenster- und türlosen Häuser waren schon halb darin versunken. Manchmal erhaschte man einen Blick ins Innere der Gebäude und konnte sehen, dass die Fussböden voll Gerümpel und Abfall lagen. Und man wusste, dass der üppige Wild wuchs Zehntausende von scharfen Minen verbarg.

Eine Stunde später erreichten wir die neue finnische Grenze und hielten am ersten finnischen Bahnhof. Plötzlich war alles adrett. Man hatte ein neues Bahnhofsgebäude errichtet: einfach und aus Holz, aber in einem ausgeprägt modernen Stil. Der Bahnsteig war in gutem Zustand und sauber. Es gab auch einen

frisch gestrichenen Zeitungskiosk. Aber Menschen waren kaum zu sehen, und Lebensmittel schien es nicht zu geben. Der Himmel war grau. Es war alles ein wenig traurig.

Unsere russische Lokomotive zog sich zurück und hinterliess den Schlafwagen und noch zwei gepolsterte Wagen mit Russen, die zu dem neuen Marinestützpunkt Porkkala Udd wollten. Wir warteten auf den finnischen Zug. Wir warteten lange. Ich lief im Wind auf dem Bahnsteig auf und ab, ein Sklave der angelsächsischen Angewohnheit des ‚Sich-Bewegung-Machens‘. Die Russen starteten ausdruckslos aus ihren Wagenfenstern; ihre Gesichter zeigten dieselbe stoische Unbewegtheit, die russischen Gesichtern an Zugfenstern überall in der riesigen, melancholischen russischen Welt eigentümlich ist.

Die Rangiergleise standen voll mit fertiggeladenen Güterwagen: finnische Waren, die als Reparationen in die Sowjetunion gingen. Kleine Wagen, Räder und Schmalspurgleise für eine Waldbahn waren sorgfältig auf grossen offenen Waggons verstaut und festgezurt und glänzten vor blankem Metall und frischer Farbe. Auf anderen war glatt gesägtes und sauber zugeschnittenes Holz ordentlich gestapelt. Alles trug den Stempel korrekter und gewissenhafter finnischer Arbeit.

Der Bahnsteig war fast menschenleer. Ein junger Finne mit einem Messer im Gürtel stellte Weichen um und warf dabei Seitenblicke voller Hass und Verachtung auf die russischen Eisenbahnwagen. Der Holzrauch von der kleinen Rangierlokomotive wurde vom Wind bis zu mir herübergeblasen; sein Duft weckte Erinnerungen an die nördlichen Wälder zu Hause. Ein finnischer Eisenbahner in Uniform kam gelassen angeradelt, parkte sein Fahrrad am Stationsgebäude und ging hinein zur Arbeit. Ein Bauernkarren fuhr vor, die Familie sass hinten drin. Es war gar nicht unwahrscheinlich, dass die Leute Hunger hatten; aber das Pferd war fett und glatt und schritt mit einer Munterkeit aus, die man bei russischen Pferden nicht kennt. Die ganze Szene spiegelte die Tüchtigkeit, Sauberkeit, Ruhe und Langeweile der bürgerlichen Welt und wirkte doppelt und dreifach auf jemand, der so lange Zeit so weit davon entfernt gewesen war.

Die finnische Lokomotive tauchte endlich auf, übernahm uns und brauste ab durch die Wälder, in einem Tempo, das nach dem gemächlichen Gerumpel russischer Züge geradezu schwindelerregend wirkte. Wir hatten einen Speisewagen. Es gab nicht übermässig viel zu essen, aber was es gab, war gut zubereitet;

die Tische sahen einladend aus; die Mitreisenden waren freundlich, furchtlos und zutraulich. Den ganzen langen Tag fuhren wir durch die schöne nördliche Landschaft: Wälder, Seen, Bauernhöfe, Wiesen und Vieh. Die Russen starteten weiter aus den Fenstern, unbewegten Gesichts und allem Anschein nach unbeeindruckt. Am Abend waren wir in Helsinki.»

Die Potsdamer Konferenz hatte bekanntlich einen «Rat der Aussenminister» errichtet, in dem die fünf Grossmächte vertreten sein sollten, die gegen Deutschland und Japan Krieg geführt hatten. Seine Aufgabe sollte vor allem sein, Friedensverträge für Italien, Rumänien, Bulgarien, Ungarn und Finnland aufzusetzen. Gleich das erste Treffen dieses Aussenministerrats im September 1945 in London platzte wegen Verfahrensfragen, was nur zeigte, oder vielmehr die Folge davon war, dass im Grundsätzlichen Uneinigkeit herrschte, und zwar vor allem über den Charakter der unter sowjetischem Druck in den osteuropäischen Ländern gebildeten Regierungen. Den Amerikanern lag sehr daran, mit den Verträgen weiterzukommen, und sie schlugen deshalb ein Treffen der Aussenminister der Grossen Drei vor, auf dem ausser den Verfahrensfragen noch eine Reihe anderer Probleme besprochen werden sollte, mit denen es Schwierigkeiten gab. Der Vorschlag wurde angenommen, und die drei Aussenminister Molotow, Ernest Bevin und James F. Byrnes trafen sich im Dezember 1945 in Moskau.

Ich gestehe, dass ich dieses Treffen mit genau derselben inneren Distanz und denselben Zweifeln betrachtete wie schon die vorangegangenen Zusammenkünfte der Staatschefs selbst. Zu den Vorbesprechungen war ich nicht hinzugezogen worden. Die Geisteshaltung, der diese Konferenzen entstammten, war mir fremd und zuwider. Ich hatte Mr. Byrnes nie gesehen und auch keine Verbindung mit ihm gehabt. Für den Wunsch, aus den Trümmern der Deklaration von Jalta über das befreite Europa noch etwas herauszufischen – ein paar Feigenblätter nämlich zur Verbrämung der nackten stalinistischen Diktatur in den osteuropäischen Ländern –, empfand ich nichts als Verachtung. Für mich war das alles nur Wunschdenken. Es schien mir absurd, irgendeine wesentliche Änderung dadurch erreichen zu wollen, dass man ein oder zwei nichtkommunistische Minister in Regierungen einschleuste, deren Länder bereits von einem Polizeisystem nach dem Muster des NKWD durchsetzt und vollständig unter russischer Kontrolle waren. Ich versprach mir

auch nicht viel von Kontakten mit den neuen Regierungen dieser Länder. Wenn Friedensverträge schon nicht zu vermeiden waren, dann sah ich jedenfalls keinen Grund, dabei den Anschein der Eintracht der Grossen Drei zu wahren. Ich hätte es lieber gesehen, wenn wir über die Verträge allein verhandelt und sie so kurz und zurückhaltend wie eben möglich formuliert hätten, so dass sie nichts weiter enthalten hätten als das beiderseitige Einverständnis mit der Beendigung des Kriegszustandes. Ich missbilligte jeden Versuch, die amerikanische Öffentlichkeit glauben zu machen, dass uns in den sowjetisch beherrschten Gebieten noch ein Rest von Einfluss geblieben sei oder dass die betreffenden Länder etwas anderes erwarte als die volle Härte des Stalinschen Totalitarismus.

So tat ich denn in jenem ersten Nachkriegs-Dezember das wenige, das anlässlich des Besuches des Aussenministers in Moskau von mir verlangt wurde, in dem ermüdenden Gefühl sinnloser Pflichterfüllung. Dem aktenkundigen Inhalt der Gespräche kann ich aus der Erinnerung nichts hinzufügen. Aber meine Tagebuchnotizen über den Besuch sind vielleicht dennoch nicht uninteressant, weil in ihnen die Atmosphäre von damals wiederersteht. Die erste Eintragung stammt vom Ankunftstag des Aussenministers.

«Freitag, 14. Dezember 1945

Heute war allerlei los. Wir erwarteten den Minister und sein Gefolge. Ein ausgewachsener Schneesturm tobte. Frühmorgendliche Anrufe bei den sowjetischen Wetterleuten hatten ergeben, dass die Wetterverhältnisse unmöglich seien und keine Flugzeuge hereinkommen würden. Gegen 12 hörten wir, dass die Sondermaschine um 11 in Berlin gestartet sei. Die Dienststellen der Roten Armee und das Flughafenpersonal sagten, sie wüssten von nichts. Um halb zwei, gerade als ich zum Essen gehen wollte, kam Brooks Atkinson ins Zimmer und sagte, er hätte eben von der Britischen Botschaft erfahren, sie hätten gehört, der Minister sei nach Berlin zurückgefliegen. Das kam mir sehr wahrscheinlich vor. Ich ging nach Hause und ass gemächlich zu Mittag. Dann kam ich zurück und fand einen der Attachés im Telefongespräch mit dem Aussenministerium, wo jemand nervös behauptete, dass die Sondermaschine im Anflug auf den Zentralmilitärflughafen sei und jeden Augenblick landen könne. Ich fragte nach Botschafter Harriman. Sie sagten, er sei zu einem Flugplatz 30 km südlich von Moskau gefahren, weil er gehört

hätte, dass der Minister dort ankommen sollte. Ich schnappte mir Horace Smith und den kleinen Botschaftswagen, und wir rasten hinaus zum Zentralmilitärflughafen. Der Schneesturm heulte nur so. Die Welt war ein weisser Schleier, Himmel und Schnee waren nicht zu unterscheiden. Hindurchzusehen war unmöglich. Als wir ankamen, fuhr eben ein Radiowagen in das Halbdunkel hinaus, und eine Anzahl russischer Wagen stand herum. Wir wurden in ein kleines Gebäude am Rande des Flugfelds geführt. Ein paar Journalisten kamen dazu. Wenige Minuten später hörten wir Motorengeräusch und sahen eine viermotorige Maschine über unser Dach ziehen. Wir rannten hinaus. Das Schneetreiben hatte aufgehört, und die Sicht war besser. Dekanosow⁸⁵, einer seiner Assistenten und viel NKWD waren schon draussen. Jemand hatte zwei Eisenstäbe mit der sowjetischen und der amerikanischen Flagge aufgestellt. Das Flugzeug, das die Landung irgendwie geschafft hatte, tauchte aus der Watte auf, rollte aus, drehte und hielt genau vor uns. Die Treppe wurde durch den Schnee herangeschoben, und dann fand die offizielle Begrüssung statt. Der Minister stand im dünnen Mantel und ohne Überschuhe im tiefen Schnee, schüttelte Hände und hielt seine Rede übers Mikrofon, während der Wind durch die kleine Gruppe toste. Dann brachte ich ihn zu dem nächstbesten Wagen und fuhr ihn zusammen mit Ben Cohen und seinem Militäradjutanten ins Spaso-Haus. Dort gab Kathy ihnen etwas zu trinken und eine Suppe und beschäftigte sie, bis der Botschafter von seiner vergeblichen Reise zurück war. Dann ging ich ins Büro zurück, um aufzuräumen.

Voller Wut über ein Telegramm vom Ministerium, in dem wir ersucht wurden, die Sowjetregierung für den kommenden März zu einer Konferenz über zweiseitige Zollsenkungen einzuladen, verbrachte ich den Abend mit der Abfassung eines Telegramms, in dem ich sehr deutlich machte, warum das nicht tunlich sei.

Mittwoch, 19. Dezember 1945

Nahm auf Einladung des Botschafters an der Nachmittags-sitzung teil. Leider wurden nur zwei kurze Treffen von jeweils knapp zehn Minuten daraus.

Bevin sah hochgradig verärgert aus. Man merkte ihm an, dass er eine Rolle spielen musste, die ihm missfiel. Er hatte von An-

⁸⁵ Einer der stellvertretenden sowjetischen Aussenminister, ein Protégé von Berija, der direkt von der Geheimpolizei in die Diplomatie übernommen worden war und nach Berijas Tod 1953 hingrichtet wurde.

fang an nicht nach Moskau fahren wollen und war sich völlig klar darüber, dass bei der Begegnung nichts Gutes herauskommen konnte. Die Russen wussten Bescheid und beuteten seine Zwangslage nach Kräften aus. Und was Byrnes betraf, so war er in Bevin's Augen einfach ein dreister unzuverlässiger Ire, ganz wie die, denen er als Dockarbeiter und Gewerkschaftsführer begegnet war. Nach Meinung der Briten hatte Byrnes sie dauernd übergangen und auf die anglo-amerikanischen Beziehungen recht wenig Rücksicht genommen. Das Moskauer Treffen war seine eigene Idee gewesen, und er hatte sie mit den Russen besprochen, ohne den Briten ein Wort davon zu sagen oder ihnen eine Vorwarnung zu geben. Er hatte die Briten noch weiter gekränkt, indem er zwar den Russen ein Exemplar des Ethridge-Reports⁸⁶ gegeben hatte, nicht aber der Britischen Botschaft, obwohl Ethridges Besuch in Moskau vor allem auf britische Initiative zurückging und die Botschaft ihm, als er da war, Einsicht in ihre Akten gewährt hatte. Und zu allem Überfluss hatte Byrnes jetzt nach Moskau eine Aufzeichnung über Atomenergie mitgebracht, die er den Russen überreichen wollte, ohne sich mit Grossbritannien oder Kanada, den beiden anderen Mächten, die das Geheimnis der Produktion von Atomenergie kannten, abgestimmt zu haben, und das sechs Wochen nach Attlees Besuch in Washington und seinen Gesprächen mit dem Präsidenten. Als Bevin dagegen protestiert hatte, den Russen irgendeine Aufzeichnung über dieses Thema zu überlassen, die nicht vorher von der britischen und kanadischen Regierung freigegeben worden war, hatte Byrnes ihm zwei Tage, nämlich bis zum heutigen Mittwoch, Zeit gelassen, um das Dokument in London vorzulegen und die Zustimmung des britischen Kabinetts einzuholen. Bevin glaubte, Byrnes hätte ihm zugesichert, die Sache solange ruhen zu lassen, und eine andere Interpretation hätte in der Tat auch keinen Sinn ergeben. Nichtsdestotrotz hatte Byrnes das Dokument am Dienstagabend den Russen geschickt, ohne die Briten zu verständigen. Bevin konnte das nur als ein Zeichen von Böswilligkeit deuten und war wütend.

Molotow leitete die Konferenz. Er sass vorn übergelehnt am Tisch; eine russische Zigarette baumelte zwischen seinen Lippen; die Augen blitzten vor Zufriedenheit und Zuversicht,

⁸⁶ Mr. Mark Ethridge, Verleger des ‚Louisville Courier-Journal, war von Mr. Byrnes in Sondermission nach Rumänien, Bulgarien und Griechenland geschickt worden, um den Vereinigten Staaten einen unvoreingenommenen Bericht über die politischen Zustände in diesen Ländern zu liefern.

während er von dem einen seiner Kollegen zum andern sah. Offenbar wusste er genau, was für Spannungen zwischen ihnen bestanden, und auch, dass die scharfe, rücksichtslose und entschlossene russische Diplomatie sie beide unsicher machte. Er sah aus wie ein passionierter Pokerspieler, der weiss, dass er einen Royal Flush hält, und sich anschickt, den letzten seiner Gegner zum Aufdecken zu zwingen. Er als einziger amüsierte sich die ganze Zeit vorzüglich.

Ich sass genau hinter Byrnes und konnte ihn nicht gut sehen. Bei Verhandlungen improvisiert er, macht sich vorher keinen festen Plan und setzt sich weder bestimmte Ziele noch Grenzen. Er verlässt sich vollkommen auf seine Gewandtheit und Geistesgegenwart und wartet auf taktische Fehler der anderen, um sie für sich auszunutzen. Bei der jetzigen Konferenz hat er den Russen gegenüber die Schwäche, dass er hauptsächlich darauf aus ist, irgendein Abkommen zustande zu bringen; welchen Inhalts, ist ihm ziemlich gleich. Die Wirklichkeit hinter diesem Abkommen kümmert ihn nicht; es geht ja nur um Leute wie Koreaner, Rumänen und Perser, über die er ohnehin nichts weiss. Er will das Abkommen wegen des politischen Effekts auf die eigenen Landsleute. Die Russen wissen das. Sie werden dafür sorgen, dass er für seinen vordergründigen Erfolg einen hohen Preis in greifbarer Münze zahlt.

Nach dem Treffen ging ich mit Matthews zu Fuss nach Hause und behielt ihn zum Essen da. Frank Roberts⁸⁷ und seine Frau kamen dazu. Am Ende des Abends war Matthews so niedergeschmettert von dem, was Roberts und ich ihm erzählt hatten, dass er mir leid tat und ich versuchen musste, ihn aufzuheitern. Die Einführung von Neulingen in die sowjetische Wirklichkeit vollzieht sich immer in zwei Phasen; die erste ist, ihnen klarzumachen, wie diese Wirklichkeit aussieht; die zweite, ihnen über den Schock hinwegzuhelfen.

Freitag, 21. Dezember 1945

Hatte morgens eine Unterredung mit dem bulgarischen Gesandten. Er begann damit, dass er sich über die Opposition aufregte, weil sie sich an den Wahlen [in Bulgarien] nicht beteiligt hätte, und behauptete, sie hätte sich mutwillig vom politischen Leben des Landes distanziert. Ziemlich ungeduldig erklärte ich

⁸⁷ Sir Frank Roberts war damals mein Pendant an der Britischen Botschaft in Moskau. Später wurde er Botschafter in Moskau, Paris und Bonn. Ich schätze ihn nicht nur als ungewöhnlich erfahrenen und fähigen Diplomaten, sondern auch als loyalen Kollegen und guten Freund.

ihm, was uns beunruhige, sei nicht so sehr die Frage nach der parlamentarischen Vertretung oder dem Verfahren, sondern die Tatsache, dass wir es dort mit einem Polizeiregime zu tun hätten, das ohne Hemmungen in der barbarischsten Weise gegen Leben und Freiheit einzelner Bürger vorginge. Wir seien der Meinung, dass in dieser Atmosphäre des Terrors und der Einschüchterung eine wirkliche Demokratie nicht existieren könne. Er wurde plötzlich ganz aufgeregt und sprach viel offener; gab zu, dass die Kommunisten nur eine Minderheit seien, aber deutete an, dass es gut wäre, Frieden zu schliessen und die russischen Truppen aus dem Lande zu bekommen.

Mittagessen mit Roberts und Cadogan und ein paar anderen von der britischen Delegation. Chip war auch da, und ich glaube, er und ich haben Cadogan mit unsern Betrachtungen über die Art, wie man mit den Sowjets verhandelt, einigermassen aus seiner Beschaulichkeit gerissen.

Samstag, 22. Dezember 1945

Fing abends gerade an, mich auf ein ruhiges Wochenende zu freuen, als Page herüberkam und mitteilte, der Botschafter brauche ein Memorandum für den Minister über die Wirtschaftssituation in Ungarn. Ich ging hinunter ins Büro und arbeitete mit Horace Smith bis drei Uhr morgens an der Zusammenstellung des Memorandums.

Sonntag, 23. Dezember 1945

Ging morgens ins Büro und machte das Memorandum fertig. Anschliessend nach Spaso zu einem Herrenessen für Molotow und Bevin. Sass neben Zarapkin, der relativ menschlich war. Bevin unterhielt die Amerikaner und verwirrte die Russen durch seine unzeremoniellen Randbemerkungen während des Essens. Als wir auf das Wohl des Königs tranken, ergänzte er gut gelaunt: ‚und aller anderen Dockarbeiter‘, und erzählte dann die dazugehörige Geschichte. Als Harriman sein Glas auf den Erfolg der Konferenz hob, schloss Bevin sich an und fügte hinzu: ‚und dass sie uns nicht alle ’rausschmeissen, wenn wir nach Hause kommen«. Molotow entfernte sich sofort nach dem Essen. Am Nachmittag waren sie alle wieder hart an der Arbeit und arbeiteten auch den grössten Teil der Nacht. Das Memorandum über die Situation der ungarischen Wirtschaft ist übrigens nie benutzt worden.

Für den Abend hatten die Russen zu Ehren der Besucher im

Bolschoi eine Galavorstellung von ‚Zoluschka‘ (Aschenputtel) angesetzt. Ich erfuhr es erst am Spätnachmittag, fand, dass Annelise und ich hingehen sollten, und nahm zwei der wenigen Karten, die von unserm Botschaftskontingent noch übrig waren. Als wir hinkamen, war das Haus schon bis auf den letzten Platz besetzt, und Scheinwerfer strahlten die noch leere Zarenloge an, in der die Aussenminister Platz nehmen sollten. Molotow und sein Gefolge warteten nervös in der Halle draussen. Wie immer, wenn der grosse Vorhang geschlossen ist, war es im Theater stickig und heiss, und die Leute fächelten sich mit den Programmen Kühlung zu. Das Orchester war bereits auf den Plätzen und wartete auf den Einsatz für die Nationalhymnen. Ich sass mit dem persönlichen Referenten des Botschafters und einer seiner Sekretärinnen in einer Loge. Nach weiteren fünfzehn Minuten Wartens sagte ich scherzhaft zu der Sekretärin, der Minister müsse wohl vergessen haben, dass er eingeladen sei. ‚Aber nein‘, sagte sie, ‚sie sitzen bloss alle oben in seinem Zimmer in der Botschaft und erzählen Geschichten und bechern, und keiner traut sich, hineinzugehen und sie zu stören.‘ Ich raste sofort aus der Loge und hinunter in die Verwaltung, um zu telefonieren. Das Telefon war besetzt, als ich kam, und ich stand eine Weile in dem überfüllten Büro und wartete. Im selben Moment, als das Telefon frei wurde und ich die Botschaft wählen wollte, betrat ein Mann das Büro, der einen der abgewetzten blauen Strassenanzüge trug, die für die Geheimpolizei so typisch sind. Er ging auf mich zu und sagte mit halbem Lächeln: ‚Sie sind gerade abgefahrene Ich ging zurück auf meinen Platz, und wirklich erschien fünf Minuten später Mr. Byrnes, nachdem er mehrere Tausend Menschen, darunter zahlreiche Mitglieder der sowjetischen Regierung, etwa eine halbe Stunde hatte warten lassen.

Die Vorstellung war absolut erstklassig, mit die beste, die ich je gesehen habe; aber beim Publikum kam sie nicht an. Man bedeutete mir, Stalin sei irgendwo im Theater, wenn auch nicht in der Zarenloge. Das Publikum bestand demzufolge, abgesehen vom Diplomatischen Korps, in der Mehrzahl aus Geheimpolizisten, die zweifellos fürchteten, dass eine allzu deutlich zur Schau getragene Begeisterung für das Stück sie in den Verdacht der Pflichtvergessenheit bringen könnte.»

Für die Welt der Diplomatie gilt das Axiom, dass Methodik und Taktik keineswegs weniger wichtig sind als Konzeption und

Strategie. In den achtzehn Monaten, die ich nun schon wieder in Moskau arbeitete, hatte mich nicht nur die Naivität unserer Vorstellungen über das, was in unseren Beziehungen zur Sowjetunion erreichbar sei, unglücklich gemacht, sondern auch die Art und Weise, wie wir diesem Ziel näherzukommen versuchten. Beide Aspekte waren natürlich eng miteinander verbunden. Die Methode ergab sich weitgehend aus dem Bild, das wir uns von der sowjetischen Führung und ihrer vermutlichen Reaktion auf verschiedene Anreize gemacht hatten. Aber darüber hinaus verdiente sie Aufmerksamkeit um ihrer selbst willen. Vielleicht war es der Besuch von Minister Byrnes in Moskau, der meine Geduld auch in diesem Punkt erschöpft hatte. Jedenfalls griff ich wie gewohnt zur Feder und brachte irgendwann im Winter 1946 die ersten drei Abschnitte einer Aufzeichnung zu Papier, die eigentlich ein weiteres *magnum opus* werden sollte und dem spezifischen Problem der sowjetisch-amerikanischen Beziehungen gewidmet war. Sie ist nie vollendet worden. (Vielleicht weil sie, schriftstellerisch gesehen, von dem umfänglichen telegrafischen Essay überrundet wurde, von dem ich gleich sprechen werde.) Weil sie unfertig war, ist sie, soweit ich weiss, auch nie benutzt worden. Dem Anhang füge ich einen Auszug daraus bei, der von der Technik des Umgangs mit Russland handelt. Es ist ein noch ziemlich ungeschliffener Versuch (aber einer der ersten, wenn nicht der erste seiner Art), eine Gebrauchsanweisung für den Umgang mit dem Stalinregime zu geben.

In der Einleitung untersuchte ich, wie in der Sowjetunion Entscheidungen zustande kommen, und versuchte herauszuarbeiten, dass es falsch und unnütz sei, bei sowjetischen Staatsmännern und Unterhändlern an persönliche Gefühle zu appellieren: nur der voraussichtliche Wert oder Unwert eines von einer fremden Regierung vorgebrachten Vorschlags oder Wunsches für die Ziele des eigenen Regimes könne sie beeinflussen; angebliche Übereinstimmung der Ziele oder sowjetische Hochherzigkeit anzurufen sei deshalb verlorene Zeit; Punkt für Punkt müsse demonstriert werden, was für die Sowjets an Vorteilen herausspränge, wenn sie unsere Auffassung übernähmen, oder an Nachteilen, wenn sie sich weigerten. Dann folgten die Regeln selbst, eine Anleitung für den Umgang mit dem – ich wiederhole – *Stalin*regime (dem einzigen, mit dem ich bis dahin Erfahrung hatte). Ich gebe hier nur die Überschriften wieder.

Die Erläuterungen zu den einzelnen Punkten sind im Anhang zu finden:

- A. Tut nicht so, als ob ihr dicke Freunde wäret.
- B. Setzt nicht Gemeinsamkeiten voraus, die es in Wahrheit nicht gibt.
- C. Hütet euch vor einfältigen Gesten des «guten Willens».
- D. Kommt den Russen nur dann mit Anliegen, wenn ihr darauf vorbereitet seid, ihnen euren Unwillen im Falle einer Ablehnung praktisch zu demonstrieren.
- E. Verhandelt auf einer der Sache angemessenen Ebene und besteht darauf, dass die Russen auf dieser Ebene die volle Verantwortung für ihr Verhalten übernehmen.
- F. Setzt euch nur dann für einen Meinungs austausch auf höchster Ebene ein, wenn die Anregung dazu mindestens zur Hälfte von Seiten der Russen kommt.
- G. Schreckt nicht davor zurück, mit grossen Kanonen auf scheinbar kleine Spatzen zu schiessen.
- H. Habt keine Angst vor Szenen und vor der Austragung von Meinungsverschiedenheiten in der Öffentlichkeit.
- I. Bemüht euch, in unsern Beziehungen zu Russland sämtliche Vorhaben, sowohl von Regierungsstellen wie auch von privater Seite, soweit sie durch die Regierung beeinflussbar sind, in Übereinstimmung mit unserer politischen Generallinie zu bringen.
- J. Verstärkt und unterstützt unsere Vertretung in Russland.

Der Leser, der an den sowjetisch-amerikanischen Beziehungen interessiert ist, wird sich bei der Lektüre dieser Faustregeln zweifellos fragen, ob sie erstens in den folgenden Jahren beachtet worden sind und heute weiter beachtet werden, und ob sie zweitens immer noch anwendbar sind, nachdem Stalin tot ist und die Weltsituation wichtige Veränderungen erfahren hat. Meine Antwort auf beide Fragen ist: nur teilweise. Aber um sie hier näher zu erläutern, müsste ich meiner Geschichte vorgreifen.

Mitte Februar 1946 machten mir Erkältung und Fieber, Stirnhöhlenkatarrh und Zahnweh und schliesslich die Nebenwirkungen der Sulfonamide zu schaffen, die man mir zur Linderung der ursprünglichen Beschwerden eingegeben hatte. Der Botschafter war wieder ausser Landes, er war sogar im Begriff, seinen Posten ganz zu verlassen. Mir oblag die Leitung der Botschaft. Weil meine verschiedenen *douleurs* mich ans Bett fesselten, musste ich die täglich anfallenden Telegramme und sonstigen

Dienstobliegenheiten vom Schlafzimmer aus bearbeiten und so gut ich konnte mit den daraus erwachsenden Verpflichtungen fertig werden.

Bei der Korrespondenz, die mir in dieser elenden Zeit gebracht wurde, war eine Mitteilung, die uns alle fast verzweifeln liess, aber nicht an der Sowjetregierung, sondern an unsrer eigenen. In einem Telegramm wurden wir davon unterrichtet, dass die Russen zu erkennen gäben, sie seien nicht willens, der Weltbank und dem Internationalen Währungsfonds anzugehören. Das Telegramm war, wie es schien, vom Finanzministerium veranlasst. Man darf nicht vergessen, dass keine andere Stelle in Washington sich so grosse Hoffnungen auf eine Zusammenarbeit mit den Russen nach dem Kriege gemacht und so naiv und zäh, man könnte fast sagen wildentschlossen, an ihnen festgehalten hatte wie gerade das Ministerium der Finanzen. Jetzt endlich schien die unbegreifliche Abneigung Moskaus gegen die Bank und den Fonds ihnen gezeigt zu haben, dass der Traum ausgeträumt war, und das Aussenministerium leitete den Entsetzensschrei, der von der anderen Seite des Weissen Hauses aus dem Finanzministerium zu ihm gedrungen war, in aller Unschuld an die Botschaft weiter. Wie war ein derartiges Benehmen der sowjetischen Regierung zu erklären? Was steckte dahinter?

Je länger ich über die Botschaft nachdachte, umso mehr verstärkte sich in mir die Überzeugung: es ist soweit. Achtzehn Monate lang hatte ich unentwegt Leute am Ärmel gezupft und versucht, sie auf das Phänomen aufmerksam zu machen, dem wir in der Moskauer Botschaft täglich begegneten und das unsere Regierung und unser Volk verstehen lernen mussten, wenn sie eine Chance haben sollten, die Probleme der Nachkriegszeit zu meistern. Aber ich hätte genausogut einem Stein predigen können. Das Russlandreferat im Aussenministerium hatte begriffen, aber es war nicht weniger hilflos als wir selber, und der Rest war Schweigen gewesen. Jetzt plötzlich wurde ich nach meiner Meinung gefragt. Gewiss war der Anlass geringfügig, aber die Zusammenhänge waren es nicht. Es hatte keinen Zweck, die Frage mit ein paar Routinebemerkungen abzutun, nur zu erläutern, was die Sowjets von Weltbanken und Währungsfonds und derlei Dingen hielten. Mit einem Bruchteil der Wahrheit war niemand gedient. Dies hier erforderte die ganze Wahrheit. Sie hatten sie hören wollen. Und bei Gott, jetzt sollten sie sie hören.

Ich ergriff die Feder (bildlich gesprochen, denn die Feder war

in diesem Fall meine langmütige und fähige Sekretärin, Miss Dorothy Hessman, der es beschieden war, noch fünfzehn weitere Jahre für ganz ähnliche Dinge missbraucht zu werden) und verfasste ein Telegramm von rund achttausend Worten Länge – aber fein säuberlich, wie eine protestantische Predigt aus dem achtzehnten Jahrhundert, in fünf Abschnitte gegliedert. (Ich dachte, wenn es in fünf Teilen hinausginge, könnte jeder Teil als Telegramm für sich gelten, und es würde nicht so unanständig lang aussehen.) In den einzelnen Abschnitten ging es um

die Grundzüge des sowjetischen Verhaltens seit Kriegsende;
die Voraussetzungen für dieses Verhalten;
seine Umwandlung in offizielle Politik;
seine Umwandlung in inoffizielle Politik, nämlich die Politik, die durch Tarnorganisationen und alle Arten von Strohmännern ausgeführt wurde;
die Bedeutung all dieser Dinge für die amerikanische Politik.

Ich rechtfertigte die unerhörte Überbeanspruchung der telegrafischen Verbindungswege mit der Bemerkung, dass die Anfrage des Ministeriums «derartig verwickelte, derartig heikle, uns gedanklich so fremde, aber für die Beurteilung der internationalen Lage zugleich so wichtige Fragen» berühre, «dass ich ihre Beantwortung nicht in eine kurze beengte Form pressen» könne, «ohne mich einer gefährlichen Vereinfachung schuldig zu machen».

Der Wortlaut dieses Dokuments ist im Anhang wiedergegeben. Ich werde nicht versuchen, es hier zusammenzufassen. Ich lese es heute mit belustigtem Schaudern. Das meiste klingt genau wie die Broschüren, die von alarmierten Parlamentskomitees und von den «Töchtern der Amerikanischen Revolution⁸⁸» verteilt werden, um die Bevölkerung vor den Gefahren der kommunistischen Verschwörung zu warnen. Auch das verlangt eine Erklärung, aber – wiederum – später. Die Wirkung meiner pädagogischen Bemühungen auf Washington war buchstäblich sensationell. Sie bewirkte tiefgreifende Veränderungen in meiner Laufbahn und meinem Leben. Nachdem keine meiner bisherigen schriftlichen Arbeiten ihr Ziel auch nur annähernd erreicht hatte, war mir mit dieser hier unverhofft ein

⁸⁸ Amerikanische Frauenorganisation mit gesellschaftlichem Prestige und konservativer Einstellung (AdÜ).

Volltreffer gelungen, der allgemeine Aufmerksamkeit erregte und noch monatelang Gesprächsthema war. Die Empfänglichkeit oder Unempfänglichkeit des amtlichen Washingtons wird von emotionalen Strömungen aus dem Unterbewusstsein bestimmt, deren Vielschichtigkeit den Vergleich mit Sigmund Freuds allerschwierigstem Patienten nicht zu scheuen braucht, und ich hatte einen der Momente erwischt, in denen es aufnahmebereit war. Was dem Telegramm im Einzelnen widerfuhr, nachdem es im Schlund des hauptstädtischen Kommunikationssystems verschwunden war, ahne ich nicht. Jedenfalls machte es «die Runde». Der Präsident las es, soviel ich weiss. Der Marineminister, Mr. James Forrestal, liess es vervielfältigen und erklärte es zur Pflichtlektüre für Hunderte, wenn nicht Tausende von höheren Offizieren. Das Aussenministerium zeigte sich ganz und gar nicht beunruhigt über die leichtsinnige Inanspruchnahme der telegrafischen Einrichtungen und antwortete mit einem Lob. Am Tage von Washingtons Geburtstag im Jahre 1946 traf meine telegrafische Dissertation aus Moskau in Washington ein, und damit war meine berufliche Isoliertheit wenigstens für die nächsten paar Jahre beendet. Ich hatte mir einen Ruf erworben. Meine Stimme zählte.

Sechs Monate früher wäre dieselbe Aufzeichnung im Aussenministerium vermutlich auf hochgezogene Augenbrauen und abfällig geschürzte Lippen getroffen. Sechs Monate später wäre sie schon überflüssig gewesen – ein Bekehrungsversuch an jemand, der schon glaubte. Aber die Zustände, die ich beschrieb, hatte es ein Jahrzehnt zuvor im Wesentlichen auch schon gegeben, und es würde sie auch noch mehr als ein halbes Jahrzehnt lang weitergeben. Was nur beweist, dass Washingtons Weltanschauung weniger von der objektiv erfassbaren Wirklichkeit bestimmt wird als von der subjektiven Bereitschaft seiner Würdenträger, dieses oder jenes Stück davon in sich aufzunehmen. Das ist sicher ganz natürlich; vielleicht ist es unvermeidlich; aber es wirft doch die Frage auf – eine Frage, die mich in den kommenden Jahren immer intensiver beschäftigte –, ob eine so beschaffene Regierung sich einbilden dürfe, dass sie fähig sei, eine wohlgedachte, beständige und umsichtige Aussenpolitik zu betreiben. Mit den Jahren neigte ich immer mehr dazu, die Frage zu verneinen.

Zur Vervollständigung dieses Berichts über meine Tätigkeit in Moskau im und gleich nach dem Kriege bleibt noch ein ominöses Thema zu erwähnen. Es betrifft eine Wolke, die in meinen

letzten Moskauer Monaten am Horizont erschien, eine Wolke, die mir damals nicht sehr viel grösser vorkam als eine Männerfaust, obwohl sie genaugenommen erheblich grösser war.

Der Leser wird bemerkt haben, dass bei den vielen Gedanken, die ich mir über Stalins Russland und die der amerikanischen Politik daraus erwachsenden Probleme machte, die Atombombe nirgendwo eine Rolle spielt. Diejenigen von uns, die Ende 1945 und im Frühjahr 1946 in Moskau waren, wussten natürlich, dass es sie gab und dass sie in Japan eingesetzt worden war. Aber ich kann mich nicht erinnern, von diesem Wissen in meinen Ansichten über unser Verhältnis zur Sowjetunion irgendwie nachhaltig beeinflusst worden zu sein. Waffen von einer derartigen Stärke spielten damals so wenig wie später eine positive Rolle in meinem Konzept von den amerikanisch-sowjetischen Beziehungen.

Unter meinen Papieren aus der damaligen Zeit kann ich nur ein Dokument finden, das sich mit der Sache überhaupt befasst. Sein Ton war strikt ablehnend, es spiegelte sich darin die Besorgnis, das Buhlen um Stalins Gunst, das, wie mir schien, unsere Politik bislang bestimmt hatte, könne auch hier wieder den Ausschlag geben. Ich führe die Aufzeichnung im Wortlaut an, denn es geht um ein heikles Thema, dc'2 scharfe Kritiker finden wird, und ich möchte, dass die Unterlagen vollständig sind.

Das Dokument ist ein Telegramm an Washington, datiert vom 30. September 1945. Wie es zustande kam, weiss ich nicht. Vermutlich war mir die damals in Washington von manchen Leuten vertretene Meinung zu Ohren gekommen, dass wir zum Beweis unsres guten Willens sämtliche Informationen über die neue Waffe einschliesslich des Herstellungsverfahrens Moskau zur Verfügung stellen sollten. Dies jedenfalls ist, was ich damals schrieb:

«Ich zögere nicht, auf Grund meiner elfjährigen Russland-erfahrung ganz kategorisch zu erklären, dass es unsere Sicherheit in hohem Masse gefährden würde, wenn die Russen lernten, atomare Energie oder irgendwelche anderen radikalen und weitreichenden Vernichtungsmittel anzuwenden, ohne dass wir es wüssten und ohne dass wir uns im Überrumpelungsfall dagegen schützen könnten. Die Geschichte des Sowjetregimes ergibt keinen – ich wiederhole, keinen – Anhaltspunkt dafür, dass die Männer, die jetzt in Russland an der Macht sind oder die vielleicht in absehbarer Zeit an die Macht kommen, auch nur einen Augenblick zögern würden, diese Mittel gegen uns einzusetzen,

wenn sie sich davon eine spürbare Verbesserung der eigenen Machtposition versprechen. Aus welcher Quelle die Sowjets ihre Kenntnisse bezogen hätten, ob aus eigener wissenschaftlicher Arbeit, aus ihrer Spionagetätigkeit oder aus Informationen, die man ihnen zum Zeichen des guten Willens und des Vertrauens freiwillig übergeben hätte, wäre dabei ganz gleichgültig. Sich einzubilden, sowjetische Führer wären aufgeschlossen für Gefühle der Dankbarkeit oder für humanitäre Skrupel, hiesse sich in einer für unsere Zukunft lebenswichtigen Frage über sämtliche Beweise des Gegenteils hinwegsetzen.

Es ist daher meine fest Überzeugung, dass die Weitergabe irgendwelcher für die Verteidigung der Vereinigten Staaten bedeutsamer Informationen an die sowjetische Regierung ohne die Garantie ausreichender Kontrollen lebenswichtige Interessen unseres Volkes leichtfertig schädigen würde. Ich möchte der Hoffnung Ausdruck geben, dass das Ministerium diese Ansichten zu Protokoll nehmen und dafür sorgen wird, dass sie mit in Erwägung gezogen werden, wenn das Thema in den zuständigen Regierungskreisen zur Sprache kommt.»

Beim Wiederlesen des Textes merke ich, dass er den Ansichten verschiedener sehr weiser und weitblickender Männer in Washington und anderswo entgegengesetzt war, wenn auch nur teilweise und indirekt. Ich gebe offen zu, dass ihm ein sehr begrenztes Wissen und sehr begrenzte Überlegungen zugrunde lagen. Er war nichts anderes als eine ehrliche und ernstgemeinte Reaktion auf die verfügbaren Informationen. Hätte ich damals gewusst, was ich heute weiss, dann wäre es mir sicherlich überflüssig erschienen, überhaupt zu schreiben. Hätte ich im besonderen gewusst, was für ein fürchterliches Problem ich da so beiläufig anrührte, welch ungeahnt tiefe philosophische Überlegungen die Suche nach einer Antwort erfordern würde und wie erschütternd unvorbereitet wir alle noch waren, dann wäre mir das Herz noch schwerer geworden, als es wegen der Einfältigkeit unserer Reaktionen auf die Stalinistische Macht schon war.

XII. Zwischenstation an der Kriegsakademie

Der Erfolg des langen Telegramms aus Moskau veränderte mein Leben von Grund auf. Mein Name war seitdem für Washington ein Begriff. Ich galt jetzt als geeigneter Kandidat für Posten von einer anderen Grössenordnung als der mir bislang anvertrauten. Im April 1946 wurde ich nach Washington versetzt und dem soeben gegründeten National War College – der Nationalen Kriegsakademie – als sein erster «Beauftragter für Fragen der Aussenpolitik» zugeteilt. Diese neue Institution war als Akademie für hohe Offiziere gedacht und den verschiedenen bereits bestehenden Fortbildungsstätten für die mittleren Ränge übergeordnet. Noch im Herbst desselben Jahres sollte sie der ersten Gruppe von Offiziersstudenten ihre Pforten öffnen. Ich selbst sollte als einer von drei Stellvertretenden Kommandanten amtieren, und meine eigentliche Aufgabe war die Planung und Leitung der rein politischen Kurse des kombinierten militärisch-politischen Lehrgangs.

Wir trafen Ende Mai in Washington ein. Der grösste Teil des Juni und Juli verging mit der Ausarbeitung eines Studienprogramms für die Akademie. Ende Juli und Anfang August machte ich auf Vorschlag des Aussenministeriums Vortragsreisen in den Mittleren Westen und an die Westküste – genauer gesagt, nach Chicago, Milwaukee, Seattle, Portland, in die Gegend um San Francisco und nach Los Angeles.

Zum erstenmal in meinem Leben (aber bei Weitem nicht zum letztenmal) musste ich öffentlich auftreten. In Bad Nauheim hatte ich zwar meinen Mitinternierten schon Vorträge über russische Geschichte gehalten; auf dem einen oder anderen Auslandsposten hatte ich ab und zu, nervös und ungeschickt, vor geladenen Gästen gesprochen. Aber noch nie hatte ich mich auf ein Unternehmen von dieser Art und Grösse eingelassen. Es war ein Zeichen meiner Unerfahrenheit, dass ich meine Vortragstexte nicht schriftlich fixierte, sondern nur ein paar Stichworte aufschrieb und mich im Wesentlichen auf mein Gedächtnis und die Eingebung des Augenblicks verliess. Da ich die Stichworte nicht aufbewahrt habe, weiss ich auch nicht mehr genau, was ich sagte. Was immer es gewesen sein mag, muss sich mehr durch Enth-

siasmus und Natürlichkeit ausgezeichnet haben als durch inneren Zusammenhang. Aber die Zuhörer zeigten sich, auch wenn sie vielleicht nicht ganz auf ihre Kosten kamen, dennoch aufmerksam und empfänglich. Manchmal reagierten sie sogar auf unerwartete Weise. So kam am Ende des zweiten Vortrags – bei irgendeinem Essen der Liga der Weiblichen Wähler in meiner Geburtsstadt Milwaukee – ein Geistlicher auf mich zu, der mich während meiner Rede unentwegt mit beunruhigendem Lächeln angestarrt hatte, schüttelte mir die Hand und tat den nicht ganz eindeutigen Ausspruch: «Mann, Sie haben Ihren Beruf verfehlt!»

Aufnahmebereitschaft und Verständnis der verschiedenen Zuhörergruppen schwankten erheblich. Die besten waren überall die Geschäftsleute: nicht leicht zu überzeugen, kritisch, nüchtern, vertraut mit der dialektischen Art der Auseinandersetzung, die es gestattet, einen Konkurrenten zu bekämpfen, ohne dass darum gleich sein Ruin notwendig oder auch nur wünschenswert würde, und deshalb fähig zu begreifen, dass der sowjetisch-amerikanische Gegensatz zwar ernster Natur sei, aber dennoch nicht durch Krieg aus der Welt geschafft werden müsse. Am schwierigsten war es an den Universitäten – nicht weil die Leute dort feindselig gewesen wären, sondern eher weil das, was ich zu sagen hatte, sie unvorbereitet traf und beunruhigte. Ich untersuchte das in meinem Bericht an den Beamten des State Department, auf dessen Anregung ich die Vortragsreise unternommen hatte. Meine akademischen Zuhörer, schrieb ich,

«zeigten alle etwas von der geistigen Überheblichkeit, der Anmassung, zugleich auch von den Eifersüchteleien, den Verklemmungen und dem Herdeninstinkt, die sich nur allzu leicht in den Universitäten einnisten, den liberalen ebenso wie den konservativen. Und dazu gesellte sich zweierlei, das die Sache noch erschwerte. Das eine war ein Vorurteil gegen das State Department an sich. Das andere könnte man einen geographischen Minderwertigkeitskomplex nennen: die Einbildung, dass der Osten – das State Department einbegriffen – hochmütig und selbstgerecht sei und die Zentren der Gelehrsamkeit an der Westküste ungeachtet ihrer Weisheit und ihres Weitblicks mit Geringschätzung übergehe ... Es wirkte schon fast neurotisch, dieses Aufbegehren gegen die Tatsache, dass die Fäden immer noch im Osten zusammenlaufen; dieser glühende Wunsch, das

pazifische Gebiet genauso bedeutend zu sehen – und als genauso bedeutend anerkannt zu sehen – wie das atlantische. In den Diskussionen über Russland kam das besonders klar heraus; denn wie ich merkte, sahen viele meiner Zuhörer in der verstärkten «Kollaboration mit Russland ein Mittel, um gerade in ihrer Gegend grössere Betriebsamkeit zu entfalten und ihr damit auch grösseren Einfluss zu verschaffen. Sie hatten grosse Hoffnungen auf die Intensivierung der Beziehungen zwischen unserer Westküste . . . und Sibirien quer über den Pazifik gesetzt. Dass diese Hoffnungen sich nicht verwirklichen würden, empfanden sie als persönliche Kränkung, und sie waren geneigt, dem State Department die Schuld zu geben.»

Nebenbei bemerkt drängte sich mir der Eindruck geradezu auf, dass unter meinen akademischen Zuhörern an der Westküste eine ganze Menge Leute sass, die entweder regelrechte Mitglieder der Kommunistischen Partei oder jedenfalls stark von ihr beeinflusst waren. Vermutlich hatte mir der erst kürzlich beendete Moskauer Aufenthalt das Gespür dafür gegeben; auf jeden Fall hatte ich, der ich solange für Sicherheitsfragen zuständig gewesen war, deutlich ein ungutes Gefühl. Dem State Department schrieb ich:

«Ich bin sicher, dass jedes meiner Worte noch vor Ablauf des Tages pflichtschuldigst dem sowjetischen Konsul hinterbracht wird. Das macht weiter nichts; ich habe meinen Text deswegen nicht geändert; aber falls das Ministerium einmal Leute dort hinschickt, die vertrauliche Themen behandeln, sollte man doch besser überprüfen, wer zugelassen werden kann.»

Die zur Berkeley-Gruppe gehörenden Atomwissenschaftler verurachteten mir besonderes Kopfzerbrechen. Ich schrieb damals:

«Was sie wirklich denken, ist mir immer noch schleierhaft; allem Anschein nach verbinden sie ein widerwilliges Einverständnis mit Mr. Baruchs Ideen über eine internationale Atomenergie-Behörde mit der unerschütterlichen Überzeugung, dass alles in Ordnung wäre, wenn sie bloss ein paar sowjetische Wissenschaftler am Rockzipfel zu fassen kriegen und sie darüber aufklären könnten, was es mit Atomwaffen auf sich hat. Dass ihnen je der Gedanke gekommen wäre, die Russen könnten auf Informationen über die enorme Zerstörungskraft atomarer Energie statt

mit der Flucht in internationale Zusammenarbeit mit dem Wunsche reagieren, eine für sie selbst gefahrlose Anwendungsmöglichkeit zu finden, wage ich zu bezweifeln. Politisch leben diese Leute wahrlich im Stande der Unschuld. Beim Versuch, ihnen den wirklichen Sachverhalt zu schildern, kommt man sich vor wie ein Buhmann und Kinderschreck. Zum Glück für sie selbst glaubten sie mir ohnehin nicht und gingen, wie sie gekommen waren: in dem tröstlichen Bewusstsein, dass es Schlechtigkeit auf dieser Welt höchstens im State Department gibt, das nicht verstehen will. . .»

Nachträglich merke ich, dass diese Bemerkungen ein bisschen so klingen, als hätte ich vorgehabt, mich um einen Gutachterposten beim Stabe des verstorbenen Senators McCarthy oder beim Parlamentsausschuss zur Untersuchung unamerikanischer Umtriebe zu bewerben. Um diesen Eindruck zu korrigieren und um klarzustellen, dass ich das Problem des Kommunismus in unserer eigenen Gesellschaft doch nicht ganz so einseitig sah, zitiere ich noch die folgenden Sätze aus dem Manuskript einer Rede, die ich mehrere Monate später vor der Universität von Virginia hielt:

«Insbesondere missfällt mir die hysterische Form des Antikommunismus, die allem Anschein nach in unserm Land immer mehr um sich greift: das Unvermögen, zwischen einer wirklich fortschrittlichen Soziallehre und einem rivalisierenden ausländischen Machtsystem zu unterscheiden, das sich die Schlagworte des Sozialismus angeeignet hat und sie missbraucht. Ich bin alles andere als ein Kommunist; aber ich erkenne, dass die Theorie des sowjetischen Kommunismus (die Theorie, bitte sehr, nicht die Praxis) Ideen enthält, die vermutlich wirklich die Ideen der Zukunft sind. Es wäre jammerschade, mit dem Schlechten zugleich auch das Gute abzulehnen und uns gegen den Gang der Geschichte zu stemmen. . . . Und so betone ich erneut die Notwendigkeit, das ganze Problem Russland und Kommunismus kühler, differenzierter, umsichtiger und mit grösserem Selbstvertrauen anzupacken.»

Schriftliche Unterlagen über den Inhalt der Vorträge, die ich auf meiner Rundreise im Sommer 1946 hielt, habe ich, wie gesagt, nicht. Aber ich habe so etwas wie ein Protokoll (die steno-graphische Mitschrift eines meiner Zuhörer) über eine Rede,

die ich anlässlich eines gemeinsamen Auftretens mit Llewellyn Thompson vor einer grossen Versammlung von Angehörigen des State Departments hielt. Thompson war ebenfalls erst kürzlich aus Moskau zurückversetzt worden. Das Datum war der 17. September 1946. Auch diesmal sprach ich ohne festgelegten Text, aber das stenographische Protokoll dürfte zugleich eine sinngemässe Zusammenfassung dessen sein, was ich auf meiner Vortragsreise gesagt hatte. Ich versuchte zunächst, die Doppelnatur des politischen Wesens deutlich zu machen, mit dem wir es in Moskau zu tun gehabt hatten. Für die eine Seite dieses Wesens konnte man Sympathie empfinden, ja man konnte sie in gewisser Weise bewundern – bei der anderen konnte man das nicht. Die positive Seite zeichnete sich aus durch «eine grosse Treue zum Prinzip, eine Art spartanisch-puritanischer Zucht des Denkens, und zugleich durch den Wunsch, den Westen kennenzulernen, Gedanken und Vorstellungen mit ihm auszutauschen». Sicher waren auch Überempfindlichkeit und Stolz in das Bild hineinverwoben, desgleichen Scham über Russlands Rückständigkeit, aber diese Dinge waren zu verstehen. Die andere Seite desselben Wesens dagegen war so randvoll mit Übelwollen, dass man sich nur «schwer vorstellen konnte, dass das echt sei». Man müsse eigentlich annehmen, dass es zu ganz bestimmten Zwecken vorgetäuscht werde. Klar war nur, dass wir eine Politik brauchten, die beide Seiten dieses Doppelwesens in Betracht zog und sich an beide richtete: eine Politik, «die darauf zielte, die eine Seite zu ermutigen und ihre Freundlichkeit zu erhalten und gleichzeitig die andere zu entmutigen und in Misskredit zu bringen».

Bei der feindlichen Seite sei nur durch militärische und politische Überlegenheit etwas zu erreichen:

«Ich glaube nicht, dass wir sie [die Sowjetführer] beeinflussen können, indem wir mit ihnen diskutieren, mit ihnen argumentieren oder zu ihnen hingehen und sagen ‚so und so liegen die Dinge‘.

Ich glaube nicht, dass das möglich ist. Ich habe selbst erlebt, wie es versucht worden ist – stundenlang. ... Das soll nicht heissen, dass wir ihnen unser Vorgehen nicht Schritt für Schritt offen . . . und deutlich klarlegen sollten . . . Ich glaube, wir sollten zu ihnen gehen und sie völlig ins Bild setzen, aber nicht in der Erwartung, dass sie kehrmachen und sagen: ‚Donnerwetter ja, daran haben wir überhaupt noch nicht gedacht. Wir werden schleunigst unsere Politik änderns ... So sind sie nicht.‘»

Nicht, dass sie nicht hörten oder verstünden, was man sagen wolle, wie ich ausdrücklich betonte. Sie verhärteten sich ganz einfach.

«Wenn man zu einem Fanatiker spricht, denkt der bloss: „Dieser Kerl geht von ganz falschen Voraussetzungen aus; er will mich einwickeln; ich darf mich nicht irre machen lassens»

Meiner Meinung nach konnte man das Verhalten der sowjetischen Führung nur ändern,

«indem man durch klare langfristige Dispositionen zu erkennen gibt, dass Akte der Rücksichtslosigkeit sich nicht lohnen – sich zu Russlands Schaden auswirken müssen –, dass eine freundlichere Politik gegen uns ihnen dagegen Vorteile bringt. Wenn es uns gelingt, sie in eine Stellung hineinzumanövrieren, von der aus es für sie in jedem Fall mühsam und unprofitabel ist, sich gegen die Grundsätze der Vereinten Nationen und gegen unsere Politik zu stellen, dagegen leicht und bequem, mit uns zusammenzuarbeiten – wenn es uns gelingt, diesen Stand der Dinge unbeirrt aufrechtzuerhalten, auf lange Sicht und keineswegs herausfordernd, sondern auf höfliche und ruhige Art; wenn wir zu allen Zeiten gleich stark und gleich unnachgiebig sind, ohne jemals aufzutumpfen oder zu drohen; wenn wir die Tür immer für sie offen halten, für den Fall, dass sie sich doch noch entschliessen mitzumachen –, dann bin ich fest überzeugt, dass sie auf die Dauer nicht widerstehen können . . . dass die Logik dieses Verhaltens ihrer Regierung früher oder später aufgehen und Änderungen erzwingen wird.»

Ungeachtet dieses gemässigten Optimismus hielt ich es für wichtig, meine Zuhörer zu warnen, dass ich an das Verschwinden des Eisernen Vorhangs in naher Zukunft oder überhaupt zu unsern Lebzeiten nicht glaube. Der Eiserne Vorhang, sagte ich,

«ist an der Rückständigkeit Russlands aufgehängt; an dem Anderssein Russlands; an seiner Nachbarschaft zum Orient; an seiner Hassliebe zum Westen; an seiner Furcht, der Westen könne sich als überlegen erweisen und es Übervorteilen, und letztlich an dem festen Glauben, dass sie in Russland ganz tief unter all der Armut und dem Elend versteckt auch etwas besässen, das sie uns lehren könnten, und dass sie es nicht verlieren möchten».

Der Vorhang also schien für die Dauer gemacht. Aber wenn wir es richtig anfangen, könnten wir

«es erreichen, in einiger Zeit – und damit meine ich eine für uns noch überschaubare Zeit von fünf oder zehn Jahren – viel angenehmere Beziehungen zu ihnen zu haben als heute; normalere, ruhigere, in denen man sich nicht immerzu über Schwierigkeiten aufzuregen braucht».

Die sowjetischen Führer jedenfalls seien im jetzigen Zeitpunkt nicht darauf aus, einen Zusammenstoss herbeizuführen – dessen sei ich sicher. Die Meinung der Weltöffentlichkeit sei überwiegend noch auf unserer Seite. Das sei ein grosses Plus. Es gebe uns einen entscheidenden Vorteil. Und mit seiner Hilfe

«sollte es uns bei einer klugen und massvollen Politik möglich sein, sie militärisch wie politisch auf lange Zeit hinaus einzudämmen».

Ich gebe den Ausdruck «eindämmen» hier in voller Absicht wieder. Der Leser wird registrieren, dass die Ansprache, in der ich ihn benutzte, Monate vor meiner Betrauung mit irgendwelchen politischen Planungsaufgaben gehalten wurde, noch vor der Ernennung General Marshalls zum Aussenminister und bevor ich irgendjemand in den Planungsstäben des amtlichen Washingtons näher kennenlernte.

Die Zeit an der Kriegsakademie war ausserordentlich erfreulich. Fort McNair ist eine Halbinsel südöstlich von Washington. Am westlichen Ufer entlang zieht sich eine Reihe von Generalshäusern. Eines davon bewohnten wir – ich glaube dank einer freundlichen Intervention von General Eisenhower. Von der Hintertür aus blickte man über die spiegelnden Flächen des Washington-Kanals und des Potomac hin. Die väterliche Fürsorge der Armee, die für die Instandhaltung der Häuser, für Transport und tausend andere nützliche Dinge sorgte, empfanden wir als angenehm und beruhigend. Und zum erstenmal hatten wir auch unsere Farm in Pennsylvania in erreichbarer Nähe. Wir wandten viel Energie damals und noch mehr Begeisterung auf die Landwirtschaft und die Verschönerung unseres Besitzes. Fast jedes Wochenende waren wir draussen auf der Farm. Freitags nachmittags fuhren wir gemächlich los durch die bezaubernde Landschaft von Nordmaryland, die der von

Südpennsylvania schon ganz ähnlich ist. Ich verwuchs innerlich mit diesem im Sommer sorgsam bestellten und üppig-fruchtbaren, im Winter ruhig und erwartungsvoll daliegenden Land, das bisher nur wenig unter der Halburbanisierung gelitten hatte, mit der die Amerikaner so unbekümmert die natürliche Schönheit und Gesundheit ihres Kontinents zerstören.

Auf der Farm selbst gab es immer tausenderlei zu tun (von dem das meiste doch nie getan werden würde). An den Samstagen gingen wir mit wahrer Arbeitswut verschiedene «Projekte» an – die Zeit flog nur so dahin. Die Kraftreserven unserer Gäste wurden nicht weniger eifrig und nicht weniger unzweckmässig eingesetzt als unsre eigenen. Am Sonntagvormittag dann kam das traurige Aufräumen und die Bestellung des Hauses für eine weitere Woche der Einsamkeit und schliesslich, mitten im Sonntagnachmittagsverkehr, der lange Treck stadtwärts und die plötzliche Wiederbegegnung mit der anderen, der städtischen Welt in Gestalt dicker Packen von Sonntagszeitungen und dringlichen Telefongebimmels von Leuten, die seit Freitag versucht hatten, uns zu erreichen.

So zu leben, hat seine Nachteile, wie viele Amerikaner wissen; aber es bringt auch unsagbar viel Freude. Solange ich in Washington dieses Leben führte, war ich gesund. Unterliess ich aus irgendeinem Grund die Wochenendausflüge aufs Land, wurde ich krank. Und im Umgang mit unseren ländlichen Nachbarn, die uns nie anders als zuvorkommend und hilfreich begegneten, gewann ich eine nie versiegende Quelle nützlicher Ratschläge und dazu einen wohltuenden Einblick in eine praktisch-nüchterne Lebensführung, die mir die Aufregungen und Probleme meiner hektischen amtlichen Existenz in einem neuen und manchmal heilsamen Lichte zeigten.

In der Leitung der Kriegsakademie arbeitete ich mit Vizeadmiral Harry W. Hill von der US-Marine als Kommandanten und seinen beiden Stellvertretern Generalmajor Gruenther von der Armee und Brigadegeneral Truman H. Landon von der Luftwaffe zusammen. Alle drei Offiziere hatten eine ausgezeichnete Karriere hinter sich und eine noch glänzendere vor sich. Harry Hill brachte es zum Inspekteur der Marineakademie. Al Gruenther bekleidete eine ganze Reihe von Spitzenpositionen, darunter die des Oberkommandierenden der NATO-Streitkräfte in Europa. Ted Landon wurde kommandierender General unserer Luftstreitkräfte in Europa.

Grossartigere Kollegen als diese drei Männer lassen sich schwer denken. Ich schätzte und bewunderte alle drei und habe unsere gemeinsame Tätigkeit nie anders als angenehm empfunden.

Durch die Akademie sollten hohe Offiziere mit Fragen unserer nationalen Strategie, der militärischen wie der politischen, vertraut gemacht werden. Da sie soeben erst gegründet war, stellte der Lehrplan des ersten Jahres notwendigerweise ein Experiment dar. Wir hatten die Chance, eigene Ideen über Lehrmethode und Lehrstoff auszuprobieren, und das war in sich schon aufregend. Aber es war keineswegs alles. Durch unsere Tätigkeit konnten wir die Neuformulierung des politischen Denkens, die in diesem Winter des Übergangs und der Unsicherheit überall in Washington einsetzte, in einer Weise mitbeeinflussen wie keine Institution je zuvor. Hohe und höchste Regierungsvertreter, Militärs wie Zivilisten, desgleichen Vertreter der Legislative kamen zu unseren Vorlesungen und lasen manchmal auch selbst. Mapneminister James Forrestal, dessen Weitblick und Energie das Entstehen der Akademie eigentlich zu danken war, verfolgte ihre Entwicklung mit grösster Anteilnahme, kam verschiedentlich zu den Vorlesungen (auch ein paar-mal zu meinen) und unterstützte uns nach Kräften. Auch andere Offiziere im Kabinettsrang, Generäle und Senatoren sassens uns zu Füssen. Die Akademie wurde zu einer Art Hochschulseminar für die gesamte höhere Regierungsebene in Washington.

Den politischen Unterricht erteilte ich gemeinsam mit drei Professoren: Hardy Dillard, von der Universität von Virginia, Sherman Kent und Bernard Brodie, beide von Yale. Alle drei waren anregende Denker und Lehrer und zugleich umgängliche Gefährten.

Die Studenten, genau hundert an der Zahl, rangierten vom Oberstleutnant bis zum Brigadegeneral (oder dem Äquivalent) einschliesslich; dazu kamen noch zehn Beamte des Auswärtigen Dienstes. Die Offiziere hatten sich grösstenteils im letzten Kriege ausgezeichnet, waren aber keineswegs nur deswegen ausgesucht worden. Sie waren erwachsen, konnten denken, taten eifrig mit, freuten sich dabeizusein, bemühten sich, das Gebotene voll auszuschöpfen – kurzum, waren für jeden Lehrer eine Freude. Man lernte von ihnen, während man sie lehrte.

Al Gruenther war der Verwaltungschef der Akademie, und dank seinem unablässigen Einsatz und seinem ansteckenden Humor lief das Programm dieses ersten experimentellen Jahres

reibungslos und schwingvoll ab. Alles in allem war diese Zeit die angenehmste meines Berufslebens.

In den sieben Monaten an der Kriegsakademie verausgabte ich mich schreibend und redend in einem Masse, das mich heute mit leicht entsetztem Staunen erfüllt. Ich war nun sehr gefragt. Ich las nicht nur am National War College selbst, sondern zugleich auch an verschiedenen anderen Orten: an Marine- und Luftwaffenschulen, an der Marineakademie, in den Carlisle-Kasernen (wo ich gleich im Anschluss an ein Wochenende auf der nahegelegenen Farm so vollständig erschöpft ankam, dass meine Schläfrigkeit sich auf alle meine Zuhörer übertrug); ich sprach an den Universitäten von Yale und Virginia, am Williams College, in Princeton und vor verschiedenen privaten und halb-privaten Gruppen im Osten. In rund fünfunddreissig Wochen redete ich nicht nur häufig *ex tempore* oder nach Stichworten, sondern schrieb ausserdem siebzehn Vorlesungen und Artikel nieder, die jeweils etwa fünftausend Worte enthielten und alle mindestens dreimal neugefasst wurden, ehe sie ihre endgültige Form gefunden hatten. Das Staunen über meine eigene Energie wird nur noch von der Bewunderung für meine Sekretärin Dorothy Hessman übertroffen, die mir von Moskau an die Kriegsakademie gefolgt war und es fertigbrachte, zusätzlich zu der gesamten Korrespondenz ohne ein Wort der Klage auch diese unaufhörlichen Sturzbäche von Worten zu schreiben.

Die Kurse der Kriegsakademie konzentrierten sich vor allem während des Herbstsemesters auf die Wechselbeziehung zwischen militärischen und nichtmilitärischen Massnahmen in der nationalen Politik. Es war, kurz gesagt, ein Lehrgang der politisch-militärischen Strategie. Ich hatte mich vorher noch nicht ernsthaft mit diesem Thema befasst, weder als Schüler noch als Lehrer. Ebenso war es das erstmal, dass die Regierung der Vereinigten Staaten Studien dieser Art an einer offiziellen akademischen Einrichtung veranlasste, der Lehrer und Schüler aus allen drei Wehrmachtteilen und dem Aussenministerium angehörten. Nicht nur waren wir allesamt Neulinge auf diesem Gebiet: es gab auch keine herrschende oder überlieferte amerikanische Lehre, die uns als Ausgangspunkt hätte dienen können. In der amerikanischen politischen Literatur der letzten hundert Jahre war über das Verhältnis von Krieg und Politik fast nichts zu finden, und das schien mir ein Zeichen für die Unvollkommenheit unserer bisherigen Überlegungen zu diesem Thema. Das amerikanische Denken hatte auf dem Gebiet der Aussenpolitik

vor allem friedlichen Problemen gegolten, grossenteils solchen des Völkerrechts und der internationalen Wirtschaft. Das Nachdenken über den Krieg dagegen hatte man fast ausschliesslich den militärischen Stäben und den Kriegsschulen überlassen, und auch dort war es im Wesentlichen auf die technischen Probleme von Strategie und Taktik ausgerichtet gewesen – also auf den militärischen Sieg. Sicher hatte es einen Mahan⁸⁹ gegeben; seine Bedeutung war nicht unerheblich. Aber er hatte sich in erster Linie mit Problemen der Seegelung befasst, und seine Grundkonzeption war inzwischen durch Veränderungen in der Bewaffnung wie auch im internationalen Kräftespiel grossenteils überholt. Notgedrungen mussten wir deshalb auf europäische Denker früherer Generationen zurückgreifen: auf Machiavelli, Clausewitz, Gallieni – sogar auf T. E. Lawrence. Wir konnten uns dabei auf die ausgezeichnete Sammlung von E. M. Earle ‚Wegbereiter der modernen Strategie‘⁹⁰ stützen, eine wenigstens für mich unschätzbare Hilfe. Aber es war klar, dass die Gedanken dieser Männer für uns nur bedingt galten und dass sie den Erfordernissen einer grossen amerikanischen Demokratie im Atomzeitalter auch nicht entfernt genügten. Man musste sie eben allesamt noch einmal denken. Man würde für unser Land eine strategisch-politische Theorie entwerfen müssen, die nicht nur einer einzelnen Nation die Möglichkeit zu materieller und militärischer Machtausweitung bot, sondern die Stärke dieser Nation zugleich zu einer Stütze für Frieden und Stabilität im internationalen Leben machte und sie vor allem dazu benutzte, die Katastrophe eines Atomkrieges zu verhindern. Es war meine Hoffnung, dass die von uns so zuversichtlich eröffnete Akademie für Strategische und Politische Studien mit der Zeit eine brauchbare Theorie hervorbringen würde.

Ich weiss nicht, ob und inwieweit das Kolleg in den folgenden Jahren diesen Zweck erfüllt hat. Es steht zu befürchten, dass seine Chancen ein wenig darunter gelitten haben, dass man das Amt des Kommandanten nach altem Brauch ziemlich schnell von einem Wehrmachtteil zum andern wechseln liess – was der Kontinuität der Auffassungen wie auch der Praxis schaden muss – und dass auch das Fehlen einer regelmässigen Forschungstätigkeit spürbar wurde, die dem Unterricht Tiefe und Verfei-

⁸⁹ Admiral Alfred T. Mahan, 1840-1914, Historiker der amerikanischen Kriegsmarine und ziemlich einflussreich, wies in mehreren zu ihrer Zeit vielbeachteten Werken immer wieder auf die Wichtigkeit einer starken Flotte für das internationale Ansehen der Staaten hin (AdÜ).

⁹⁰ ‚Makers of Modern Strategy‘, Princeton, Princeton University Press, 1945.

nerung und grössere Allgemeinverbindlichkeit hätte geben können.

Für mich persönlich jedoch war dies Anfangsjahr in hohem Masse anregend und fesselnd. Ich sehe heute, dass ein Teil der Ideen, die seit Jahren meinen Ansichten über amerikanische Politik zugrunde liegen, aus jener Zeit stammt – aus meiner Lektüre, aus den Vorträgen der ausgezeichneten Gastdozenten und aus dem Ringen um meinen eigenen Stoff.

Eine dieser Ideen betrifft den Zweck des Kriegführens. Der Anschauungsunterricht des Sezessionskriegs, des Spanischen Bürgerkriegs und der zwei Weltkriege, an denen wir beteiligt waren, hatte die Militärs und zugleich auch grosse Teile der Bevölkerung zu der Annahme verführt, dass es das normale Ziel eines Krieges sei, die Fähigkeit und den Willen des Gegners zum Widerstand vollständig zu vernichten und ihn zur bedingungslosen Kapitulation zu zwingen. Der Rest, so glaubte man, sei leicht. Der Sieg verleihe einem die Macht, dem geschlagenen Gegner totalen Gehorsam abzuverlangen, und damit sei der Weg frei für die ungestörte Verwirklichung aller wie immer gearteten eigenen politischen Ambitionen.

Die wichtigste Einsicht, zu der ich durch das Jahr an der Kriegsakademie gelangte, war die, dass eine solche Auffassung vom Zweck der Unterhaltung und des Einsatzes einer Streitmacht ins atomare Zeitalter nicht mehr passe, falls sie überhaupt jemals vernünftig gewesen sei, was ich bezweifelte. Es schien mir, als ob ihre praktische Erprobung in zwei Weltkriegen uns zwar militärische Erfolge gebracht, die Probleme der Befriedung jedoch ganz erheblich erschwert hätte.

Und nachdem neuerdings zur militärischen Ausrüstung Dinge wie Atombomben gehörten und unser bedeutendster Gegner ein Land von der Grösse Russlands war, lag es auf der Hand, dass die alten Vorstellungen unrealistisch waren. Das Vorhandensein von Atomwaffen bedeutete, dass ein totaler Krieg entweder Selbstmord wäre oder, wenn der Gegner keine solchen Waffen besass, unterschiedloses Zerstören in einer Grössenordnung, die einfach unvorstellbar war und allen Grundsätzen humanitärer Kriegführung widersprach. Doch darüber hinaus blieb die Tatsache bestehen, dass Russland kein Land war, das man besetzen konnte. Selbst bei sehr optimistischer Betrachtung hätte das unsere physische Leistungsfähigkeit weit überstiegen. Und es überstieg auch unsere politische und moralische Leistungsfähigkeit; wir waren nicht geeignet, andere Völker in anderen

Teilen der Welt zu regieren, auch nicht vorübergehend. Das Beispiel Deutschland hatte das meiner Meinung nach gezeigt. Deshalb schien es mir geboten, uns wieder auf weit zurückliegende Vorstellungen zu besinnen. Der Lehrsatz vom totalen Krieg war ein Lehrsatz des neunzehnten und zwanzigsten Jahrhunderts gewesen. Wir würden nun wieder auf die Idee des begrenzten Krieges zurückgreifen müssen, die im achtzehnten Jahrhundert modern gewesen war. Die Ziele der Kriegführung würden entsprechend eingeengt werden müssen. Wenn man überhaupt Waffen einsetzte, würde man sie dazu verwenden müssen, den Ehrgeiz eines Gegners zu zügeln oder festumrissene eigene Pläne gegen seinen Willen durchzusetzen – nicht dazu, seine Macht oder seine Regierung aus der Welt zu schaffen oder ihn völlig waffenlos zu machen. Wir würden Talleyrands Ansicht übernehmen müssen, dass die «Nationen einander im Frieden soviel Gutes wie möglich und im Krieg so wenig Schaden wie möglich tun» sollten. Und dazu müssten wir auch einsehen lernen, wie weise Gibbon war, als er es eine Stärke des europäischen achtzehnten Jahrhunderts nannte, dass es seine Armeen in der Kunst geübt habe, «massvolle Konflikte unentschieden auszutragen». Kurz gesagt: Die Menschheit würde sich damit abfinden müssen, dass Anwendung militärischer Gewalt in Zukunft für die Verfolgung politischer Ziele nur noch relativen, nie mehr absoluten Wert haben könne.

Noch eine weitere Erkenntnis nahm ich von der Kriegsakademie mit. Sie ist nirgends ausdrücklich erwähnt. Eigentlich war sie eher eine Voraussetzung, und zweifellos hätte ich in den kommenden Jahren bei vielen Gelegenheiten davon reden sollen; ich tat es jedoch nicht. Es war die Voraussetzung, dass wir den Einsatz atomarer Waffen niemals wünschen, ja niemals auch nur in Betracht ziehen würden, es sei denn als Akt der Vergeltung. Am 23. Januar 1947, bei einer Rede vor dem Nationalen Verteidigungsausschuss der Handelskammer der Vereinigten Staaten, habe ich das Thema einmal anklingen lassen. Ich hatte damals keinen Zweifel, dass es notwendig für uns sei, atomare Waffen zu haben und weiterzuentwickeln. Solange wir kein brauchbares Abkommen über ihre Entfernung aus den nationalen Depots und auch keine Sicherheit hätten, dass nicht noch andere Länder sie herstellen und anwenden würden, oblag uns, wie mir schien, die «traurige Pflicht», uns unsern Vorsprung auf diesem Gebiet zu erhalten. Für unsere Bevölkerung gebe es keinen besseren Schutz vor einem Atomangriff

als «die Furcht vor einem überwältigenden Gegenschlag».
«Aber», so fügte ich hinzu,

«ich sage das im vollen Vertrauen darauf, dass die Menschen in unserem Land die unprovokierte und aggressive Verwendung solcher Waffen gegen andere Völker der Erde niemals gutheissen werden.»

Aus diesen zwei Erkenntnissen – der zwingenden Notwendigkeit, die Kriegführung zu begrenzen, und der Unmöglichkeit, mir den Einsatz der Atombombe als einer Angriffswaffe vorzustellen – entwickelte ich mein Konzept einer Streitmacht für Friedenszeiten; mit dem Schwergewicht auf kleinen, kompakten, stets einsatzbereiten Einheiten, die fähig sein müssten, auf abgelegenen, räumlich begrenzten Kriegsschauplätzen kurzfristig wirksame Schläge auszuteilen. Wir brauchten natürlich noch mehr. Wir müssten ausserdem jederzeit fähig sein, «unsere volle Stärke zu mobilisieren, sowie sich akute Gefahr für einen grösseren Krieg» ergebe. Aber die «kleinen beweglichen Verbände», die aus Kampfgruppen aller drei Wehrmachtteile zusammengestellt und sehr schnell einsatzbereit sein müssten, würden wir ebenfalls brauchen.

«Wir dürfen nicht vergessen, dass die vorderste Linie der amerikanischen Verteidigung vielleicht Tausende von Meilen vor den amerikanischen Küsten liegen wird. Wir besitzen bereits eine Anzahl vorgeschobener Stützpunkte, die gut bemannt sein müssen, und es könnte jederzeit notwendig werden, noch weitere entlegene Inseln oder Halbinseln anderer Kontinente an uns zu bringen, sei es auch nur, damit kein anderer sich ihrer bemächtigt, solange wir selbst mit unseren militärischen Vorbereitungen noch nicht fertig sind. Aber auch hier wieder . . . besteht der eigentliche Wert unserer Truppen in ihrer abschreckenden Wirkung. Wenn wir solche Verbände nicht unterhalten, wird das ruhelose Element anderswo immer wieder ermutigen, sich entlegener kleiner Objekte zu bemächtigen, nach der Theorie, dass wir im Augenblick ja doch nichts dagegen unternehmen könnten und sie somit ungestraft handeln und die Erklärung auf später verschieben könnten.»

Konkret auf den Ausbau unserer Streitkräfte übertragen, hiess das so viel wie Verstärkung des Marinekorps, Intensivierung

der Zusammenarbeit zwischen den einzelnen Wehrmachtteilen und Erhaltung der ständigen Einsatzbereitschaft der Kampfgruppen. Ich erhob diese Forderungen reichlich drei Jahre vor dem kommunistischen Angriff auf die Koreanische Halbinsel. Die Unzulänglichkeit unserer Vorkehrungen für genau diese Art von Ereignis zeigt deutlich, wie weit auch 1947 noch der Abstand zwischen der Kriegsakademie, speziell ihrem Beauftragten für Aussenpolitik, und den Kongressausschüssen und Pentagon-Chefs war, die tatsächlich die Struktur unserer Streitkräfte bestimmten.

XIII. Die Truman-Doktrin

Es muss wohl in den ersten Wochen des Jahres 1947 gewesen sein, jedenfalls noch während meiner Tätigkeit an der Kriegsakademie, dass Mr. Dean Acheson, damals im Rang eines Staatssekretärs, mich in sein Büro rief und mir mitteilte, General George Marshall, der erst kurz zuvor das Amt des Aussenministers übernommen hatte, wolle innerhalb des State Department eine Art von Planungszentrale aufbauen – einen Stab, der wenigstens teilweise die Funktionen der Planungs- und Operationsabteilung übernehmen könne, an die er vom Kriegsministerium her gewöhnt war. Mr. Acheson gab zu verstehen, dass man mich vermutlich auffordern würde, diese neue Abteilung zu leiten, wenn meine Zeit an der Kriegsakademie abgelaufen sei. Mir wurde nicht ganz deutlich, was gemeint war; und ich bin nicht sicher, dass es Mr. Acheson aus General Marshalls Beschreibung sehr viel deutlicher geworden war. Aber in grossen Zügen begriff ich, was man von mir wollte.

Ich war deshalb nicht so völlig überrascht, wie ich es ohne diese Vorwarnung wohl gewesen wäre, als Mr. Acheson mich am 24. Februar erneut zitierte, mir mitteilte, dass wir uns durch den Beschluss der britischen Regierung, ihre Hilfsaktion für Griechenland abubrechen, vor eine ernste politische Entscheidung gestellt sähen, und mich aufforderte, an den Beratungen eines Komitees teilzunehmen, das soeben zu dem Zweck gebildet wurde, das ganze Problem der Hilfeleistung für Griechenland und die Türkei zu studieren.

Das Komitee trat noch am selben Abend, dem 24. Februar, unter dem Vorsitz meines alten Freundes und Kollegen aus Rigaer und Moskauer Tagen, Loy Henderson, zusammen; Henderson war jetzt im Ministerium Leiter der Nahost-Abteilung. Meiner eigenen Erinnerung nach hatten wir die Aufgabe, uns darüber schlüssig zu werden, ob die Vereinigten Staaten auf den Rückzug der Briten positiv reagieren und für sie in die Bresche springen oder aber die Griechen und Türken sich selbst überlassen sollten. Nach Hendersons Meinung (der Unterschied zeigt sehr gut, wie gefährlich es ist, das reine Gedächtnis, ohne Stützung durch schriftliche Zeugnisse, zur Grundlage einer

politischen Rückschau zu machen) – nach Hendersons Meinung also hatten der amtierende Aussenminister und er selbst die Frage für das State Department im Grundsatz bereits am Wochenende zuvor entschieden und bestand die Aufgabe des Komitees in der Ausarbeitung detaillierter Empfehlungen für das Vorgehen des Präsidenten und des Aussenministers (der in Moskau war), in der Erläuterung und Begründung dieser Empfehlungen gegenüber den anderen Ministerien und dem Kongress (der natürlich in Aktion treten musste, um sie Wirklichkeit werden zu lassen) und gegenüber der Öffentlichkeit. Wie immer sich das verhalten mag (und ich gebe gern zu, dass Hendersons Erinnerung wahrscheinlich eher richtig ist als die meine), so vertrat ich jedenfalls die Auffassung, dass uns gar nichts anderes übrigbleibe, als dem Appell Gehör zu geben und die erforderliche Hilfe zu gewähren. Das war auch die allgemeine Meinung des Komitees; wir formulierten die entsprechende Empfehlung; und spätabends ging ich nach Hause in dem erhebenden Gefühl, an einer historischen Entscheidung der amerikanischen Aussenpolitik massgeblich beteiligt gewesen zu sein. Falls ich dabei das Gewicht meiner Stimme ein wenig überschätzt haben sollte, so war es sicher nicht das letztemal, dass Selbstgefälligkeit und das Aufhorchen verdutzter Kollegen beim Klang meiner Worte mich über das wirkliche Mass meines Einflusses auf politische Entscheidungen täuschten.

Mr. Joseph Jones hat in seinem ausgezeichneten Buch «Fünfzehn Wochen»⁹¹ sehr ausführlich und getreulich die vielen Diskussionen, Konsultationen und Genehmigungen innerhalb der Regierung sowie die literarischen Fehden geschildert, die ausgetragen werden mussten, ehe der Präsident zwei Wochen später dem Kongress seine berühmte «Truman-Doktrin» präsentieren konnte. Am Tage bevor der endgültige Entwurf dieser Botschaft ans Weisse Haus abging – also um den 6. März –, war ich hinüber ins Aussenministerium gegangen, um mir das Dokument anzusehen. Was ich da las, bestürzte mich über die Massen. Die Formulierungen, die ich besonders beanstandete, entstammten weder Hendersons Feder noch denen seiner Kollegen aus den Länderabteilungen, sondern waren auf Anregung des Informationsreferats des State Department in einem Unterausschuss des interministeriellen Koordinierungsausschusses für Auswärtiges, Krieg und Marine, SWNCC (State-War-Navy Coordinating Committee), produziert worden, der offenbar das

⁹¹ 'The Fifteen Weeks', New York, Harcourt, Brace & Co., 1955.

Bedürfnis verspürt hatte, die Grundsatzerklärung des Präsidenten in eine Sprache umzusetzen, die viel bombastischer und weitreichender war, als ich sie mir vorgestellt hatte. (Darüber später mehr.) Soweit ich mich erinnere, protestierte ich bei Henderson dagegen. Nach Mr. Jones' Aufzeichnungen protestierte ich auch bei Mr. Acheson, und zweifellos hat er recht, obwohl es mir entfallen ist. Auf alle Fälle verfasste ich einen Alternativtext, dessen Wortlaut ich nicht mehr besitze. Ob meine Proteste auf Verständnis stiessen, weiss ich auch nicht mehr: so oder so kamen sie zu spät. Kein Mensch hatte Lust, sich noch einmal den Qualen auszusetzen, die das kollektive Entwerfen dieses historischen Stückes Papier verursacht hatte.

Wie jeder Memoirenschreiber bin auch ich in Gefahr, nachträgliche Einsicht mit Erinnerung zu verwechseln, und so ist es mir lieb, dass ich unter meinen Papieren eine Aufzeichnung habe, die im Einzelnen darlegt, warum ich es damals für richtig hielt, dass unsere Regierung das von den Briten begonnene Unternehmen weiterführte, und die auch deutlich macht, was mich an dem Wortlaut der Erklärung so störte. Die Lehrer der Kriegsakademie hatten damals die Griechenlandkrise zum Lehrbeispiel erkoren. Wir hatten unsere Studenten gruppenweise auf gewisse Teilaspekte des Problems angesetzt und sie aufgefordert, die Grundlagen für eine Entscheidung des Präsidenten zu erarbeiten. Kurz nach Verkündung der Botschaft an den Kongress hatte ich zweimal zu den Studenten darüber gesprochen: Am 14. März, also zwei Tage nach der Ansprache des Präsidenten, hatte ich den Studenten zunächst die gestellte Aufgabe erläutert; am 28. März dann, als die Antworten vorlagen, hatte ich die Lösungen mit ihnen durchgesprochen und ausgeführt, weshalb ich persönlich es für richtig hielt, das britische Vorgehen positiv zu beantworten. Das Stenogramm über diese zwei informellen Ansprachen besitze ich noch.

Hier zunächst meine Interpretation der allgemeinen Lage: Ich stimmte mit der Regierung in der Meinung überein, dass (mit den Worten meiner Darlegung vor der Kriegsakademie) «wenn jetzt nichts geschähe, um den Nichtkommunisten in Griechenland den Rücken zu steifen, die Kommunisten sehr bald die Macht ergreifen und eine totalitäre Diktatur nach dem in anderen Balkanländern bereits ausprobierten Muster errichten» würden. Zwar erschien mir eine kommunistische Machtübernahme «für *sich* betrachtet» nicht als eine Katastrophe für den Westen. Die Russen und ihre osteuropäischen Partner

waren meiner Meinung nach weder darauf eingerichtet, in Griechenland die Regierung zu übernehmen, noch imstande, der griechischen Wirtschaft Auftrieb zu geben. Irgendwann würde ihnen die Quittung in Gestalt ernster wirtschaftlicher und sonstiger Schwierigkeiten präsentiert werden, aus denen der Westen auf lange Sicht vielleicht sogar seinen Vorteil ziehen könne. Aber die kommunistische Herrschaft würde sich vermutlich trotzdem behaupten, «und das könnte für einen militärischen Widersacher der Sowjetunion eines Tages höchst unliebsame strategische Konsequenzen haben». Noch wichtiger schienen mir die Rückwirkungen einer solchen Entwicklung auf die benachbarten Gebiete. Hier untersuchte ich zunächst die Gegebenheiten in der Türkei. Dort waren, wie ich betonte, die Verhältnisse völlig anders als in Griechenland. In der Türkei konnte von kommunistischer Infiltration kaum die Rede sein; es gab auch keine Guerilla-Bewegung, die sich mit der griechischen vergleichen liess. Die Türken brauchten vor nichts Furcht zu haben als vor der Furcht. «Wenn . . . die Türken nicht die Nerven verlieren, wenn sie in ihrer inneren häuslichen Politik einigermassen auf Sauberkeit und Ordnung halten und sich mit den Russen nicht auf zweiseitige Verhandlungen über so knifflige Fragen wie die Dardanellen einlassen, dann müssten sie nach menschlichem Ermessen bis auf Weiteres von russischem Druck verschont bleiben.» Andererseits würde es ihnen umso schwerer werden, die Stellung zu halten, je mehr ihrer Nachbarn kommunistischer Herrschaft anheimfielen. Hilfe für Griechenland sei somit gleichzeitig für die Stabilität der Türkei von Bedeutung.

Ich möchte besonders darauf hinweisen, dass diese Beurteilung des türkischen Problems nichts enthielt, was sich zur Rechtfertigung eines besonderen Hilfsprogramms für die Türkei hätte verwenden lassen. Die Betonung lag auf Selbstvertrauen und Festigkeit nach aussen, nicht auf militärischer Vorbereitung. Das war der Grund, weshalb ich nicht sehr glücklich war, als ich in dem Entwurf für die Kongressbotschaft des Präsidenten den Vorschlag fand, ausser Griechenland auch die Türkei zu unterstützen. Ich hatte den Verdacht, dass damit in erster Linie militärische Unterstützung gemeint war und dass das Pentagon die Gelegenheit beim Schopf gepackt und ein im Wesentlichen politisch und wirtschaftlich ausgerichtetes Hilfsprogramm für Griechenland mit einem militärischen Hilfsprogramm für die Türkei unterwandert hatte. Da ich es für wichtig hielt, die

sowjetische Gefahr richtig zu interpretieren – als eine in erster Linie politische, nicht als eine militärische Bedrohung –, fand ich es bedauerlich, dass der klare Begriff von dem, was in Griechenland not tat, verlorenging durch Verquickung mit etwas anderem, diesmal in der Türkei, das entweder gar nicht not tat oder wenn, dann aus ganz anderen Gründen.

Aber zurück zu meinen Ausführungen vor der Kriegsakademie: Von der Türkei wendete ich mich zum Thema des Mittleren Ostens: Was würde eine kommunistische Machtübernahme in Griechenland dort für Folgen haben? Auch hier wichen meine Ansichten ein wenig von denen der anderen ab. Ich unterschätzte zwar nicht die gefährliche Anziehungskraft russisch-kommunistischer Maximen auf die unruhigen Intellektuellen in den mohammedanischen Hauptstädten, aber ich bezweifelte doch, dass es den Russen gelingen würde, die mohammedanische Welt als Ganzes aufzuwiegeln und zu beherrschen. Nicht nur weil ihre Ideologie im Gegensatz zur Lehre Mohammeds stand – sie waren einer solchen Aufgabe einfach nicht gewachsen. Schon in Nordpersien und bei den Kurden hatte ihr jüngstes Auftreten in der Rolle des politischen Intriganten nur mässig beeindruckt. Wenn sie noch tiefer in dies Gebiet eindringen, «würden sie schon bald auf die sehr viel kraftvollere politische Gesellschaft der Araber stossen, wo das Feuer des Islam mit reinerer und heisserer Flamme brennt und wo der Widerstand gegen kommunistischen Druck sehr viel härter sein würde als in den Ländern im Norden und Osten». Auf lange Sicht also beunruhigte mich der Auftrieb, den ein kommunistischer Coup in Griechenland den Zersetzungsbestrebungen der Sowjets im Mittleren Osten sicherlich geben würde, nicht allzusehr. Es war aber klar, dass seine unmittelbaren Wirkungen das derzeitige, sehr labile Gleichgewicht des ganzen Gebiets empfindlich stören würden. Und dies wiederum könnte sich auf ein Gebiet auswirken, das vom Standpunkt unserer Sicherheit sogar noch wichtiger war: auf Westeuropa.

In jenen Tagen der Unsicherheit und der wirtschaftlichen Schwierigkeiten konnte man die kumulierende Wirkung sensationeller politischer Ereignisse kaum zu hoch veranschlagen. Vor der Kriegsakademie hatte ich das so formuliert: «Die Menschen richten ihre Handlungsweise nicht nur auf das ein, von dem sie wünschen, dass es geschehen *JO//*, sondern genauso sehr auf das, was ihrer Schätzung nach geschehen *wird*.» Die Menschen in Westeuropa wünschten im Grossen und Ganzen die

Herrschaft der Kommunisten nicht. Aber das hiess nicht, dass sie nicht die Segel streichen und sogar noch dabei helfen würden, diese Herrschaft herbeizuführen, wenn sie den Eindruck gewännen, dass sie doch nicht zu verhindern sei. Und das sei der Grund, weshalb man den Schock eines kommunistischen Sieges in Griechenland nicht riskieren dürfe.

Auch in Westeuropa, fügte ich hinzu, würden die Kommunisten sich auf die Dauer wahrscheinlich nicht halten können. Aber solange sie am Ruder wären, könnten sie grossen Schaden anrichten.

«Dass das Hochwasser eines Tages den Naturgesetzen folgend wieder zurückweichen muss, ist kein Anlass, sein Erscheinen zu begrüssen. Wir haben keine Ursache anzunehmen, dass Europa, wie wir es kennen – und wie wir es brauchen –, sich je von dem Schlag erholen würde, den jede noch so kurzfristige Herrschaft der Russen seinen ohnehin angeschlagenen Einrichtungen und Überlieferungen versetzen müsste. Die Wogen kommunistischer Befehlsgewalt würden eines Tages vielleicht verebben, aber wir dürfen kaum erwarten, dass es einfach sein würde, amerikanisches Prestige und amerikanischen Einfluss auf dem freigewordenen Gelände von Neuem anzusiedeln.»

Eine Auslieferung Europas an die Kommunisten würde zudem, wie ich weiter sagte, für die Vereinigten Staaten ein Sicherheitsproblem aufwerfen, das «vielleicht nicht nur ein Problem der äusseren Sicherheit wäre».

«Denn wir dürfen eines nicht vergessen: Wenn wir uns von Europa lossagten, würden wir uns nicht nur von den Ursprüngen unserer eigenen Kultur und dem grössten Teil unserer Überlieferungen lossagen, sondern zugleich von fast allen Weltgegenden, in denen die demokratische Regierungsform erfolgreich praktiziert wird. Unser Land würde kulturell und politisch vereinsamen. Um uns den Glauben an unsere Institutionen zu erhalten, würden wir von da an laute Selbstgespräche führen müssen. Ich bin nur nicht sicher, dass wir laut genug sprechen könnten.

Ich weiss, dass viele Leute – vermutlich auch der eine oder andere von Ihnen – jetzt entrüstet antworten werden, ich unterschätze die Kraft und Gesundheit unserer Institutionen; behaupten werden, die amerikanische Demokratie brauche Europas

Krankheiten nicht zu fürchten und könne von Europas Erfahrungen nichts profitieren.

Ich wünschte, ich könnte glauben, dass das so ist. Ich wünschte, ich könnte glauben, eine gütige Vorsehung habe die Urinstinkte, die sich in die Schrecken des Totalitarismus verwandeln, nur den anderen mitgegeben, die Amerikaner jedoch vor ihnen bewahrt. Leider weiss ich, dass es anders ist. Schliesslich waren die meisten von uns vor zwei oder drei Generationen noch Europäer, einige sogar noch viel länger. Schon jetzt sind totalitäre Kräfte in unserer Gesellschaft un verhüllt am Werke. Glauben Sie nicht auch, dass eine politische Entwicklung, wie ich sie eben skizziert habe, diesen Kräften neue Zuversicht geben, ihnen neue Anhänger gewinnen müsste? Aber die wirkliche Gefahr liegt ja nicht einmal bei diesen kleinen Gruppen von Extremisten. Sie liegt in der Tatsache, dass in jedem Einzelnen von uns irgendwo ganz tief verborgen ein kleines Stück Diktator steckt. In einer Atmosphäre des Vertrauens und der Sicherheit kann dieser Ungeist nicht gedeihen. Aber bilden Sie sich nicht ein, dass er nicht schon auf den Augenblick lauert, an dem Vertrauen und Sicherheit schwinden und er ihre Stelle einnehmen kann. Mögen andere sich in dem beruhigenden Gefühl wiegen, unsre Vorväter hätten ihre Aufgabe, dies Land in Freiheit zu erbauen, vollständig und für alle Zeiten gelöst. Ich halte mich lieber an das Wort eines grossen Europäers, des deutschen Dichters Goethe, dass Freiheit täglich neu erobert werden muss. Und bei dieser immerwährenden Anstrengung des Neu-Eroberns würde ich unser Land sehr ungern ohne Freunde sehen.»

Soviel (über die Gründe für unsere begrenzte Intervention in Griechenland. Was aber hatte ich, der ich doch mit der Sache selbst einverstanden war, an dem Wortlaut der Kongressbotschaft auszusetzen?

Ich beanstandete ihn vor allem wegen der viel zu umfassenden Verpflichtungen, die wir damit *implicite* auf uns nahmen. Das Kernstück und zugleich der am häufigsten zitierte Passus der Erklärung hiess so:

«Ich glaube, dass es die Politik der Vereinigten Staaten sein muss, freie Völker zu unterstützen, die in ihrer Freiheit durch bewaffnete Minderheiten oder durch Druck von aussen bedroht sind.

Ich glaube, wir müssen den freien Völkern helfen, ihr eigenes Geschick auf ihre eigene Weise zu lenken.»

Dieser Abschnitt – ebenso wie ein paar andere, ähnliche – machte unsere Hilfe für Griechenland statt zu einer besonderen, aus einer Kombination von besonderen Umständen hergeleiteten Entscheidung zu einem Teilstück einer universellen Politik. Man durfte ihm entnehmen, dass wir das, was wir für Griechenland zu tun im Begriff waren, auch für jedes andere Land tun würden, vorausgesetzt, es sei «in seiner Freiheit durch bewaffnete Minderheiten oder durch Druck von aussen bedroht».

Es erschien mir als höchst ungewiss, dass es in jedem einzelnen Falle in unserem Interesse oder in unserer Macht liegen würde, Ländern beizustehen, die sich in dieser Art von Bedrängnis befanden. Die Tatsache ihrer Bedrängnis war nur eines von mehreren Kriterien, die bei unserer Entscheidung berücksichtigt werden mussten. Der Nachweis des Vorhandenseins der Bedrohung konnte nur der Anfang, nicht das Ende des Entscheidungsvorgangs sein. In meiner Darlegung vor der Kriegsakademie führte ich drei spezifische Gesichtspunkte an, die uns bestimmt hatten, Griechenland zu unterstützen:

- a. Die Aufgabe hielt sich im Rahmen unserer wirtschaftlichen, technischen und finanziellen Möglichkeiten.
- b. Nichtgewährung der Hilfe hätte eine für unsere politischen Gegner ganz besonders vorteilhafte Lage geschaffen.
- c. Bei Gewährung der Hilfe konnten wir mit gutem Grund eine günstige Wirkung weit über die Grenzen Griechenlands hinaus erhoffen.

Ich wies darauf hin, dass diese drei Voraussetzungen nicht notwendigerweise auch in allen anderen Fällen gegeben sein müssten. Auf China zum Beispiel schienen mir alle drei nicht restlos zuzutreffen; die erste schon überhaupt nicht. Aber wenn dem so war – wozu dann eine Ausdrucksweise, die scheinbar besagte, dass nichts weiter erforderlich sei als der Nachweis der Bedrohung «durch bewaffnete Minderheiten oder Druck von aussen»? Dass damit allein schon unsere Hilfe gesichert sei?

Hätte ich den Wortlaut der Truman-Doktrin heute zu kommentieren, dann würde ich der Liste der Spezifikationen mit Sicherheit noch eine weitere hinzufügen, nämlich den Willen und die Fähigkeit des bedrohten Volkes, den überwiegenden Teil der Verantwortung und der Verteidigungsanstrengungen sowohl gegen direkte wie gegen indirekte Angriffe selbst zu tragen – und nicht die Arbeit uns zu überlassen und selber untätig dabeizustehen und erst einmal abzuwarten, ob der Wider-

stand auch wirklich von Erfolg gekrönt sei. Heute würde ich ferner beanstanden, dass im Text der Botschaft mehrfach angedeutet wird, es sei das demokratische Gefüge Griechenlands, das wir uns zu verteidigen verpflichtet fühlten. Im Lauf der Jahre würden wir immer wieder vor der Notwendigkeit stehen, unsere Hilfe Regierungen zuzuwenden, die sie aus Gründen ihrer demokratischen Verfassung sicherlich nicht würden beanspruchen können. Es war unklug, so zu tun, als sei das ein wesentlicher Gesichtspunkt. Auch diese beiden Überlegungen (die nun allerdings nachträglicher Einsicht entspringen) verstärken nur die Gültigkeit meiner übrigen Einwände gegen den Wortlaut der Botschaft.

Ich war nicht der einzige, der die Gefahr einer falschen Auslegung dieser verallgemeinernden Behauptungen erkannte. Mr. Acheson selbst gab sich viel Mühe, bei den Abgeordneten den Eindruck zu zerstreuen, der Präsident habe mit seiner Botschaft sozusagen einen Blankoscheck ausgestellt. Und vor dem Senatskomitee für Auswärtige Angelegenheiten erklärte er am 24. März 1947, die Tatsache unserer grundsätzlichen Bereitschaft, in derartigen Fällen Hilfe zu leisten, bedeute nicht, dass wir uns immer und in jedem Fall genauso verhalten würden wie in Griechenland. «Bei jeder Bitte eines anderen Landes um Unterstützung», sagte er in seiner Eröffnungsansprache,

«muss nach den besonderen Umständen des Falles verfahren werden. Im Einzelnen wäre zu prüfen, ob das betreffende Land die Hilfe wirklich braucht; ob die Unterstützung sich mit der Generallinie der amerikanischen Aussenpolitik verträgt; ob die Bitte um Hilfe ehrlich gemeint ist; und ob die Probleme des Landes mit Hilfe der Vereinigten Staaten zu lösen sind. Man darf deshalb nicht ohne Weiteres annehmen, dass die Regierung auf jeden Fall bei jedem anderen Land dieselben oder doch sehr ähnliche Massnahmen beschliessen würde wie im Falle Griechenlands und der Türkei.»

Trotzdem ist das Missverständnis von damals, soviel ich sehe, niemals vollständig ausgeräumt worden. In den kommenden beiden Jahrzehnten wurde unsere Aussenpolitik immer wieder von heillosen Verwirrung befallen, weil eigene oder fremde Regierungsmitglieder sich nicht von dem Gedanken trennen konnten, dass jedes Land, das eine kommunistische Bedrohung nachweisen könne, einen Anspruch auf amerikanische Hilfe habe. Und

je mehr Zeit verging, umso mehr schien das Unterscheidungsvermögen unserer Öffentlichkeit und unserer Behörden abstatt zuzunehmen. In den sechziger Jahren schliesslich mass man selbst innerhalb der Regierung dem blossen Vorhandensein einer kommunistischen Bedrohung eine derart absolute Bedeutung bei, dass man sich wie im Fall Südostasien davon zu einer immensen Hilfsaktion bewegen liess, ohne sich ernstlich auch nur die Fragen vorzulegen, die 1947 den meisten von uns selbstverständlich und unerlässlich erschienen wären.

Bei vielen Gelegenheiten, sowohl vor wie nach der griechisch-türkischen Episode, war ich betroffen über die tief eingewurzelte Abneigung der Amerikaner gegen spezifische Lösungen für spezifische Probleme und über ihre hartnäckige Suche nach allgemeingültigen Formeln und Lehrsätzen, die als Richtschnur und Rechtfertigung für spezifische Handlungen dienen könnten. Offenbar haben wir etwas gegen Nuancen. Wir ziehen die allgemeinverbindliche Norm vor, die den Einzelfall miteinbegreift, damit wir nicht für jedes Problem eine individuelle Lösung suchen müssen, sondern automatisch so oder so entscheiden können je nachdem, ob die Umstände sich in die Norm fügen oder nicht. Unter demselben Vorzeichen umgeben wir Entscheidungen, die wir aus ganz simplen und alltäglichen Gründen bereits haben treffen müssen, gern mit einer Aura universeller Bedeutung. Als die Umstände uns zum Eintritt in den Ersten Weltkrieg zwangen, waren uns die spezifischen Gründe dafür nicht genug: Wir mussten unser Kriegsziel in das Ziel verwandeln, die *Welt* (darunter taten wir's nicht) «für die Demokratie sicher» zu machen. Im Zweiten Weltkrieg reichte es uns nicht, dass die Japaner uns in Pearl Harbor überfallen und dass sowohl die japanische wie die deutsche Regierung uns den Krieg erklärt hatten: Wir fühlten uns erst wohl, als wir unsere militärischen Anstrengungen in die höchst universellen – und weitgehend bedeutungslosen – Erklärungen der Atlantikcharta verpacken konnten. Etwas von demselben Zwang zeigte sich nach dem Krieg in der Neigung vieler Amerikaner, die Staaten der Welt säuberlich in «kommunistische» und «freie» einzuteilen, wodurch sie der Notwendigkeit enthoben waren, die feineren Unterschiede zwischen verschiedenen Ländern derselben Kategorie zu beachten, und die Möglichkeit bekamen, nach Generalklauseln für die Behandlung der einen und der anderen Seite zu suchen. Ich denke dabei an den alljährlich bei der Vorlage des Auslandshilfe-Etats neu aufflammenden Streit

um die Frage, ob die Meistbegünstigungsbehandlung oder irgendeine Form von Hilfe auch «kommunistischen» Ländern gewährt werden solle – nämlich Ländern, die «an der kommunistischen Verschwörung beteiligt» seien oder wie immer man es verallgemeinernd zu nennen pflegte. Dahinter stand stets die eine Idee, dass man eine Gruppe von Staaten übereinstimmend definieren und die Exekutive zwingen müsse, sie alle übereinstimmend zu behandeln. Der Gedanke, dass es vielleicht das Beste wäre, dem Präsidenten oder seinem Aussenminister zu gestatten, von Fall zu Fall ihren Verstand zu gebrauchen, scheint für einen Teil der Leute im Kongress ziemlich fremdartig gewesen zu sein.

Ich bin mir bis heute noch nicht klar darüber, woher dieser hartnäckige Trieb, Entscheidungen zu verallgemeinern, eigentlich stammt. Vielleicht lässt er sich darauf zurückführen, dass unser Volk sich bedeutend lieber Gesetzen unterwirft als dem Ermessen der Exekutive. Auch Gesetze sind allgemeine Normen, und der Kongress, der gewohnt ist, durch die Schaffung dieser Normen das Ermessen der Exekutive innenpolitisch einzuengen, fühlt sich offenbar wohler, wenn er seine Macht nach aussen auf ähnliche Weise ausüben kann. Viele Kongressabgeordnete und Senatoren meinen wohl, wenn sie die aussenpolitischen Entscheidungen der Exekutive schon nicht Tag für Tag kontrollieren können, müssten sie wenigstens den Ermessensspielraum für diese Entscheidungen vorher genau abstecken.

Aber woher dieser Hang auch stammen mag – bedauerlich ist er in jedem Fall. Er erschwert der Öffentlichkeit das Verständnis für internationale Probleme, statt es ihr zu erleichtern. Er hemmt und verzerrt den Entscheidungsvorgang. Er bewirkt, dass nach Gesichtspunkten entschieden wird, die entweder nur bedingt erheblich oder völlig unerheblich sind. Und häufig lässt das Ergebnis die Differenziertheit des Urteils und die Klugheit der Formulierung vermissen, die eine Grossmacht braucht, um ihre Unternehmungen erfolgreich zu gestalten.

xiv. Der Marshallplan

Am 28. April 1947 kam Aussenminister Marshall aus Moskau zurück, wo er an der jüngsten Tagung des Aussenministerrats teilgenommen hatte. Er war erschüttert über die Zustände in Westeuropa, wo die erwartete wirtschaftliche Genesung ausgeblieben war und jeder Tag das totale Chaos bringen konnte. Seine Gespräche mit den Russen hatten ihn zu der Einsicht gezwungen, dass wir unsern Traum von der Zusammenarbeit mit der Sowjetunion beim Wiederaufbau Europas endgültig begraben könnten. Es war eindeutig, dass die Sowjetführer am Versagen der westeuropäischen Wirtschaft unter nichtkommunistischem Vorzeichen ein politisches Interesse hatten. Der General erkannte, dass jedes weitere Hinausschieben wirtschaftlicher Stützungsmaßnahmen aus Furcht, durch einseitiges amerikanisches Vorgehen die «Zusammenarbeit» der Grossmächte zu stören, nur den Kommunisten in die Hände arbeiten würde. Wir hatten schon zu lange gezögert. Es war höchste Zeit. Bald würde es zu spät sein. Am Tag nach seiner Rückkehr hielt General Marshall über den Rundfunk eine Ansprache an die Nation. «Der Patient verfällt», sagte er, «während die Ärzte beraten.»

Am Tag danach beordnete er mich in sein Büro. Es sei nicht möglich, sagte er, mich wie vorgesehen ein ganzes Jahr an der Kriegsakademie zu lassen. Ich müsse unverzüglich zurück ins Ministerium kommen und den Planungsstab aufbauen. Europa sei drauf und dran, vor die Hunde zu gehen. Irgendetwas müsse geschehen. Wenn er nicht bald mit konkreten Vorschlägen käme, würden andere ihn überspielen. Vor allem der Kongress würde eine Menge Ideen produzieren, wie Europa zu helfen sei. Dann wäre er in die Defensive gedrängt. Er sei entschlossen, das wenn irgend möglich zu vermeiden. Er ersuche mich, mir unverzüglich Mitarbeiter zu suchen und mich an die Arbeit zu machen. Er gebe mir eine bestimmte Frist (ich weiss nicht mehr, ob zehn oder vierzehn Tage, jedenfalls war sie kurz). Danach erwarte er meine Empfehlungen. Und wie verschiedene Historiker bereits richtig vermerkt haben, schloss er mit der charakteristischen Bemerkung, er könne mir nur das eine raten: «Meiden Sie Belangloses!»

In Mr. Jones' bereits mehrfach zitiertem Buch ist auch die Entstehungsgeschichte des Marshallplans beschrieben, so gut und genau, dass eine neuerliche Schilderung sich erübrigt. Nur auf meinen eigenen Anteil daran kann ich noch etwas ausführlicher eingehen.

General Marshalls Befehl verursachte mir einiges Kopfzerbrechen. Ein Mitarbeiterstab existierte nicht. Ich selbst hatte Vortrags Verpflichtungen übernommen – vier allein für die nächsten beiden Wochen, und drei davon ausserhalb Washingtons –, die abzusagen sehr peinlich gewesen wäre und denen ich wirklich auch nachkam. Die Vorträge mussten aber nicht nur gehalten, sondern auch vorbereitet werden. Darüber hinaus oblagen mir Auswahl und Einrichtung geeigneter Räumlichkeiten in dem neuen Gebäude, in das das Aussenministerium gerade im Begriff war umzuziehen. Von heute auf morgen sollte ich sodann einen Stab von Mitarbeitern zusammentrommeln. Gemeinsam mit diesen neuen und überstürzt ausgewählten Kollegen schliesslich sollte ich das Problem des Wiederaufbaus Europas in all seiner Vielschichtigkeit durchdenken; alle die nicht zum Ministerium gehörenden Fachleute um Rat fragen, die uns ihre Nichtbefragung niemals verziehen haben würden; unsere Empfehlungen für den Minister zusammenstellen und ihm vorlegen; und mich schliesslich darauf vorbereiten, sie gegen Kritiker aus den Reihen der Regierung zu verteidigen, einschliesslich derer, die sich in den Einzelheiten des Themas seit Langem und sehr viel genauer auskannten als ich selbst, sowie derer, die mit Sicherheit weder iSjächstenliebe noch Barmherzigkeit für einen Menschen aufbringen würden, der ungebeten in ihre bis dahin geheiligten bürokratischen Jagdgründe eindrang.

Der Planungsstab wurde offiziell am 5. Mai 1947 gegründet. Der aus diesem Grunde verfasste Hauserlass umriss sein Aufgabengebiet wie folgt:

1. Das Ausarbeiten und Formulieren langfristiger Programme für die Verwirklichung aussenpolitischer Ziele der Vereinigten Staaten in Gestalt von Empfehlungen an die zuständigen Beamten des Ministeriums.
2. Das vorausschauende Durchdenken von Problemen, die sich für das Ministerium bei der Ausübung seiner Tätigkeit ergeben könnten.
3. Das Studieren grösserer politisch-militärischer Zusammenhänge und die Berichterstattung darüber.
4. Das Untersuchen von Situationen und Entwicklungen, die

auf die amerikanische Aussenpolitik Einfluss haben könnten, zu dem Zweck, die jeweiligen politischen Richtlinien auf ihre Gültigkeit zu überprüfen und gegebenenfalls Änderungen vorzuschlagen.

5. Das Koordinieren der gesamten planerischen Tätigkeit im State Department.

Es war natürlich ausgeschlossen, bei soviel anderen Aufgaben und in so kurzer Zeit genügend Experten mit bekannten Namen zu finden, um dem Planungsstab einen repräsentativen Charakter und seiner Stimme in der Öffentlichkeit Gewicht zu verschaffen. Der Minister hätte das auch gar nicht gewollt. Die Empfehlung einer solchen Gruppe (falls sie sich überhaupt zu einer klaren und einheitlichen Empfehlung durchgerungen hätte, was bei derartigen Gremien selten war) hätte zu viel Gewicht gehabt. Sie hätte den Aussenminister und den Präsidenten zu stark verpflichtet und ihnen zu wenig Spielraum für eigene Entschlüsse gelassen. Unter den Umständen blieb nichts übrig, als auf Leute zurückzugreifen, die sich genau wie ich selbst vor allem dadurch empfahlen, dass sie einen guten Ruf besaßen und verfügbar waren. Ich bin sicher, dass man aus den oberen Rängen der Ministerialbeamten beliebig viele andere und nicht weniger qualifizierte Gruppen hätte zusammenstellen können, wenn es nicht so wichtig gewesen wäre, sofort anzufangen. Soweit man also sagen kann, dass das Geschick der amerikanischen Politik in jenem Moment von uns abhing, hing es eigentlich ganz generell von den Qualifikationen aller Kollegen vergleichbaren Rangs und Rufes im Ministerium und Auswärtigen Dienst ab.

Meine so hastig zusammengeholten Mitarbeiter erwiesen sich glücklicherweise ausnahmslos als fähig, redlich und energisch. Sie kannten sich im Ministerium gut genug aus, um auch die unteren Ränge, deren Kenntnisse und Erfahrungen so selten richtig eingesetzt werden, zur Mitarbeit heranzuziehen; und sie waren standfest genug beim Argumentieren, um mich selbst über die Hürden zu bringen. Sie trieben mir alle möglichen Klischeevorstellungen aus, ersparten mir nichts und setzten mich in einer Weise unter Druck, wie ich es noch nie zuvor erlebt hatte⁹². Es gehörten dazu Joseph E. Johnson, der zuvor am Williams College gelehrt hatte und später Präsident der Carnegie-Stiftung für den Weltfrieden wurde; Oberst Charles

⁹² Wie angespannt unser kleiner Kreis Tag und Nacht debattierte, zeigt sich schon darin, dass mir einmal spätabends die Nerven durchgingen und ich schluchzend um das ganze Gebäude lief, um die Fassung wiederzugewinnen.

Hatwell (Tick) Bonesteel III, ein begabter Offizier unserer regulären Armee (und derzeit unser Kommandeur in Südkorea), der dem Aussenministerium als Sonderberater für den Staatssekretär zugeteilt worden war und in den späteren Phasen des europäischen Hilfsprogramms eine wichtige Rolle spielte; Jacques Reinstein, ein fähiger und einfallsreicher Nationalökonom, der sich erst kürzlich intensiv mit Wirtschaftsproblemen des besetzten Deutschland beschäftigt hatte; Ware Adams, ein erfahrener und verständiger Angehöriger des Auswärtigen Dienstes; und Carleton Savage, ehemals persönlicher Referent von Cordell Hull, dessen langjährige Erfahrung mit Washington innerhalb des State Departments für uns genauso wertvoll war wie sein ausgeprägter Instinkt für die Reaktionen der amerikanischen Öffentlichkeit im Allgemeinen und der Kongressmitglieder im Besonderen. Obwohl wir wussten, dass unsere Zusammenarbeit eigentlich rein zufällig war, trugen wir gemeinsam die gewaltige Verantwortung, die auf uns lastete, und erkämpften uns gemeinsam einen Überblick über die Probleme Europas und die Möglichkeiten unseres eigenen Landes, helfend einzugreifen. Natürlich bekamen wir von vielen Seiten Rat und Hilfe angeboten. Wir waren bei Weitem nicht die einzigen in Washington – auch nicht die ersten –, die sich mit diesen Fragen abquälten. Die wertvollen Studien der Wirtschaftsabteilung des Ministeriums wurden uns zugänglich gemacht (Will Clayton, der Staatssekretär für Wirtschaftsfragen im State Department, kam allerdings erst Mitte Mai aus Europa zurück, und das an sich für uns wichtige Memorandum, in dem er seine Erkenntnisse niederlegte, wurde nicht früh genug fertig, um in unserem ersten Bericht noch verarbeitet zu werden. Dennoch sickerten seine Ansichten auf anderen Wegen zu uns durch). Die Ergebnisse, zu denen Dean Acheson am 8. Mai in seiner Rede vor dem Delta-Rat in Cleveland, Mississippi, kam, waren für uns hilfreich und verbindlich zugleich. Wir durften Einblick in die noch nicht abgeschlossenen Arbeiten eines Sonderkorpses des Koordinierungsausschusses für Äusseres, Krieg und Marine nehmen, das dank der weisen Voraussicht Mr. Achesons einige Wochen zuvor zu dem Zweck gegründet worden war, Art und Umfang der Hilfsbedürftigkeit der einzelnen Länder zu untersuchen. Wir berieten uns zudem mit zahlreichen Fachleuten des State Departments und anderer Ministerien und bemühten uns in dieser Weise, Ideen und Material von überallher zusammenzutragen.

Die Konferenzprotokolle des Planungsstabs aus dieser Zeit sind für mich nicht greifbar, wohl aber der Text einer Vorlesung, die ich am 6. Mai, dem Tag nach der offiziellen Gründung des Stabes, vor der Kriegsakademie über den Gesamtkomplex des europäischen Wiederaufbaus hielt. Da meine Auffassungen mit den anderen amtlichen Darstellungen der damaligen Zeit nicht ganz übereinstimmten, sind ein paar Auszüge daraus vielleicht von Interesse.

Ich fragte zunächst nach den Gründen, die die Russen bewogen haben könnten, beim letzten Aussenministertreffen eine Einigung über die Deutschlandfrage zu verhindern. Meiner Meinung nach hatten dabei zwei Gesichtspunkte eine Rolle gespielt: erstens die Überzeugung, dass wir Amerikaner kurz vor einer Wirtschaftskrise stünden, die unser Interesse an dem Rest der Welt und auch unsern Einfluss auf sie verringern müsste; zweitens die Mutmassung, dass wir allein es doch nicht schaffen würden, den wirtschaftlichen Verfall Westeuropas aufzuhalten, von dem sie sich einen baldigen politischen Gewinn versprachen. Sie hielten es nicht für wahrscheinlich, dass wir Amerikaner «als Nation über genügend Führungsqualitäten, Phantasie, politisches Geschick, wirtschaftliche Substanz und vor allem über genügend Selbstdisziplin verfügten, um dem vom Krieg so übel mitgenommenen Westeuropa materielle Sicherheit und Vertrauen in die Zukunft wiederzugeben. . . . Nach Ansicht der Russen sind die Probleme dieser Länder ohne die Hilfsquellen der neuerdings von ihnen selbst kontrollierten Gebiete Mittel- und Osteuropas nicht zu lösen; sie meinen, wenn sie damit nur noch ein Weilchen länger zurückhielten, würden wir sehr bald praktisch jeden politischen Preis dafür zu zahlen bereit sein.

. . . Mit anderen Worten: Sie glauben, dass Europa in Wirklichkeit ihnen gehört, wenn Europa das vielleicht auch noch nicht weiss; sie glauben, dass sie um die stolzen und sich so frei dünkenden Nationen des Kontinents ein unsichtbares Netz wirtschaftlicher Abhängigkeit gewoben haben und nun nichts weiter zu tun brauchen, als in aller Ruhe auf den Tag warten, an dem das Versagen der Amerikaner beim Versuch der wirtschaftlichen Sanierung dieser Gebiete es ihnen erlaubt, das Netz zusammenzuziehen und auch den Westen Europas in die Dunkelheit hineinzuzerren, in der der Osten bereits verschwunden ist.»

Ich untersuchte dann nacheinander die Lage in Italien, Frankreich und Deutschland.

In Italien war die wirtschaftliche Erholung in vieler Hinsicht ganz zufriedenstellend verlaufen. Allerdings waren Mangel an Vertrauen und eine erhebliche Kapitalflucht zu verzeichnen. Italien brauchte eine langfristige Auslandsanleihe und einschneidende finanzielle und soziale Disziplinierungsmassnahmen. Die Geldbeschaffung bot keine unüberwindlichen Schwierigkeiten; um die finanzielle und soziale Disziplin jedoch war es schlecht bestellt.

«Die Kommunistische Partei . . . hat über zwei Millionen Mitglieder und kontrolliert 19 Prozent der Stimmen im Parlament. . . . Auch in den Gewerkschaften hält sie praktisch alle Schlüsselpositionen besetzt. Von dort aus hat sie die Möglichkeit, alle Massnahmen, die Vertrauen in eine nichtkommunistische Zukunft Italiens schaffen sollen, empfindlich zu stören.»

Die Verhältnisse in Frankreich waren nicht unähnlich. In einer Beziehung stand es dort jedoch besser.

«Frankreich besitzt als einziges . . . dieser Länder einen allgemeinen wirtschaftlichen Wiederaufbauplan, den sogenannten Monnetplan, nach dem es seine Volkswirtschaft zu orientieren versucht. . . . und der es bis Ende 1950 von ausländischen Unterstützungsmassnahmen unabhängig machen soll.»

Auch hierbei war die Frage der Finanzierung nicht allzu schwer zu lösen. An ausländischen Geldern wurden allem Anschein nach etwa anderthalb Milliarden Dollar benötigt, von denen ein Drittel bereits zur Verfügung stand. Der ganze Plan stand und fiel jedoch mit der Ausweitung der Importe aus anderen europäischen Ländern, vor allem aus Italien und Deutschland, und die würde sich kaum realisieren lassen, wenn die Wirtschaft dort nicht ebenfalls in Schwung kam. Die ersten Ergebnisse des Monnetplans waren nicht ermutigend gewesen. Wiederum hing viel davon ab, welchen politischen Widerhall er finden würde. Wenn «alle politisch wichtigen Gruppen Frankreichs» entschlossen wären, ihn zum Erfolg zu führen, dann brauche man sich keine grossen Sorgen zu machen.

«Aber das eigentlich Entscheidende ist die Haltung der Kommunistischen Partei. . . . Mit 28,5 Prozent der Wähler stimmen und der Kontrolle über die Gewerkschaften geben die französischen Kommunisten bei der Verwirklichung des Monnetplans den Ausschlag, ganz gleich, ob sie in der Regierung sitzen oder nicht.»

Die französischen Kommunisten müssten allerdings abwägen, wie sie sich zu dem Problem des wirtschaftlichen Wiederaufstiegs einstellen sollten. Sie könnten

«es sich nicht leisten, öffentlich als Gegner der wirtschaftlichen Gesundung Frankreichs aufzutreten. Das ist ihre Schwäche. . . . Und was ergibt sich daraus für uns? Meiner Meinung nach dasselbe wie bei Italien. Jede Unterstützung, die wir Frankreich gewähren, muss begleitet sein von einer bindenden Verpflichtung zumindest der Regierung, möglichst auch der Gewerkschaften, keinen Missbrauch irgendwelcher Art zu dulden.»

Ich wendete mich dann Österreich zu und wies darauf hin, dass wir bereits seit zwei Jahren auf das Zustandekommen irgendeiner Vereinbarung mit den Russen warteten, um anschliessend dann Wiederaufbaumassnahmen einzuleiten. Wir wären auf diese Art nicht sehr viel weiter gekommen, und die Österreicher schon gar nicht. Man könne natürlich weiterreden. Vielleicht käme irgendwann etwas dabei heraus. Im internationalen Leben sei nichts unmöglich.

«Andererseits ist es doch wohl eine Faustregel für den Umgang mit Russen, dass nur derjenige gut *mit* ihnen fertig wird, der bewiesen hat, dass er auch *ohne* sie fertig wird. Und ich glaube, dass es nicht falsch wäre, umgehend mit der Planung für den Wiederaufstieg der drei Westzonen [Österreichs] zu beginnen und die sowjetische Zone dabei auszuklammern. Ich kann nicht finden, dass unsere Regierung sich bisher viele Gedanken in dieser Richtung gemacht hat. Zweifellos wären damit mehr Probleme verbunden als mit einer Planung für Österreich als Ganzes. Aber unüberwindlich scheinen mir diese Probleme nicht. Die Kosten dürften erheblich unter der 500-Millionen-Grenze liegen. . . . Der Preis für eine feste Position in Mitteleuropa könnte eines Tages bedeutend höher sein.»

Das brachte mich zum Thema Deutschland. Ich glaube mit Fug sagen zu können, dass der Hauptunterschied zwischen meinen eigenen Ansichten zur Frage des europäischen Wiederaufbaus und den Ansichten anderer Washingtoner Stellen in der Wichtigkeit lag, die ich der Korrektur unserer bisherigen Besatzungspolitik beimass und zugleich der prompten und gründlichen Wiederbelebung der deutschen Wirtschaft. Ich werde die darauf Bezug nehmenden Passagen meiner Vorlesung vom 6. Mai hier wörtlich zitieren. Und ich muss sagen, dass ich, während ich sie vortrug, an die wirkungslosen Plädoyers über die Behandlung der Deutschen nach dem Kriege dachte, mit denen ich 1942 aus Deutschland zurückgekehrt war; an die bitteren Erlebnisse bei der Europäischen Beratenden Kommission; und an die einfältigen Beschlüsse der Konferenz von Potsdam über Viermächtekontrolle und -Verwaltung in Deutschland, die uns fast zwei Jahre wertvoller Zeit geraubt hatten.

«Rufen wir uns die Situation noch einmal ins Gedächtnis zurück: Wir führten den Krieg zu Ende und nahmen die bedingungslose Kapitulation der Deutschen entgegen, in Übereinstimmung mit einer Reihe von Abmachungen, durch die uns die alleinige Verantwortung für einen Teil Deutschlands übertragen wurde, der in neuerer Zeit niemals eine in sich geschlossene Wirtschaftseinheit gebildet hatte und dessen Entwicklungsmöglichkeiten in dieser Richtung durch den Krieg und die deutsche Niederlage katastrophal beschnitten worden waren. Im Zeitpunkt der Übernahme der Verantwortung hatten wir kein Programm für die Wiederbelebung der Wirtschaft unserer Zone, zogen es vielmehr vor, diese Fragen einer späteren Regelung durch internationale Verträge zu überlassen. Auch mit unsern Alliierten bestand kein Abkommen über den Wiederaufbau Deutschlands im nationalen oder auch nur im regionalen Rahmen. Wir waren nicht einmal mit uns selber einig, ob wir einen deutschen wirtschaftlichen Wiederaufstieg nun wünschen sollten oder nicht. Manchmal glaubten wir ja, manchmal glaubten wir nein. Manchmal begnügten wir uns damit, einen Mangel an Übereinstimmung festzuhalten.

So liessen wir zwei Jahre lang den Dingen ihren Lauf, verzichteten auf die Ausarbeitung eines echten Wiederaufbauprogramms für unsere Zone (ein ‚echtes‘ Programm wäre ein Programm mit einem sichtbaren, festumrissenen und den Interessen unseres Landes förderlichen Ziel gewesen) und konzentrierten

uns in unserer Besatzungspolitik stattdessen auf ein Programm der Entnazifizierung und Demokratisierung des deutschen öffentlichen Lebens. Da wir die Deutschen aber auch nicht regelrecht verhungern lassen wollten, erhoben wir von unseren Steuerzahlern recht erhebliche Beträge, um so die Bevölkerung unserer Zone knapp am Leben zu halten. Da es kein Abkommen mit den Russen gab, machten wir jedoch keinerlei ernsthafte Anstrengung, die deutsche Wirtschaft wieder soweit aufzubauen, dass sie zur Bewältigung der allgemeinen wirtschaftlichen Probleme Westeuropas hätte beitragen oder uns wenigstens von einem Teil der Sorge für den Lebensunterhalt dieser Gebiete hätte entlasten können.

Heute müssen wir erkennen, dass die Wiederherstellung der wirtschaftlichen Stabilität Westeuropas dringlich und von erster Wichtigkeit ist. Die Wiederherstellung der deutschen Produktionskapazität ist ein wesentlicher Teil davon. Wir können nicht so lange damit warten, bis die Russen zustimmen. Man sollte also meinen, dass jetzt einem intensiven Programm nichts mehr im Wege steht, das darauf abzielt, soweit wie möglich im gesamten Westen Deutschlands einen hohen Produktivitätsstand zu erreichen.

Zum erstenmal gibt es Anzeichen dafür, dass selbst die Franzosen uns bei diesem Unternehmen unterstützen würden. Die ersten Schritte sind bereits getan. Der wichtigste ist die grundsätzliche Einigung mit den Briten über die wirtschaftliche Vereinigung unserer beiden Zonen und ihre gemeinschaftliche Weiterentwicklung mit dem Ziel, sie in zwei oder drei Jahren von den Almosen der Grossen Drei unabhängig zu machen.

Aber ich warte noch auf den Beweis, dass wir dieses Programm so vordringlich behandeln werden, wie es behandelt werden muss, wenn es eine Chance haben soll, die Hindernisse zu überwinden, die seiner Verwirklichung im Wege stehen. Einen Teil dieser Hindernisse bilden die politischen Vorstellungen, mit denen wir in Deutschland operieren. Ich kann nicht feststellen, dass sie mit Rücksicht auf die Erfordernisse des Wirtschaftsprogramms in wesentlichen Punkten modifiziert worden wären. ...

Schliesslich sehe ich, dass wir uns mit den Briten zwar grundsätzlich über die Vereinigung unserer beiden Besatzungszonen verständigt haben, dass aber über die Art und Weise, wie sie praktisch vollzogen werden soll, zur Zeit keine Aussicht auf Einigung besteht.

Ich mache unseren Leuten in Berlin keinen Vorwurf daraus. Ich hoffe, dass ich nie zu denen gehören werde, die jedesmal, wenn ein Amerikaner sich mit jemand anderem nicht einigen kann, automatisch dem Amerikaner die Schuld geben. Aber hier handelt es sich um ein Wirtschaftsprogramm von allerhöchster Dringlichkeit: ein Programm, bei dem es für zehn Millionen Menschen praktisch um Leben oder Tod geht; ein Programm, das vielleicht für das Gleichgewicht der Kräfte in Europa entscheidend sein kann. Deswegen sollte dem Ziel unserer Einigung mit den Briten die besondere Aufmerksamkeit unserer Regierung gewidmet sein. Sollte sie trotz besten Willens und trotz grosszügigster Bewertung aller Einzelfaktoren durch uns selbst nicht sehr bald zustande kommen, dann wäre es hohe Zeit für uns, daraus ein paar sehr weitreichende und unerfreuliche Konsequenzen für die ganze Frage der Besetzung Deutschlands und für unsere Westeuropapolitik im Allgemeinen zu ziehen.

Ich bin der Meinung, dass es absolut unerlässlich ist, die Förderung der Wirtschaft und die Wiederbelebung der industriellen Produktion im Westen Deutschlands zum obersten Ziel unserer dortigen Politik zu machen und ihr Vorrang vor allen anderen Massnahmen der Besatzungspolitik einzuräumen; und dass es wünschenswert ist, dies zu einer allgemeinen Richtlinie unserer Regierung und allen Ministerien und Dienststellen gegenüber für verbindlich zu erklären.

Wenn wir das tun, dann, glaube ich, können wir auch dieses Problem lösen. Zwar wird es mehr Mühe machen als jedes der anderen von uns heute untersuchten, aber die Kosten werden trotzdem nicht unerschwinglich sein. Täten wir es nicht, so bliebe uns nichts übrig, als weiter so ziellos herumzutappen wie bisher, und wir hätten dann kaum noch Aussicht, den Russen zu beweisen, dass ihre westeuropäischen Berechnungen nicht aufgehen.»

Wie sich bald zeigte, hatte der Marshallplan ausser seiner wohlthätigen Wirkung auf unsere europäischen Alliierten für uns selbst zur Folge, dass wir endlich die Abkehr von dem verschwommenen Prosowjetismus der Kriegszeit vollzogen; von dem Wunschenken, der Anglophobie und der selbstgerecht strafenden Haltung, die für unsere Besatzungsbehörden in Deutschland bisher bezeichnend gewesen war. Endlich hatten wir uns zu einer konstruktiven und vernünftigen Politik durchgerungen, und während der nächsten sechs Jahre blieb es dabei.

So viel über die grundsätzlichen Erwägungen, die zu den Empfehlungen des Planungsstabs für ein europäisches Wiederaufbauprogramm führten. Am 23. Mai übergaben wir General Marshall die Aufzeichnung mit unseren Vorschlägen. Die darin enthaltenen Ideen stammten aus vielerlei Quellen, ihre Formulierung in der Hauptsache von mir. Soviel ich weiss, ist das Dokument noch nie im Wortlaut veröffentlicht worden. Umfangreiche Auszüge jedoch, die die wichtigsten Stellen enthalten, sind sowohl in Mr. Jones' bereits mehrfach erwähntem Buch abgedruckt wie auch in einem weiteren Buch von Harry Bayard Price ‚The Marshall Plan and Its Meaning‘⁹⁵ (Der Marshallplan und seine Bedeutung).

Da wir der Ansicht waren, dass es eine Weile dauern würde, bis ein umfassendes europäisches Wiederaufbauprogramm ausgearbeitet wäre und anfinde, seine Wirkung zu tun, hatten wir bei unseren Empfehlungen von vornherein kurzfristige und langfristige Ziele getrennt. Kurzfristig empfahlen wir vor allem anderen energische Massnahmen für die Steigerung der Förderungsleistung im europäischen Steinkohlebergbau, um so zunächst den Engpass in der industriellen Brennstoffversorgung zu beseitigen, der uns als eines der Hauptprobleme der gesamten westeuropäischen Industrie erschien. Die langfristigen Probleme beschrieben wir als «grösstenteils aus der verheerenden Wirkung des Krieges auf die ökonomische, politische und soziale Struktur Europas entstanden». Der Krieg habe die samte Wirtschaft «zutiefst erschöpft». Nach Meinung des Planungsstabs seien diese Schwierigkeiten nicht auf kommunistische Machenschaften zurückzuführen. Zwar sei zu erkennen,

«dass die Kommunisten die europäische Krise ausbeuten und dass weitere kommunistische Erfolge auch die amerikanische Sicherheit gefährden könnten. Er [der Stab] glaubt jedoch, dass die Amerikaner die für Europa bereitgestellten Mittel nicht primär gegen den Kommunismus einsetzen sollten, sondern für die Wiederherstellung der wirtschaftlichen Gesundheit und Kraft Europas. Sie sollten mit anderen Worten nicht den Kommunismus bekämpfen, sondern die ökonomische Fehlentwicklung, die die europäische Gesellschaft für totalitäre Bewegungen jeder Art anfällig macht und deren augenblicklicher Nutzniesser der Kommunismus ist.»

⁹⁵ Ithaca, New York, Cornell University Press, 1955.

Wir betonten sodann die Notwendigkeit, unsern eigenen Beitrag zu der Bewältigung der Probleme von dem Beitrag der Europäer deutlich getrennt zu halten.

«Wir müssen klar unterscheiden zwischen dem Plan für die wirtschaftliche Wiederbelebung Europas einerseits und amerikanischer Unterstützung für diesen Plan andererseits.»

Der nächste Abschnitt (der fast wörtlich in General Marshalls Rede in Harvard wiederkehrte) erklärte dann, was wir unter dieser Teilung der Verantwortung verstanden:

«Es wäre weder schicklich noch zweckdienlich, wenn diese Regierung es übernehme, aus eigenem Entschluss und in eigener Regie ein Programm für den wirtschaftlichen Wiederaufbau Europas zu entwerfen und durchzusetzen. Das ist Sache der Europäer. Formell muss die Initiative von Europa kommen; und Europäer müssen die eigentliche Verantwortung tragen. Die Rolle unseres Landes besteht in freundschaftlicher Mitarbeit an der Aufstellung dieses Europäischen Programms und in späterer finanzieller und anderweitiger Unterstützung des Programms auf Ersuchen der Europäer.»

Hieran schloss sich eine Liste der Vorbedingungen, die uns für den Erfolg eines solchen Unternehmens unerlässlich schienen. Die erste davon besagte, die europäischen Länder müssten sich zusammentun und in gemeinsamer Arbeit ein koordiniertes europäisches Wiederaufbauprogramm entwerfen

«Ein Programm, das die Unterstützung unseres Landes erheischt, muss ein gemeinschaftliches Programm mehrerer europäischer Nationen sein. Obwohl es mit einzelnen nationalen Vorhaben, etwa dem Monnetplan, verknüpft sein darf, muss es aus psychologischen und politischen Gründen ebenso wie aus ökonomischen ein international gebilligtes Programm sein. Die Ersuchen um Unterstützung müssen als gemeinsame Ersuchen von einer Gruppe befreundeter Nationen kommen und dürfen nicht in eine Reihe voneinander unabhängiger Einzelanträge zerfallen.»

Der Grund für diese letzte Bedingung versteht sich wohl von selbst. Hätten wir nicht darauf bestanden, dann wären die

Vereinigten Staaten mit Mengen von konkurrierenden nationalen Wunschzetteln überhäuft worden, alle zurechtfrisiert und übertrieben in dem Bestreben, die eigenen Wirtschaftsprobleme im nationalen statt im europäischen Rahmen zu lösen. Das hätte uns gezwungen, selber eine Auswahl zu treffen, die garantiert vielen Leuten nicht gepasst hätte und für deren bei den Wählern besonders unbeliebte Teilaspekte die betreffende Regierung jeweils uns die Verantwortung hätte zuschieben können. Aber auch hiervon abgesehen hatten wir ernsthafte Zweifel an den Erfolgchancen eines europäischen Aufbauprogramms, das nur aus einer Reihe unkoordinierter nationaler Pläne bestand; unserer Meinung nach war die übermässige Zersplitterung Europas eine seiner grössten Schwächen; sie hinderte den freien Wettbewerb und insbesondere das Entstehen grosser Verbrauchermärkte. Durch unser Beharren auf gemeinsamer Planung wollten wir die Europäer zwingen, sich mit den ökonomischen Problemen ihres Erdteils als Europäer auseinanderzusetzen und nicht als Nationalisten. Die zweite Vorbedingung war als Warnsignal gedacht und mit Rücksicht auf die zu erwartende Reaktion unsres eigenen Kongresses aufgestellt.

«Dies Europaprogramm muss darauf abzielen, Westeuropa instand zu setzen, aus eigener finanzieller Kraft einen erträglichen Lebensstandard zu halten. Es muss so angelegt sein, dass es einen vollen Erfolg verspricht. Es muss mit einiger Sicherheit darauf schliessen lassen, dass es auf absehbare Zeit das letzte Hilfsprogramm ist, um dessen Unterstützung wir ersucht werden.»

Es war klar, dass wir dem Kongress guten Gewissens nicht noch ein weiteres Interimsprogramm empfehlen könnten, das das Problem wieder nicht an der Wurzel packte. Dean Acheson hatte in seiner Delta-Rede kurz zuvor die eindrucksvolle Reihe von Beiträgen aufgezählt, mit denen wir uns seit Kriegsende am wirtschaftlichen Wiederaufbau anderer Länder beteiligt hatten. Wir hatten, wie er betonte, fast drei Milliarden Dollar Auslandshilfe hergegeben (einen grossen Teil davon natürlich an Europa). Wir hatten Grossbritannien direkt eine Anleihe in Höhe von dreidreiviertel Milliarden Dollar gewährt. Wir hatten uns führend an der Errichtung der Internationalen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (Weltbank) und des Inter-

nationalen Währungsfonds beteiligt und hatten beide Einrichtungen grosszügig unterstützt. Aber das alles war offenbar noch nicht genug gewesen. Es war klar, dass der Kongress zu weiteren Zahlungen nicht bereit sein würde, wenn man ihn nicht davon überzeugen konnte, dass es diesmal wirklich etwas nützte und dass dann keine neuen Forderungen mehr gestellt würden.

Unter anderem schien uns wesentlich, dass

- a) die vorhandenen internationalen Einrichtungen und Hilfsquellen bis zum letzten ausgeschöpft würden;
- b) dass Garantien eingebaut würden, um sicherzustellen, dass die europäischen Regierungen sich wirklich mit ihrer ganzen Autorität für die Durchführung des Programms einsetzen;
- c) dass man sich überall dort, wo es ohne Gefährdung des Programms möglich wäre, auf spätere Rückzahlung einigte. Die Frage nach dem Gebiet, auf das das europäische Hilfsprogramm sich erstrecken sollte, wurde in unserer Aufzeichnung vom 23. Mai nur in Verbindung mit dem Tätigkeitsbereich der Europäischen Wirtschaftskommission behandelt. Zur damaligen Zeit war die Begeisterung für die Vereinten Nationen noch gross, und man hoffte, dass sie in der Weltpolitik eine führende Rolle übernehmen würden. Viele Leute in Washington glaubten nach wie vor, dass man sich zur Verwirklichung eines Hilfsprogramms für Europa unbedingt eines Gremiums bedienen müsse, das mit den Vereinten Nationen zusammenhänge und in dem auch die Russen und die kommunistischen Länder Osteuropas vertreten seien. Ein solches Gremium schien es zu geben in Gestalt der Europäischen Wirtschaftskommission, der ECE, die erst kürzlich vom Wirtschafts- und Sozialrat der Vereinten Nationen gegründet worden war und damals gerade in Genf tagte, wo sie ihren ständigen Sitz hatte. Viele unserer Berater fürchteten nicht zu Unrecht, durch ein Übergehen dieser Kommission bei der Vorbereitung eines Hilfsprogramms für Europa – das ja eindeutig in ihren Aufgabenbereich gehörte – nicht nur deren eigenem Ansehen zu schaden, sondern mittelbar auch den Wirkungsmöglichkeiten der Vereinten Nationen auf dem gesamten Gebiet des Welthandels und der Weltwirtschaft.
- d)

In meiner Vorlesung vom 6. Mai vor der Kriegsakademie setzte ich mich mit diesem Problem auseinander. Die Europäische Wirtschaftskommission, sagte ich, schicke sich an, die Aufgaben verschiedener kleinerer Organisationen mit zu übernehmen, die zur Lösung bestimmter Teilprobleme der euro-

päischen Wirtschaft *ad hoc* gegründet worden waren. In einigen dieser Organisationen seien die Russen vertreten, in anderen nicht. «Hätten die Russen», so sagte ich damals,

«von der Beteiligung an der neuen gesamteuropäischen Kommission ebenfalls Abstand genommen, dann wäre die Chance, in diesem Gremium ein Programm allgemeiner westeuropäischer Kollaboration durchzubringen, relativ gross gewesen. Vielleicht war genau das der Grund, weshalb die Russen zur allgemeinen Überraschung im letzten Moment unangemeldet mit einer Delegation von dreiundzwanzig Mitgliedern erschienen . . . Wie dem auch sei: Die Russen sind da, und wir müssen mit ihnen rechnen. Jedweder Vorschlag für die Neuordnung des westeuropäischen Wirtschaftslebens muss sich ihre minutiöse und argwöhnische Prüfung gefallen lassen. Ich glaube nicht, dass sie wagen werden, einen vernünftigen und vielversprechenden Plan einfach abzulehnen, wenn alle Welt weiss, dass die Zukunft Europas daran hängt. Aber sie könnten versuchen, einen Teil der Ausführungsmassnahmen in die Hand zu bekommen, und dann die Dinge derart schleppend behandeln, dass ausser für sie selbst nichts Gutes dabei herauskommen kann.»

Trotz dieser klar erkennbaren Gefahr war auch ich ursprünglich der Meinung, dass man die Europäische Wirtschaftskommission irgendwie einschalten müsse. Ich hielt es für das Beste, wenn die westeuropäischen Länder ein vorläufiges Programm ausarbeiteten und es der Kommission vorlegten. Würde es dort gebilligt, dann könnten die Vereinten Nationen die Schirmherrschaft übernehmen und es an uns als ein Projekt der Vereinten Nationen mit der Bitte um Unterstützung weiterleiten. Was aber, wenn die Kommission es nicht billigte? Wenn – wie ich es vor der Kriegsakademie formulierte –

«die Russen die Sache blockierten, indem sie eine Fülle von Problemen aufwarfen, die nicht zum Thema gehörten, oder indem sie versuchten, eine russische Beteiligung an der Verwaltung der Ruhr dabei herauszuschlagen oder sich auf andere Weise eine Position zu verschaffen, von der aus sie die Durchführung des Programms kontrollieren und es für ihre eigenen politischen Zwecke ausbeuten könnten? Was dann?»

Die Antwort, die ich mir auf meine Frage gab, zeigte schon dieselbe grundsätzliche Haltung, die der Planungsstab und ich selbst während der folgenden Wochen einnahmen:

«In diesem Fall bliebe uns wohl nichts weiter übrig, als zu der ganzen Sache nein zu sagen, so liebenswürdig und so nachdrücklich wie wir nur könnten, und dann mit den betreffenden Ländern einzeln oder zu mehreren ausserhalb der Vereinten Nationen zu verhandeln, ihnen aber im Wesentlichen dieselben Vorbedingungen zu stellen wie durch die ECE. Wenn sie nicht bereit wären, diese Bedingungen zu akzeptieren, das heisst nicht bereit, eine überlegte und sparsame Verwendung unseres Geldes nur für die Zwecke zu garantieren, für die wir es hergeben wollen – wenn der kommunistische Einfluss in diesen Ländern stark genug wäre, um sie zurückzuhalten –, dann hätte es keinen Sinn, überhaupt Geld zu geben. Wenn die Völker Westeuropas die amerikanische Hilfe unter diesen Bedingungen zurückwiesen, dann wäre das in sich schon gleichbedeutend mit einem Votum für die russische Herrschaft. Und wir könnten dann nichts weiter tun als in aller Deutlichkeit klarstellen, wer für die zu erwartenden Schwierigkeiten die Verantwortung trägt. Die Sache . . . wird im politischen Raum ausgefochten. Die Kommunisten werden den Plan, falls wir sie an seiner Durchführung nicht massgeblich beteiligen, mit Zähnen und Klauen attackieren. Sie werden ihn als einen hinterlistigen Versuch darstellen, die amerikanische Hegemonie auf die Völker Westeuropas auszudehnen. Das einzige, das sie zum Schweigen bringen und zum Stillhalten veranlassen könnte, wäre die Haltung der Öffentlichkeit . . . einer aufgeklärten Öffentlichkeit, die begriffen hat, dass dies die einzige Möglichkeit ist, Westeuropa vor der Katastrophe zu bewahren.»

In der Aufzeichnung des Planungsstabs vom 23. Mai vertraten wir diese Auffassung ebenfalls. Wir hielten es für das Beste, zunächst eine Initiative der ECE anzuregen, jedoch so vorzugehen, dass die osteuropäischen Länder «sich entweder durch die Ablehnung unserer Bedingungen selber ausschliessen oder aber einwilligen müssen, ihre einseitige Orientierung aufzugeben»⁹⁴.

Unsere Aufzeichnung endete mit dem Appell, bei Bekannt-

⁹⁴ Tatsächlich wurden unsere Hoffnungen auf Einschaltung der ECE schon gleich nach der Rückkehr Will Claytons aus Genf durch seinen Bericht über das Benehmen der Sowjets bei der ersten Sitzung der Kommission erheblich gedämpft.

gabe des Plans für den Wiederaufbau der europäischen Wirtschaft in einem auch die schlimmsten der durch die Truman-Doktrin hervorgerufenen Missverständnisse auszuräumen, und zwar vor allem die folgenden:

- a) dass die Einstellung der Vereinigten Staaten zu internationalen Problemen vor allem als defensive Reaktion auf kommunistischen Druck zu verstehen und dass auch unser Bemühen um Wiederherstellung einer gesunden Wirtschaftsstruktur in anderen Ländern nur ein Nebenergebnis dieser Haltung sei und nicht etwa eine Angelegenheit, die uns um ihrer selbst willen – auch ohne kommunistische Bedrohung – am Herzen läge;
- b) dass die Truman-Doktrin ein Blankoscheck für alle Weltgegenden sei, in denen die Kommunisten Erfolge verbuchen könnten.

Es müsse klargelegt werden, dass über amerikanische Hilfe nach Gesichtspunkten der politischen Ökonomie im wörtlichen Sinne entschieden werde und dass sie überhaupt nur dann diskutabel sei, wenn die voraussichtlichen Ergebnisse in einem vernünftigen Verhältnis zu der Höhe des Einsatzes stünden.

Wir legten dann die spezifischen Merkmale der Situation in Griechenland, die unsere begrenzte Intervention dort gerechtfertigt hatten, ungefähr auf dieselbe Weise dar wie ich am 28. März vor der Kriegsakademie. Unserer Ansicht nach müsse man klar zu erkennen geben, «dass in anderen Gegenden ähnliche Massstäbe angelegt würden».

Das waren die Empfehlungen des Planungsstabs an General Marshall. Durchdrucke gingen, soweit ich weiss, an Mr. Acheson, Will Clayton, Ben (Benjamin V.) Cohen, den Rechtsberater des Ministeriums, und an Chip Bohlen, der damals persönlicher Referent des Ministers war. Am nächsten Morgen versammelten wir uns alle in General Marshalls Büro, zusammen mit einer Reihe von anderen hohen Beamten des State Departments, und der General erbat von einem nach dem anderen eine Stellungnahme zu unserer Aufzeichnung.

Einige der Kommentare waren kritisch. Vor allem wurde bezweifelt, dass die Europäer selbst imstande wären, ein wirkungsvolles Programm zu entwerfen. Auch war man sich nicht einig, ob es richtig wäre, das Unterstützungsangebot auf ganz Europa auszudehnen. Was, so wurde gefragt, sollten wir machen, wenn die Russen annähmen?

Nachdem alle anderen gesprochen hatten, erteilte General

Marshall mir das Wort. Ich antwortete auf die Kritik mit den bereits bekannten Argumenten. Ich glaubte, dass die Europäer sich auf ein erfolversprechendes Programm einigen würden; wenn nicht, dann könnten wir ohnehin nichts für sie tun. Was die Russen angehe, so sei die direkte Methode die beste. Wenn sie positiv reagierten, würden wir ihren guten Willen auf die Probe stellen, indem wir sie aufforderten, zu dem Programm, von dem sie zu profitieren gedachten, selber beizusteuern. Seien sie dazu nicht bereit, so hätten sie sich damit selbst ausgeschaltet. Aber wir wollten nicht von uns aus einen Trennstrich durch Europa ziehen.

Als ich fertig war, dankte General Marshall uns und schloss die Sitzung. Seine eigene Meinung behielt er wie gewohnt so lange für sich, bis er Zeit gehabt hatte, nachzudenken und sich zu entscheiden. Ich erinnere mich nicht, in den folgenden Tagen noch einmal konsultiert worden zu sein. Der General war ein Mann der Ordnung. Er hatte uns um Vorschläge ersucht und sie erhalten. Er hatte als nächstes die qualifiziertesten Kritiker gefragt, deren er habhaft werden konnte. Jetzt war, wie er meinte, die Reihe an ihm. Von seiner endgültigen Entscheidung erfuhr ich, als ich den Text seiner Harvard-Rede sah: Er hatte die Vorschläge des Planungsstabs – zugleich mit den Ideen und Vorschlägen einiger anderer – fast vollständig übernommen.

Die Urheberrechte am Marshallplan sind von verschiedenen Leuten geltend gemacht und verschiedenen Leuten zugeschrieben worden. Gewiss ist die Zahl derer, die Verdienste an seinem Zustandekommen haben, nicht gering. Acheson, Clayton und Bohlen sind nur die ranghöchsten und bekanntesten unter ihnen. Aufgabe des Planungsstabs war vor allem, die Kenntnisse und die Meinungen all dieser Personen zusammenzutragen, daraus ein Grundsatzprogramm zu erarbeiten sowie praktische Vorschläge für seine Durchführung zu machen und unsere Empfehlung dem Aussenminister gegenüber zu vertreten. Diese Aufgabe führten wir aus. Zahlreiche Einzelheiten des endgültigen Textes, darunter vor allem die Bedingung, dass die Europäer sich auf ein gemeinsames Programm einigen müssten, stammten keineswegs von uns. Auch für viele sonstige Anregungen waren wir andern zu Dank verpflichtet, wenn auch wir es waren, die letzten Endes über ihren Wert zu befinden hatten. Unsere eigenen Beiträge waren hauptsächlich diese:

- a) Die Aufstellung des Grundsatzes, dass die Europäer selber ein Programm entwerfen und die Verantwortung dafür übernehmen müssten;

- b) die Auffassung, dass unser Angebot für ganz Europa gelten solle und dass eine Teilung des europäischen Kontinents, wenn überhaupt, dann von den Russen vorgenommen werden müsse und nicht von uns;
- c) das Gewicht, das wir auf den Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft legten, und die Ansicht, dass die Gesundung Deutschlands ein entscheidender Faktor der Gesundung Europas sei.

Je nachdem, welche relative Bedeutung man diesen drei Punkten im Rahmen des Ganzen zuerkennt, wird man auch die Rolle beurteilen, die der Planungsstab bei der Entstehung des Marshallplans spielte.

Historisch gesehen sind die Urheber des Marshallplans natürlich General Marshall und Präsident Truman und niemand sonst. General Marshall, weil er sich der besten Ratgeber bediente, die er glaubte finden zu können; weil er ihren Rat auf die zweckmässigste Weise verwertete; weil er ihn von den qualifiziertesten Kritikern überprüfen liess, die ihm zur Verfügung standen; und weil er dann vor dem Präsidenten, dem Kongress, der amerikanischen Öffentlichkeit und der ganzen Welt die Verantwortung für einen kühnen und folgenschweren staatsmännischen Akt übernahm, der wahrlich grosse Risiken barg. Er, der niemals versucht hat, die Verantwortung für missglückte Unternehmen von sich abzuwälzen, ganz gleich, auf wessen Anregung sie zurückzuführen waren, verdient es, dass sein Erfolg ungeschmälert anerkannt wird. Aber Präsident Truman verdient es gleichermassen wegen des Weitblicks und des politischen Muts, die er bewies, als er einen so erfahrenen, selbstlosen und ehrenhaften Beamten zu seinem Aussenminister machte, ihm sein Vertrauen schenkte, ihm Bewegungsfreiheit gab und ihn schliesslich bei einer Aktion unterstützte, deren Misslingen die ganze Regierung leicht in peinliche Unannehmlichkeiten hätte stürzen können.

Ich bin froh, dass General Marshall unter die Ratgeber, denen er sich für die Mitarbeit an der Entwicklung des europäischen Hilfsprogramms verpflichtet fühlt, auch den Planungsstab zählt. Zwei Jahre später, im Juni 1949, gaben die in Washington akkreditierten Missionschefs der Marshallplan-Länder aus Anlass des zweiten Jahrestags der Harvard-Rede ein Bankett zu Ehren von Präsident Truman und General Marshall. Der General war bereits im Ruhestand; er erbat meine Hilfe bei der Ausarbeitung einer Ansprache, mit der er auf den Trinkspruch antworten

wollte, den man zweifellos auf ihn ausbringen würde. Ich selbst war auch unter den Gästen – vermutlich auf eine taktvolle Anregung General Marshalls hin. Als er seine Antwort auf den Trinkspruch beendet hatte, wandte er sich mir zu und erhob mit dem ihm eigenen unnachahmlichen Charme sein Glas. Vier Tage danach erhielt ich den folgenden kleinen Brief, den er zu Hause in Virginia mit der Hand geschrieben hatte:

«Lieber Kennan,
nachdem ich Ihnen für die Hilfe bei meiner Ansprache Sonntagabend formlos bereits gedankt habe, möchte ich Ihnen doch noch einmal in aller Form sagen, wie dankbar ich für die Zeit und Mühe bin, die Sie an die Sache, und für die guten Ratschläge, die Sie an mich gewendet haben. Übrigens war Ihre Beteiligung an dem Entwurf dieser Rede wohl das Gegebene, nachdem Sie mir bei der Vorbereitung der ursprünglichen Rede vor zwei Jahren einen ähnlichen, nur wichtigeren Dienst erwiesen haben.

Mit freundlichem Gruss
G. C. Marshall»

Dies scheint mir ein geeigneter Moment, um ein paar Worte über General Marshall einzufügen. Ich kannte ihn nur in seinen späteren Jahren – während der letzten Phase einer lebenslangen Arbeit im Dienste der Nation. Ich stand ihm persönlich nicht nahe (das taten wenige, soweit ich weiss); aber während der zwanzig Monate unserer Zusammenarbeit im State Department, vom Mai 1947 bis zum Ende des Jahres 1948, hatte ich als einziger mein Büro gleich neben seinem und erfreute mich des Privilegs (das ich nie zu missbrauchen trachtete), durch eine Verbindungstür sofort zu ihm hineingehen zu können. Offiziell also standen wir in ziemlich enger Verbindung, und ich hatte oft Gelegenheit, ihm bei seiner Tätigkeit als Aussenminister zuzusehen.

Keiner ist weniger auf Lobsprüche von mir angewiesen als George Marshall. Ich bewunderte ihn, wie alle anderen auch; in gewisser Weise liebte ich ihn sogar wegen der teils mehr, teils weniger bekannten Eigenschaften, die ich an ihm entdeckte: seiner unerschütterlichen Integrität; der unwandelbaren Höflichkeit und Vornehmheit seines Auftretens; seiner Gelassenheit – der Gelassenheit eines Mannes mit gutem Gewissen – gegenüber Anfeindungen und politischem Druck; wegen der Überlegtheit und Gewissenhaftigkeit seiner Entscheidungen; wegen der ruhigen Bereitschaft, für die Folgen einmal getroffene-

ner Entscheidungen einzustehen; wegen seines Mangels an Eitelkeit und kleinlichem Ehrgeiz; seiner Gleichgültigkeit gegen die wechselnden Launen der öffentlichen Meinung, wie sie vor allem in den Massenmedien zum Ausdruck kamen; und wegen seiner Fairness und der Vermeidung jeglicher Bevorzugung im Umgang mit seinen Untergebenen. Er nannte keinen im Aussenministerium beim Vornamen; vom Höchsten bis zum Niedrigsten redete er jeden nur mit seinem Nachnamen an, ohne Titel. Mit seinem politischen Urteil war ich nicht immer einverstanden, glaubte auch nicht, dass er in früheren Jahren in russischen Dingen immer richtig beraten gewesen sei. Manchmal musste ich ihm widersprechen und ihm unwillkommene Ratschläge erteilen. Aber er hatte sich nie für politisch unfehlbar gehalten. Seine amtliche Beschäftigung mit Politik hatte sich ohne eigenes Zutun ergeben. Und seine Schwächen änderten nichts an der Wirkung seiner Persönlichkeit.

Ich habe das Gefühl, dass er mich ein bisschen seltsam fand. Leute wie mich war er nicht gewohnt. Aber er wusste wohl, dass ich ihm loyal und nach besten Kräften diene, und behandelte mich mit einer Mischung aus belustigter Nachsicht und Respekt.

Wie es sich gehört, lobte er nur selten. Abgesehen von dem zitierten Brief mit seinen lakonischen Dankesworten hat er mir nur einmal so etwas wie eine Anerkennung zuteil werden lassen. Das war, als er einmal in seinem Büro Gäste zum Mittagessen hatte und ich ihm bei seinen Pflichten als Gastgeber half. Er bat mich, mich um die Getränke zu kümmern, und leicht nervös besorgte ich das. Er sah mir dabei zu und tat dann den folgenden Ausspruch: «Kennan – wie ich höre, sind Sie als Chef des Planungsstabs in Ordnung, und ich kann nichts Gegenteiliges behaupten, aber . . .» (mit einem leichten militärischen Crescendo) «wer zum Kuckuck hat Ihnen beigebracht, erst das Eis ins Glas zu tun und dann den Whisky?»

Ich erinnere mich noch einer anderen Episode, die ihn mir ganz besonders liebenswert machte. Das war im Frühjahr 1948. Der Erfolg des Marshallplans war inzwischen so überwältigend, dass Böhlen und ich fanden, es sei Zeit für eine versöhnliche Geste unserer Regierung – irgendein Zeichen, aus dem hervorgehe, dass wir nicht beabsichtigten, die sowjetische Regierung zu demütigen oder sie an die Wand zu drängen, dass wir vielmehr jederzeit gerne bereit seien, gemeinsame Probleme mit ihr durchzusprechen. Wir schlugen General Marshall vor, der Sowjetregierung irgendeine Erklärung dieser Art zu übermitteln. Der

Vorschlag wurde angenommen; Botschafter Walter Bedell Smith erhielt den Auftrag, Molotow im Namen der Vereinigten Staaten eine Erklärung abzugeben, die die Versicherung enthielt, dass «die Tür für eine gründliche Aussprache zum Zweck der Bereinigung unserer Differenzen immer weit offen» sei.

Er gab die Erklärung ab. Sie hatte ein höchst peinliches Ergebnis. Molotow benutzte sie gegen uns, indem er – zweifellos auf Anraten seines gerissenen Herrn und Meisters im Kreml – so tat, als habe er sie als Einladung zu einer Gipfelkonferenz aufgefasst, und die sowjetische Annahme dieser Einladung bekanntgab. Das löste einen Sturm von Mutmassungen und Protesten aus. Unsere völlig überraschten westeuropäischen Freunde fielen in Scharen bei uns ein – sogar beim Aussenminister persönlich – und verlangten verärgert eine Erklärung. Wollten wir hinter ihrem Rücken mit den Russen verhandeln? Die Regierung musste sich zu dem verlegenen Geständnis bequemen, dass dies keineswegs die Absicht sei. Daraufhin wurde sie von den Publizisten und Leitartiklern ins Kreuzfeuer genommen und von allen Seiten der Unfähigkeit beschuldigt; teils, weil sie eine unbeabsichtigte Einladung ausgesprochen habe, teils, weil sie die nun einmal eingeleitete Gipfelkonferenz nicht durchführen wolle. Herblock zeichnete in der «Washington Post» Truman beim Abschlag; der Ball saust unberührt an ihm vorbei und der Schiedsrichter ruft: «Einmal nicht.»

Ich war entsetzt über das, was ich angerichtet hatte. Zwei Abende lang wanderte ich in den Strassen von Foxhall Village auf und ab und versuchte, den Ablauf der Ereignisse zu rekonstruieren und herauszufinden, wie das hatte passieren können. Am dritten Tag ging ich zu General Marshall und stellte mich.

«Herr General», sagte ich, «ich weiss, dass man aus seinen Fehlern lernen soll, statt darüber zu weinen. Seit zwei Tagen versuche ich herauszubringen, was wir falsch gemacht haben, aber ich komme einfach nicht darauf. Ich bilde mir ein, dass wir recht hatten und die Kritiker unrecht. Aber man wird doch nicht ohne Grund derart angegriffen.»

General Marshall legte die Papiere aus der Hand, drehte sich bedächtig nach mir um und fixierte mich scharf über den Rand seiner Brille hinweg. Ich zitterte innerlich vor dem, was nun kommen musste.

«Kennan», sagte er, «als wir 1942 in Nordafrika landeten und alles klappte, da waren wir in den Augen der Presse drei Tage lang Genies. Dann passierte die Sache mit Darlan, und die

nächsten drei Wochen waren wir die grössten Trottel der Welt. Die Erklärung, von der Sie reden, hatte meine Billigung; sie war im Kabinett diskutiert worden; der Präsident hatte ihr zugestimmt.

Ihr grosser Fehler ist, dass Sie nicht den Scharfblick und die Weisheit der Journalisten haben. Und jetzt verschwinden Sie!»

Trotz meiner mittlerweile recht erheblichen Beanspruchung durch Staatsgeschäfte bemühte ich mich den Rest des akademischen Jahres hindurch nach Kräften, weiter an der Arbeit der Kriegsakademie teilzunehmen. Am 18. Juni sprach ich noch einmal – zum letztenmal – vor den Studenten und versuchte, ihnen auf Grund sechswöchiger eigener Erfahrung einen Begriff von der Tätigkeit eines aussenpolitischen Planers der Regierung zu geben. Dafür bot sich mir ein Vergleich an:

«Ich habe eine ziemlich grosse Farm in Pennsylvania. Dass Sie mich übers Wochenende hier nie zu Gesicht bekommen (oder vielmehr, dass Sie mich auch dann nicht zu Gesicht bekämen, wenn Sie selber hier wären), hat seinen Grund darin, dass ich dann dort oben nach dem Rechten sehe. Die Farm umfasst knapp vierhundert Morgen Land nebst einer Anzahl von Gebäuden, und wie ich gemerkt habe, ist auf jedem einzelnen Morgen ständig etwas los. Unkraut spriesst. Platzregen spülen die Erde weg. Zäune fallen um. Farbe blättert ab. Holz verfault. Insekten nehmen überhand. Nichts scheint je zu bleiben wie es war. Das Wochenende, theoretisch eine Zeit der Geruhsamkeit, bringt eine Aufregung nach der andern. Hier bricht ein Brückensteg ein. Kaum hast du mit dem Ausbessern begonnen, da kommt ein Nachbar und beklagt sich, weil du die Einfriedung am andern Ende der Farm nicht in Ordnung gehalten hast. Und schon taucht deine Tochter auf und verkündet, jemand habe den Schweineperch offengelassen; die Schweine seien entwischt. Auf der Suche nach den Schweinen stolperst du über den Jagdhund, der stillvergnügt dem Lieblingskätzchen der Kinder den Garaus macht. Du begräbst das Kätzchen, schaust auf und bemerkst, dass ein gutes Stück Stalldach weggeweht ist und schleunigst wieder festgemacht werden muss. Vom Badezimmer her ertönt wieder Gezeter: die Pumpe scheint hin zu sein; es gibt kein Wasser im Haus. Im selben Moment fährt ein Lastwagen vor mit fünf Tonnen Schotter für den Zufahrtsweg. Und während du dich noch verzweifelt fragst, welches Malheur wohl am

dringendsten behoben werden müsse, steht plötzlich des Nachbarn kleiner Junge vor dir und grinst dir wortlos, voll aufreizender Schadenfreude, ins Gesicht. Du willst wissen, was denn nun schon wieder los sei, und er berichtet hochbefriedigt: ‚Der Bulle ist los; er frisst das Erdbeerbeet.‘

So ähnlich geht es auch bei der politischen Planung zu. Unsere Welt ist gross. Sie enthält mindestens vierhundert grosse Morgen Land. Auf jedem einzelnen Morgen ist ständig etwas los. Ein behender Mensch mit schneller Auffassung könnte (wenn er ständig unter Hochdruck arbeitet) vermutlich soweit kommen, dass er bei einem dieser vierhundert Morgen den Ereignissen im Geiste ein paar Monate voraus wäre. Aber ehe er seine diesbezüglichen Ideen zu Papier gebracht hat, sind die Monate geheimnisvollerweise zu Wochen zusammengeschrumpft. Ehe er die andern von seinen Ideen überzeugt hat, sind aus den Wochen Tage geworden. Und ehe die andern diese Ideen in Taten umsetzen können, zeigt sich, dass das Ereignis, für das er vorausschauend geplant hat, bereits vorgestern eingetreten ist; und alle Welt verlangt zu wissen, warum zum Teufel er das nicht schon längst habe kommen sehen.»

Aber nehmen wir einmal an, fuhr ich fort, dass jemand beschlossenes hätte, sich von der Überfülle dringender Anforderungen nicht irre machen zu lassen, sich aus dem allgemeinen Wirrwarr ein kleines Detail herauszupicken und sich ausschliesslich darauf zu konzentrieren. Nehmen wir an, sein Detail sei die Notlage eines befreundeten europäischen Landes, dem es nach dem Kriege nicht gelungen sei, seine Wirtschaft aus eigener Kraft wieder in die Höhe zu bringen. Er wäre sofort in einem Gewirr widersprüchlicher Meinungen gefangen:

«Du sagst vielleicht: ‚Das dürfte doch nicht allzu schwierig sein. Wir fordern die Leute eben auf, einen Plan für den wirtschaftlichen Wiederaufbau ihres Landes zu entwerfen und ihn uns vorzulegen, und dann werden wir ja sehen, ob wir ihn unterstützen können oder nicht.‘

Das ist das Signal.

Der erste sagt: ‚Geht nicht. Die sind viel zu apathisch, um einen Plan aufzustellen. Das müssten wir schon für sie tun.‘ ,

Jemand anders sagt: ‚Selbst wenn sie sich einen Plan machen, haben sie nicht genug innere Disziplin, um ihn durchzuführen. Die Kommunisten würden ihn blockieren‘.

Noch jemand anders sagt: ‚Es sind gar nicht die Kommunisten, die ihn blockieren würden – es sind ihre eigenen Geschäftsleuten

Dann sagt jemand: «Vielleicht brauchen wir gar keinen Plan. Vielleicht haben wir ihnen bisher bloss nicht genug Geld gegeben. Geben wir ihnen doch einfach mehr, dann wird es schon werden.»

Und jemand anders sagt: «Wahrscheinlich haben Sie recht; aber wir müssen genau überlegen, was wir mit dem Geld anfangen. Der Kongress hat genug von Fässern ohne Boden.»

Dann sagt jemand: «Stimmt haargenau. Wir brauchen ein Programm. Wir müssen genau festlegen, wofür das Geld ausgegeben wird, damit diesmal wirklich etwas dabei herauskommt.»

Dazu bemerkt jemand anders: «Das schon; aber es wäre falsch, wenn wir das Programm in eigener Regie entwerfen würden. Die Kommunisten würden es zerfetzen, und die europäische Regierung würde achselzuckend die Verantwortung ablehnend

Darauf sagt jemand: «Das ist vollkommen richtig. Was wir tun müssen, ist, den Europäern sagen, sie sollen selbst einen Plan aufstellen und ihn uns vorlegen, und dann werden wir ja sehen, ob wir ihn unterstützen können oder nicht.»

Und du fragst: ‚Hat das nicht schon mal jemand gesagt?‘

Und dann fängt es wieder von vorne an.»

Die Szene veranschaulicht besser als viele gewählte Worte den Stil der interministeriellen Debatten, die der Formulierung des Marshallplans vorausgingen.

Jene letzte Vorlesung vor der Kriegsakademie, der die zitierten Stellen entnommen sind, hatte aber nicht nur scherzhaften Charakter. Ich hielt sie knapp vierzehn Tage nach der Harvard-Rede. Der Erfolg des Planes, den General Marshall dort skizziert hatte, stand noch keineswegs fest. Die gewaltigen Probleme, die er lösen sollte, lagen noch vor uns. In den letzten Abschnitten meiner Rede bemühte ich mich, auch die Gefahren aufzuzeigen, die er enthielt. Es scheint mir der Mühe wert, diese Passagen noch einmal hervorzuholen als Erinnerung an den Ernst der Situation, aus dem 1947 die «Doktrin der Eindämmung» entstand:

«Vor dem Ernst unserer Lage die Augen zu verschliessen, geht nicht an. Wir haben in Europa einen Krieg gewonnen – auf dem Schlachtfeld nämlich. Das war erheblich kostspieliger, als wir

angenommen hatten. Wir haben dafür mit dem Leben vieler unserer Mitbürger gezahlt; mit schwerer Arbeit des ganzen Volkes; mit der Erschöpfung unserer nationalen Reserven. Auch das internationale Gefüge ist ins Wanken geraten; vor allem unsere natürlichen Verbündeten sind, wenigstens vorübergehend, sehr geschwächt.

Am schlimmsten von allem jedoch ist, dass der Sieg nicht vollständig war. Unsere anglo-amerikanische Welt war nicht stark genug – jedenfalls nicht, als es darauf ankam –, es mit allen Mächten, die ihre Existenz bedrohten, auf einmal aufzunehmen. Wir waren genötigt, uns mit einem Teil von diesen Mächten zu verbünden, um den andern Teil zu bezwingen. Das allein wäre nicht allzu schlimm gewesen. Aber wir brachten es nicht fertig, das zu tun, ohne uns selbst und unsere Völker über das Wesen dieses Bündnisses zu täuschen.

Die grossen modernen Demokratien sind allem Anschein nach nicht imstande, in ihren Beziehungen zu anderen Mächten feine Unterschiede und Widersprüche gelten zu lassen. Wir haben hier schon einmal die wichtigsten Entscheidungen des letzten Krieges untersucht. Ich möchte behaupten, dass unser grösster Fehler während des Krieges das Versäumnis war, uns über den Charakter unserer russischen Alliierten klarzuwerden und den Sinn unseres Kriegsbündnisses mit ihnen vor uns selbst und vor unsern Völkern offen zuzugeben. Dies Versäumnis, dieser Mangel an Vorbereitung auf die Zeit nach dem Kriege, hat uns seit dem Ende der Kampfhandlungen so viele Rückschläge eingetragen, dass die Gewinne aus unserm militärischen Sieg über Deutschland dadurch fast aufgewogen sind.

Heute sind wir Amerikaner als Nation vereinsamt und bedroht. Unsere Freunde sind erschöpft; sie haben ihre Kraft der gemeinsamen Sache geopfert. Hinter ihnen – ausserhalb des Kreises jener, die unsere Sprache und unsere Überlieferungen teilen – gewahren wir eine Welt, die entweder regelrecht feindlich gesonnen oder zumindest vergrämt ist. Ein Teil dieser Welt ist unterworfen und geknechtet von einer Grossmacht, die es darauf abgesehen hat, uns zu vernichten. Der Rest ist von Natur aus höchstens neidisch auf unsern materiellen Überfluss, uninteressiert an unseren Wertmassstäben und skeptisch in Bezug auf unsre Fähigkeit, das eigene Schicksal zu meistern und die Verpflichtungen zu erfüllen, die nationale Grösse mit sich bringt. Wenn er sich selbst überlassen bliebe, würde dieser Rest uns nicht gefährlich sein, jedenfalls vorläufig nicht; denn seine Ziele

sind eng begrenzt. Es ist keine Nation darunter, der genügend Reserven an Menschen und Material zur Verfügung stehen, um ihr Träume von Weltherrschaft einzugeben. Aber die Türme des Kreml werfen lange Schatten. Ein paar der Länder, die normalerweise bereit wären, sich mit der Grossmachtstellung unseres Landes abzufinden, sind von den Schatten bereits umfungen. Und hier beginnt nach meiner Meinung die Gefahr; denn je besser ich die Vorgänge auf dem internationalen Schauplatz überblicke, umso fester bin ich überzeugt, dass es der Schatten der Dinge ist, viel mehr als ihre Substanz, der die Herzen der Staatsmänner lenkt und ihre Taten bewirkt.»

So also sah die Welt für mich am Vorabend der grossen Wende aus, die mit der Reaktion Europas auf den Marshallplan begann. Es war in erster Linie der Schatten der Gefahr gewesen, den wir durch das europäische Hilfsprogramm zu zerstreuen suchten, und es wird gut sein, das nicht zu vergessen, wenn von dem Streit die Rede ist, der sich bald danach um die Auslegung des sogenannten «Artikels von Mr. X' und der «Doktrin der Eindämmung» entspann.

Mit der Übergabe unsrer Empfehlungen an den Aussenminister am 23. Mai 1947 war die Arbeit des Planungsstabs für den Wiederaufbau Europas keineswegs beendet. Die Aufzeichnung war in aller Eile entstanden. Es gab eine ganze Reihe von Teilaspekten, die wir gründlicher studieren wollten. Noch zwei weitere Monate lang arbeiteten wir stetig an der Ausfeilung des ganzen Konzepts, und nach Ablauf dieser Zeit war eine zweite und viel längere Aufzeichnung entstanden, die nicht als Empfehlung an den Aussenminister gedacht war, sondern als Anleitung und Material für diejenigen, denen jetzt die praktische Durchführung des Projekts oblag. Das Memorandum mit dem Titel ‚Anmerkungen zum Europäischen Wiederaufbauprogramm aus der Sicht der Vereinigten Staaten‘ wurde am 23. Juli fertig. Im Einzelnen untersuchten wir darin die Gründe für das amerikanische Interesse an dem Wiederaufstieg Europas und die unabdingbaren Voraussetzungen für den Erfolg unserer Aktion; stellten grundsätzliche Richtlinien auf für die amerikanische Haltung zum Wiederaufbauprogramm; versuchten, die Bedürfnisse einzelner Länder, vor allem Grossbritanniens, Deutschlands und Österreichs, zu taxieren und setzten uns unter anderem auch mit den Möglichkeiten privater amerikanischer Beteiligung auseinander. Das Memorandum ist zu lang, um hier

zitiert oder auch nur zusammenfassend wiedergegeben zu werden. Ich hoffe, dass man es eines Tages im Wortlaut veröffentlichen wird, denn es gibt meiner Meinung nach in knappster Form einen vollständigen Überblick über die Beweggründe und Ziele, die dem ERP (dem European Recovery Program) zugrunde lagen.

Einen einzigen Teilaspekt nur möchte ich hier erwähnen, nämlich unsere scharfe Unterscheidung zwischen dem Problem des europäischen Wiederaufbaus und den Problemen der wirtschaftlichen Entwicklung in anderen Teilen der Welt. «Europas Schwierigkeiten», so sagten wir,

«sind klar erkennbar, kurzfristig zu lösen und von grosser Bedeutung sowohl für die Interessen unseres eigenen Landes wie für die Welt im Allgemeinen. Sie lassen sich durch Spezialmassnahmen beseitigen. ... Es ist kaum anzunehmen, dass die hier in Europa angewendeten Methoden auf andere Gegenden übertragbar sind.»

Die Bevölkerung anderer Gebiete, mit Ausnahme Koreas und Japans, habe wesentlich andere Bedürfnisse als die Menschen Europas. In Europa handle es sich darum, bereits vorhandene Möglichkeiten der Selbsthilfe zu aktivieren. Das sei ein kurzfristiger Prozess. Anderswo gehe es nicht um die Frage, wie ein vorhandenes Potential nutzbar gemacht werden, sondern wie ein neues geschaffen werden könne. Das sei ein langwieriges Problem. Es erfordere neue Organisationsformen, ein Instrumentarium, das von der Regierung zu überblicken sei, ohne von ihr gehandhabt zu werden, und das es ermögliche, die technischen Errungenschaften der amerikanischen Industrie andern Völkern zugänglich zu machen.

Aus dem zeitlichen Abstand von zwei Jahrzehnten wirkt die Differenzierung zwischen Europa und dem Rest der Welt völlig selbstverständlich und unbezweifelbar. Damals jedoch war das anders. In der Zeit bis zum Inkrafttreten der Gesetze, die die amerikanische Wiederaufbauhilfe für Europa möglich machten – und noch Jahre danach-, wurde an die Mitarbeiter des ursprünglichen Marshallplans von Seiten des Kongresses immer wieder die Forderung gestellt, ähnliche Pläne für China, für den Mittleren Osten oder für Lateinamerika auszuarbeiten. Walter Judd aus Minnesota setzte sich besonders hartnäckig für ein chinesisches Hilfsprogramm ein – und hielt unsern Mangel an

Begeisterung für seinen Vorschlag zweifellos wenigstens zum Teil für die Ursache des späteren Sturzes der nationalchinesischen Regierung. Es nützte gar nichts, dass wir die Unterschiede zwischen den beiden Gebieten aufzeigten; weder der Hinweis auf die Zurückgebliebenheit der chinesischen Industrie noch der Hinweis auf die Ungunst der politischen Lage oder auf irgendein anderes der Hindernisse, die in China der nutzbringenden Verwertung ausländischen Kapitals im Wege standen, vermochte seine felsenfeste Überzeugung und die vieler anderer Leute zu erschüttern, dass den Prinzipien, die unsere Beziehungen zu Europa bestimmten, universelle Geltung verschafft werden müsse. Die eingewurzelte amerikanische Abneigung gegen Einzellösungen und die Sehnsucht nach allumfassenden Regeln war viel zu mächtig, als dass der Marshallplan sie hätte überwinden können. Im Gegenteil, er verstärkte sie eher noch.

XV. Der Artikel von «Mr. X»

Von meinen zahlreichen Manuskripten aus dem Winter 1946/47 war eines weder für einen Vortrag noch zum Abdruck bestimmt, sondern nur zur persönlichen Unterrichtung des Marineministers James Forrestal. Seit das lange Telegramm vom 22. Februar 1946 in Washington eingetroffen war, hatte Mr. Forrestal an meiner Arbeit ein lebhaftes persönliches Interesse genommen. Vermutlich war er es, dem ich die Berufung an die Kriegsakademie zu danken hatte und auch die spätere Berufung durch General Marshall zum Chef des Planungsstabs.

Während meiner Arbeit an der Kriegsakademie – genauer gesagt, im Dezember 1946 – schickte Mr. Forrestal mir eine in seiner unmittelbaren Umgebung entstandene Aufzeichnung über Marxismus und Sowjetmacht und bat um mein Urteil. Das abzugeben, fiel mir schwer. Es war eine gute Arbeit. Teile davon konnte ich glatt unterschreiben, andere Teile hätte ich einfach anders abgefasst. Das ganze Thema berührte meine eigenen Erfahrungen und Interessen zu sehr, als dass ich mich dazu in fremden Formulierungen hätte äussern mögen. Ich sandte ihm die Aufzeichnung mit dem Bemerken zurück, dass ich an Stelle eines Kommentars mich mit seinem Einverständnis demselben Thema lieber mit eigenen Worten widmen würde. Er antwortete, das sei ihm recht.

Folglich übersandte ich ihm am 31. Januar 1947 zu seiner privaten und persönlichen Unterrichtung eine Aufzeichnung, die das Wesen der sowjetischen Macht als politisches Problem für die Vereinigten Staaten erörterte. Sie brachte in literarischem Gewand viele der Gedanken, die seit mindestens zwei Jahren in mir herangereift und in privaten Mitteilungen und in Reden zum Ausdruck gekommen waren. Sogar der für die Argumentation verwendete Ausdruck «Eindämmung» war, wie ich gezeigt habe, nicht neu.

Mr. Forrestal las die Aufzeichnung. Am 17. Februar bestätigte er ihren Empfang mit den Worten: «Sie ist ganz vorzüglich und ich werde dem Minister⁹⁵ vorschlagen, sie zu lesen.» Zufällig nun hatte ich Anfang Januar in New York vor der Gesellschaft für

⁹⁵ Gemeint war vermutlich der Aussenminister.

Auswärtige Beziehungen (dem Council of Foreign Relations) dasselbe generelle Thema abgehandelt. Anschliessend hatte Mr. Hamilton Fish Armstrong, Chefredakteur von ‚Foreign Affairs‘, der Zeitschrift der Gesellschaft (ein hervorragender Redakteur; damals legten wir den Grund zu einer langen und engen Freundschaft), mich gefragt, ob ich ihm nicht etwas Schriftliches ungefähr in der Art des Gesagten geben könne, das zum Abdruck in seiner Zeitschrift geeignet sei. Ein Manuskript meines Vortrags besass ich nicht; aber mir fiel die Aufzeichnung ein, die ich für Mr. Forrestal verfasst hatte. Anfang März erbat und erhielt ich Mr. Forrestals Erklärung, dass er gegen die Veröffentlichung nichts einzuwenden habe. Daraufhin legte ich die Arbeit am 13. März der Kommission für nichtamtliche Publikationen im State Department zur routinemässigen Prüfung und Freigabe vor. Ich erläuterte dabei, dass beabsichtigt sei, den Namen des Verfassers nicht zu nennen. Die Kommission nahm sich bei der Prüfung reichlich Zeit, entdeckte nichts, das ihr vom Regierungsstandpunkt aus besonders bemerkenswert oder gefährlich erschienen wäre, und erteilte am 8. April ihre Genehmigung, die Veröffentlichung in der angegebenen Weise vorzunehmen. Ich strich darauf in der Überschrift meinen Namen, ersetzte ihn durch ein «X», um die Anonymität zu gewährleisten, schickte den Artikel Mr. Armstrong und dachte nicht weiter über ihn nach. Ich wusste, dass es einige Wochen dauern würde, bevor er erschien. Was ich nicht wusste, war, wie einschneidend meine Stellung sich im Verlauf dieser Wochen ändern und wie sehr sich das auf die Deutung auswirken würde, die man dem Artikel bei seinem Erscheinen gab.

Meiner Erinnerung nach erschien der Artikel Ende Juni in der Juli-Ausgabe von «Foreign Affairs» unter dem Titel «Die Ursachen des sowjetischen Verhaltens». Kurz darauf (am 8. Juli) brachte die «New York Times» eine Notiz aus der Feder des bekannten und erfahrenen Washingtoner Publizisten Arthur Krock, in der angedeutet wurde, dass der Artikel aus offizieller Quelle stamme und aus diesem Grund von besonderer Wichtigkeit sei. Wie ich später erfuhr, hatte Forrestal ihm den Artikel einmal gezeigt, als er noch nicht mehr war als ein Privatpapier, das in Forrestals Arbeitszimmer herumlag. Mit dem Adlerblick des Journalisten hatte er ihn sofort wiedererkannt, als er im Druck erschien, und sich seinen Vers darauf gemacht.

Nach dem Erscheinen von Mr. Krocks Notiz dauerte es nicht lange, bis sich herumgesprochen hatte, wer der Verfasser des

Artikels war. Mehr und mehr Leute fingen an, ihn zu kommentieren, ihn zu Truman-Doktrin und Marshallplan in Beziehung zu setzen und darüber zu rätseln, was er wohl bedeuten solle. Er wurde rasch zum Mittelpunkt eines wahren Strudels von Publizität. ‚Life‘ und ‚Reader’s Digest‘ brachten lange Auszüge daraus. Der Ausdruck «Eindämmung» wurde aufgegriffen und von der Presse in schöner Einmütigkeit in den Rang einer «Doktrin» erhoben, die man ihrerseits dann mit der Aussenpolitik der Regierung identifizierte. Auf diese Weise entstand sozusagen unter unseren Augen eine der unausrottbaren Mythen, die der Fluch des Historikers sind. Mir war zumute wie einem, der aus Versehen eine Lawine ausgelöst hat und nun, ein hilfloser Zeuge ihrer zerstörerischen Fahrt ins Tal, bei jedem neuen Unheil, das sie anrichtet, schaudernd zusammenfährt. Ich hatte nichts dergleichen beabsichtigt. Auch General Marshall war entsetzt. Einer seiner unerschütterlichen Grundsätze hiess «Wer plant, redet nicht». Dass der Leiter seines neuen Planungsstabs sich in der Presse als Verfasser eines programmatischen oder für programmatisch gehaltenen Artikels über das grösste Problem unserer Aussenpolitik einen Namen machen würde, war wohl das letzte, was er erwartet hätte. Er rief mich zu sich, machte mich auf das Ungewöhnliche der Situation aufmerksam, sah mich über seine Brille mit hochgezogenen Brauen scharf an (Brauen, vor deren Ausdruckskraft besseren Leuten als mir der Mut gesunken war) und wartete auf Antwort. Ich erklärte ihm, wie der Artikel zustande gekommen war und auch dass er vorschriftsmässig durch die zuständige amtliche Kommission zur Veröffentlichung freigegeben worden sei. Das genügte ihm. Er war, wie ich schon sagte, ein Mann der Ordnung und gewohnt, klare Abgrenzungen der Verantwortlichkeit zu verlangen und zu respektieren. Wenn der Artikel in dieser Weise freigegeben worden war, war nicht ich verantwortlich. Er erwähnte die Angelegenheit nie wieder und trug sie mir auch offiziell nicht nach. Aber ich vermute, dass er lange brauchte, um sich von seinem Erstaunen über die merkwürdigen Sitten des von ihm soeben übernommenen Ministeriums zu erholen.

Misst man den ‚Artikel von Mr. X‘ an den Auslegungen, die ihm sofort nach seinem Erscheinen in ‚Foreign Affairs‘ im Juni 1947 zuteil wurden und bis zu einem gewissen Grade auch heute noch zuteil werden, so ergibt sich, dass er fraglos an schweren Mängeln litt. Einige davon wären seinerzeit durch sorgfältigeres Redigieren und grösseren Weitblick zu beheben gewesen, hätte

ich nur eine Ahnung davon gehabt, wie er aufgenommen werden würde. Dennoch kann ich die Fehlinterpretationen nicht ausschliesslich darauf zurückführen, dass ich den Artikel so harmlos und ohne Arg schrieb. Gewisse Reaktionen der Öffentlichkeit hätte ich in keinem Fall vorausgesehen.

Ein schwerer Mangel des Artikels war, dass er den osteuropäischen Satellitenbereich nicht erwähnte, dass er also die sowjetische Macht nicht ausdrücklich zu ihrem Engagement in diesem Gebiet in Beziehung brachte. Jeder, der den Artikel las, musste denken, dass ich nur von Russland selber spräche; dass die Schwächen des sowjetischen Systems, auf die ich hin wies, nur innerhalb der sowjetischen Staatsgrenzen bestünden; dass die geographische Ausweitung der sowjetischen Macht durch den militärischen Vorstoss der sowjetischen Armeen nach Osteuropa und seine politische Nutzbarmachung für kommunistische Zwecke in diesem Zusammenhang unerheblich sei. Die Aufzählung der Unsicherheitsfaktoren der sowjetischen Lage – zum Beispiel die Erschöpfung und schlechte Stimmung der Bevölkerung oder die Brüchigkeit des institutionellen Aufbaus der Partei – wäre natürlich viel eindrucksvoller gewesen, wenn ich auch die typischen Verlegenheiten des Imperialismus erwähnt hätte, denen die Sowjetführer seit der Eroberung Osteuropas ausgesetzt waren, desgleichen die geringe Wahrscheinlichkeit, dass Moskau dieses grosse Gebiet ständig unterworfen halten könnte.

Bis heute bin ich nicht sicher, warum ich das ausliess. Vielleicht war der Grund der, dass es nicht in das Konzept meiner ursprünglichen Aufzeichnung für Mr. Forrestal gepasst hatte. Ich erinnere mich vage des Gefühls, dass die Erörterung des Satellitenproblems ein völlig neues Thema anschneiden, die von mir entwickelten Thesen undeutlich machen und den Rahmen der Aufzeichnung sprengen würde. Ganz sicher aber lag es nicht daran, dass ich die Schwierigkeiten unter schätzte, die sich für die Sowjets aus dem Versuch ergaben, Osteuropa politisch zu beherrschen. Wie aus dem ix. Kapitel ersichtlich, hatte ich schon zwei Jahre zuvor, um die Zeit der deutschen Kapitulation, die Auffassung vertreten, dass die Russen sich in diesem Gebiet übermässig ausgedehnt hätten. Damals hatte ich geschrieben:

«Russland könnte vermutlich auf die Dauer nicht das ganze Gebiet, das es sich heute abgesteckt hat, im Griff behalten . . . Die Markierungen müssten wenigstens teilweise zurückgenommen werden.»

Ähnlich hatte ich in dem langen Telegramm, das ich im Februar 1946 aus Moskau nach Washington schickte, darauf hingewiesen, dass die sowjetische Innenpolitik

«nunmehr infolge der jüngsten territorialen Expansion einer Reihe von zusätzlichen Belastungen ausgesetzt wird, die sich einstmals schon für das Zarentum als schwere Bürde erwiesen».

Hätte ich diese Überlegungen in den «X»-Artikel übernommen und neben die inneren Schwächen der Sowjetmacht die äusseren Belastungen durch das Engagement in Osteuropa gestellt, so wäre es mir viel leichter gefallen, meine Zweifel an der Stabilität der imposanten und furchteinflössenden Fassade des stalinistischen Russlands der ersten Nachkriegsjahre zu begründen.

Eine zweite grosse Schwäche des «X»-Artikels – vielleicht die grösste – war es, dass er nicht eindeutig klarmachte, wie der Ausdruck «Eindämmung der Sowjetmacht» zu verstehen sei – nämlich nicht als Eindämmung einer militärischen Bedrohung mit militärischen Mitteln, sondern als Eindämmung einer politischen Bedrohung mit politischen Mitteln. Gewisse Formulierungen – zum Beispiel das «unaufhörliche, geduldige und zugleich feste und wachsame Eindämmen russischer Expansionsgelüste» oder die «geschickte und aufmerksame gegenläufige Machtanwendung an ständig wechselnden geographischen und politischen Zentren» – waren bestenfalls mehrdeutig und gaben Fehldeutungen Raum.

Der dritte grosse Fehler hing mit dem zweiten eng zusammen. Das war das Versäumnis, zwischen den verschiedenen Weltgegenden zu unterscheiden und klarzustellen, dass die «Eindämmung» meiner Meinung nach nicht unaufhörlich an allen Orten zugleich vorgenommen werden könne und dass das auch nicht notwendig sei. Wie im Zusammenhang mit der Truman-Doktrin bereits ausgeführt, unterschied ich gedanklich sogar sehr genau zwischen solchen Gebieten, die ich für unsere Sicherheit als lebenswichtig ansah, und anderen, die mir das nicht zu sein schienen. Meine Einwände gegen die Truman-Doktrin beruhten ja grossenteils gerade darauf, dass sie diesen Unterschied nicht machte. Wiederholt äusserte ich damals und in den folgenden Jahren in Reden und Vorlesungen die Meinung, dass es in der Welt nur fünf Gebiete gebe – die Vereinigten Staaten, das Vereinigte Königreich, das Rheintal mit den angrenzenden Industriegebieten, die Sowjetunion und Japan –, wo die Mittel

moderner Kriegführung in Massen produziert werden könnten; ich wies darauf hin, dass von diesen Gebieten nur eines unter kommunistischer Kontrolle stand; und ich bezeichnete es demgemäss als Hauptaufgabe der «Eindämpfungspolitik», dafür zu sorgen, dass keines der übrigen Gebiete dieser Kontrolle unterworfen werde. Warum das aus dem «X»-Artikel nicht hervorging, ist mir abermals ein Rätsel. Vermutlich dachte ich, dass diese Überlegungen mit erfasst würden durch den Hinweis auf die Notwendigkeit, die Russen «überall dort» unveränderlichem Gegendruck auszusetzen, «wo sie sich anschicken, die Interessen einer friedlichen Umwelt zu verletzen».

All diese Unterlassungssünden waren so krass, dass ich mich an dem grössten und unglücklichsten Missverständnis, das sie hervorriefen, schuldig bekennen muss. Das war der Irrtum, dem Mr. Walter Lippmann erlag. Er fand seinen Ausdruck in einer gegen den «X»-Artikel gerichteten zwölfteiligen Artikelserie, die er im Spätsommer und Herbst 1947 in seiner Zeitungsspalte veröffentlichte. Die Serie erschien später in Buchform unter dem Titel ‚The Cold War, A Study in U. S. Foreign Policy‘ (New York, Harper and Brothers). Wenn ich diese Artikel heute erneut lese – und sie lohnen die Mühe –, finde ich das Missverständnis geradezu tragisch. Erstens hielt Mr. Lippmann mich fälschlich für den Verfasser genau der Teile der Truman-Doktrin, gegen die ich besonders heftig zu Felde gezogen war – wobei ich zugeben muss, dass ich den Irrtum durch die nachlässige und undifferenzierte Ausdrucksweise des «X»-Artikels geradezu herausgefordert hatte. In wohlangebrachter Berichtigung meiner angenommenen Verfehlung pries er sodann genau diejenigen Teile von General Marshalls Konzeption und die Abschnitte seiner Harvard-Rede, für die primär ich verantwortlich war. Den Begriff der Eindämmung deutete er in dem militärischen Sinne, den ich ihm gerade nicht hatte geben wollen. Und aus der Auseinandersetzung mit all diesen Fehleinschätzungen leitete er als Alternative zu dem, was er durch meine Schuld für meine Meinung halten musste, ein Konzept der amerikanischen Politik her, das dem von mir in den folgenden Jahren vertretenen so ähnlich war, dass man nur annehmen konnte, ich sei im Unterbewusstsein von ihm dazu angeregt worden – was vielleicht zum Teil sogar der Fall war. Er empfahl, sich auf die wesentlichen Länder Europas zu konzentrieren; er empfahl, den gleichzeitigen Abzug der sowjetischen und der amerikanischen

(sowie britischen) Streitkräfte aus Europa anzustreben; er zeigte vorausschauend die Gefahren auf, die jeder Versuch enthalten müsste, ein verstümmeltes Westdeutschland zum Verbündeten in einer antisowjetischen Koalition zu machen. Diese sämtlichen Gesichtspunkte spielten später in meinen eigenen Schriften eine wichtige Rolle. Die meisten erkannte er viel früher als ich. Dass er irreführt wurde, war meine Schuld. Mein einziger Trost ist, dass ich ihn damit zu einer so hervorragenden und scharfsinnigen Arbeit provozierte.

Gleichwohl war es eine sehr unangenehme Erfahrung. Sie schmerzte doppelt, weil ich so grosse Achtung vor ihm hatte. Ich weiss noch, mit welcher Bestürzung ich einen nach dem andern dieser Artikel las, in denen so viele Überlegungen gegen mich vorgebracht wurden, denen ich von Herzen zustimmte und auf die ich wegen meiner dienstlichen Stellung nicht öffentlich antworten konnte. Ein paar Monate später, im April 1948, lag ich mit Magengeschwüren im sechzehnten Stock des Marinehospitals Bethesda, in einer durch Fasten verdüsterten und durch das Pfeifen des kalten Frühlings winds in den Fenstern meines Turms nicht eben verbesserten Stimmung. Von dort schrieb ich Mr. Lippmann einen langen Brief und beschwerte mich über die Missinterpretation meiner Gedanken, die, wie mir schien, in seinen Artikeln zum Ausdruck kam. Der Brief wurde nie abgeschickt. Wahrscheinlich war es auch besser so. Er hatte den wehleidigen, dramatischen Klang, der meinem körperlichen und seelischen Zustand entsprach. Ein paar Jahre später jedoch traf ich Mr. Lippmann in einem Salonwagen der Pennsylvania-Bahn und nahm grausamere, aber weniger ernsthafte Rache, indem ich ihn mitleidslos mit einem Monolog über diese Themen bedachte, der den grössten Teil der Reise von Washington nach New York in Anspruch nahm.

Der nicht abgesandte Brief jedoch ist, wie mir scheint, insofern noch von einem gewissen Interesse, als er zeigt, wie die Lippmann-Artikel damals auf mich wirkten. Am Anfang stand selbstverständlich ein Wehgeschrei wegen der Verwechslungen bei Truman-Doktrin und Marshallplan. Für den Verfasser der ersten gehalten zu werden und den zweiten als Berichtigung meiner jugendlichen Torheit vorgehalten zu bekommen: das schmerzte mehr als alles andere.

Natürlich wies ich auch sehr ausführlich die mir von Mr. Lippmann stillschweigend unterstellte Meinung zurück, Eindämmung bedeute die Stationierung von Truppen entlang der

russischen Grenzen zur Verhinderung jeden Ausbruchs sowjetischer militärischer Aggressivität. Ich protestierte, wie noch so oft während der achtzehn kommenden Jahre, gegen die Unterstellung, die Russen wollten fremde Territorien überfallen und Aufgabe der amerikanischen Politik sei es, sie daran zu hindern. «Die Russen haben nicht den Wunsch», betonte ich,

«irgendjemand zu überfallen. Das liegt nicht in ihrer Tradition. Sie haben es einmal in Finnland versucht und sich dabei die Finger verbrannt. Sie scheuen jede Art von Krieg. Vor allem scheuen sie die Verantwortung, die jede militärische Invasion mit sich bringt. Sie ziehen es bei Weitem vor, ihre Geschäfte im politischen Rahmen durch Strohmänner zu tätigen. *Notabene*: Wenn ich sage politisch, so heisst das nicht gewaltlos. Aber es heisst, dass dabei nominell nur von innen her Gewalt gebraucht wird, nicht von aussen – anders ausgedrückt: polizeiliche . . . keine militärische Gewalt.

Mit «Politik der Eindämmung» war eine Politik gemeint, die andere Völker ermutigt, dieser Art von Gewalt zu widerstehen und die *innere* Integrität ihres Landes zu verteidigen.»

Ich versuchte dann zu erklären (es hätte mir besser gelingen können), dass der Artikel in Wahrheit ein Appell war – an unsere verzweifelnden Liberalen genauso gut wie an unsere hitzköpfige Rechte –, sich doch ja nicht in dem Glauben beirren zu lassen, dass der Krieg trotz des bösen Schattens der sowjetischen Macht weder unvermeidlich noch überhaupt eine angemessene Lösung sei; dass Nicht-Krieg-Führen nicht bedeute, dass wir den Kampf verlieren würden; dass es eine mittlere Position des politischen Widerstands gebe, die wir mit einiger Sicherheit würden halten können. Tatsächlich hielten wir sie schon. Und ich zeigte stolz auf das bereits Erreichte. Das war ziemlich unfair, denn schliesslich hatte Lippmann in seinen Artikeln die Motive des Marshallplans gutgeheissen und gelobt. Ich zitiere den Abschnitt hier; nicht um Mr. Lippmann zu korrigieren, dessen Argumente er eigentlich nicht widerlegte, sondern als eine Art Epilog zu der Diskussion sowohl über den Marshallplan als auch über den «Artikel von Mr. X».

«Etwas über ein Jahr ist vergangen, seit General Marshall sein Amt übernahm. Ich möchte Sie bitten, an die Welt zurückzudenken, der er sich im letzten Frühjahr gegenübersah. Damals

schien es kaum möglich, dass Europa gerettet werden könnte. Wir schwankten noch verwirrt und unentschlossen zwischen dem Konzept der ‚Einen Welt‘ und der ‚Zwei Weitem. Die wirtschaftliche Notlage des Kontinents war, wie sich bald zeigte, sehr viel krasser, als irgendjemand sich hätte träumen lassen, und sie verschlimmerte sich ständig. Der Kongress war übler Laune und fest überzeugt, dass alle Auslandshilfe vergebene Liebesmüh sei. Die Kommunisten sassen Frankreich an der Kehle. Ein grauer Schleier von Verwirrung und Mutlosigkeit lag über dem Kontinent und lähmte den Willen zum Aufbau. Molotow sass abweisend am Moskauer Beratungstisch; er sah keinen Anlass, für Dinge zu zahlen, die ihm, wie er glaubte, in absehbarer Zeit von selbst wie reife Früchte zufallen müssten. Und heute? Europa ist zugegebenermassen noch nicht über den Berg. Aber Molotow sind keine Früchte zugefallen. Wir haben gelernt, was Osten und was Westen ist. Moskau selbst war gezwungen, diese unerfreuliche Scheidung vorzunehmen. Im Westen schreitet die Erholung schnell fort. Es gibt neue Hoffnung. Die Menschen glauben wieder an die Möglichkeit einer besseren Zukunft. Die Stellung der Kommunisten in Frankreich ist schwer erschüttert. Die westlichen Nationen haben eine gemeinsame politische Sprache gefunden. Sie lernen sich gegenseitig zu stützen und einander zu helfen. Die sich für neutral hielten, fangen an zu begreifen, dass sie auf unserer Seite sind. Vor einem Jahr hatte nur das, was kommunistisch war, Festigkeit und Gestalt. Heute nimmt die nicht kommunistische Welt täglich an Festigkeit und Widerstandsfähigkeit zu. Zugegeben, der Ausgang hängt von Italien ab, aber eben wirklich nur von Italien. Vor einem Jahr hing er von ganz Europa ab und von uns.

Sie mögen sagen: Das war nicht das Verdienst der amerikanischen Politik; andere haben dieses Wunder bewirkt. Gewiss, wir waren es nicht allein; und ich habe nicht die Absicht, Verdienste nachzumessen. Aber Sie müssen uns ein wenig Stolz auf unsere Geschicklichkeit zugestehen. Im internationalen Bereich kommt es immer auf das Ergebnis an. Wäre die Entwicklung im vergangenen Jahr in die andere Richtung gegangen, hätte sich unsere Lage in gleichem Masse verschlechtert, wie sie sich in Wahrheit verbessert hat, dann hätte nicht ein einziger von Ihnen bezweifelt, dass das dem Versagen der amerikanischen Staatskunst zuzuschreiben sei. Muss es also für die US-Regierung immer heissen: ‚Bild gewinnst du, Schrift verlierst du?‘ »

In den Jahren, die seitdem vergangen sind, hat die Legende von der «Doktrin der Eindämmung» ihre Anziehungskraft nie ganz verloren. Bei unzähligen Gelegenheiten bin ich gebeten worden, sie zu erklären; zu sagen, ob sie ein Erfolg gewesen sei; mich über ihre Anwendbarkeit auf China zu äussern; darzulegen, inwieweit sie der späteren Entwicklung noch angemessen sei, und so fort. Von anderen wurde sie auf wechselnde Weise kommentiert. Prosowjetischen Schreibern galt sie als Tarnversuch für aggressive Pläne gegen die Sowjetunion, Kritiker von Rechts beanstandeten gerade ihren Mangel an Aggressivität und dass sie keinerlei «Sieg» versprach. Ernstzunehmende Kommentatoren erklärten, im Jahre 1947 sei sie ja brauchbar gewesen, aber seit dem Koreakrieg oder seit Stalins Tod oder seit dem Nachlassen der bipolaren Spannungen habe sie ihre Existenzberechtigung verloren.

Auf diese Kritiken zu antworten, fällt mir nicht leicht. Was ich im «X»-Artikel sagte, war nicht als Doktrin gedacht. Wenn ich über Aussenpolitik nachdenke, dann denke ich nicht über Lehrmeinungen nach. Ich denke über Grundsätze nach. Bei der Abfassung des «X»-Artikels hatte ich die lange Reihe von Zugeständnissen im Sinn, die wir – so schien es mir – im Verlauf des Krieges und kurz danach den russischen Expansionsgelüsten gemacht hatten, in der Hoffnung und in dem Glauben, dass die Zusammenarbeit zwischen unserer Regierung und der Sowjetregierung nach dem Krieg erleichtern würde. Ich hatte auch den Umstand im Sinn, dass viele Leute, denen die Wirkungslosigkeit unseres Entgegenkommens und unsere Uneinigkeit mit den Sowjets über die Nachkriegsordnung Europas und Asiens nicht verborgen geblieben war, zu verzweifeln begannen und voreilig schlossen, dass früher oder später ein Krieg zwischen der Sowjetunion und den Vereinigten Staaten unvermeidlich sei.

Diese Zwangsvorstellung war es, die ich im «X»-Artikel zu bekämpfen versuchte. Ich glaubte, dass ich von dem Problem des stalinistischen Russlands so viel wie nur irgendjemand in den Vereinigten Staaten verstünde und mich darüber von niemand belehren zu lassen brauchte. Aber die Notwendigkeit eines sowjetisch-amerikanischen Krieges konnte ich nicht einsehen und wusste auch nicht, was man damit damals oder überhaupt jemals hätte gewinnen können. Es schien mir andere Möglichkeiten zu geben, um mit dem Problem fertig zu werden – Möglichkeiten, die mit einiger Wahrscheinlichkeit eine neue Welt-

katastrophe zu umgehen und die Lage der westlichen Völkergemeinschaft wenigstens nicht zu verschlimmern versprochen. Wir mussten ganz einfach mit den törichten einseitigen Konzessionen an den Kreml Schluss machen; überall nach besten Kräften gegen jeden Versuch, seinen politischen Herrschaftsbereich auszudehnen, Widerstand entzünden und unterstützen; und dann so lange warten, bis die inneren Schwächen der Sowjetmacht gemeinsam mit den Fehlschlägen auf aussenpolitischem Gebiet die Ambitionen und das Verhalten der Sowjets mässigten. Die sowjetischen Führer wirkten zwar furchterregend, aber Übermenschen waren sie nicht. Wie alle Beherrscher grosser Länder hatten sie mit inneren Schwierigkeiten und Widersprüchen zu kämpfen. «Haltet ihnen Stand», drängte ich, «energisch, aber nicht aggressiv, und lasst die Zeit für euch arbeiten.» Mehr als das war mit dem «X»-Artikel nicht gemeint. Ich nahm auch nicht an, dass die Situation ewig so bleiben würde, wie sie sich 1945 aus der Art und Weise ergeben hatte, in der der Krieg beendet worden war. Ich unterstellte, dass wir, wenn wir die Sowjetführer einmal soweit gebracht hätten, vernünftig mit uns über das eine oder andere Nachkriegsproblem zu reden, diese Möglichkeit selbstverständlich weiterverfolgen würden, um generell zu normaleren Zuständen zurückzufinden. Insbesondere teilte ich Walter Lippmanns Ansicht, dass es politisch wichtig sei, irgendwann den Rückzug der sowjetischen Truppen aus Osteuropa zu erreichen. Für ganz so wichtig wie er freilich hielt ich es damals nicht. (Aber er hatte recht, nicht ich.)

Niemand war sich der Gefahren einer dauernden Spaltung Europas stärker bewusst als ich. Zweck der «Eindämmung» sollte nicht sein, den aus den militärischen Operationen und politischen Arrangements des Zweiten Weltkriegs entstandenen Status quo zu verewigen; ihr Zweck war vielmehr, eine für uns schwierige Zeit zu überbrücken und uns soweit zu bringen, dass wir mit den Russen die Nachteile und Gefahren dieses Status quo erörtern und uns mit ihnen auf seine Ablösung durch einen gesünderen Zustand einigen könnten.

Und wenn in späteren Jahren behauptet werden konnte, die «Politik der Eindämmung» habe versagt, so hatte sie nicht in dem Sinne versagt, dass es etwa unmöglich gewesen wäre, Russen an gefährlichen Verletzungen der «Interessen einer friedlichen Welt» zu hindern (denn die wurden verhindert); sie hatte auch nicht in dem Sinne versagt, dass etwa die Mässigung der sowjetischen Ansprüche, die prophezeit zu haben Walter

Lippmann mir so erbittert vorwarf, nicht erfolgt wäre (denn die erfolgte sehr wohl). Das Versagen lag in dem Umstand, dass unsere Regierung es schwierig fand, eine politische Bedrohung als solche zu begreifen und sich mit ihr anders als in militärischen Begriffen auseinanderzusetzen. Insbesondere ihre eigene Fehleinschätzung der Bedeutung des Koreakriegs führte sie gewaltig in die Irre. Und als sich dann in späteren Jahren Gelegenheit zu nutzbringenden Gesprächen bot, liess sie sie verstreichen und richtete in ihrer Voreingenommenheit für militärische Massnahmen alle Energie auf die Besiegelung und Verewigung der Spaltung Europas, um deren Beseitigung sie sich hätte kümmern sollen. Nicht die «Eindämmung» selbst versagte, sondern ihre beabsichtigte Ergänzung, die niemals kam.

Wo im «X»-Artikel der Ausdruck «Sowjetmacht» gebraucht wird, ist damit natürlich das von Josef Stalin gegründete, beherrschte und inspirierte Machtsystem gemeint. Das war ein monolithischer Machtblock, dessen Einfluss über ein Netz scharf disziplinierter kommunistischer Parteien praktisch in jedes Land der Welt reichte. Unter diesen Umständen war jeder Erfolg einer örtlichen kommunistischen Partei, jede Zunahme kommunistischer Macht an beliebiger Stelle zugleich eine reale Erweiterung des politischen Einflussbereichs des Kremls. Infolge von Stalins scharfer und demütigender Kontrolle über die ausländischen Kommunisten waren sie viel mehr die Vollstrecker seines Willens als ihres eigenen Willens. Ihm unterstand das einzige Führungszentrum der kommunistischen Welt; man war dort wachsam, anspruchsvoll und herrisch und duldeten keinen Widerspruch.

Titos Bruch mit Moskau im Jahre 1948 war der erste offene Riss in der monolithischen Einheit des von Moskau beherrschten kommunistischen Blocks. Lange Zeit blieb er der einzige. Für den Rest der kommunistischen Welt ergaben sich keine unmittelbaren Folgerungen. Als aber zwischen 1957 und 1962 die bis dahin latente Uneinigkeit zwischen der chinesischen und der russischen Kommunistischen Partei offenkundig wurde und sich zu einem grossen Streit zwischen beiden Regierungen ausweitete, da änderte sich die Lage von Grund auf. Die übrigen kommunistischen Parteien (wohl am wenigsten die osteuropäischen, aber zum Teil auch diese) hatten nun zwei Pole – wenn man Belgrad einbezieht drei –, zwischen denen sie wählen konnten. Die Freiheit der Wahl machte ein hohes Mass an Unabhängigkeit nicht nur möglich, sondern zwang ihnen diese Unabhängig-

keit in vielen Fällen geradezu auf. Keines der beiden grossen Zentren kommunistischer Macht durfte mehr wagen, disziplinarische Massnahmen gegen sie einzuleiten, weil jedes fürchten musste, sie in die Arme des anderen zu treiben. Und da die meisten Parteien das Risiko der totalen Identifikation mit der einen oder anderen Seite scheuten, mussten sie wohl oder übel manövrieren, für sich selbst denken und handeln, kurz: die Pflichten der Unabhängigkeit übernehmen. Am Ende der vierziger Jahre waren alle kommunistischen Parteien, mit Ausnahme der jugoslawischen, Werkzeuge der sowjetischen Macht. Am Ende der fünfziger Jahre waren sie es, mit Ausnahme vielleicht der bulgarischen und tschechischen, alle nicht mehr.

Diese Entwicklung veränderte radikal die Voraussetzungen, aus denen im «X»-Artikel die Idee der Eindämmung hergeleitet war. Vom Standpunkt des Artikels aus war der sino-sowjetische Konflikt die grösste einzelne Massnahme der Eindämmung, die sich denken liess. Er machte nicht nur das Konzept der Eindämmung ungültig, sondern beseitigte auch weitgehend das Problem, auf das es bezogen war.

Versuche, die ursprüngliche Politik der Eindämmung auf Entwicklungen zu übertragen, die sich nach dem sino-sowjetischen Konflikt angebahnt haben, sind deshalb völlig verfehlt, besonders dann, wenn sie sich nur ganz allgemein auf irgendeinen vagen «Kommunismus» beziehen, ohne dass genau angegeben wäre, welcher spezielle Kommunismus gemeint ist. Es gibt heute keinen «Kommunismus» im Sinne von 1947; es gibt stattdessen eine Reihe von nationalen Regierungen, die sich mit dem verbalen Schmuck des radikalen Marxismus ausstafieren und eine mehr oder weniger durch marxistische Vorstellungen geprägte Innenpolitik verfolgen. Wenn ich also 1947 der Erfinder der «Doktrin» der Eindämmung gewesen wäre, so hätte diese Doktrin doch seit Stalins Tod und seit der Entwicklung des sowjetisch-chinesischen Konflikts ein Grossteil ihrer Berechtigung verloren. Ich bestreite entschieden die Urheberchaft bei allen Versuchen, diese Doktrin heute in Situationen zu beschwören, auf die sie weder passt noch passen kann.

xvi. Japan und MacArthur

Die Arbeit am Wiederaufbauprogramm für Europa war brandeilig gewesen. Sie war zwangsläufig auch auf die Bedürfnisse eines einzigen geographischen Gebiets beschränkt gewesen. Sie hatte an den Planungsstab so hohe Anforderungen gestellt, dass keiner von uns zwischendurch Zeit oder Gelegenheit für die Beschäftigung mit anderen Themen gefunden hatte. Erst im Spätsommer 1947 konnten wir wieder frei atmen, uns umschauen und versuchen, einen Überblick über Amerikas weltpolitische Lage im Ganzen zu gewinnen.

Im Verlauf dieser *tour d'horizon* zeichneten sich die beiden besetzten Gebiete Westdeutschland und Japan immer klarer als die politischen Orte ab, wo derzeit unsere grössten Gefahren, unsere grössten Pflichten und auch unsere grössten Erfolgchancen lagen. Sie waren die Zentren der jeweils grössten Industriekomplexe in Ost und West. Ihre Erholung war wesentlich für die Wiederherstellung der Stabilität in Europa und Ostasien. Sollte der Nachkriegswelt überhaupt eine Art von Gleichgewicht der Kräfte beschieden sein, so war entscheidend, dass sie nicht in kommunistische Hände fielen und dass ihr grosses Potential für konstruktive Zwecke voll ausgenutzt würde.

Für beide Gebiete – also Japan, das unter General Douglas MacArthurs Oberbefehl stand, und unsere Zone in Westdeutschland – oblag der Regierung der Vereinigten Staaten sozusagen die totale Verantwortung. Das hatten wir uns selbst zuzuschreiben. Wir hatten bedingungslose Übergabe verlangt und sie erhalten. Das war gleichbedeutend mit dem Fordern und Gewähren diktatorischer Gewalt. Wir hatten bewusst unseren früheren Gegnern jeden Rest von Verantwortung für das, was nun kommen sollte, weggenommen. Theoretisch hatten wir die Macht, zusammen mit unseren Verbündeten das innen- und ausenpolitische Geschehen in diesen Gebieten einfach zu befehlen. Anders als in den übrigen Bereichen unserer Aussenpolitik gab es hier keine souveränen Regierungen, die gedrängt, beschwätzt oder überzeugt werden mussten, ehe wir erreichen konnten, was wir wollten. Wie hatten schon, was wir wollten. Wir brauchten es nur zu benutzen.

Doch hatte das Bild, wie es sich 1947 dem Aussenministerium darbot, auch ein paar Schönheitsfehler. So waren diese Gebiete angesichts ihrer Bedeutung und unserer Verfügungsgewalt zwar unbestritten zwei unserer wichtigsten Bauern auf dem Schachbrett der Weltpolitik, aber sie waren Bauern, die wir vom State Department aus praktisch überhaupt nicht bewegen konnten und sogar der Präsident nur mit Schwierigkeiten. Die amerikanischen Militärbefehlshaber in diesen Ländern hatten in Wahrheit eine höchst unabhängige Stellung. Sie hätten es nicht zugegeben, aber *de facto* lebten sie nach ihren eigenen Gesetzen. Die fast vollständige Ausschaltung des Aussenministeriums während des Krieges und die Übertragung seiner politischen Befugnisse auf das Militär gingen auch in der Nachkriegszeit überall dort weiter, wo das Militär im Ausland noch Truppen und Besatzungspflichten hatte. Wenn die Befehlshaber sich überhaupt Weisungen aus Washington holten, dann vom Kriegsministerium, und zwar vermutlich in erster Linie von dessen Abteilung für Zivilangelegenheiten. Diese jedoch war, wie schon die Arbeit der Europäischen Beratenden Kommission gezeigt hatte, nicht gerade die entgegenkommendste unter den Dienststellen, mit denen das State Department umging. Und uns schien, dass selbst von dort die Befehlshaber Weisungen hauptsächlich dann einholten, wenn ihnen darum zu tun war, eine heikle oder unangenehme Entscheidung höheren Orts abzusichern. Wir hatten den Verdacht, dass sie sich ansonsten vom Kriegsministerium nicht viel leichter lenken liessen als von uns.

Die Sache wurde noch dadurch kompliziert, dass die Befehlshaber in der Regel zwei Hüte trugen, einen amerikanischen und einen internationalen. Einesteils führten sie amerikanische Weisungen aus; zum anderen handelten sie als Vollstrecker interalliiertter Vereinbarungen. Setzte man sie in dem Zuständigkeitsbereich des einen Hutes unter Druck, so flüchteten sie sich prompt unter den anderen. Diese flohgleiche Behendigkeit und Wendigkeit machte sie ausserordentlich resistent gegen alle Beeinflussungsversuche aus Washington, die ihren eigenen Ideen und Wünschen nicht entsprachen.

Nicht nur war es schwierig, den Kommandeuren zu sagen, was sie tun sollten – es war auch nicht immer leicht zu überblicken, was sie wirklich taten. In Deutschland war das nicht so problematisch. Das Aussenministerium hatte dort seinen eigenen Vertreter in der Person von Botschafter Robert Murphy, einem

Berufsdiplomaten mit viel Erfahrung, Urteilskraft und Prestige; er hielt uns einigermassen auf dem Laufenden. Aber in Japan gab es wirkliche Schwierigkeiten. MacArthur dachte nicht daran, auch nur zu den politischen Aspekten seiner Besatzungstätigkeit den Rat des State Departments einzuholen. Die paar Verbindungen, die es gab, liefen über das Kriegsministerium. Das State Department hatte in MacArthurs Hauptquartier in Tokio einen Vertreter; aber in der Hierarchie des Hauptquartiers hatte sein Büro nur eine untergeordnete Funktion, etwa die einer Protokollabteilung. Weder bekam er genügend Informationen, noch ergaben sich regelmässige Kontakte mit den höheren Stellen im Hauptquartier, und auch die direkte Verbindung mit dem State Department war unzureichend. Ein Gegengewicht gegen diese Mängel schufen, soweit das überhaupt möglich war, die persönlichen Qualitäten des Mannes, der von 1947 bis 1952 diese Dienststelle leitete – Mr. William J. Sebalds, eines fähigen und erfahrenen Beamten mit einer gründlichen Kenntnis japanischer Angelegenheiten –, aber seine Arbeit war wertvoll trotz, nicht wegen des bürokratischen Rahmens, in dem er sich bewegte.

Die Kontrolle über die Militärbefehlshaber gestaltete sich auch darum so schwierig, weil sie sich in der Öffentlichkeit und beim Kongress eines grossen Rufes erfreuten. Sie waren die offiziellen Gastgeber jedes Reisenden, der ihren Kommandobereich besuchte. Ohne ihre wohlwollende Zustimmung und Unterstützung fanden Pressekorrespondenten es schwierig, ihre Arbeit zu tun. Besucher von Rang waren *nolens volens* ihre Gäste, waren für Unterbringung und Reisen auf sie angewiesen und verabschiedeten sich in den meisten Fällen mit einem Gefühl persönlicher Dankbarkeit für erwiesene Aufmerksamkeiten und Gastfreundschaft. Ihr Status entsprach so ziemlich dem eines Monarchen aus früherer Zeit: Ein wohlwollendes Nicken, und es öffneten sich die Türen; kein Nicken, und es wurde schwierig für jeden Fremden, sei er Journalist, Abgeordneter oder Beamter, eigene Beobachtungen anzustellen und sich ein Urteil über Praktiken und Politik der Besatzung zu bilden.

Unterstützt und abgesichert wurden die Oberkommandierenden durch die seltsame Bewunderung vieler Amerikaner (ganz besonders aber der Mitglieder des Kongresses) für jeden anderen Amerikaner, der in der Uniform unserer Streitkräfte über die Menschen eines fremden Landes Macht ausübt. Denselben Amerikanern, die beim ersten Zeichen patriarchalischen

oder willkürlichen Verhaltens der amerikanischen Regierung gegenüber Amerikanern heftig protestiert hätten, schien es nicht nur völlig in Ordnung, sondern geradezu bewundernswürdig und begeisternd – ein wahrer Quell des Stolzes –, dass ein amerikanischer Befehlshaber in einem fremden Land völlig autokratisch, durch legislative Kontrollen ungehindert, regierte; und wann immer das korrupte Washington versuchte, die Machtausübung dieses Befehlshabers irgendwie zu beschränken, reagierten sie mit überströmender Sympathie. Ich kritisiere damit nicht die Generäle. Sie hatten die Stellung, in der sie sich befanden, nicht geschaffen. In allen Fällen, die mir in der Nachkriegszeit bekannt geworden sind, bedienten sie sich ihrer grossen Macht mit viel Verantwortung und Menschlichkeit. Sie verdienen den Respekt, der dem aufgeklärten Absolutismus immer gebührt, wo man ihm auch begegnet. Ich will lediglich sagen, dass unsere Oberbefehlshaber etwa dieselben Sympathien weckten, die reisende Byzantiner einst für Beiszar empfanden, wenn sie nach dem ihm unterstellten Italien kamen, seine Gastfreundschaft genossen und seinen Beschwerden über die törichten und kaum zu ertragenden Einmischungsversuche des kaiserlichen Hofes zu Konstantinopel lauschten.

Es ist nun einmal so, dass jedes grössere militärische Besatzungsregime sogleich einige Wesenszüge souveräner Regierungen annimmt und es sich leisten kann, eine entsprechende Behandlung zu fordern, selbst von der Regierung, die es angeblich repräsentiert. Es verwandelt sich aus einem Instrument der Politik in eine Institution, die selber Politik macht. Wer in Washington die Errichtung eines grossen militärischen Apparates jenseits unserer Grenzen autorisiert und wer diesem Apparat für ein bestimmtes Gebiet weitreichende zivile Vollmachten erteilt, sollte wissen, dass er damit nicht einfach ein Instrument der amerikanischen Politik schafft – er macht sich vielmehr in starkem Masse abhängig von den Interessen und Entscheidungen eines neuen bürokratischen Machtgefüges fern von unseren Küsten, das zu allen weltpolitischen Fragen seine eigene Meinung hat; und er begibt sich in demselben Masse der eigenen Entscheidungsgewalt über den Einsatz des amerikanischen Potentials auf dem internationalen Schauplatz.

Somit lag vom Standpunkt eines Planers der nationalen Politik im Jahre 1947 ein erster Grund zur Besorgnis in den begrenzten Möglichkeiten Washingtons, die Vorgänge in Deutschland und Japan zu kontrollieren. Ein zweiter war der Charakter

der Weisungen, der internationalen wie nationalen, von denen die Besatzungsapparate angeblich geleitet, jedenfalls aber beeinflusst waren. Diese Weisungen stammten in der Mehrzahl aus der Schlussphase des Krieges. In vielen Punkten spiegelten sie das Vergnügen an präntiösen Gemeinplätzen, den missionarischen Liberalismus, den selbstgerecht-straftenden Eifer, die prosowjetischen Illusionen und die verfehlten Hoffnungen auf Nachkriegskollaboration der Grossmächte, mit denen wie gesagt die Kriegspolitik der Alliierten behaftet war. Mit zunehmender Erfahrung hatten wir zwar unsere Haltung mehr und mehr modifiziert, die Direktiven jedoch waren noch nicht generell überholt worden; niemand war bisher systematisch daran gegangen, sie mit der neuen Lage in Einklang zu bringen, die offensichtlich seither entstanden war. Die Besatzungspolitik befand sich folglich in einem wenig befriedigenden Übergangsstadium voller Unsicherheiten; in einigen Punkten hatte sie sich neueren und realistischeren Erkenntnissen angepasst; in anderen befolgte sie noch unrealistische und völlig unzulängliche Direktiven. Wo diese Direktiven auf internationaler Vereinbarung beruhten, warf jeder Änderungsversuch gewaltige Probleme auf. In anderen Fällen standen Änderungen unserer Regierung theoretisch frei. Nur lag die formelle Zuständigkeit beim Kriegsministerium. Das Aussenministerium konnte nur anregen und befürworten; es konnte nicht von sich aus handeln.

Im Falle Deutschland schien eine neue Initiative des Planungsstabs bis auf Weiteres nicht erforderlich. Der Fehlschlag der letzten Aussenministerkonferenz in Moskau hatte mit der Illusion über die Möglichkeiten einer Viermächteverwaltung für Deutschland endgültig aufgeräumt. Die Konsequenzen aus der neuen Lage hatten wir schliesslich in Form einer Vereinbarung mit den Briten über den wirtschaftlichen Zusammenschluss der Britischen und der Amerikanischen Zone gezogen, mit dessen Durchführung Mitte 1947 bereits begonnen war. Dies und der heilsame Zwang, den die Beteiligung am europäischen Wiederaufbauprogramm auf das Besatzungsregime ausüben musste, gab Grund zu der Hoffnung, dass Westdeutschland wenigstens in nächster Zukunft Fortschritte in der gewünschten Richtung machen würde, nämlich in Richtung auf die Wiederherstellung seiner eigenen Produktivität, die Fähigkeit, zur Erholung auch des übrigen Europas beizutragen, und die Erlangung eines ausreichenden Masses innenpolitischer Stabilität.

Aber im Fernen Osten sah es anders aus. Es war nicht zu

verkennen, dass China immer stärker unter kommunistische Herrschaft geriet. Wir wussten nicht, was die Vereinigten Staaten dagegen unternehmen könnten. Wir waren ganz entschieden nicht der Meinung, dass diese Entwicklung, die wir nicht weniger bedauerten als andere, durch eine Unterlassungssünde der Vereinigten Staaten her vorgerufen worden sei. Zugegebenermassen hatte unsere Regierung Fehler begangen; aber der eigentliche Grund für die Verschlechterung der Situation lag in den politischen Schwächen des nationalistischen Regimes; und das waren Schwächen, die sich unserer Meinung nach durch verstärkte amerikanische Hilfeleistungen eher verschlimmern als bessern würden.

Die Verschlechterung der Lage in China schien uns einesteils für die amerikanischen Interessen nicht allzu gefährlich zu sein. China war keine grosse Industriemacht. Es war auch nicht abzu- sehen, wann es eine werden würde. Vor allem würde es bis auf Weiteres seine Militärmacht nicht über die Grenzen des asiatischen Festlands hinaus ausdehnen können. Zur Entwicklung amphibischer Streitkräfte grösseren Umfangs war es nicht fähig. Und obwohl ich (für meine Kollegen möchte ich dabei nicht sprechen) damals irrigerweise bezweifelte, dass es den chinesischen Kommunisten gelingen würde, ihre Herrschaft in *ganz* China zu errichten und längere Zeit aufrechtzuerhalten, erkannte ich doch – und dies spielte eine Rolle bei der Abschätzung der Gefährlichkeit einer kommunistischen Machtübernahme –, dass selbst wenn es ihnen gelänge, *otex gerade wenn* es ihnen gelänge, sie sich wahrscheinlich nicht mehr lange unter russische Kontrolle beugen würden. «Ich meine», sagte ich in einer Vorlesung vor der Kriegsakademie am 6. Mai 1947,

« . . . dass die Russen, wenn man sie in China allein lässt, mit ziemlicher Sicherheit an dem Problem genauso scheitern werden wie seit Jahrhunderten alle andern auch. . . . Solange die chinesischen Kommunisten eine kleine Minderheit sind, die um ihr Leben kämpft . . . müssen sie sich mit Moskau einigermaßen gut stellen. Wenn sie eine Mehrheit gewinnen würden – wenn es ihnen gelänge, einen grossen Teil des chinesischen Gebiets zu beherrschen –, dann bin ich nicht sicher, dass ihre Beziehungen zu Moskau sich stark von denen unterscheiden würden, die Tschiang heute unterhält; weil sie dann viel unabhängiger wären, viel eher in der Lage, einen von Moskau unabhängigen Kurs zu steuern.»

Wenngleich die Verschlechterung der Lage in China für sich gesehen unsere Sicherheit also nicht übermässig gefährdete, so erhöhte sie doch erheblich die Bedeutung möglicher Entwicklungen in Japan. In unserer Sicht war Japan potentiell ein wichtigerer Faktor der Weltpolitik als China. Es war wie gesagt das einzige grosse Industriezentrum, und potentiell auch Rüstungs-Arsenal, des Fernen Ostens. Dank der seltsamen Faszination, die China zu allen Zeiten auf unsere öffentliche Meinung ausgeübt hat, waren die Amerikaner immer geneigt, die Wichtigkeit Chinas zu hoch und die Japans zu gering einzuschätzen. Ich war damals und bin auch heute noch überzeugt, dass die Sowjetführer, wenn sie zu irgendeiner Zeit nach dem Kriege die Wahl zwischen der Kontrolle über China und der über Japan gehabt hätten, sich ohne Zögern für Japan entschieden haben würden. Angesichts eines tatsächlich befreundeten Japans und eines nominell feindlichen Chinas konnten wir Amerikaner uns ziemlich sicher fühlen – aus der Kombination konnte uns kein grosser Schaden entstehen; aber die Gefahren eines nominell befreundeten Chinas und eines tatsächlich feindlichen Japans für unsere Sicherheit hatte uns der Krieg im Pazifik bereits demonstriert. Noch schlimmer wären ein feindliches China und ein feindliches Japan. Ein Triumph des Kommunismus in China würde automatisch den kommunistischen Druck auf Japan verstärken; und wenn das Land diesem Druck nachgäbe, wie Moskau offensichtlich hoffte, hätten wir es mit einem feindlichen Japan zu tun.

Überlegungen dieser Art bewogen den Planungsstab gegen Ende des Sommers 1947, seine Aufmerksamkeit der Lage in Japan und der dort geübten Besatzungspolitik zuzuwenden. Was wir fanden, war auf den ersten Blick entschieden beunruhigend. In der Theorie sollte die Besetzung des Landes nach Erreichung der Besatzungsziele – in erste Linie der Entmilitarisierung und der Einziehung von Reparationen – durch den Abschluss eines Friedens Vertrags beendet werden. General MacArthur hatte am 17. März 1947 öffentlich seine Überzeugung verkündet, dass Japan jetzt für einen solchen Vertrag reif sei. Das State Department hatte sich dem angeschlossen. Am 11. Juli hatte es den elf Mitgliedstaaten der Fernostkommission (des interalliierten Gremiums mit Sitz in Washington, dem General MacArthur theoretisch für die Erfüllung der japanischen Kapitulationsbedingungen verantwortlich war) Einladungen geschickt und eine baldige Präliminarkonferenz vorgeschlagen,

die einen Vertragsentwurf ausarbeiten sollte. Dieser Vorschlag war bei Russen und Nationalchinesen auf hartnäckigen Widerstand gestossen; es war klar, dass vorläufig nichts daraus werden würde. Aber wir hatten uns einen Moment lang ganz dicht an einer Situation befunden, in der wir verpflichtet gewesen wären, einen Vertrag abzuschliessen und dann vermutlich Japan zu evakuieren und sich selbst zu überlassen. Mit Erstaunen und Betroffenheit nahm ich von diesem Stand der Dinge im Sommer 1947 Kenntnis und versuchte, ihn zu dem übrigen, was ich über die Lage in Japan erfahren konnte, in Beziehung zu setzen. Wenn man die Abschirmung Japans gegen kommunistischen Druck als legitimes Anliegen der amerikanischen Regierung ansah, dann war es reiner Wahnsinn, Japan unter den augenblicklichen Umständen sich selbst zu überlassen. Das Land war völlig entwaffnet und entmilitarisiert worden. Da es Südsachalin und die Kurilen an die Sowjetunion abgetreten hatte und die Russen Nordkorea besetzt hielten, war es jetzt zur Hälfte von sowjetischen Militärstützpunkten umgeben. Aber das Besatzungsregime hatte keinerlei Vorsorge für eine künftige Verteidigung getroffen; noch konnten wir entdecken, dass irgendjemand in unserer oder einer der alliierten Regierungen bei der Planung des Friedensvertrags einen Gedanken darauf verwandt hätte, was in dieser Hinsicht nach Abschluss des Vertrages zu geschehen habe. Auch Japans zentraler Polizeiapparat war zerschlagen. Japan hatte kein Mittel für die Bekämpfung der kommunistischen Infiltration und des politischen Drucks, die schon während der Besatzung kräftig spürbar gewesen waren und bestimmt erheblich zunehmen würden, sowie die Besatzung beendet und die amerikanischen Truppen abgezogen wären. Angesichts dieser Lage machte die bisher von General MacArthurs Hauptquartier verfolgte Besatzungspolitik bei oberflächlicher Prüfung den Eindruck, als sei sie speziell zu dem Zweck entworfen worden, die japanische Gesellschaft für kommunistische Machenschaften anfällig zu machen und einer kommunistischen Machtübernahme den Weg zu bereiten.

Natürlich konnten wir unseres Urteils nicht sicher sein. Es war zu schwierig, auf den damaligen indirekten Wegen genaue und zufriedenstellende Informationen darüber zu beschaffen, was SCAP (wie MacArthurs Hauptquartier bürokratisch genannt wurde) tatsächlich getan *hatte* und was es *tat*. Aber das war der Eindruck, den das verfügbare Material vermittelte; und es schien uns, als wären unsere Leute mit ihrem Vorschlag,

Friedensverhandlungen einzuleiten, ziemlich dicht am Abgrund vorbeigewandelt. Es war unverdientes Glück, dass die Russen und Chinesen die Teilnahme verweigert hatten. Der so herbeigeführte Stillstand gab uns Gelegenheit, die Lage zu überprüfen und unsere Japanpolitik neu zu überdenken. Der Planungsstab schien dafür die geeignete Stelle. Wir konnten ohnehin die Beschäftigung mit dem Thema nicht umgehen, wenn wir so etwas wie eine Gesamtschau der amerikanischen Politik zustande bringen wollten. Aber es war klar, dass wir für die Abfassung einer solchen Studie mehr Tatsachenmaterial brauchen würden, als uns auf dem Umweg über das Kriegsministerium zur Verfügung stand. Und es wäre kaum gehörig gewesen, Ideen über Japan zu erarbeiten und vorzulegen, ohne sich mit General MacArthur darüber ausgesprochen zu haben.

Diese Gedankengänge waren in einer vorläufigen Aufzeichnung enthalten, die ich General Marshall am 14. Oktober 1947 vorlegte und mit der ich die Gefahren eines vorschnellen Verzichts auf unsere Kontrolle über Japan seiner Beachtung empfahl. Ich wies jedoch darauf hin, dass beim jetzigen Stand der Dinge unsere Besetzung Japans immer weniger sinnvoll würde. Beibehaltung des Aufwandes nur zu dem Zweck, die vorhandenen Konzepte und Direktiven weiter anzuwenden, würde uns wahrscheinlich nie so weit bringen, dass wir über die Folgen eines Friedens Vertrags mit Japan beruhigt sein könnten. Bevor weitere Schritte in Richtung Friedensvertrag unternommen würden, sei es notwendig, diese Fragen mit General MacArthur persönlich gründlich zu erörtern und den Wert der SCAP-Direktiven sorgfältig zu überprüfen. Im Verlauf der folgenden Wochen war die Angelegenheit mehrfach Gegenstand von Unterredungen, die ich mit dem Minister führte. Als Resultat dieser Gespräche wurde beschlossen, dass ich sobald wie möglich nach Japan reisen sollte, um mich an Ort und Stelle umzusehen und Einzelfragen, die sich für unsere Politik ergeben könnten, mit General MacArthur direkt zu erörtern.

In den Wochen vor meiner Reise nach Japan Ende Februar 1948 verfasste ich für General Marshall zwei allgemein-interpretierende Aufzeichnungen über die weltpolitische Lage und ihre Wirkungen auf die amerikanische Politik. Es ist interessant, sie sich heute noch einmal ins Gedächtnis zu rufen, weil sie gut illustrieren, wie mindestens einer der an der Formulierung der amerikanischen Politik verantwortlich Beteiligten die Welt damals sah.

Die erste dieser Aufzeichnungen, die am 6. November 1947 vorgelegt wurde, behandelte die weltpolitische Lage. Zunächst stellte ich fest, dass die Eindämmung des kommunistischen Expansionsdrahgs bisher erfolgreich verlaufen sei. Die Ausweitung des sowjetischen politischen Herrschaftsbereichs sei zum Stillstand gebracht worden. Wenn das europäische Wiederaufbauprogramm wirksam weitergeführt würde, sei es mit dem politischen Vormarsch der Kommunisten in Europa wahrscheinlich zu Ende. Aber der amerikanische Anteil an der Verwirklichung des Programms habe die amerikanischen Mittel gefährlich stark beansprucht. Es wäre unklug, wenn wir uns weiter allein oder doch fast allein um die Eindämmung bemühten. Es sei notwendig, das Gleichgewicht wieder herzustellen, indem wir lokale Unabhängigkeitsbestrebungen unterstützten und die Last gleichmässiger verteilten.

Das Steckenbleiben des kommunistischen Vormarschs hatte meiner Ansicht nach die Kommunisten vor die Notwendigkeit gestellt, ihre Macht in Osteuropa zu konsolidieren. Sie würden sich daher bald gezwungen sehen, die Tschechoslowakei endgültig abzuriegeln. Solange es in Europa noch einen allgemeinen kommunistischen Machtzuwachs gegeben habe, sei es für die Russen interessant gewesen, den Tschechen eine gewisse äussere Freizügigkeit zu gestatten; aber jetzt könnten sie sich diesen Luxus nicht mehr leisten. Auf dem Wege über die Tschechoslowakei könnten allzu leicht wirklich demokratische Kräfte in Osteuropa eindringen. Es sei zu erwarten, dass «die demokratischen Institutionen dort fortgefegt und die kommunistische Macht gestärkt» werde. Wenn die Russen erst einmal entlang der Linie Lübeck-Triest eingegraben seien, würden sie sich dort wahrscheinlich «für eine Weile» durch reine Polizeimethoden an der Macht halten. Aber es würde nicht leicht sein. Es würde sogar im Verlauf der Zeit immer schwieriger für sie werden. Es sei unwahrscheinlich, dass sie hundert Millionen Menschen auf die Dauer niederhalten könnten.

Hinsichtlich Deutschlands würde den Russen vermutlich eine Verewigung der Teilung lieber sein als die Wiederherstellung einer Einheit, die sie nicht kontrollieren könnten. Wir würden uns deshalb darauf einrichten müssen, aus einem geteilten Deutschland das Beste zu machen. Aber das bedeute, dass wir Mittel und Wege suchen müssten, um den westlichen Teil Deutschlands in ein annehmbares Verhältnis zu den anderen westeuropäischen Ländern zu bringen.

Soviel über die erste Aufzeichnung. Ich mache besonders auf den Abschnitt über die Tschechoslowakei aufmerksam. Die Analyse erwies sich als richtig. Die Krise dort kam dreieinhalb Monate später und führte bekanntlich zur Aufgabe der letzten Reste von Demokratie und zur Errichtung einer unverfälschten kommunistischen Diktatur. Wie sich aus dem Gesagten ohne Weiteres ergibt, war diese Entwicklung in Wahrheit eine defensive – und von uns vorhergesehene – Reaktion auf den Erfolg des Marshallplans. Indessen blieben die Zusammenhänge der amerikanischen öffentlichen Meinung genauso undeutlich wie den Leuten in unserem Regierungsapparat. Der kommunistische Staatsstreich in der Tschechoslowakei wurde daher, als er kam, allgemein als neuer kommunistischer Erfolg gewertet – und sogar als Beweis für die Unzulänglichkeit der bisherigen Eindämmungsmethoden. Und wie ich in einem späteren Kapitel zeigen werde, wirkte sich das wiederum auf die Gründung der NATO aus und auf die allgemeine Militarisierung des Denkens über den Kalten Krieg, der das amtliche Washington in der weiteren Entwicklung anheimfiel.

Die zweite Aufzeichnung, eine ausführliche Analyse der Probleme der amerikanischen Politik in aller Welt, wurde am Tag vor meiner Abreise nach Japan dem Minister übergeben. Sie ist zu umfangreich, um hier zusammengefasst zu werden. Einige Einzelheiten verdienen jedoch Erwähnung.

Erstens, zum Thema unserer Beziehungen zur Sowjetunion: Falls es sich mit Hilfe des europäischen Wiederaufbauprogramms und anderer Massnahmen als möglich erweisen sollte, der kommunistischen Expansion in Europa auf die Dauer Halt zu gebieten, dann würden die Sowjetführer zum erstenmal seit der deutschen Kapitulation willens sein, mit uns wegen Deutschland und Europa wirklich ernsthaft ins Geschäft zu kommen. Das würde die amerikanische Staatskunst auf eine grosse Probe stellen. Wir hätten dann die Aufgabe, ihnen zu zeigen, dass es für sie von Vorteil wäre,

- a) ihren Druck auf Europa und den Mittleren Osten so weit abzuschwächen, dass wir einem beiderseitigen Truppenabzug aus Europa zustimmen könnten, und
- b) einer längeren Ruhepause in Europa zuzustimmen. Hierzu würde es irgendwann notwendig sein, mit den Sowjetführern direkt, geheim und informell zu verhandeln.

(Ich erwähne das letzte besonders, weil diese ziemlich dunkle Formulierung, damals noch unentdeckt, den Keim ernster

Meinungsverschiedenheiten barg, die sich binnen Kurzem zwischen mir und anderen Regierungsstellen einschliesslich des Nachfolgers von General Marshall und unserer führenden Militärs in Deutschland an der Frage entzündeten, wie der Erfolg des europäischen Wiederaufbauprogramms zu vertiefen und nutzbar zu machen sei.)

Ein erheblicher Teil der langen Abhandlung war der Gefahr einer weiteren sowjetischen Expansion im östlichen Mittelmeer und im Mittleren Osten gewidmet, die damals unmittelbar bevorzustehen schien. Der Erfolg unserer friedlichen Intervention in Griechenland war noch keineswegs gesichert. Die Gründung des Staates Israel (für den ich amerikanische Militärhilfe entschieden ablehnte) schien die Gefahr kommunistischer Infiltration in die arabischen Länder zu verstärken. In diesem Teil des Berichtes beschäftigte ich mich ziemlich ausführlich mit der Frage (einer damals hypothetischen, aber inzwischen mehr als einmal praktisch akut gewordenen Frage), wie wir uns verhalten sollten, falls die Kommunisten mit Aussicht auf Erfolg darangingen, durch politische Infiltration und Subversion, aber ohne den Einsatz sowjetischer Streitkräfte, sich weitere Gebiete anzueignen. Ich kam zu dem Ergebnis, dass es in einem solchen Fall für uns nicht ratsam sein würde, unsere eigenen Streitkräfte zur Wiederherstellung der Lage in den Kampf zu schicken. «Der Einsatz regulärer amerikanischer Truppen», schrieb ich,

«zum Zweck der Bekämpfung von Aktionen einheimischer kommunistischer Elemente anderer Länder muss ganz allgemein als riskantes und unprofitables Unternehmen gelten, das geeignet ist, mehr Schaden als Nutzen zu stiften.»

In einer solchen Situation könnten wir kaum mehr tun, fand ich, als in der betreffenden Weltgegend den Aufmarsch regulärer friedensmässiger Streitkräfte soweit wie möglich zu verstärken, um den Russen so vor Augen zu führen, dass ihre Machtausweitung durch Infiltration und Subversion nur den Ausbau unserer eigenen militärischen Positionen in den Nachbargebieten bewirken könnte, wohingegen ein Nachlassen kommunistischer Aktivität unter Umständen die Vorbedingung für einen Abzug des amerikanischen Militärs schaffen würde. (Mein Gedanke war, für den Fall, dass den Kommunisten die Machtübernahme etwa in Griechenland gelänge, mit Einverständnis unserer Verbündeten Stützpunkte in anderen Mittelmeerländern zu errichten.)

Bei der Betrachtung des Fernen Ostens schien es mir, als ob wir dort erheblich überengagiert seien. Die Dinge standen schlecht, und wir konnten wenig daran ändern. Wir würden grosse Zurückhaltung üben müssen. Unsere Mittel der Beeinflussung waren naturgemäss vor allem militärischer und wirtschaftlicher Art. Japan und die Philippinen würden zu gegebener Zeit die Eckpfeiler eines pazifischen Sicherheitssystems bilden, das für den Schutz unserer Interessen genügte. Wenn wir diese beiden Inselgruppen in der Weise kontrollieren könnten, dass wir für ihr Verbleiben in den Händen unserer Freunde sorgten, dann konnte es zu unsern Lebzeiten keine ernsthafte Bedrohung unserer Sicherheit von Osten her geben. Wir sollten daher

1. ungesunde Verpflichtungen in China aufgeben und der dortigen Entwicklung gegenüber wieder grössere Distanz und Aktionsfreiheit gewinnen;
2. für Japan eine Politik entwickeln, die das Land sowohl vor der Zersetzung und Beherrschung durch den Kommunismus als auch vor einem militärischen Angriff durch die Sowjetunion sichern und der japanischen Wirtschaft ermöglichen würde, in den Affären der fernöstlichen Welt wieder eine wichtige und dem Frieden und der Stabilität förderliche Rolle zu spielen;
3. den Philippinen Unabhängigkeit gewähren, aber so, dass der Archipel als Bollwerk amerikanischer Sicherheit im pazifischen Raum erhalten bliebe.

Wie ersichtlich, enthält dies Exposé keinerlei Andeutung darüber, dass wir um unserer nationalen Sicherheit willen irgendeinen militärischen Stützpunkt auf dem asiatischen Festland brauchten.

Am Tag nach der Ablieferung der zweiten Aufzeichnung – ich glaube, es war am 26. Februar – trat ich die Reise nach Japan an. Meine Aufgabe verlangte sehr viel Takt. Die Beziehungen zwischen General Marshall und General MacArthur waren nicht eng und, wie ich spürte, nicht herzlich. Wahrscheinlich waren sie bei dem erbitterten Tauziehen zwischen dem pazifischen und dem europäischen Kriegsschauplatz um den Nachschub zerrieben worden, bei dem General Marshall dank seiner Position in der Mitte gestanden hatte. General Marshall schien sich nur ungerne persönlich an dem Versuch zu beteiligen, mit General MacArthur Ansichten auszutauschen. General MacArthur

seinerseits hatte, wie wir aus Dutzenden von Beispielen wussten, ein heftiges Vorurteil gegen das State Department, wies empört jeden seiner Versuche zurück, sich in die Besatzungspolitik in Japan einzumischen, und würde die Ankunft eines seiner hohen Beamten sicher sofort als einen solchen Versuch betrachten. Die Verbindung zwischen den beiden Behörden – dem Ministerium und SCAP – war so spärlich und so mit Misstrauen durchsetzt gewesen, dass meine Mission mit nichts eher zu vergleichen war als mit dem Auftrag, zu einer feindseligen und argwöhnischen fremden Regierung Verbindung aufzunehmen, um die Herstellung diplomatischer Beziehungen zu vereinbaren. Und bei der Erfüllung dieser Mission war ich in Anbetracht der Abneigung General Marshalls, sich hineinzumischen, und der unverhohlenen Zweifel der Fernostabteilung des Ministeriums an den Chancen eines solchen Unternehmens ganz auf mich allein angewiesen.

Das Kriegsministerium hatte ich in Verdacht, wegen meines Vorhabens zu gleichen Teilen besorgt und gespannt zu sein. Auch dort hatten einige Leute die Notwendigkeit eingesehen, die alten Vorstellungen und Direktiven, nach denen wir in Japan arbeiteten, zu revidieren; aber vor MacArthur hatten sie noch mehr Angst als selbst die Leute im State Department, und ich bin überzeugt, dass sie sich die Lippen leckten bei der Idee, dass ein ziviler David sich zu einer Begegnung mit diesem militärischen Goliath rüstete. In der Erkenntnis, dass ihre eigenen Interessen mitbetroffen waren, stellten sie mir einen militärischen Begleiter, der sie informieren sollte. Glücklicherweise erwies sich dieser als ein besonders tüchtiger, intelligenter und vernünftiger Offizier: General Cortlandt Van Rensselaer Schuyler, der später Oberbefehlshaber von SHAPE wurde. Ich hätte mir keinen angenehmeren Reisegefährten denken können, und ich vermute, dass er mir in seiner ruhigen, taktvollen Art hinter den Kulissen erheblich bei der Erfüllung meiner Aufgabe geholfen hat.

Auch das State Department versah mich mit einem sympathischen Reisegefährten und tüchtigen Gehilfen in Gestalt von Mr. Marshall Green, einem Beamten des Auswärtigen Dienstes (und viele Jahre später unserem Botschafter in Indonesien), der persönlicher Referent von Botschafter Joseph Grew in Tokio gewesen war und jetzt zur Fernostabteilung gehörte. Seine ausgezeichnete Kenntnis japanischer Angelegenheiten und sein taktvolles Wirken unter den mittleren Rängen von SCAP waren für mich von unschätzbarem Wert.

General MacArthur war über meinen bevorstehenden Besuch natürlich im Voraus unterrichtet worden. Er lehnte es nicht ab, mich zu empfangen, aber wie ich später hörte, hatte er auf die Nachricht von meinem Kommen grimmig erwidert: «Den lass ich informieren, bis es ihm zu den Ohren rausläuft.»

Unter solchen nicht eben verheissungsvollen Vorzeichen flogen General Schuyler und ich am 29. Februar 1948 von Seattle ab. Nach einer Zwischenlandung in Anchorage und einer zweiten, schrecklichen, zum Zweck des Auftankens vorgenommenen Zwischenlandung bei Nacht und Sturm auf dem handtuchgrossen Rollfeld der winzigen Insel Shemya im Nordpazifik, vierzehnhundert Meilen jenseits von Nirgends, erreichten wir etwa dreissig Stunden später, um vier Uhr früh an einem Sonntag, im Schneesturm Tokio. Wieder einmal hatte auf den letzten zweitausend Meilen ab Shemya die Flugzeugheizung versagt, und so kamen wir nicht nur erschöpft, sondern auch völlig durchgefroren an.

Nach der Ankunft im Hotel Imperial versuchte ich zu schlafen; aber immer wieder riefen im Lauf des Vormittags Korrespondenten und andere Leute an, und es wurde nichts daraus. Obwohl General Schuyler und ich nun schon beinahe achtundvierzig Stunden nicht geschlafen hatten, begaben wir uns um ein Uhr zum Lunch in General MacArthurs Residenz.

Der General, in Gesellschaft von Mrs. MacArthur, empfing uns zuvorkommend. Soweit ich mich erinnere, kam nur noch einer seiner Adjutanten zum Lunch. Schuyler sass an der einen Seite des Generals, ich an der anderen. Als das Essen dem Ende zuzuging, wendete der General mir den Rücken zu und begann, ausschliesslich an Schuyler gewandt und mit ausgestrecktem Zeigefinger zur Bekräftigung auf den Tisch klopfend, einen Monolog, der annähernd zwei Stunden gedauert haben muss. Von Müdigkeit überwältigt sass ich bewegungslos in meiner bescheidenen Ecke. Da ich keine Notizen machen konnte, ist mir die detaillierte Wiedergabe seines Diskurses nicht möglich. Er hörte sich aber so an wie etwas, das er Besuchern schon öfter erzählt hatte. Ich weiss noch, dass er Cäsars Militärregierung in Gallien als das einzige andere Beispiel einer konstruktiven Besatzungspolitik erwähnte. Im Übrigen dürsteten die Japaner nach Anleitung und Ideen; sein Ziel sei es, ihnen Demokratie und Christentum zu bringen. Sie hätten jetzt die Freiheit gekostet; sie würden niemals zur Sklaverei zurückkehren. Die Kommunisten seien für Japan keine Bedrohung. Vor einem Jahr

hätten wir einen Friedensvertrag haben können. Die Russen und die Chinesen würden damals eifrig danach gegriffen haben, um uns auf diese Art aus Japan herauszubekommen. Jetzt, meinte er, sei es schon schwerer.

Nach Beendigung des Vortrags wurden wir höflich mit der Zusage entlassen, dass das Hauptquartier zu unserer Unterrichtung geeignete Lageberichte zusammenstellen werde.

Am nächsten Tage hörte ich die ersten dieser Lageberichte. Sie waren ganz nützlich, aber nicht besonders aufschlussreich. Sie bestanden aus der Sorte von Hintergrundmaterial, das man zur vertraulichen Information wohl auch an die Presse gegeben hätte. Der Inhalt war Green und mir grösstenteils bekannt. Kurz, sie waren, obwohl interessant, bei Weitem nicht das, was ich suchte.

Da ich merkte, dass ich ohne zusätzliche eigene Anstrengung ganz einfach auf diese Weise abgespeist werden würde, setzte ich mich am zweiten Abend in meinem Hotelzimmer hin und schrieb General MacArthur einen Brief, in dem ich ihm für die Lageberichte meinen Dank aussprach, ihn aber zugleich darauf aufmerksam machte, dass ich Fragen von einiger Wichtigkeit hätte, die ich beauftragt sei mit ihm persönlich zu erörtern, und dass man von mir erwarte, dass ich seine Ansichten darüber vor meiner Rückreise in einem persönlichen Gespräch einhole. Ich bäte ihn deshalb, mich zu empfangen, sobald es ihm möglich sei.

Nach einem weiteren Tag mit Lageberichten suchte mich am Abend General Charles A. Willoughby in meinem Hotelzimmer auf, der als MacArthurs «G-2» einer seiner ranghöchsten Gehilfen und Ratgeber war. Wir verbrachten einen angenehmen Abend und fanden viel Gesprächsstoff. Er interessierte sich für die Sowjetunion, für die Fortschritte des russischen Wiederaufbaus und für die Nachkriegsentwicklung der russischen Aussenpolitik. Er fragte mich, ob ich am nächsten Tage vor einer Gruppe höherer Offiziere von SCAP sprechen würde.

Das tat ich sehr gerne. Ich hatte die Entwicklung in der Sowjetunion in den letzten Jahren sehr viel genauer verfolgt als irgendeiner von ihnen, und ich glaube, dass ich ihnen einiges Wissenswerte sagen und ein paar ihrer Ideen zurechtrücken konnte. General MacArthur schien nicht anwesend zu sein; dennoch hatte ich später den Eindruck, dass er über das, was ich gesagt hatte, auf die eine oder andere Weise ausgezeichnet informiert war. Vielleicht beseitigte der Vortrag zusammen mit

General Willoughbys Bericht über unsere Unterhaltung einen Teil seiner Zweifel an dem Zweck meiner Mission und an den Gründen für mein Interesse an der Besatzungspolitik.

Jedenfalls wurde ich einen oder zwei Tage später von General MacArthur allein zu einer langen abendlichen Aussprache empfangen. Wir erörterten ohne Ausnahme alle wesentlichen Probleme der Besatzungspolitik und auch die Differenzen mit unseren früheren Verbündeten über Fragen der Besatzung und des Friedens Vertrags.

Er sprach sehr freimütig und ermunterte mich, dasselbe zu tun. Ich sah, dass er sich der Gefahren, die wir bemerkt hatten, zum Teil durchaus bewusst war und dass er es für genauso wichtig hielt wie wir selbst, die Besatzungspolitik teils umzustellen, teils zu modifizieren. Dabei beunruhigte ihn besonders der Widerstand, auf den solche Änderungsvorschläge bei unseren in der Fernostkommission vertretenen Verbündeten sicher treffen würden. Speziell zu diesem Thema hatte ich jedoch ein paar Ideen, die ihm neu waren und die er anscheinend für geeignet hielt, die Hindernisse zu beseitigen, die er vorhersah. Ich konnte ihn darauf aufmerksam machen, dass das Recht der Fernostkommission, sich beratend einzuschalten, doch ausschliesslich auf seine Verantwortlichkeit für die Erfüllung oder Durchsetzung der japanischen Kapitulationsbedingungen bezogen sei. Diese wiederum seien aus der Potsdamer Erklärung hergeleitet. Die Potsdamer Erklärung schliesslich habe aber nur die Entmilitarisierung Japans und den japanischen Verzicht auf die Verwaltung gewisser Gebiete vorhergesehen. Diese Bedingungen seien inzwischen erfüllt. Es liesse sich daher sagen, dass der Teil seiner Aufgabe, der sich aus den Kapitulationsbedingungen ergeben habe und hinsichtlich dessen die Fernostkommission berechtigt gewesen sei, ihn zu beraten, vollständig gelöst sei. Die in der Besatzungspolitik neuerdings erforderlichen Änderungen dienten einem anderen Ziel – nämlich der wirtschaftlichen Gesundung Japans und der Wiederherstellung seiner Eigenschaft als stabilisierendes Element im Fernen Osten –, das sich nicht etwa aus den Kapitulationsbedingungen ergeben habe, sondern allein wegen der Verzögerung der Friedens Verhandlungen notwendig geworden sei. Über die Art und Weise, wie dieses ursprünglich nicht vorhergesehene Ziel zu erreichen sei, gebe es keine internationalen Abmachungen. Unter den Umständen müsse die Regierung der Vereinigten Staaten und damit er selbst als ihr Befehlshaber in Japan nach eigenem Ermessen

vorgehen. Und ich könne somit keine Notwendigkeit erkennen, die Fernostkommission zu konsultieren oder sich durch Meinungen gebunden zu fühlen, die sie in früheren Zeiten im Hinblick auf die Erfüllung der Kapitulationsbedingungen geäußert habe. Solange nichts geschehe, was die in der Potsdamer Erklärung und in der Kapitulationsurkunde vorgesehenen Massnahmen sabotiere, könnten die Alliierten keine Einwände erheben. Meine These schien dem General mächtig zu gefallen; er schlug sich vor Begeisterung sogar auf die Schenkel; und als wir Abschied nahmen, da hatten wir, glaube ich, beide das Gefühl, uns gefunden zu haben.

Von diesem Augenblick an lief alles wie am Schnürchen. Zusätzlich zur Entgegennahme der Lageberichte im Tokioer Hauptquartier besuchten Green und ich ein paar ausserhalb liegende grössere Besatzungszentren. Freundlicherweise stellte man uns zu diesem Zweck einen eigenen Eisenbahnwagen zur Verfügung, und soweit ich sehen konnte, geschah alles, um uns mit jeder gewünschten Information zu versehen.

Das Bild, das sich aus diesem Studium der Lage Japans ergab, bestätigte rundum die Befürchtungen, die unser erster Einblick in die Materie im vergangenen Herbst geweckt hatte. Japan war damals in keiner Weise fähig, die Verantwortung zu tragen, die der Abschluss eines Friedensvertrages ihm-zusammen mit der Unabhängigkeit bescheren würde.

Zunächst einmal war richtig, dass für Japans Verteidigung keine vernünftigen Vorkehrungen getroffen waren. SC AP verfügte damals in Japan insgesamt über etwa 87'000 Mann Militärpersonal. Die meisten davon waren im Innendienst beschäftigt. Für einen bewaffneten Einsatz hätte man aus ihnen höchstens eine oder zwei Kampfgruppen zusammenstellen können. Die Japaner waren natürlich vollkommen entwaffnet, und niemand dachte daran, das rückgängig zu machen.

Unser Besatzungsapparat lastete schwer auf dem Land und entzog ihm einen guten Teil von dem, was es für seine wirtschaftliche Gesundung brauchte. Zusätzlich zum Militärpersonal beschäftigten wir dort noch über 3'500 Zivilangestellte. Das Dienstpersonal, das die Japaner für ihre amerikanischen Besatzer stellen und für das sie die gesamten Kosten tragen mussten, ging in die Hunderttausende und schloss Zehntausende von Dienstboten ein. Zur Zeit unseres Besuchs war die japanische Regierung gerade dabei, auf eigene Kosten etwa 17'000 neue Wohnungseinheiten für die amerikanischen Besatzungstruppen zu

errichten, und das zu einer Zeit, in der Millionen ihrer eigenen ausgebombten Grossstädter auf eine Wohnung warteten.

Die Besatzungskosten verschlangen annähernd ein Drittel des japanischen Budgets. Der aufgeschwemmte Besatzungsapparat war in vieler Hinsicht parasitär; und bedauerlicherweise gehörte zu den vielen Zwecken, für die man einen japanischen Beitrag verlangte, manchmal auch die persönliche Bereicherung von Besatzungsangehörigen.

Unter derartigen Belastungen wäre es den Japanern selbst im günstigsten Falle schwergefallen, sich auf die Unabhängigkeit vorzubereiten. Aber es kam noch hinzu, dass die Reformen, die SCAP durchgeführt hatte, und die Art, wie es sie durchgeführt hatte, gerade zur damaligen Zeit im Leben der Japaner zu einem starken Unsicherheitsfaktor geworden waren.

Die Bodenreform, an sich fortschrittlich und begrüssenswert, hatte etwa ein Drittel des bestellbaren Bodens erfasst, der grösstenteils von der japanischen Regierung zum Zweck der Neuverteilung angekauft worden war. Bisher war indessen nur etwa ein Siebtel des angekauften Landes weiterverkauft worden. Das Ergebnis war grosse Verwirrung und Unsicherheit in Bezug auf die Besitzverhältnisse in der Landwirtschaft.

Ähnlich lagen die Dinge in der Industrie. Mit überwältigender Begeisterung hatte SCAP sich auf die kartellfeindlichen Ideen gestürzt, die schon der Kartellabteilung des Justizministeriums in Washington so loblich erschienen waren. Rund zweihundertundsechzig japanische Firmen einschliesslich einiger riesiger Industriekonzerne waren als «übermässige Konzentration wirtschaftlicher Macht» klassifiziert worden. Auch ihre Anteilscheine waren auf Geheiss von SCAP grossenteils von der japanischen Regierung übernommen worden und warteten theoretisch darauf, wiederverkauft zu werden – es blieb unklar, an wen. Mittlerweile lebten die Firmen in einem Zustand der Ungewissheit, der die Initiative und das Selbstvertrauen ihrer Manager naturgemäss spürbar hemmte. Die ideologischen Voraussetzungen dieser Massnahmen ähnelten so stark den sowjetischen Ansichten über die Übel «kapitalistischer Monopole», dass die Massnahmen selbst von jemand, der an der künftigen Bolschewisierung Japans interessiert war, nur als ausserordentlich erfreulich empfunden werden konnten. Welchen Nutzen sie für den japanischen Wiederaufbau haben sollten, war dagegen weniger deutlich.

Am bedenklichsten schienen mir jedoch die Wirkungen der

pauschalen «Säuberung» in Regierungskreisen, im Erziehungswesen und in der Geschäftswelt, die jeden treffen konnte, den man verdächtigte, militaristische Sympathien gehabt oder früher einmal japanische Aggressionen unterstützt zu haben. Hier war SC AP in einem Umfang und mit einer derart dogmatischen, unpersönlichen Rachsucht tätig geworden, dass es dafür ausserhalb totalitärer Länder wenig Beispiele gab. Zur Zeit unseres Besuchs waren bereits siebenhunderttausend Personen von irgendwelchen Verfahren erfasst worden. Allein im Erziehungswesen waren von einer halben Million Lehrer etwa hundertzwanzigtausend entweder «gesäubert» worden oder freiwillig ausgeschieden, um der Säuberung zu entgehen. Ein Ende war nicht abzusehen. SCAP hatte befohlen, dass alle neu eingestellten Regierungsbediensteten unter seiner Aufsicht zu überprüfen seien; demnach schien es, als sollten diese Verfahren endlos weitergehen. Zudem war die ganze Aktion völlig unübersichtlich geworden; man hatte Befehle, Verfügungen und Dienststellen in schrecklicher Vielzahl immer eins über das andere getürrt. «Für einen Durchschnittsjapaner», so schrieb ich später in meinem Bericht an die Regierung,

« . . . muss die Säuberung ein Buch mit sieben Siegeln sein. Ich möchte sogar bezweifeln, dass es bei SCAP selbst viele Leute gibt, die über ihre Geschichte, ihren Umfang, ihre Massstäbe und ihren Zweck Bescheid wissen.»

In dem Durcheinander von Verordnungen, Direktiven und Programmen war der psychologische Effekt vollkommen untergegangen. Die undifferenzierte Säuberung ganzer Berufsgruppen hatte eine widerwärtige Ähnlichkeit mit totalitären Praktiken und stand im Widerspruch zu dem Grundrechtskatalog der neuen Verfassung, die wir selber den Japanern aufgezwungen hatten. Sie hatte zur Folge, dass viele Menschen vom bürgerlichen Leben ausgeschlossen wurden, die nach vernünftigen Massstäben niemals zu Exponenten des Militarismus gestempelt worden wären, da ihr einziges Verbrechen darin bestand, dass sie im Kriege ihrem Land getreulich gedient hatten. Wichtige Teile der japanischen Gesellschaft waren in die Illegalität getrieben worden. Man hatte einen Druck angestaut, der sehr gefährlich werden konnte.

Besonders bemerkenswert und unglücklich war die Regelmässigkeit, mit der die Säuberung Personen zu treffen schien,

die vor dem Krieg wegen ihrer amerikafreundlichen Einstellung bekannt gewesen waren. Es schien, als sei Amerikafreundlichkeit vor allem bei Japanern der Oberschicht verdächtig. Auch hier hatte die Politik von SCAP das Leben der Japaner in Aufruhr und Verwirrung versetzt und mindestens vorübergehend ein erhebliches Mass an Unstabilität geschaffen.

Die wirtschaftliche Erholung wurde inzwischen auch durch Reparationsleistungen an verschiedene Verbündete – China, die Philippinen und so weiter – gestört. Es handelte sich dabei vor allem um bisher in Japan verwendete Industrieausrüstungen. Nicht nur schadeten diese Lieferungen der japanischen Wirtschaft, sie trugen gleichzeitig sehr wenig zur Förderung irgendeiner anderen Volkswirtschaft bei. Wie man uns erzählte, verrotteten die Ausrüstungen in Massen auf den Kais von Shanghai und anderen fernöstlichen Häfen.

Es war klar, dass diese Verhältnisse die Bevölkerung nach einem plötzlichen Abzug der Besatzungstruppen sehr anfällig für kommunistische Manöver machen würden. Dennoch war nichts unternommen worden, um die Japaner wenigstens einigermassen instand zu setzen, für ihre innere Sicherheit selber zu sorgen. Die einzigen Polizeieinheiten, die einer zentralen Befehlsstelle unterstanden, waren etwa dreissigtausend Mann ländlicher Polizei. Die städtischen Polizeikräfte, etwa siebenundsiebzigtausend an der Zahl, waren der jeweiligen Lokal Verwaltung unterstellt, und es gab keine Vorkehrungen, um sie gegebenenfalls, etwa bei einer Gefährdung der inneren Sicherheit, untereinander oder mit der Zentrale zu koordinieren; aber gerade hier in den Städten würde das Problem der kommunistischen Aktivität am ehesten akut werden. Die Polizei war, von wenigen Ausnahmen abgesehen, nur mit Pistolen bewaffnet, und davon kam auf vier Mann noch nicht einmal eine. Es gab keine Spionageabwehr. Obwohl Japan ein Inselland ist, war keine Wasserschutzpolizei geschaffen worden. Und natürlich gab es keine japanischen Truppen, die die Polizei im Notfall hätten verstärken können. Unter dem Gesichtspunkt eines kommunistischen Staatsstreichs war ein günstigeres und einladenderes Arrangement schwer vorstellbar. Die japanischen Kommunisten übrigens hatten für ihre politische Betätigung freie Bahn, und sie vermehrten sich schnell.

Man hörte damals oft die Vermutung, dass diese merkwürdigen Zustände teilweise auf eine kommunistische Durchsetzung des Hauptquartiers zurückzuführen seien. General MacArthur

kannte diese Vorwürfe. Wir hatten sie sogar bei unseren Gesprächen erwähnt. Wenn ich ihn richtig verstanden habe, hielt er es nicht für ausgeschlossen, dass unter den Tausenden von Personen, die zu SCAP gehörten, auch Parteimitglieder seien – im Gegenteil, er unterstellte es. «Wir haben wahrscheinlich einige. Das Kriegsministerium hat welche. Ebenso das State Department. Es ist nicht sehr wichtig.» So ähnlich äusserte er sich wohl. Er glaubte nicht, dass das bisschen Einfluss, das sie ausüben könnten, Anlass zur Sorge sei.

Ob und inwieweit die Politik von SCAP auf der unteren Ebene kommunistisch beeinflusst war, kann ich nicht beurteilen. Wenn es danach ginge, in welchem Mass die Tätigkeit von Regierungsbehörden kommunistische Bestrebungen zu begünstigen oder mit ihnen übereinzustimmen scheint (ich selbst könnte mir keine ungeeignere Methode der Urteilsfindung denken, aber in Washington wurde sie hin und wieder benutzt), dann wäre das SCAP-Hauptquartier um ein Vielfaches verdächtiger gewesen als das State Department. Seine Angehörigen konnten später dankbar sein, dass ihr Chef ein hoher Offizier und kein Zivilist gewesen war; andernfalls wäre ihnen in der Glanzzeit des verstorbenen Senators Joseph McCarthy vom Kongress mit Sicherheit übel mitgespielt worden. Gerade die Immunität, die SCAP gegenüber Anklagen dieser Art genoss, regt übrigens zu interessanten Spekulationen über die Beweggründe der amtlichen Hexenverfolgung an, die etwa um diese Zeit begann.

In Washington legte ich nach meiner Rückkehr dem Minister einen Bericht vor, der viel detaillierter, als ich es hier getan habe, die Lage in Japan schilderte und eine Reihe von Empfehlungen für die künftige amerikanische Politik enthielt.

Ich empfahl, die Kontrolle zu lockern, die SCAP über die japanische Regierung ausübte. Die Japaner sollten ermutigt werden, Eigenverantwortung zu entwickeln. Es sollte keine weitere Reformgesetzgebung durchgedrückt werden. Das Schwergewicht sollte von der Reform auf den wirtschaftlichen Wiederaufbau verlagert werden. Die Säuberungen sollten nachlassen, auslaufen und möglichst bald aufhören.

Die Besatzungskosten sollten nach Möglichkeit gesenkt werden. Wir sollten die Reparationen stoppen – ungeachtet des zu erwartenden Widerstands der anderen Mitglieder der Fernostkommission. Über Eigentumsansprüche sollte beschleunigt entschieden werden.

Mittlerweile sollten wir nicht auf einen Friedensvertrag

drängen. Vorrang sollte einstweilen die Aufgabe haben, das japanische öffentliche Leben auf die Unabhängigkeit vorzubereiten. Wenn die Zeit für Verhandlungen gekommen sei, sollte der Vertrag kurz und allgemein gehalten werden und keinen Strafcharakter tragen. (Das letzte stand im Gegensatz zu den langatmigen, legalistischen und weitgehend Strafcharakter tragenden Entwürfen, die bisher im State Department umgelaufen waren.) Bis zum Abschluss eines Vertrages sollten wir taktische Streitkräfte in Japan unterhalten; aber ihre Zahl und die aus ihrer Anwesenheit entstehende Belastung der japanischen Finanzen und der japanischen Wirtschaft sollten auf ein Minimum reduziert werden. Ob wir uns darauf einrichten sollten, auch nach Abschluss des Vertrages noch Streitkräfte, Stützpunkte und andere militärische Anlagen in Japan zu belassen, sollte einer späteren Entscheidung überlassen bleiben. Wir sollten uns indessen darüber klar sein, dass wir auf Okinawa noch lange bleiben würden, und dementsprechend die volle Verantwortung für die Wiederherstellung der wirtschaftlichen Stabilität und eines normalen politischen Lebens der einheimischen Bevölkerung übernehmen. (Wir hatten das bisher nicht getan, weil wir nicht wussten, wie lange wir dort bleiben würden.) Mittlerweile sollte die japanische Polizei verstärkt und neu ausgerüstet werden, und eine starke, schlagkräftige Küstenwache und Wasserschutzpolizei sollte sie ergänzen.

Der Minister leitete diese Empfehlungen der Fernabteilung zur Stellungnahme und Genehmigung zu. Die Abteilung billigte sie mit ein oder zwei kleinen Änderungen. Aber weil unsere militärischen Interessen so stark davon betroffen waren und ihre Durchführung in erster Linie Aufgabe der Militärbehörden war, mussten sie auch dem Nationalen Verteidigungsrat (National Security Council) vorgelegt werden, in dem die Wehrmachtteile eine mächtige Stimme hatten, und damit zugleich die Zustimmung des Präsidenten erhalten. Das brauchte Zeit. Nicht alle Empfehlungen waren allen zuständigen militärischen Stellen genehm. Einige der Empfehlungen griffen nicht nur in die bestehende militärische Praxis ein, sondern sogar in geheiligte persönliche Privilegien und Annehmlichkeiten. Nichtsdestotrotz wurden sie nach einigem Zögern vom Verteidigungsrat praktisch vollständig gebilligt und dadurch mit Zustimmung des Präsidenten zur Grundlage für die Weisungen, die Ende 1948 bis Anfang 1949 von den Ministerien der einzelnen Wehrmachtteile an das Besatzungshauptquartier in Tokio gingen.

Wie, in welchen Etappen und in welchem Umfang diese Weisungen schliesslich von SC AP verwirklicht wurden, vermag ich nicht zu sagen. Ich halte es für wahrscheinlich, dass General MacArthur, der weitgehend mit ihnen übereinstimmte und über den Stand der Beratungen immer gut unterrichtet worden war, sie vermittels seiner grossen Vollmachten in vielen Punkten vorwegnahm. Teilweise wurden sie vermutlich schon durchgeführt, bevor Washington noch mit dem Überlegen fertig war. Andererseits hatte General MacArthur für den Fall, dass er mit gewissen Einzelheiten nicht einverstanden war, Mittel genug, um ihre Ausführung zu verzögern oder sogar zu verhindern. Wahrscheinlich aus diesen Gründen wirkten die neuen Massnahmen sich in Japan ganz allmählich und für viele fast nicht wahrnehmbar aus. Mr. Sebald erwähnt in seinen Memoiren⁹⁶ nichts, was darauf hindeutet, dass er je von den Weisungen gehört hätte, obwohl er einige im Jahre 1949 vorgenommene Änderungen aufführt, die auf sie zurückgehen. Auch die Memoiren von General Willoughby⁹⁷ lassen nicht erkennen, dass er von diesen Dingen wusste. Manchmal hat man das Gefühl, dass Washington nicht allzuoft im Blickfeld dieses sehr selbstherrlichen Oberkommandos lag.

Dennoch waren mein Besuch, die Unterredung mit General MacArthur und die schliesslich aus Washington ergangenen Direktiven in ihrer Gesamtheit ein wesentlicher Beitrag zu den Änderungen der Besatzungspolitik, die Ende 1948 und 1949 erfolgten; und ich sehe meinen Anteil an diesen Änderungen als den nächst dem Marshallplan bedeutsamsten konstruktiven Beitrag an, den ich als Beamter der Regierung zu leisten vermochte. Bei keiner anderen Gelegenheit erarbeitete ich Empfehlungen von solchem Umfang und solchem Gewicht, und bei keiner anderen Gelegenheit wurden meine Empfehlungen so weitgehend, ja fast vollständig, befolgt.

Als ich 1948 empfahl, noch nicht zu entscheiden, ob nach Abschluss eines Friedensvertrags amerikanische Streitkräfte weiter in Japan stationiert bleiben sollten, da war es meine Hoffnung (die General MacArthur, wie ich glaube, damals teilte), dass wir irgendwann doch noch zu einer allgemeinen Verständigung mit den Russen über die Sicherheit im nordwestpazifischen Raum kämen, die die Truppen überflüssig machen würde. Wie auch im Falle Europas, hatte ich keine Angst vor einem direkten militärischen Angriff der Russen. Die grösste

⁹⁶ William Sebald, „With MacArthur in Japans New York, Norton, 1965.

⁹⁷ Charles A. Willoughby, MacArthur 1941-1951, New York, McGraw-Hill, 1954.

Gefahr für die Sicherheit Japans kam nach meiner Ansicht von den japanischen Kommunisten, ihren Intrigen, ihrer Wühlarbeit und ihrem Drängen nach der Macht. Nur wenn ein solcher Prozess schon sehr weit, eigentlich bis zu seiner Endphase, fortgeschritten gewesen wäre, hätten sowjetische Truppen möglicherweise eine zusätzliche Rolle übernommen. Was Japan am meisten benötigte, waren deshalb nicht ausländische Militärstützpunkte, sondern eine Stärkung seiner Fähigkeit, die innere Sicherheit zu erhalten. Sowie die innenpolitische Lage in Japan stabil wäre und das Land über einen angemessenen Polizeiapparat verfügte, insbesondere über eine tüchtige und schlagkräftige Wasserschutzpolizei, die eine Infiltration vom Festland her verhindern könnte, würden wir es uns leisten können, den Russen den Abzug unserer Streitkräfte von den japanischen Inseln (hinsichtlich Okinawas war ich nicht so sicher) gegen ein Abkommen anzubieten, das uns Garantien gegen die Bolschewisierung ganz Koreas gab. Es bestand natürlich keine Veranlassung, die Frage zu entscheiden, bevor wir in Friedensvertragsverhandlungen standen; im Gegenteil war es wichtig, dass alles offenblieb, damit wir ein Verhandlungsobjekt hätten, wenn die Zeit für ernsthafte internationale Gespräche kam.

Ob General Marshall dies Konzept gebilligt hätte, wenn er länger als bis Ende 1948 Aussenminister geblieben wäre, weiss ich nicht. Ich entsinne mich auch nicht, was unsere Regierung, oder jedenfalls Aussenminister Dean Acheson, im Spätsommer 1949 schliesslich dazu veranlasste, die Zeit für Bemühungen um den Abschluss eines Friedensvertrags für gekommen zu halten. In meinem Tagebuch finde ich unter dem 30. August 1949 folgende mehrdeutige Bemerkung:

«Es entbehrt nicht der Ironie, dass unser Hauptgrund für den Wunsch nach einem Friedensvertrag [mit Japan] zu diesem Termin der ist, dass er der einzige Weg zu sein scheint, die administrativen Schwierigkeiten innerhalb unserer eigenen Regierung zu beseitigen.»

Das lässt vermuten, dass das erneute Streben nach einem Friedensvertrag sich nicht aus der objektiven Lage ergab, sondern aus der Unfähigkeit der Regierung, den aufgeschwemmten Besatzungsapparat, mit dem die militärische Seite der Washingtoner Bürokratie eng verquickt war, als wirksames politisches Instrument einzusetzen.

Wie dem auch sei: Mr. Acheson und Mr. Bevin scheinen sich bei ihrem Washingtoner Treffen im September 1949 darüber einig geworden zu sein, dass es Zeit sei, sich erneut um den Abschluss eines Vertrages zu bemühen. Der Gedanke scheint damals auf den Widerstand der Militärs gestossen zu sein, die eine verständliche Abneigung dagegen hatten, die Annehmlichkeiten und Privilegien ihres Lebens in Japan aufzugeben. Im Laufe des Winters dann scheint man den Konflikt durch ein grundsätzliches Einvernehmen darüber gelöst zu haben, dass zwar im Vertrag selbst von der Beibehaltung der amerikanischen Stützpunkte in Japan nicht die Rede sein sollte, dass man ihn aber durch ein besonderes Abkommen mit der japanischen Regierung ergänzen würde, mit dem sie sanktioniert wäre; und wenn das den Russen nicht gefiele (und es würde ihnen sicher nicht gefallen), dann würde man Vertrag und Abkommen ohne sie schliessen.

Das wich natürlich grundlegend von meinen Vorstellungen über ein wünschenswertes Verfahren ab. Über die amerikanische militärische Präsenz in Japan war damit entschieden, bevor versucht worden war, sie in den Verhandlungen mit den Russen als Verhandlungsobjekt zu verwerten. Und wie ich gleich zeigen werde, bin ich der Meinung, dass das wahrscheinlich mitbestimmend für den sowjetischen Entschluss war, den Angriff in Korea auszulösen. Aber das amtliche Washington schien zu jener Zeit ganz besonders unzugänglich für Erwägungen von der Art, welche Wirkungen seine Politik wohl auf das Verhalten der Sowjets haben könnte – jenseits der ziemlich primitiven Frage, ob das, was wir unternahmen, wohl geeignet sei, die sowjetische Regierung von ihrer angeblichen Begeisterung für Militär-attacken in alle Himmelsrichtungen abzuschrecken oder nicht. Mir ist nicht bekannt, ob es irgendjemand in Washington ausser mir je in den Sinn gekommen ist, dass unser Entschluss, eine separate Friedensregelung mit Japan zu treffen, die zugleich die Stationierung amerikanischer Truppen in Japan auf unbestimmte Zeit vorsah, in Zusammenhang stehen könnte mit dem sowjetischen Entschluss, das Signal für den Bürgerkrieg in Korea zu geben.

Die Aushandlung des japanischen Friedensvertrags wurde in die fähigen Hände von Mr. John Foster Dulles gelegt – ich glaube, im Frühjahr 1950. Die Entscheidung, amerikanische Streitkräfte nach Abschluss des Vertrages auf unbestimmte Zeit in Japan zu lassen, war natürlich zu jener Zeit bereits

gefallen. Ob Mr. Dulles diese Entscheidung beeinflusst hat, weiss ich nicht. Jedenfalls machte er sie mit. Ich entsinne mich, dass er mich im Stadium der Einarbeitung in dies Problem einmal kurz konsultierte. Ich sagte ihm, dass ich ein Bedürfnis für amerikanische Stützpunkte in Japan für die Zeit nach Vertragsabschluss bisher nicht erkennen könne; ich meinte, man könne die Inseln gefahrlos durch internationale Vereinbarung entmilitarisiert lassen und neutralisieren, wenn man den Japanern nur eine genügend starke Polizei gäbe und wenn sie genügend innenpolitische Festigkeit und ökonomische Sicherheit erreichten, um mit ihren eigenen Kommunisten fertig zu werden. Offensichtlich befreundete er sich mit dieser Ansicht nicht mehr als Mr. Acheson.

Kurz danach brach der Koreakrieg aus. Der Schock, den das bei SCAP auslöste, und der Umfang, in dem wir im Verlauf der Kämpfe genötigt waren, unsere Heeres-, Luftwaffen- und Marineanlagen in Japan zur Abstützung der Kriegführung in Korea zu benutzen, bekehrte jeden, der noch nicht bekehrt war, zu der Ansicht, dass die amerikanische militärische Präsenz in Japan für die künftige Sicherheit dieses Raumes absolut lebenswichtig sei. Der Koreakrieg zerstörte, was je an entfernten Möglichkeiten für ein russisch-amerikanisches Übereinkommen über die Probleme dieser Region auf der Grundlage der Neutralisierung und Entmilitarisierung Japans bestanden haben mag. Was später in China geschah, macht es doppelt bedauerlich, dass eine solche Vereinbarung niemals zustande kam.

xvii. Das Nordatlantische Bündnis

In den beiden letzten Kapiteln hatte ich Gelegenheit, von einigen sofort sichtbaren Erfolgen meiner neuen Tätigkeit als aussenpolitischer Planer in Washington zu berichten. Nun hingegen obliegt mir die Beschreibung des ersten grösseren Unternehmens der amerikanischen Politik in General Marshalls Amtszeit, das zu beeinflussen mir versagt blieb und das von Anfang an in wesentlichen Punkten meinen Vorstellungen von dem, was wünschenswert war, zuwiderlief.

Im Winter 1947/1948, vor meiner Reise nach Japan, hatten verschiedene Ereignisse die Entwicklung in Westeuropa und unsere Beziehungen zu den westeuropäischen Ländern verändert – Ereignisse, die offiziell nicht in meine Zuständigkeit fielen und denen ich törichter- und kurzsichtigerweise zunächst auch keine besondere Bedeutung beimass. Die Londoner Konferenz der vier Aussenminister (vom 25. November bis zum 15. Dezember 1947) endete mit einem völligen Fehlschlag. Das war so sehr zu erwarten gewesen, dass es mich überhaupt nicht beeindruckte. Die Briten und Franzosen aber dachten anders darüber. Gleich nach den Weihnachtsfeiertagen begann die britische Regierung mit der Suche nach neuen Grundlagen für die britische Sicherheit, da es nunmehr eindeutig schien, dass die Vereinten Nationen nicht in der Lage sein würden, die Streitigkeiten und Meinungsverschiedenheiten des Kalten Krieges zu schlichten. Am 13. Januar wurde General Marshall vom britischen Aussenminister Ernest Bevin informiert, England beabsichtige, wegen der Aufnahme von Gesprächen über gemeinsame Verteidigungsprobleme an Frankreich und die Beneluxstaaten heranzutreten; er wollte wissen, wie wir dazu stünden. Unsere Antwort, die irgendwann zwischen dem 15. und 20. Januar hinausgegangen sein muss, war positiv. Ich kann mich nicht entsinnen, etwas damit zu tun gehabt zu haben, vermute jedoch stark, dass ihr Tenor durch die Ansichten von Mr. John Foster Dulles beeinflusst war, der als Aussenminister Marshalls Berater am Londoner Aussenministertreffen teilgenommen hatte – wohl im Interesse einer gemeinsamen Aussenpolitik⁹⁸. Die

⁹⁸ Das heisst – bei einer demokratischen Administration – als Vertreter der Republikaner (AdÜ).

französische Regierung war zur damaligen Zeit gerade schweren Belastungen durch kommunistisch inspirierte Streiks ausgesetzt und zeigte eine an Panik grenzende Besorgnis. Zudem war es in jenen Tagen der französischen Gemütsruhe nie förderlich, wenn sich hohe amerikanische Persönlichkeiten in London statt in Paris aufhielten. Vermutlich deshalb war Mr. Dulles im Einvernehmen mit Aussenminister Marshall am 4. Dezember nach Paris gefahren, um sich über die Lage zu informieren und die Franzosen zu beruhigen. Obwohl der Höhepunkt von Frankreichs innerer Krise bereits überschritten gewesen war, kehrte Mr. Dulles ganz erschüttert von seinen Erlebnissen und mit der Überzeugung zurück, dass die Franzosen dringend irgendeine politische Rückversicherung brauchten. Das Übergangshilfegesetz (erste Etappe des Marshallplans) war vom Kongress noch nicht verabschiedet. Das Hauptgesetz zum europäischen Wiederaufbauprogramm musste den gesetzgebenden Körperschaften erst noch vorgelegt werden. Nicht nur waren die Franzosen über ihre eigene innere Lage im Ungewissen; wie die Briten uns sagten, zögerten sie auch, sich an den im Marshallplan vorgesehenen Massnahmen für die Wiederbelebung der westdeutschen Wirtschaft zu beteiligen, ehe sie eine Garantie für Unterstützung und vor allem amerikanische Unterstützung gegen eine mögliche Wiederkehr der deutschen Militärmacht in Händen hätten. Mit den Worten von Mr. Dulles, die er ein Jahr später in seiner Aussage vor dem Senat gebrauchte: die Franzosen fühlten sich «nackt». Seiner Ansicht nach bedurften sie einer amerikanischen Zusicherung vor allem militärischer und politischer Art, wenn man wünschte, dass sie sich am europäischen Wiederaufbauprogramm mit Energie und Zuversicht beteiligten. General Marshall und der Präsident fanden das einleuchtend, teils wegen ihrer Hochachtung vor Mr. Dulles' Erfahrung und Urteilsvermögen, teils aber auch, weil General Marshall ganz unabhängig von ihm auf der Londoner Konferenz ähnliche Eindrücke gewonnen hatte.

Die amerikanische Antwort also war positiv; und am 22. Januar forderte Bevin vor dem Unterhaus in einer grossen Rede die Bildung einer «Westlichen Union», einer Union zwischen England, Frankreich und den Beneluxstaaten, die ebensowohl politische und militärische wie wirtschaftliche Bedeutung haben sollte. In Paris und in den Beneluxhauptstädten wurde der Vorschlag sofort lebhaft begrüsst; im Februar traf man Vorbereitungen für eine Konferenz, auf der nähere Einzelheiten beraten werden

sollten. Diese Konferenz, die Anfang März in Brüssel begann, führte am 16. März zur Unterzeichnung des Vertrages über die Errichtung der sogenannten Brüsseler Union.

Als ich am 26. Februar nach Japan flog, hatten die Brüsseler Gespräche noch nicht begonnen. Die britische Initiative und unsere Reaktion darauf waren mir bekannt. Die Besorgnisse der Europäer kamen mir etwas töricht vor; dies war, wie mir schien, nicht die Zeit, um über militärische Schutzvorkehrungen und Verteidigungsmassnahmen zu beraten. Sicher sollte man sie beruhigen; aber der Beruhigung eine Form zu geben, die ihr Befangensein in militärischen Denkvorstellungen noch bestärken musste, schien mir nicht ungefährlich. In der langen Analyse politischer Probleme, die ich Aussenminister Marshall am 24. Februar übergeben hatte – siehe xvi. Kapitel –, war ich der Auffassung gewesen, dass die britischen Bemühungen um Bildung einer Westlichen Union in der Tat unsere Unterstützung verdienten, dass wir dazu endgültig aber erst nach eingehender Prüfung Stellung nehmen könnten. In der Annahme, dass das ja wohl nicht übermässig dringlich sei und bis zu meiner Rückkehr Zeit habe, nahm ich leichten Herzens Abschied.

Genau am Tag meiner Abreise erreichte die tschechische Krise ihren Höhepunkt. Die Nachrichten über das Ereignis erreichten uns in den letzten Februar- und ersten Märztagen, während ich noch unterwegs nach Japan war, und lösten in der amerikanischen Presse und beim amerikanischen Publikum heftige Reaktionen aus. Verständlicherweise verstärkte es den Schock, als am 11. März bekannt wurde, dass Jan Masaryk, Aussenminister der Tschechoslowakischen Republik und Sohn des früheren Staatspräsidenten, unter mysteriösen Umständen – durch Mord oder Selbstmord – den Tod gefunden hatte. Masaryk war als Freund des Westens bekannt gewesen. Sein Tod veranschaulichte besser als alles andere die Bedeutung dessen, was dort geschehen war.

Von noch grösserer Wichtigkeit war wegen seines Einflusses auf das amtliche amerikanische Denken meiner Ansicht nach ein am 5. März aus Berlin eingegangenes Telegramm von General Lucius Clay. Viele Monate lang, so drahtete General Clay, sei er auf Grund logischer Deduktionen der Überzeugung gewesen, dass ein Krieg mit der Sowjetunion «auf mindestens zehn Jahre hinaus unwahrscheinlich» sei, aber

«... in den letzten Wochen habe ich in der sowjetischen Haltung einen subtilen Wandel verspürt, den ich nicht definieren kann, der mir aber neuerdings das Gefühl gibt, ein Krieg könne mit dramatischer Plötzlichkeit ausbrechen.»⁹⁹

Ich vermute stark, dass der von General Clays feinem Gespür registrierte Wandel in der spannungsgeladenen Berliner Atmosphäre tatsächlich der erste Hinweis auf russische Vorentscheidungen war, die schliesslich in der Berliner Blockade mündeten. Der Schluss drängt sich auf, dass bessere Russlandkenntnis ihn vor dem Interpretationsirrtum in seinem Bericht bewahrt und dass das State Department zusammen mit dem übrigen offiziellen Washington besser daran getan hätte, sich für die Bewertung dieses Berichts des Urteils derjenigen unter uns zu bedienen, die von Russland wirklich etwas verstanden. Ich bekam den Bericht erst zu Gesicht, als ich Mitte März auf den Philippinen eintraf. Ich machte sofort meine Einwände geltend, aber mittlerweile war es zu spät: Washington, und zwar insbesondere der militärische Apparat und die Fraternität der Nachrichtendienste (in denen das Militär den Ton angab) hatten auf die Kombination von Clay-Telegramm und Prager Coup bereits auf die bedauerlichste Weise reagiert. Das Ergebnis war eine regelrechte Kriegspsychose. Ihre Intensität lässt sich schon daran ablesen, dass die CIA es am 16. März für nötig befand, dem Präsidenten eine Bewertung vorzulegen, der zufolge Krieg «innerhalb von sechzig Tagen nicht wahrscheinlich» war. Als vierzehn Tage später die übrigen Dienste zu der Auffassung gelangt waren, man dürfe diese vorsichtige Schätzung wohl um weitere zwei Wochen erweitern, fand die Luftwaffe sogar das zu riskant¹⁰⁰. Die Wirkungen dieser Fehlinterpretation wurden sogleich im Verhalten unserer zivilen Regierungsbehörden gegenüber der Brüsseler Union spürbar. Am Unterzeichnungstage des Brüsseler Paktes – dem 17. März – sprach der Präsident auf einer gemeinsamen Sitzung des Kongresses. Ursprünglich hatte er vorgehabt, bei einer Veranstaltung zum St. Patrickstag in New York zu reden, aber, wie er in seinen Memoiren erklärt,

«... die besorgniserregenden Ereignisse in Europa entwickelten sich so schnell, dass es mir notwendig schien, die Nation zunächst durch den Kongress zu unterrichten.»¹⁰¹

⁹⁹ ‚The Forrestal Diaries‘, herausgegeben von Walter Millis, New York, Viking Press, 1951, S. 387.

¹⁰⁰ Ebenda, S. 395, S. 409.

¹⁰¹ Harry S. Truman, ‚Memoirs‘, New York, Doubleday and Company, 1956, Bd. II, S. 241 (deutsch 1956, Scherz und Goverts Verlag, Stuttgart).

In seiner Ansprache begrüßte Truman die Brüsseler Vereinbarung, sicherte ihr unsere Unterstützung zu und erklärte seine Zuversicht,

« . . . dass die Vereinigten Staaten in angemessener Weise den freien Nationen die Unterstützung gewähren werden, die die Lage erfordert. Ich bin sicher, dass die Entschlossenheit der freien Länder Europas, sich selbst zu schützen, bei uns die gleiche Entschlossenheit wecken wird, ihnen zu helfen, sich selbst zu schützen.»

Schon vor Abschluss des Brüsseler Pakts hatte das State Department Untersuchungen darüber eingeleitet, auf welche Weise eine amerikanische Unterstützung der Verteidigungsanstrengungen der Brüsseler Mächte zu verwirklichen sei.

Dieser Überblick über die Krise vom März 1948 wäre nicht vollständig ohne den Hinweis, dass die Ereignisse, die Washington einen solchen Schrecken einjagten – die Konsolidierung der kommunistischen Macht in der Tschechoslowakei und der Beginn des russischen Versuchs, die westlichen Alliierten aus Berlin zu vertreiben –, vom sowjetischen Standpunkt beides defensive Reaktionen waren, und zwar sowohl auf den Anfangserfolg des Marshallplans als auch auf die ersten Massnahmen für die Errichtung einer separaten westdeutschen Regierung. Genau wie die kommunistisch inspirierten Streiks, unter denen Frankreich und Italien im Herbst 1947 zu leiden hatten, stellten sie einen Versuch Moskaus dar, die ihm auf dem europäischen Kontinent noch verbliebenen politischen Karten auszuspielen, bevor es zu spät war. Ich hatte diese Reaktion erwartet und einkalkuliert. Auf die grundsätzliche Aufzeichnung mit dem Titel «Russlands internationale Stellung am Ende des Krieges gegen Deutschland», die ich um die Zeit der deutschen Kapitulation in Moskau schrieb, habe ich im IX. Kapitel bereits verwiesen. Ihr voller Wortlaut ist im Anhang abgedruckt. Auf einige der dort verwendeten Formulierungen würde ich aber gerne noch einmal aufmerksam machen: «Sollte die westliche Welt», so schrieb ich damals,

« . . . die politische Mannhaftigkeit aufbringen, Russland die moralische und materielle Hilfe bei der Konsolidierung seiner Macht in Ost- und Mitteleuropa zu versagen, dann würde es vermutlich auf die Dauer nicht das *ganze* Gebiet, das es sich heute

abgesteckt hat, im Griff behalten können. In diesem Falle müssten die Markierungen *wenigstens teilweise* zurückgenommen werden¹⁰². Aber wenn das geschähe, dann würde die Sowjetmacht in den westlichen Ländern und allgemein in der Welt ihr Störpotential voll einsetzen. Zwar müsste sie einige Gebiete aufgeben, die jetzt in ihrer Gewalt sind; aber sie würde in Trotzki einprägsamer Formulierung „die Tür zuknallen, dass ganz Europa wackelte. Bei diesem Zähnebiecken würden kommunistische Parteien und kommunistische Claqueure den westlichen Demokratien jede nur denkbare Schwierigkeit bereiten; und die Welt hätte Ursache, sich an Molotows Warnung in San Francisco zu erinnern, dass, wenn die Konferenz Russland nicht Frieden und Sicherheit zu seinen eigenen Bedingungen verschaffe, es sie andernorts suchen und finden werde. Wenn der Westen aber trotz einer solchen Demonstration des Übelwollens fest bliebe, wenn die Demokratien sich fähig zeigten, auch die übelsten Provokationen geschulter und gewissenloser, den politischen Interessen der Sowjetunion verschriebener Minderheiten gelassen durchzustehen, dann hätte Moskau seine allerletzte Karte verspielt. Andere Möglichkeiten, die westliche Welt anzugreifen, hätte es nicht. Weitere militärische Vorstöße nach Westen würden nur die Verbindlichkeiten noch vergrößern, denen die Russen schon jetzt nicht mehr nachkommen können. Moskau besitzt weder eine Marine noch eine Luftwaffe, die imstande wäre, die See- und Luftwege der Erde zu bedrohen.»

In den letzten drei Jahren, von der Niederschrift dieser Überlegungen bis 1948, hatte kein Ereignis mein Vertrauen in die Genauigkeit meiner Analyse zu erschüttern vermocht. Auch die Streiks in Frankreich und Italien, der Prager Putsch und die Berliner Blockade, die die westlichen Hauptstädte Ende 1947 und Anfang 1948 so alarmierten, hatten für mich nichts Unerwartetes oder Ungewöhnliches. Das war ja gerade das vorhergesehene «Zähnebiecken». Ich sah auch nicht ein, warum es nötig sein sollte, dem von unserer Seite mit militärischer Machtentfaltung und gar mit der Herstellung neuer Bündnisbeziehungen zu den europäischen Ländern zu begegnen; und ich glaube, ich hatte in allen Punkten recht. Mein Fehler jedoch war, dass ich

¹⁰² Der Beachtung sei empfohlen, dass sowohl der Prager Putsch als auch die Berliner Blockade zu einer Zeit passierten, als Moskau sich bereits der jugoslawischen Missachtung der sowjetischen Autorität bewusst war – mit anderen Worten, als die Grenzen der sowjetischen Macht in Osteuropa tatsächlich bereits «wenigstens teilweise zurückgenommen» waren.

nicht begriff, einen wie schwachen und wenig nachhaltigen Eindruck meine Ansichten dem offiziellen Washington gemacht hatten – trotz allem, was in der Moskauer Berichterstattung, dem «X»-Artikel und in zahllosen Gesprächen im State Department gesagt worden war. Die Wirkung auf den militärischen Apparat war praktisch gleich Null gewesen. Dasselbe traf mit ein oder zwei Ausnahmen auf das State Department zu. Ich weiss, dass General Marshall mit dem, was ich in der Frage des europäischen Wiederaufbaus getan hatte, sehr zufrieden gewesen war; aber die Beweggründe dafür hatte er, wie ich fürchte, niemals völlig begriffen. Falls er meine ihm im Herbst 1947 vorgelegte Warnung, die Kommunisten würden bei einem Erfolg des europäischen Wiederaufbauprogramms mit den nichtkommunistischen Parteien in der Tschechoslowakei vollkommen aufräumen, überhaupt jemals gelesen habe, so hatte er sie jedenfalls Ende Februar 1948 schon wieder vergessen, und der Präsident oder das Pentagon bekamen sie sicher niemals zu Gesicht. In der Rückschau auf meine damalige Tätigkeit in Washington scheint es mir ausserordentlich rätselhaft, warum das, was ich zu sagen hatte, manchmal – etwa beim Moskauer Telegramm vom Februar 1946 und beim «X»-Artikel – so viel Aufmerksamkeit erregte und manchmal so wenig. Die einzige Antwort schiene mir die, dass Washingtons Reaktionen höchst subjektiv waren und sich mehr nach der innenpolitischen Stimmungslage und nach institutionellen Interessen richteten als nach verstandesmässigen Erwägungen über unsere internationale Stellung. Ich war es, der naiv war – naiv in der Annahme, man könne durch blosses einmaliges Darlegen einer begründeten Meinung, sei sie auch angefordert, zur Kenntnis genommen und gebilligt, schon einen nennenswerten Einfluss auf den langwierigen, unnötig komplizierten und egoistisch-emotionalen Prozess der Willensbildung im amtlichen Washington nehmen.

Meine Fernostreise im Februar/März 1948 schloss nicht nur Japan ein, sondern auch kurze Besuche der Philippinen und Okinawas. Bevor ich nach Washington zurückkam, war es Ende März. Gleich nach Rückkehr wurde ich mit Zwölffingerdarmgeschwüren in das Marinehospital Bethesda gebracht, und nach der Entlassung, etwa vierzehn Tage später, ging ich zunächst zur Erholung auf meine Farm in Pennsylvania. Erst am 19. April war ich wieder an meinem Schreibtisch in Washington; und erst da wurde mir klar, was sich seit Wochen auf dem Gebiet der europäischen Wiederaufrüstung und Verteidigung getan hatte.

Das State Department hatte während dieser Zeit fortgesetzt Möglichkeiten sondiert, wie die Brüsseler Union zu unterstützen sei. Auch der Planungsstab war mit diesem Problem befasst worden und hatte am 23. März ein vorläufiges Gutachten vorgelegt. Darin wurde empfohlen, der Westlichen Union zwar vorläufig nicht beizutreten, uns die Möglichkeit für später aber offenzuhalten, ihr mittlerweile bewaffneten Beistand zuzusichern und zu versuchen, andere europäische Länder zum Beitritt zu bewegen, wobei sogar Schweden und die Schweiz nicht ausgenommen waren. Einen Monat später, am 22. April, wurden die in dem Gutachten und einigen ähnlich lautenden Dokumenten vertretenen Auffassungen vom Aussenministerium, das ihre Richtigkeit nicht bezweifelte, dem Präsidenten und dem Nationalen Verteidigungsrat vorgetragen. Unterdessen hatten aber anscheinend auch Gespräche zwischen dem Staatssekretär im Aussenministerium, Mr. Robert A. Lovett, und dem aussenpolitischen Sprecher der Republikaner im Senat, Senator Arthur H. Vandenberg, stattgefunden.

Mr. Lovett, persönlich ein ganz besonders reizender Mensch, erfahrener Finanzmann und gewandter und fähiger Taktiker, war Staatssekretär des Ministeriums seit Mr. Achesons Ausscheiden aus diesem Amt im Sommer 1947. Wie General Marshall hatte er viel Sinn für die Wichtigkeit enger Kontakte mit den einflussreicheren Mitgliedern des Senats in aussenpolitischen Angelegenheiten. Das empfahl sich und war klug; aber manchmal ging es, wie mir schien, so weit, dass er den Senatoren mehr Weisheit unterstellte, als sie wirklich besaßen, und dass er sich ihrer Meinung auch in den Fällen beugte, in denen er besser versucht hätte, sie zu einer aufgeklärteren Haltung zu bekehren.

Senator Vandenberg kannte ich nur flüchtig. Ich wusste von der wertvollen Arbeit, die er kürzlich erst bei der Mobilisierung parlamentarischer Unterstützung für das europäische Wiederaufbauprogramm geleistet hatte, fand es aber schwierig, mich der im Ministerium weitverbreiteten Meinung anzuschliessen, dass wir ihm dafür gewaltig zu Dank verpflichtet seien. Schliesslich waren wir ja nicht Vertreter einer fremden Regierung, sondern einer Regierung, deren Interessen ihn vermutlich nicht weniger angingen als uns. Meiner Ansicht nach wäre es pflichtvergessen gewesen, den Marshallplan nicht zu unterstützen. Anerkennung für die Unterstützung verdiente er zweifellos, aber nicht mehr als wir für die Ausarbeitung. Ich sah nicht ein, warum man die Senatoren allesamt für Idioten halten sollte,

die jedesmal, wenn sie sich vom State Department überreden liessen, etwas Vernünftiges zu tun, tosenden Beifall verdienten¹⁰⁵. Deshalb konnte ich bei allem Respekt vor Senator Vandenberg nicht einsehen, warum das State Department damals so unendlich viel Rücksicht auf ihn nahm. Ich fand auch nicht, dass seine Meinung über die richtige Reaktion auf Europas plötzliche Kriegsneurose notwendigerweise besonders fundiert sein müsse.

Was bei den Lovett-Vandenberg-Gesprächen heraus kam, war ein Dokument, das am n. Juni 1948 als Resolution vom Senat angenommen wurde und als Vandenberg-Resolution bekannt ist. Als ich am 19. April an meinen Schreibtisch zurückkehrte, nahm es bereits Gestalt an. Meiner Erinnerung nach sah ich es Anfang Mai zum erstenmal. Es enthielt zwei Grundsätze, auf deren Einschluss Senator Vandenberg offenbar bestanden hatte: Erstens, dass mit einem Unternehmen, auf das wir uns einliessen, für unsere Regierung keinesfalls eine Verpflichtung zum automatischen Kriegseintritt unter bestimmten vorher festlegbaren Umständen verbunden sein dürfe – dass mit anderen Worten die letzte Entscheidung immer dem Kongress vorbehalten bleiben müsse; und zweitens, dass es für kein Land einseitige Vorteile mit sich bringen dürfe – dass also jedes an einem atlantischen Sicherheitsarrangement beteiligte Land verpflichtet werden müsse, uns für empfangene Vorteile durch Gewährung anderer Vorteile zu entschädigen. Dies letzte Prinzip entstammte der Marshallplan-Gesetzgebung. Soviel ich hörte, hielt der Senator beide Prinzipien für notwendig, um der Resolution und allen sich etwa aus ihr ergebenden Arrangements für eine Verbindung der Vereinigten Staaten mit einer nordatlantischen Verteidigungsgemeinschaft die Zustimmung des Senats zu sichern.

¹⁰⁵ In meinen persönlichen Notizen finde ich unter dem Datum des 25. Januar 1948 einige Bemerkungen, die ich im Verlauf einer privaten Unterhaltung mit einem Washingtoner Journalisten machte. Er hatte mir und dem State Department vorgeworfen, den Kongressmitgliedern die dem Marshallplan-Entwurf zugrunde liegenden strategischen Realitäten nicht genügend erklärt zu haben.

«Ich sagte ihm, dass ich einen Beruf ergriffen hätte, von dem ich mir einbilde, er habe mit der Wahrung der Interessen der Vereinigten Staaten gegenüber fremden Regierungen zu tun; dafür sei ich ausgebildet worden, und dafür sei ich bereit, meine ganze Kraft einzusetzen; dagegen sei es mir neu, dass zu meinen beruflichen Aufgaben auch die Vertretung der amerikanischen Regierung gegenüber dem Kongress gehöre; meine Spezialität sei die Verteidigung amerikanischer Interessen gegen Fremde, nicht gegen unsere eigenen Volksvertreter; das State Department in der Rolle eines Lobbyisten, der dem Kongress gegenüber die Interessen des amerikanischen Volkes geltend macht, missfalle mir sehr; in meiner Sicht habe der Kongress nicht weniger Verantwortung gegenüber dem Volk als wir; wir seien nicht seine Hüter oder seine Lehrer; es sei seine Sache, sich zu informieren, genau wie es die unsere sei, uns zu informieren; 98 Prozent der für die ausserpolitische Urteilsbildung benötigten Informationen seien in der ‚New York Times‘ zu finden; und mir fehle Verständnis für das Gerede, dass der Kongress in ausserpolitischen Fragen nicht verständlich handeln könne, ‚weil ihm die Tatsachen vorenthalten werden‘»

Die Vandenberg-Resolution und der Anteil des State Departments an ihrer Entstehung machten mich sehr unglücklich. Der Idee, dass es für uns wünschenswert sei, die Europäer in dem Brüsseler Projekt zu bestärken, konnte ich folgen. Ich konnte auch noch verstehen, dass es für uns wünschenswert sein könnte, ihnen eine einseitige politische und militärische Garantie zu geben, wenn sie die brauchten, um sich wohler zu fühlen, und im Notfall sogar Militärhilfe – die aber nur in Übereinstimmung mit den Grundsätzen des Marshallplans. Sie hätten demnach eine eigene Organisation zu bilden, als deren grosse und gute Freunde wir aufträten, ohne Mitglieder zu sein. Es schien mir wünschenswert, all dies, wenn überhaupt, dann in enger Partnerschaft mit den Kanadiern zu tun. Ich hätte eine Konstruktion begrüsst, die manchmal als «Hantel»-Prinzip bezeichnet wurde: nämlich die Verbindung eines auf dem Brüsseler Pakt aufgebauten Elements am europäischen Ende mit einem US-kanadischen Element am nordamerikanischen Ende, wobei die beiden Elemente nach Identität und Zusammensetzung getrennt aber zugleich dadurch verbunden wären, dass die Sicherheit des europäischen Elements von der nordamerikanischen Seite als lebenswichtig für die eigene Sicherheit anerkannt würde und sie deshalb bereit wäre, die europäischen Partner mit Rüstungsgütern, Truppen und gemeinsamer strategischer Planung soweit als nötig zu unterstützen. Praktisch wäre das eine einseitige Garantie der Vereinigten Staaten – oder für den Fall des kanadischen Einverständnisses der Vereinigten Staaten und Kanadas – für die westeuropäischen Nationen gewesen, die der Brüsseler Union angehörten. Selbst das hielt ich eigentlich nicht für notwendig, aber ich hatte auch nichts dagegen, wenn das die einzige Art war, die Europäer so weit zu beruhigen, dass sie ihren ökonomischen und innenpolitischen Wiederaufbau mit Zuversicht vorantreiben konnten. Aber als ich im Ministerium ein solches «Hantel»-Arrangement anregte, stiess ich auf den Einwand, dass es ungeeignet sei: Es würde gegen Senator Vandenberg's Prinzip der Hilfe auf Gegenseitigkeit verstossen. Dieses Prinzip wurde so ausgelegt, dass jeder der europäischen Partner als Gegenleistung für unsere Verpflichtung, ihn zu verteidigen, individuell zusagen müsste, *uns* zu verteidigen. Das aber würde nicht möglich sein ohne feste Vereinbarung, mit anderen Worten einen Vertrag; einen Vertrag, der in unserer Geschichte ohne Beispiel war und der natürlich feierlicher und wohlüberlegter Beratung und schliesslich der Zustimmung des Senats bedürfen würde.

Diese ganze Idee war mir, wie ich zugebe, wenig sympathisch; und ich will versuchen zu erklären, warum.

Vor allem konnte ich in diesem Stadium des Verfahrens keinen Bedarf für ein ausgewachsenes militärisches Bündnis auf der Grundlage der Gegenseitigkeit entdecken. Es schien mir sogar bedenklich, unter den derzeitigen Umständen die Aufmerksamkeit auf das militärische Kräfteverhältnis zwischen Russland und dem Westen zu lenken. Mir war durchaus bewusst, dass wir demobilisiert hatten und die Russen nicht. Ich hielt das für nicht sehr glücklich, aber nicht für lebensgefährlich oder auch nur für sehr wichtig. Die Russen dachten nicht daran, reguläre militärische Kräfte gegen uns einzusetzen. Warum also sollten wir die Aufmerksamkeit auf ein Gebiet lenken, auf dem wir schwach und sie stark waren? In den folgenden Wochen sagte ich meinen Kollegen immer wieder: «Also schön, die Russen sind gut gerüstet und wir schlecht, und was nun? Es geht uns wie dem Mann, der einen ummauerten Garten betreten hat und merkt, dass er mit einem Hund mit sehr grossen Zähnen allein ist. Im Augenblick gibt der Hund keine Zeichen von Angriffslust. Da ist es für den Mann doch gewiss das Beste, wenn er davon ausgeht, dass in ihrem beiderseitigen Verhältnis Zähne eine ganz untergeordnete Bedeutung haben, dass sie sozusagen gar keine Rolle spielen. Wenn der Hund keine Neigung zeigt, sich vom Gegenteil zu überzeugen – diese Unterstellung anzuzweifeln –, warum sollte der Mann das Thema anschneiden und auf die Ungleichheit aufmerksam machen?»

Zweitens setzte ich allgemein wenig Vertrauen in den Wert schriftlicher Bündnisverträge. Ich kannte zu viele Beispiele dafür, dass sie vergessen, missachtet, für unerheblich befunden oder zu bestimmten Zwecken verdreht worden waren, wenn es zum Schwur kam. Ich hielt nichts von dem menschlichen Ehrgeiz, durch hypothetische Definition und mit allgemeinen juristischen Formeln Situationen zu meistern, die noch in der Zukunft lagen und von denen noch niemand wissen konnte, wie sie einmal aussehen würden. Was wirklich not tat, war meiner Meinung nach eine realistische Erkenntnis der eigenen lebenswichtigen Interessen. Wenn die gegeben war, würde die Verteidigungspolitik von sich aus richtig laufen – auch ohne juristische Verpflichtungen oder Vorschriften. Die von europäischer Seite ständig vorgebrachte Behauptung, dass man ein Bündnis brauche, um die Beteiligung der Vereinigten Staaten an Westeuropas Verteidigung sicherzustellen, machte mich nur

ärgerlich. Was um alles in der Welt hatten wir denn wohl in den letzten vier, fünf Jahren in Europa gemacht? Glaubten diese Leute denn, wir hätten um die Befreiung Europas aus Hitlers Klauen nur gerungen, um es Stalins Klauen zu überlassen? Um was dachten sie denn, dass es beim Marshallplan ginge? Merkten sie denn wirklich nicht, dass wir uns der Gefährdung Europas wohl bewusst waren und so grosszügig und wirksam, wie wir konnten, dagegen angingen? Was hatten sie davon, wenn sie die Aufmerksamkeit von einem wohlbegründeten und vielversprechenden Programm des wirtschaftlichen Wiederaufbaus ablenkten, indem sie eine Gefahr an die Wand malten, die tatsächlich gar nicht bestand, die aber durch zuviel Gerede über militärische Kräfteverhältnisse und allzu deutliches Herauskehren militärischer Rivalitäten sehr leicht Wirklichkeit werden konnte?

Für die juristischen Haarspaltereien und verbalen Gemeinplätze schliesslich, um die es in den langen und umständlichen Diskussionen meiner Kollegen mit den Senatoren ging, hatte ich nur belustigte Verachtung. Die Vandenberg-Resolution ebenso wie neun Zehntel der 1'263 Seiten füllenden Aussagen, die später vor dem Aussenpolitischen Ausschuss des Senats im Zusammenhang mit dem NATO-Pakt gemacht wurden, schienen mir typisch für das Gemisch aus trockener Juristerei und hochtönenden Phrasen, das hierzulande so oft für Staatskunst ausgegeben wird. Mit derlei Dingen hatte ich damals so wenig Geduld wie heute. Was wir für eine wirksame Aussenpolitik brauchen, sind Taten – nicht die Zusicherung späterer Taten; Entscheidungen – nicht juristische Spielereien oder verallgemeinernde Definitionsübungen an noch nicht eingetretenen Situationen.

Das waren die Gedanken, mit denen ich dem Verlauf der Verhandlungen folgte, die zwischen Aussenminister Marshall, Mr. Lovett und den Senatoren über die Vandenberg-Resolution und später über den Vertragstext selbst geführt wurden. Den Lauf der Ereignisse zu beeinflussen, war mir kaum möglich. Über das vom Planungsstab während meiner Abwesenheit in Japan vorgelegte Papier war ich nicht sehr glücklich, fühlte mich aber teilweise daran gebunden und verfasste im Juni ein neues, in dem ich zu bremsen versuchte. Die durch die Vandenberg-Resolution geschaffene Lage nahm ich hin (es blieb mir ja nichts anderes übrig), drängte aber darauf, die Militärhilfe nur nach Marshallplan-Grundsätzen zu gewähren (nämlich die Europäer

zu zwingen, ihr eigenes Programm zu entwickeln und die Verantwortung dafür zu übernehmen) und weitere politische Verpflichtungen dieser Art erst dann zu diskutieren, wenn sich ganz klar erwiesen habe, dass sie zur Stärkung des Vertrauens der westeuropäischen Öffentlichkeit unbedingt notwendig seien. Aber inzwischen waren die Senatoren natürlich schon so fest im Geschirr, dass kein derartiges Vorbringen noch irgendwelchen Eindruck machen konnte.

Wohl mehr für die Akten als aus praktischen Erwägungen unterbreitete ich General Marshall später im Jahr – am 23. November 1948 – meine Ansichten noch einmal in einer Aufzeichnung mit der Überschrift ‚Überlegungen zum Abschluss eines Nordatlantischen Vertragest Es war mir klar, dass ich die Entwicklung in Richtung Vertrag nicht mehr aufhalten konnte; aber letzten Endes war ich immer noch Chef des Planungsstabs und fand, dass ihm meine persönliche Meinung über das ganze NATO-Projekt wenigstens vorliegen sollte.

Ich schrieb, die Gefahr, der sich die europäischen NATO-Partner auf politischem Gebiet gegenübersehen – nämlich die Gefahr der immer weiteren Ausbreitung des Kommunismus durch politische Mittel –, sei nach wie vor grösser als irgendeine militärische Gefahr, die ihnen drohen könne. Und obwohl es natürlich wichtig sei, den westeuropäischen Völkern den Rücken zu steifen, berge ein zu diesem Zweck abgeschlossenes Militärbündnis die Gefahr

«. . . der zu starken Beschäftigung mit militärischen Angelegenheiten zum Nachteil des wirtschaftlichen Wiederaufbaus, und des Nachlassens der notwendigen Bemühungen um eine friedliche Lösung der europäischen Schwierigkeiten».

Ich sagte, dass die Befangenheit in militärischen Denkvorstellungen schon weit verbreitet sei. Sie sei bedauerlich, aber wir müssten sie als gegeben hinnehmen. Bis zu einem gewissen Grade müssten wir ihr nachgeben, um nicht unter den westeuropäischen Völkern Panik und Unsicherheit zu vermehren und den Kommunisten in die Hände zu arbeiten. Aber wir sollten tunlichst im Gedächtnis behalten, dass Allianzen und Wiederaufrüstung in erster Linie auf einem subjektiven Bedürfnis der Westeuropäer beruhten, das durch ihre Fehlbeurteilung der eigenen Situation entstanden sei. Westeuropas beste Chancen lägen immer noch im Kampf um wirtschaftlichen Wiederaufbau

und innenpolitische Stabilität. Intensive Wiederaufrüstung bedeute eine unwirtschaftliche und betrübliche Zersplitterung ihrer Bemühungen, die nicht nur den wirtschaftlichen Wiederaufbau zu schädigen drohe, sondern auch die Idee fördere, dass es zum Krieg kommen werde, und so die Aufmerksamkeit von den wichtigsten Aufgaben ablenke. Ich drängte deshalb darauf, den Pakt, obwohl er die langfristig notwendige Formalisierung der Beziehungen der nordatlantischen Küstenländer im Verteidigungsbereich vollzog und kurzfristig zur Beruhigung der Europäer diene, weder als die entscheidende Erwiderung auf russische Herrschaftsgelüste in Westeuropa noch als Ersatz für andere notwendige Schritte zu betrachten. Wie aktuell diese letzte Formulierung war, wird sich am Thema Deutschland in Kürze erweisen.

An diese Überlegungen über den Hauptzweck eines solchen Paktes schloss ich die Empfehlung, es nicht zur Aufgabe unserer Politik zu machen, irgendwelche Länder zum Beitritt zu bewegen, die nicht eigentlich zum nordatlantischen Raum gehörten. Mit diesem Grundsatz wären, wenn man ihn übernommen hätte, natürlich Griechenland und die Türkei und wahrscheinlich auch Italien ausgeschlossen gewesen. Er war von dem Wunsch diktiert, alles zu vermeiden, was die Sowjetführer als aggressive Einkreisung ihres Landes deuten könnten.

Zugegeben: das griechische und das türkische Regime waren antikommunistisch. Aber das und nur das zum Kriterium für die Zulassung zum Pakt zu machen, schien mir ein gefährliches Präzedenz zu schaffen. Auch der Grad der Übereinstimmung mit unseren Vorstellungen von Demokratie und persönlicher Freiheit würde vor allem die türkische Regierung nicht für die Mitgliedschaft qualifiziert haben. Angesichts der Einbeziehung Portugals konnte man ihn in der Tat auch kaum zum Kriterium machen. Der einzig vernünftige Massstab für die Mitgliedschaft im Atlantikpakt war also der geographische. Er war als einziger unzweideutig und in seiner rein defensiven Bedeutung klar erkennbar. Bis zum heutigen Tage kann ich keinen anderen Grund für die Aufnahme Griechenlands und der Türkei erkennen als unseren Wunsch oder besser den Wunsch bestimmter Regierungskreise, in diesen Ländern Militärstützpunkte einzurichten; und ich finde es bedauerlich, dass wir diesem Impuls nachgaben. Eine einseitige Erklärung über die Bedeutung der Integrität dieser Länder für unsere Sicherheit wäre ohne Weiteres möglich gewesen, und in diesem Rahmen hätten wir

ihnen jeden militärischen Beistand bieten können, den wir zu gewähren und sie zu akzeptieren für angebracht hielten. Ihnen stattdessen die Verpflichtung abzunehmen, dass sie im Falle eines Krieges zwischen den Vereinigten Staaten und Russland die Vereinigten Staaten verteidigen würden, beeinträchtigte nicht nur ganz unnötigerweise ihre nachbarlichen Beziehungen zur Sowjetunion, sondern verwischte gleichzeitig den rein defensiven Charakter des Paktes und machte den Begriff «Nordatlantisch», der in seinem Namen vorkam, zum Gegenstand des Gespöchts.

Jeder Versuch, eine Gruppe von Ländern zu umschreiben, die sich zu politischen Zwecken miteinander verbinden, findet seine Hauptschwierigkeit nicht etwa in der Frage, wer beteiligt, sondern stets in der Frage, wer ausgeschlossen werden soll. Die Entscheidung darüber ist oft so peinlich, dass sie ein sehr gutes Argument gegen diese Art von Pakten überhaupt abgibt – mit anderen Worten gegen jeden Versuch, den eigenen Freundeskreis förmlich zu definieren. Im State Department und besonders unter den Herren der Europa-Abteilung bestand damals die Tendenz, dies Bündnis so fest wie möglich gegen die sowjetische Grenze zu rammen. Soweit ich mich erinnere, wurde sogar Schweden ziemlich nachdrücklich zum Beitritt aufgefordert. Das schien mir nicht nur unnötig, sondern in höchstem Masse unerwünscht. Es hätte fraglos die den Finnen noch verbliebenen Möglichkeiten präjudiziert, als neutralisiertes Land weiter ein politisches Eigenleben zu führen, und hätte leicht zu einer realen Ausdehnung der Sowjetmacht führen können.

Bei Italien lagen die Dinge anders. Unsere weitere militärische Präsenz dort war Voraussetzung für die Klärung der Probleme Triests und des Friedens Vertrags mit Österreich, und ich hatte das auch nie bezweifelt. Ob es aber wirklich so gut war, das Militärbündnis auf Italien auszudehnen, sei dahingestellt. Nachdem die Frage eines Militärbündnisses zwischen den Vereinigten Staaten und westeuropäischen Ländern einmal aufgeworfen war, konnte man zugegebenermassen Italien nicht gut davon ausschliessen, ohne zu Missverständnissen Anlass zu geben, die das prekäre innenpolitische Gleichgewicht in diesem Lande hätten stören können. Das Beste wäre wohl gewesen, von Anfang an nicht von einem Nordatlantischen Bündnis zu reden. Italien war schliesslich kein Mitglied der Brüsseler Union. Hätten wir uns 1948/1949 auf eine Garantie für die Brüsseler Union und auf ein militärisches Beistandsprogramm beschränkt,

das darauf ausgerichtet war, die innere Moral ihrer Mitglieder zu stärken (und darauf kam es letzten Endes ja an), so hätte sich das Problem der Mitgliedschaft Italiens in einem Atlantischen Bündnis überhaupt nicht gestellt.

Die eigentlichen Verhandlungen über den Atlantikpakt wurden, wie vielleicht noch erinnerlich, auf die Zeit nach den Wahlen im Herbst 1948 verschoben. (In jenen Jahren wurde, wie mir schien, immerzu alles verschoben; entweder weil eine Wahl bevorstand oder weil infolge einer soeben vollzogenen Wahl Personalveränderungen erwartet wurden.) Als schliesslich die Zeit kam, um den eigentlichen Wortlaut des Vertrages festzulegen, wurde ausgerechnet mir von Mr. Lovett der Vorsitz in der internationalen «Arbeitsgruppe» übertragen, die sich über die Formulierungen zu einigen hatte. Die formelle Verantwortung lag natürlich bei Mr. Lovett; er gab mir meine Weisungen; am Beginn und am Schluss der Zusammenkünfte setzten sich die Chefs der Delegationen – manchmal dieselben, die auch in der Arbeitsgruppe waren – unter der Leitung Lovetts zusammen; ihm gebührt demnach auch die allfällige Anerkennung für den erfolgreichen Abschluss der Verhandlungen.

Ich führte meinen Teil der Aufgabe willig und ich glaube auch zufriedenstellend aus. Aber glücklich war ich nicht dabei. Besonders unangenehm war mir die Rolle des Sprechers für ungenannte Personen aus dem Bereich unserer Legislative, deren Ansichten ich, so wie sie waren, weitergeben musste, ohne die ihnen zugrunde liegenden Gedankengänge erläutern zu können oder, um die Wahrheit zu sagen, mit ihnen einverstanden zu sein. Ich fand, wenn die Senatoren bei diesem Verfahren schon die unwiderruflich letzte Instanz waren, dann sollten sie auch die Verhandlungen selber führen. Ich weiss noch, wie bei einer sehr wichtigen Plenarsitzung irgendein Vorschlag eines europäischen Vertreters von Mr. Lovett ganz korrekt und zwangsläufig damit erledigt wurde, dass er der Versammlung versicherte, Vorschläge dieser Art würden für den Senat unannehmbar sein. Das war endgültig. Die Anwesenden reagierten mit mürrischem Schweigen, und ich wünschte heimlich, einer unserer europäischen Freunde möchte aufstehen und sagen: «Mr. Lovett, wenn Sie und Ihre Kollegen im State Department sich über die amerikanische Haltung in dieser Frage nicht verantwortlich äussern können, dann machen Sie uns doch freundlicherweise mit jemand bekannt, der das kann.» Mir

schien, dass unsere europäischen Freunde ein Recht darauf hätten, mit den Leuten zu verhandeln, die Entscheidungsfreiheit besaßen, deren Überlegungen und Ansichten für den Entscheidungsprozess ausschlaggebend waren und mit denen infolgedessen das Argumentieren lohnte.

XVIII. Deutschland

Wie meine Leser sich vielleicht erinnern, hatte ich vor 1949 mehrfach in Deutschland gelebt: als Kind im kaiserlichen Deutschland, als junger Student und als Vizekonsul im Deutschland der Weimarer Republik, und schliesslich als Angehöriger der Amerikanischen Botschaft in Berlin im Deutschland der Hitlerzeit. Insgesamt hatte ich fast sechs Jahre dort zugebracht. Persönlich hatte ich mich mit dem Land nie identifizieren können. Ich kannte mich in seiner Sprache fast so gut aus wie in meiner eigenen, dachte und schrieb sogar manchmal in ihr, aber dennoch blieb sie für mich eine fremde Sprache. Ich wusste das. Meine Familie und meine Freunde wussten es auch. Als ich 1931 im Seminar für orientalische Sprachen Examen machte, hatte mein russischer Freund mich bis vor die Tür gebracht und mir zum Abschied voll eifriger Fürsorge den Rat gegeben: «Sprich Russisch mit ihnen, wenn es irgend geht. Wenn du Russisch sprichst, bist du du selbst; wenn du Deutsch sprichst, bist du ein Niemand.» Im geistigen und im schöngeistigen Bereich jedoch hatte Deutschland einen tiefen Eindruck auf mich gemacht. Und während des Krieges hatte ich mich besonders eng mit dem Teil der deutschen Bevölkerung verbunden gefühlt, der Hitlers Wahnsinn zuerst zum Opfer fiel und schuldlos mit unter der Tragödie leiden musste, die er unterschiedslos für alle heraufbeschwor. Jetzt, in der ersten Nachkriegszeit, liess mich der Gedanke an das Land, für dessen Zukunft wir eine so grosse Verantwortung übernommen hatten, nicht mehr los. Dass wir unseren Verpflichtungen dort korrekt nachkämen, schien mir entscheidend wichtig für den Erfolg jeder wie immer gearteten Russlandpolitik; bei jedem Beispiel für Oberflächlichkeit und Übersimplifikation in der öffentlichen und amtlichen Diskussion über Deutschland zuckte ich zusammen; und ich litt darunter, dass ich keine Möglichkeit hatte, auf Entscheidungen irgendwelchen Einfluss auszuüben.

Ich war mittlerweile zu ein paar grundlegenden Einsichten über das deutsche Problem gekommen. Sie drehten sich alle um die Rolle des Nationalismus im Leben und Handeln der Deutschen. Im Grossen und Ganzen schien es mir, als ob nur diejeni-

gen Völker mit dem emotionellen Druck nationaler Instinkte fertig geworden wären, die schon in der dynastischen Ära nationale Einheit gekannt hatten – also vor den Napoleonischen Kriegen und vor dem Entstehen des sprachlichen Nationalismus der Romantik im neunzehnten Jahrhundert. Auf die anderen, denen der Sinn für nationale Einheit erst später aufgegangen war, vor allem aber auf die Deutschen, hatte das Nationalgefühl berauschend gewirkt wie junger Wein. Vor Gründung des Deutschen Reichs im Jahre 1870 waren die Deutschen für ihre Nachbarn nicht mehr und nicht weniger problematisch gewesen als irgend jemand sonst in Europa. Die Schwierigkeiten hatten danach begonnen, mit ihrem Versuch, sich selbst als nationale Gemeinschaft zu begreifen, geeint auf der primitiven Grundlage gemeinsamer Sprache und unter diesem Vorzeichen wetteifernd mit den alteingesessenen Mächten Europas. 1919 in Versailles hatten die Politiker den grossen Fehler begangen, das nationale Gebilde Deutschland wiederherzustellen, ohne den Ehrgeiz des deutschen Volkes auf weiter gespannte Ziele zu lenken als rein nationale und auch ohne in Europa ein zweites Gebilde zu errichten, das Deutschland an physischer Kraft ebenbürtig gewesen wäre. Jetzt hatte sich das Problem von Neuem erhoben. Was sollten wir diesmal tun? Die Idee einer Teilung – der Wiederaufsplitterung des Landes in eine Vielzahl kleiner souveräner Staaten – erschien mir inzwischen wirklichkeitsfremd. 1942 war sie mir reizvoll erschienen; aber seitdem hatte ich erkennen müssen, dass die Erfahrungen mit Hitlerismus und Krieg, so schrecklich und tragisch sie auch gewesen sein mochten, das Gefühl der nationalen Zusammengehörigkeit vertieft hatten und dass der Versuch, das Land geteilt zu halten, angesichts der vielen anderen sprachlich und ethnisch zusammengeschlossenen Gemeinschaften Europas nur die Wiederentstehung der Triebkräfte des neunzehnten Jahrhunderts begünstigen und das Erscheinen eines neuen Bismarcks zum Ziel der Sehnsüchte machen würde. War es aber nicht tunlich, Deutschland aufzusplittern – war das Problem des deutschen Nationalismus mit den Mitteln der Vergangenheit nicht lösbar –, dann musste man sich in Deutschland und in Europa der Mittel der Zukunft bedienen und ein föderalistisch geeintes Europa schaffen, das das geeinte Deutschland in sich aufnehmen und seinem Ehrgeiz und seiner Hingabefähigkeit ein weiteres Betätigungsfeld verschaffen konnte als das bisherige sprachlich und national begrenzte, das sich für die Sicherheit Europas und auch für die

Sicherheit Deutschlands selbst als zu eng erwiesen hatte. Nur im festen Gefüge eines geeinten Europas würde ein geeintes Deutschland erträglich sein.

Bei meiner Tätigkeit in Berlin während des Krieges war mir aufgefallen, dass Hitler selbst, wenn auch aus unedlen Motiven und zu unedlen Zwecken, die europäische Vereinigung technisch bereits weitgehend vollzogen hatte. Er hatte auf den verschiedensten Gebieten zentrale Behörden geschaffen: im Transport- und im Bankwesen, zur Beschaffung und Verteilung von Rohstoffen, bei der Kontrolle über die verschiedenen Arten verstaatlichten Eigentums. Weshalb sollten wir nach einem alliierten Sieg diese Einrichtungen nicht einfach übernehmen?

Was wir brauchten, war eine Vereinbarung zwischen den Alliierten, sie nach Kriegsende nicht zu zerschlagen, sondern zu benutzen, die Nazibeamten zu entfernen und andere (nicht notwendigerweise nur Nichtdeutsche) an ihre Stelle zu setzen, und dann diese De-facto-Vereinigung durch eine neue europäische Regierung zu ergänzen. Als ich 1942 aus Deutschland zurückgekommen war, hatte ich im State Department für diese Idee geworben; aber meine Mühen hatten keinen Erfolg gehabt. Die Russen waren entschlossen, sich das Wirtschaftspotential Westdeutschlands und Westeuropas zunutze zu machen. Sie hatten Angst, man könne sie aus diesen Gebieten hinausdrängen, und wollten von Regelungen solcher und ähnlicher Art nichts hören. Und in Washington fand sich damals niemand bereit, auf Pläne einzugehen, die den russischen Wünschen so klar zuwiderliefen. Die Mitglieder der antinazistischen Widerstandsbewegungen und der Exilregierungen hatten nichts im Sinn als nach Hause zu kommen und den Status quo ante wiederherzustellen. Und Roosevelts Abneigung gegen die Erörterung von Nachkriegsproblemen noch während des Krieges war wohl bekannt.

So kam es, dass die Nachkriegsvereinigung Europas als ein Mittel zur Lösung des deutschen Problems ernsthaft überhaupt nicht in Betracht gezogen wurde. Stattdessen stolperten wir hinüber in die Nachkriegszeit mit Vorstellungen, die nicht weiter reichten als bis zu einer Interimsperiode der gemeinsamen Besetzung und militärischen Verwaltung Deutschlands durch die Vier Mächte, nach deren Beendigung das Land als ein souveränes Gebilde unter seinesgleichen wiedererstehen und in das internationale Leben entlassen werden sollte, wobei es wie zuvor seine sämtlichen Nachbarn an potentieller Stärke überragt

und wie zuvor kein höheres Ziel für seine kollektiven Ideale und Sehnsüchte gehabt hätte, als der deutsche Nationalismus ihm zu bieten in der Lage war. Aus dieser Regelung etwa erwachsende Bedrohungen für den Frieden des Kontinents gedachte man mit Hilfe der Vereinten Nationen aufzufangen und zu neutralisieren, unter zusätzlicher Absicherung durch eine Zusammenarbeit der Grossmächte, Russland und China eingeschlossen.

Zu meiner Verzweiflung hielt die amerikanische Politik an diesem völlig unrealistischen Konzept ungeachtet steigender Beweise für die Unhaltbarkeit seiner Voraussetzungen bis 1948 fest. Danach wurde es infolge unseres neuerwachten Interesses für den Wiederaufbau Europas insofern modifiziert, als wir einsehen, dass die Wohlfahrt Westdeutschlands für die Wohlfahrt Westeuropas entscheidend wichtig sei. Aber immer noch hatten nur wenige unter uns begriffen, dass die europäische Vereinigung der einzig mögliche Weg für die Regulierung der Beziehungen Deutschlands zum übrigen Europa sei.

Bis zum Sommer 1948 lag unsere Deutschlandpolitik, genau wie unsere Politik Japan gegenüber, im Wesentlichen im Zuständigkeitsbereich des Kriegsministeriums und der Militärregierung. Da keine deutsche Regierung da war, mit der man diplomatische Beziehungen hätte unterhalten können, gab es meiner Erinnerung nach in der politischen Abteilung des State Department nicht einmal ein Deutschlandreferat, nur eine Art Verbindungsstelle zum Pentagon für «Angelegenheiten der besetzten Gebiete». Dann aber zwangen die wiederholten Zusammenkünfte des Aussenministerrats das Ministerium zu immer intensiverer Beschäftigung mit dem deutschen Problem und zu kritischer Überprüfung der in Potsdam aufgestellten politischen Richtlinien. Mit dem Zusammenbruch der Vierergespräche Ende 1947 schliesslich entstand eine neue Lage, und von da an übernahm das State Department wieder eine führende Rolle. Nachdem die drei westlichen Grossmächte demonstriert bekommen hatten, dass jeder Versuch, Deutschland zusammen mit den Russen zu regieren, zum Scheitern verurteilt sei, mussten sie notgedrungen ihre politischen Vorstellungen neu orientieren. Bei den Franzosen beseitigte die Erkenntnis die letzten Vorbehalte gegen die Mitarbeit an den britisch-amerikanischen Beratungen über wirtschaftliche Aufbaumassnahmen in Deutschland. Und für die Briten und Amerikaner war es ein Signal, dass es an der Zeit sei, in Westdeutschland irgendeine

politische Verwaltung aufzurichten, die einen Teil der Verantwortung für den ökonomischen Wiederaufbau tragen und die Bevölkerung für die Mitarbeit gewinnen könnte, wenn das alles vorläufig auch nur in sehr bescheidenen Grenzen. Die ersten Schritte in dieser Richtung waren die britisch-französisch-amerikanischen Sondierungsgespräche in London im Februar und März 1948.

Zweifellos war das für die Russen ein grosser Schock. Nachdem sie schon den Start des europäischen Wiederaufbauprogramms und dann den Abschluss des Nordatlantischen Bündnisses hatten hinnehmen müssen, war es nur natürlich, dass sie nun alles in ihrer Macht Stehende taten, um die bevorstehende Errichtung einer eigenständigen westdeutschen Regierung zu verhindern, die Westmächte zurück an den Verhandlungstisch zu zwingen und sich ihr Mitspracherecht in alldeutschen Angelegenheiten zu erhalten. Die Form, in der sie diese Zielsetzungen proklamierten, war die Blockade der Westsektoren von Berlin. Den Anfang dazu hatten sie schon sehr früh, im März 1948, gemacht, unmittelbar nach den ersten Sondierungsgesprächen der Westmächte. Und als dann im Juni die letzte Runde der Londoner Beratungen mit einer öffentlich bekanntgegebenen Einigung über die Modalitäten der Einsetzung einer separaten westdeutschen Regierung – dem sogenannten Londoner Programm – beendet wurde und die Westmächte als erste konkrete Massnahme eine separate westdeutsche Währung einführten, da machten die Russen als Antwort darauf den Blockadegürtel dicht, mit Ausnahme natürlich der sehr engen Luftschneisen, deren Benutzung den Westmächten durch ein Viermächteabkommen garantiert war.

Den äusseren Vorwand für die Blockade gab das Währungsproblem her, aber in Wirklichkeit war sie von ihren russischen Erfindern als eine Art Zwickmühle gedacht, die den Westmächten nur die Wahl zwischen zwei Übeln lassen sollte, nämlich entweder die grosse deutsche Hauptstadt russischer Kontrolle zu überliefern und damit die politische Konkurrenzfähigkeit des für Westdeutschland geplanten neuen Regimes von Anfang an zu schwächen, oder aber das Londoner Programm zugunsten einer neuen Runde von Aussenministergesprächen fahren zu lassen und ihre westdeutschen Unternehmungen soweit einzuschränken, wie es den Russen wünschenswert schien. Es war klar, dass die Russen bei allen Verhandlungen im Rat der Aussenminister auf Vereinbarungen bestehen würden, die ihnen

gestatteten, entweder den deutschen Wiederaufstieg zu blockieren oder, wenn er sich nicht verhindern liess, wenigstens dafür zu sorgen, dass er ihnen selbst und nicht Europa im Allgemeinen zugute kam.

Wir hatten von Anfang an die Möglichkeit nicht ausschliessen können, dass die Westmächte es eines Tages für notwendig oder zweckdienlich halten würden, einem neuen Aussenministertreffen zuzustimmen, um so die Aufhebung der Blockade zu erreichen. (Im Frühjahr 1949 war es dann auch wirklich soweit.) Den Zeitpunkt für eine solche Entwicklung vorherzusagen, war unmöglich; sie konnte sich jederzeit ergeben. Es war daher dringend geboten, in der Deutschlandfrage eine neue Ausgangsposition für die amerikanischen Unterhändler zu erarbeiten, um für alle Fälle gerüstet zu sein. Die alte war eindeutig überholt. Ende 1947, bei der letzten Zusammenkunft der Aussenminister, war es immer noch um den Abschluss eines Friedensvertrags mit Deutschland und die Einsetzung einer von den Alliierten kontrollierten gesamtdeutschen Regierung gegangen, die den Vertrag unterschreiben und allmählich die Verantwortung für die deutsche politische Entwicklung übernehmen sollte. Aber jetzt, im Hochsommer 1948, hatte sich das geändert. Die Westdeutschen steckten schon mitten in den Vorbereitungen für die Wahlen zum Parlamentarischen Rat, der nach Massgabe des Londoner Programms den politischen Rahmen für eine rein westdeutsche Regierung abstecken sollte. Würden wir es trotzdem für wünschenswert halten, mit den Russen weiter über eine alldeutsche Lösung zu reden? Würden wir alles wieder umwerfen wollen, was wir soeben aufzubauen begonnen hatten? Wenn aber nicht, was *würden* wir vorschlagen? Und in welchem Umfang würden wir bei unseren Vorschlägen die gefährdete Lage der Berliner Westsektoren, mit anderen Worten die Blockade, berücksichtigen müssen? Konnten wir es uns denn unter den Umständen überhaupt leisten, uns mit den Russen *nicht* zu einigen?

Anfang Juli 1948, unmittelbar nach Verhängung der vollen Blockade durch die Russen, wurde der Planungsstab mit der Prüfung dieser Fragen beauftragt. Unterstützt von Vertretern verschiedener Fachreferate des State Departments wie auch des Kriegsministeriums, gingen wir in der Washingtoner Mittsommerhitze an unsere Aufgabe. Der Fortgang der Blockade führte uns ihre Dringlichkeit immer wieder vor Augen. Nacht für Nacht versammelten wir uns in der Nachrichtenzentrale des

Aussenministeriums, studierten die letzten Meldungen aus Deutschland und verständigten uns mit General Clay und seinen Beratern über die nächsten Schritte. Noch wusste niemand, wie dem russischen Schachzug zu begegnen sei oder ob es überhaupt einen Gegenzug gäbe. Die Lage war unübersichtlich und hoch gefährlich. Es schien ungeheuer wichtig zu sein, zu einer Vereinbarung zu kommen, die Berlin aus der eisernen Umarmung der russischen Truppen befreite und die Verhängung einer neuen Blockade ausschloss. Eine befriedigende Lösung nur für Berlin selbst zu finden – das heisst ohne gleichzeitige Beseitigung der von den Russen vorgenommenen Sperre der Zufahrtswege –, schien unsern Leuten vom Planungsstab nahezu unmöglich. Mehr Erfolg versprachen wir uns von einem Abkommen über Deutschland als Ganzes, in dem der Rückzug der russischen Truppen aus der Umgebung von Berlin sowie die Herstellung normaler Verbindungswege zwischen Berlin und dem übrigen Deutschland festgelegt sein müssten. Welche Vorschläge also sollten die Vereinigten Staaten bei einem neuen Treffen der Aussenminister vorlegen – Vorschläge, die in sich vernünftig, vor uns selbst zu vertreten und zugleich so beschaffen wären, dass ihre Annahme durch die Russen zumindest möglich schien? Das war unser Problem. Unsere ersten Recherchen ergaben, dass solche Vorschläge durchaus denkbar seien, wenn wir Zeit für zusätzliche Studien und für ihre Formulierung bekämen.

Aber ob unsere Regierung wirklich so vorzugehen wünschte, war eine andere Frage. Hier ging es um eine grundsätzliche Entscheidung. Ein neuer Anlauf mit dem Ziel einer gesamtdeutschen Viermächte Vereinbarung hätte unsere Bereitschaft impliziert, das Londoner Programm für die Dauer der Verhandlungen nicht weiterzuverfolgen und es bei Zustandekommen einer Einigung ganz fallenzulassen. Demgegenüber würden der Verzicht auf neue Bemühungen um eine gesamtdeutsche Lösung, die Beschränkung auf das eigentliche Berlinproblem und die Weiterverfolgung des Londoner Programms zur Einsetzung einer rivalisierenden ostdeutschen Regierung durch die Russen und zum offenen Bruch führen; der durch Deutschland und damit durch Europa gezogene Trennstrich würde sich immer tiefer einätzen und im Lauf der Zeit immer schwerer auszulöschen sein. Darüber hinaus wären mit der Annahme der zweiten Alternative die Chancen für eine wirkliche und dauerhafte Lösung des Berlinproblems dahin.

Mitte August brachte ich diese Überlegungen in Gestalt eines Memorandums zur Kenntnis meiner politischen Vorgesetzten und erklärte, dass wir vor Ausarbeitung detaillierter Pläne für eine Aussenministerkonferenz doch wohl erfahren sollten, in welche Richtung ihre Präferenzen gingen. Wir erfuhren nichts dergleichen. Meine Frage traf, was ihren Inhalt anging, auf beunruhigtes, nachdenkliches Schweigen. Im Übrigen aber ermutigte man uns – oder gestattete uns zumindest – die Ausarbeitung hypothetischer amerikanischer Vorschläge für eine gesamtdeutsche Lösung fortzusetzen, für den Fall, dass wir uns zu einem Abkommen dieser Art entschliessen sollten. Die Studie beschäftigte uns mehrere Wochen lang. Wir holten dazu den Rat und das Urteil sowohl unserer eigenen Regierungsexperten als auch einer ganzen Anzahl von sachverständigen Aussenseitern ein.

Am 15. November legten wir das Ergebnis vor. Wir dokumentierten, um was es ging. Wir überreichten ein «Paket» von Einzelvorschlägen, «Plan A» genannt, die als Grundlage eines Abkommens über Gesamtdeutschland dienen könnten. Und wir sagten, welches unserer Meinung nach die bessere der beiden Alternativen sei.

Es gelte zunächst die Vorfrage zu klären, sagten wir, ob wir bei einer eventuellen neuen Aussenministerkonferenz lieber ein positives Programm aufstellen wollten, das unsere Vorbedingungen für die Errichtung einer gesamtdeutschen Regierung und den Abzug der alliierten Streitkräfte von vornherein klarstellte, oder ob wir vorzögen, eine negative Haltung einzunehmen und unter Verzicht auf eigene Initiative Vorschläge von russischer Seite abzuwarten, die wir dann vermutlich zunächst einmal zurückweisen müssten.

Für den Fall, dass wir uns zu dem erstgenannten Kurs entschlossen, führte Plan A im Wesentlichen Folgendes aus:

Man würde sich vor allem anderen über einen Viermächtekontrollapparat verständigen müssen, der über die Abwicklung des Programms zu wachen hätte. Hier würden wir ein individuelles Vetorecht nicht zulassen dürfen. Nach Arbeitsaufnahme des neuen Kontrollapparats würden sehr bald Wahlen angesetzt und eine provisorische deutsche Regierung gebildet werden. Die Wahlen würden in allen vier Zonen unter internationaler Aufsicht abgehalten werden. Mit Bildung der provisorischen deutschen Regierung würde die Militärregierung beendet sein, und die alliierten Streitkräfte würden sich in bestimmte

Garnisonsbezirke zurückziehen, die noch innerhalb Deutschlands, aber an der Peripherie, liegen würden. Die Garnisonen müssten geographisch so angeordnet sein, dass sie mit dem Ausland ohne Berührung deutschen Territoriums Verbindung halten könnten. Das britische Gebiet könnte etwa in der Gegend von Hamburg liegen, das amerikanische bei Bremen und das russische bei Stettin – alle drei mit Zugang zu einem Seehafen. Die französische Garnison würde entlang der französischen Grenze liegen und von Frankreich direkt zu erreichen sein. Das von den Alliierten freigegebene Gebiet – also fast ganz Deutschland unter Einschluss von Berlin – würde der provisorischen deutschen Regierung unterstellt werden. Ausführliche Sicherheitsbestimmungen würden in der Zeit des Übergangs der Regierungsgewalt von den alliierten Militärs auf die Deutschen jeden Missbrauch der deutschen Polizei durch Extremisten von rechts oder links unmöglich machen. Die einzelnen Phasen der Übergabe waren zeitlich so aufeinander abgestimmt, dass mit undemokratischen Methoden zu keiner Zeit etwas auszurichten sein würde. Die vollständige Entmilitarisierung Deutschlands würde beibehalten werden.

Voraussetzung für die Vorlage unserer in Plan «A» zusammengefassten Vorschläge bei einer neuen Aussenministerkonferenz sollte das generelle Einverständnis der Briten und Franzosen sein. Eine erfolversprechende Alternative sahen wir nicht. Die Ausweitung des Londoner Programms auf ganz Deutschland, die von anderer Seite angeregt wurde, schien uns keine solche Alternative zu sein. Das Londoner Programm sah die fortgesetzte Überwachung der deutschen politischen Entwicklung durch eine alliierte Hohe Kommission vor. Die würde auf Viermächtebasis kaum durchführbar sein. Das Londoner Programm sah ausserdem die Beibehaltung der Besatzungstruppen in den einzelnen Zonen vor. Aber eine nicht kommunistische deutsche Regierung würde unserer Meinung nach in einer sowjetisch besetzten Ostzone niemals ihre Autorität geltend machen können. Die im Londoner Programm vorgeschlagenen Einrichtungen liessen sich bei einer gesamtdeutschen Regelung einfach nicht verwirklichen. Vorschläge nach der Art von Plan A dagegen würden wenigstens nicht die Chance verbauen, dass die Russen sich eines Tages friedlich aus dem Herzen Deutschlands zurückzögen, auch wenn sie nicht sofort mit allen Punkten einverstanden wären, was ohnehin kaum zu erwarten war. Wenn man ihnen diese Chance in der Form

konstruktiver Vorschläge unsererseits nicht erhalte, würden sie es vielleicht später unmöglich finden sich zurückzuziehen, selbst wenn sie gerne wollten. Unsere eigene Ausgangsposition sei stark durch die Erkenntnis belastet, dass wir über die Zukunft der Westsektoren von Berlin niemals wirklich beruhigt sein könnten und dass sowohl die Bevölkerung wie auch die Garnisonen von West-Berlin dauernd mit einer neuen Krise rechnen müssten, solange die Umgebung der Stadt von russischer Besatzung und kommunistischen Behörden kontrolliert werde.

Ich muss noch einmal betonen – weil wir es für entscheidend wichtig hielten –, dass unsere Vorschläge dem Rat der Aussenminister nur nach genauer und vertraulicher Überprüfung durch Franzosen und Briten vorgelegt werden sollten, und auch dann nur für den Fall, dass beide bereit wären, sie zu unterstützen. In den Wochen nach Ablieferung unseres Memorandums wurde ich wiederholt gefragt, was wir denn tun sollten, falls Franzosen und Briten dazu nicht bereit wären. Ich fand, dass wir dann nicht drängeln, sondern die Verantwortung für den Entwurf einer Alternative den beiden befreundeten Regierungen überlassen sollten. Wir müssten ihnen in etwa sagen: «Bessere Vorschläge können wir nicht machen. Wenn sie euch nicht passen, dann müsst ihr euch eben selbst etwas einfallen lassen; nur vergesst nicht, dass das Berlinproblem uns auf den Nägeln brennt.»

Natürlich wurde ich auch gefragt, was geschehen solle, wenn Franzosen und Briten einverstanden wären, die Russen aber nicht (was in der Tat zu erwarten war). In diesem Fall, meinte ich, müssten wir das Londoner Programm verwirklichen (immer vorausgesetzt, dass wir mit der Berliner Blockade irgendwie fertig würden), aber unser Angebot trotzdem aufrechterhalten. Damit würden wir die Verantwortung für die endgültige Teilung Deutschlands den Russen zuschieben, genau wie wir es beim Marshallplan in Bezug auf die Teilung Europas getan hatten. Wir hätten dann wenigstens die Bedingungen genannt, unter denen wir mit der Rückgängigmachung der Teilung Deutschlands einverstanden wären, und hätten klargestellt, dass wir sie nicht grundsätzlich ablehnten. Wir hätten die Missverständnisse vermieden, denen andere Vorschläge, die keine Wege für die Überwindung der Teilung aufzeigten, vielleicht ausgesetzt wären. Und wir hätten uns gegen den propagandistischen Effekt eventueller gesamtdeutscher Vorschläge von Seiten der Russen geschützt.

Um den Jahreswechsel 1948/49 wurde General Marshalls Amt von Mr. Dean Acheson übernommen. Ich kannte ihn von früher her und hatte 1947 schon kurz mit ihm zusammengearbeitet, bevor er im Sommer desselben Jahres das Amt des Staatssekretärs niederlegte. Als er jetzt als Aussenminister wiederkam, sagte er, dass er mich wenigstens für die nächste Zeit gerne als Leiter des Planungsstabs behalten würde. Ich erklärte mich ebenfalls gerne einverstanden.

In der folgenden Zeit war mein Verhältnis zu ihm immer angenehm. Ich respektierte und bewunderte ihn, war gern in seiner Gesellschaft und profitierte ständig von der Auseinandersetzung mit seinem scharfen Verstand. Ich wusste genauso gut wie alle anderen, die ihn näher kannten, dass er durch und durch integer war und dass es keinen anständigeren Menschen gab als ihn, und ich war entsprechend verärgert über die Anschuldigungen, die gewisse Abgeordnete und auch Teile der Presse damals gegen ihn vorbrachten; ich bewunderte die Würde und den Mut, mit denen er ihnen standhielt. Unsere Beziehungen hatten damals noch nicht unter den Meinungsverschiedenheiten in Fragen der Europapolitik gelitten, die in späteren Jahren der Öffentlichkeit Gesprächsstoff lieferten.

Dennoch vollzog sich gleich mit Mr. Achesons Amtsantritt ein spürbarer Wandel der Position und der Wirkungsmöglichkeiten des Planungsstabs. Er war ein Mann, der sich nicht mit Institutionen abgab, sondern nur mit Persönlichkeiten, und auch diese beurteilte er nicht immer richtig, wie mir schien. Meine im Auswärtigen Dienst gesammelten Erfahrungen schienen ihm sonderbar und zugleich wohl eine fragwürdige Vorbildung für einen Staatsmann oder etwas dergleichen. Obwohl er mich in meiner Eigenschaft als Leiter des Planungsstabs zum Bleiben aufgefordert hatte, betrachtete er mich nur als Individuum – als eines von mehreren Individuen, die er um sich sammelte und mit denen er Gedanken austauschte. Es waren Leute völlig verschiedener Herkunft mit völlig verschiedenen Überzeugungen, deren unvereinbaren Ansichten er lauschte wie ein Richter den Argumenten von Anklage und Verteidigung. Er wäre nie auf den Gedanken gekommen, den Planungsstab als Institution um Rat anzugehen oder ihm wie General Marshall innerhalb bestimmter Grenzen genug Vertrauen entgegenzubringen, um seine Meinung auch dann zu respektieren, wenn sie mit der seinen nicht vollkommen übereinstimmte; und genauso fremd wäre ihm die Idee gewesen, den Planungs-

stab als einen politischen Anreger und Koordinator zu sehen und ihn mit der Aufgabe zu betrauen, die Arbeiten der verschiedenen Länder- und Fachreferate in Übereinstimmung zu bringen. Meine bei unsern mündlichen Auseinandersetzungen vorgebrachten Ansichten fand er, wie mir schien, teils belustigend, teils haarsträubend, und durchweg interessant; aber zuzeiten kam ich mir vor wie ein Hofnarr, von dem man sich eine Belebung der Diskussion verspricht und dem man zum Dank unmögliche Sachen zu sagen erlaubt; den man schätzt, weil er wie eine Stechfliege das dicke Fell phlegmatischer Kollegen durchdringt, den man aber nicht ganz ernst nehmen darf, wenn es um wirklich wichtige politische Entscheidungen geht.

Während des Winters 1948/49 war die amerikanische Regierung mit der Errichtung und Unterhaltung der Luftbrücke als eines Mittels zur Umgehung der Blockade und mit der Verwirklichung des Londoner Programms voll ausgelastet. Bei diesem letzteren Unternehmen teilte sie sich die Arbeit natürlich mit den Franzosen und Briten und mit den Deutschen selbst. Die führenden politischen Köpfe Westdeutschlands waren den Winter über mit der Ausarbeitung einer Verfassung für den neuen westdeutschen Staat beschäftigt. Die drei Westmächte arbeiteten gleichzeitig an einem neuen Besatzungsstatut, das in Kraft treten sollte, wenn die westdeutsche Regierung gebildet wäre. Es waren komplizierte Arbeiten, und sie erforderten schwierige und mühevollen Verhandlungen. Mit dem Fortgang der Arbeit wuchs die Überzeugung von ihrer Wichtigkeit und Legitimität. Die Menschen begannen Selbstgefühl und Eifer zu entwickeln. Die Anteilnahme verstärkte sich. Im Verlauf der Wochen und Monate nahmen die Dinge immer mehr den Charakter des Endgültigen, Unwiderruflichen an, und die Vorstellung, das Erreichte um eines weiter gespannten internationalen Abkommens willen aufzugeben oder zu gefährden, erschien immer weniger annehmbar. Wieder einmal wurde, wie so oft in der amerikanischen Diplomatie, ein als Mittel zum Zweck entworfener Plan nach und nach zum Selbstzweck. Was als Hilfsmaßnahme für die Durchsetzung einer bestimmten Politik gedacht war, wurde stattdessen ihre Determinante.

Wegen der intensiven Beschäftigung unserer führenden Leute mit Luftbrücke und Londoner Programm, und weil wir mit den Russen noch keinen Termin für eine neue Aussenministerkonferenz vereinbart hatten, wurden die Verhandlungsvorschläge des

Planungsstabs über Winter auf Eis gelegt, ohne dass formell über sie entschieden worden wäre. Tatsächlich jedoch wurde die Entscheidung täglich mehr und mehr durch unsere immer stärker werdende Bindung an das Londoner Programm vorweggenommen.

In meiner Bewunderung für die Leistungen des Luftbrückenunternehmens stand ich niemand nach. Für das Londoner Programm dagegen konnte ich weder Anteilnahme noch Begeisterung aufbringen. Teils darum nicht, weil es als Grundlage für Verhandlungen mit den Russen ungeeignet und insofern gleichbedeutend war mit dem Verzicht auf eine baldige Wiederherstellung der Einheit Deutschlands und des Kontinents. Aber auch darum nicht, weil es seiner ganzen Anlage nach allzu sehr vom Geiste unserer Besatzungsbehörden in Deutschland geprägt war. Unter ihrer Aufsicht sollte es verwirklicht werden und garantierte ihnen damit ihr Weiterleben und ihre Befugnisse auch über die Bildung einer westdeutschen Regierung hinaus.

Ich hatte einen schon fast krankhaften Widerwillen gegen diese Behörden. Seit Kriegsende war ich zweimal in Deutschland gewesen. Beide Male hatte mich das Entsetzen gepackt beim Anblick dieser Horden von Landsleuten, die da inmitten der Trümmer einer zerstörten nationalen Gemeinschaft mit ihren Angehörigen ein Luxusleben führten; in Unkenntnis der Vergangenheit; blind für die vielen Zeichen der gegenwärtigen Tragik; im Besitz derselben Privilegien und derselben beschlagnahmten Villen, deren sich bis vor Kurzem noch Gestapo und SS erfreuten; protzend mit den albernen Errungenschaften ihrer Supermarkt-Existenz in einer Welt der Entbehrung und des Elends – ein Schulbeispiel für leeren Materialismus und kulturelle Verarmung gegenüber einem nach geistiger Nahrung hungernden Volk. Die eklatanten Unterschiede zwischen ihrem eigenen Leben und dem ihrer deutschen Nachbarn empfanden sie als selbstverständlich, als ganz in der Ordnung; aber diese Unterschiede waren nicht weniger krass als die zwischen Herr und Knecht in dem feudalistischen Deutschland, das zu zerstören zwei Weltkriege hindurch unsere erklärte Absicht gewesen war. Dass viele Deutsche Bestrafung verdienten, war gewiss; aber ihre Schuld war kein Beweis für unsere Tugend. Auch war nicht alles, was die Trümmer des Deutschen Reiches unter sich begraben hatten, wertlos oder schlecht gewesen. Viel, erschreckend viel Kostbares und Schuldloses war zusammen mit dem übrigen untergegangen. Es blieb, wie immer man es betrachtete,

eine Tragödie fürchterlichen Ausmasses, die, wie mir schien, auch den Siegern die Pflicht auferlegte, sich bescheiden zurückzuhalten. Vielleicht war es unvermeidbar oder sogar notwendig gewesen, dass auch so viel von dem vernichtet wurde, das Vernichtung eigentlich nicht verdient hatte. Wenn ja, dann war es eine tieftragische Notwendigkeit gewesen, und uns selbst hätte die Erkenntnis, dem Schicksal als Erfüllungsgehilfen gedient zu haben, ernüchtern und schweigsam machen sollen. Mit ansehen zu müssen, wie unsere Leute stattdessen ihre Selbstzufriedenheit, ihre Oberflächlichkeit und Phantasielosigkeit öffentlich zur Schau stellten und an nichts als an die Befriedigung ihrer materiellen Bedürfnisse dachten, war mir unerträglich. Ich konnte mich nicht damit abfinden. Dafür war ich von der Tragödie des anständigen Deutschlands zu sehr persönlich angerührt. Möglich, dass ich viel zu heftig reagierte. Sicher aber auch, dass ich nicht anders reagieren konnte und dass meine politischen Ansichten davon beeinflusst wurden.

Im März 1949 unternahm ich eine kurze Reise nach Berlin, Frankfurt und Hamburg, um meine Eindrücke vom besetzten Deutschland aufzufrischen und meine politischen Ideen an der Wirklichkeit zu messen. Meine Tagebuchnotizen darüber sind sehr umfangreich und können deshalb hier nicht vollständig wiedergegeben werden; aber durch ein paar Auszüge möchte ich illustrieren, um was es in diesen entscheidenden Monaten ging.

Ich kam am 12. März abends – natürlich in einer der Luftbrücken-Maschinen – nach Berlin und wurde

«durch dunkle, verödete Strassen ins Harnackhaus gefahren, jetzt Gästehaus und Klub der Amerikaner. Die Stadt wirkte tot – ein Gespenst ihrer selbst. Das hellerleuchtete Harnackhaus stach grell aus der Dunkelheit heraus wie ein Tingeltangel in einer schläfrigen Provinzstadt zu nächtlicher Stunde. Es war Sonnabend. Lichtschein und rhythmische Stösse von Tanzmusik drangen durch die Fenster. Entlang der Strasse waren Autos aufgereiht; die deutschen Chauffeure stapften in der kalten Nachtluft murrend hin und her und erinnerten fatal an die verummten Kutsher von Anno dazumal, die vor den Nachtklubs von Petersburg und Moskau ihre Herren zu erwarten pflegten.

Die Halle innen hatte das unbenutzte Aussehen von Klubräumen zur Nachtzeit, aber im Speisesaal war mehr los. Zu Ehren der Samstagabend-Festivitäten war er mit Kerzen

geschmückt. Eine deutsche Kapelle drosch ihr Repertoire amerikanischer Tänze auswendig herunter. Die Musiker sahen müde aus; sie starrten so ausdruckslos in die Gegend, dass man nicht recht wusste, ob ihnen das Ganze nur gleichgültig war oder ob sie die an ihnen vorbeiziehenden Colonels und die Verwaltungsbeamten der Militärregierung mit ihren Damen wirklich nicht bemerkten. Offensichtlich beeindruckte sie weder die Gelegenheit noch die Musik, die sie spielten. Beides hatten andere für sie arrangiert. Es ging sie nichts an.

Die Gäste führten sich im Allgemeinen ordentlich auf. Nur von einem Tisch, wo eine Geburtstagsfeier im Gang war, schnitt plötzlich eine empörte New Yorker Stimme durch die halblaute Konversation und die Musik: ‚Nu sieh bloss mal die Speisekarte. Thunfisch. Nich’ zu fassen. Thunfisch. So was gern wir’n Hund. Der mag ihn auch nich’ mehr. Guckt mich bloss an un sagt: Hergottnochmal, doch nich’ schon wieder Thunfisch!’

Spät noch machte ich einen langen Spaziergang. Die Strassen waren still und leer und vollkommen dunkel. Dies war einmal das elegante Dahlem gewesen. Die Villen – die, die nicht zerborbt waren – hoben sich undeutlich gegen die Dunkelheit ab. Mit wieviel Stolz, wieviel Eifer, welch grossen Hoffnungen auf persönliches Glück und Wohlergehen sie alle wohl erbaut worden waren. Damit war es jetzt vorbei. Heute waren die Villen stumm und dunkel und kalt. Wenn überhaupt Deutsche dort lebten, dann hausten sie in ihnen wie einst die Barbaren in den Palästen Roms. Es sah nicht so aus, als ob sich das bald ändern würde. Schwer zu sagen, ob es gerecht oder ungerecht, verdient oder unverdient war. Was immer es sein mochte – jede dieser schattenhaften Formen bedeutete zerbrochene Träume, enttäuschte Erwartungen von Menschen, die einst unternehmend und hoffnungsfroh gewesen waren. Wie man es auch ansah: es war ein Jammer.

Als ich wieder im Klub war, konnte ich nicht schlafen. Vom Fenster aus verfolgte ich die weiteren Begebenheiten der Nacht. In kleinen Gruppen kamen die Gäste heraus, bestiegen ihre Wagen und fuhren ab. Auch der allerletzte Leutnant fand schliesslich zu seinem Jeep. Endlich erschienen die Musiker, schimpften misstrauisch auf verspätete Kollegen ein und fuhren davon in einem unglaublich vollgepfropften Vehikel, über das sie offenbar verfügten. Zum Schluss standen die hohen kahlen Pappeln wieder allein da; dieselben Pappeln, die die letzten Jahre der Weimarer Republik und die Nazizeit und den Krieg und die

Bomben und die Ankunft der Russen erlebt und geduldig überdauert hatten. Sie blieben unter sich, bis in der Frühe der erste Zug der Untergrundbahn mit seinen zerbeulten Wagen durch den Einschnitt nebenan ratterte und der Himmel sich erhellte. Für das Berlin der Luftbrückenzeit brach ein grauer, feuchter Märzsonntag an.»

Für den folgenden Nachmittag hatte ein Freund mich zu sich eingeladen, um Ernst Reuter kennenzulernen, den Bürgermeister von West-Berlin. Wir holten ihn in seiner Wohnung in der Nähe von Wannsee ab und fuhren ihn zum Haus meines Freundes in Dahlem. Ich hatte ihn noch nie gesehen. Er war, wie ich notierte,

«ein grosser kräftiger Mann mit schweren Zügen und vor Müdigkeit dunkel umringten Augen. Er war erst am selben Nachmittag vom Parlamentarischen Rat in Bonn zurückgekehrt.

Wir sassen in der Fensternische des Wohnzimmers und tranken Tee. Die Kiefern draussen vorm Fenster reckten sich hoch und gerade aus dem schmelzenden Schnee und führten den Vorsitz bei unserm Gespräch.

Sie würden die Festung halten in Berlin, sagte er. Es sei jetzt die schlimmste Jahreszeit. Frische Lebensmittel seien kaum zu beschaffen. Die Grippe breite sich aus. Aber die Stimmung werde sich halten lassen, so lange wir Amerikaner zum Bleiben entschlossen seien.

Mit der Wohnungsknappheit sei es in Berlin nicht ganz so schlimm wie in den Westzonen. Man habe zwar 40 Prozent des Wohnungsbestandes verloren, aber auch 25 Prozent der Bevölkerung. Er habe keine Bedenken gegen Verhandlungen mit den Russen über Berlin, vorausgesetzt, dass wir zunächst für eine solide Ausgangsposition sorgten. Zu diesem Zweck sollten wir die Westmark in den Westsektoren als einzige Währung einführen und demonstrieren, dass die Luftbrücke einen Durchschnitt von täglich 8'000 Tonnen bewältigen könne. Nur dann würden die Russen glauben, dass wir auf die Annahme ihrer Vorschläge nicht unbedingt angewiesen seien, und nur dann würden sie ernsthaft bereit sein, ins Geschäft zu kommen.

In Westdeutschland sei die Jugend in Ordnung: die Älteren seien es, in deren Herzen und Gehirnen der Nazismus spuke. Die Jugend sei skeptisch und misstrauisch gegen die alte Gene-

ration der Politiker, die in den westdeutschen Parteien den Ton angäben. Er könne es ihr nicht Übelnehmen. Das seien kurz-sichtige Leute, sie hätten wenig dazugelernt, und sie seien verdorben durch das lange Agieren im luftleeren Raum. Nur die Last der Verantwortung könne sie wieder mit den Füßen auf die Erde stellen; andernfalls würden sie bloss unverbindlich herumdiskutieren und nörgeln. Irgendeine Form von deutscher Regierung sei deshalb notwendig, und je eher sie käme, desto besser.

Aber wir sollten die Deutschen nicht wiederbewaffnen, bat er – unter gar keinen Umständen. Ich versicherte ihm, dass das auch nicht unsere Absicht sei, aber er war nicht überzeugt, wie ich sah. Unsere eigenen Militärs in Deutschland redeten allzu oft darüber. Es war dunkel geworden. Reuter ging. An seiner Stelle erschienen zum Abendbrot Gäste aus der Ausländerkolonie. Ich war ihnen schon früher begegnet, auf einem anderen Posten. Mit ihrem Erscheinen wendete die Konversation sich wieder den gängigen Themen und dem Ausländerklatsch zu. Vergessen waren Trümmer und Verwüstung; vergessen die Sorgen und die ungewisse Zukunft der zweieinhalb Millionen Menschen um uns herum; vergessen die grossen Transportmaschinen, die über unseren Köpfen durch Regen und Dunkelheit zogen und ihre Motoren in Abständen von genau drei Minuten hören liessen. Ich staunte über die zähe Unbeweglichkeit unserer angelsächsischen Umgangsformen und fragte mich verzweifelt, wieviel Katastrophen sich wohl noch ereignen, wie viele Städte wohl noch zerbombt werden und um wieviel eindringlicher die Grausamkeit und das Leid dieser Welt uns wohl noch demonstriert werden müssten, bevor wir aufhörten, einander Getränke zu mixen und lange Abende hindurch über den Preis von Antiquitäten, die Unzulänglichkeit der Dienstboten und das Angebot an Schönheitsmitteln in den armee-eigenen Läden zu schwatzen.»

Von Berlin flog ich zwei Tage später nach Frankfurt und hospitierte bei verschiedenen Sitzungen der Hohen Kommissare, sowohl im internen Kreis als auch mit den Vertretern der Deutschen. Die gemeinsamen Besprechungen, mit ihrer Demonstration unbegrenzter Macht auf der einen und von Unterwürfigkeit auf der anderen Seite, waren ein widerliches Schauspiel, aber der Vergleich der Alliierten untereinander machte mich stolz auf unsere eigenen Leute. Nach meinem Eindruck waren sie die

besten von allen: ernsthaft, fähig, sachlich. Sie versuchten weder, die anderen ihre Macht fühlen zu lassen, noch bildeten sie sich auf diese Macht etwas ein. Menschlich gesehen waren sie für die Deutschen wohl am leichtesten zu behandeln, trotz ihrer manchmal haarsträubenden Naivität.

In Frankfurt benutzte ich die Gelegenheit zu einem langen Gespräch mit einem alten Bekannten aus Berlin und jetzigen amerikanischen Bürger, einem Mann mit viel Erfahrung und klarem Urteil, der über die Sitzungen des Parlamentarischen Rats genau im Bilde war. Obwohl selber gebürtiger Berliner, warnte er mich davor, die Notlage von Berlin zu wichtig zu nehmen und sich dadurch zu einer übereilten Wiedervereinigung des Landes drängen zu lassen. Es schien ihm sehr gefährlich, die beiden schon jetzt in ihrem gesellschaftlichen Aufbau so verschiedenen Teile Deutschlands abrupt wieder zusammenzuführen. In der Sowjetzone hatte sich, wie er sagte,

«wirklich so etwas wie eine soziale Revolution vollzogen. Es sei die einzige Gegend Deutschlands, in der man mit dem Feudalismus endgültig aufgeräumt habe. Zwar auf brutale und destruktive Weise, und ohne etwas Positives an seine Stelle zu setzen; aber es sei geschehen. Wenn man jetzt versuche, die Sowjetzone wieder mit dem übrigen Deutschland zu vereinigen, würde es einen schlimmeren Bürgerkrieg geben als den in Spanien. Weder die Sowjetunion noch die Westmächte würden ruhig zusehen können, wie man ihre Freunde schlüge. Sie würden zum Eingreifen gezwungen sein. Das wäre das Ende Deutschlands und vermutlich der westeuropäischen Zivilisation. Wir sollten deshalb aus der Not eine Tugend machen und die Teilung Deutschlands als die einzige Chance für die Konsolidierung Westeuropas sogar begrüßen. Ein wiedervereinigtes Deutschland wäre für Europa wahrscheinlich unverdaulich.

Die Verbindung des ostzonalen Extremismus mit den in Westdeutschland ebenfalls vorhandenen Strömungen würde ein politisches Bild ergeben, das von den Vorstellungen des Westens zu stark ab wiche, um annehmbar zu sein. Er selbst als gebürtiger Deutscher bedaure das.

Unsentimental gesehen wäre es besser, Berlin aufzugeben. Als deutsche Hauptstadt werde es nicht benötigt. Mit Beginn des Kalten Krieges sei das Festhalten daran unlogisch geworden. Wahrscheinlich sei die Aufgabe Berlins ja aus psychologischen Gründen unmöglich. Die bitteren Folgen dürfe man auch

nicht unterschätzen. Nicht nur die Politiker der Westsektoren würden in kommunistischen Konzentrationslagern enden, sondern auch die gesamte Polizei.

Auf die Frage nach den Möglichkeiten der Russen, in Deutschland politisch Unruhe zu stiften, meinte er, bei den Grenzen sei wohl nicht viel zu machen, höchstens könnten sie erneut von den Trümmern des polnischen Staates profitieren. Aber in den Flüchtlingen hätten sie eine sehr wirkungsvolle Waffe. Wenn sie anböten (oder erlaubten, dass die SED anböte), die Flüchtlinge nach Hause zu schicken, würde das von jedem Mann in Deutschland begrüsst werden, von Flüchtlingen und Eingesessenen gleichermassen. Einer solchen Versuchung würden nur die wenigsten widerstehen. Die Kommunisten an der Ruhr hätten übrigens auch noch Aussichten. Die Stimmung der Arbeiterschaft sei von einer Art, dass es nur eines kleinen Anstosses bedürfe, um heftige antiwestliche Reaktionen auszulösen.»

Meine nächste Station war Hamburg. Dort hatte ich eine ganze Reihe von Unterredungen, alle interessant und aufschlussreich. Ich kann sie nicht alle hier wiedergeben. Eine davon führte ich mit einem Mann, den ich in meinen Notizen als Redakteur beschrieb, «ein Halbjude, der lange in der Emigration gelebt hatte . . . ein grosser hagerer Mann mit eingesunkenen Augen, die von langem Leiden und Nachdenken Zeugnis gaben».

«Er sprach über die Jugend. Auch er hielt sie für gesund. Nur die Älteren trügen noch gefährliche deutsch-chauvinistische Ideen mit sich herum. Aber die Jugend sei ohne Hoffnung. Sie habe keine Chancen. Viele würden gerne emigrieren. Für diese jungen Menschen sei Deutschland nicht länger die Heimat der Nation, es sei das Gefängnis der Nation. Aber wenn man die Emigration zulasse, würden gerade die Leute mit Phantasie und Unternehmungsgeist Weggehen, vor allem die jungen Männer. Was könnte das einem Lande nützen, das sowieso schon einen erheblichen Überschuss an Frauen und alten Leuten zu verzeichnen hatte?»

Er sprach dann bekümmert und bitter über die alliierte Politik. Was denn dieses Zaudern solle, diese halben Massnahmen? Die Deutschen würden so lange unrealistisch bleiben, bis sie den Druck einer realen Verantwortung spürten.

Besonders setzte er sich für das Ende der Entnazifizierung ein,

für eine Amnestie, die mit der ganzen Sache ein für allemal Schluss mache. Er fand, dass es bei der Ermittlung der Schuld von Personen mit früheren Nazi-Bindungen um viel zu differenzierte, zu subjektive und zu schwer auf einen Nenner zu bringende Dinge gehe, als dass man sie juristisch erfassen könne.

Das Gesetz, sagte er, befindet über klare und unzweideutige Tatsachen; es darf nicht mit dehnbaren Begriffen arbeiten. Das Gesetz gilt entweder jederzeit und für alle, oder es gilt nicht. Ob wir immer noch nicht genug hätten von dieser unglückseligen Fehlkonzeption, nach der wir nun schon jahrelang vorgingen, ohne dass ein Ende abzusehen sei? Wir müssten doch inzwischen gemerkt haben, dass nicht einmal die ordentlichen Gerichte den Begriff des ‚Nazismus‘ als Tatbestand werten könnten, geschweige denn Laienkomitees, die mit dem Gesetz nicht vertraut seien. Auf diese Weise würde nur alte Ungerechtigkeit um neue vermehrt; alte Zwietracht um neue Zwietracht. Wir müssten uns an den Gedanken gewöhnen, dass es niemals möglich sein werde, vor den Gerichten genügende Mengen von Schuld und von Schuldigen nachzuweisen, um die Anzahl der begangenen Verbrechen dagegen aufzuwiegen. Die Wagschalen würden erst dann ins Gleichgewicht kommen, wenn man auf die andere Seite einen riesigen Ballen menschlichen Irrtums und menschlicher Schwachheit lege. Aber Irrtum und Schwachheit solle man vor den Gerichten dieser Welt nicht verklagen; versuche man es, so sei man der Rache näher als dem Gesetz.»

Mein nächster Besucher war Hamburgs Bürgermeister Brauer. Ich beschrieb ihn als einen kräftigen, starkknochigen, blonden Mann, der seinem Aussehen nach aus meiner Heimatstadt Milwaukee hätte stammen können. Das amerikanisch wirkende Äussere

«kam nicht von ungefähr: er hatte wirklich jahrelang in den Vereinigten Staaten gelebt und war auch bis Kriegsende amerikanischer Staatsbürger gewesen. Natürlich war er ein alter Sozialdemokrat; im sozialistischen Hamburg hätte er andernfalls nicht diese Position einnehmen können. In seiner Stimme schweben beim Sprechen Kummer und Hilflosigkeit mit – Beweis genug, dass er nicht aus persönlichem Ehrgeiz in seinem Amte blieb.

52 Prozent der Hamburger Wohnungen seien zerstört, sagte er. Die Bevölkerung sei vorübergehend auf die Hälfte reduziert gewesen, habe aber rasch wieder zugenommen und nähere sich

jetzt dem Vorkriegsstand von 1,6 Millionen. Monatlich kämen etwa 6'000 Flüchtlinge dazu, und so bliebe die Wohnungsnot immer gleich gross, obwohl die Bautätigkeit den Vorkriegs-Höchststand erreicht habe. Kaum seien ein paar Wohnungen fertig und ein paar Leute aus Bunkern und Schuppen geholt und dorthin umquartiert, da füllten sich Bunker und Schuppen wieder von Neuem mit Ostzonenflüchtlingen. Der Hafen arbeite nur mit 32% seiner normalen Kapazität, obwohl er inzwischen schon zur Hälfte restauriert sei. Vielmehr sei kaum zu erhoffen, ohne Hinterland. Der Schiffsbau sei mit wenigen Ausnahmen natürlich verboten. Der grosse benachbarte Industriebezirk Harburg sei durch Bomben grösstenteils zerstört. Unter diesen Umständen sei die Produktionsbasis der Stadt viel zu schmal für die enorme Bevölkerungspyramide, die auf ihr laste.

Den Beschäftigungsstand habe man halten können, wenn auch unter grossen Opfern. Kapitäne mit jahrelanger Erfahrung auf Ozeandampfern arbeiteten als Trambahnschaffner. 36'000 Menschen seien bei den Briten beschäftigt, auf Kosten der Stadt.

Der Kalte Krieg machte ihm keine Sorgen. Er meinte, wir würden ihn ziemlich bald gewinnen. Aber unsere Vorstellungen über die westdeutsche Regierung seien ganz falsch. Zunächst brauche sie, um arbeitsfähig zu sein, grössere Befugnisse gegenüber den Bundesländern, und auf wirtschaftlichem Gebiet müssten wir ihr ebenfalls wirkliche Entscheidungsfreiheit geben, wenn wir etwas erreichen wollten. Und wir sollten mit der Um-erziehung Schluss machen, die ohnehin nur eine Farce sei und bei den Deutschen das genaue Gegenteil von dem bewirke, was wir uns von ihr erhofften. Alles in allem hatte er an den Westen nur die eine Bitte: Lasst die Deutschen arbeiten!«

Tags darauf wurde ich in Hamburg herumgefahren, speziell in den zerbombten Gegenden. Der Anblick war nicht erfreulich; die Gedanken, die er erweckte, waren es ebenso wenig. «Hier war nichts als Verwüstung – kilometerweit.» Genau drei Tage und drei Nächte hatte man im Jahre 1943 dafür benötigt. Siebzigtausend Menschen waren dabei umgekommen. Von mehr als dreitausend weiteren nahm man an, dass sie noch unter den Trümmern lägen. Die ersten sechzig britischen Luftangriffe auf Berlin hatte ich selber erlebt und seit Kriegsende viele Ruinen gesehen; aber diese hier trafen mich hart.

«Die Trümmer von Berlin hatten eine Art von majestätischer Tragik ausgestrahlt. Berlin war eine grosse, kalte Stadt gewesen, eine imperiale Stadt, hochmütig und anmassend. Solche Städte reizten Götter und Menschen zum Zorn.

Aber das arme alte Hamburg: diese gemütliche, gutgelaunte Hafenstadt, wie so viele unserer eigenen Städte dem nützlichen Einerlei von Handel und Gewerbe ergeben – um Hamburg war es schade.

Hier fühlte ich zum erstenmal mit absoluter Gewissheit, dass derart immense Verheerungen mit militärischen Augenblickserfolgen (falls man sich überhaupt welche davon versprochen hatte) niemals zu rechtfertigen seien; nicht die Vernichtung der Zivilbevölkerung und auch nicht die Vernichtung materieller Werte, die durch Hunderte von Jahren von Menschen mühsam geschaffen worden waren. Und schon gar nicht durch das unlogische: ‚Ihr habt ja angefangen.‘ Und plötzlich schien es mir, als ob diese Trümmer eine Wahrheit symbolisierten, vor der der Westen die Augen nicht verschliessen dürfe. Wenn wir der Welt zeigen wollten, dass unsere angeblich höhere Moral mehr war als Wortgeklänge, dass dahinter wirklich mehr Menschlichkeit und mehr Liebe zum Nächsten stand – und das schloss Rücksicht auf die Werke, die dieser Nächste geschaffen hatte und an denen er hing, mit ein –, dann mussten wir lernen, unsere moralischen Grundsätze entweder auch in Kriegszeiten beizubehalten oder das Kriegführen aufzugeben; denn diese moralischen Grundsätze bildeten einen Teil unserer Kraft. Ohne sie waren wir nicht länger wir selbst, waren unsere Siege keine wirklichen Siege; ohne sie würden die Fundamente unserer Existenz ins Wanken geraten. Bestimmt würden die Militärs solche Ideen als naiv verachten; bestimmt würden sie sagen, wenn man schon Krieg führe, dann müsse man ihn mit allen verfügbaren Mitteln führen oder unterliegen. Aber wenn das wahr sei, dann ergebe sich daraus für den Westen, so hart es ihn auch ankommen werde, die Verpflichtung, militärisch um so viel stärker zu sein als der Gegner, dass er auf Waffen verzichten könne, die zwar vor der Niederlage bewahrten, aber um den Preis der Aushöhlung des Sieges.»

Gedanken dieser Art bestimmten meine Haltung auch in den Auseinandersetzungen und Schwierigkeiten der kommenden Jahre: bei den Debatten in Washington über die Frage, ob wir das Risiko der Entwicklung von Wasserstoffbomben eingehen sollten; bei den Reith Lectures der BBC im Jahre 1957, als ich

mich dagegen wandte, die Verteidigung der kontinentalen NATO-Mitglieder auf Kernwaffen umzustellen; und schliesslich, 1966 und 1967, bei den Hearings des Senats über die Bombardierung Nord Vietnams.

Vom Hamburg fuhr ich nach Bremen. Dort sprach ich im Hause des Konsuls mit dem Präsidenten des Bremer Senats¹⁰⁴.

«Er war ein kräftiger, einfacher, ruhiger Mann mit altmodischem Hängeschnurrbart, von Herkunft ein Bauer und noch im wilhelminischen Deutschland aufgewachsen. Die Nazis hatten ihn gleich nach ihrer Machtübernahme eingesperrt, und nach der Entlassung war er zurück aufs Land gegangen und hatte zwölf Jahre lang schweigend und geduldig seine Äcker bestellt und sich um Politik überhaupt nicht gekümmert. Als man ihn nach der Niederlage wieder holte, hatte er seine Geräte weggestellt und war mit unveränderter Schlichtheit und Tatkraft auf seinen Posten an der Spitze des Bremer Stadtstaats zurückgekehrt.

Über die Schwierigkeit, Bremen unter unserer Oberaufsicht zu regieren, sprach er mit kummervoller Ironie. Die Militärregierung habe angeordnet, die Grundschulzeit von vier auf sechs Jahre zu verlängern. Sie selber hätten nichts dagegen. Sie würden es tun. Aber sie würden die Umstellung lieber allmählich vornehmen. Die Eltern der jetzigen Viertklässler hätten sich an die Idee noch nicht gewöhnt. Ihre Kinder seien unter anderen Voraussetzungen eingeschult worden. Er habe deshalb bei der Militärregierung angefragt, ob sie mit einer Übergangszeit einverstanden wären. Man habe geantwortet: nein; die Anordnung sei sofort auszuführen. Sie hätten auch Abendkurse für Arbeiter – acht Wochenstunden. Die Militärregierung habe sich eingeschaltet und gesagt, das reiche nicht. Sie müssten weitere acht Wochenstunden Gemeinschaftskunde auf den Stundenplan setzen. Das verdopple den Umfang der Kurse.

Sie hätten weder die Räume noch die Lehrer, um diese Reformen durchzuführen. Die Bürgerschaft sei dagegen ... er selber sitze in der Klemme.

Ich fragte den Konsul, der an dem Gespräch teilnahm, welche Leute in der Militärregierung denn für diese Dinge zuständig seien und die Anordnungen träfen. Er sagte, das sei der Leiter der Abteilung Erziehungswesen der Militärregierung für die Enklave Bremen. Ich fragte, was für eine Vorbildung dieser Mann habe. Er sei Gymnasiallehrer in Indiana. Ob er ein ein-

¹⁰⁴ Wilhelm Kaisen (AdÜ).

sichtiger und fähiger Mann sei? Der Konsul war verblüfft über eine solche Frage und sagte, er sei ein guter Gymnasiallehrer in Indiana.

Der Senatspräsident fuhr mit seiner Geschichte fort. Das Gaswerk sei bei den Luftangriffen zerstört worden. Die Bevölkerung sei nicht ausreichend versorgt; es sei wichtig, die Anlage wieder in Gang zu setzen. Das Gaswerk gehöre der Stadt und sei vor dem Krieg als kommerzielles Unternehmen betrieben worden, unabhängig vom städtischen Etat. Er wolle es jetzt wieder aufbauen, und die Post sei bereit, ihm dafür 10 Millionen zu leihen. Die Anleihe liesse sich mit der Zeit aus dem Gewinn amortisieren. Aber jetzt habe die Militärregierung ihr Veto eingelegt. Wenn das Gaswerk schon wiederaufgebaut werden müsse, dann nur aus Steuergeldern. Nun wüssten sie nicht mehr weiter. Sie hätten so schon genug Geldsorgen, auch ohne die Steuerlast um weitere 10 Millionen zu vermehren.

„Was“, sagte er, „erwarten Sie nun von mir? Wenn Sie unbedingt wollen, kann ich es machen wie die Japaner. Ich kann lächeln und mich verneigen und Ihnen versichern, dass selbstverständlich alles genauso gemacht werden wird, wie Sie es wünschen. Und dann kann ich hingehen und die Fakten so verschleiern, dass Sie niemals herausbringen werden, was ich wirklich getan habe. Mit anderen Worten: ich kann Fügsamkeit heucheln, wenn das Ihre Leute glücklich macht. Aber ich würde sie lieber nicht so behandeln. Es macht mir keinen Spass. Und auf lange Sicht kommt nichts Gutes dabei heraus.“»

Bei meiner Abreise war ich mehr denn je bedrückt von der Erkenntnis, welch enorme Verantwortung wir uns da aufgeladen hatten und wie wenig wir ihr gewachsen waren.

Ich flog zurück nach Berlin. An einem Sonntagmittag traf ich ein. Meine Gastgeber waren übers Wochenende verreist, und ich benutzte freudig die Gelegenheit, allein und unerkannt durch die Strassen zu wandern und mich wieder zugehörig zu fühlen. «Trotz gelegentlichen Schneegestöbers war das Wetter besser als in der vergangenen Woche. Plötzlich war es nicht mehr Winter, sondern Frühling. Draussen war nicht mehr alles grau in grau. Es gab dunkle Wolken und helle Wolken, und dazwischen glänzte ein neuer Himmel – blassblauer Frühlingshimmel, an dessen Wiederkehr man während des endlos sich hinziehenden nördlichen Winters schon gar nicht mehr geglaubt hatte.

Sogar die Kinder spürten es. Auf meinem Weg zur U-Bahn-Station überholte ich drei, die einen Airedaleterrier spazierenführten. ‚Seht doch mal‘, sagte der kleine Junge, ‚die dunkle Wolke da ist die Nachtfee und die helle ist die Tagfee.‘ Der Hund hatte den freudig erregten Tonfall des Jungen mitbekommen, sah sich eifrig nach den andern um und zerrte an der Leine, um zu zeigen, dass er zu allem bereit sei.

(Du hast recht, mein Kerlchen, dachte ich bei mir, es gibt eine Tagfee und eine Nachtfee, eine helle Wolke und eine dunkle Wolke. Und welche von beiden über deinem Leben steht – welche Fee dich mit ihrem Stab berühren wird, wenn du erwachsen bist – das ist die Frage. Zum Teil wirst du selbst es entscheiden müssen, denn nur wer ganz und gar gefangen ist, hat weder Willen noch Verantwortung mehr. Aber zum grössten Teil hängt die Entscheidung von uns Amerikanern ab. Denn wir haben grosse Kriege gewonnen und uns grosse Macht angemasst. Und wir sind dadurch zum wenigsten freien aller Völker geworden. Wir haben uns selbst die Verpflichtung auferlegt, auf jede Frage Antwort zu geben, und jedermann kann zu uns kommen und seinen Groschen einwerfen, und die Spielregeln verlangen, dass wir ihm Rede stehen. Auch das wirst du eines Tages wissen; und dass du, je nachdem wie unsere Antwort ausfällt, in deinem Leben mehr von der Tagfee oder mehr von der Nachtfee spüren wirst. Ich würde übrigens gut aufpassen, wenn ich du wäre; wir sind uns unserer Antworten nämlich gar nicht so sicher.)»

Die Kinder waren in hellen Scharen hinausgeströmt, spielten in den Ruinen und bauten in den überfliessenden Rinnsteinen Dämme aus Trümmergestein. Gebannt schaute ich ihnen zu. Sie brachten mir zum Bewusstsein, wie tief die Verzweiflung der letzten Tage gewesen war, und weckten zugleich eine erste neue Hoffnung. Wenn man diesen Kindern doch Gesundheit und Zuversicht bringen könnte, dachte ich,

«wenn ihnen doch nur einer zeigte, dass am Ende des zarten Regenbogens, der sich tatsächlich an diesem Nachmittag über ihnen spannte, wann immer die Märzsonne durch das Schneegestöber drang – dass es da Dinge wie Freiheit und Sicherheit gibt und Befriedigung über die eigene Leistung und einen Geist der Humanität, dem eine Welt voll Schönheit und Wärme offensteht: wenn einer das täte, dann würden die Trümmer

ihre Macht über diese Kinder verlieren und die Tagfee die Herrschaft übernehmen.

Aber wer sollte es tun? Die Eltern? Die Eltern waren hart geworden und uninteressiert nach dem Verlust so vieler eigener Illusionen, selber verwirrt und mit einem fürchterlich engen Gesichtskreis. Die Amerikaner? Wir taten, was wir konnten. Aber wir wussten selbst noch nicht, wie die grosse politische Gefahr, die über dieser Stadt hing, abzuwenden sei. Und auch unser Blick war getrübt durch Gewohnheiten und Bequemlichkeit und durch unsere falsche und korrumpierende Stellung als Sieger und Besatzer.»

Der folgende Tag war mein letzter in Deutschland. Ich flog nach Frankfurt, hatte morgens Besprechungen und fuhr am Nachmittag hinauf in unser Gästehaus im Taunus, um auszuruhen.

Es war derselbe Taunus, in dem wir vierzehn Jahre zuvor als Internierte den düsteren, harten Winter 1941/42 zugebracht hatten. Gegen Abend kehrte ich in die Stadt zurück und nahm den Nachtzug nach Paris.

«Es war ein schöner sonniger Tag gewesen, der erste mit gutem Wetter seit meiner Ankunft in Deutschland. Inzwischen hatte die Abenddämmerung eingesetzt, aber im Westen war der Himmel noch hell, und viele Sterne standen darin. In den Dörfern waren die Spaziergänger unterwegs: Sie genossen den ersten warmen Frühlingsabend. Auch auf der Strasse herrschte lebhafter Verkehr; die meisten Fahrzeuge waren deutsch. Ich sah im Geiste das ganze Zweizonengebiet, das sich hinter uns im Dunkel erstreckte, und ich bildete mir ein, das halblaute Murmeln wiedererwachenden Lebens zu hören, den wechselnden Rhythmus von Arbeit und Erholung nach Jahren des Schocks und der Betäubung. Zehn Millionen Menschen jeden Alters und Standes waren das, und je nach Erbanlage, Erziehung, Stimmung, je nach klimatischen und wirtschaftlichen Gegebenheiten reagierten sie auf die unzähligen Umwelteinflüsse auf die eine oder andere Weise. Was wir auch unternähmen, stillstehen würden sie von jetzt an nicht mehr. Nichts würde sie mehr davon abhalten, auszuziehen und, einem der stärksten Antriebe der Menschheit folgend, eine Bestätigung dafür zu suchen, dass ihr Leben wichtig und nützlich und notwendig sei. Würden wir uns in dieser Vielfalt menschlicher Regungen zurechtfinden, die uns bislang so abstossend, so wenig beachtenswert erschienen waren?

Würden wir begreifen können, dass wir der Arzt waren, von dessen Verständnis es abhing, ob der Patient gesundete? Und dass ohne seine Gesundung für den Westen weder Einigkeit noch Fortschritt möglich sei? Würden wir ihm das Gefühl der Dazugehörigkeit, des Gebrauchtwerdens geben können, dessen er so dringend bedurfte? Oder würden wir uns in Ärger und Abscheu von ihm wenden und ihm keine Wahl lassen, als sich erneut ausserhalb der Gemeinschaft und gegen sie zu stellen, im Sinne des bitteren Goetheschen Verses, mit dem die Kommunistische Partei Deutschlands einst ihre Versammlungen schloss:

„Du musst herrschen und gewinnen
oder dienen und verlieren,
leiden oder triumphieren,
Amboss oder Hammer sein.“»

Während meiner Deutschlandreise hatte es erste Anzeichen dafür gegeben, dass die Russen bereit seien, die Blockade aufzuheben. Am 30. Januar hatte Stalin einem westlichen Journalisten gegenüber als Vorbedingung für die Beendigung der Blockade nur noch die Suspendierung (nicht etwa das endgültige Falllassen) der Pläne für den Aufbau einer westdeutschen Regierung erwähnt. Über das schwierige Währungsproblem, das in den bisherigen russischen Verlautbarungen immer als Haupthindernis für eine Einigung hingestellt worden war, hatte er kein Wort verloren. Professor Jessup, damals eine Art Sonderbotschafter des Aussenministers, hatte sich daraufhin in Achesons Namen bei dem russischen UNO-Botschafter Jakob Malik erkundigt, ob die Nicht-Erwähnung einem Versehen zuzuschreiben sei. Malik hatte nach Rücksprache mit seiner Regierung am 15. März geantwortet, das sei nicht der Fall. Hieraus entspann sich ein vertraulicher und von beiden Männern geschickt und diskret behandelter Meinungs-austausch, der Ende April in der Vereinbarung gipfelte, die Blockade zu beenden und den Aussenministerrat so rasch wie möglich zusammentreten zu lassen. Als genauer Termin wurde später der 23. Mai festgesetzt.

Mit dem so nahe bevorstehenden Treffen wurde automatisch auch die Frage wieder akut, welche Haltung wir zum Deutschlandproblem grundsätzlich einnehmen sollten. Das Thema wurde in der Presse ausführlich behandelt; innerhalb der Regierung gab es die üblichen lebhaften Diskussionen. Dabei tauchte gelegentlich auch Plan A als eine Art Kuriosität unter den ver-

schiedenen Möglichkeiten auf. Ernsthaft im Rennen war er nie. Das Londoner Programm wurde in wilder Hast vollendet, in der kaum verschleierte Absicht, es den Aussenministern der Grossen Vier als *fait accompli* zu präsentieren. Seine zahlreichen Urheber klammerten sich daran wie Mütter an ihr Kind. Sie hatten inzwischen so viel Mühe darauf verwandt und standen schon so dicht vor seiner Verwirklichung, dass ihnen der Gedanke unerträglich schien, es nun doch noch durch anderslautende Absprachen mit den Russen zu gefährden, zumal diese offensichtlich ohnehin gewillt waren, die Blockade zu beenden. Auch General Lucius Clay war ein grosser Anhänger des Londoner Programms und betrachtete es als eine seiner grössten Leistungen in Deutschland, dass es trotz beträchtlicher Schwierigkeiten schliesslich angenommen worden war. Er gab gerade zu dieser Zeit in einer wahren Gloriole wohlverdienter Ehrungen den Oberbefehl in Deutschland ab, den er so lange und so erfolgreich innegehabt hatte. In seinen Memoiren¹⁰⁵ finde ich keine Andeutung, dass er jemals erwogen hätte, das Londoner Programm zugunsten irgendeines Abkommens mit den Russen aufzugeben. Zur Zeit seiner Verabschiedung hatte er in einer Presseerklärung gesagt, die alliierten Besatzungstruppen würden noch weitere fünf bis zwanzig Jahre in Deutschland bleiben müssen, damit gewährleistet sei, dass die Deutschen sich an die neue Verfassung hielten. Im Notfall hätte sein Veto genügt, um zu verhindern, dass unsere Regierung in Viermächteberatungen Vorschläge über den Abzug der alliierten Truppen aus dem grössten Teil von Deutschland und die allmähliche Aufgabe der Besatzungsgewalt machte.

Im State Department war man ebensowenig geneigt, Plan A oder etwas Ähnliches vorzuschlagen. Wenn ich rückblickend Mr. Achesons Haltung richtig interpretiere, so sah er ihn als die etwas merkwürdige aber nicht uncharakteristische Verirrung eines Mannes, der zwar manchmal anregende und amüsante Ideen produzierte, aber zu wenig im praktischen Alltag verankert war, um mit seinen Vorschlägen ernst genommen zu werden. Tatsächlich erweckten sie im Ministerium so wenig Interesse, dass bis zum Vorabend des neuen Aussenministertreffens niemand sich die Mühe gemacht hatte, sie den Franzosen und Briten zur Kenntnis zu bringen oder die Überlegungen, aus denen sie hervorgegangen waren, mit ihnen zu diskutieren. Mitte Mai 1949 wäre es deshalb, selbst wenn man gewollt hätte,

¹⁰⁵ Lucius D. Clay, 'Decision in Germany', New York, Doubleday and Company, 1950.

viel zu spät gewesen, sie zur Verhandlungsgrundlage des Westens zu nehmen.

Wieso jemand es unter diesen Umständen für nötig befand, dem Plan A am Vorabend der Pariser Konferenz auf spektakuläre Weise den Gnadestoss zu geben, war mir damals und ist mir bis heute ein Rätsel. Aber offensichtlich dachten andere anders. Das Aussenministertreffen sollte am 23. Mai beginnen; der Aussenminister rüstete sich, etwa am 20. nach Paris zu reisen; und es wurde beschlossen, dass die Herren Bohlen und Jessup in der Nacht vom 12. zum 13. nach Paris fliegen sollten, um mit Briten und Franzosen die für die Ausarbeitung einer gemeinsamen westlichen Verhandlungsposition notwendigen Vorbesprechungen zu führen. Soweit ich weiss, waren sie ermächtigt, bei ihren britischen und französischen Gesprächspartnern unter mehreren von unserer Regierung erwogenen Alternativen auch Plan A zu erwähnen, aber sicherlich nicht als Favoriten.

Am Tag ihrer Abreise jedoch brachte die ‚New York Times‘ auf der Titelseite einen Artikel von ihrem Washingtoner Korrespondenten Mr. James Reston, der in vollständigem und exaktem Detail den Abschnitt von Plan A wiedergab, in dem vom möglichen teilweisen Abzug der Besatzungstruppen die Rede war; als Urheber des Gedankens wurde ich genannt. Am Ende der Story und im Innern des Blatts wurde dann erläutert, dass man sich «noch nicht» einig sei, ob dieser Plan als amerikanische Verhandlungsgrundlage gelten solle. Ferner wurde ungenau und ziemlich widersprüchlich behauptet, Vorbedingung für den Plan sei das russische Einverständnis mit der Einsetzung einer deutschen Zentralregierung «nach den Richtlinien des Londoner Programms». (Ich sage «ungenau und ziemlich widersprüchlich», weil das Londoner Programm die unbefristete Fortdauer der Besatzungsgewalt und die Stationierung alliierter Streitkräfte in ganz Deutschland vorsah und somit gerade die Elemente enthielt, die wir bei der Ausarbeitung von Plan A mit Vorbedacht vermieden hatten.) Nicht erwähnt wurden von Reston zudem die in Plan A eingebauten besonderen Sicherheitsvorkehrungen. Die französische und die britische Regierung mussten daher den Eindruck bekommen, die amerikanische Regierung erwäge den Abzug des grössten Teils ihrer Truppen aus dem Inneren Deutschlands, habe ihnen das bisher verheimlicht und wolle sie jetzt am Vorabend des Viermächtetreffens damit überfahren.

Eine geschicktere Methode, die französische und britische Regierung mit Plan A zu erschrecken und sie gegen ihn einzunehmen, war nicht denkbar und auch keine, die meinen eigenen Vorstellungen über die Art unseres Vorgehens weniger entsprechen hätte. Die Reaktion war vorauszuberechnen und trat prompt ein. Besonders die Franzosen scheuten wie ein erschrecktes Pferd. Ihre Beunruhigung war so gross, dass Mr. Jessup gleich am Morgen seiner Ankunft den französischen Aussenminister M. Robert Schumann aufsuchen musste, um ihm zu versichern, dass der Bericht den Tatsachen nicht entspreche. Der Pariser Korrespondent der ‚New York Times‘ erfuhr am selben Tage von einem hohen französischen Beamten, «wenn es ein Mittel gebe, um die Franzosen aus ihrer neugefundenen Solidarität mit den Westmächten hinauszugraulen, dann sei es der Vorschlag, grosse Teile Deutschlands vor Unterzeichnung eines Friedens Vertrags von der alliierten Besatzung zu befreien». (Der Beamte fügte die ziemlich absurde Bemerkung hinzu, dass vielen Deutschen der Tod «durch nationalistische oder Naziorganisationen drohe, wenn die westlichen Truppen sich an die Küste zurückzögen».) Unter den Umständen blieb Mr. Jessup und Mr. Bohlen nichts weiter übrig, als Franzosen und Briten zu versichern, dass diese Idee in amerikanischen Regierungskreisen in Wirklichkeit gar keine Anhänger habe und der Bericht daher nicht ernst zu nehmen sei. Derart schmachlich also endete, zum Glück oder Unglück, mein bescheidener Versuch, unsere Regierung daran zu hindern, sich in einer Stellung einzuigeln, von der aus die Überwindung der Teilung Deutschlands und Europas im Verlauf der Zeit immer schwieriger werden würde; und sie stattdessen zu einer beweglicheren Taktik zu überreden, die die Bedingungen nannte, unter denen sie zur Aufhebung dieser Teilung bereit war, und die wenigstens die Möglichkeit einer späteren Viermächteübereinkunft offenliess.

Die tatsächlichen Vorschläge des Westens auf dem Pariser Treffen der Aussenminister im Mai 1949 blieben auf das widerwillige Zugeständnis beschränkt, dass wir, falls die Länder der sowjetischen Zone geneigt seien, unter den Bedingungen des Londoner Programms der westdeutschen Föderation beizutreten, und falls die sowjetischen Herren der Region geneigt seien, ihnen das zu gestatten, gnädigst davon absehen würden, dem im Wege zu stehen. Ganz abgesehen davon, dass dies die Bereitschaft der sowjetischen Regierung zur kompletten Übernahme der ausschliesslich vom Westen ohne ihre Beteiligung erarbei-

teten Prinzipien voraussetzte und demnach in etwa gleichbedeutend gewesen wäre mit dem bedingungslosen Verzicht auf ihre deutschen Positionen, setzte es auch gerade das Unternehmen voraus, das wir im Planungsstab beim Studium der Frage als besonders ungereimt empfunden hatten: den Versuch, ein demokratisches politisches System in einem Gebiet einzuführen, das von sowjetischen Truppen besetzt war und unter der Kontrolle eines interalliierten Gremiums stand, dem ein sowjetischer» Befehlshaber angehörte.

Einige Jahre später bezog Mr. Acheson sich öffentlich auf unsere damalige Uneinigkeit in Fragen der Deutschlandpolitik. Diese Uneinigkeit wurde mit den Jahren immer prononcierter, zunächst infolge der Beschlüsse, Westdeutschland wiederzubezweifeln und es als gleichrangigen Partner in das NATO-Bündnis aufzunehmen, und dann wegen des späteren Beschlusses der NATO-Mächte vom Jahre 1957, die Verteidigung Deutschlands und der kontinentalen Mitglieder der NATO auf Nuklearwaffen aufzubauen. 1949 war die Uneinigkeit langfristig gesehen zwar ernsthafter Art, im Moment aber kaum mehr als ein Streit über Verfahrensfragen. Es fehlte mir damals so wenig wie heute an Mitgefühl für Mr. Achesons Lage. Er hatte eine schwere Verantwortung zu tragen. Auch für ihn war das lange vor seiner Amtszeit angenommene und in Gang gebrachte Londoner Programm eine Art *fait accompli*. Er durfte es nicht leichtfertig aufs Spiel setzen. Er war bindend verpflichtet, die Einheit des Westens zu wahren, sich weiter um die Stabilisierung der politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse in Deutschland zu bemühen und alles zu vermeiden, was das stets bereite Misstrauen und die Besorgnis unserer westeuropäischen Verbündeten herausfordern konnte. Eine sofortige russische Zustimmung zu Vorschlägen nach der Art von Plan A war damals nicht zu erwarten. Jedes unvorsichtige Eintreten dafür aber war geeignet, die öffentliche Meinung im Westen zu alarmieren und zu verwirren. Unter den Umständen von ihm zu verlangen, sich solcher Vorschläge anzunehmen, war viel verlangt.

Wirklich uneins waren wir bei solchen Dingen wie der Notwendigkeit der Bewahrung eines grösseren Verhandlungsspielraums den Russen gegenüber – der Notwendigkeit, eine neue westdeutsche Regierung nicht zum Selbstzweck und damit zu einem Dauerhindernis für jede Einigung mit Russland werden zu lassen – der Notwendigkeit gründlicherer und weniger formaler Erforschung der Zukunftsmöglichkeiten des europäischen Kon-

tinents gemeinsam mit unseren französischen und britischen Verbündeten – der Bewertung von Meinungsäußerungen eines militärischen Besatzungsregimes, das mir politisch ahnungslos und durch seine Erlebnisse verdorben schien. Diese Meinungsverschiedenheiten spiegelten die Verschiedenheit unserer beruflichen Herkunft. Er, der niemals in Osteuropa oder Russland gelebt hatte (und vielleicht Sigmund Freuds Auffassung teilte, dass die Menschen östlich der Elbe «spät und sehr schlecht getauft» seien), hielt meine Idee eines Abkommens mit den Russen über den Rückzug russischer Truppen aus der Ostzone Deutschlands für relativ unwichtig und war bereit, notfalls darauf zu verzichten; bei unserem Besatzungsregime in Westdeutschland und der dadurch symbolisierten Einheit des Westens jedoch war das ganz entschieden nicht der Fall. Ich aber, mit meiner Fülle von Erinnerungen an das Leben in Deutschland und in Russland, war jedoch bereit, auf unser Besatzungsregime in Westdeutschland zu verzichten, klammerte mich dafür mit aller Kraft an die Hoffnung, die Russen eines Tages zum Rückzug aus dem Herzstück des Kontinents zu bewegen, und kämpfte gegen alles, was solch einen Rückzug für eine unabsehbare Reihe von Jahren unmöglich zu machen drohte.

Heute, aus einer Distanz von achtzehn Jahren, sieht das alles doch recht anders aus. Meine Ansichten gründeten sich mehr als einmal auf schwere Fehlurteile. Die Sünden und Schwächen unserer Besatzung hatte ich übertrieben, ihre verletzend Wirkung auf die Deutschen zu tragisch genommen. Tatsächlich litt ich wahrscheinlich stärker unter ihrem Mangel an Takt und Einfühlungsvermögen als die meisten Deutschen. Die Aussichten der Westzonen auf Erholung und Wohlstand unter den Londoner Vereinbarungen hatte ich zu pessimistisch beurteilt. Ich hatte die Zeit überschätzt, die unsere Besatzung benötigen würde, um die Verantwortung den Deutschen zu übertragen und selber grösstenteils von der Bildfläche zu verschwinden. Die unmittelbare Gefahr für die Berliner Westsektoren bei dem Versuch, in einer kommunistischen Umwelt weiterzuleben, hatte ich überbewertet (obwohl ich nicht sicher bin, dass ich die Gefahr auf lange Sicht ebenfalls überbewertet hatte). Der politische Erfolg des Londoner Programms und das «Wirtschaftswunder», das sich schon bald in Westdeutschland manifestierte, gehören der Geschichte an und sind nachdrückliche Korrekturen des Extremismus meiner Ansichten von 1949.

Andererseits behielt ich recht mit meiner Befürchtung, der

von uns eingeschlagene Weg würde auf lange Zeit hinaus nicht zur Überwindung der Spaltung Deutschlands und Europas führen. Es war ein Weg, den weiterzugehen wir uns binnen Kurzem noch viel stärker durch die Entscheidung verpflichteten, Westdeutschland zum Mitglied der Nordatlantikpakt-Organisation zu machen und wiederaufzurüsten – eine Entscheidung, von der ich aufgrund des Protokolls der Aussagen von Mr. Acheson und anderen bei den NATO-Hearings im Jahre 1949 annehmen muss, dass sie schon damals vielen Leuten wenigstens als Möglichkeit vorschwebte. Diese Abmachungen waren gleichbedeutend mit der Hinnahme einer unbefristeten Teilung des Kontinents; und 1949 war das unzweifelhaft das sicherere und – wenigstens im Augenblick – bequemere Verfahren. Solange der beherrschende sowjetische Einfluss in Osteuropa unerschüttert ist, wird das wohl auch so bleiben. Aber wenn die osteuropäischen Länder eines Tages nachdrücklich verlangen sollten, auf irgendeine Weise in die europäische Gemeinschaft reintegriert zu werden; und wenn die Art ihrer Beziehungen zur Sowjetunion die Erfüllung dieses Verlangens auf friedlichem Wege erlaubt, dann wird sich sogleich erweisen, wie begrenzt der Spielraum der 1949 und 1954 geschlossenen Vereinbarungen ist. Dann wird es Zeit für ein erneutes ernsthaftes Studium, wenn nicht der einzelnen Vorkehrungen, so doch der inneren Logik von Plan A.

XIX. Die Zukunft Europas

Das Scheitern unserer Bemühungen um ein Deutschlandabkommen mit den Russen und der Entschluss zur Errichtung eines westdeutschen Staates hatten natürlich Auswirkungen auf die Beziehungen der kontinentaleuropäischen Länder untereinander und besonders auch auf die seit Kriegsende vielerorts diskutierten Pläne für ein vereintes Europa. Eine Anzahl prominenter Europäer, unter ihnen Winston Churchill und Paul Henri Spaak, drängten auf einen engeren Zusammenschluss der europäischen Mächte. Die Vereinigten Staaten hatten diese Entwicklung mit aufmunternden, teilweise sogar recht massiven Reden unterstützt. Ihnen war vor allem an einer wirtschaftlichen «Integration» gelegen, von der sie sich einen rascheren Wiederaufstieg der europäischen Wirtschaft versprachen. Dass man nun zum erstenmal in der Lage war, sich über russische Beanstandungen einfach hinwegzusetzen, machte die Erfolgsaussichten doch um einiges grösser. Man hatte auch schon ein paar Organisationen gegründet (oder war dabei, sie zu gründen), die der Verwirklichung von Gemeinschaftsaufgaben verschiedener Art dienen sollten. Da gab es die bereits erwähnte Europäische Wirtschaftskommission, die ECE, in der die der UNO angehörenden europäischen Staaten vertreten waren, auch einige von jenseits des Eisernen Vorhangs. Weiter gab es die Organisation für Europäische Wirtschaftliche Zusammenarbeit, die OEEC, die die dem Marshallplan angeschlossenen Länder umfasste, darunter fünf Länder, die nicht Mitglieder der UNO und demnach auch nicht Mitglieder der ECE waren. Ferner war da die soeben erst formierte Gruppe der Atlantikpakt-Mächte, der neun europäische Länder angehörten, von den in der ECE und der OEEC vertretenen jedoch lange nicht alle. Es gab den Europarat, der ebenfalls im Winter und Frühjahr 1949 entstand und ursprünglich eine ganz ähnliche Zusammensetzung hatte wie der europäische Teil des Atlantikpakts, nur dass Irland und Schweden dazugehörten und Island und Portugal nicht. Und schliesslich gab es die Brüsseler Union, die von Grossbritannien, Frankreich und den Beneluxstaaten gebildet wurde – der einzigen Gruppe von Ländern, die auch in allen übrigen Gemeinschaften Mitglied war.

Bei dieser üppigen Auswahl an Organisationsformen mit immer anderer Zusammensetzung stellte sich für uns natürlich die Frage, ob eine oder mehrere davon geeignet seien, die Grundlage einer künftigen Europäischen Union zu bilden: welche Länder und welches Gebiet einbezogen werden sollten und inwieweit das Aufgeben von Souveränitätsrechten für ihre Verwirklichung erforderlich sei. Eine klare amerikanische Haltung all diesen Fragen gegenüber war eine Notwendigkeit – nicht nur weil wir von den Europäern die Vereinigung verlangten und deshalb auch verpflichtet waren, ihnen zu erklären, was wir darunter verstanden; auch deshalb, weil diese Vereinigung naturgemäss auch unsere eigene Politik vielfältig beeinflussen musste: unsere Deutschlandpolitik, unsere Osteuropapolitik, unsere Englandpolitik, zu welcher ausser dem Lande selbst auch seine Commonwealth-Verbindungen und seine einzigartige Stellung im Welthandel und im internationalen Finanzwesen gehörten. Und da die europäische Einheit anerkanntermassen nicht so sehr ein Problem der Tagespolitik war als vielmehr der Politik auf lange Sicht, bot sie sich als Studienobjekt für den Planungsstab geradezu an.

Von allen Ländern Europas hatte England es bei der Auseinandersetzung mit diesen Ideen weitaus am schwersten. Von der Ungeduld der Amerikaner und der starken Begeisterung auf dem Kontinent geschoben und von ihren überseeischen Verpflichtungen und den Vorbehalten der eigenen Bevölkerung gebremst, verspürte die britische Regierung das dringende Bedürfnis, Klarheit in ihre Konzeption und in ihre Politik zu bringen. Im Frühjahr 1949 hatte ich einem Freund aus dem englischen Auswärtigen Dienst, der besuchsweise in Washington war, gesagt, dass ich gerne einmal nach London kommen und mit den zuständigen Leuten dort über diese Probleme reden würde. Wenig später schrieb er mir aus London, mein Besuch sei im Foreign Office willkommen, und zählte eine Reihe von Fragen auf, zu denen seine Regierung gerne unsere Meinung hören würde. Für wie gross hielten wir zum Beispiel die Wahrscheinlichkeit, dass die nächsten fünf Jahre greifbare Fortschritte in Sachen europäische Vereinigung bringen würden? Oder anders ausgedrückt: Glaubten wir, dass das Problem wirklich aktuell sei? Wie stellten wir uns die Zukunft Deutschlands vor und Deutschlands Verhältnis zu einer Europäischen Union? Was wäre unserer Meinung nach für Grossbritannien die zweckmässigste Form der Beteiligung an einer solchen Union? Be-

absichtige man, in Europa eine «dritte Kraft» aufzubauen, die der Stärke nach mit den US und der UdSSR vergleichbar sei? Und wie sei der Ausdruck «Atlantische Gemeinschaft» zu verstehen? Würde eine solche Gemeinschaft sich über die Küsten des Atlantiks hinaus erstrecken können?

Ich war befriedigt über die Reaktion, und den grössten Teil des Mai und des Juni arbeitete der Planungsstab mit Unterstützung namhafter Aussenseiter an der Aufstellung allgemeiner Richtlinien, die als Grundlage für Diskussionen erst innerhalb unserer eigenen Regierung, dann mit den Briten und, wie wir hofften, schliesslich auch mit den Franzosen dienen könnten.

Unser Kernproblem war, den geographischen Rahmen und damit den Kreis der Mitglieder festzulegen, innerhalb dessen die europäischen Einigungsbestrebungen sich entwickeln sollten, und uns dann darüber klarzuwerden, wie weit diese Einigung gehen sollte.

Anfang Juli war ich so weit, dass ich dem Minister in einer Zusammenfassung meine persönlichen Ansichten zu diesen Themen vorlegen konnte. «Meine persönlichen» insofern, als kaum einer der von uns zugezogenen Experten und sogar kaum einer meiner eigenen Mitarbeiter ihnen vorbehaltlos zugestimmt haben würde. Bei der Vielschichtigkeit des Problems konnte das wohl auch nicht anders sein. Andererseits konnte ich selber auch nicht anders vorgehen. Ich konnte nicht nach England gehen und dort Ideen vortragen, mit denen ich nicht einverstanden war, und in jeder Diskussion gegen mich selbst plädieren. Deshalb enthielt die dem Minister vorgelegte Aufzeichnung meine eigenen Ansichten und sonst keine, und jedem, dem ich sie zeigte, in Washington und in Europa, sagte ich das auch.

Mein Gedankengang verlief in grossen Zügen etwa so:

Die Vereinigung Europas sei dringend erforderlich. Allerdings nicht wie in Washington allgemein angenommen aus wirtschaftlichen Gründen, nämlich als Vorbedingung für den europäischen Wiederaufstieg. Dafür lägen keine Beweise vor. Notwendig sei die Vereinigung wegen des deutschen Problems – weil mit ihr ein Gerüst geschaffen werde, in das auch Deutschland sich befriedigend einordnen lasse. Zur Begründung entwickelte ich noch einmal die im vorigen Kapitel bereits dargelegte Auffassung, dass die Idee einer Zerstückelung Deutschlands unrealistisch sei, dass aber der Versuch der Verwirklichung deutscher nationaler Wunschvorstellungen im nationalstaatlichen Rahmen mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit zu einer Wiederholung der aus dem Versailler Vertrag ent-

standenen Sequenz von Ereignissen führen würde und dass deshalb nur das Aufgehen Deutschlands in irgendeiner europäischen Föderation den anderen Staaten Ruhe und Sicherheit garantiere.

Beim Abwägen der Vor- und Nachteile verschiedener denkbarer Konstruktionsformen eines Vereinten Europas nach Gesichtspunkten geographischer und organisatorischer Art und bei der Analyse der Haltung der einzelnen Regierungen und ihrer Motivationen zeigte ich, dass die Begeisterung für die Einheitsidee in den Küstengebieten des Atlantik mit ihren traditionell lebhaften Beziehungen nach Übersee am schwächsten, unter der Bevölkerung in der Mitte des Kontinents wegen ihres akuten Interesses an den Vorgängen in Deutschland am stärksten sei.

Das britische Problem untersuchte ich besonders genau. Die Gründe für die Abneigung der Briten gegen den Beitritt zu einer kontinentalen Union schienen mir ernst zu nehmend, ja zwingend zu sein; so zwingend, dass eine europäische Bewegung, an der sie sich beteiligten, es meiner Meinung nach nie sehr weit bringen würde. Man könne unterstellen, schrieb ich, dass sie den organisatorischen Zusammenschluss nie in das Stadium eines wirklichen Souveränitätsverzichts gelangen lassen würden. Damit seien jedem Einigungsbestreben unverrückbare Grenzen gesetzt. Wenn diese Grenzen aber zu eng gezogen seien, um die Verschmelzung nationaler Hoheitsrechte zu gestatten, dann seien sie auch zu eng für eine Lösung des deutschen Problems. Ein Teil der britischen Vorbehalte würde sich möglicherweise durch den Beitritt der Vereinigten Staaten und Kanadas ausräumen lassen, aber nicht alle. Und dass wir und die Kanadier dazu bereit sein würden, hielt ich für in hohem Masse unwahrscheinlich.

War das die eine Seite der Überlegungen, so erhob sich auf der anderen die Frage nach dem Verhältnis der sowjetisch dirigierten osteuropäischen Länder zu einer solchen Europäischen Union. Selbstverständlich stand ihre Beteiligung daran im Augenblick nicht zur Diskussion. Aber würde das auf lange Sicht so bleiben?

Die von uns konsultierten Experten hatten in der Mehrzahl die Teilung Europas für endgültig und unwiderruflich gehalten und daher wenig Neigung gezeigt, sich im Zusammenhang mit einer europäischen Vereinigung auch über Osteuropa Gedanken zu machen. Sie sahen das Problem ausschliesslich unter dem

Blickwinkel Westeuropas und der atlantischen Gemeinschaft. (Das war eigentlich unlogisch, fand ich, denn wenn man sie fragte, wie sie sich unsere Osteuropapolitik vorstellten, dann meinten sie gewöhnlich, man müsse versuchen, diese Länder von ihrer einseitigen Ausrichtung auf die Sowjetunion abzubringen und sie «zu uns herüberzuziehen», waren aber dennoch nicht bereit, sich Gedanken über eine Organisationsform zu machen, in die sie sich einfügen liessen, falls uns das wirklich gelänge.) Meiner Meinung nach war es unzulässig, aus der Unwahrscheinlichkeit einer baldigen Lockerung des sowjetischen Drucks auf Osteuropa die Folgerung zu ziehen, dass wir diese Länder aus unseren Überlegungen über die Gestalt einer zukünftigen europäischen Gemeinschaft einfach ausklammern könnten. Wenn in einer westlichen Organisation kein Platz für sie wäre, dann hätten sie nur noch die Wahl zwischen dem Weitermachen wie bisher und einer in der Praxis kaum vorstellbaren Neutralisierung und Isolierung. In Wirklichkeit sei das dann die Verewigung der Teilung Europas.

Andererseits konnte ich aber auch nicht sehen, wie diese Völker in eine atlantische Gemeinschaft passen sollten, der auch die Vereinigten Staaten und Kanada angehörten. Sie waren so viele Jahre hindurch nazistischen und kommunistischen Einflüssen ausgesetzt gewesen und hatten so einschneidende soziale Veränderungen erlebt, dass eine Anpassung an anglo-amerikanische Ideen über Demokratie und die Funktionen des Staates zu unsern Lebzeiten kaum von ihnen zu erwarten war. Dass sie eines Tages zu einer kontinentaleuropäischen Union gehören könnten, vielleicht sogar zu einer, an der auch die Briten beteiligt waren, hielt ich für denkbar (wenn auch das zweite nicht für wünschenswert). Die Idee einer föderativen Union von San Francisco bis zu den Ostkarpathen und den Pripjetsümpfen dagegen erschien mir völlig phantastisch.

Aus all diesen Überlegungen zog ich den Schluss, dass wir für Europa eine Union der Kontinentalstaaten ansteuern sollten: scharf genug abgegrenzt gegen Grossbritannien, um das Aufgehen Deutschlands in einer grösseren Gemeinschaft zu ermöglichen; scharf genug abgegrenzt gegen uns selbst und die Kanadier, um wirklich kontinental zu sein – völlig getrennt vom Atlantikpakt und somit geeignet als Auffangstellung für die kleineren mittel- und osteuropäischen Länder. Ich bildete mir nicht ein, dass ein solches Ziel bald zu erreichen sein würde. Wichtig war vor allem, die europäischen Einigungsbestrebungen

in diese Richtung zu lenken, damit zu gegebener Zeit die institutionelle Verankerung eines stabilen Europas daraus entstünde. Bis dahin, so betonte ich, müssten alle Entwicklungen innerhalb der westeuropäischen Gemeinschaft als provisorisch betrachtet werden, müssten die amerikanischen militärischen Verpflichtungen weiter ihre Gültigkeit behalten und müssten amerikanische Verbände in genügender Stärke weiter an den sowjetischen Grenzen bleiben. Das würde nicht notwendigerweise die unbefristete Stationierung amerikanischer Streitkräfte im gesamten Grenzgebiet bedeuten – wir könnten uns da teilweise nach den Russen richten. Es hiess einfach, dass die amerikanische Garantie für die Sicherheit Westeuropas uneingeschränkt und so lange in Kraft bliebe, bis anderweitige Sicherheitsvorkehrungen in Europa sie ersetzen könnten.

Zwei weitere Voraussetzungen waren in meiner Aufzeichnung nicht schriftlich fixiert, gehörten aber untrennbar zu den vorausgegangenen Überlegungen und wurden von mir auch diskussionsweise immer wieder vorgebracht. Die erste war, dass die Deutschen zwar vielleicht in irgendeiner angemessenen Form an den Verteidigungsanstrengungen des Westens beteiligt, aber nicht Mitglied der NATO würden und auch keine eigenen Streitkräfte bekämen. Die zweite war, dass die treibende Kraft jeder politischen Einigungsbewegung des Kontinents, der Staat mit dem bestimmenden Einfluss auf die zukünftige föderative Union, ganz unzweifelhaft und selbstverständlich Frankreich sein würde.

Es wird meinen Lesern nicht entgehen, dass eine Vielzahl von Aspekten der amerikanischen Politik, die bereits in den aller-nächsten Jahren wichtig wurden, bei Übernahme dieser Ideen einfach weggefallen wäre. Die Wiederbewaffnung Westdeutschlands hätte nicht stattgefunden; Westdeutschland wäre nicht in die NATO aufgenommen worden; die Frage der sogenannten «multilateralen Atomstreitmacht» hätte sich nicht gestellt. Wir hätten damit für alle Verhandlungen mit den Russen über ein Auseinanderrücken – ein *disengagement* – und über die deutsche Wiedervereinigung unvergleichlich grössere Bewegungsfreiheit gewonnen. Unter den Umständen hätte kein Grund vorgelegen, die Briten zum Eintritt in die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft zu drängen; im Gegenteil hätte eine EWG ohne Grossbritannien in das politische Konzept der Vereinigten Staaten ausgezeichnet gepasst. Endlich wäre es auch mit General de Gaulle nicht zum Streit gekommen, jedenfalls nicht wegen

seiner Bedenken gegen die Aufnahme Englands in den Gemeinsamen Markt und auch nicht wegen seiner Idee, den europäischen Kontinent unter französischer Führung zu organisieren, ohne Beteiligung der Amerikaner. Auch General de Gaulles selbständiges Vorgehen in den osteuropäischen Ländern mit dem Ziel engerer Kontakte zwischen ihnen und Frankreich und Westeuropa im Allgemeinen hätte in den Vereinigten Staaten keine anderen Gefühle geweckt als Freude und Befriedigung. Sicherlich wäre es mit dem General immer noch zu Meinungsverschiedenheiten über den Umfang der Europäischen Union gekommen – aber nur über den Umfang des erforderlichen Souveränitätsverzichts, nicht mehr über den des geographischen Gebiets.

Ein paar Tage nach Fertigstellung dieses Arbeitspapiers fuhr ich damit nach Paris und dann nach London, um im Quai d'Orsay und im Foreign Office zwanglos darüber zu diskutieren. Ich präsentierte es ausdrücklich als meine persönliche Meinung; denn vor der Abreise hatte sich eine ernsthafte Auseinandersetzung damit innerhalb unserer eigenen Regierung nicht mehr ermöglichen lassen, und ich wusste auch nicht genau, wie der Minister darüber dachte.

Die Reaktion der Franzosen war vorherzusehen gewesen. Frankreich war damals von der ständigen Furcht geplagt, zwischen uns und den Briten könnten sich irgendwelche Beziehungen anbahnen, von denen es ausgeschlossen bliebe. Obwohl die englisch-amerikanische Intimität zumeist nur darin bestand, dass wir uns gemeinsam abmühten, einen Ausweg aus der finanziellen Misere der Briten zu finden, waren die Franzosen nicht etwa froh darüber, sich heraushalten zu können, sondern hochgradig misstrauisch und jedesmal verärgert, wenn sie zu einer Diskussion nicht zugezogen wurden. Für die Idee, unter den Kontinentalmächten eine Führungsrolle zu übernehmen und sich von uns und den Briten unabhängig zu machen, fehlte ihnen jedes Verständnis. Es war ihnen nicht beizubringen, dass die Idee einer kontinentalen Union ohne Amerikaner nicht gleichbedeutend sei mit der Zurücknahme unserer Garantien für die militärische Sicherheit der westeuropäischen Völker und mit dem Fallenlassen Frankreichs. Kurz, die Franzosen verstanden einfach nicht, um was es ging. Darin lag eine gewisse Ironie, denn nicht allzu lange danach fanden diese selben französischen Beamten sich in der Position von Handlangern der Politik eines grossen Franzosen wieder, der sehr genau wusste, um was es

ging, und ihre eigene Tonart änderte sich entsprechend. Aber 1949 zeigten sie nichts als Bestürzung über derartige Ideen.

Die Briten waren weniger gereizt, ruhiger und nachdenklicher, aber vorsichtig und meinen Ideen durchweg nicht zugetan. Genau wie unsere amerikanischen Berater vermochten sie nicht einzusehen, warum sie sich über die politische Situation und die möglichen späteren Bedürfnisse der Osteuropäer jetzt schon den Kopf zerbrechen sollten. Auch sie begnügten sich mit der Atlantischen Gemeinschaft und mit Westeuropa. Ihre Beziehungen zu Westeuropa waren etwas Greifbares, etwas, an das man sich halten und an dem man weiterbauen konnte. Der Rest war Theorie. Besonders dem Europarat fühlten sie sich bereits weitgehend verpflichtet. Ihre Einstellung war, wie ich in mein Tagebuch eintrug, «pragmatisch wie immer; sie tasten sich vor, sind misstrauisch gegen Logik und Hypothesen und vor allem am Zunächstliegenden interessiert».

Folglich kehrte ich mit leeren Händen zurück; und das Echo zu Hause in Washington war in den kommenden Wochen auch nicht eben tröstlich. Meine Kollegen aus der Westeuropa-Abteilung fühlten sich zwar für unsere gegenwärtigen Beziehungen mit den westeuropäischen Ländern verantwortlich, nicht aber für die Entwicklung auf lange Sicht. Osteuropa war ihnen ziemlich gleichgültig. Zu ihren französischen und britischen Kollegen jedoch hatten sie Kontakt, waren davon in gewissem Masse beeinflusst und schlugen sich infolgedessen auf die Seite der Europäer. Und was den Minister betraf, so blieb er meiner Erinnerung nach äusserlich zwar zurückhaltend und neutral, aber es war mir völlig klar, dass er für meine Vorschläge, die ja auch mit meinen Ansichten über das Deutschlandproblem so eng verflochten waren, weniger Begeisterung als Skepsis empfand.

Wollte man, wie ich vorgeschlagen hatte, die europäische Einigung strikt auf den europäischen Kontinent beschränken, so musste man gleichlaufend damit die Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten, Kanada und Grossbritannien intensivieren. Das hatte ich seit dem ersten Tag meiner Amtsführung als Leiter des Planungsstabs nachdrücklich befürwortet. Schon in den ursprünglichen Empfehlungen zum Marshallplan hatte ich angeregt, diese Fragen zu studieren. Ich war immer noch fest überzeugt, dass das eine wünschenswerte Entwicklung sei. Ich hatte Visionen von einem maritimen Block mit weltweiten Handelsbeziehungen, dem ausser den Briten, den Kanadiern und

uns auch noch ein paar Commonwealthländer und vielleicht der eine oder andere Staat der skandinavischen und iberischen Halbinseln angehören könnten; der eine einheitliche Währung hätte und sich langsam in Richtung auf eine Föderation mit eigener Staatshoheit entwickeln würde, als Gegenstück zu der des europäischen Kontinents. Aber auch hier standen mir im Sommer 1949 enttäuschende und entmutigende Erlebnisse bevor.

Ich war kaum von meinem Besuch in Paris und London zurück, als schon wieder eine der periodischen Krisen des englischen Pfundes ausbrach, die die ersten Nachkriegsjahre so unruhig machten. Diesmal war es besonders schlimm. Es war klar, dass die Briten abwerten müssten und auch würden. Vorher wollten sie aber ein paar Leute von Rang nach Washington schicken, um über das ganze Problem mit uns und mit den Kanadiern zu konferieren. Die Angelegenheit war nicht nur sehr komplex, sondern für uns auch äusserst heikel. Wir durften für die Abwertung nicht die Verantwortung übernehmen und auch in der Öffentlichkeit nicht den Eindruck erwecken, dass wir dahintersteckten. Noch durfte es so aussehen, als wären die Sparmassnahmen, die unserer Meinung nach notwendig waren, durch unser Drängen oder unseren Befehl veranlasst.

Aus irgendwelchen mir unverständlich gebliebenen innenpolitischen Rücksichten wurde beschlossen, die Leitung der Gespräche nicht dem Aussenminister zu übertragen, sondern dem Finanzminister, Mr. John W. Snyder. Mr. Snyder war erst kürzlich durch Europa gereist und hatte sich in London mit dem englischen Schatzkanzler Sir Stafford Cripps getroffen, der jetzt die britische Delegation anführte. Aus mir gleichfalls unbekanntem Gründen jedoch schien Mr. Snyder neuerdings von Feindschaft und Argwohn erfüllt und mit dem Näherrücken des Konferenztermins immer fester entschlossen, die Verhandlungen nicht aus der Hand zu geben und den Briten einen eiskalten Empfang zu bereiten.

Zu den interministeriellen Beratungen, die der Klärung der amerikanischen Verhandlungsposition dienen sollten, wurde ich von unserem neuen Staatssekretär Mr. James Webb mit einiger Verspätung ebenfalls zugezogen. Am Nachmittag des 23. August traf ich mit den beiden Ministern und mit Mr. Webb zusammen. Zu meiner Bestürzung stellte ich fest, dass wir die politische Seite des Problems praktisch überhaupt nicht beachtet und die gesamte Vorbereitung bisher den Finanzexperten überlassen hatten. Allem Anschein nach sollten die Briten mit nichts

anderem empfangen werden als einem Maximum an Reserviertheit und einem Minimum an Hilfsbereitschaft. Ich meldete mich deshalb zu Wort; was ich sagte, steht noch in meinem Tagebuch:

«Gerade im jetzigen Zeitpunkt, in dem die Solidarität des Ostblocks zweifelhaft geworden und die Situation im Fernen Osten gespannt und unerfreulich sei, müsse jede Erschütterung der Zuversicht und der Solidarität und der wirtschaftlichen Stabilität im Westen katastrophale Folgen haben.

Aber eine solche Erschütterung könne nicht ausbleiben, wenn die finanzielle Situation der Briten nicht gründlich in Ordnung gebracht würde. Wenn man die Briten verzweifelt und mit leeren Händen nach Hause schicke, wäre das gleichbedeutend mit dem baldigen Sturz der Labourregierung unter der Begleitmusik lauter und heftiger Verwünschungen der Vereinigten Staaten. Von heut auf morgen könnten wir für die Briten nicht viel tun, denn jede Hilfe, die das Einschalten der Legislative erfordere, könne frühestens in Jahresfrist wirksam werden, und rein administrativ hätten wir nicht allzu viele Möglichkeiten.

Die Briten müssten demnach ganz unabhängig von dem Ausgang der Gespräche in den Wochen nach ihrer Rückkehr in jedem Fall eine Reihe von einschneidenden und unangenehmen Massnahmen beschliessen. Es schiene mir aber sehr viel davon abzuhängen, in welcher Gemütsverfassung sie das täten. Wenn sie zurückgingen in dem Bewusstsein, dass die Gespräche zu nichts geführt hätten und dass von uns keinerlei Hilfe zu erwarten sei, nicht einmal für die Zukunft, dann müsse man sich auf Schlimmes gefasst machen. Wenn wir sie aber mit der Zuversicht entliessen, dass wir, obwohl sofortige Hilfe nicht möglich sei, ihnen grundsätzlich und auf lange Sicht bei der Bereinigung ihrer Probleme helfen wollten, dann sähe die Sache meiner Meinung nach schon anders aus. Ich wies darauf hin, dass die ständigen Dollarabflüsse zwei Ursachen hätten: erstens ihre Stellung als Bankiers für das Sterlinggebiet und zweitens die passive Bilanz ihres Handels mit dem Dollarraum. Zum ersten Punkt könne man ihnen vielleicht raten, die Bankierstätigkeit wenigstens für einen Teil des Sterlinggebiets aufzugeben und die betreffenden Länder für ihre Dollar direkt an die Vereinigten Staaten zu verweisen. Das zweite sei eine Frage der Anpassung der britischen Volkswirtschaft an die nordamerikanischen Volkswirtschaften, und ich fände, wir sollten uns wenigstens zur Bildung einer gemeinsamen Untersuchungskommission bereit erklären,

die herausfinden könne, ob und welche institutionellen Änderungen in den Beziehungen der drei Länder USA, Grossbritannien und Kanada möglich seien. Das würde die Anpassung erleichtern und zugleich verhindern, dass jede Teilmassnahme als Sonderfall behandelt und erneut erkämpft werden müsse.»

Zu meiner Überraschung forderte Mr. Webb mich trotz dieses Ausbruchs auf, die Bildung und Leitung eines interministeriellen Arbeitsausschusses zu übernehmen, der Richtlinien für die amerikanischen Verhandlungspartner aufstellen sollte. Die Aufgabe beschäftigte uns mehrere Tage lang. Rückblickend kann ich daraus nur schliessen, dass der Präsident und Mr. Webb einerseits aus innenpolitischen Gründen eine möglichst weitgehende Rücksichtnahme auf Mr. Snyder für geboten hielten und die Verhandlungen deshalb zu einer «Schau» erklärt hatten, dass sie sich aber der fachlichen und politischen Verwickeltheiten der Sache bewusst waren und aus diesem Grund unauffällig auch den Rat von Experten einholen wollten.

Drei Tage danach – wir arbeiteten noch an den Richtlinien – lief im Aussenministerium der Entwurf einer Rede durch, die der Präsident demnächst zu halten beabsichtigte und in der auch der bevorstehende Besuch der englischen Delegation erwähnt war. Der betreffende Absatz schien mir kalt und ohne jedes Verständnis oder Mitgefühl für die Lage der Briten. Ich diktierte ihn deshalb um; der Minister gab ihn telefonisch an Clark Clifford¹⁰⁶ im Weissen Haus durch; und zu meinem eigenen Erstaunen wurde er in die Rede übernommen. Dem Sinne nach besagte er, dass die Briten bei uns wie immer herzlich willkommen seien. Wir würden weder unsere Kriegskameradschaft mit ihnen vergessen noch die schweren Belastungen, denen die britische Bevölkerung in den Nachkriegsjahren ausgesetzt gewesen sei. Wir betrachteten den Gegenstand der jetzigen Gespräche als unser gemeinsames Problem und würden die Diskussionen im Geiste der Freundschaft und der Hilfsbereitschaft führen. Von der Presse wurde der Passus bei seiner Veröffentlichung am 30. August durchweg ausgezeichnet aufgenommen; aber Mr. Snyder muss er, wie ich später hörte, grosse Pein verursacht haben. Sogar zu Protestanrufen beim Präsidenten fühlte er sich veranlasst. Offenbar hielt er ein paar freundliche Worte dieser Art für sehr gefährlich.

¹⁰⁶ Clark McAdams Clifford, geb. 1906, Rechtsanwalt; Sonderberater von Präsident Truman 1946-1950, seit 1. März 1968 Verteidigungsminister der USA (AdÜ).

Die Richtlinien lagen am 2. September vor. Am Abend desselben Tages sollten sie im Kreis der beiden Minister und ihrer engeren Ratgeber erörtert werden. Aber zu meinem ungläubigen Erstaunen eröffnete Mr. Snyder die Sitzung sehr unwirsch mit der Bemerkung, dass Aufzeichnungen dieser Art überhaupt nicht in den Umlauf gehörten und dass er bäte, sie sofort alle wieder einzusammeln und unter Verschluss aufzubewahren. Wahrhaftig drang er damit auch durch; mit der einen Einschränkung, dass der Aussenminister ein Exemplar behalten durfte, um es am nächsten Tag mit dem Präsidenten durchzugehen.

Die britisch-amerikanischen Gespräche begannen am 7. September. Da es mir widerstrebte, in einer Konferenz zu sitzen, für die das Aussenministerium keine klare Verantwortlichkeit hatte, bat ich Mr. Webb, mir die Teilnahme zu erlassen, was er auch tat. Was dann passierte, war komisch und bezeichnend zugleich. Mr. Snyder eröffnete die Sitzung als Wortführer der amerikanischen Seite mit einer im Finanzministerium entworfenen und keinem Menschen im Aussenministerium vorher gezeigten Rede. Auf diese Weise wahrte er das Gesicht und demonstrierte gerade genug verantwortungsbewusste Wachsamkeit und Unfreundlichkeit, um das Misstrauen der Anti-England-Gruppe auf dem Kapitol zu besänftigen. Ganz kurz vor Verhandlungsbeginn jedoch hatte Mr. Webb in aller Stille einen Boten in mein Büro geschickt und sich die von uns erarbeiteten Richtlinien in sechsfacher Ausfertigung geben lassen. Während der eigentlichen Verhandlungen wurden sie mit grösster Genauigkeit befolgt.

Die innenpolitischen Beweggründe für diese Manöver waren mir nicht klar, aber vom aussenpolitischen Standpunkt waren sie deprimierend. Sie machten nur allzu deutlich, wie schwierig es sein würde, unter den Washingtoner Politikern Interesse für eine engere Zusammenarbeit mit den Briten zu wecken, ganz zu schweigen von einer Union mit ihnen und den Kanadiern¹⁰⁷. Eine Offenbarung war die Haltung der Franzosen. Weil sie von den Dreiergesprächen ausgeschlossen blieben, warteten sie sofort mit grossen Szenen der Besorgnis und Gekränktheit auf,

¹⁰⁷ Dieser Eindruck wurde noch erheblich verstärkt durch meine Erfahrungen bei dem in amtlicher Eigenschaft unternommenen Versuch, in dem Dickicht von Missverständnissen aufzuräumen, in das die Briten und wir während des Krieges bei der gemeinschaftlichen Entwicklung und Herstellung der Atombombe geraten waren. Diese Dinge haben wahrscheinlich noch immer einen zu hohen Geheimhaltungsgrad, um sie im einzelnen darzulegen. Ich kann deshalb nicht mehr sagen, als dass ich unsere Haltung – so wie die bestehenden Gesetze und der von Seiten des Kongresses ausgeübte Druck sie formten – hart, grob, unklug und alles in allem recht entmutigend fand.

obwohl ihnen völlig klar sein musste, dass wir diese Gespräche gezwungenermassen führten und dass sie beim besten Willen nichts dazu beitragen konnten. Mir zeigten diese Episoden, wie weit Washington und Paris doch von den Vorstellungen entfernt waren, für die ich Anfang des Sommers zu werben versucht hatte.

Die bisherigen Schilderungen genügen wohl, um zu zeigen, wie tief die Kluft zwischen meinen Auffassungen und denen fast aller anderen Leute inzwischen geworden war. Unsere eigene Regierung, die Regierungen Westeuropas, auch die der Beneluxländer – jedermann ausser mir schien sich mit der Teilung des Kontinents abgefunden zu haben und ihre Beseitigung für viel zu unwahrscheinlich zu halten, um sie in seine Berechnungen miteinzubeziehen. Die Westeuropäer waren zufrieden, dass sie jemand hatten, der ihre Sicherheit sowohl vor den Russen als auch vor den Deutschen garantierte und sie damit zugleich der Notwendigkeit enthob, sich diesen beiden Staaten gegenüber eine Politik einfallen zu lassen. Es war charakteristisch, dass sie gedanklich absolut nicht zwischen militärischen und politischen Gesichtspunkten unterscheiden konnten und dass ihnen (vor allem den Franzosen und Holländern) eine amerikanische militärische Garantie ohne irgendeine Form von amerikanischer politischer Beteiligung einfach nicht glaubwürdig erschien. Die Amerikaner hinwiederum, mit ihren militarisierten Auffassungen vom Kalten Krieg und mit einer Politik, die immer ausschliesslicher auf das eine Ziel gerichtet war, die Russen von einem Angriff auf Westeuropa «abzuschrecken» (der damals, wenn ich mich recht erinnere, vom Pentagon für das Jahr 1952 erwartet wurde) – die Amerikaner waren nicht gewillt, ihre eben erst durch Gründung der NATO organisatorisch zusammengefassten Verteidigungsmassnahmen dadurch zu schwächen, dass sie Pläne verfolgten, in denen für Grossbritannien, Kanada und die Vereinigten Staaten kein Platz war. Unsere Streitkräfte fühlten sich zudem in Deutschland und Japan recht wohl.

Die den Meinungsverschiedenheiten zugrunde liegenden politischen Überzeugungen blieben dabei immer dieselben, ganz gleich, ob es sich um Deutschland oder um Europa als Ganzes oder um Japan handelte. Meine Widersacher waren aus ihrer defensiven Einstellung heraus bemüht, den sowjetischen Einflussbereich rundherum so fest wie möglich mit einem Ring amerikanischer Waffen zu umschliessen. (Das war genau die Verirrung, deren Lippmann mich 1947 angeklagt hatte.) Ich

dagegen wollte uns in jedem dieser Gebiete die Möglichkeit offenhalten, grosse bündnisfreie Räume zwischen den beiden Welten zu bilden – ein entmilitarisiertes vereinigtes Deutschland, ein Vereinigtes Europa, ein entmilitarisiertes Japan.

Ich wäre damit einverstanden gewesen, unsere Truppen zurückzuziehen, wenn die sowjetischen Truppen ebenfalls abgezogen worden wären und wir in den derart freigewordenen Gebieten die Bildung unabhängiger, der Beherrschung durch die Sowjets entzogener Regierungen hätten erwarten dürfen. Das neue unabhängige kommunistische Jugoslawien passte ausgezeichnet in meine Konzeption, desgleichen Schweden und das neutralisierte Österreich. Ich hätte den bündnisfreien Raum am liebsten auf einen Grossteil des europäischen Kontinents erweitert gesehen. Wenn wir bereit wären, uns zurückzuziehen, würden es die Russen, wie ich glaubte, früher oder später ebenfalls sein.

Ich sah keinen anderen Weg, um die Zurücknahme der vorgeschobenen russischen Stellungen zu erreichen, die mir als Voraussetzung für die Beseitigung der geopolitischen Gleichgewichtsstörung im Nachkriegseuropa erschien, oder, mit anderen Worten, für die Stabilität des europäischen Kontinents.

War das mein erstes Ziel, so war das zweite, uns so schnell wie möglich von der anormalen politisch-militärischen Verantwortung gegenüber Westeuropa zu befreien, die uns durch den Krieg aufgezwungen worden war. Ich hatte kein Vertrauen in den Bestand eines Status quo, der von der Erfüllung so weitreichender amerikanischer Verpflichtungen abhing.

Für eine Weile könne man die Zweigleisigkeit beibehalten, dachte ich, aber nicht für immer. Dass wir uns nicht wieder in die Isolierung des neunzehnten Jahrhunderts zurückziehen konnten, war klar; aber ebenso klar war, dass wir weder die Institutionen noch das Temperament für eine imperialistische Rolle grossen Stils besaßen, vor allem nicht für eine, die vorsah, dass die grossen Nationen Westeuropas unbefristet unter einer Art väterlicher Vormundschaft gehalten würden. Mir schien, dass dieses geteilte und von russischem und amerikanischem Militär beherrschte Europa eines Tages etwas anderem Platz machen müsste – einem Gebilde, das der wahren Stärke und den Interessen der von ihm umschlossenen europäischen Völker mehr gerecht würde. Wichtig war, die Weichen für die Zukunft so zu stellen, dass dieses «Etwas» entstehen konnte, wenn die Zeit dafür reif war, und nicht so, dass die Entstehung verhindert wurde.

Die Meinungsverschiedenheiten rührten zweifellos daher, dass es zwei voneinander grundsätzlich verschiedene Arten gab, die Dinge zu betrachten. Während ich als Leiter einer mit «Planung» beauftragten Regierungsstelle bemüht war, zehn oder zwanzig Jahre in die Zukunft zu blicken, dachten meine Freunde in Washington, London, Paris und Den Haag an die Probleme, die ihnen auf den Nägeln brannten. Aber ausserdem, und das war noch wichtiger, glaubte ich nicht an die Realität der sowjetischen militärischen Bedrohung Westeuropas. Da ich nicht daran glaubte, suchte ich auch nicht so sehr nach Schutzvorkehrungen gegen einen Angriff (obwohl ich die Notwendigkeit einsah, die nervösen Westeuropäer durch irgendeine militärische Fassade zu beruhigen) als vielmehr nach Mitteln, um die Zurücknahme der sowjetischen Truppen und damit des beherrschenden politischen Einflusses der Sowjets auf Positionen zu erreichen, die den historischen Grenzen des russischen Staates eher entsprachen. Meinen Freunden machte die Teilung Europas weniger Sorge, und sie waren in vielen Fällen mit ihr sogar ganz zufrieden. Sie dachten viel stärker daran, wie man die Sowjets von einem Angriff, den die militärischen Planer für den Anfang der fünfziger Jahre vorhergesagt hatten, abschrecken könne, oder, falls sie sich nicht abschrecken liessen, wie ihm zu widerstehen sei.

Das waren die eigentlichen Ursachen unserer Uneinigkeit. Sie deuteten auf die doppelte Wurzel, aus der jede nationale Politik sich entwickelt: erstens das Bild, das man sich von seinem eigenen Land, seinen Möglichkeiten und von seiner natürlichen Rolle in der Welt macht; und zweitens die Art, wie man den Charakter, die politische Persönlichkeit, die Absichten und das wahrscheinliche Verhalten des anderen deutet.

Mitte September 1949 kam es zu Schwierigkeiten wegen der Behandlung der Arbeiten des Planungsstabs. Bisher waren sie dem Aussenminister stets unmittelbar vorgelegt worden. Diesem stand natürlich frei, sie an wen er wollte zur Stellungnahme und Kritik weiterzugeben und die Schlussfolgerungen entweder zu billigen oder abzulehnen. Jedenfalls hatte er immer eine klare Darlegung der Ansichten des Planungsstabs vor Augen. Aber am 16. September wurde eine Aufzeichnung des Stabes, die zur Vorlage beim Minister fertig war und in der es zufällig um unsere Jugoslawienpolitik ging, auf ausdrücklichen Wunsch von Mr. Webb zunächst dem Kreis hoher Beamter – Unterstaats-

Sekretäre und andere – vorgelegt, der regelmässig zu den Morgenbesprechungen des Staatssekretärs erschien.

Mehrere der Herren waren mit unserer Arbeit in diesem oder jenem Punkt – darunter einigen ganz grundsätzlichen – nicht einverstanden; sie wurde mir mit Mr. Webbs Bitte zurückgereicht, die Differenzen durch Aussprache mit den betreffenden Herren zu beseitigen und die Aufzeichnung umzuschreiben, bevor sie dem Minister vorgelegt würde.

Um was es dabei in Wirklichkeit ging, war völlig klar. Dem Stab sollte der direkte Zugang zum Minister genommen werden. Seine Aufzeichnungen sollten in Zukunft dem Veto jedes Chefs einer operativen Abteilung des Ministeriums unterworfen sein.

Drei Tage später diskutierte ich die Sache mit meinen Leuten vom Planungsstab. Ein paar waren bereit, sich mit dem neuen Verfahren abzufinden. Mich überzeugten sie nicht. Ich fand, das dürfe ich mir nicht gefallen lassen. Es war, wie ich ihnen (gemäss Tagebucheintrag vom 19. September) sagte,

«eine reine Vertrauensfrage. Die Daseinsberechtigung des Planungsstabs steht und fällt mit der Möglichkeit, über die den Minister oder den Staatssekretär beschäftigenden Probleme ein unabhängiges Urteil abzugeben. Wenn die hohen Beamten des Ministeriums ein solches unabhängiges Urteil nicht wünschen oder uns nicht zutrauen, dass wir ein brauchbares Urteil zuwege bringen, dann sehe ich nicht ein, wozu wir überhaupt einen Planungsstab brauchen.

Das ist nun einmal das Wesen unserer Arbeit. Als Minister Byrnes die Acheson-Lilienthal-Gruppe um ein Gutachten über unsere Politik in der Frage der internationalen Kontrolle der Atomenergie ersuchte, bestand er nicht auf der einmütigen Billigung jeder Einzelheit durch die Unterstaatssekretäre, bevor er mit der Lektüre begann. Ähnlich wollte Minister Marshall, als er diesem Stab die Untersuchung des Problems des europäischen Wiederaufbaus übertrug, die Ansicht des Stabes hören und nicht ein Protokoll darüber, wieweit die Ansicht des Stabes sich mit den Ansichten der Abteilungsleiter decke.»

Am 29. September erklärte ich Mr. Webb, dass ich gern so bald wie möglich von dem Amt und den Pflichten eines Direktors des Planungsstabs entbunden würde und dass ich beabsichtige, den Regierungsdienst im kommenden Juni (nach Ablauf des

Schuljahres) zu verlassen. In weiteren Gesprächen mit ihm und dem Minister wurde verabredet, dass ich mit der Übergabe der Amtsgeschäfte an meinen Nachfolger Mr. Paul Nitze schon bald beginnen und den Stab Ende Dezember endgültig verlassen würde und dass ich beim Verlassen des Ministeriums im Juni den Regierungsdienst nicht endgültig quittieren, sondern einen langen «unbezahlten Urlaub» antreten würde, der es mir ermöglichen sollte, mich akademischer Tätigkeit zuzuwenden und mich mit mehr Musse und Sorgfalt einigen der grossen Probleme zu widmen, über die es zwischen mir und hohen Beamten unserer Regierung zu deutlichen Meinungsverschiedenheiten gekommen war.

Ich darf sagen, dass alle Gespräche über mein Ausscheiden ohne Schärfe und Bitterkeit verliefen. Meine persönlichen Beziehungen zu Mr. Webb waren immer angenehm gewesen; und die zu Mr. Acheson, für den ich so viel Zuneigung und Bewunderung empfand, dass sie sogar die öffentlichen Kontroversen der kommenden Jahre überstanden, waren noch mehr als das. Was mich bewegte, als ich meine Arbeit im Planungsstab niederlegte und mich einem Leben ausserhalb des öffentlichen Dienstes zuwandte, geht wohl am klarsten aus den folgenden Tagebuchauszügen jener Tage hervor:

«Samstag, 19. November 1949

Beim Nachdenken über die Enttäuschungen der vergangenen Woche merkte ich plötzlich, dass es Zeit sei, mir einzugestehen, dass mein vor fast drei Jahren aufgebauter Planungsstab einfach ein Fehlschlag gewesen ist, genau wie alle früheren Versuche, mit Hilfe besonderer Organisationen innerhalb des Ministeriums Ordnung und Voraussicht in unsere Aussenpolitik zu bringen. Von persönlichen Schwächen abgesehen, liegt der Grund dafür wahrscheinlich weitgehend in der Unmöglichkeit, eine planerische Tätigkeit ausserhalb des normalen Dienstweges auszuüben. Die Formulierung der Politik ist der Kern der Arbeit des Ministeriums und kann nicht erfolgreich aus der Hierarchie hinaus verlegt werden, die die Operationen leitet. Im Bereich der Ideen kann nur der Minister die Institution beherrschen. Er kann so viele Ratschläge von ausserhalb des Ministeriums einholen, wie er will; mündlich kann er sie auch von «Sonderbeauftragten» und «Beratern» und anderen Amtspersonen bekommen. Wenn aber die Arbeit formalisiert wird, wenn etwas schriftlich niedergelegt werden muss und als politische Richtlinie

gelten soll, dann werden die operativen Arbeitseinheiten – ganz gleich, ob sie nach geographischen Gesichtspunkten oder nach Sachgebieten eingeteilt sind – die Einmischung einer ausserhalb des Dienstwegs stehenden Einheit nicht dulden. Sie verlangen Mitbestimmung bei politischen Entscheidungen; und wer seine Stimme allein nicht zur Geltung bringen kann, besteht wenigstens auf dem Recht, jeden Vorschlag an den Minister so zu verwässern, dass er zwar inhaltslos sein mag, aber jedenfalls den eigenen Ansichten nicht widerspricht. Wird ein unwillkommener Vorschlag vom Minister gebilligt, dann nehmen sie das *pro forma* vielleicht zur Kenntnis, aber im Grunde machen sie trotzdem ihre eigene Politik weiter in der sicheren Erkenntnis, dass doch niemand ihr ganzes Arbeitsgebiet wirklich überblickt, dass die Probleme, die heute die Gemüter bewegen, schon bald überholt sein werden und dass die Leute, die sie heute zu zwingen versuchen, schon bald nicht mehr da sind. Das ist nur menschlich und viel berechtigter als es klingt. Im Lichte dieser entmutigenden Erfahrungen glaube ich, dass man mit Aussicht auf Erfolg nur so vorgehen kann, dass ein Minister eine grundsätzliche theoretische Konzeption erarbeitet und dann eine Art von erzieherischer Stelle einsetzt, die seine Ideen geduldig und hartnäckig in die Köpfe hämmert und so dem gesamten Apparat mitteilt, von oben bis unten.

22. November 1949

Des Pudels Kern ist die Tatsache, dass meine Vorstellung von der Art und Weise, wie man Diplomatie betreibt, von keinem anderen hohen Beamten des Ministeriums geteilt wird, und dass der Minister, um überhaupt Aussenpolitik betreiben zu können, im Guten wie im Bösen auf diese Beamten angewiesen ist. Selbst wenn er meine Auffassungen teilte, würde er keinen anderen finden, der das täte, und müsste also mit Leuten arbeiten, die über die ausserpolitischen Fragen anderer Meinung sind. Einheitlichkeit des Ziels und der Richtung kann es überhaupt nur geben, wenn jede einmal beschlossene Politik einen festen theoretischen Unterbau bekommt und wenn die in erster Linie davon betroffenen Personen hier, in unserer Delegation in New York, in unseren Besatzungsbehörden und in unseren Aussenstellen über diesen theoretischen Unterbau so gründlich und nachdrücklich instruiert worden sind, dass sie alle gleich gut begreifen, was wir vorhaben. Da unser gegenwärtiges Regierungssystem über die notwendige Disziplinargewalt für eine

solche Indoktrinierung nicht verfügt, kann das nur durch intensive Erziehungsarbeit in den meinungsbildenden Institutionen im Allgemeinen und an den Universitäten im Besonderen erreicht werden. Was den Schluss nahelegt, dass ich, wenn ich jemals etwas erreichen will und den Mut habe, zu meiner eigenen Überzeugung zu stehen, diese Arbeit nur ausserhalb der Mauern des Aussenministeriums tun kann und nicht innerhalb.»

Ich kann mich nicht genau entsinnen, wann oder unter welchen Umständen ich schliesslich mein Arbeitszimmer im Planungsstab aufgab. Es muss gegen Jahresende gewesen sein. Der Wechsel stimmte mich etwas traurig, denn zwischen mir und den Mitgliedern des Stabes, die im Laufe der Jahre gekommen und gegangen waren, hatte ein so nahes und so sinnvolles Verhältnis bestanden, wie nur geistige Vertrautheit es hervorbringen kann. Im Stab hatte eine Reihe wirklich hervorragender Leute gesessen: Charles Burton Marshall, Louis Halle, Dorothy Fosdick und John Paton Davies, um nur einige zu nennen. Wir hatten einander Zuneigung und Achtung entgegengebracht, auch bei sachlichen Differenzen.

Der Abschied von den Mitarbeitern in Washington ist, wie gesagt, meinem Gedächtnis entschwunden. Aber ich erinnere mich an einen Morgen auf dem Lande, auf meiner Farm, als die Umstellung mir schwer auf der Seele lag¹⁰⁸. Ich war auf dem Weg zu einer nahegelegenen Baumschule, um Pflanzen zu kaufen. Als ich die Landstrasse entlangfuhr, dachte ich an die gelegentlichen Erfolge und häufigen Fehlschläge, die dem Planungsstab in den letzten zweieinhalb Jahren bei seinen Bemühungen um Anreicherung der meinungs- und willensbildenden Prozesse der amerikanischen Regierung beschieden gewesen waren. Dabei fiel mir das Bild der Biene ein, die hier und dort Pollen abstreift, weiterfliegt und das Ergebnis ihrer geringen Arbeit nie zu Gesicht bekommt. Ich hielt den Wagen am Strassenrand an, kramte ein Stück Papier heraus und verfasste ein paar Verse als Abschiedsgruss an meine früheren Gefährten. Ich gebe sie hier wieder, sozusagen als meine letzte Aufzeichnung für den Planungsstab:

¹⁰⁸ In Wirklichkeit war das einige Monate später, als ich aus dem öffentlichen Dienst endgültig abschied.

«Von G. F. Kennan
An: Mitglieder des Planungsstabs
Betrifft: Ihr ganz spezielles Schicksal

Kollegen, Freunde, unverdrossne Drohnen
Im Bienenstock des Amtes, verurteilt alle
Zu immerwährend sinnlos eitlen Tun;
Zu Macht nicht, nicht zu Tat vorausbestimmt;
Verdammt, in Käfigen von Glas und Stahl
Des Geistes dunkle Tiefen zu durchspähnen;
Ohn' Beistand, nie ermutigt, nachzujagen
Der seltenen Beute, tiefen Färb'; dem edlen,
Dem auserwählten Duft – diese zu sammeln
Und sie, gesammelt, sorgsam zu verschmelzen
Und lang in tiefem Schweigen zu bewahren . . .
Bis dass Euch eines Tags – vielleicht – vergönnt wird
Damit, ganz anonym und unerkannt,
Der Grossen Weissen Königin
Befruchtend Euch zu nahn.

Von dieser Art sind Leben, Amt und Schicksal,
Die ich, der erst sie trug, nun Euch vermache.
Lasst nicht die rauhe Luft, das späte Jahr,
Mutlosigkeit, zum Stoss erhobne Klänge
Euch vom Beharren in Euren Mühen schrecken.
Fragt bei den Göttern nicht, wie ich's getan, warum
– Fragt auch nicht bei den Göttern dieses Amtes –
Fragt nicht, warum sie grade Euch erwählten
Und niemand sonst, zu tragen diese Last.
Wer weiss, ob nicht zu irgendeiner Stunde –
Mit Eurem Samen – unsre Königin,
Die Grosse, Weisse, eine Brut wird schaffen,
So blendend schön, von solcher Herrlichkeit,
Dass Welten staunend sich dem Wunder neigen.
Dann endlich wird der vielgeschmähte Freier,
Der Fesseln ledig, seiner Pflichten frei,
Im Strahlenglanze seiner Brut sich badend,
Die Wärme finden, die die Seelen labt
Im späten Herbst.»

XX. Abschied von Washington

In den letzten Wochen des Jahres 1949, als ich schon mit der Übergabe des Planungsstabs an meinen Nachfolger beschäftigt war, verliehen zwei Ereignisse den mit der Entwicklung nuklearer Waffen verbundenen Problemen erneute Aktualität. Erstens meldeten uns am 19. September die Wissenschaftler und die Experten des Nachrichtendienstes, dass die Russen tatsächlich eine Atombombe zur Explosion gebracht hatten. Zweitens erreichte uns – nur wenig später, glaube ich – die Nachricht, dass die Vorarbeiten für die amerikanische Wasserstoffbombe (die «Superbombe», wie wir sie damals nannten) nunmehr soweit gediehen seien, dass mit der Herstellung begonnen werden könne. Jetzt würde der Präsident zu entscheiden haben, ob wir uns wirklich auf die Entwicklung dieser neuen Waffe einlassen wollten. Und da die Frage naturgemäss für unsere Haltung bei den seit 1946 laufenden UNO-Verhandlungen über die internationale Kontrolle von Atomwaffen Bedeutung hatte, war es klar, dass auch der Aussenminister bei dieser Entscheidung gehört werden musste.

Einige von uns, darunter der verstorbene Robert Oppenheimer, waren der Meinung, dass man vor der Weiterentwicklung einer völlig neuen Gattung von Vernichtungswaffen erst noch einmal die Möglichkeiten für eine internationale Kontrolle atomarer Waffen im Allgemeinen überprüfen und sich überzeugen solle, ob es nicht doch einen Weg gäbe, über den man zu internationalen Vereinbarungen gelangen könne, um dadurch der Notwendigkeit für eine so schicksalsschwere Entscheidung zu entgehen. Ob der Minister mich damit beauftragte oder ob ich die Überprüfung aus eigenem Antrieb vornahm, habe ich vergessen. Jedenfalls beschäftigte sie mich und andere während der letzten Wochen des Jahres 1949; und um den 20. Januar legte ich dem Minister in einem langen Bericht meine Ergebnisse und Ansichten vor. Da ich nicht mehr Direktor des Planungsstabs war, trug der Bericht den Charakter eines persönlichen Memorandums und verpflichtete niemand ausser mir. Ich halte ihn in seinen Folgerungen für eines der wichtigsten, wenn nicht das wichtigste aller Dokumente, die ich je im Regierungsdienst

verfasste. Ich bedaure, dass die Regierungspraxis seine Veröffentlichung über das jetzige Zeitpunkt ausschliesst.

Ich begann (nach meiner Erinnerung; ich besitze nicht einmal Notizen über das Dokument) mit einer Überprüfung unserer Position in der Frage internationaler Kontrolle. Im Ergebnis schien es mir, dass unser erklärter Wunsch, atomare Waffen aus den nationalen Arsenalen zu verbannen, in unserer Haltung nicht voll zum Ausdruck käme. Wir konnten Verschiedenes tun – vielleicht nicht entscheidend Wichtiges, aber auch nicht ganz Unwichtiges –, um ohne eigene Gefährdung unsere Haltung zu mässigen und uns den Ansichten der Russen und anderer Mächte anzunähern. Aber, fuhr ich fort, war es wirklich unser Wunsch, atomare Waffen abgeschafft zu sehen? Wollten wir uns wirklich auf den Weg begeben, der uns und die Welt diesem Ziel näherbrächte? Die Antwort hing nach meiner Ansicht davon ab, wie hoch wir den Wert solcher Waffen für unsere eigene Verteidigungspolitik bemessen. Man konnte sie auf zweierlei Art betrachten. Man konnte sie als ein notwendiges Übel sehen – als eine Waffe, deren Existenz wir bedauerten; auf die wir nicht verzichten konnten, weil keine Gewähr bestand, dass nicht andere sie gegen uns einsetzten; die wir selbst aber in einer bewaffneten Auseinandersetzung nie als erste an wenden würden. In diesem Fall würden wir natürlich bei unseren Verteidigungsplänen nicht von ihrer Verwendung ausgehen. Oder aber man betrachtete die Waffe als für unsere Verteidigung wesentlich; als etwas, ohne das auszukommen wir uns nicht mehr vorstellen konnten, und daher als etwas, das wir in jeder grossen Auseinandersetzung planmässig, prompt und aus freien Stücken einzusetzen gedachten, ohne Rücksicht darauf, ob es zuerst gegen uns benutzt worden wäre. In diesem Fall würden wir naturgemäss bei unserer Verteidigungsplanung ihren Erstgebrauch unterstellen; und wir würden uns dadurch in eine Lage bringen, in der wir es uns vermutlich nicht leisten könnten, sie *nicht* einzusetzen, wenn ein Krieg jemals ausbräche.

Ich verwies darauf, dass unsere Erklärungen zu diesem Punkt bisher mehrdeutig und widersprüchlich seien. In internationalen Gremien hatten wir dem Wunsch nach Abschaffung atomarer Waffen beigepflichtet. Aber die Reden unserer politischen und militärischen Führer und auch das, was wir dem Kongress und unsern NATO-Verbündeten zu verstehen gegeben hatten, machte eindeutig klar, dass unsere Verteidigung auf derartige Waffen gegründet sei und dass wir vorhätten, sie in jeder grossen

militärischen Auseinandersetzung zuerst anzuwenden, gleichgültig, ob sie gegen uns eingesetzt worden waren oder nur eingesetzt werden könnten.

Wenn das wirklich unsere Absicht wäre, sagte ich, dann sei es sinnlos, unsere Haltung in den internationalen Verhandlungen über die Kontrolle oder Abschaffung atomarer Waffen umzuorientieren; denn dann sei das ja eine Richtung, in die wir eigentlich nicht gehen wollten.

Der Rest der Aufzeichnung bestand aus einem Plädoyer, das so nachdrücklich und so beredt wie ich konnte dazu aufrief, vor einer Entscheidung für die Wasserstoffbombe und damit für eine endlose Steigerung der Zerstörungskraft und Kosten atomarer Waffen nochmals sehr ernsthaft und sehr gründlich das ganze Prinzip der «Erstanwendung» dieser und aller anderen Massen Vernichtungswaffen zu überdenken; und ich machte es so deutlich, wie es mit Worten möglich war, dass ich bei einer solchen Überprüfung entschieden für das Aufgeben dieses Prinzips stimmen würde. Es war nach meiner Meinung der Ursprung unserer ganzen Verwirrung. Ich bezweifelte nicht, dass wir Waffen dieser Art behalten müssten, bis wir mit den andern Mächten eine befriedigende Übereinkunft über ihre Entfernung aus den nationalen Arsenalen getroffen hätten. Aber unsere Haltung gegenüber der Öffentlichkeit sollte etwa die sein:

«Wir beklagen die Existenz aller Waffen zur unterschiedslosen Massen Vernichtung. Wir bedauern, dass wir je gezwungen waren, sie zu benutzen. Wir hoffen, dass wir es niemals wieder tun müssen. Wir beabsichtigen nicht, es jemals zu tun, es sei denn, wir würden dazu durch den Einsatz dieser Waffen gegen uns gezwungen. Und wir sind willens, sehr weit zu gehen, erhebliches Vertrauen in andere zu setzen und ein gewisses Risiko in Kauf zu nehmen, um eine internationale Vereinbarung über ihre Entfernung aus den nationalen Arsenalen zu erreichen; denn wir können uns nichts Gefährlicheres vorstellen als einen fortgesetzten internationalen Wettlauf um ihre Weiterentwicklung.»

In der Argumentation hob ich hervor, dass der bloße Umgang mit solchen Waffen früher oder später (angesichts ihres selbstmörderischen Charakters) das Verständnis der Öffentlichkeit überfordern und zwischen uns und unseren Verbündeten Fragen aufwerfen würde, an denen die bestehenden Allianzen zerbrechen

könnten. Aber was noch wichtiger war, ich argumentierte – wie ich es in den öffentlichen Diskussionen kommender Jahre noch oftmals tat –, dass die hochgradige Zerstörungskraft dieser Waffen unserm Volk weder Sieg noch Sicherheit bringen könne. Das Ergebnis würde bestenfalls eine Verschlechterung der Lebensbedingungen der ganzen Menschheit, also auch unserer eigenen, sein; die entscheidenden Siege seien nur zu erringen durch einen Wandel in den Herzen der Menschen – Wandel zum Guten, in Richtung auf grössere Toleranz und Geduld und Hoffnung; und solcher Wandel könne niemals durch Zerstörung bewirkt werden und vor allem nicht durch eine so gewaltige und unterschiedslose Zerstörung unschuldigen Lebens.

Es ist mir nicht erinnerlich, dass dieses Papier jemals ernsthaft geprüft oder diskutiert worden wäre. Ebensowenig weiss ich noch, wie der Aussenminister reagierte. Wenn ich raten sollte, so würde ich annehmen, dass er Bestürzung und Mitleid über meine Naivität empfand. Die von mir vorgetragene Ansicht stand im Widerspruch zu der bereits festgelegten Verteidigungskonzeption. Sie stand im Widerspruch zu den Reaktionen des Kongresses, der Militärs und des Publikums auf die Nachricht von der Zündung einer Atombombe durch die Russen. Sie stand im Widerspruch zu den Auffassungen, die wir unseren europäischen Verbündeten beigebracht hatten, und zu ihren durch uns vermittelten Ideen über das, was für ihre Sicherheit vonnöten sei. (Einige von ihnen hätten schon auf die blosser Vorstellung, in einer Welt leben zu müssen, in der *unsere* Atombomben nicht mehr *ihre* Sicherheit garantierten, mit Besorgnis und Entrüstung reagiert.) Meine Ansichten standen ferner im Widerspruch zu den stark überhöhten Schätzungen der russischen konventionellen Militärmacht, die (wir wollen jetzt nicht fragen, warum) bereits in die offizielle Veranschlagung der Verteidigungsbedürfnisse der NATO übernommen waren, und zu unserer daraus hergeleiteten Überzeugung, dass wir auf nicht-nuklearem Gebiet den Russen niemals gewachsen sein würden. Sie standen schliesslich im Widerspruch zu der wachsenden Neigung Washingtons (einer angesichts der nunmehr erwiesenen russischen Fähigkeit zur Produktion atomarer Waffen doppelt verhängnisvollen Neigung), unsere Pläne und Berechnungen ausschliesslich auf das *Potential* eines gedachten Gegners zu stützen, ihm den Wunsch zu unterstellen, alles zu tun, um uns zu schaden, und die ganze Frage nach den wahren *Absichten* dieses Gegners als genauer Bestimmung unzugänglich aus den Er-

wägungen auszuschalten. Angesichts all dieser Widersprüche war es sehr verständlich, dass der Aussenminister die von mir vorgetragenen Ansichten weder für brauchbar noch überhaupt ernsthafter Diskussion für wert befand. Jedenfalls gab rund zehn Tage, nachdem ich sie vorgelegt hatte, der Präsident am 31. Januar 1950 unsere Absicht bekannt, mit der Entwicklung der Wasserstoffbombe fortzufahren; und ich wusste, dass meine Mühen abermals vergeblich gewesen waren.

Jahre später waren ganz unabhängig von meiner Aufzeichnung einige der von mir vorgebrachten Gedanken in die öffentliche Diskussion und das amtliche Denken unserer Regierung eingedrungen. Nach einer Pause von zwölf Jahren erkannten zum Beispiel Präsident Kennedy und Mr. McNamara das Unsolide einer Verteidigungskonzeption, deren Hauptfehler Waffen waren, die unterschiedslos zerstörten und selbstmörderische Konsequenzen hatten; und soweit es ihnen unter den Umständen möglich war, gingen sie daran, diesen Missetand zu beseitigen. Die Erfahrungen zweier Kriege, in denen sich der Einsatz dieser Waffen als undurchführbar erwies, brachte viele Menschen zum erstenmal auf den Gedanken, sie seien vielleicht doch keine Patentlösung für jedes militärische Problem. Zwischen uns und unseren Verbündeten wurde in den sechziger Jahren die Frage, wer im Rahmen des NATO-Pakts im Ernstfall über den Einsatz dieser Waffen entscheiden sollte, zu einem dornigen Problem; sie spielte eine Rolle bei dem Wandel in der Natur des Bündnisses und zeigte so einige der Mängel auf, die sich ergeben, wenn man solche Waffen zur Basis einer kollektiven Verteidigungspolitik macht. Aber Anfang 1950 lagen selbst diese ersten ermutigenden Zeichen noch weit in der Zukunft; und es versteht sich von selbst, dass ich aus dieser meiner ersten und letzten verantwortlichen Beschäftigung mit unserer offiziellen Politik gegenüber Massenvernichtungsmitteln nichts anderes davontrug als ein schweres Herz und tiefste Entmutigung.

Im Februar und März machte ich mit Erlaubnis des Aussenministers eine Reise nach Lateinamerika. Ich war niemals dort gewesen. Ich wollte etwas davon sehen, bevor ich aus dem Regierungsdienst schied. In Rio de Janeiro fand eine Konferenz unserer Botschafter in den lateinamerikanischen Ländern statt, bei der das Ministerium angemessen vertreten sein sollte. Aber davon ganz abgesehen hatte ich begriffen, dass ich in meiner

Arbeit für die Verbesserung des Verhältnisses unserer Regierung zu denen der grossen Militärmächte Europas und Asiens einen vollen Kreis beschrieben hatte und wieder am Ausgangspunkt angelangt war. Meine Möglichkeiten waren erschöpft. Ich fühlte, dass es Zeit sei, das alles abzustreifen und mich Weltgegenden zuzuwenden, in denen es um andere Dinge ging als um den Kalten Krieg und die Eindämmung des Kommunismus.

Also nahm ich am 18. Februar 1950 den Zug nach Mexico City und flog von dort über Caracas nach Rio. Nach der Konferenz in Rio setzte ich die Reise nach São Paulo, Montevideo und Buenos Aires fort und kehrte dann über Lima und Panama City nach Miami zurück.

Die Reise war nichts weniger als angenehm. In Mexico City machte mir die Höhe zu schaffen; die Stadt selbst fand ich gewalttätig und explosiv. Sie machte den Eindruck, als ob sie des Nachts niemals schlief (vielleicht weil ich selbst es nicht konnte). Die Geräusche liessen ihre nächtliche Aktivität erregt, schwül und bedrohlich erscheinen. Vor der Weiterreise verbrachte ich in der Absicht, mich zu entspannen, eine Nacht in dem Haus reicher Landsleute in Cuernavaca, die mir lebenswürdigerweise ihre Gastfreundschaft angeboten hatten, ohne mich zu kennen. Sie selbst waren verreist. Ihr Haus war phantastisch: luxuriös, prachtvoll der Landschaft eingefügt und voll von den herrlichsten Antiquitäten. Aber auch das war nichts für mich. In Luxuswohnungen bin ich noch nie heimisch geworden. Nach meinen Tagebuchnotizen lag ich

«die lange Nacht hindurch schlaflos unter dem mächtigen karmesinroten Baldachin, der einst einem Kirchenfürsten gedient hatte und noch sein Wappen trug – derweil die Mücken um mein Kissen summt, draussen im Binnenhof ein Springbrunnen leise plätscherte und der Nachtwind ziellos durch die Kreuzgänge strich und wie ein Gespenst zu murmeln schien: ‚Verloren, verloren, verlorene Ich war sicher, dass er uns alle meinte: mich, den Gast, der gegangen war, wohin er nicht gehörte; die unglückseligen Antiquitäten, die in so ungereimter Vielfalt zusammengestopft waren wie Tiere in einem Zoo; und schliesslich sich selbst, den Wind, der in so wundervollen Mauern gefangen war und nicht wusste, wozu all diese Schönheit diene.

Und schliesslich fiel mir ein, dass es der Wind war, der überall dort weht, wo die Verlorenen wohnen. Es war der Wind, der an

der Riviera bläst, auf den Bahama-Inseln und auf der Sierra de Cintra: der Wind der Fürsten im Exil, der hoffnungslos Reichen, der zerquälten Intellektuellen; der Wind König Carols und der Windsors – der Wind, der dem Palast der Sieben Seufzer seinen Namen gab. Es war der Wind der letzten Zuflucht, der dann doch keine Zuflucht gab – der Begleitwind von Illusion und Hoffnungslosigkeit, der wie ein treues Tier die ihm Befohlenen auf der Suche nach dem begleitet, was es nicht gibt – und der nachts ihre Träume stört, wenn er in naiver Hast das zu erhaschen sucht, was sich nicht fangen lässt.»

Caracas, eingeklemmt in quittengelbe Berge, war entsetzlich mit seinem kreischenden, hupenden Verkehrschaos, seinen unglaublich hohen Preisen, seiner von Ölgeld korrumpierten fiebrigen Wirtschaft, seinen «gleissenden Villen, die wie Pilze aus dem Boden schossen und an den umliegenden Bergen hochkrochen». Meinem Tagebuch vertraute ich mein Mitgefühl mit den unglückseligen amerikanischen Vertretern an, die gezwungen waren, «in dieser grotesken Stadtschlucht ihrer Arbeit nachzugehen, die Klaustrophobie zu bekämpfen, die aus dem Alleinsein zwischen den ragenden Bergen und den ansässigen Millionären entstand, ihre Pflicht zu tun im Rahmen der unfrohen Wechselbeziehung zweier Länder, die jedes dem andern auf leicht anrührige Weise verbunden waren».

Auch Rio stiess mich ab mit seinem lauten, hemmungslos wett-eifernden Verkehr und den unglaublichen Gegensätzen zwischen Luxus und Armut; aber der Aufenthalt dort wurde mir noch aus ganz anderen Gründen verleidet. Die sowjetische Propagandamaschine hat sich immer an die Regel gehalten, dass man mit Ideen Begeisterung wecken kann, dass man aber zur Erzeugung von Hass Personen als Zielscheiben braucht. Es wurde deshalb für nötig gehalten, in jedem grösseren nichtkommunistischen Land ein oder zwei Personen zu haben, auf die sich der Hass konzentrieren konnte. Die Identität dieser Personen konnte je nach Lage wechseln. Manchmal boten sich die Zielscheiben von selber dar; in anderen Fällen nahm man, was man kriegen konnte. Im Augenblick hatte man Jim Forrestal und mir die Ehre erwiesen, uns dafür auszuwählen – sozusagen stellvertretend für die Vereinigten Staaten; und unsere Namen erschienen infolgedessen (manchmal als die von «Hyänen» des amerikanischen Imperialismus) in den Erzeugnissen der sowjetischen Propaganda und in den kommunistischen Zeitungen der ganzen Welt.

Vor meiner Abreise aus Washington war mir das nicht bewusst gewesen, und ich war deshalb sehr erstaunt und betroffen, die Mauern von Rio – zu Hunderten und aber Hunderten – mit grossen Inschriften bemalt zu finden: «*Fora Kennan* – Kennan verschwinde!» Ausserdem berichteten meine Kollegen in der Botschaft, dass ich bei Demonstrationen kommunistischer Studenten in den letzten Tagen viermal *in effigie* verbrannt worden sei. Man zeigte mir sogar ein Foto von einem dieser Leichenbegängnisse, und ich sah mit Rührung, dass die Studenten zwar meinen Namen falsch buchstabiert, mir aber zum Ausgleich lebenswürdigerweise einen kleinen Kindersarg gestiftet hatten – sehr sorgfältig mit einem grossen weissen Kreuz geschmückt –, also war es immerhin ein christliches Begräbnis. Die Situation hatte indessen nicht nur komische Seiten – jedenfalls nicht nach Ansicht der brasilianischen Regierung. Adlernasige Indianer mit abgesetzten Flinten führen überallhin in meinem Wagen mit und andere in einem zweiten Wagen hinterher; einer sass die ganze Nacht höchst unbequem auf einem Stühlchen vor meiner Hotelzimmertür. Unter den Umständen war ein normales Kennenlernen der Stadt nicht möglich.

São Paulo war noch schlimmer. Hier war zu meiner Verteidigung eine wahre Armee aufgeboden worden – die Hälfte der städtischen Polizei, sagte man mir; und mein Kommen und Gehen führte jedesmal zu wildem Durcheinander und zu Kontroversen zwischen Polizei, Fotografen, anderer Leute Nachrichtenspitzeln und unsern eigenen geplagten Beamten. Montevideo, Buenos Aires und die übrigen Orte waren zwangloser, aber sie alle erfüllten mich mit einem merkwürdigen Gefühl, einem Gemisch aus Sorge und Melancholie. Besonders erbitternd waren die offiziellen Unterredungen, um die ich in jeder Hauptstadt nachzusuchen verpflichtet war. Sie waren alle gleich und alle sinnlos. Das Tagebuch berichtet:

«Besuch in der Residenz des Präsidenten: Ein dunkler Salon; der Sohn des Präsidenten als Dolmetscher; und der Präsident selbst, der steif auf dem Sofa sitzt und auf jedes meiner Worte über sich und sein Land mit düsterer lateinischer Empfindlichkeit reagiert. (,Sie, Mr. Kennan, sind ein Beamter der Regierung eines grossen Landes; und ich bin nur der Präsident eines ganz obskuren kleinen‘. ,Ah, Herr Präsident, das mag sein, aber wir alle sind uns bewusst, dass kein Zusammenhang besteht zwischen der Grösse eines Landes und der politischen Weisheit seiner Führer‘.)»

Und so ging es immer: schlaue Provokation von ihrer Seite, unvermeidliche Schmeicheleien von meiner – alles peinlich und leicht anrühlich.

In Lima fand ich die Vorstellung deprimierend, dass es dort seit neunundzwanzig Jahren nicht geregnet hatte und dass ein Teil des Schmutzes vermutlich schon die ganze Zeit unberührt dort lag. Und die kurzen Aufenthalte in Mittelamerika – wieder mit dem Unterton von Gewalttätigkeit, der selbst in den Empfangsräumen der kleinen Flugplätze spürbar war – machten mich auch nicht heiter.

Nach Washington zurückgekehrt, verfasste ich für den Minister einen langen Bericht über die Eindrücke dieser Reise. Ich setzte mich darin mit vielen Aspekten unserer Beziehungen zu diesen Ländern auseinander und sah mich dabei gezwungen, grundlegende Fragen der Staatsphilosophie zu überdenken und für den Bericht zu formulieren, die ich bis dahin wenig beachtet hatte. Diese tastenden Versuche gehören eigentlich schon zu einer anderen Periode meines Lebens und meiner Arbeit, nämlich zu der akademischen, die kurz darauf begann; deshalb werden sie besser für einen weiteren Band dieser Memoiren aufgehoben, falls er jemals geschrieben wird. Aber vielleicht sollte ich vermerken, dass der Bericht für die Leute in den betreffenden Länderreferaten ein so grosser Schock war, dass der Unterstaatssekretär für Lateinamerika sofort zum Minister eilte und ihn überredete (was wohl kaum sehr schwierig war), die Verteilung innerhalb des Ministeriums zu verbieten und sämtliche Kopien unter Verschluss zu nehmen, damit er unschuldigen Augen verborgen bliebe – was auch prompt geschah. Ich erfuhr niemals, welche Abschnitte zu dieser drastischen Massnahme Anlass gegeben hatten; aber ich habe die Idee, dass es die waren, in denen ich mich mit der Tragik der menschlichen Zivilisation in diesen südlichen Ländern auseinandersetzte. Da der Bericht niemals angenommen und verteilt wurde und somit anzunehmen ist, dass er keinen Eingang in die Regierungsakten fand, fühle ich mich frei, einige der Abschnitte zu zitieren, die vermutlich die Aufregung verursachten.

Es gebe, schrieb ich, gewisse Erkenntnisse über den lateinamerikanischen Raum insgesamt, die

«den flüchtigen Besucher mit einer schweren, drückenden Gewalt packen und sich in seinem Denken ganz nach vorne schieben.

Ich kann mir schwer vorstellen, dass es noch eine andere Region auf dieser Erde gibt, in der Natur und menschliches Verhalten gemeinsam einen so unglücklichen und entmutigenden Rahmen für die menschliche Existenz geschaffen haben wie in Lateinamerika.

Was die Natur betrifft, so fällt sofort auf, wie sehr Südamerika in seiner Eigenschaft als menschlicher Siedlungsraum das Gegenteil unseres nordamerikanischen Kontinents ist.

In den gemässigten Klimazonen, die für das menschliche Leben am geeignetsten sind, ist Nordamerika breit und grossräumig. Südwärts in Richtung auf die subtropischen und tropischen Zonen läuft es in den engen und gebirgigen Isthmus aus, der zu Lateinamerika gehört.

Südamerika dagegen ist weit und grossflächig in den Teilen, die nahe am Äquator liegen und dem menschlichen Leben am wenigsten günstig sind, und gerade am südlichen Ende, in der gemässigten Zone, wird der Kontinent eng und beschneidet abrupt die Entwicklungsmöglichkeiten der menschlichen Gesellschaft.

In Nordamerika entwässert und versorgt der Mississippi das grosse fruchtbare Becken im Herzen des Kontinents. Der Amazonas dagegen reicht mit grossen Fingern in ein Gebiet, das menschlicher Betätigung besonders feindlich ist.

In Nordamerika ist das grosse Land in der Mitte des Kontinents hochentwickelt, besitzt ein dichtes Netz von Verbindungen und ist gut geeignet, als Verbindungsstück aller Teile untereinander zu dienen. In Südamerika wirkt die weglose Weite Zentralbrasilien, um dessen Peripherie die anderen Länder angeordnet sind, eher als Hindernis denn als Verbindung.

In Nordamerika hat das Klima die Entwicklung städtischen Lebens in den Ebenen und eine organische Verbindung mit dem natürlichen Hinterland erlaubt. In Südamerika hat das Klima im Verein mit der kastilischen Tradition eine Reihe wichtiger Städte auf schwer zugängliche Berghöhen getrieben, mit dem Ergebnis nicht wiedergutzumachender Künstlichkeit.»

Ich beschrieb sodann die tragischen Folgen der Art und Weise, wie die Spanier ihre Kultur und ihre Herrschaft dem südamerikanischen Kontinent aufgezwungen hatten, sowie die Wirkungen des späteren Imports von Sklaven und anderen aus Afrika. «Infolgedessen», so schloss ich,

«lebt heute der grösste Teil der lateinamerikanischen Welt im Schatten einer schrecklichen Hilflosigkeit und Unfähigkeit. Die Hindernisse für den Fortschritt liegen in den Adern der Menschen und in den Konturen der Landschaft; und keins von beiden ist leicht zu überwinden. Die bisherigen Versuche dazu waren schwächlich und wenig aussichtsreich.

Aber solch bittere Wahrheiten kann ein Mensch sich nicht dauernd vor Augen halten. Die menschliche Natur beharrt darauf, dass das Leben weitergehen muss, unterdrückt deshalb das Bewusstsein dieser Dinge, wendet sich in gesundem Abscheu ab und sucht nach einem Ausgleich. So ist die unmässige Pracht und Präntation lateinamerikanischer Grossstädte nichts als ein Versuch der Kompensation für das Elend und die Erbärmlichkeit ihres Hinterlandes. Und beim Individuum gibt das unterbewusste Wissen um das Versagen der Gemeinschaft sich zu erkennen in übertriebenem Selbstbewusstsein und Egoismus – in dem mit-leiderregenden Bestreben, für unerhört mutig, fabelhaft schlau und grenzenlos viril zu gelten, wenn schon bessere Tugenden so offensichtlich fehlen.

Den Vertreter des Auslands stellt das vor ein schreckliches Dilemma. In einer Umgebung, die die nackte Wahrheit schwer erträgt, kann er mit der nüchternen und selbstverständlichen Verhaltensweise anderer Teile der Welt nicht weit kommen. Er muss sich in seiner Tätigkeit auf diese Neurosen einstellen, und er muss beachten, dass jede Anregung, die er vermittelt, der Übertragung in die Sprache einer Welt bedarf, deren Geschichte ebenso tragisch ist wie ihre Landschaft, ohne dass das je zugegeben werden dürfte.

Der Preis diplomatischer Popularität und in gewissem Umfang diplomatischen Erfolges ist somit die stillschweigende Duldung einer ungeheuerlichen und allgegenwärtigen Fiktion: der Fiktion ausserordentlicher menschlicher Leistungen – individueller und kollektiver, subjektiver und objektiver – in einer Gesellschaft, in der die Wirklichkeit fast genau dem Gegenteil entspricht und wo die Gründe für diese Wirklichkeit zu schrecklich sind, als dass man dauernd an sie denken könnte. Die lateinamerikanische Gesellschaft lebt mehr oder weniger in einer Schein weit: nicht in der systematisierten und zweckbestimmten Scheinwelt des russischen Kommunismus, sondern in einer sehr individualisierten, anarchischen Schein weit, in der jedermann sich in seiner privaten kleinen Fiktion verpuppt und ihre Anerkennung durch die Umwelt zur Vorbedingung seiner Teilnahme am sozialen Prozess macht.

Vor diesem Phänomen machen viele nichtlateinische Diplomaten zunächst voller Bestürzung Halt, weil sie sehen, dass sie wenig erreichen werden, wenn sie sich nicht anpassen. Doch sich tief hineinstürzen, wie es viele schliesslich tun, heisst, sich in einer Art von Wunderland verlieren, in dem das normale Verhältnis von Ursache und Wirkung nicht mehr gilt, wo nichts nach seinem wirklichen Wert beurteilt werden darf, wo keine Idee mehr als relative Integrität besitzt, wo die Realitäten nur durch Anpassung an das kranke und aufgeblähte menschliche Ich Gültigkeit erwerben, wo nichts jemals ganz beendet wird, weil die Dinge nie mehr als Symbole sind und es von Dingen, die Objekte von Symbolen sind, endlos viele gibt.

Für den empfindsamen Ausländer gibt es hier nur drei mögliche Auswege: Zynisch werden, Mitmachen oder Akut-Unglücklichsein. Die meisten ausländischen Vertreter flüchten sich in eine Kombination aus allen dreien.»

Das waren, wie gesagt, ein paar von den Passagen, die den Bericht vermutlich für die amtliche Registratur unverdaulich machten. Wenn ich sie heute wiederlese, verstehe ich besser als damals, warum sie selbst für die riesengrossen Archive des Ministeriums zu sperrig waren. Aber schon die Tatsache, dass ich, der ich reiste und Eindrücke sammelte, nicht anders konnte, als solche Sachen zu schreiben; und dass das State Department, weil es war, wie es war, und weil es vor den Aufgaben stand, die ihm aufgegeben waren, nicht anders konnte, als ihre Kenntnisnahme zu verweigern – schon diese Tatsache war eine hervorragende Illustration für die Zwangsläufigkeit, mit der meine Brauchbarkeit als Washingtoner Beamter zu Ende ging und mit der ich in ein Leben hineingeschoben wurde, wo tiefere und schmerzhaftere Bereiche der Analyse und der Spekulation eher geduldet wurden und man sich ihnen mit mehr Sicherheit hingeben durfte.

Damit kein falscher Eindruck entsteht, sollte ich wohl hinzufügen, dass ich ungeachtet der in den Zitaten spürbaren Betonung der tragischen Elemente in der lateinamerikanischen Kultur von ihr in einem anderen Sinn eine sehr hohe Meinung habe und sie sogar als die vielleicht grösste Zukunftshoffnung der Menschheit betrachte. Die menschliche Existenz ist überall tragisch; die Lateinamerikas ist es auf ihre spezifische Art; und in mancher Hinsicht ist das eine weniger beängstigende und sicherlich weniger apokalyptische Art als die, die sich anderen Orts zu zeigen droht. Hier wie dort drängt sich das Ego dämo-

nisch, chaotisch und unzählbar in die Angelegenheiten der Menschen und verlangt seinen Anteil. Ich bin nicht sicher, dass ich es nicht in seiner lateinamerikanischen Version vorziehe: spontan, ungehemmt und laut, statt sorgfältig maskiert und zu Gift pervertiert wie bei Europäern und Anglo-Amerikanern. Lateinamerika ist die einzige grosse Region der Welt, wo die Menschen noch völlig menschlich sind; wo niemand Nuklearwaffen hat oder daran denkt, sie zu entwickeln; wo der grosse Schatz an Regeln, Erfahrung und Sitte, den das christliche Abendland zur Versöhnung des Menschen mit Gott und den Erfordernissen einer zivilisierten Existenz hervorgebracht hat, noch in seiner ganzen Fülle lebendig ist. Vielleicht wird der südamerikanische Kontinent eines Tages die letzte Zuflucht und der Treuhänder der humanistischen und christlichen Werte sein, die die Menschen in den europäischen Mutterländern und in Nordamerika – überfüttert, überorganisiert und vor Angst und Gier mit Blindheit geschlagen – in den Müll geworfen haben.

Bis zum Juni 1950 hatte ich dienstlich niemals mit Korea zu tun gehabt. Die wesentlichen Entscheidungen waren im militärischen Bereich getroffen worden; falls die Zuständigkeit des Aussenministeriums jemals in Anspruch genommen worden war, war ich an den Beratungen nicht beteiligt gewesen.

Der Abzug amerikanischer Truppen aus Korea Anfang 1949 hatte mich nicht beunruhigt. Einerseits hatte ich den Eindruck, dass diese Streitkräfte durch das Drumherum von Angehörigen, Kantinen und anderen Betreuungseinrichtungen, die das Pentagon damals bei amerikanischen Truppen in Übersee für unentbehrlich hielt, so schwerfällig seien, dass sie ohnehin wenig Kampfkraft besäßen und bei etwa notwendig werdenden plötzlichen Militäraktionen mehr gestört als genützt hätten. Ausserdem war mir 1948 bei meinem Besuch in Japan von einer sehr hohen Luftwaffenkommandostelle versichert worden, wir brauchten ohnehin keine Heereseinheiten in Korea, weil die Luftwaffe in der Lage sei, mit ihren Langstreckenbomben von Okinawa aus alle militärischen Operationen auf der Koreanischen Halbinsel zu kontrollieren – eine Behauptung übrigens, die in Anbetracht der Lage, in der wir uns drei Jahre später befanden, höchst ironisch wirkt.

Irgendwann Ende Mai oder Anfang Juni 1950 war einigen an russischen Angelegenheiten interessierten Leuten im Ministerium aufgefallen, dass sich unter dem grossen «Anfall» von

Informationen, der täglich in den mächtigen Schlund dieses Amtes strömt, hin und wieder eine Andeutung über militärische Vorbereitungen irgendwo in den von Moskau beherrschten Gebieten fand – wo, war nicht erwähnt. Eine genaue Prüfung der sowjetischen Situation überzeugte uns, dass es sich nicht um sowjetische Streitkräfte handelte. Übrig blieben die Truppen eines Satellitenstaates, aber welches? Wir riefen die Experten zusammen und gingen den Sowjetblock durch. Auch Korea kam an die Reihe. Für militärische Informationen aus diesem Land waren wir auf einen langen und indirekten Nachrichtengeweg angewiesen, von dem ich mich entsinne, dass er über zwei militärische Stellen lief, nämlich die in Japan und das Pentagon in Washington. Auf diesem umständlichen Wege erhielten wir das Votum, dass ein Beginn militärischer Operationen von Seiten der Kommunisten in diesem Lande praktisch ausgeschlossen sei: Die südkoreanischen Streitkräfte seien nach Bewaffnung und Ausbildung denen des kommunistischen Nordens eindeutig überlegen; es sei sogar schwierig, sagte man uns, die Südkoreaner davon abzuhalten, zwecks Regelung ihrer Differenzen mit dem Norden zu den Waffen zu greifen. Da ich keinen Grund hatte, dieses Urteil zu bezweifeln, akzeptierte ich es (ich habe mir deswegen immer Vorwürfe gemacht), und wir gingen zu anderen Dingen über. Aber verständlicherweise konnten wir nirgendwo anders Anzeichen für die Vorbereitung eines Angriffs finden, und unsere Bemühungen blieben völlig ergebnislos.

Ende Juni sollte ich meine Arbeit im Ministerium abschliessen und Washington verlassen. Übers Wochenende des 24./25. Juni fuhr ich am Samstagmorgen mit Annelise auf die Farm und kehrte am Sonntagnachmittag nach Washington zurück. Auf der Farm hatten wir kein Telefon und hielten auch keine Sonntagszeitungen. Erst als ich am späten Nachmittag wieder in Washington war und die Schlagzeilen der Sonntagszeitungen sah, erfuhr ich von dem Angriff in Korea. Niemand hatte daran gedacht, mich zu benachrichtigen, und vielleicht hatte dazu auch kein Anlass bestanden; aber ich konnte nicht umhin zu denken, dass General Marshall dafür gesorgt hätte.

Im Ministerium fand ich den Minister in einer Besprechung mit Phil Jessup, Dean Rusk und Doc Matthews. So viel ich hörte, hatten sie den grössten Teil des Tages damit verbracht, im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen eine Resolution durchzudrücken, die alle Mitglieder aufforderte, den nordkoreanischen Kräften nicht beizustehen, sondern den Vereinten Natio-

nen zu helfen, die Aggression zum Halten zu bringen. Nun überlegten sie, wie die Vereinigten Staaten reagieren sollten.

Mir war von Anfang an klar, dass wir mit aller Kraft reagieren müssten, um diesen Angriff abzuwehren und die nordkoreanischen Truppen von der südlichen Hälfte der Halbinsel zu vertreiben. An jenem ersten Tag wie auch in allen Diskussionen der folgenden Tage und Wochen gab ich dieser Meinung unzweideutig Ausdruck. Bei dieser ersten und einer Reihe anderer Gelegenheiten betonte ich auch, dass wir sofort Schritte unternehmen müssten, um sicherzustellen, dass Formosa nicht in kommunistische Hände fiele, denn zwei solche Rückschläge dicht nacheinander könnten sich auf unser Prestige und unsere ganze Position im Fernen Osten leicht katastrophal auswirken.

Als ich an diesem Sonntagnachmittag ins Ministerium kam, befand der Präsident sich noch auf dem Rückflug nach Washington. Um Viertel nach sechs fuhr der Minister zum Flughafen, um ihn abzuholen. Es war vereinbart, dass er und einige seiner engsten Mitarbeiter später im Blair-Haus mit dem Präsidenten und einer entsprechenden Gruppe hoher Militärs essen würden. Man hatte mir gesagt, der Minister habe meine Teilnahme an dem Treffen mit dem Präsidenten ausdrücklich gewünscht; aber als es soweit war, erklärte seine Sekretärin mir, dass auf irgendeine ihr unverständliche Weise mein Name in der dem Weissen Haus übersandten Liste ausgelassen worden sei, und da die Gedecke abgezählt seien, würde ich keinen Platz finden. Dieses Abendessen bestimmte sozusagen im Wege der gesellschaftlichen Einladung den Kreis der Personen, der in den kommenden Tagen im Ministerium für Entscheidungen verantwortlich sein würde. Ich sah mich demnach automatisch auf Nebenrollen verwiesen: an den einschlägigen Besprechungen beim Minister nahm ich teil, an denen im Weissen Haus jedoch nicht. Indessen bat mich der Minister, meinen Rücktritt zu verschieben, um während der Koreakrise zur Verfügung zu stehen; und damit war ich gerne einverstanden.

Den Sommer über blieb ich also noch und gab, was ich zu geben hatte. Meine Hauptaufgabe war, bei der täglichen Morgenbesprechung beim Minister über den letzten Stand der Informationen über die sowjetischen Absichten zu referieren. Doch wurde ich auch sonst noch dutzendfach in die hektischen Beratungen hineingezogen, die die Koreakrise erforderlich machte, obschon, wie mein Freund Bohlen es nannte, nur als «Wanderniere», das heisst ausserhalb jeder Weisungs-

befugnis und von den eigentlichen Entscheidungen um eine Stufe entfernt.

Von den Fragen, die in diesen arbeitsreichen Wochen die Gemüter bewegten, hatten drei für mich besondere Bedeutung. Die erste betraf das Ziel unserer militärischen Operationen in Korea. Wenn ich auch von Anfang an für eine kräftige und entschiedene militärische Antwort von unserer Seite auf den nordkoreanischen Angriff eingetreten war, so hatte ich dabei doch nur an die Abwehr dieses Angriffs gedacht und an die Vertreibung der nordkoreanischen Truppen aus dem Gebiet südlich des 38. Breitengrads. Ursprünglich war ich gar nicht auf die Idee gekommen, dass wir beabsichtigen könnten, weiterzugehen. Als ich ein paar Tage nach Beginn des Angriffs – am Dienstag, dem 27. Juni – plötzlich und unerwartet aufgefordert wurde, die in Washington versammelten NATO-Botschafter über unsere Absichten in Korea zu unterrichten, da lag mir der Gedanke so fern, dass ich ihnen in aller Unschuld versicherte, wir wollten lediglich den Status quo wiederherstellen. Ich hielt das wirklich für die Absicht der Regierung; sie schien sich auch aus der ersten Resolution des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen zu ergeben.

Nur einen Tag später, am 28. Juni, kämpfte indessen die Luftwaffe bereits um die Ermächtigung, jenseits des Breitengrades zu operieren. Das wurde am selben Tage beim Aussenminister besprochen; und in meinen Notizen finde ich folgende Darstellung meines Diskussionsbeitrags:

«Ich sagte, dass vielleicht die folgende Änderung unserer Position am 38. Breitengrad erwägenswert sei: Wir könnten weiter an unserer Absicht festhalten, kein Territorium nördlich des Breitengrades zu besetzen, unsere Streitkräfte aber nicht auf Operationen südlich davon beschränken, sondern erklären, sie würden in Korea überall da operieren, wo es für die Erfüllung ihres Kampfauftrags zweckdienlich sei. ... Dieser Vorschlag wurde allgemein begrüsst; es war sogar klar, dass verschiedene andere genauso dachten, so dass ich keine Exklusivrechte an der Idee anmelden kann. Aber ich glaube, der Vorschlag trug massgebend zu der wohlwollenden Haltung des State Department in dieser Frage bei.»

Genau wann und wie die offizielle Haltung Washingtons sich änderte, ist mir immer noch nicht klar. Als es am 9./10. Juli

hiess, die Chinesen hätten einen indischen Vorschlag angenommen, der eine Lösung des Konflikts unter anderem durch Wiederherstellung des Status quo ante in Korea vorsah, da war unsere Regierung, wie noch zu zeigen sein wird, durchaus nicht bereit, diesem Vorschlag zu folgen, weil sie davon ausging, dass Südkorea einem möglichen erneuten Angriff der Nordkoreaner damit schutzlos ausgeliefert wäre. Unter dem 21. Juli dann finde ich in meinen Tagebuchnotizen folgende bemerkenswerte Eintragung:

«Gleich morgens kamen zwei Mitglieder des Planungsstabs zu mir und äusserten ihre Besorgnis, dass wir nicht klar genug unsere Entschlossenheit zu erkennen gäben, in Korea am 38. Breitengrad haltzumachen. Sie befürchteten, unsere Schweigsamkeit über diesen Punkt könnte bei den Sowjets zu Missverständnissen führen und den Kreml veranlassen, überflüssigerweise sowjetische Truppenbewegungen vorzunehmen, wodurch eine spätere Regelung unter Umständen erschwert würde.

In der Morgenbesprechung beim Minister brachte ich das zur Sprache. Ich sagte, die Frage verdiene grosse Aufmerksamkeit. Wir dürften nicht vergessen, dass wir in Korea etwas militärisch sehr Unvernünftiges täten, obschon aus guten politischen Gründen, und dass es vom militärischen Standpunkt umso unvernünftiger würde, je weiter wir auf der Halbinsel nach Norden vordrängen. Sollten wir tatsächlich über die engste Stelle der Halbinsel hinaus vorstossen, würden wir in ein Gebiet gelangen, in dem grosse Massen gegen uns eingesetzt werden könnten und wir entschieden im Nachteil wären. Ich meinte, dass es dadurch noch wichtiger würde, darauf zu achten, dass wir an der richtigen Stelle Schluss machen könnten und dass auch die Russen nicht aus Angst irgendwelche Aktionen starteten, die das womöglich verhindern würden.»

Ganz ähnlich erscheint unter dem Datum des 31. Juli folgender Tagebucheintrag:

«Ich war ziemlich schockiert, als mir das Büro für die Angelegenheiten der Vereinten Nationen den Entwurf einer Erklärung schickte, die Senator Austin abgeben sollte, wenn der Sicherheitsrat wirklich ernsthaft daran ginge, für Korea eine Lösung durch die Vereinten Nationen zu suchen. In dem

Entwurf war als amerikanischer Beitrag dazu vorgeschlagen, die nordkoreanischen Truppen sollten bis zum 38. Breitengrad zurückgenommen werden, jedoch dem Befehlshaber der Vereinten Nationen ihre Waffen ausliefern, damit er in ganz Korea Ordnung schaffen könne. Darauf sollten in ganz Korea unter Aufsicht der Vereinten Nationen Wahlen stattfinden.

Nachdem ich diesen Entwurf mit ein paar Kollegen besprochen hatte, rief ich Doc Matthews an und sagte, ich hielt es zwar nicht für wahrscheinlich, dass es im Sicherheitsrat morgen bereits zu einer Diskussion über diese Dinge käme, sei aber höchst beunruhigt wegen dieses Entwurfs, der uns in politisch völlig ungeklärte Bereiche führe. Bevor er weiter diskutiert würde, hielt ich eine Erörterung auf höchster Ebene für empfehlenswert.

Der Grund dafür war, wie ich meinen Gesprächspartnern darlegte, dass die Russen den Vorschlag so auffassen müssten, als ob wir darauf drängten, General MacArthur volle militärische und polizeiliche Gewalt bis zur Nordgrenze Koreas vor den Toren von Wladiwostok zu übertragen; damit würden sie unter keinen Umständen einverstanden sein.»

Was uns letzten Endes dazu bewog, den 38. Breitengrad zu überschreiten und die Unterstützung der Vollversammlung der UN für dieses Unternehmen zu gewinnen, vermag ich nicht zu sagen. Was immer es war, muss schon Mitte August sehr spürbar gewesen sein; denn unser Vertreter im Sicherheitsrat, Senator Warren Austin, sprach bereits am 19. August über die Unmöglichkeit, Korea «halb versklavt und halb frei» zu lassen. Auch Mr. John Foster Dulles hat, wie wir gleich sehen werden, allem Anschein nach einen Vormarsch über den Breitengrad hinaus schon Ende Juli befürwortet; und das würde darauf hindeuten, dass damals der rechte Flügel der Republikaner auf dem Kapitol bereits übereinstimmend dieser Ansicht war. Ich habe den Verdacht, dass der Wandel teilweise das Werk unserer unschuldsvollen UN-Enthusiasten war, die sich wie so viele Idealisten häufig aus den edelsten Motiven für Anliegen einsetzten, die im Endeffekt die Summe der Gewaltanwendung im internationalen Bereich nur vermehrten, statt sie zu vermindern.

Unser Vorrücken über den 38. Breitengrad hinaus beruhte natürlich auf einer UN-Resolution. Ich war mit der Beteiligung der Vereinten Nationen an der koreanischen Angelegenheit nie einverstanden und begriff auch den Grund dafür nicht. Schliess-

lich hatten wir in diesem Gebiet die japanische Kapitulation erzwungen und die Besatzungsgewalt übernommen. Es gab noch keinen Friedensvertrag mit Japan, der seinen künftigen Status definiert hätte. In Südkorea oblagen uns Pflichten der militärischen Besatzungsmacht, und die Tatsache, dass wir unsere Kampftruppen abgezogen hatten, bedeutete angesichts des immer noch fehlenden Friedens Vertrags mit Japan nicht, dass diese Pflichten erloschen seien. Aufgrund unserer Stellung als Besatzungsmacht waren wir vollkommen berechtigt zu intervenieren, um die Ordnung in diesem Gebiet aufrechtzuerhalten. Wir brauchten keinen internationalen Auftrag zur Rechtfertigung unserer Handlungsweise.

Ebensowenig enthielt die Charta der Vereinten Nationen einen Grund für die Beteiligung dieser Organisation an einem solchen Konflikt. Artikel 107 war zwar nicht eindeutig, vermittelte aber den allgemeinen Eindruck, dass unmittelbar aus dem letzten Krieg erwachsende Probleme nicht als Themen für die UN zu betrachten seien. Endlich war dies kein internationaler, sondern ein Bürgerkrieg; und der Begriff der «Aggression» im üblichen internationalen Sinne war hier so wenig angebracht wie später im Falle Vietnams. Die Einschaltung der Vereinten Nationen, die meine Kollegen im State Department so übereifribesorgt hatten, bevor ich an jenem verhängnisvollen Sonntag von meiner Farm zurückkehrte, war deshalb in keiner Weise notwendig oder angebracht; und unsere spätere Berufung auf eine UN-Resolution zur Rechtfertigung unserer militärischen Operationen jenseits des 38. Breitengrads schien mir eher ein Missbrauch als ein angemessener Gebrauch des ausserordentlichen Vertrauens zu sein, das wir damals in der Völkergemeinschaft genossen.

Das zweite Thema, das in diesen dem Angriff in Korea folgenden Sommerwochen meine Aufmerksamkeit beanspruchte, war die Frage nach der Aufnahme des kommunistischen Chinas in die Vereinten Nationen. Am 10. Juli erhielten wir die Nachricht, dass die indische Regierung sich sowohl an die sowjetische als auch an die chinesische kommunistische Regierung mit dem Vorschlag gewandt habe, die koreanische Frage auf folgender Grundlage zu regeln:

- a) Aufnahme des kommunistischen Chinas in die UN; und
- b) Wiederherstellung des Status quo in Korea durch den erweiterten Sicherheitsrat (das heisst nach Rückkehr des sowjetischen Vertreters, der in den letzten Wochen demonstrativ ferngeblieben war).

Nach Aussage der Inder hatten die chinesischen Kommunisten sich diesem Vorschlag zugänglich gezeigt, während die Sowjetregierung den zweiten Punkt abgelehnt hatte. Unsere erste Reaktion war charakteristischerweise die Ablehnung beider Vorschläge aus Gründen, die uns heute schon vertraut klingen: Dem zweiten Punkt könnten wir, wie bereits festgestellt, darum nicht zustimmen, weil das die südkoreanische Republik schütz- und hilflos einer erneuten Aggression des Nordens ausgesetzt hätte; und was den ersten Punkt betraf, so wäre die Aufnahme des kommunistischen Chinas in die Vereinten Nationen «eine Belohnung des Aggressors» und deshalb undenkbar.

Am folgenden Tag kam das Thema bei der Morgenbesprechung des Ministers hoch. «Ich erlaubte mir zu sagen», stellt das Tagebuch fest,

«dass ich die vorgeschlagene Antwort zwar nicht beanstande, aber etwas besorgt sei, ob sie in ihrer stolzen Zurückweisung der indischen Gedanken nicht eine zu sehr verallgemeinernde und zu wenig überlegte Einstellung verrate. Ich wies daraufhin, dass die Politik der sowjetischen und der chinesischen kommunistischen Regierung nach indischer Auffassung ernst zu nehmende Unterschiede aufwiesen. Unsere Aktion in Korea sei schliesslich eine rein negative Aktion und durch Provokation ausgelöst. . . . Auf unserer Seite seien keine wirklichen strategischen Interessen damit verknüpft, und deshalb müsse uns daran gelegen sein, uns aus dieser Verwicklung zu lösen, sowie uns Bedingungen geboten würden, die weder unserem Prestige noch dem Zweck unserer Aktion abträglich seien. Bemühungen um Lösung der Koreafrage, von wem immer sie unternommen würden, sollten wir daher keinesfalls negativ bewerten, vor allem dann nicht, wenn sie in einer wirklich wichtigen Frage die Möglichkeit zu bieten schienen, die chinesischen Kommunisten von den Russen zu trennen. Ich wies daraufhin, in welcher peinlichen Situation die Sowjets geraten müssten, wenn wir plötzlich die Aufnahme der chinesischen Kommunisten in die UN und den Sicherheitsrat befürworteten und durchsetzten, unter Bezug auf eine Absprache über chinesisch-kommunistische Unterstützung bei der Regelung der Koreafrage im Sinne der indischen Vorstellungen. Das könnte die Sowjetunion vor die unangenehme Entscheidung stellen, entweder in den Sicherheitsrat zurückzukehren und sich über die Koreafrage mit den chinesischen Kommunisten in der UNO öffentlich zu zanken oder aber draussen zu

bleiben, während die Chinesen drinnen sassen, und so eine für sie selbst sehr merkwürdige und unangenehme Situation herbeizuführen.»

Am 17. Juli lag uns der Text von Stalins Antwort auf die indische Initiative vor. Der Kreis der Diskussionsteilnehmer schloss an diesem Morgen Mr. John Foster Dulles ein. Soweit ich mich entsinne, war seine Anwesenheit primär dadurch veranlasst, dass er vom Präsidenten mit den Arbeiten und Verhandlungen über den Friedensvertrag mit Japan betraut worden war; aber er nahm verschiedentlich auch an Diskussionen allgemeiner Art unter den engeren Beratern des Aussenministers teil.

In Stalins Antwort wurde unter anderem ein Eingreifen des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen «unter obligatorischer Beteiligung der Vertreter der fünf Grossmächte einschliesslich der chinesischen Volksregierung» gefordert. Bei der Aussprache darüber wies ich abermals auf die Vorteile hin, die die Aufnahme Chinas in die UN uns bei der Regelung des Koreakonflikts bringen musste. Ich meinte, wir könnten uns auf den Standpunkt stellen, dass die Aufnahme Chinas eine Frage für sich sei; und

«wenn jemand glaube, dass wir dabei Hintergedanken hätten, so könnten wir uns bereiterklären, uns bei den Abstimmungen über die Aufnahme der chinesischen Kommunisten der Stimme zu enthalten und die Frage vollständig dem Urteil der Völkergemeinschaft zu überlassen. Meine Idee dabei war die, dass wir das Thema auf diese Weise aus der Diskussion ziehen und Stalin so den Vorwand für die Verweigerung einer Stellungnahme zu Korea nehmen könnten. Soweit ich sehe, mache es nicht den geringsten Unterschied, ob die chinesischen Kommunisten in die UN kämen oder nicht; und falls sie hineinkämen, würde uns das meiner Meinung nach keineswegs zur Aufnahme diplomatischer Beziehungen verpflichten. Es ärgere mich, mit ansehen zu müssen, wie ein im Grunde nebensächliches Problem, um das wir uns von Anfang an nicht hätten kümmern sollen, sich zu etwas entwickle, das die Russen in der Koreafrage zu unserem Nachteil benutzen könnten.

Ich wurde niedergebrüllt. Mr. Dulles meinte, dass wir damit den Anschein erwecken würden, als wenn wir in der Frage der chinesischen Kommunisten deshalb nachgäben, um russische Konzessionen über Korea einzuhandeln; und dass unsere Öffentlichkeit glauben müsste, wir wären hineingelegt worden und

hätten etwas umsonst gegeben. Ich beuge mich diesem Argument und sehe ein, dass nichts zu machen ist. Aber ich hoffe, dass die Geschichte dies eines Tages als Beispiel dafür vermerken wird, welchen Schaden die unverantwortliche und bigotte Einmischung der chinesischen Lobby und ihrer Freunde im Kongress unserer Aussenpolitik zugefügt hat» (Tagebuch, 17. Juli 1950).

Ende Juli gab die Sowjetregierung ihre Absicht bekannt, Anfang August ihren Platz im Sicherheitsrat wieder einzunehmen. Das stellte uns erneut vor die Frage, wie wir auf eventuelle neue Forderungen nach Aufnahme der chinesischen Kommunisten reagieren sollten. Abermals das Tagebuch (Freitag, 28. Juli):

«Während der Diskussion an diesem Morgen befand ich mich meist in einsamer Opposition zu den Ansichten meiner Gesprächspartner. Der hauptsächlich Streipunkt ist die Zulassung der chinesischen Kommunisten zu den UN. Ich selbst kann vom Standpunkt des amerikanischen Interesses keinen grundsätzlichen Einwand gegen die Hineinnahme der chinesischen Kommunisten sehen, vorausgesetzt, dass wir noch an der Idee festhalten wollen, die UNO sei eine universale Organisation und könne zu gegebener Zeit dazu dienen, die Beziehungen zwischen Ost und West anders als durch einen grossen Krieg zu regeln. Die Aufnahme . . . würde meiner Meinung nach keine neuen Tatsachen von grösserer Bedeutung schaffen. Die wirklich bedeutsame Tatsache wurde geschaffen, als die chinesischen Kommunisten das chinesische Festland einnahmen. Ob sie jetzt in die UN gelangen, ist nur eine Frage der Registrierung einer bestehenden Realität. Es ändert im Grundsatz nichts. Als wir die Sowjetunion aufforderten, die Organisation zusammen mit uns zu gründen, und als wir zusätzlich zu unserer Duldung der Fiktion einer selbständigen Mitgliedschaft der Ukraine und Bjeloruslands sowjetische Satelliten zur Mitgliedschaft zuliessen, da wussten wir, dass wir mit einer Organisation zu tun haben würden, deren Mitglieder teilweise politische Ziele verfolgten, die mit den unseren unvereinbar waren. Zulassung der chinesischen Kommunisten würde in der Generalversammlung eine feindliche Stimme mehr bedeuten. Das wäre unwesentlich. Es würde der Sowjetunion auch im Sicherheitsrat eine befreudete Stimme mehr verschaffen; aber das würde bestenfalls die Situation wiederherstellen, die bis zu Titos Abfall von den Kreml-

führern bestand. Ein zusätzliches Veto wäre ohne Bedeutung, zwei Vetos sind nicht stärker als eins. Darauf zu bestehen, wie meine Partner es tun, dass China nicht aufgenommen werden dürfe, weil es gegenüber der UNO-Aktion in Korea eine feindselige Haltung eingenommen habe, heisst soviel wie die Entscheidungen über Angelegenheiten der UN von der Form abhängig zu machen statt von der Substanz.

Die chinesischen Kommunisten waren bis jetzt nicht Mitglieder der UNO und haben an ihren Beratungen über Korea nicht teilgenommen. Dass sie über Korea Ansichten hatten, die denen der Mehrheit der UNO-Mitglieder nicht entsprachen, war nicht grundsätzlich illegitim. Wir hatten es hier mit einem Interessenkonflikt zu tun, der aus bitteren strategischen und politischen Realitäten entstanden war. Als moralisches Problem konnte man ihn wohl nicht betrachten. Dass wir darauf beharrten, den Sitz im Sicherheitsrat den Nationalchinesen zu erhalten, war für Asien eine Quelle der Verwirrung und der Unklarheit. Es wurde behauptet, wir handelten aus eigennützigem und imperialistischen Motiven. Ich empfahl nicht, für die Aufnahme des kommunistischen Chinas zu stimmen oder freundliche Worte über ein Peking Regime zu sagen, für das freundliche Gefühle zu hegen wir keine Ursache hatten. Im Gegenteil war mein Vorschlag, offen zu erklären, dass unserer Meinung nach das Peking Regime nicht genug Verantwortung für seine internationalen Verpflichtungen gezeigt habe; dass sein internationales Auftreten anstössig und kindisch gewesen sei und sogar Zweifel an seiner Handlungsfreiheit im internationalen Raum erweckt habe; dass wir es deshalb nicht anerkannt hätten und uns nach seinem bisherigen Verhalten auch nicht veranlasst sähen, das nachzuholen; dass wir aber, weil man unsere Motive in dieser Frage (der UN-Mitgliedschaft) in Zweifel gezogen und sogar behauptet habe, wir hätten Hintergedanken, zum Zeichen der Integrität unserer Haltung bereit seien, uns jeder weiteren Teilnahme an der Diskussion oder der Beratung dieses Problems in den Organen der UNO, jeder Stimmabgabe zu diesem Thema und allen Drucks und jeder Intervention gegenüber jeder anderen Macht in Bezug auf deren Stimmabgabe vollständig zu enthalten. Es sei unsere Hoffnung, dass jedes Land in dieser Frage nach bestem Wissen und nach sorgfältiger Abwägung aller Umstände entscheiden werde; wir seien bereit, uns dem Ergebnis dieser Meinungsermittlung widerspruchslos zu fügen.

Meine Ansicht wurde von Dulles vor allem deshalb abgelehnt,

weil sie die amerikanische öffentliche Meinung verwirren und dem Programm des Präsidenten für den Ausbau unserer Verteidigung Unterstützung entziehen würde, und der Minister schloss sich am Ende seiner Meinung an. Ich sagte, ich könne das sehr gut verstehen, aber mir schaudere vor den Konsequenzen; denn es bedeute, dass wir eine angemessene Verteidigungsposition nur aufbauen könnten, wenn wir zunächst die Gefühle unseres Volks in Wallung brächten, und dieser emotionale Zustand sei es dann, der statt einer kühlen und sachlichen Bewertung unseres nationalen Interesses unser Handeln bestimme. Unsere Einstellung sei so gut wie eine Bestätigung der Theorie, dass die UNO allerletzten Endes nicht universal sei, sondern ein Bündnis gegen Russland gemäss Artikel 51¹⁰⁹. Sie lege auch den Verdacht nahe, dass die Grundlage unserer Fernostpolitik von nun an ein emotionaler Antikommunismus sein und dass dabei übersehen würde, wie wichtig für uns die Herstellung eines Gleichgewichts der Kräfte auf dem asiatischen Kontinent sei. Wenn man jedermann zwingen, sich entweder für uns (und damit nebenbei für Tschiangkaischek) oder gegen uns zu entscheiden, müsse das nicht nur die Einigkeit der nichtkommunistischen Länder in Asien, sondern der nichtkommunistischen Gemeinschaft ganz allgemein zerstören. Das wäre eine Politik, die unsere militärischen Möglichkeiten weit übersteigen würde. Man bestärke damit unser Volk in der irrigen Annahme, wir wären auf dem asiatischen Festland eine starke Macht, wohingegen wir in Wirklichkeit dort schwach seien. Nur die sehr Starken könnten es sich leisten, sich moralisch aufzuplustern und die Möglichkeiten für ein Ausbalancieren gegensätzlicher Kräfte zu ignorieren. Die Schwachen müssten sich mit den Realitäten abfinden und sie zu ihrem Vorteil wenden, so gut sie könnten.

Dulles ging es, wie gesagt, um die öffentliche Meinung. Rusk und einige andere verspürten, glaube ich, beim Gedanken an die chinesischen Kommunisten echte moralische Empörung. Immerhin begehen sie erst jetzt den Weg, den wir alten Russlandhasen schon vor zwanzig Jahren bei unseren ersten Erfahrungen mit der sowjetischen Diktatur gegangen sind. Der fundamentale moralische Konflikt zwischen ihren und unseren Idealen war uns damals und ist uns heute durchaus bewusst. Aber wie wir uns in diesem Konflikt zu verhalten haben, das betrachten wir als eine praktische Frage gleich vielen anderen praktischen Fragen, mit

¹⁰⁹ Artikel 51 der Satzung der Vereinten Nationen behandelt das Recht «individueller oder kollektiver Selbstverteidigung» (AdÜ).

denen die Diplomatie im Lauf der Jahrhunderte fertig werden musste. Wir haben gelernt, vor dem Kampf um die Macht nicht zurückzuschrecken wie vor etwas Anstössigem oder Anormalem. Er ist das Material, mit dem wir arbeiten, so wie der Arzt mit dem Material des menschlichen Leibes arbeitet, und wir erreichen nicht mehr dadurch, dass wir vor der wahren Natur dieses Materials die Augen schliessen oder versuchen, es für etwas anderes auszugeben. Vor unserem Gewissen, also in der Vorstellung, die wir uns von unseren eigenen Pflichten machen, mögen wir Amerikaner fest davon überzeugt sein, dass wir «im Recht» sind. Als Teilnehmer am internationalen Geschehen aber sind wir nur einer von vielen Konkurrenten um das Privileg, eine eigene nationale Existenz auf einem Teil dieser Erde zu führen. Andere Leute sind unsere Feinde, und wir müssen mit ihnen entsprechend verfahren. Aber wir müssen die Konflikte der Interessen und Ideale zwischen verschiedenen Gruppen von Menschen als legitim anerkennen und nicht so tun, als könne man sie hinter irgendeinem gemeinsamen Zivilisationsideal verschwinden lassen.»

Diese Diskussion fand, wie gesagt, an einem Freitag statt. Am nächsten Montagmorgen, also unmittelbar nach dem dazwischenliegenden Wochenende, kam ein Mitglied des Planungsstabs zu mir, um mir zu erzählen, dass (Quelle ist wieder das Tagebuch)

«ihm ein Journalist gesagt habe, dem es wieder ein anderer Journalist gesagt habe, dass Mr. Dulles zu Journalist Nr. 2 gesagt habe, dass er Geotge Kennan bisher hoch geschätzt habe, jetzt aber zu dem Schluss gelangt wäre, er sei ein sehr gefährlicher Mann: Er befürworte die Aufnahme der chinesischen Kommunisten in die Vereinten Nationen und die Einstellung der amerikanischen Militäraktionen am 38. Breitengrad. Diese Information war meinem Freund erst nach Ablegung so feierlicher Eide der Verschwiegenheit übergeben worden, dass ich sie nicht verwenden konnte; aber sie weckte in mir doch ernsthafte Zweifel an der Gewährleistung der Vertraulichkeit bei Diskussionen hoher Ministerialbeamter in Gegenwart des politischen Beraters der Republikanischen Partei.»

Diesen Tagebuchauszügen braucht wenig hinzugefügt zu werden. Der Leser wird natürlich erkennen, dass es, wenn man

meinen Ansichten gefolgt wäre, keinen Vormarsch unserer Truppen zum Jalu gegeben hätte und keine chinesische Intervention, dafür aber entschieden bessere Aussichten für eine baldige Beendigung des Konflikts. Diese Resultate müsste man abwägen gegen die eventuell zu konstruierenden Vorteile aus der Weiterführung der blutigen Begegnungen des Koreakriegs und des Ausschlusses der chinesischen Kommunisten von der Mitgliedschaft in den Vereinten Nationen für mindestens siebzehn Jahre.

Das dritte Problem, das mich im Sommer 1950 besonders beschäftigte, war die Frage nach den sowjetischen Absichten. Wie schon erwähnt, war ich aufgefordert worden, den Aussenminister und seine höchsten Ratgeber täglich über das hierzu neu einlaufende Material zu unterrichten. Das tat ich willig; und ich bin sicher, dass die meisten Anwesenden dem, was ich zu sagen hatte, aufmerksam und mit einem gewissen Respekt zuhörten. Aber auf die Überlegungen der Regierung im Allgemeinen hatte es überhaupt keine Wirkung.

Aus irgendwelchen Gründen hatte sich ziemlich bald nach dem nordkoreanischen Angriff bei sehr vielen Leuten in Washington die Idee festgesetzt, dass dies nur der erste Schachzug in einem, wie man damals sagte, «grossen Plan» der sowjetischen Führer sei, ihre Macht gewaltsam auf andere Teile der Welt auszudehnen. Das Unerwartete des Angriffs – die Tatsache, dass wir nicht vorgewarnt gewesen waren – bestärkte nur die bereits vorhandene Vorliebe der militärischen Planer, ihre Schlüsse lediglich aus dem geschätzten *Potential* des Gegners zu ziehen und sich um seine *Absichten*, deren Feindseligkeit man ohne weiteres unterstellte, wenig zu kümmern. Das alles trug dazu bei, die Militarisierung des Denkens über den Kalten Krieg im Allgemeinen noch zu verstärken und uns in Denkschablonen zu pressen, denen gegenüber jede differenzierte Beurteilung der sowjetischen Absichten unwillkommen und unannehmbar war. Ausserdem bestärkte es die militärischen Planer in einer anderen Neigung, gegen die ich lange und heftig, aber im Allgemeinen vergebens angekämpft hatte; in der Neigung nämlich, die sowjetischen Absichten als eine feste Grösse zu betrachten, die völlig unabhängig sei von unserem eigenen Verhalten. Es war nicht leicht, diesen Leuten begreiflich zu machen, dass das, was Moskau zu tun beschloss, die Reaktion auf etwas sein könnte, das in Washington getan worden war.

Diese Schwierigkeit zeigte sich besonders bei der Frage nach den Beweggründen des Angriffs in Korea. Warum hatte Moskau ihn gestattet? Zugegeben, wir hatten ihn nicht vorhergesehen. Aber nachdem er einmal stattgefunden hatte, bot er einen Anhaltspunkt für die Überlegungen der Kremlführer in den vorhergehenden Wochen und Monaten; und vieles, das bis dahin unverständlich gewesen war, rückte auf seinen Platz. Die endgültige Studie über die Hintergründe des sowjetischen Entschlusses, den koreanischen Angriff zuzulassen, ist noch nicht geschrieben, und hier ist dafür nicht der Ort. Aber es ist klar, dass es unter den vielfältigen Überlegungen, die Stalin zu diesem Schritt bewogen, neben einigen, die mit unserm Verhalten nichts zu tun hatten (Fehlschläge in Europa, kommunistische Machtübernahme in China usw.), auch solche gab, die unmittelbare Reaktionen auf unser eigenes Verhalten darstellten. Dazu gehörten der kürzliche Abzug der amerikanischen Truppen aus Südkorea; die öffentliche Erklärung, Südkorea gehöre nicht zum Bereich unserer wesentlichen strategischen Interessen; und vor allem unsere Entscheidung, sofort mit Verhandlungen über den Abschluss eines separaten Friedensvertrags mit Japan zu beginnen, an dem die Russen nicht beteiligt sein sollten und der mit unbefristeter Beibehaltung amerikanischer Garnisonen und militärischer Anlagen auf japanischem Boden verbunden war. Überlegungen dieser Art – nämlich, dass für uns unangenehme Aktionen der Russen Re-Aktionen auf unser eigenes Verhalten sein könnten – gehörten zu denen, gegen die sich das amtliche Denken Washingtons immer merkwürdig sperrte. Gemäss der traditionellen amerikanischen Betrachtungsweise hatten unsere Gegner dämonisch, unberechenbar und unergründlich zu sein. Es schien undenkbar, zuzugeben, dass sie manchmal auf das reagierten, was *wir* taten, und damit gleichzeitig einzugestehen, dass wir für ihr Verhalten mitverantwortlich seien.

Ende August, während der letzten Tage meines Dienstes im Ministerium, wurde diese Geistesverfassung schlagartig illustriert durch Pressemeldungen über amerikanische Bombenangriffe auf bestimmte Häfen an der Nordostküste Nordkoreas, in denen sich auch sowjetische Marineanlagen befinden sollten. Ob es dort wirklich solche Anlagen gab oder nicht: die Häfen lagen in bedenklicher Nähe von Wladiwostok und von Gewässern, die in der Sicht der sowjetischen Marine hochempfindlich waren; und die Meldung, dass die Angreifer durch eine dichte Wolkendecke durchgestossen seien, trug kaum dazu bei, uns

darüber zu beruhigen, dass unsere Piloten wirklich gewusst hatten, was sie taten. Die von unseren Militärbehörden am Ort herausgegebenen Presseerklärungen, dass die Angriffe notwendig gewesen seien, um den Nachschub entlang der Küste zu unterbinden, erwiesen sich bei Nachprüfung als kaum verifizierbar.

Wie gesagt, wir erfuhren das alles nur aus den Zeitungen. Zu keiner Zeit waren wir in der Lage, unseren militärischen Stellen einigermaßen befriedigende Informationen darüber zu entlocken, was sie getan hatten, taten oder zu tun gedachten. Für jemand, der so sehr im dunklen tappte, der offiziell in Unkenntnis über Aktionen unserer Seite gehalten wurde, die offensichtlich die Russen in einem sehr empfindlichen militärischen Nerv treffen mussten, war es klarerweise unmöglich, die sowjetischen Absichten einigermaßen zutreffend abzuschätzen; denn unweigerlich würden sie teilweise eine Reaktion auf unser eigenes Verhalten sein.

Während dieses ganzen Sommers hatte ich das Gefühl, die Situation entgleite nicht nur der Kontrolle, sondern auch der Beeinflussung durch Leute wie mich. Ich sprach darüber wiederholt mit Chip Bohlen, der diesen Eindruck teilte, wie ich glaube; und am 12. Juli schrieb ich nieder, was ich nach Beendigung einer dieser Diskussionen empfand. «Im Allgemeinen», so schrieb ich,

«sind die Nervosität und das Bewusstsein der Verantwortlichkeit in Washington so ausgeprägt, dass es unmöglich ist, jemand dazu zu bewegen, seine Unterschrift unter etwas so Riskantes und so wenig Beweisbares zu setzen wie etwa eine Analyse der sowjetischen Absichten, die auf den subjektiven Erfahrungen, dem Instinkt und der Urteilskraft von Leuten wie Chip und mir beruht. Die Regierung ist ganz einfach in einem Stadium angelangt, in dem sie Abneigung spürt, sich in der Psychologie unserer Gegner um feinere Unterschiede zu kümmern, weil Spekulationen dieser Art zu unzuverlässig, zu relativ und zu subtil sind, um von Leuten ertragen zu werden, denen die schwere Verantwortung obliegt, Entscheidungen zu treffen, die Krieg oder Frieden bedeuten können. In solchen Zeiten ist es sicherer und leichter, den Versuch aufzugeben, Denkprozesse des Gegners zu analysieren oder seine Schwächen zu kalkulieren. Es erscheint sicherer, ihm im Zweifelsfall unterschiedslos *jeden* aggressiven Plan zu unterstellen, selbst wenn sich einige davon gegenseitig

ausschliessen sollten. Unter diesen Umständen bin ich geneigt, mich zu fragen, ob die Zeit nicht vorüber ist, in der die Regierung für die Eigenschaften von Leuten wie uns Verwendung hatte – für den Versuch kühler und rationaler Analyse auf der unsicheren Grundlage von Imponderabilien – für eine Beurteilung unserer sowjetischen Gegner, die ihre möglichen Schwächen ebenso einbezieht wie ihre möglichen Stärken.»

Was ich von der Aussenpolitik unserer Regierung in diesem hektischen Sommer beobachten konnte, erfüllte mich insgesamt mit Unbehagen. Durch den koreanischen Angriff waren wir alle aufgeschreckt worden wie ein Taubenschlag durch einen Stein. Die Leute flatterten und quirlten herum, und jeder hatte seine eigenen Ideen über das, was zu tun sei. Nichts schien sinnloser als der Versuch, diese Mischung aus Dickköpfigkeit und schlecht geschultem Verstand zu einer einheitlichen Auffassung über ein politisches Konzept – ein zusammenhängendes und vor allem ein durchgefeiltes Konzept – zu bringen. «Noch niemals», schrieb ich am 14. August 1950,

«haben Fragen der amerikanischen Aussenpolitik die Gemüter derart verwirrt. Der Präsident versteht sie nicht, der Kongress versteht sie nicht, und das Publikum oder die Presse versteht sie ebensowenig. Sie wandern alle miteinander in einem Labyrinth von Unwissenheit und Irrtum und Mutmassungen herum, in dem sich an hundert Stellen Wahrheit mit Dichtung verquickt, in dem ungerechtfertigte Unterstellungen den Rang von Axiomen einnehmen und in dem es keine anerkannte und verbindliche Theorie gibt, an die man sich halten kann. Höchstens dem in der Ruhe und der Distanz einer späteren Zeit arbeitenden Historiker könnte es gelingen, dieses unglaubliche Knäuel zu entwirren und die wahre Natur der verschiedenen Faktoren und Streitfragen zu enthüllen. Und darum scheint es mir, dass jemand wie ich nicht mehr sehr viel nützen kann . . . wenn er nicht zuerst zum Historiker wird, durch die Erforschung vergangener Zeiten das Vertrauen und den Respekt der Öffentlichkeit erwirbt und dann allmählich sein Publikum zu einer klaren und umfassenden Schau der Ereignisse dieser letzten Jahre führt.»

Mit diesen Gedanken und in diesem Geiste verliess ich Ende August 1950 endgültig Washington und siedelte nach Princeton über, wo Robert Oppenheimer mir die Gastfreundschaft des

Institute for Advanced Study angeboten hatte. Dort erwartete mich eine neue Umgebung, die für das, was ich zu geben hatte, aufgeschlossener und empfänglicher war, und ein neues Leben, das zwar auch nicht ohne Belastungen war, aber dem schöpferischen Geiste grössere Möglichkeiten bot, als ich je gekannt hatte.

Anhang

- A. Russland nach sieben Jahren (September 1944)
- B. Russlands internationale Stellung am Ende des Krieges gegen Deutschland (Mai 1945)
- C. Auszüge aus dem Drahtbericht aus Moskau vom 22. Februar 1946
- D. Auszüge aus ‚Die Vereinigten Staaten und Russland‘ (Winter 1946)

A. Russland nach sieben Jahren

(September 1944)

Es charakterisiert die widersprüchliche Natur aller russischen Wirklichkeit, dass man darüber streiten kann, ob es vermessener sei, über Russland zu schreiben, nachdem man lange da, oder nachdem man lange fort war. Zweifellos hat beides seinen Wert, beides auch seine Gefahren. Diese Aufzeichnung entsteht nach langer Abwesenheit, und zu meiner Rechtfertigung kann ich nur darauf verweisen, mit welcher Unmerklichkeit alle Veränderungen in einem Lande vor sich gehen, in dem die Zusammenhänge zwischen Volksstimmung und amtlicher Politik, zwischen Motiv und Tat, zwischen Ursache und Wirkung eifersüchtig gehütetes Staatsgeheimnis sind. Für den, der ständig in Moskau lebt, werden dadurch die Verschiebungen in der Gesellschaft, die ihn umgibt, sehr häufig unsichtbar. Er selbst bewegt sich mit dem Strom; was er sieht, bewegt sich mit ihm; und wie der Schiffer auf See nimmt er die Strömung, die ihn trägt, selbst nicht wahr. Darum ist es für jemand, der das Land verlässt und wiederkehrt, manchmal leichter, Geschwindigkeit und Richtung der Bewegung abzuschätzen, Andeutungen von Wandel aufzufangen und näher zu bestimmen. Und darum sollte auch von keinem fremden Beobachter verlangt werden, länger als ein Jahr in Russland zu bleiben, ohne zwischendurch im nichtrussischen Ausland die Perspektive wieder zurechtzurücken.

Im August 1937 war die Sowjetunion kein glückliches Land. Die materiellen Bedingungen zwar waren erträglich, besser als zu irgendeiner Zeit seit den späten zwanziger Jahren. Aber die Säuberungen, die 1935 im Ernst eingesetzt hatten, näherten sich gerade dem Ende; und das Klima, das sie hinterliessen, war drückend und unangenehm. Sie hatten unendliche Zerstörungen angerichtet. Die Generation der Altkommunisten war endgültig dahin. Nur Molotow, Woroschilow, Kalinin und eine Handvoll anderer hatten überlebt – wie Gespenster bewegten sie sich in einer Welt junger neuer Gesichter – und ihre Erinnerungen waren die einzigen Gedenkstätten für die gefallenen Genossen, mit denen sie einst Schulter an Schulter die Revolution erkämpft hatten und für deren Schicksal sie solch schwere Verantwortung trugen. Aber die grossen alten Namen des Kommu-

nismus waren nicht allein verschwunden. Mit ihnen gestorben waren volle 75 Prozent der Oberschicht, ein ähnlich grosser Teil der Intelligenz und mehr als die Hälfte der höheren Offiziere der Roten Armee.

Es war vor allem um Folgendes gegangen: Sollte man den gewöhnlichen Mitgliedern der Kommunistischen Partei gestatten, am politischen Leben Russlands weiter so tatkräftig mitzuwirken, wie sie das dank einer einzigartigen und streng auf Parteimitglieder beschränkten Spielart von Demokratie bisher hatten tun können? Oder sollte das Prinzip uneingeschränkter Autokratie – ein in Jahrhunderten des Zarismus den Russen kongenial gewordenes und für die Allgemeinheit bereits wieder eingeführtes Prinzip – künftig auch innerhalb der Partei gelten? Mit dem Abschluss der Säuberungen war es entschieden. Stalin sass fest auf dem Thron Iwans des Schrecklichen und Peters des Grossen. Er war zum «Batjuschka Zar» – Väterchen Zar – der russischen Fabel geworden. Wem der Sinn nach solcher Führung stand, konnte frohlocken. Aber der Preis war unleugbar hoch gewesen. Man hatte entwürdigende Methoden gebraucht. Alle ausser den Dickfelligsten schämten sich ein wenig. Mit neuen und unerprobten Leuten musste nun von vorn begonnen werden. Man stand vor einer neuen Zukunft. Das Staatsschiff war von den Ketten des kommunistischen Dogmas gelöst. Jetzt plante nur noch der Kapitän seinen Kurs. Und niemand wusste, wohin die Reise ging.

Heute, nach sieben Jahren, wartet das russische Volk erneut auf das Ende einer grossen und zerstörerischen Erprobung seines Wertes als Nation. Während der letzten dreieinviertel Jahre hat es eine Invasion der grössten Militärmacht der Geschichte ertragen; mindestens die Hälfte seines entwickelten Gebiets war den Verwüstungen des Krieges ausgesetzt. Wiederum wurden ihm ungeheure Blutopfer abverlangt, für die Bevölkerung als ganze weit grössere als während der Säuberungen, wenn auch die Bürokratie weniger litt. Hinzu kamen gewaltige Sachschäden und ein schwerer Rückschlag für die Volkswirtschaft.

Und doch: Welcher Unterschied zwischen dem Krieg und den Säuberungen in ihrer psychologischen Wirkung. Diesmal wurde das nationale Gewissen nicht beunruhigt, das nationale Selbstbewusstsein dagegen ungeheuer gesteigert. Mit Hilfe der Fehler des Gegners, seiner neuen Industrien und des geographischen Charakters seines Landes, mit Unterstützung der Westmächte und durch seine eigene unerhörte Heldenhaftigkeit und Lei-

densfähigkeit hat das russische Volk den Eindringling zurückgeschlagen und sein Gebiet wiedergewonnen in einer Vielzahl militärischer Operationen, deren dramatische Grossartigkeit keinem anderen Ereignis der Kriegsgeschichte nachsteht.

Im Leben eines jungen und beeindruckbaren Volkes ist das eine Art von Erlebnis, die die Aufnahmefähigkeit einer einzelnen Generation übersteigt, die in das Unterbewusstsein der Nation eindringt und zur Legende wird, zur Sage, zur Tradition, und die das Verhalten der noch Ungeborenen vorherbestimmt. Doch schon in der Gegenwart ist ihre Wirkung tief. Sie hat Regime und Volk zusammengeführt in einem Prozess, für den das Regime jedenfalls sehr dankbar sein müsste. Sie hat viele Rätsel der Revolution geklärt. Sie hat den Glauben an die Zukunft befestigt. Sie hat die in jeder russischen Seele schlummernde Hoffnung wieder erweckt, dass Weite und Kühnheit des russischen Geistes eines Tages die Leistungen des hochmütigen und konventionellen Westens überschatten werden. Sie hat ein wenig von dem gleichfalls in jeder russischen Seele schlummernden Verdacht zerstreut, dass alle russischen Unternehmungen mit dem Stigma des Versagens behaftet seien, dass der Name «Russland» in Wahrheit eine Nation bezeichne, der nicht Macht und Majestät bestimmt sei, sondern nur eine unermessliche, unbesiegbare Weite voll Elend, Armut, Unfähigkeit und Schlamm. Kurz, dies Ereignis hat ein russisches Volk geformt, das von Neuem verarmt (aber gegen Armut abgehärtet) und von Neuem dezimiert worden (aber Dezimierungen gewohnt) ist, das brutal geworden ist durch die Vertrautheit mit der Brutalität, geeint unter fester und unbarmherziger Führung, Herr seines Landes und seiner Weltanschauung, niemand verpflichtet; ein Volk, das dürstet nach Wohlstand, Macht und Ruhm und das, soweit seine Erschöpfung erlaubt, in stolzer Zuversicht und einem neuen Gefühl nationaler Solidarität in die Zukunft blickt.

Wie stehen seine Chancen?

Es wäre müssig, hier die komplizierten Berechnungen aufzuführen, die eine Beurteilung der Folgen des Krieges für die russische Bevölkerung gestatten. Auch müssen solche Zahlen noch auf geraume Zeit hinaus Mutmassungen bleiben. Gleichwohl haben Sachverständige die Frage mit Sorgfalt studiert, und ihre Ergebnisse sind einander so ähnlich, dass man sie, wie ich glaube, einem so allgemeinen Überblick wie diesem zugrunde legen darf. In diesem Fall müssten wir annehmen, dass die Verluste der russischen Bevölkerung durch den Krieg sich um

die Zahl von 20 Millionen bewegen und dass der jetzige Bevölkerungsstand der eigentlichen Sowjetunion, einschliesslich der formellen Neuerwerbe im Westen und unter Berücksichtigung aller Kriegsverluste, bei annähernd 185 Millionen liegt. Um das wirkliche Machtpotential Moskaus abzuschätzen, müsste man noch die Bevölkerung der russischen Grenzländer hinzuzählen, die der Sowjetunion zwar nicht formell eingegliedert, aber russischer Autorität und russischem Einfluss bereits in grösserem oder geringerem Masse zugänglich sind, desgleichen die Zahlen, die vielleicht schon bald für den Balkan, für Polen, für Finnland und andere Gegenden eingesetzt werden müssen. Wenn der Wissenschaftler auch mit ungefähren Angaben nichts anfangen kann, so sind sie für den Staatsmann oder den Diplomaten doch wichtig. Berücksichtigt man schliesslich noch die alle Ereignisse überdauernde Fruchtbarkeit der Ostslawen, dann muss man mit der Aussicht rechnen, dass die Macht des Kreml sich in sehr kurzer Zeit trotz aller Kriegsverluste über mehr als zweihundert Millionen Seelen erstrecken wird.

Tatsächlich sind die durch den Krieg verursachten Verluste durch den Erwerb neuer Gebiete und die noch weiterreichende Ausdehnung sowjetischen Einflusses im Wesentlichen ausgeglichen worden; wir haben es also heute mit einer sowjetischen Bevölkerung zu tun, die an Zahl ungefähr der lentspricht, die wir erwarten müssten, wenn es in den letzten Jahren in Osteuropa keinen Krieg gegeben und Hitler nicht Stalin die Gelegenheit geboten hätte, seine Herrschaft auf weitere grosse Teile Osteuropas auszudehnen.

Da dieser Gebietserwerb auf Kosten der Gesamtbevölkerung des restlichen Europas vonstatten ging, hat sich das Bevölkerungsverhältnis zwischen Russland und dem Rest der europäischen Halbinsel (ohne die Britischen Inseln) etwas verändert. Freilich zählt Europa immer noch rund dreihundert Millionen Menschen in den Gebieten, die von russischem Einfluss noch nicht beherrscht sind. Grösstenteils handelt es sich um hochentwickelte und tatkräftige Völker. Sie haben die Fremdherrschaft soeben am eigenen Leibe erfahren. Sie wissen, was sie bedeutet. Sie wissen, wie man sie bekämpft. Und ihre Zahl ist noch gross genug, um denen Stoff zum Nachdenken zu geben, die Europa für «erledigt» halten und demnächst mit einer russischen Vorherrschaft auf dem ganzen Kontinent rechnen. Andererseits stellen zweihundert Millionen Menschen, die in der starken und zielstrebigen Führung Moskaus zusammen-

gefasst sind und eines der grossen Industrieländer der Erde bewohnen, eine Machtballung dar, die nach Beendigung des Krieges jede andere auf dem europäischen Kontinent weit hinter sich lassen wird; und es wäre Wahnsinn, die sich daraus ergebenden Möglichkeiten im guten wie im bösen zu unterschätzen.

Für die russische Wirtschaft haben der Krieg und die deutsche Invasion schwerwiegende Folgen gehabt. Annähernd 25 Prozent der Kapitalgüter des Landes wurden zerstört. Die verfügbare Arbeitskraft wurde um wenigstens drei Millionen Menschen vermindert. Wenn der Krieg diesen Herbst zu Ende geht, wird das Volkseinkommen nach den besten verfügbaren Schätzungen wahrscheinlich um etwa 25 bis 30 Prozent unter den Zahlen für 1940 liegen. Und es gibt bedeutsame strukturelle Veränderungen in der Zusammensetzung des Volkseinkommens. Das Einkommen aus der Landwirtschaft wird um etwa 35 bis 40 Prozent verringert sein – also viel stärker als das Einkommen aus Industrie und anderen Formen wirtschaftlicher Betätigung. In der Industrie ist wegen der Verlagerung von Betrieben nach dem Osten und wegen des Aufbaus noch während des Krieges der Abstieg verhältnismässig unbedeutend. Ihre relative Bedeutung hat daher stark zugenommen.

Aber trotz all dieser Veränderungen in der Substanz der russischen Wirtschaft ist sie der Form nach genauso geblieben, wie sie vor sieben Jahren war. Mit kleinen und unbedeutenden Ausnahmen verschwindet der Ertrag der Arbeit einer ganzen Nation nach wie vor, kaum dass er sich zeigt, in den Säckeln der Regierung, die ihn dann nach Gutdünken auf die Einzelpositionen Konsum, Investitionen, Militärhaushalt usw. verteilt.

So ist zwar die Endsumme des Volkseinkommens durch die physische und geistige Energie des russischen Volkes und durch den Umfang der verfügbaren technischen Hilfen begrenzt, und auch bei der Versorgung der Bevölkerung gibt es eine untere Grenze, die nicht ohne Schaden missachtet werden kann, aber im Übrigen ist die Volkswirtschaft in die Hand der Regierung gegeben. Sie kennt keine Eigengesetzlichkeit wie die, die das Wirtschaftsleben unter den Bedingungen der Marktwirtschaft reguliert. Und wer ihren gegenwärtigen Stand verstehen oder ihre Zukunft Vorhersagen will, der muss zuerst in die Hirne und Pläne der Männer schauen, die die Wirtschaftspolitik formulieren.

Das ist die einzige Antwort auf viele Fragen, die man in Moskau über die Zukunft der russischen Wirtschaft hört: über

das Tempo des Wiederaufbaus, über die Notwendigkeit ausländischer Hilfe. All diese Dinge entscheidet in erster Linie die Politik des Kremls. Wenn der Krieg diesen Herbst für Russland zu Ende geht, werden die Führer im Kreml vermutlich noch über jährliche Einnahmen von etwas über zwanzig Milliarden Dollar verfügen. (Die Ziffer ist weitgehend willkürlich, weil sie von dem gewählten Wechselkurs abhängt; aber für Vergleichszwecke genügt sie.) Diese Summe können sie aufteilen, wie sie wollen. Schätzungsweise müssen allerdings zehn Milliarden in den Konsum gehen, wenn die Leistungsfähigkeit der Bevölkerung erhalten bleiben soll. (Das würde das Land ungefähr auf die Verbrauchsziffern von 1934 zurückschrauben, ungeachtet einer erheblich angewachsenen Bevölkerung und einiger sehr spezieller Bedürfnisse.) Mit dem Rest können sie tun, was sie mögen. Sie können ihn in wechselnden Proportionen für zusätzlichen Konsum (das heisst zur Verbesserung des Lebensstandards), für vermehrte Investitionen (Wiederaufbau, Entwicklung neuer Industrien, neues Gerät für die Landwirtschaft usw.) oder für militärische Zwecke bereitstellen. Falls sie sich entscheiden, das Ganze zur Verbesserung des Lebensstandards zu verwenden, könnten sie vermutlich innerhalb von einem oder zwei Jahren sogar ohne ausländische Hilfe wieder den Stand von 1940 erreichen. Wenn sie sich entschieden, das Ganze für Investitionen zu benutzen, könnten sie in einer ähnlichen Zeitspanne genauso gut die meisten Kriegsschäden ausgleichen. Wenn sie sich entschieden, das Ganze in den militärischen Apparat zu stecken, könnten sie ihre Streitkräfte in voller Kriegsstärke beibehalten und deren Ausrüstung erheblich verbessern. In Wirklichkeit werden sie natürlich keine dieser extremen Lösungen wählen, sondern die Ausgaben auf alle drei Bereiche so verteilen, wie es ihnen am klügsten erscheint.

Es wäre vergebene Liebesmüh, darüber zu rätseln, inwieweit diese Verteilung von der Selbstlosigkeit diktiert sein wird oder vom Gegenteil. Nach Gibbon sollte das Streben des absoluten Monarchen vernünftigerweise auf das Glück seines Volkes gerichtet sein. Nach allem, was wir über Stalin und seine Berater wissen, können wir unterstellen, dass deren Entscheidungen über die Zukunft der russischen Wirtschaft ganz klar darauf gerichtet sein werden, Macht und Ansehen des russischen Staates gegenüber dem Rest der Welt zu vergrössern. Dabei dürfen wir wohl als sicher annehmen, dass sie dieses Ziel eher über den Weg verstärkter Investitionen und der Unterhaltung eines grossen

militärischen Apparats ansteuern werden als über die rasche Hebung des Lebensstandards. Woraus zu folgern wäre, dass der Kreml nach dem Kriege vermutlich sofort zu dem Grundsatzprogramm des Ausbaus der Rüstungsindustrie zurückkehren wird, das er schon von 1930 bis 1941 betrieben hat. Er wird über mehr Streitkräfte verfügen als irgendein anderes Land. Er wird Wiederaufbau und Neubau kräftig vorantreiben. Wir können damit rechnen, dass binnen drei oder vier Jahren das industrielle Gesamtpotential des Landes auch ohne auswärtige Kredite den Vorkriegsstand wieder erreicht haben wird. Der Lebensstandard wird dagegen wesentlich länger brauchen, um sich zu erholen, und sei es auch nur bis auf den Stand von 1940, dessen Vortrefflichkeit unsere liberalen Kommentatoren so gerne übertrieben darstellen. In den zwei Jahrzehnten von 1920 bis 1940 opferte man die persönliche Sicherheit und das Wohlergehen einer ganzen Generation den Zielen des sowjetischen Programms. Mit dem gegenwärtigen Kriege begann die Opferung der zweiten Generation; und wer könnte daran zweifeln, dass man sie in der Nachkriegszeit bis zum Ende führen wird? Ein Russe, der heute erwachsen ist, wird vielleicht noch die moralische Genugtuung erleben, dass sein Land eine in der Geschichte beispiellose Macht über die Landmassen Asiens und Europas ausübt. Aber wahrscheinlich wird er in Bezug auf Wohnung, Kleidung und andere Annehmlichkeiten zivilisierter Existenz niemals einen Wohlstand erleben, der sich dem in den hochentwickelten Ländern des Westens vergleichen liesse. Dieser Verzicht auf Komfort ist seine unfreiwillige Vorleistung auf die Zukunft; entweder auf ein leichteres Leben für seine Kinder oder auf die Steigerung der militärischen Stärke Russlands. Er hofft – und wir hoffen es mit ihm –, dass es nicht nur das letztere sein wird.

Die Fragen nach dem russischen Aussenhandel, nach dem Bedarf an ausländischen Krediten und nach der Abhängigkeit von der westlichen Welt sind in diesem Abriss noch nicht untersucht. Ihre Beantwortung ist einfacher, als man gemeinhin annimmt.

Trotz aller Prognosen ausländischer Leitartikelschreiber wird die Sowjetunion nach Kriegsende wirtschaftlich nicht von der Aussenwelt abhängen. Falls nötig, wird sie die Probleme des Wiederaufbaus, der Landesverteidigung und der Anhebung des Lebensstandards allein, nur aus eigener Kraft, zu bewältigen suchen. Es würde auf diese Art mühsamer sein; sie würde mehr

Zeit brauchen, bevor sie eins der gegebenen Ziele erreicht hätte. Aber es würde nicht unmöglich sein.

Natürlich werden die russischen Führer gerne zugreifen, wenn der Westen ihnen bei der Erfüllung ihrer Aufgaben Hilfe bietet. Sie werden dabei eher an Waren denken als an Geld. Kredite werden sie nur darum interessieren, weil sie es ihnen ermöglichen, zu bestimmten Zeiten bestimmte Güter zu importieren. Wenn sie den grösseren Teil ihres Importprogramms mit Hilfe von Auslandskrediten verwirklichen können, werden sie – innerhalb der Grenzen ihrer Transport- und Aufnahmekapazitäten – nicht zögern, das zu tun. Dass sie dadurch in ein oder zwei Jahrzehnten als Schuldnerland dastehen, wird ihnen keine Sorge machen. Sie haben aus ihren Erfahrungen mit Deutschland in den Jahren 1932 und 1933 gelernt, als die Deutschen ihnen Zwischetikredite gaben, um sie über Wasser zu halten; je mehr sie dem Westen schulden, umso grösser wird das Interesse des westlichen Kapitalismus an ihrer finanziellen Prosperität; umso weniger kann der Westen es sich leisten, dem Bankrott ihrer internationalen Geschäftsbeziehungen tatenlos zuzusehen.

Wenn Kredite nicht zur Verfügung stehen, werden sie sich wahrscheinlich dennoch um Aufrechterhaltung einer hohen Importrate bemühen und werden ihre derzeit auf anderthalb bis zwei Milliarden Dollar geschätzten Gold- und Devisenreserven dazu verwenden. Ihre eigene Mentalität kennt wenig Respekt vor Gold, jenseits seines Nutzungswertes, und ich bezweifle, dass sie zu seiner Beständigkeit als Standardwert internationaler Geldgeschäfte viel Zutrauen haben. Ich habe den Verdacht, dass sie sich über die Bereitwilligkeit wundern, mit der wir diesen Artikel im Austausch für Dinge annehmen, die wirklich nützlich sind. Unter diesen Umständen werden sie vermutlich nichts dagegen haben, nötigenfalls grössere Mengen von Gold gegen Dinge einzutauschen, deren Wert ihrer Meinung nach den Kosten wirklich entspricht.

In gewissem Umfang werden sie die Importe aus dem Ausland natürlich aus Exporten bezahlen. Falls aus irgendeinem Grunde sowohl Gold als auch Kredite versagen, könnten sie wie schon zu Beginn der dreissiger Jahre den Export gewisser Rohstoffe – besonders Holz und Erdöl – mit mehr Nachdruck betreiben, um das Importprogramm zu erfüllen. Ohne Rücksicht auf die Zahlungsbilanz werden sie aus vorwiegend politischen Gründen sicher bemüht sein, in die Nachbarländer, sowohl die

asiatischen als auch die europäischen, zu exportieren. Diese Exporte könnten erheblichen Umfang annehmen. Aber sonst werden sie wahrscheinlich nicht mehr exportieren, als ihnen für die Verwirklichung des Importprogramms absolut notwendig erscheint, und das wiederum hängt ab von der Verfügbarkeit ausländischer Kredite und der Verwertbarkeit sowjetischen Goldes als Ware.

Die Amerikaner werden gut daran tun, sich mit Bezug auf den russischen Aussenhandel nach dem Kriege Folgendes zu merken:

1. Russland wird nicht vom Aussenhandel abhängig sein.
2. Russland wird nicht bereit sein, um des Aussenhandels willen Dinge aufzugeben, die ihm für seine eigene Sicherheit und Entwicklung wesentlich sind.
3. Russland wird gerne Kredite nehmen, die ihm Importe für Investitionsgüter ermöglichen, ohne dass ihm daraus unmittelbare Kosten entstehen.
4. Russland wird bei einem ihm gewährten Kredit immer davon ausgehen, dass die fremde Regierung, die ihn ermöglicht hat, dabei im wohlverstandenen Eigeninteresse und mit wachem Verstand gehandelt habe. Es wird bei der russischen Bevölkerung weder allgemeine Dankbarkeit noch überschwengliche Begeisterung aufkommen lassen und dafür sorgen, dass der Respekt vor der eigenen Regierung nicht leidet und das Bewusstsein der Abhängigkeit von ihr sich nicht verliert.

Im Krieg und im Frieden, in der Erregung und im Leid vollzieht sich in Russland unaufhaltsam ein immenser organischer Prozess, den man nur als das Seelenleben des russischen Volkes bezeichnen kann. Er ist das Wichtigste und zugleich das Geheimnisvollste von allem, was im Sowjetreich geschieht. Er ist wichtig, weil er eines Tages Kraft und Art des russischen nationalen Strebens und des russischen Einflusses auf die Welt bestimmen wird. Er ist geheimnisvoll, weil er sich nach seinen eigenen Gesetzen vollzieht, Gesetzen, die auch der Kreml nicht versteht.

Ob dem Kreml das bewusst ist, vermag ich nicht zu sagen. Moskau tut alles Erdenkliche, um diese Seite des russischen Lebens unter Kontrolle zu halten. Kein weltlicher oder geistlicher Hirte kann sorgfältiger, eifersüchtiger über seine Herde wachen als der Kreml über die Seelen seiner Schutzbefohlenen. Und sie antworten darauf mit einer bereitwilligen Ergebenheit, die nichts zu wünschen übrig lässt. Wenn man ihnen befiehlt zu bewundern, applaudieren sie grosszügig und freudig. Wenn man

ihnen befiehlt zu verabscheuen, nehmen sie respektvoll eine Haltung des Hasses und der Entrüstung an. Aber die Schnelligkeit und Regelmässigkeit der Reaktion ist in sich schon der Beweis für ihre Oberflächlichkeit. Das russische Volk hat sich so viele Jahrhunderte lang verstellt, dass es diese Kunst schliesslich zu einer nationalen Tugend erhoben hat. Im Gegensatz zu westlichen Nationen kann es sich in aller Freundlichkeit und Gutmütigkeit verstellen – ohne Verärgerung, ohne schlechte Manieren, ohne Ungeduld. In dieser Weise hat es auch die Macht des Kremls mit Erfolg pariert.

Ich will damit nicht sagen, dass das Volk politisch unzufrieden wäre. Aber wenn das Regime sich zu stark den geheimnisvollen Tiefen nähert, die wir auf die Gefahr hin, banal zu erscheinen, die «russische Seele» nennen wollen, dann zieht es sich ruhig und höflich hinter eine lückenlose Sperre untadeliger Gesten zurück, und seine Herren können niemals ganz sicher sein, was hinter der Sittsamkeit steckt, mit der es murmelt: «Aber gewiss, natürlich.»

Fünfzehn Jahre der Ablehnung russischer Klassiker durch das Regime, von der Masse des Publikums mit tadelloser Ergebenheit hingenommen, haben nicht verhindert, dass nach Beendigung dieser Periode Leo Tolstoi der in der Sowjetunion meistgelesene Autor war. Fünfzehn Jahre kommunistischer Theaterexperimente, allesamt und ohne Ausnahme von den Zuschauern lebhaft beklatscht, haben in Russland zu einem Konservatismus der Bühnenkunst geführt, der das Moskauer Künstlertheater mit seinen vierzig Jahre alten Inszenierungen zum waghalsigsten Unternehmen des Modernismus macht. Fünfzehn Jahre der gruppen weisen Führung junger Menschen durch antireligiöse Museen haben nicht ein einziges Wort der Entrüstung darüber hervorgebracht, dass nun (weitgehend aus Gründen aussenpolitischer Opportunität) die Orthodoxe Kirche nach aussen hin geschont wird; dass Massen von Müttern sich am Sonntagmorgen um die Taufbecken drängen; dass ein geistliches Seminar – gewiss unter staatlicher Kontrolle, aber nichtsdestoweniger ein Seminar – in den ehrwürdigen Mauern des Neuen Jungfrauenklosters seine Pforten öffnet. Allenthalben lässt sich erkennen, wie das Volk der Russen still und siegreich zu dem Ausgangspunkt zurückkehrt, an dem seine geistige und kulturelle Entwicklung durch Gewalt und Anmassung der Revolution unterbrochen wurde. Wir sehen, wie es die Fäden genau dort wiederaufnimmt, wo es sie liegenlassen musste. Und wir

sehen, wie der Kreml sich zu guter Letzt dieser Entwicklung fügt. Warum? Weil er nicht weiss, was er sonst tun soll. Weil er die Vergeblichkeit jedes anderen Kurses erkannt hat. Die Stärke des Kremls besteht grossenteils darin, dass er warten kann. Aber die Stärke des russischen Volkes besteht darin, dass es noch länger warten kann.

Das Verlangen des Volkes nach kultureller und geistiger Nahrung ist seit Jahren unverändert stark. Die Russen sind geblieben, was sie vor sieben Jahren waren: das unverdorbenste und neugierigste aller Völker. Kein anderes Volk hat solchen Durst nach Wissen, solche Freude an geistigem und künstlerischem Erleben. Im Immateriellen ist es genauso wenig verwöhnt wie im Materiellen, und sein Geschmack ist in dem einen Bereich so primitiv wie in dem andern. Es ist für alles dankbar. Ein Schwank von Mack Sennett ist ihm so willkommen wie eine Aufführung von ‚Brunnen von Bachtschi Sarai‘. Wenn es überhaupt Vorlieben hat, dann für Melodrama und Romantik des neunzehnten Jahrhunderts. Aber ganz allgemein haben die Russen sich die Fähigkeit bewahrt, wie Kinder eine unbegrenzte Zahl von Eindrücken aufzunehmen und zu verarbeiten. Für sie ist die Welt ihre Auster¹¹⁰. Sie wollen alles und alles, was darin zu finden ist.

Was sie bekommen, ist ein andere Frage. Die vom Staat zum Zweck der künstlerischen und intellektuellen Erbauung bereitgestellte Summe hat sich in den letzten Jahren wahrscheinlich nicht verändert. Aber seit Kriegsbeginn ist das meiste davon eher an die Armee gegangen als an die Zivilbevölkerung. Insgesamt herrscht im Lande ein grösserer Mangel als je zuvor an allem, was mit Kultur und Erholung zu tun hat: an Büchern, an Filmen, an Unterhaltung. Schon die enormen Vorkriegsziffern über Buchauflagen und Büchereien in der Sowjetunion waren irreführend. Bei einem grossen Teil dieser Veröffentlichungen handelte es sich entweder um reine Fachbücher, die das allgemeine Publikum nicht interessierten, oder um billige Broschüren verschiedener Art, die aus politischen Gründen gedruckt und verteilt wurden. Um die Zeit des russischen Kriegseintritts hatte man gerade damit begonnen, dem russischen Publikum die russischen Klassiker in ungekürzten, ordentlichen und billigen Ausgaben zugänglich zu machen. Gute zeitgenössische russische Literatur gab es wenig. Übersetzungen guter Prosa

¹¹⁰ «Dann ist die Welt mein' Auster / Die ich mit Schwert will öffnen.» (Shakespeare, ‚Die lustigen Weiber von Windsor‘, II. Akt, 2. Szene) (AdÜ).

aus anderen Ländern waren selten. Heute haben kriegsbedingte Sparmassnahmen – trotz ernstlicher Bemühungen der Behörden um Abhilfe – zu weiteren Einschränkungen nicht nur im Buchwesen, sondern ebenso bei Film, Theater und Rundfunk geführt. Für die meisten der Frauen, Kinder und alten Leute, aus denen die russische Zivilbevölkerung heute besteht, hat der Krieg sich wie immer als die langweiligste aller menschlichen Erfindungen erwiesen; und der Hunger nach Wissen, nach Unterhaltung, nach künstlerischem Erleben ist mitleiderregend.

Wie wird das alles sich auf Russlands Zukunft auswirken? Wenn wir abermals die Psychologie des Kindes zum Vergleichsmaßstab nehmen dürfen, so können die Folgen für die zukünftige geistige Gesundheit des Volkes nur positiv sein. Kinderpsychologen wissen, wie wichtig für Kinder Ruhe und Einfachheit und das Vermeiden jeder Überreizung von Geist, Gefühl und Phantasie sind. Ein gewisses Mass von Langeweile fördert die Entspannung, und Entspannung fördert die geistige Gesundheit. Das Bildungsniveau des russischen Volkes mag wegen des Fehlens geistiger Anregungen nicht hoch sein. Aber die technischen Fähigkeiten wachsen. Und einstweilen bleibt den Russen wenigstens die Überfülle künstlicher Stimulanzien und Ersatzbefriedigungen erspart, die die emotionelle Kraft des Grossstädtlers in den fortschrittlichen Ländern des Westens verzehrt. Irgendwann in der Zukunft werden sie das alles vielleicht auch haben. Aber noch haben sie es nicht. Anders als unsere rastlosen Städte haben sie noch Zeit, Erde und Himmel anzuschauen, den Wechsel der Jahreszeiten zu bemerken, an einem Sommerabend still auf einer Bank zu sitzen, zu ruhen und zu träumen. Und zum Ausgleich für ihre erzwungene Abstinenz werden sie vermutlich in ein paar Jahrzehnten eine emotionelle Frische und Kraft ausstrahlen, der gegenüber die westlichen Völker blässlich erscheinen und der bei den Anstrengungen, die Russland als Nation zu machen bestimmt ist, eine wichtige Rolle zufallen wird.

So viel über das Volk als Ganzes. Wie steht es aber mit der verhältnismässig kleinen Schicht der «Intelligenz», die in einem Staatsgefüge wie der Sowjetunion allein kulturelle Anregungen geben kann? Wenn schon die Quantität der kulturellen Produktion durch Krieg und den niedrigen Lebensstandard beschränkt ist, wie steht es dann mit der Qualität?

Hier nun hat sich während des letzten Jahrzehnts tatsächlich ein spürbarer Wandel vollzogen. In ihren Anfangsstadien

zerstörte die Revolution viel von dem Respekt vor dem kulturellen Schaffen der Vergangenheit und auch einen Teil seiner Substanz. Als Ersatz brachte sie selbst einige beachtliche geistige und künstlerische Leistungen hervor.

Der Wert oder Unwert dieser neuen Werke schien interessanterweise der Tiefe ihrer Verwurzelung in der russischen Kultur der Vergangenheit zu entsprechen. Die besten Poeten wie Blök entstammten dem Ästhetizismus der Jahrhundertwende. Die besten Theater waren fest im Impressionismus Tschechows verankert. Ähnliches könnte man von den Komponisten und den ausübenden Künstlern sagen.

Aber die umwälzenden Ereignisse der Revolution hatten eine stimulierende Wirkung auf alle schöpferischen Geister, die starken wie die schwachen. Viele der besten liberalen und radikalen Denker anderer Länder fanden den Weg nach Moskau, besuchsweise oder um sich dort niederzulassen. Viele Fäden verbanden Moskaus Hörsäle, Redaktionen, Ateliers und Bühnen mit dem fiebernden geistigen Leben des Berlins der Nachkriegszeit und mit anderen westeuropäischen Hauptstädten. Die jüdischen Intellektuellen Osteuropas, jetzt völlig frei von den ihnen einst durch den Zarismus auferlegten Beschränkungen bei Ausbildung und Reisen, griffen mit der ganzen Kraft ihres Intellekts und ihres Künstlertums in die Auseinandersetzung ein; ihr ruheloser Genius leistete den grössten Beitrag zu dem scharfen, analytischen sowjetischen Denken und Fühlen der Jahre unmittelbar nach der Revolution.

All das hat sich in den letzten zehn Jahren völlig gewandelt. Die damalige sowjetische Intelligenz wurde grösstenteils in den Säuberungen vernichtet. Von den grossen Intellektuellen der Revolution wie Bucharin, Kamenew, Radek ist nicht einer übriggeblieben. Die jüdischen Intellektuellen hatten besonders schwer zu leiden, wahrscheinlich nicht so sehr, weil sie Juden waren, sondern weil sie – als Juden – in vielen Ländern der Welt Verwandte hatten und Wert auf persönlichen und geistigen Kontakt mit Personen ausserhalb der Sowjetunion legten. Während der ersten Monate des Krieges dann begannen mit dem Anheizen des russischen Nationalismus auch die peinlichen antisemitischen Ausschreitungen, und so kam es, dass nach Aufhebung der Evakuierung Moskaus praktisch keine Juden in die Stadt zurückkehrten. Ein einstmals aus dem kulturellen Leben der Stadt nicht wegzudenkendes befruchtendes Element war damit fast vollständig verschwunden.

Gleichzeitig mit dem allmählichen Aussterben der radikalen Intelligenz begann der stetige Wiederaufstieg alles dessen, gegen das sie rebellierte. Dem Wiederaufleben des russischen Chauvinismus entsprach ein wahrer Kult mit den Schöpfungen der Vergangenheit. Die grossen Meister wurden – zum Teil aus fast vollständiger Vergessenheit – hervorgeholt und als Beweis für die Grösse russischen Geistes der öffentlichen Bewunderung überstellt. Heute werden russische Philosophie, russische Musik und russische Literatur von Amts wegen gelobt und gepriesen, wobei man auf ihren sozialen Gehalt genauso wenig achtet wie auf den allgemeinen.

Der Vergangenheitskult findet seinen Höhepunkt im Ballett, das als repräsentativ für die Leistung russischer Künstler empfunden wird und heute einen wahrscheinlich bisher nie gekannten Stand technischer Perfektion erreicht hat. Und doch steckt in dieser Manifestation des russischen Genius, in dieser Begeisterung für die grosse Schau etwas Statisches, ein Erstarren der künstlerischen Form, das zeigt, wie sehr die russische Kultur durch Byzanz beeinflusst worden ist. Nicht die Suche nach dem Neuen, sondern die Vervollkommnung des Alten ist das Wesen dieser am meisten geschätzten und charakteristischsten russischen kulturellen Schöpfung. Sie lebt aus demselben Geist, der die Hagia Sophia schuf und später die klassische Schule der russischen Ikonenmalerei, und sie neigt mehr zur Vervollkommnung des traditionellen Details als zur Suche nach neuen Formen. Bei solchem Geist gehen Leben und Kunst getrennte Wege. Das Leben folgt verschlungenen eigenen Pfaden. Die Kunst wird eine glorifizierte Form des Rituals.

Auf anderen Gebieten ist das Bild noch weniger erhehend. Aus dem Mund eines Amerikaners und im Jahre 1944 mag es anmassend klingen, wenn er das Fehlen künstlerischer Originalität in Russland beklagt. Der Krieg ist überall der Feind der Kunst; und selbst New York ist in diesen Kriegsjahren nicht reich an Anregungen. Aber von einem System, das für sich in Anspruch nimmt, als erstes in der Geschichte den schöpferischen Trieb von den Fesseln ökonomischer Ausbeutung befreit zu haben, kann man mehr verlangen; und eine politische Führung, die einen grossen Krieg und zwei grosse Kehrtwendungen ihrer Aussenpolitik ohne einen einzigen personellen Wechsel übersteht, darf man vielleicht mit anderen Massstäben messen als unsere launenhafte und buntgewürfelte Demokratie. Jedenfalls scheint die sowjetische Kultur sich umgekehrt

proportional zu dem militärischen Ruhm des Sowjetreichs zu entwickeln. Dass Malerei und Bildhauerei in den letzten Jahren geblüht hätten, lässt sich kaum behaupten. Der letzte gute Roman wurde vor reichlich zehn Jahren geschrieben. Dramaturgie und Theater sind umso reizvoller, je älter die Stücke und je älter die Schauspieler sind. Die neueren Produktionen und die neueren Produzenten bekennen sich wieder zu einem heroischen Stil, der nur dem geräuschvollsten und plattesten Melodrama unseres neunzehnten Jahrhunderts vergleichbar ist, nur dass patriotische Themen die romantischen ersetzen und der verräterische Schurke den Wollüstling. Im Übrigen aber warten sie mit demselben Geschrei und Gestöhne, derselben Muskelprotzerei und derselben Humorlosigkeit auf wie seinerzeit das Mississippi-Schauboot. Der sowjetische Film, der die Tonfilmtechnik ohnehin nie so ganz bewältigt hat, leidet jetzt unter demselben Mangel an Leichtigkeit; seine Themen werden – in einer Welt, in der ein dogmatischer Irrtum die persönliche Katastrophe bedeuten kann – immer enger, immer gleichförmiger. In einer musikalischen Welt, die vornehmlich Glinka, Tschaikowsky und Rimskij-Korsakow pflegt, nehmen sich Schostakowitsch und Prokofiew noch sehr respektabel aus. Aber wenn Architektur erwähnt wird, geraten Moskauer Unterhaltungen ins Stocken; selbst die grössten Optimisten senken das Haupt und seufzen gequält, wenn man sie fragt, wo das sowjetische schöpferische Bewusstsein seinen architektonischen Ausdruck gefunden habe.

Ich fürchte, dass es über die Richtung, in die das Geistesleben in Russland sich entwickelt, keinen Zweifel mehr gibt. Die exakten Wissenschaften blühen und werden sicherlich im Dienste des Staates noch grosse Leistungen erbringen. Die Gesellschaftswissenschaften sind in den festen Formen byzantinischer Scholastik erstarrt. In der Kunst wird alles Dekorative, alles Zeremonielle und Repräsentative mit orientalischer Werk-treue und orientalischer Liebe zum Detail gepflegt. Aber das Erschaffen neuer künstlerischer Formen ist zu eng mit der Freiheit des Geistes, mit der Würde der Person, mit der kritischen Betrachtung der menschlichen Gesellschaft verknüpft, als dass es in der dumpfen Luft einer riesigen, pompösen Despotie gedeihen könnte. Wenn der Stern der Sowjetmacht zu sinken begänne, würde er vielleicht von Neuem jene Funken künstlerischen Genies versprühen, mit denen Russland in den letzten Jahrzehnten des Zarentums die Welt erstaunte. Aber

solange er steigt, bleibt sein Licht kalt, ruhig, unergründlich; und die Menschen des Westens betrachten ihn von Ferne und fragen, ob sein strenger Glanz Drohung oder Verheissunbirgt.

Innenpolitik gibt es im Kriege in Russland nicht. Die Armee ersetzt sie durch Disziplin. Und das Gezänk und die Sorgen des Heeresgeforges (denn was wären in einem totalitären Militärstaat im Kriege die Zivilisten sonst?) verdienen nicht den Namen «Politik». Die Zivilbevölkerung ist nur eine Arbeitsreserve aus Frauen, Kindern und alten Leuten. Das Regime erzwingt von ihnen Entbehrungen und lange Arbeitsstunden, sonst behandelt es sie mit ausserordentlicher Rücksicht. Vom Krieg her gesehen ist es unerwünscht, sie unzufriedener zu machen als nötig. Aber dass ihre Gefühle politische Besorgnisse weckten oder politische Bedeutung hätten, kann man nicht behaupten.

Anders steht es mit den höheren Offizieren. Sie sind derzeit die einzige Gruppe im Sowjetstaat, deren Missvergnügen für das Regime kritisch werden könnte. Stalin scheint das Problem dadurch gelöst zu haben, dass er sich und seinen führenden politischen Helfern hohe militärische Ränge verlieh. Die Einrichtung der politischen Kommissare ist für die unteren Gliederungen der Armee abgeschafft worden, nicht aber für die Spitze. Die Entsendung von Leuten wie Shdanow, Chruschtschow oder Bulganin an die verschiedenen Frontabschnitte lässt sich eigentlich nur mit der Absicht erklären, ein politisches Gegengewicht zu den Heerführern zu schaffen. Die Rote Armee ist bislang bemerkenswert unpolitisch; und das Geschick, mit dem Stalin grosse militärische Tapferkeit mit strenger ziviler Überwachung des Militärapparats zu vereinigen wusste, verdient Respekt.

Unter diesen Umständen ruht die Innenpolitik, und das wird wohl für den Rest des Krieges so bleiben. Was danach kommt, ist eine andere Frage. Vorhersagen wären verfrüht und gefährlich. Dass es Unzufriedenheit und Unruhe unter demobilisierten Offizieren und Soldaten geben wird, ist wohl kaum zu bezweifeln. Aber niemand handhabt das Instrumentarium autoritärer Regierungen besser als Stalin.

Von der innenpolitischen Ruhe auf Ruhe in der Aussenpolitik schliessen zu wollen, wäre falsch. Seit die Säuberung beendet und Stalins innenpolitische Machtstellung unbestritten ist, hat die

Politik des Kremls sich immer stärker auf Russlands Beziehungen zur Aussenwelt konzentriert.

Es ist eine deprimierende Vorstellung, dass sich dicke Bände mit den Spekulationen füllen liessen, die die ausländische Presse in den letzten beiden Jahren über Russlands aussenpolitische Ziele angestellt hat. Die einschlägigen Fragen sind mit einer Monotonie wiederholt worden, die fast von dem Versuch einer Antwort zurückschrecken lässt. Hat die russische Politik sich gewandelt? Will Russland andere Länder «kommunisieren»?

Beabsichtigt Russland zu «kooperieren»? und so weiter. In sowjetischer Sicht sind diese Fragen sehr simpel. Der Leser darf deshalb nicht Übelnehmen, dass es auch die Antworten sind.

Die Sowjetführer haben nie vergessen, in welcher schwachen und gefährdeten Position das Sowjetregime sich in seiner ersten Zeit befand. Der Vertrag von Brest-Litowsk, die Intervention alliierter Truppen in verschiedenen Teilen Russlands, die Vertreibung der Roten Armee aus den baltischen Staaten, der Einfall in die westlichen Provinzen im polnisch-russischen Krieg von 1920: das alles hat bei den Sowjets einen unauslöschlichen und zweifellos übertriebenen Eindruck von den Gefahren hinterlassen, die die Sowjetmacht von aussen bedrohten. Genährt durch das traditionelle russische Misstrauen Fremden gegenüber, weiter verstärkt durch ständige Rückschläge bei den ersten Versuchen, Russlands Macht durch Bolschewisierung anderer Länder zu erweitern, wuchs und gedieh das Gefühl der Unsicherheit, bis es schliesslich fast das ganze sowjetische Denken über die Aussenwelt durchzog.

In der ersten Zeit des Kommunismus war es die offizielle und weithin auch geglaubte Meinung, Russland könnte und würde sich aus dem, was es für seine gefährvolle Lage hielt, durch die wachsende Zwietracht unter den imperialistischen Mächten und die bevorstehende Weltrevolution retten. Man nahm deshalb an, dass mit der Anweisung an die ausländischen kommunistischen Parteien, alle Kraft auf einen möglichst baldigen Ausbruch der sozialen und politischen Revolution zu richten, der Sache der sowjetischen militärischen Sicherheit und zugleich auch den weiterreichenden Zielen der kommunistischen Ideologie am besten gedient wäre. Stalins Realismus gab den Anstoss zu der Erkenntnis, dass einerseits das weltrevolutionäre Unternehmen keine Aussicht auf Erfolg hatte und dass andererseits die nach Moskaus Weisungen arbeitenden kommunistischen Parteien viel weniger nützlich waren als die Gruppen bürgerlich-liberaler

Enthusiasten, auf die Moskau – zu seiner eigenen grossen Überraschung – bald eine so mächtige Anziehungskraft ausübte. Mit der Zeit verzichteten die Sowjets daher auf ihre Politik der sofortigen Herbeiführung von Revolutionen in anderen Ländern und konzentrierten sich darauf, ausländische Sympathisierende, Kommunisten und andere, zu Werkzeugen einer rein nationalistischen sowjetischen Aussenpolitik zu machen. Das war ein bedeutsamer Wandel. Aber er änderte nichts an der Grundkonzeption der sowjetischen Politik, auf jede Weise und mit grösstmöglicher Beschleunigung die relative Stärke der Sowjetunion in der Welt zu vergrössern und zu diesem Zweck die Rivalitäten und Differenzen anderer Mächte nach Kräften auszubeuten.

In den Jahren vor Hitlers Machtergreifung in Deutschland tat der Kreml – verliebt in die Rolle des unschuldigen Objekts finsterner Machenschaften – es Shakespeares Lady gleich und fing an, zu stark zu protestieren. Er machte viel Getöse um die Gefahren kapitalistischer Einkreisung und die Pläne «anglo-französischer Imperialisten» für eine «Intervention». Er hielt Schauprozesse ab, um der Bevölkerung die Grösse der Gefahr deutlich zu machen. Alle Realisten wussten, dass für diese Befürchtungen nicht viel Anlass bestand und dass das dauernde Alarmschlagen nicht so sehr dem Schutz des Landes galt als vielmehr der eigenen Bevölkerung, deren Einsatzfreudigkeit man dadurch zu steigern hoffte. Wirklich erfüllte es in hohem Masse seinen Zweck, und die Sowjetführer erreichten, dass viele Leute, sie selbst nicht ausgenommen, sich von tödlichen Gefahren umlauert sahen.

Als Hitler zur Macht kam, fand der Kreml, der jahrelang und eigentlich aus ganz anderen Gründen geschrien hatte: «Der Wolf kommt!», plötzlich einen richtigen Wolf vor seiner Tür. Was einmal Theater gewesen war, war jetzt grimmige Wirklichkeit. In den Jahren 1933 bis 1938 wussten die Russen sehr genau, dass die Sowjetunion nicht stark genug sei, allein und ohne Unterstützung von aussen einem deutschen Angriff standzuhalten. Für ihre eigene Sicherheit erschien es ihnen als das Beste, jemand anders dazu zu bewegen, gegen Hitler zu kämpfen, bevor er seine Aggressionsabsichten im Osten verwirklichen konnte. Hatte nicht Lenin selbst gesagt, dass die «Widersprüche zwischen den imperialistischen Mächten» im Interesse des Kommunismus stets rücksichtslos ausgebeutet werden müssten? Vielleicht war dies nicht nur Russlands tödliche Gefahr, sondern zugleich

Russlands einmalige Gelegenheit; es kam darauf an, wie man die Karten spielte.

Das Resultat war eine plötzliche Begeisterung für kollektive Sicherheit. Die sowjetische Presse zeigte sich auffallend besorgt wegen der gefährlichen Lage der westlichen Demokratien angesichts der Bedrohung durch die Nazis. Die Sowjetunion trat dem Völkerbund bei. Litwinow ging nach Genf und sprach beredt über die Gefahren der Aggression, die Unteilbarkeit des Friedens und die Vergeblichkeit der Hoffnung, dass ein einmal ausgebrochener Krieg nicht allgemein werden würde. Er schlug vor, dass die Westmächte vereinbaren sollten, beim ersten Anzeichen einer deutschen Aggression – wo immer es sich zeige – zu kämpfen. Er entwarf eine juristische Formel nach der anderen, um eine Verpflichtung der Westmächte zu erreichen, gegen jegliche deutsche Aggression einzuschreiten.

Er war grosszügig in seinen Angeboten, überall und jederzeit gegenseitigen Beistandspakten beizutreten. Trotzdem war nicht erwiesen, dass Moskau wirklich vorhatte, zugunsten anderer grössere militärische Aktionen durchzuführen. Die Russen, die traditionell mehr Wert auf die *Auslegung* als auf den *Wortlaut* von Verträgen legen, überlegten sehr schnell; dass es nicht allzu gefährlich sein könne, Verpflichtungen einzugehen, die sich, falls es ernst würde, ja immer noch einseitig interpretieren liessen. Das wichtigste war eine Sicherheit, dass Deutschland nicht im Osten kämpfen könne, ohne gleichzeitig im Westen zu kämpfen. Wenn militärische Verwicklungen an der Westfront gesichert waren, konnte Russland für sich selber sorgen.

Übrigens erklärt das auch die russische Haltung zur Zeit von München. Russland wäre gern bereit gewesen, der Tschechoslowakei symbolischen militärischen Beistand nach dem Muster des spanischen Kriegs zu gewähren – insbesondere in der Luft. Es bestand jedoch keine Bereitschaft – und wie die Deutschen genau wussten, keine Möglichkeit –, zu jener Zeit nennenswerte Landstreitkräfte nach der Tschechoslowakei in Marsch zu setzen.

Litwinows Bemühungen überbrückten eine schwierige Zeit, während der die deutsche und die russische Rüstung verstärkt wurden. Aber er schaffte es nicht, die Westmächte zu Abmachungen zu bewegen, die sie für den Fall einer Hitlerschen Expansionspolitik zum Kampf gegen ihn gezwungen hätten; und die Aussicht, es doch noch zu erreichen, wurde umso geringer,

je stärker die Nazis wurden und je länger der Westen mit seiner Beschwichtigungspolitik fortfuhr.

Wenn Russland sich aber auf Rettung durch die Westmächte nicht verlassen konnte, dann sahen die Russen eine Alternative nicht nur im grösstmöglichen Ausbau der russischen Militärmacht innerhalb der Grenzen von 1938, sondern auch im Erwerb neuer Gebiete, durch die Russland seine strategische und politische Position verbessern könnte, und in der Schaffung einer Einflussphäre noch über diese Grenzen hinaus. Beim Entwerfen dieses expansionistischen Programms stützten sich die sowjetischen Planer stark auf Ideen der zaristischen Diplomatie der letzten Jahre.

Zur Zeit von München, als der Alptraum eines zweiseitigen deutsch-russischen Krieges Wirklichkeit zu werden schien, gaben die Russen endgültig die Hoffnung auf, die Westmächte ausser in direkter Selbstverteidigung zum Kampf gegen Hitler zu veranlassen, und der inzwischen erreichte Produktionsstand der russischen Rüstungsindustrie erlaubte es, Litwinows dürftiges Programm endgültig auf den Abfallhaufen zu werfen. Jetzt war der Weg frei für eine Politik offener territorialer Expansion, die nach Möglichkeit einem Angriff vorbeugen, jedenfalls aber (wenn er trotzdem kam) den ersten Stoss auffangen sollte. So kam es, dass der Kreml im Sommer 1939 taub war gegen die Avancen der Westmächte, die weder den Willen noch die Macht hatten, ihm grosse Stücke Osteuropas auszuliefern, und den Avancen der Deutschen Gehör gab, denen weder der Wille fehlte noch die Macht.

Es wäre für den Westen nützlich zu begreifen, dass die Männer im Kreml trotz aller Wechselfälle des Schicksals, die Russland seit dem August 1939 erlebte, niemals den Glauben an das Programm territorialer und politischer Expansion verloren haben, das den zaristischen Diplomaten einstmals so empfehlenswert erschienen war und das auch dem deutsch-russischen Nichtangriffspakt von 1939 zugrunde lag. Dieses Programm hiess Wiederaufrichtung der russischen Macht in Finnland und im Baltikum, in Ostpolen, in der nördlichen Bukowina und in Bessarabien. Es bedeutete ein Protektorat über Westpolen und einen Zugang zur See für das russische Reich irgendwo in Ostpreussen. Es hiess Kampf um den dominierenden politischen Einfluss bei allen Slawen Mitteleuropas und des Balkans und möglichst auch die Herstellung einer Verbindung zwischen West- und Südslawen etwa entlang der österreichisch-ungarischen

Grenze. Und schliesslich bedeutete es eine russische Kontrolle der Dardanellen durch eben dort zu errichtende Stützpunkte. Zweck des Programms war es nicht allein, Russlands militärische Stärke zu vergrössern; der Zweck war zugleich, in Mittel- und Osteuropa die Entstehung irgendeiner Macht oder Mächtekoalition zu verhindern, die Russlands Sicherheit bedrohen könnte.

In Moskau meinte man damals, wenn es gelingen sollte, einen Teil dieses Programms durch ein Abkommen mit den Deutschen (wie es tatsächlich zustande kam) zu verwirklichen und zur selben Zeit die Spitzen der deutschen Waffen gegen den Westen zu kehren, dann sei das eine beachtliche Leistung. Obwohl man sich darüber klar war, dass die Entstehung einer für Russland gefährlichen Macht in Mitteleuropa auf solche Weise wohl kaum verhindert würde, hielt man es doch für ziemlich sicher, dass diese Macht sich zunächst in der Auseinandersetzung mit den Westmächten abnutzen oder sich wenigstens nicht gegen Russland allein wenden würde.

Der Verlauf des Krieges war für die Russen eine bittere Enttäuschung. Der Westen brach zusammen, ohne die deutsche militärische Stärke erkennbar abgenutzt zu haben. Hitler hatte die Möglichkeit, während einer Periode militärischer Ruhe im Westen einen grossen Teil der deutschen Kraft gegen Russland anzusetzen. Und die territorialen Gewinne des Nichtangriffspakts erwiesen sich militärisch als ziemlich wertlos. Als es soweit war, verloren die Russen ihre Osthälfte Polens schneller als die Polen selbst ihre Westhälfte im Jahre 1939. Die geringen strategischen Vorteile, die man aus den neuerworbenen Gebieten vielleicht hätte ziehen können, wurden zumindest teilweise dadurch aufgehoben, dass es die einstmals dort unterhaltenen nationalen Streitkräfte nicht mehr gab. Hätten sie noch existiert, so hätten sie vielleicht wenigstens einiges von der Stosskraft des deutschen Angriffs abfangen können. Ihr Verschwinden, zu dem Russland selbst so viel beigetragen hatte, konfrontierte die Rote Armee unmittelbar mit der Wehrmacht.

Aber keiner dieser Rückschläge erschütterte die russische Überzeugung, dass ihre Expansionspolitik sich letzten Endes doch als wirksam erweisen würde. Die Russen folgerten nicht etwa, dass ihre Politik unvernünftig gewesen, sondern dass sie nicht weit genug gegangen sei. Als sich nach dem ersten Kriegswinter die Aussicht auf einen Sieg am Horizont abzuzeichnen begann, sahen die Russen sogleich die Möglichkeit, 1945 das

erfolgreich zu vollenden, was 1939 erfolglos begonnen worden war. Diesmal würden sie mit keinem mächtigen Deutschland mehr zu rechnen brauchen. Das erschöpfte und vom Krieg zerrütete Osteuropa würde eine knetbare und gefügte Masse abgeben, die sich nach den Zielen der russischen Staatskunst widerstandslos würde formen lassen.

Bis zum Juni 1944 hingen sämtliche russischen Pläne in der Luft. Man wartete auf ein wirklich energisches Eingreifen der westlichen Streitkräfte. Ohne das war nicht einmal der russische Sieg gesichert. Für die gesamte russische Politik war die zweite Front von höchster Wichtigkeit. In ihrem misstrauischen Gemüt wähten die Russen sich bereits in Gefahr, von ihren westlichen Alliierten im Stich gelassen zu werden. Um dem zu begegnen, waren sie bereit, den Forderungen und Vorurteilen des Westens sehr weit entgegenzukommen.

In den Augen Moskaus waren die Vorstellungen des Westens über künftige kollektive Sicherheit und internationale Zusammenarbeit naiv und unrealistisch. Aber wenn man den Sieg damit erkaufen konnte, dass man über Unwirkliches diskutierte – warum nicht? Wenn der Westen russische Zusicherungen über künftige Zusammenarbeit zur Vorbedingung für militärische Unterstützung machte – warum nicht? Wenn Russland nur sicher sein konnte, dass der Aufrichtung seiner Macht in Ost- und Mitteleuropa nichts im Wege stand (und wer sollte schon die Aufrichtung seiner Macht verhindern, wenn der Tag des deutschen Zusammenbruchs kam?), würde es ihm vermutlich nicht übermässig schwerfallen, die Gesten zu vollziehen, die der Westen als Zeichen der Übereinstimmung mit seinen absonderlichen Ideen über Zusammenarbeit zur Erhaltung des Friedens verlangte. Wie hätte Kollaboration auch ein Land gefährden können, das die greifbaren Garantien seiner Sicherheit bereits in Händen hielt? Im Gegenteil könnte man durch Mitarbeit an Massnahmen für die Welt Sicherheit bei geschickter Handhabung sogar eine Art von Rückversicherung für die russischen Interessen erreichen, ganz abgesehen davon, dass Russland schon aus Prestigerücksichten einem Rat der Weltmächte nicht fernbleiben durfte.

Auf diese Art liessen sich Gedanken über internationale Zusammenarbeit nur allzu bequem neben imperialen Träumen unterbringen – in Hirnen, die von Kind auf geschult waren, in noch krasserem Widersprüchen zu denken und zu handeln. Solange es noch keine zweite Front gab, war es opportun, den

Gedanken der Zusammenarbeit mehr im Vordergrund und den Gedanken der Interessensphären mehr im Hintergrund zu halten. Als jedoch die zweite Front Wirklichkeit geworden war, schien so viel Delikatesse überflüssig. In der Folge entwickelte die sowjetische Politik eine Grobschlächtigkeit, die im Westen Überraschung und viele Fragen ausgelöst hat.

Die Leute bei uns zu Hause könnten die sowjetischen Reden und Taten leichter verstehen, wenn sie sich die sowjetischen Absichten in Ost- und Mitteleuropa vergegenwärtigen würden. Die ganze russische Politik in diesem Gebiet habe nur das eine Ziel: Macht. Die Form, die diese Macht annimmt, die Methoden, mit denen sie sich durchsetzt – das sind zweitrangige Fragen. Es ist Moskau ganz gleich, ob ein bestimmtes Gebiet «kommunistisch» ist oder nicht. Unter vergleichbaren Umständen würde Moskau vielleicht vorziehen, es bolschewisiert zu sehen, obwohl man auch darüber streiten kann. Aber die Hauptsache ist immer, dass es sich Moskaus Einfluss und möglichst auch Moskaus Befehlen geneigt zeigt. Wenn das unauffällig erreicht werden kann, mit dem Einverständnis der Mehrheit der Bevölkerung und in verschleierte Form, umso besser. Wenn nicht, erreicht man es eben mit anderen Mitteln. Für die kleineren Länder Ost- und Mitteleuropas geht es nicht um Kommunismus oder Kapitalismus. Es geht darum, ob sie ein unabhängiges nationales Leben bewahren können oder sich unter die Herrschaft einer Macht ducken müssen, die sich noch nie durch Kompromissfreudigkeit gegenüber Rivalen ausgezeichnet hat. Weder das Verhalten der Besatzungstruppen der Roten Armee noch der Grad der «Kommunisierung» eines Landes entscheiden darüber, wie die Sache schliesslich ausgeht. Es geht nicht um Grenzen oder um Verfassungen oder um formale Unabhängigkeit. Es geht um reale Machtverhältnisse, wenn das auch meist sehr sorgfältig maskiert oder versteckt wird.

Heute, im Herbst 1944, ist der Kreml durch seine eigenen Wünsche auf die konkrete Aufgabe festgelegt, die Vorherrschaft in Ost- und Mitteleuropa zu erzwingen. Gleichzeitig ist er durch früher abgegebene Versprechen und durch die Weltmeinung auf ein undeutliches Programm festgelegt, das westliche Staatsmänner in ihrer Vorliebe für wunderliche Begriffe, die den Wählern gefallen, «Zusammenarbeit» nennen.

Das erste Programm bedeutet Nehmen. Das zweite bedeutet Geben. Niemand kann Russland daran hindern zu nehmen, wenn es dazu entschlossen ist. Niemand kann Russland zwingen zu

geben, wenn es entschlossen ist, das nicht *zu* tun. Unter diesen Umständen haben nur die anderen Grund zur Sorge. Die Kremlglocken, die seit den turbulenten Tagen, als Lenin sie reparieren und wieder in Gang setzen liess, nie mehr geschwiegen haben, schlagen die Nachtstunden jetzt in einem Ton der Selbstsicherheit und des Vertrauens in die Zukunft. Und der Schlaf derer, die innerhalb der Kremlmauern ruhen, ist tief und ungestört.

Wer sind diese Männer, die nachts so gut schlafen? Josef Wissarionowitsch Stalin, jetzt in seinem fünfundsechzigsten Lebensjahr und im zwanzigsten Jahre seiner Macht über Russland, ist der mächtigste und am wenigsten bekannte Herrscher der Welt. Nur eine Handvoll Ausländer hat ihn je gesehen. Keiner hat jemals engen Kontakt mit ihm gehabt. Niemand weiss genau, wo oder mit wem er lebt. Sein Privatleben bleibt ein Geheimnis, das nicht einmal die Neugier der amerikanischen Presse zu lüften verstand. Nur als Politiker ist er sichtbar, und auch da erhascht man bestenfalls ein paar flüchtige und unbestimmbare Eindrücke.

Wer das heutige Russland verstehen will, wird gewisse Einzelheiten über Stalin aufschlussreich finden:

Erstens: Er ist ein Georgier. Ein seltsames psychologisches Gesetz, das schon mehr als einmal grosse Völker dazu gebracht hat, sich der Herrschaft obskurer und atypischer Personen aus Grenzprovinzen zu unterwerfen, hat Stalin aus den kahlen Hügeln Georgiens in die Abgeschiedenheit des Kremls entrückt. Er fühlt sich heute nicht mehr sehr als Georgier; und die Geschichte wird ihm zugestehen müssen, dass er eine der grössten *russischen* Persönlichkeiten geworden ist. Aber er hat die charakteristischen Eigenschaften seines Herkunftslandes nicht verloren. Tapfer, aber wachsam; leicht erzürnt und misstrauisch, aber geduldig und zäh bei der Ausführung seiner Pläne; gleich fähig, schnell und entschieden zu handeln wie auch abzuwarten und sich zu verstellen – ganz wie es die Umstände erfordern; im Auftreten bescheiden und einfach, aber auf das Prestige und die Würde des Staates bedacht, an dessen Spitze er steht; nicht gebildet, aber klug und von mitleidslosem Realismus; mit hohen Ansprüchen an Loyalität, Respekt und Gehorsam; ein genauer und unsentimentaler Menschenkenner – wie der georgische Held der Überlieferung kann er ein grosser, guter Freund sein oder ein unversöhnlicher, gefährlicher Feind. Ein Mittelding zu sein, fällt ihm schwer.

Zweitens: Seine Unkenntnis des Westens. Stalins Jugend ist

verhüllt von dem Nebel unterirdischer revolutionärer Betätigung vor allem in seinem heimatlichen Kaukasus. Von dort stieg er in die dostojewskijsche Atmosphäre revolutionären Verschwörertums im europäischen Russland hinauf. Sein Leben hat nur das gekannt, was Lenin «den unglaublich schnellen Übergang von wilder Gewalt zu subtilstem Betrug» nannte. Ein flüchtiger Blick auf Stockholm in jüngeren Tagen hinterliess wenig oder keinen Eindruck in seiner fiebernden Einbildungskraft. Vom westlichen Leben im Allgemeinen konnte er unmöglich viel verstehen. Das gelassene Geben und Nehmen des angelsächsischen Lebens im Besonderen; die Mässigung der Feindschaft wie der Vertraulichkeit; die ausgleichende Wirkung des Selbstrespekts; das freie Spiel gegensätzlicher Kräfte – diese Dinge würden ihm unverständlich und unglaubwürdig scheinen.

Drittens: Das Abgesondertsein. Vertreter fremder Mächte, die sich über ihre Isolierung in Moskaus diplomatischem Ghetto grämen, sollten daran denken, dass von allen Menschen in Moskau Stalin wahrscheinlich der am strengsten Isolierte ist. Es ist zweifelhaft, ob er im Lauf der letzten fünfzehn Jahre jemals allein sein oder sich unbeobachtet unter andere Leute mischen konnte. In dieser ganzen langen Zeit hat er wahrscheinlich niemals erlebt, wie es ist, wenn man bei Tageslicht als einer von vielen eine Strasse entlanggeht und das Leben so sieht wie andere Leute auch. Wenn es noch nicht einmal dem bescheidenen Botschaftssekretär gelingt, eine russische Provinzstadt friedlich und normal, und allein, zu besuchen – ohne einen Schwarm von Führern und Begleitern, ohne umständliche Vorbereitungen zu seinem Empfang, ohne Wodka und Kaviar und Reden –, wie schwierig muss es da für Stalin sein, der Wachsamkeit seiner Landsleute zu entgehen. Sein Weg vom Büro im Kreml zur Datscha birgt nicht mehr Sehenswertes als die ausgetretenen Trampelpfade des Moskauer Diplomatischen Korps; und bei all den Sicherheitsvorkehrungen für seine Person muss es für ihn fast so schwierig sein, Moskau zu betrachten, wie es für Moskau schwierig ist, ihn zu betrachten. Man sagt, die Moskauer Polizei habe Befehl, gegen jeden Diplomaten Verdacht zu schöpfen, der an anderen Orten als im Auto, im Museum oder im ‚Schwanensee‘-Ballett auftaucht. Stalins Leben ist noch ärmer. Er geht nur selten ins Ballett. Und der ganze Kreml hat, genau genommen, deprimierend viel Ähnlichkeit mit einem riesigen ungeheizten Museum.

Warum ich diese drei Aspekte von Stalins Leben und Charakter herausgegriffen habe? Aus dem einfachen Grund, weil sie alle auf dasselbe hinauslaufen, nämlich auf seine ausserordentliche Abhängigkeit von seinen Freunden und Beratern. In jedem autoritären Staat wird das politische Leben nur zu leicht zum Kampf um den Zugang zum Herrscher und den Zugang zu seinen Informationsquellen. In Russland mit seiner Leidenschaft für Geheimhaltung und Verschwörungen gilt das noch mehr als anderswo. Bei Stalins Beziehungen zum Westen muss angesichts seiner eigenen Unkenntnis, seiner extremen Abgesondertheit und seiner misstrauischen georgischen Natur den politischen Vertrauten eine fast entscheidende Rolle zufallen. Nach Überzeugung des Verfassers muss hier, in den Beziehungen Stalins zu seinen Beratern, die Erklärung für das Verwirrende und oftmals Widersprüchliche der sowjetischen Einstellung zum Westen zu finden sein.

Fast die einzige unbestreitbare und vielleicht auch die wichtigste Aussage über Stalins Ratgeber ist die, dass es unter ihnen in den letzten sechs Jahren praktisch keinen Wechsel gegeben hat. Nach einer Periode so ausserordentlich rapiden Verschleisses hoher Amtsträger, wie man ihn sonst nur in Revolutionszeiten kennt, erstarrte das russische politische Leben 1938 plötzlich zu einer gleich beispiellosen Immobilität. Es gab noch nicht einmal bemerkenswerte Todesfälle. Der Kreml hatte schon vielen Regeln menschlichen Verhaltens mit Erfolg die Stirn geboten: nun schien er selbst den Naturgesetzen zu trotzen. Die Zyniker unter den ausländischen Beobachtern, die damals behauptet hatten, dass nur ein mit Unsterblichkeit Begabter die Säuberungen überleben könne, schienen recht zu behalten. Nach allem, was in die Aussenwelt gedrungen ist, haben seit Jahren weder im Politbüro noch im Zentralkomitee der Partei, noch selbst unter den führenden Parteifunktionären in der Provinz irgendwelche wichtigen Veränderungen stattgefunden. Das ist ungewöhnlich genug in einem Land, das zwei grossen Umorientierungen seiner Aussenpolitik und einer militärischen Kraftprobe ausgesetzt war, die den Staat in seinen Grundfesten erschütterte. Es ist noch ungewöhnlicher bei einem politischen System, das bis dahin für jeden grösseren Rückschlag in den Geschicken des Landes ein paar politische Schlachtopfer präsentierte. Aber es ist auch ungesund, und das wird sich nach Beendigung des Krieges noch deutlicher zeigen. Angesichts der besonderen russischen Bedingungen besteht Gefahr, dass der

Wechsel, wenn er nicht allmählich und zur rechten Zeit beginnt, plötzlich und ruckartig einsetzen und eine neue Lawine von Panik, Intrigen und Denunziationen auslösen könnte, ähnlich wie zur Zeit der Säuberungen.

Dem westlichen Beobachter fällt an dem gegenwärtigen Zustand am meisten auf, dass es heute in Russland nicht eine einzige prominente Persönlichkeit gibt, die ein persönliches Interesse an der augenblicklichen Politik der Zusammenarbeit mit den westlichen Demokratien glaubhaft machen könnte. Es ist niemand darunter, der sein Geschäft nicht von ungefähr derselben Position aus schon in Zeiten betrieben hätte, als Politik und – hoffen wir – auch Überzeugungen noch völlig anders waren.

Wer erst vor Kurzem zum erstenmal nach Russland gekommen ist, findet nichts Ungewöhnliches an der Verbindung von Männern wie Molotow, Wyschinskij, Lossowskij und Manuilskij mit der Politik von Moskau und Teheran. Aber bei denen, die ein längeres russisches Gedächtnis haben, wecken diese Namen seltsame Bilder.

Man sieht Molotow auf der feierlichen Sitzung des Moskauer Sowjets im Grossen Theater am 6. November 1939, wie er England und Frankreich («die ständig nicht nur ihre eigene Bevölkerung, sondern dazu noch die Bevölkerung ihrer Dominions und Kolonien in den Krieg ziehen») verdammt, weil sie Hitler in diesem «verbrecherischen Krieg» Widerstand leisten. Man erinnert sich daran, dass er nur wenige Tage zuvor auf der Sitzung des Obersten Sowjets England und Frankreich «die Anstifter des zweiten imperialistischen Krieges» genannt und sie beschuldigt hatte, sich betrügerisch «als Kämpfer für die demokratischen Rechte der Völker» auszugeben.

Und dann erhebt vor dem geistigen Auge Wyschinskij, auf dem Platz des Anklägers im Kolonnadensaal. Es ist der Prozess gegen Bucharin; und Wyschinskij lässt das Kriegsgeheul des argwöhnischen und geheimniskrämerischen Russlands gegen eingebildete Feinde im Ausland ertönen. Er spricht nicht nur über Deutschland. «Hier auf dieser Bank», brüllt er und zeigt mit anklagendem Finger auf die Träger der letzten grossen Namen der Revolution, «sitzt nicht nur eine antisowjetische Gruppe, sitzen nicht die Agenten nur eines ausländischen Nachrichtendienstes. Hier auf der Anklagebank sitzt eine ganze Anzahl antisowjetischer Gruppen, sitzen die Agenten der Nachrichtendienste einer Anzahl fremder Mächte, die der UdSSR feindlich gesonnen sind ... In den Fall verwickelt sind ... min-

destens ... vier ausländische Nachrichtendienste, der japanische, deutsche, polnische und britische, und – es ist eigentlich überflüssig, das zu erwähnen – alle die anderen fremden Nachrichtendienste, die zu den genannten Nachrichtendiensten freundschaftliche, sogenannte operative, Kontakte unterhalten.» «Dieser Prozess», so tönt immer noch sein Schlusswort, «hat uns abermals daran erinnert, dass zwei Welten einander als unversöhnliche Todfeinde gegenüberstehen – die Welt des Kapitalismus und die Welt des Sozialismus.»

Die Gedanken wandern zu Lossowskij, dem alten Aktionschef der Roten Gewerkschaftsinternationale, der jetzt – wie Wyschinskij – stellvertretender Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten ist. Jahrelang hatte er auf verzweifelnde ausländische Arbeiter der Profintern eingeredet, die zur Hebung ihrer Stimmung in Moskau versammelt worden waren. Er hatte sie beschworen, doch nur ja zu begreifen, dass das offenkundige Aufgeben der Sache der Weltrevolution durch die Sowjets nicht etwa bedeute, dass das Ziel aufgegeben sei. «Die Situation hat sich geändert», hatte er geschrien, «und die Taktik ändert sich. Wenn eine bestimmte Parole ihre Brauchbarkeit überlebt hat oder eine bestimmte Formulierung durch eine neue ersetzt werden muss, dann bedeutet das nicht, dass alles, was in der Vergangenheit geschehen ist, falsch war.» Man fragt sich, ob er das auch heute sagen würde? Und würde er immer noch, wie im Jahre 1935, behaupten, dass «keine Macht der Welt den Zusammenbruch des Kapitalismus und den Sieg der Arbeiterklasse über die Bourgeoisie verhindern wird»?

Und Manuilskij, das alte Arbeitspferd der Komintern, jetzt Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten der Ukraine. Bei den kürzlichen Waffenstillstands Verhandlungen mit den Rumänen, an denen er als Aussenminister eines Rumänien benachbarten Staates teilnahm, war er freundlich, zugänglich, um die Wohlfahrt der befreiten Ukraine besorgt und eifrig bemüht, den britischen und amerikanischen Botschafter nach Kiew zu holen, um ihnen die von den Deutschen angerichteten Verwüstungen zu zeigen. Wollte er wirklich ihr Mitgefühl? Hatte er vergessen, dass er 1939 sagte: «Die Jahre werden vergehen. Kein Stein wird von dem verfluchten kapitalistischen Gebäude stehen bleiben, von seinen Kriegen, seiner Reaktion, seiner Verkommenheit, seiner Bestialität und seiner zunehmenden Verwilderung. Die Menschen werden an die Tage des Kapitalismus zurückdenken wie an einen bösen Traum.» Armer

Manuilskij. Die Jahre *sind* vergangen. Die zertrümmerten Steine sind überall zu finden, im Sozialismus wie im Kapitalismus – in Kiew wie in London. Die bösen Träume dieses Zeitalters handeln von Krieg und Besatzung, nicht vom Kapitalismus. Weiss er, dass seine Analyse falsch war? Bedauert er die Worte von 1939?

Die Männer, die ich genannt habe, sind alle in hohen Stellungen mit Russlands formellen Beziehungen zum Westen befasst. Sie kommen bei ihrer Arbeit mit Ausländern zusammen und haben vermutlich die Möglichkeit, ausländische Zeitungen und ausländische Bücher zu lesen. Vielleicht hat das ihren geistigen Horizont etwas erweitert. Aber wie steht es mit den anderen führenden Persönlichkeiten des Regimes, deren Stimme in den internen Beratungen offensichtlich mehr zählt als die Stimmen dieser vier – Molotow vielleicht ausgenommen? Wie steht es mit Berija, Shdanow, Schtscherbakow, Andrejew, Kaganowitsch und so weiter? Welche aussenpolitischen Ratschläge haben sie für Stalin?

Diese hohen Sowjetführer wissen wenig von der Welt ausserhalb Russlands. Sie kennen die ausländischen Staatsmänner nicht persönlich. Die unendliche Vielfalt des politischen und ökonomischen internationalen Lebens ist ihnen verschlossen und hat nur insoweit Bedeutung für sie, als sie Probleme der russischen Sicherheit oder der russischen Innenpolitik berührt. Es ist möglich, dass ihre Vorstellungen gelegentlich der Wirklichkeit einigermaßen nahekommen, dass ihre Urteile gelegentlich einigermaßen objektiv sind – wahrscheinlich ist es nicht. Unabhängigkeit des Urteils ist niemals eine Stärke führender Kommunisten gewesen. Nachweislich werden sie häufig die Opfer ihrer eigenen Parolen, die Sklaven ihrer eigenen Propaganda. Die Aufgabe, in dem Wirrwarr von Propaganda und Selbsthypnose, den Russland zwanzig Jahre lang der Welt vorgeführt hat, den klaren Kopf zu behalten, würde selbst für einen weitläufigen Gelehrten und Philosophen schwer sein. Und das sind diese Männer keineswegs. Der Himmel mag wissen, was für merkwürdige Bilder und Qedanken in ihren Köpfen entstehen, wenn sie vom Leben jenseits der russischen Grenzen hören. Gott allein weiss, was sie daraus für Schlüsse ziehen und was für Empfehlungen sie schliesslich geben.

Wir haben Beweise für die Annahme, dass im Kreml Kräfte am Werk sind, die der Erhaltung des starren russischen Polizeiregimes den absoluten Vorrang vor der günstigen Entwicklung

der auswärtigen Beziehungen geben und sich deshalb heftig dagegen stemmen, dass Russland mit fremden Mächten zu anderen als russischen Bedingungen Verbindung hält. Zu diesen Bedingungen würden gehören: die strikte Beibehaltung des verschwörerischen Charakters der Kommunistischen Partei; der geheimen Arbeitsweise des Sowjetstaates; der Isolierung der Bevölkerung gegen Einflüsse von aussen; des Misstrauens der Bevölkerung gegen die Aussenwelt und ihrer Abhängigkeit vom Sowjetregime; der starken Einschränkung der Bewegungsfreiheit von Ausländern in der Sowjetunion sowie der Einsatz jedes Mittels, um die sowjetische Wirklichkeit vor der Weltmeinung zu verbergen.

Es gibt auch Grund zu der Annahme, dass diese Kräfte in gewissem Umfang die Informationen und Ratschläge kontrollieren, die Stalin erreichen. Sicher ist, dass im Vergleich mit der Zeit vor sieben Jahren keine nennenswerte Lockerung der Regeln über den Umgang von Ausländern mit Russen erfolgt ist; und die Vertreter der Verbündeten Russlands werden heute mit nicht geringerem Misstrauen behandelt als die Vertreter Deutschlands vor dem Abschluss des Nichtangriffspakts in den Tagen heftigster antifaschistischer Pressepolemik. Glücklicherweise gibt es bisher keinen Grund für die Befürchtung, dass das Problem bereits endgültig entschieden ist und die Isolationisten das Feld völlig behaupten. Die Stimmung im Lande ist in überwältigendem Masse gegen sie, und daraus könnte nach dem Kriege eine ernsthafte interne Auseinandersetzung werden. Neben den Isolationisten gibt es zweifellos viele, die eine gesündere, vernünftiger, würdigere Vorstellung von Russlands weltpolitischen Mission haben. Aber dass die fremdenfeindliche Gruppe existiert und dass sie bei den geheimen Beratungen im Kreml eine mächtige Stimme hat, ist völlig klar. Und nicht weniger klar ist, dass sie sich dem Zureden oder den Argumenten verantwortlicher Personen ausserhalb Russlands in keiner Weise zugänglich zeigt.

Solange diese Situation besteht, werden die grossen westlichen Nationen Russland gegenüber in einer misslichen Lage sein. Sie werden niemals sicher sein können, dass nicht ohne ihr Wissen ihnen unbekannt Personen aus völlig ungeklärter Ursache mit irreführenden Informationen oder unvorteilhaften Berichten zu Stalin gehen – mit Informationen, die sie nicht richtigstellen, und Berichten, die sie nicht widerlegen können. Solange das möglich ist – solange es nicht durch grössere Freiheit beim Schliessen von Bekanntschaften und beim Austausch von Meinungen

korrigiert wird, solange bleibt fraglich, ob man selbst die engsten, freundschaftlichsten Beziehungen als solide und verlässlich betrachten darf.

Diejenigen unter den ausländischen Vertretern in Moskau, die guten Willens sind, denen das Verhältnis Russlands zur Welt als eine der grossen Erfahrungen und Hoffnungen der Gegenwart erscheint, werden weiter in geduldiger Mühsal die niemals endenden Verwicklungen zu entwirren suchen, mit denen die auswärtigen Beziehungen Russlands umgeben sind. Der Glaube an die Grösse des russischen Volks und das Bewusstsein, dass die Welt seine Talente braucht, werden sie bei dieser Geduldsprobe trösten. Aber im tiefsten Herzen wissen sie alle: Bevor nicht die Chinesische Mauer des Geistes genauso niedergerissen wird wie vor Kurzem die steinerne Chinesische Mauer des Moskauer Geschäftsbezirks – bevor sich nicht zwischen dem Kreml und seiner Umwelt neue Verbindungswege auftun –, solange gibt es keine Gewähr, dass ihre Anstrengung sich lohnen wird und dass die grossen schöpferischen Fähigkeiten Russlands nicht eines Tages anstatt zur Rettung der westlichen Kultur zu ihrem Untergang führen.

Russland ist heute mehr denn je für den Westen ein Rätsel. Simple amerikanische Gemüter sehen den Grund darin, «dass wir nicht genug darüber wissen». Sie irren. Es ist nicht unser Mangel an Wissen, der uns Russland so rätselhaft macht. Es ist unsere Unfähigkeit, die Wahrheit über Russland zu erkennen, obwohl wir sie vor Augen haben.

Zunächst einmal sind wir unfähig zu begreifen, welche Rolle im russischen Leben der Widerspruch spielt. Angelsächsischem Instinkt entspricht der Versuch, Widersprüche zu glätten, Gegensätzlichkeiten zu versöhnen, so etwas wie einen akzeptablen Mittelweg zur Grundlage des Lebens zu machen. Ein Russe geht lieber mit Extremen um, und er bemüht sich nicht besonders, sie miteinander auszusöhnen. Widersprüche sind ihm vertraut. Sie sind das Wesen Russlands. Ost und West, Pazifik und Atlantik, Arktis und Tropen, extreme Kälte und extreme Hitze, langer Müsiggang und plötzliche Ausbrüche von Energie, Grausamkeit und Freundlichkeit im Übermass, protziger Reichtum und schmutziges Elend, wilder Fremdenhass und unbezähmbares Verlangen nach der Berührung mit fremden Welten, ungeheure Macht und niedrigste Sklaverei, Liebe und Hass zur selben Zeit für dasselbe Objekt: das sind nur einige der Widersprüche, die das Leben des russischen Volkes beherrschen. Ein Russe

stört sich nicht an Widersprüchen. Er hat gelernt, mit ihnen und in ihnen zu existieren. Für ihn sind sie die Würze des Lebens. Er liebt es, sie sich vorzustellen, mit ihnen philosophisch herumzuspielen. Er glaubt sich fähig, mit ihnen umzugehen, sie sich zunutze zu machen. Vielleicht erwartet er sogar, dass sie irgendwann in ferner Zukunft zu einer Synthese führen, die alles übertrifft, was die Welt je gesehen hat. Aber vorläufig genügt es ihm, sich zwischen ihnen zu bewegen – mit demselben Gefühl abenteuerlicher Spannung, das jungen Menschen durch die ersten Widersprüche der Liebe hilft.

Ein amerikanischer Verstand wird Russland nie begreifen, wenn er nicht bereit ist, das Widersprüchliche gelten zu lassen. Er muss es für möglich halten, dass ein Satz richtig sein kann und sein Gegenteil dennoch nicht falsch zu sein braucht. Er muss sich dazu verstehen, zu jeder Vorstellung, die er sich von Russland macht, ihr unentbehrliches und ergänzendes Gegenteil zu suchen und beide nebeneinander zu stellen. Und dann muss er bereit sein, beide als legitim und gültig anzuerkennen. Er muss verstehen lernen, dass das russische Leben in jedem einzelnen Augenblick nicht ein ausgewogenes Ergebnis harmonisch integrierter Elemente ist, sondern ein labiles und sich ständig veränderndes Gleichgewicht aus einer Vielzahl einander bekämpfender Kräfte.

Aber es gibt noch eine zweite, radikalere Umstellung, die ein Amerikaner riskieren muss, um sich das Verständnis des russischen Lebens zu erschliessen. Er wird hinnehmen müssen, dass es, jedenfalls für Russland, keine objektiven Massstäbe für Gutes und Böses gibt. Es gibt sie nicht einmal für Wirkliches und Unwirkliches.

Was das heissen soll? Es soll heissen, dass in Russland nicht ein Gott entscheidet, was Gut und was Böse, was Wirklichkeit und was Unwirklichkeit ist, auch nicht ein Naturgesetz, sondern einfach die Menschen selbst. In diesem Land befinden Menschen über unwahr und wahr.

Der Leser sollte nicht lächeln. Es geht um eine ernsthafte Angelegenheit. Sie ist das Tor zum Verständnis für vieles, das in Russland geheimnisvoll ist. Der Bolschewismus hat der Menschheit ein paar beunruhigende Erkenntnisse über sich selbst vermittelt. Er hat gezeigt, dass nicht das, was existiert, für die Menschen Bedeutung hat, sondern das, von dem sie meinen, dass es existiert. Er hat gezeigt, dass die absolute Kontrolle über den menschlichen Verstand (und damit ist nicht nur gemeint, dass man ihm die eigenen Parolen suggeriert, sondern auch, dass man

alle Parolen Dritter von ihm fernhält) – dass eine solche Kontrolle es ermöglicht, die Menschen alles das glauben und empfinden zu lassen, was man für zweckmässig hält. Dabei macht es keinen Unterschied, ob das Geglaubte nach unsern Begriffen wahr ist. Für die Menschen, die daran glauben, wird es wahr. Es erwirbt den Stempel und alle Überzeugungskraft der Wahrheit. Man kann sich dafür begeistern, dafür kämpfen, dafür sterben – wenn man glaubt, dass es wertvoll sei. Man kann es verabscheuen, sich dagegen auflehnen, es mit barbarischer Grausamkeit bekämpfen – wenn man glaubt, dass es verwerflich sei. Übrigens wird es nicht nur für die wahr, für die es erfunden wurde, sondern auch für die, die es erfunden haben. Das ist eine sehr wichtige Erkenntnis. Die Autosuggestion spielt im sowjetischen Leben eine ungeheure Rolle.

Der voreilige Amerikaner möge nur nicht denken, dass er über diesen Dingen stehe. Wenn er nicht ungewöhnlich stumpfsinnig oder ungewöhnlich widerstandsfähig ist, wird auch er schon bei der ersten Berührung mit der russischen Welt die Wirkung dieser von Menschen erfundenen Kräfte spüren, deren Vorhandensein er aus der Entfernung verächtlich geleugnet hätte. Er wird sie bald für wirklich halten; für wirkliche Drohung, für wirkliche Hoffnung. Er wird sogar recht haben. Aber er wird nicht mehr wissen, was er tut. Er wird nicht Meister, sondern Sklave des Phänomens sein, das er zu begreifen versucht.

Dass derlei gewundene Gedankengänge in unserm Volk je von genügend Menschen nachvollzogen würden, dass man von einem allgemeinen Verständnis der Amerikaner für die Russen sprechen könnte, halte ich für wenig wahrscheinlich. Das würde ein Mass von intellektueller Bescheidenheit erfordern, eine Bereitschaft, uns selbst und unsere Institutionen zu relativieren, die wohl nur wenige von uns aufbringen könnten und wollten. Auf absehbare Zeit werden die Amerikaner darum auch in Zukunft den russischen Irrgarten der Widersprüche und Verwirrung mit Gefühlen durchwandern, die den Gefühlen von Alice im Wunderland gleichen und kaum bessere Ergebnisse haben werden. Sie werden sich in ständigem Wechsel angezogen und abgestossen fühlen, bis sie sich endlich für das eine oder das andere entscheiden oder aber voll Verwirrung und Entsetzen das Feld endgültig räumen.

Aber Entfernung, Eigennutz und gesunder Menschenverstand werden es uns zum Glück wohl auch in Zukunft ermöglichen, die unsichere und mühevollere, aber immerhin friedliche

Koexistenz weiterzuführen, in der wir bisher mit den Russen gelebt haben. Doch das wird nicht etwa einem Verständnis der Dinge unsererseits zuzuschreiben sein. Kräfte jenseits unseres Begriffsvermögens werden unsere Schritte lenken und unser Verhältnis zu Russland gestalten. Man wird viel darüber reden, wie nötig es sei, «Russland zu verstehen»; aber für einen Amerikaner, der gewillt wäre, sich dieser verwirrenden Aufgabe zu widmen, würde kein Platz sein. Das Hineinversetzen in die russische Welt und ihre Wertmassstäbe ist der amerikanischen Mentalität zu beunruhigend und deshalb zuwider. Wer sich damit abgeben wollte, könnte nicht auf die Befriedigung rechnen, für sein Volk etwas Brauchbares geleistet zu haben, und noch weniger darauf, amtliche oder öffentliche Anerkennung zu finden. Er kann nichts Besseres erwarten als das einsame Vergnügen dessen, der endlich einen kalten und ungemütlichen Berggipfel erklommen hat, auf dem wenige vor ihm gestanden haben, auf den ihm wenige folgen können und von dem wenige glauben werden, dass er oben gewesen sei.

B. Russlands internationale Stellung am Ende des Krieges gegen Deutschland (Mai 1945)

Friede und Frühling sind endlich in Russland eingezogen; und der des russischen Kriegs und des russischen Winters gleich überdrüssige Fremde wünscht matt, die kommende politische Jahreszeit möge nicht zu sehr wie der russische Sommer sein: kurz und flüchtig und mit dem doppelten Beigeschmack soeben vergangener und demnächst zu erwartender Unbill.

Von den zwei Ereignissen des Friedens- und des Frühlingsbeginns spürt man in Moskau das zweite bei Weitem mehr. Das blosser Aufhören der Kämpfe bringt wenig äusseren Wandel für ein Volk, das in Krieg und Frieden einunddreissig Jahre ohne Atempause unter Kriegsrecht und kriegsmässigen Umständen gelebt hat. Solange starke alliierte Streitkräfte in Europa stehen, hat Stalin nicht die Absicht, seine Legionen zu entlassen. Selbst wenn die alliierten Armeen abgezogen sind, werden allgemeine politische Erwägungen und die Erfordernisse der Machtkonsolidierung in den neu eroberten Gebieten dazu führen, dass eine grosse Streitmacht beibehalten und alle Anstrengung weiter auf den Ausbau der militärischen Stärke gerichtet wird. Schliesslich ist der Zustand der Mobilisierung ein unverzichtbarer Wesenszug des Polizeistaats. Wir können deshalb davon ausgehen, dass das Leben des russischen Volkes noch auf unbestimmte Zeit hinaus von der Forderung beherrscht werden wird, Waffen zu erzeugen und zu tragen. Und man darf nicht erwarten, dass die äusseren Umstände des russischen Lebens, die nun schon seit mehr als drei Jahrzehnten von diesen Bedingungen geformt werden, sich in Bälde wandeln.

Aber unbeschadet der Äusserlichkeiten muss die Beendigung der Kampfhandlungen Russlands Umwelt doch stark verändern, und deshalb scheint mir der Eintritt des formalen Friedenszustands im Westen ein geeigneter Anlass, die Stellung Russlands in der Welt als Ganzes abzuschätzen; die Stellung, die es nach den Prüfungen des Krieges und der Invasion erreicht hat und von der aus es seinen Weg nehmen muss in eine Zukunft, die so dunkel und ungewiss ist, wie dem russischen Volk je eine beschieden war.

Die grösste Veränderung, die Russlands Weltgeltung durch den

Krieg erfahren hat, beruht nicht auf einer Entwicklung in Russland selbst, sondern auf dem Zerfall der Macht seiner Nachbarn.

Russlands eigenes Gesamtpotential hat sich vermutlich seit 1940 wenig gewandelt. Die Verluste an Arbeitskraft und an Vermögen wurden im Wesentlichen durch neue Heere von Zwangsarbeitern – deutsche Gefangene und die Zivilbevölkerung eroberter Gebiete –, durch strengere Reglementierung der russischen Gesellschaft, durch stärkere Ausbeutung weiblicher Arbeitskraft und durch die Entwicklung neuer Industriegebiete ausgeglichen.

Aber jenseits der russischen Landesgrenzen ist die Macht seiner Konkurrenten zum grössten Teil zerronnen. Wenn der Krieg im Fernen Osten zu Ende ist, wird Russland zum erstenmal in seiner Geschichte ohne einen einzigen ernstzunehmenden Machtrivalen auf dem eurasischen Landblock dastehen. Es wird auch physisch die Kontrolle über weite neue Gebiete dieser Landmasse ausüben; einige davon hatte russische Macht noch nie zuvor erreicht. Diese neuen Gebiete werden (obgleich man ihre Grenzen bewusst undeutlich lässt) vermutlich weit über hundert Millionen Einwohner haben – die meisten davon im europäischen Teil. Das sind Veränderungen von ungeheurer Wichtigkeit für die Entwicklung des russischen Staates.

Es liegt auf der Hand, dass dieser relative Machtzuwachs auch Russlands Verbindlichkeiten entsprechend vergrössern muss. Es ist nunmehr Russland, das vor der Welt zumindest moralisch für die Zufriedenheit und Wohlfahrt der neu erworbenen Völker verantwortlich ist, das für die Entwicklung ihrer Hilfsquellen, die Ordnung ihrer wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse, die Sicherung ihrer militärischen Verteidigung geradzustehen hat. Aber das ist nicht die grösste der neuen Bürden. Die russische Regierung trägt jetzt sich selbst gegenüber die schwere Verantwortung, die eroberten Provinzen im Zustand der Unterwerfung zu halten. Denn es lässt sich kaum bezweifeln, dass viele der betroffenen Völker der russischen Herrschaft mit Unruhe und Widerwillen begegnen werden. Und erfolgreiche Revolten gegen Moskaus Autorität könnten das ganze Gebäude der Sowjetmacht erschüttern.

Die entscheidende Frage angesichts der neuen Weltstellung Russlands ist für Moskau die, ob der Sowjetstaat es schaffen wird, seinen neuen Verantwortlichkeiten gerecht zu werden, seine Herrschaft über die neuen Völker zu festigen und das alles mit der traditionellen politischen Struktur des russischen Volkes in

Einklang zu bringen; mit anderen Worten: seine Eroberungen zu einem Quell der Stärke statt der Schwäche zu machen. Das ist in der Sicht des Kremls das wahre Problem. Hinter Russlands unbeirrbarem Expansionsdrang liegt nichts als das altüberkommene Gefühl der Unsicherheit eines sesshaften Volkes, das auf ungeschützter Ebene in der Nachbarschaft wilder Nomadenvölker haust. Wird dieser Drang, der inzwischen zu einem festen Bestandteil des russischen Charakters geworden ist, zur Grundlage einer erfolgreichen Expansion Russlands in neue Gebiete in Ost und West werden? Und wird man ihn nach anfänglichen Erfolgen rechtzeitig bremsen können? Wird er nicht seinem innersten Wesen nach unaufhaltsam zu einem Kampf um das Ganze führen – um die alleinige Herrschaft an den Küsten des Atlantik und des Pazifik?

Man sollte nicht vergessen, dass Russland schon einmal an dem Versuch scheiterte, im Westen Gebiete jenseits der grossrussischen, bjelorussischen und ukrainischen ethnischen Grenzen zu absorbieren. Beim Studium der Geschichte Russlands wird der Zusammenhang zwischen der Russischen Revolution und der westlichen Expansionspolitik der Zaren im achtzehnten und neunzehnten Jahrhundert zu wenig beachtet. Aus dem Erwerb der baltischen Provinzen durch Peter den Grossen erwachsen anderthalb Jahrhunderte lang keinerlei Schwierigkeiten, dank Peters weiser Zurückhaltung, die die Rechte des eingessenen Adels bestätigte und Sprache, Recht und Sozialstruktur der Provinzen unangetastet liess. Solange man die Prinzipien des achtzehnten Jahrhunderts, Toleranz und gute Manieren, beibehielt, machte anscheinend nicht einmal Polen grössere Schwierigkeiten. Aber im neunzehnten Jahrhundert mit seiner Aufhebung der Leibeigenschaft, seiner Industrialisierung und seinen Russifizierungsversuchen wurden die westlichen Provinzen zum Nährboden des Missmuts, in dem der Teil der russischen Sozialdemokratischen Partei heranwuchs, die Lenin zur Macht verhalf. Was wäre die russische Sozialdemokratie schon gewesen ohne die mächtige Unterstützung des jüdischen «Bundes», der polnischen Sozialisten, der lettischen Proletarierführer? Zusammen mit anderen Minderheitengruppen aus dem Kaukasus stellten sie die grosse Masse der Partei; ohne sie hätte es keine Revolution gegeben. Und ohne die Revolution, ohne den Sturz des Zarentums hätten diese Provinzen ihre Unabhängigkeit nicht gewonnen.

Die westlichen Gebiete hatten sich also, anders ausgedrückt,

für das Zarentum als unverdaulich erwiesen. Die Aufgabe, sie ge­fü­gig zu erhalten, wurde 1917 zu schwer für die rückständigen und bereits durch gesellschaftliche Umschichtungen und die Be­lastungen eines modernen Krieges erschütterten politischen In­stitutionen des Landes. Unter Krämpfen wurden sie ausgespien.

Und sogleich nach diesem Ereignis begann Sowjetrußland sich robuster politischer Gesundheit zu erfreuen. Heimgekehrt unter die Russen, das fügsamste aller Völker, heimgekehrt in die alte Hauptstadt der Moskowiter, die an westliche Eroberungen nicht einmal Erinnerungen hat, heimgekehrt in die komfortablen Westgrenzen des guten Zaren Alexej konnte der Bolschewismus gefahrlos die russischen politischen Überlieferungen des siebzehnten Jahrhunderts wiederaufleben lassen: den uneingeschränkten autokratischen Zentralismus, die byzantinische Schule des politischen Denkens, die selbstgenügsame Absonderung von der westlichen Welt und sogar die mystischen Träume vom «Dritten Rom».

Der Verlust der Westprovinzen war also für den russischen Staat eigentlich eine Wohltat und einer der Umstände, die es dem Kreml ermöglichten, sich mit Erfolg eines in Wahrheit antiquierten Regierungssystems und eines Dogmas voll unrealistischen Wunschdenkens zu bedienen.

In der kurzen Zeitspanne von zwei Dekaden hat der Sowjetstaat inzwischen ein gut Teil der Geschichte des Zarentums der letzten zwei Jahrhunderte nachvollzogen. Stalin durchlebte in den ersten zehn Jahren seiner Herrschaft noch einmal das Zeitalter Peters des Grossen. Bei Kriegsausbruch in Europa genoss er die russische Macht schon im Stil Katharinas II. Bei Kriegsende ähnelte seine Stellung ganz erstaunlich der Alexanders I. am Ende der napoleonischen Ära. Und auch der Schatten Nikolaus' I. ist bereits gegenwärtig in der zunehmenden Schwerfälligkeit und Unbeweglichkeit der russischen Polizeimacht und in einer Reihe von Zielen und Methoden der russischen Politik... Wenn der Vergleich passt, können wir annehmen, dass die Saat neuer Erschütterungen bereits gesät wird, so wie die Saat der Russischen Revolution fast hundert Jahre vor ihrem Ausbruch mit den verurteilten Dekabristen in den Boden kam. Und wenn es mit dem Zeitraffen so weitergeht, müsste Rußland in fünf oder zehn Jahren wieder im Schatten der Wolken innerer Auflösung liegen, die den russischen Himmel zu Anfang dieses Jahrhunderts verdüstert haben.

Wird dieser Prozess abermals durch die Keime sozialer und

politischer Gärung aus den unruhigen eroberten Westprovinzen beschleunigt und zur Reife gebracht werden? Oder ist der Sowjetstaat besser gerüstet als der Zarismus, Völker im Joch zu halten, die anders als die Russen irgendwann in ihrer Geschichte die Recht und Ordnung setzende und doch belebende Berührung Roms verspürten?

Sowjetrußland verfügt als imperialistische Macht über grosse Kraftquellen. Es besitzt jenen leichten Zugang zu den eroberten Gebieten, der nach Gibbon eine der Voraussetzungen des Erfolgs bei der widernatürlichen Aufgabe ist, fremde Völker unterworfen zu halten. Es kann alle Fortschritte nutzen, mit denen die moderne technische Entwicklung den Diktaturen die Ausübung polizeilicher Gewalt erleichtert – ein Umstand, der es während des letzten Krieges den unterworfenen Völkern unmöglich machte, sich gegen die Deutschen aufzulehnen. Sein grösster und wichtigster Kraftquell aber besteht in dem allgemeinen Bankrott der konkurrierenden politischen Richtungen und der weitverbreiteten Verwirrung in den Köpfen der Menge. Seit dem Zusammenbruch der deutschen Macht hat die von Moskau gelenkte Bewegung in diesem Teil Europas keinen an Willenskraft, Initiative, Geschlossenheit, Disziplin und Rücksichtslosigkeit ebenbürtigen Gegner mehr. Eine politische Bewegung aufzuhalten, die in allen diesen Eigenschaften führt, ist schwer.

Gleichwohl hat auch die russische Maschinerie in Ost- und Mitteleuropa ihre Schwächen.

Erstens leidet sie unter den unvermeidbaren Anfälligkeiten jeder Fremdherrschaft. Den Völkern dieser Gebiete sind Marionettenregierungen wohlvertraut. Nach ihren Erfahrungen mit den Deutschen ist es nicht leicht, ihnen da etwas vorzumachen. Moskau würde es begrüßen, wenn diejenigen, die sich seiner Autorität beugen und seine Wünsche an ihre Völker weiterleiten, als unabhängige patriotische Führer dieser Völker auftreten könnten. Aber das bleibt ein frommer Wunsch. Europa hat nicht umsonst fünf Jahre lang Quislinge und Kollaborateure entlarvt; und wer im Dienste eines fremden Staates steht, hat es nicht leicht, seine Tätigkeit geheimzuhalten oder zu maskieren.

Den nichtrussischen Völkern galten die ersten eingeborenen Agenten der Komintern zwar als Verräter, aber als offene und mutige Verräter im Namen eines Glaubens von nicht geringerer Universalität als der der Christenheit selbst; eines Glaubens, der mit gutem Recht behaupten konnte, dass ihm die Interessen aller

Völker, der grossen wie der kleinen, am Herzen lägen. Wer sich heute darauf einlässt, Befehlsempfänger des Kremls zu sein, muss den Verdacht erwecken, ihm seien zunächst und vor allem die Interessen des russischen Volkes wichtig; und ist er Angehöriger einer Nation, die in die Gewalt der Sowjets gefallen ist, so tut er sich schwer damit, zu Hause als Retter des Volkes aufzutreten. Wer glaubt, das Heil seiner Nation hinge von der Unterwerfung unter eine grössere Nation ab, ist möglicherweise ein weitsichtiger Mann. Aber es dürfte ihm nicht leichtfallen, ein populärer Mann zu bleiben.

Die Welle von Chauvinismus und Arroganz, die seit dem Krieg und den russischen Siegen über die sowjetische Armee und Bürokratie hinweggegangen ist, hat das nur noch deutlicher gemacht. Durch sie bekam der russische Imperialismus eine ungenierte Grobschlächtigkeit, die kaum dazu angetan ist, in fremden Gemütern Vertrauen und Sympathie zu wecken. In gewisser Weise dienten die unverfrorenen Fanatiker der Komintern, die in den frühen Tagen der Sowjetmacht die Fackel des revolutionären Sozialismus zu anderen Völkern trugen, der russischen Sache besser als die schwerfälligen Generale und Kommissare, die jetzt in den Hauptstädten Mitteleuropas befehlen und deren Leibesumfang nicht geringer und deren Takt nicht grösser ist als der der zaristischen Satrapen vor hundert Jahren.

Zu alledem kommt noch der betrübliche Umstand, dass die sowjetische Politik in den eroberten Gebieten an konstruktivem Gehalt nicht viel reicher ist als die ihrer Rivalen. An Disziplin und Stosskraft mag sie überlegen sein. Aber es steckt keine grosse Idee dahinter, die bei den verschiedenen Völkern dieses Raumes zünden und sie zu einer politischen Einheit mit gemeinsamem Ziel zusammenschweissen könnte. Der reine Marxismus ist veraltet; und selbst wenn die Macht des Kremls noch von seinem Geiste zehrt (was fraglich ist), so scheuen die Russen doch das Experiment, ihn Osteuropa unverbrämt als politisches Programm vorzusetzen. Andere konstruktive politische Leitsätze aber haben sie nicht anzubieten, und ihre Aufrufe sind bisher nicht eindrucksvoll gewesen.

Auch der Ruf nach drastischen Massnahmen gegen die Kollaborateure der Deutschen ist bestenfalls eine kurzlebige Aushilfe und keine, die unbedingt auf Zutrauen oder Begeisterung stösst. Die Leute merken allzu oft, dass sie von den Russen missbraucht wird, um Personen aus dem Weg zu

schaffen, die ihren politischen Absichten möglicherweise hinderlich sein könnten.

Die Verkündung der Bodenreform ist in einem Agrarland nicht der erste, sondern der letzte Trumpf des Demagogen. Er lässt sich nur einmal ausspielen; und es liegt nun einmal in der menschlichen Natur, dass die erste Begeisterung schnell durch die Erkenntnis der neugeschaffenen Probleme gedämpft wird. Es ist nicht wahrscheinlich, dass die Bodenreform zu der Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion führen wird, die alle Länder Ost- und Mitteleuropas gerade jetzt so nötig hätten. Und sie bringt eine Reihe von Problemen mit sich – Geräte, Unterbringung, Verkehrsmittel, Arbeitsverteilung –, die nach einem langen und zerstörerischen Krieg besonders schwer zu lösen sind. So kann auch diese Idee bestenfalls dazu dienen, so wie schon nach der Russischen Revolution, eine murrende Bauernschaft mit dem revolutionären Machtumschwung in den Grossstädten zu versöhnen. Die Parole «Frieden, Brot und Land» ist, wie die Geschichte des Sowjetregimes lehrt, keineswegs die endgültige Antwort auf die Probleme der Agrarvölker Osteuropas.

Schliesslich ist die Frage berechtigt, ob die Sowjetunion imstande ist, ohne Hilfe der hochentwickelten westlichen Länder den Wiederaufbau und die Neuordnung des Wirtschaftslebens dieser Länder so zu betreiben, dass man von einem Erfolg sprechen könnte. Der «Erfolg» würde hier die Aussöhnung der betreffenden Völker mit der Fortdauer der sowjetischen Herrschaft sein.

Die Sowjetmacht ist von Natur so argwöhnisch, dass sie bereits jetzt dazu übergegangen ist, fast alle Gebiete, in denen sie sich festgesetzt hat, von der Weltwirtschaft abzuschneiden. Das kann nach Lage der Dinge kaum anders sein. Moskaus Macht ist die Macht einer Geheimpolizei, die auf der Ausmerzung aller konkurrierenden Einflüsse und Kontakte fusst. Private Geschäftsverbindungen zwischen diesen Ländern und Ländern ausserhalb der russischen Einflusssphäre würden bei der russischen Polizei lebhaften Verdacht erregen und früher oder später mit Sicherheit Scherereien machen. Handel mit der nichtrussischen Welt über Aussenhandelsmonopole der Marionettenstaaten ist nicht undenkbar und wird wahrscheinlich zu gegebener Zeit kommen. Aber der nicht zu unterdrückende Instinkt Moskaus, sich die Kontrolle über die Wirtschaftsvorgänge als politische Waffe vorzubehalten, wird solche Handelsmonopole nie zu mehr als zu Zweigstellen des Moskauer Hauptmonopols

werden lassen, so dass das betreffende Land praktisch doch ein Teil des russischen Wirtschaftsimperiums bleiben muss.

Nun kann man über die Fähigkeiten sowjetischer Wirtschaftsfunktionäre streiten. Gewiss ist zuzugeben, dass es dem Regime schliesslich und endlich gelungen ist, genügend menschliche Arbeitskraft zusammenzufassen, um eine starke Rüstungsindustrie aufzubauen und zu betreiben, ohne die Prinzipien staatlichen Eigentums und staatlicher Leitung aufzugeben.

Aber die Kosten waren ungeheuerlich. Um dieses Zieles willen wurden mehrere Millionen Menschen verbraucht oder geopfert; der Lebensstandard wurde zwei Jahrzehnte lang erschreckend tief heruntergedrückt; die dörfliche Kleinindustrie, die einstmals bei der Herstellung von Konsumgütern eine so grosse Rolle spielte, ging der Volkswirtschaft fast völlig verloren; den Wohnungsbestand liess man auf einen solchen Tiefpunkt sinken, dass unter den Wohnungen dieses ganzen riesigen Volkes wahrscheinlich keine fünf Prozent mehr sind, die nach normalen westlichen Massstäben nicht sofort abgebrochen werden müssten. Der Viehbestand des Landes litt derart, dass er sich nie mehr erholt hat; und die Bevölkerung wurde in einem Masse herumgestossen, dass Ehe und Familie als Institutionen ernsthaften Schaden nahmen und eine ganze Generation das Gefühl der Sicherheit und das emotionelle Gleichgewicht verlor. Es wäre immer noch zu beweisen, dass die russische Industrie ohne sozialistische Revolution und bei Weiterentwicklung im vorrevolutionären Tempo auf dem Wege der Privatinitiative im Jahre 1940 nicht mindestens denselben Stand erreicht haben würde wie unter dem Sowjetsystem, und zwar zu unvergleichlich geringerem Preis.

Wir haben allen Grund zu der Annahme, dass die Russen in den neu erworbenen Gebieten der Politik weiterhin den Vorrang vor der Wirtschaft geben, koste es was es wolle. Sie werden ohne Zögern die Produktivität ganzer Wirtschaftszweige ruinieren, nur um damit Teile der Bevölkerung, die sich ihrer Macht vielleicht widersetzen könnten, in Hilflosigkeit und Abhängigkeit hinabzudrücken. Das daraus resultierende Absinken des Lebensstandards werden sie als wohlverdiente Strafe für das selbstgefällige Spiessertum der betroffenen Völker ansehen; und deren mangelnde Bereitschaft, sich mit einem ebenso niedrigen Lebensstandard wie die sowjetischen Völker abzufinden, wird ihnen kopfschüttelnden Widerwillen hervorrufen.

Auf der anderen Seite werden sie aus Gründen des Prestiges

und der militärischen Sicherheit danach trachten, gewisse für den Staat besonders brauchbare Industriezweige maximal zu entwickeln; und sie werden nach wirtschaftlichen Knalleffekten suchen, die sich im In- und Ausland in Propaganda ummünzen lassen und an denen man beweisen kann, dass die Sowjetherrschaft wirtschaftlich ein Segen gewesen ist. Man wird die Entwicklung aller mit der Landesverteidigung zusammenhängenden Industrien forcieren. Das wird mit mehr Energie als Verstand geschehen und so undifferenziert, dass es leicht zur Benachteiligung subsidiärer Betriebe und zur Verschlechterung der realen Arbeitsbedingungen führen kann, welches letzterem Phänomen man wiederum mit anspruchsvoll aufgemachten Arbeiterklubs, Lotteriegewinnen, Prämien für Bestleistungen und ähnlichen effekthascherischen Wohltaten zu Leibe gehen wird, die sich publizistisch verwerten lassen. Ganz ähnlich wird man auf dem Lande Gutshäuser in Erholungsheime und Museen umwandeln, einzelne Kollektiv-Musterwirtschaften einrichten, hier und da eine Maschinen- und Traktorenstation schaffen und in der Erntezeit spektakuläre Massen von Getreide anliefern, um blühendes ländliches Leben vorzuspiegeln, während in Wirklichkeit vermutlich die landwirtschaftliche Erzeugung zurückgeht und der Lebensstandard der Landbevölkerung sinkt. Alles in allem wird man ausser bei den Produktionszweigen, die für die innere und äussere Sicherheit des Staates wichtig sind, mehr Wert auf den äusseren politischen Effekt legen als auf den wirklichen ökonomischen Gehalt.

Die Russen sind eine Nation von Theaterregisseuren, und sie sind zutiefst überzeugt, dass die Dinge nicht sind, was sie sind, sondern was sie scheinen.

Auf einen Russen wirken solche Methoden bis zu einem gewissen Grade. Bietet man ihm Brot und Spiele, so ist er dankbar für die Spiele und ergeben, was die Menge und Güte des Brotes betrifft. Er bildet sich nicht ein, gegen den Staat irgendwelche Ansprüche zu haben. Bekommt er unerwartet einen Bonus, so steckt er ihn erfreut, wenn auch leise zweifelnd in die Tasche; und ist weder überrascht noch empört, wenn er ihm wieder weggenommen wird. Und natürlich achtet er sorgfältig darauf, dem Staat mit Worten zu bestätigen, dass er den Eindruck, den er mit seiner Anwendung von Grossmut erwecken wollte, auch wirklich erweckt hat. Auf diese Weise ist das Leben sicherer und weniger aufregend.

Aber ob diese Methoden unter nichtrussischen Völkern weiter

westlich wirken werden, ist eine andere Frage. Sie werden sicherlich nicht so erfolgreich sein; und das wird eines der ernstesten Probleme sein, mit denen sich die Russen auseinandersetzen haben.

Beim Einsatz ökonomischer Waffen für politische Zwecke werden die Russen auf keinen Fall Zugeständnisse machen, wie kostspielig das auch werden mag. Aber da sie es in Fragen der Regierungspolitik mehr als einmal geschafft haben, ihren Kuchen zu essen und doch zu behalten, werden sie nach Mitteln suchen, um in Fragen des Wirtschaftslebens abhängiger Gebiete dasselbe zu erreichen. Hier wird ihr Blick auf die wirtschaftlichen Hilfsquellen des Westens fallen – er ist schon darauf gefallen –, und sie werden hoffen, dass der Westen die aus ihren politischen und sozialen Manipulationen entstandenen wirtschaftlichen Verluste durch gestundete Warenlieferungen und Dienstleistungen ausgleicht.

Zu erwähnen bleibt schliesslich noch die vielleicht grösste Schwierigkeit der Russen bei der Kontrolle ihrer neuerworbenen Gebiete, eine Schwierigkeit, die mit allen obengenannten in engstem Zusammenhang steht. Das ist das Personal- und Arbeitskräfteproblem. Die Länder Finnland, Estland, Lettland, Litauen, Polen, Deutschland bis zur Oder und Neisse, Ruthenien und die Slowakei, Ungarn, Rumänien, Bulgarien und Jugoslawien haben zusammen eine Bevölkerung von rund fünfundsiebenzig Millionen Menschen. Das schliesst weder Böhmen und Mähren noch Österreich ein, wo die Russen offenbar ebenfalls die Absicht haben, erheblichen Einfluss auszuüben. Keines dieser Völker ist russischsprachig, und nur etwa 60 Prozent sprechen slawische Sprachen. Sie zu verwalten und als widerwillige Mitglieder des russischen Sicherheitsbereichs in Zaum zu halten, dürfte mehr Verwaltungs- und Polizeibeamte erfordern, als schon in normalen Zeiten benötigt wurden; und selbst deren Zahl muss in die Millionen gegangen sein.

Hier stehen die Russen vor einem Dilemma. Wenn sie sich sehr stark auf einheimische Funktionäre verlassen, erhebt sich für sie das Risiko der Unbotmässigkeit, der Intrigen und des Verlustes ihrer Kontrolle, sowie sie ihr Militär zurückziehen. Wenn sie es stattdessen mit Russen versuchen, entstehen andere Schwierigkeiten. Erstens haben sie nicht genug Leute, die die Sprachen und Sitten anderer Völker kennen. Wenn sie versuchen, viele von ihnen für längere Zeit im Ausland zu lassen, damit sie diese Sitten und Sprachen lernen und wichtige

Erfahrungen sammeln, dann besteht grosse Gefahr, dass diese Leute durch die Annehmlichkeiten und Versuchungen eines bequemeren Lebens und einer toleranteren Atmosphäre verdorben werden. Sie können versuchen – wie sie es zur Zeit mit ihren Diplomaten im Ausland tun –, das zu vermeiden, indem sie sie in scharf kontrollierten sowjetischen Wohngemeinschaften zusammenfassen und ihnen verbieten, unüberwachte persönliche Kontakte zur einheimischen Bevölkerung herzustellen. Oder sie können sie nur für kürzere Zeit ins Ausland schicken. In keinem Fall ist es für die betreffenden Leute leicht, die gründliche Kenntnis der fremden Sprache und der fremden Mentalität zu erwerben, die sie benötigen würden, um tüchtige Administratoren zu sein. Die Sowjetregierung steht da vor demselben Problem wie alle Linguisten: vor der Unmöglichkeit nämlich, mit einer fremden Sprache und Kultur eng vertraut zu werden, ohne in gewisser Weise in sie einzugehen und einen Teil ihrer Anschauungen zu übernehmen. Für die Sowjetregierung ist diese Tatsache besonders betrüblich. Der durchschnittliche Sowjetbürger, der von Kindesbeinen an von der unbeugsamen und unfehlbaren Propagandamaschinerie des Staates gegängelt wird, besitzt nur eine geringe Unabhängigkeit des Denkens und wenig geistiges Verantwortungsgefühl. Wenn man ihn im Mahlstrom fremder Gedanken und Gefühle sich selber überlässt, kann man sich nicht darauf verlassen, dass Selbststachtung und gesunder Menschenverstand ihn sein Gleichgewicht finden und behalten lassen. Die Lebensanschauung, mit der er ins Ausland geht, ist kein Teil von ihm, sondern ein künstliches Gebäude, das mit den Mitteln moderner Propaganda errichtet worden ist und mit denselben Mitteln auch zerstört oder ersetzt werden kann.

Damit nähern wir uns einer der wichtigsten und am wenigsten bekannten Tatsachen über den derzeitigen Stand der Entwicklung in Sowjetrussland. Das ist der Grad, bis zu dem die Regierung die moralische Herrschaft über die Masse der russischen Bevölkerung verloren hat. Ich spreche davon mit einiger Beklemmung, weil es so leicht zu ernststen Missverständnissen führen kann. Es bedeutet nicht, dass es in Russland gefährliche Unzufriedenheit gäbe. Es bedeutet nicht, dass die Leute nicht willens wären zu tun, was der Kreml von ihnen verlangt. Es bedeutet nicht, dass sie nicht bereit wären, den jeweiligen vom Staat verkündeten Parolen Lippendienst zu erweisen. Endlich bedeutet es nicht, dass nicht viele echten Stolz und echte Begeisterung über die nationalistischen Traditionen und Erwartungen

empfinden, als deren Repräsentant der Kreml jetzt auftritt. Wohl aber bedeutet es, dass das russische Volk sich nicht mehr viele Illusionen über die moralische oder geistige Qualität dessen macht, was dieser Staat vorstellt. Das Feuer des revolutionären Marxismus ist endgültig erloschen. Was noch da ist, genügt, um Patriotismus und nationalistische Gefühle zu wecken, sowohl zu Verteidigungszwecken wie für imperialistische Ausdehnungsbestrebungen. Es erreicht aber nicht den innersten Quell des menschlichen Idealismus, der die Revolution einst speiste, so wie er immerwährend die Religionen speist. Das ganz tiefe Vertrauen, die allergeheimsten Hoffnungen, die himmelstürmende Begeisterung kann der Kreml nicht mehr erwecken. Vor seinen Toren stehen Massen fügsamer Gefolgsleute, aber keine verzückten mehr.

Dieser unauffällige, aber sehr wesentliche Wandel, der für die Zukunft von grösster Bedeutung ist, hätte keinen überraschenderen Ausdruck finden können als die Bekundungen religiösen Gefühls während der letzten Monate. Fündundzwanzig Jahre lang hat die Kommunistische Partei jedes Instrument der Beeinflussung, Ausrichtung und Vereinheitlichung der Volksstimmung monopolisiert. Presse, Rundfunk, das Recht auf öffentliche Versammlungen, Möglichkeiten öffentlicher Bekanntmachung, Transportmittel, zahllose andere technische Hilfsmittel, sogar die Kontrolle über die Jugenderziehung lagen ausschliesslich in den Händen von Partei und Staat.

Die Kirche konnte niemals ausserhalb der wenigen baufälligen Kirchen arbeiten, über die sie noch verfügte, als die antireligiöse Kampagne vorbei war. Und selbst dort hatte sie mit schwersten Hemmnissen zu kämpfen. Sie konnte ihre Gottesdienste nicht öffentlich ankündigen. Sie konnte den Gläubigen keine Transportmittel zur Verfügung stellen, um den Ort des Gottesdienstes zu erreichen. Sie hatte keine Möglichkeit, die Jugend des Landes direkt zu beeinflussen. Es war ihr niemals gestattet, auf die unzähligen Angriffe des Staates gegen sie und seine Versuche zu antworten, ihre moralische Autorität zu zerstören. Sie musste schweigend die Umwandlung vieler Kirchen in antireligiöse Museen dulden. Zu keiner Zeit durfte sie ein Wort zu ihrer Verteidigung sagen.

Dennoch: Wenn heute durch Weitergabe von Mund zu Mund bekannt wird, dass ein wichtiges kirchliches Ereignis bevorsteht, dann drängen sich die Menschen in den Kirchen und sogar in dem ganzen umliegenden Stadtbezirk in einer Atmosphäre

starker Gemütsbewegung. Die Partei kann ihre Mitglieder und sogar die anderen Sowjetbürger zu jeder Zeit und in jeder Zahl zu Demonstrationen jeder Art aufbieten. Sie werden erscheinen, ohne Fragen zu stellen, werden beliebige Banner, die man ihnen in die Hand drückt, tragen und alle ihnen erteilten Befehle ausführen. Aber die Partei kann nicht einmal einen Abglanz jener Ergriffenheit hervorbringen, die auf den Gesichtern der Zehntausende in der letzten Osternacht in Moskau geschrieben stand. Die Partei hat es verstanden, zu behalten, was des Kaisers ist, aber ihr ursprünglich ebenfalls erhobener Anspruch auf das, was Gottes ist, wurde ruhig und entschieden verworfen.

Im Augenblick und auf Jahrzehnte hinaus mag das kaum eine erkennbare praktische Bedeutung haben. Aber es bedeutet eine Möglichkeit, mit der der Staat rechnen muss. Die Quellen des Fanatismus sind für die staatliche Kontrolle unauffindbar geworden. Solange die Kirche auf harmlose Tätigkeiten beschränkt bleibt, und solange keine andere Macht die Möglichkeit erhält, diesen innersten Quell des menschlichen Handelns anzu-rühren, besteht keine Gefahr. Würde er aber jemals von einem äusseren Einfluss erreicht und zum Sprudeln gebracht, dann wäre die Gefahr für das Regime unabsehbar. Und das verstärkt noch die Notwendigkeit, die sowjetische Bevölkerung gegen ausländische Kontakte abzuschirmen. Und es macht das Problem der Kontrolle der nichtrussischen Völker heikler denn je.

Alles in allem lässt sich erkennen, dass es Russland nicht leichtfallen wird, seine Macht über andere Völker in Ost- und Mitteleuropa zu bewahren, wenn es nicht moralische und materielle Hilfe vom Westen erhält. Die russische Politik der nächsten Zeit muss deshalb darauf aus sein, die westlichen Nationen und insbesondere die Vereinigten Staaten zu überreden, 1. der russischen Herrschaft über diesen Raum ihren Segen zu geben, indem sie die russischen Marionettenstaaten als unabhängige Länder anerkennen und behandeln und dadurch die Sowjets bei der Aufrechterhaltung der Fiktion von der Regierungsform dieser Länder unterstützen, und 2. Russland die umfangreiche materielle Hilfe zu gewähren, die es den Sowjets ermöglichen würde, die aus ihrem kostspieligen und kompromisslosen politischen Programm erwachsenen ökonomischen Schäden auszugleichen und von sich zu behaupten, sie hätten den betreffenden Völkern nicht nur politischen, sondern auch ökonomischen Fortschritt gebracht.

Wem die Hoffnung des Kremls auf Unterstützung durch

demokratische Völker im Kampf um westlichen demokratischen Idealen so konträre Ziele auf den ersten Blick merkwürdig scheint, der sollte bedenken, dass die Russen alle Meinungsströmungen im Westen prüfen wie der Matrose den Wind. Sie sind überzeugt davon, dass sie, wenn auch vielleicht nicht direkt gegen den Wind segeln, sich doch wenigstens seiner Kraft bedienen können, um gegen die Hauptwindrichtung zu kreuzen. Sie würden es nicht für unmöglich halten, die westliche Begeisterung für Demokratie und nationale Unabhängigkeit zur Förderung der Ziele des Autoritarismus und der internationalen Knechtschaft zu benutzen. Sie wissen, dass – um es klassisch auszudrücken – «die Menschheit von Namen regiert wird», und haben keinerlei Hemmungen, sich jede beliebige Parole zu eigen zu machen, von der sie merken, dass sie auf die wirkt, die sie ansprechen möchten.

Im besonderen Fall der Vereinigten Staaten zählt der Kreml ausserdem auf gewisse psychologische Faktoren, von denen er weiss, dass sie stark zu Russlands Gunsten arbeiten. Er weiss, dass man das amerikanische Publikum gelehrt hat zu glauben:

- a) dass eine Zusammenarbeit mit Russland gemäss unseren Vorstellungen durchaus möglich sei;
- b) dass sie allein davon abhängen, entsprechend herzliche und vertrauensvolle persönliche Beziehungen zu den russischen Führern zu entwickeln; und
- c) dass, wenn die Vereinigten Staaten nicht Mittel und Wege zur Sicherung dieser Zusammenarbeit (wieder wie wir sie uns vorstellen) fänden, der letzte Krieg umsonst gewesen, ein neuer Krieg unvermeidlich und die Zivilisation vom Untergang bedroht sei.

Der Kreml weiss, dass keine dieser Behauptungen stimmt. Er weiss, dass es der Sowjetregierung infolge ihrer besonderen Machtstruktur gar nicht möglich ist, mit anderen Regierungen auf die Art und Weise zusammenzuarbeiten, die Amerikanern vorschwebt, wenn sie von Kollaboration sprechen. Er weiss, dass die sowjetische Geheimpolizei nicht die Absicht hat, persönliche Kontakte zwischen den beiden Völkern auch nur annähernd in dem Umfang zuzulassen, der notwendig wäre, um eine breite Basis persönlichen Vertrauens zu schaffen. Er weiss, dass in elf Jahren diplomatischer Beziehungen zwischen beiden Ländern es in mindestens neunundneunzig von hundert Fällen die amerikanische Regierung gewesen ist, die sich zu dem Versuch aufgerafft hat, ein Klima des Zutrauens und der Herzlichkeit

herzustellen; dass diese Versuche fast ausnahmslos mit Argwohn, Unhöflichkeit und Zurückweisung quittiert worden sind; und dass das auch in Zukunft nicht anders sein wird und sein kann. Er weiss zudem, dass das enge Miteinander, nach dem die Amerikaner sich sehnen, für den Bestand des Weltfriedens keineswegs notwendig ist. Als eine mit den Realitäten der Macht bestens vertraute Institution weiss er, dass für die Sicherung der Stabilität auf Jahrzehnte hinaus nichts weiter erforderlich ist als die Erhaltung eines echten Gleichgewichts der Kräfte unter den derzeitigen Grossmächten und ein klarer Begriff davon, welche Interessen für den anderen lebenswichtig sind.

Aber es ist nicht Sache der Sowjetregierung, das amerikanische Publikum von Vorurteilen zu befreien, die ihr die Sache so sehr erleichtern. Es kann Moskau nur recht sein, wenn die Amerikaner Illusionen hätscheln und um dieser Illusionen willen ihre Regierung unter Druck setzen, damit sie das Unmögliche möglich macht und bei der Jagd nach der schlüpfrigen Gunst der Sowjets immer noch einen Schritt zulegt. Mit Genugtuung beobachten sie, dass man einem grossen Volk auf diese Weise wie einem ewig hoffenden Freier eine Gefälligkeit nach der anderen entlocken kann, ohne ihm jemals die Erfüllung zu gewähren, die seine Sehnsucht stillen und seinen Eifer dämpfen würde. Solange er dem Grossteil des amerikanischen Publikums seine Vorurteile erhalten kann, wird der Kreml die Hoffnung nicht aufgeben, die westlichen Demokratien zu seinem stärksten und wichtigsten Werkzeug für die Aufrichtung der sowjetischen Vormacht in Ost- und Mitteleuropa zu machen.

Diese Hoffnung ist es, die das Verhalten der Russen in allen Fragen internationaler Sicherheit bestimmt. Russland erwartet von einer internationalen Sicherheitsorganisation wirksamen Schutz für die russische Herrschaft in seinem Ring von Marionettenstaaten. Es verspricht sich von ihr die automatische Beistandsleistung der westlichen Demokratien gegen alle Kräfte, die die Befreiung der betreffenden Völker ins Werk setzen könnten. Zusätzlich erwartet es alsbaldigen Lohn für die Grosszügigkeit, mit der es sich zum Beitritt zu einer solchen Organisation überhaupt herablässt, in Gestalt von Krediten und Wirtschaftshilfe.

Ohne Zweifel gibt es in den oberen Rängen der sowjetischen Regierungskaste verständige Leute, die den Widersinn dieses Programms und die Möglichkeit erkennen, dass es versagen könnte. Aber anscheinend sind sie im Rat des Staates noch in

der Minderheit. Und warum sollte es anders sein? Die anderen können sie immer mit dem Hinweis auf die von den westlichen Alliierten bisher gezeigte ausserordentliche Geduld und Sanftmut niederreden. Sie können darauf verweisen, dass es keinen noch so willkürlichen russischen Gewaltakt gibt, der nicht bei einem erheblichen Teil der amerikanischen und britischen Presse ein zustimmendes Echo oder zumindest den Versuch einer Rechtfertigung ausgelöst hätte. Sie können auf den unerschütterlichen Glauben der Angelsachsen an den Wert persönlicher Begegnungen hinweisen und können argumentieren, dass Russland beim Ausprobieren dieser Politik ja nichts zu verlieren habe, da man, falls es einmal brenzlich werde, bloss einem neuerlichen Treffen mit den Führern des Westens zuzustimmen brauche, um von vorne anfangen zu können und das Vergangene vergessen sein zu lassen. Und sie können immer wieder darauf hinweisen, dass «mit den Russen auskommen» in beiden angelsächsischen Ländern politisches Kapital erster Güte ist und dass englische oder amerikanische Politiker keine halbwegs passende Gelegenheit versäumen dürfen, um von sich zu behaupten, es sei ihnen gelungen, das Vertrauen der Russen zu erringen und sie zu einem massvolleren Verhalten zu bewegen. Mit anderen Worten: Die Russen gehen davon aus, dass die angelsächsische öffentliche Meinung notfalls schon durch eine einzige grosszügige Geste oder auch nur ein paar verheissungsvolle Worte zu besänftigen ist und dass man sich bei jeder Beschwichtigungsaktion auf die freudige Unterstützung der westlichen Staatsmänner verlassen kann.

Solange führende Ratgeber Stalins diese Argumente benutzen und zum Beweis für deren Richtigkeit auf eine lückenlose Serie von Erfolgen verweisen können, solange wird die sowjetische Regierung weiter nach der Theorie verfahren, dass gegenüber den Westmächten kein Ding unmöglich ist und dass auch die Versöhnung des Westens mit Russlands politischem Expansionsprogramm in Europa, ja selbst das Ersuchen um seine Hilfe bei der Erfüllung dieses Programms kaum auf unüberwindliche Schwierigkeiten stossen dürfte.

Vor dem eigenen Volk ist die Sowjetregierung hinsichtlich der westlichen Alliierten nicht festgelegt. In ihrer unaufhörlichen Pressekampagne gegen reaktionäre Elemente und «Überreste des Faschismus» im Ausland hat sie sich mit Bedacht ein Schlupfloch geschaffen, durch das sie sich jederzeit auf eine Position trotziger Isolierung zurückziehen kann. Infolge des

Systems von Marionettenregierungen, durch die sie Ost- und Mitteleuropa beherrscht, kann sie stets ihre vordersten politischen Kampflinien zurücknehmen, ohne ihrem Prestige zu schaden.

Sollte die westliche Welt wider Erwarten die politische Mannhaftigkeit aufbringen, Russland die moralische und materielle Hilfe bei der Konsolidierung seiner Macht in Ost- und Mitteleuropa zu versagen, dann würde es vermutlich auf die Dauer nicht das *ganze* Gebiet, das es sich heute abgesteckt hat, im Griff behalten können. In diesem Falle müssten die Markierungen *wenigstens teilweise* zurückgenommen werden.

Aber wenn das geschähe, dann würde die Sowjetmacht in den westlichen Ländern und allgemein in der Welt ihr Störpotential voll einsetzen. Zwar müsste sie einige Gebiete, die jetzt in ihrer Gewalt sind, aufgeben; aber sie würde in Trotzki's einprägsamer Formulierung «die Tür zuknallen, dass ganz Europa wackelt». Bei diesem Zähnblicken würden kommunistische Parteien und kommunistische Claqueure den westlichen Demokratien jede nur denkbare Schwierigkeit bereiten; und die Welt hätte Ursache, sich an Molotows Warnung in San Francisco zu erinnern, dass, wenn die Konferenz Russland nicht Frieden und Sicherheit zu seinen eigenen Bedingungen verschaffe, es sie andernorts suchen und finden werde.

Wenn jedoch der Westen angesichts einer solchen Demonstration des Übelwollens fest bliebe, wenn die Demokratien sich fähig zeigten, auch die übelsten Provokationen geschulter und gewissenloser, den politischen Interessen der Sowjetunion verschriebener Minderheiten gelassen durchzustehen, dann hätte Moskau seine allerletzte Karte verspielt. Andere Möglichkeiten, die westliche Welt anzugreifen, hätte es nicht. Weitere militärische Vorstösse nach Westen würden nur die Verbindlichkeiten noch vergrössern, denen die Russen schon jetzt nicht mehr nachkommen können. Moskau besitzt weder eine Marine noch eine Luftwaffe, die instande wäre, die See- und Luftwege der Erde zu bedrohen.

Aber in Moskau glaubt niemand, dass die westliche Welt fest bleiben kann, wenn der böse Wolf des sowjetischen Missvergnügens in voller Lebensgrösse vor der Haustür steht und die Bewohner zu zerreißen droht. Und auf diesem Unglauben ruht die sowjetische Weltpolitik.

C. Auszüge aus dem Drahtbericht aus Moskau vom 22. Februar 1946

Angesichts der jüngsten Ereignisse werden die folgenden Anmerkungen für das Ministerium von Interesse sein:

I. Grundzüge sowjetischen Verhaltens seit Kriegsende (wie aus der offiziellen Propaganda zu entnehmen)

a. Die UdSSR lebt immer noch inmitten feindseliger «Kapitalistischer Einkreisung», mit der es auf die Dauer keine friedliche Koexistenz geben kann. Wie Stalin 1927 vor einer Delegation amerikanischer Arbeiter erklärte:

«Im weiteren Verlauf der internationalen Revolution werden zwei Zentren von weltweiter Bedeutung entstehen: ein sozialistisches Zentrum, das die zum Sozialismus neigenden Länder an sich zieht, und ein kapitalistisches Zentrum, das die zum Kapitalismus neigenden Länder an sich zieht. Im Kampf dieser beiden Zentren um die Beherrschung der Weltwirtschaft wird das Schicksal des Kapitalismus und des Kommunismus in der ganzen Welt entschieden.»

b. Die kapitalistische Welt ist voll innerer Konflikte, die im Wesen des Kapitalismus liegen. Diese Konflikte sind durch friedlichen Ausgleich nicht lösbar. Der grösste von ihnen ist der zwischen England und den US.

c. Die inneren Konflikte des Kapitalismus führen unvermeidlich zu Kriegen. Solche Kriege können von zweierlei Art sein: innerkapitalistische Kriege zwischen zwei kapitalistischen Staaten und Interventionskriege gegen die sozialistische Welt. Schlaue Kapitalisten neigen bei ihrem vergeblichen Bemühen um einen Ausweg aus den inneren Konflikten des Kapitalismus zu letzteren.

d. Intervention gegen die UdSSR würde zwar für ihre Urheber verhängnisvoll sein, würde aber Fortschritte des sowjetischen Sozialismus erneut verzögern und muss deshalb um jeden Preis verhindert werden.

e. Konflikte zwischen kapitalistischen Staaten bergen zwar ebenfalls Gefahren für die UdSSR, bieten jedoch der Sache des Sozialismus auch grosse Chancen, besonders wenn die UdSSR militärisch mächtig, ideologisch ungespalten und ihrer jetzigen genialen Führung ergeben bleibt.

f. Es darf nicht übersehen werden, dass die kapitalistische Welt nicht durch und durch schlecht ist. Abgesehen von den hoffnungslos reaktionären und bourgeoisen Elementen enthält sie

- 1.** bestimmte wirklich aufgeklärte und positive Elemente, die in annehmbaren kommunistischen Parteien vereint sind, und
- 2.** gewisse andere Elemente (zur Zeit aus taktischen Gründen fortschrittlich oder demokratisch genannt), deren Reaktionen, Hoffnungen und Betätigungen die Interessen der UdSSR «objektiv» unterstützen. Letztere müssen ermutigt und für sowjetische Zwecke benutzt werden.

g. Unter den negativen Elementen der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft sind die gefährlichsten die, die Lenin die falschen Freunde des Volkes nannte, nämlich gemässigt-sozialistische oder sozialdemokratische Führer (in anderen Worten, die nichtkommunistische Linke). Sie sind gefährlicher als die Erzreaktionäre, denn diese segeln wenigstens unter der eigenen Flagge, während gemässigte Führer der Linken das Volk verwirren, indem sie sich der Instrumente des Sozialismus zur Förderung der Interessen des reaktionären Kapitals bedienen.

Soweit die Voraussetzungen. Welche Folgerungen ergeben sich daraus für die sowjetische Politik? Die folgenden:

a. Es muss alles getan werden, um die relative Stärke der UdSSR in der internationalen Gesellschaft zu vergrössern. Umgekehrt darf keine Gelegenheit versäumt werden, die Stärke und den Einfluss der kapitalistischen Mächte einzeln oder in ihrer Gesamtheit zu verringern.

b. Die Bemühungen der Sowjetunion und ihrer Freunde im Ausland müssen sich darauf ausrichten, Meinungsverschiedenheiten und Konflikte zwischen kapitalistischen Mächten zu verschärfen und auszubeuten. Wenn sie sich irgendwann zu einem «imperialistischen» Krieg ausweiten, muss dieser Krieg

in den verschiedenen kapitalistischen Ländern in revolutionäre Erhebungen umgewandelt werden.

c. «Demokratisch-fortschrittliche» Elemente im Ausland sind zu benutzen, um auf kapitalistische Regierungen in Richtung der sowjetischen Interessen Druck auszuüben.

d. Sozialistische und sozialdemokratische Führer im Ausland müssen rücksichtslos bekämpft werden.

II. Voraussetzungen für dieses Verhalten

Bevor ich der Linie der Partei in ihre vielen Verästelungen folge, seien einige Teilaspekte der Aufmerksamkeit empfohlen:

Erstens stimmt die Linie der Partei mit der natürlichen Haltung des russischen Volkes nicht überein. Russen sind im Allgemeinen der Aussenwelt freundlich gesonnen; begierig, sie zu erleben; begierig, die eigenen Talente, deren sie sich bewusst sind, an ihr zu messen. Vor allem aber wünschen sie in Frieden zu leben und die Früchte der eigenen Arbeit zu geniessen. Die Parteilinie vertritt Thesen, und die offiziellen Propagandawerkzeuge setzen sie mit grossem Geschick und Beharrlichkeit einem Publikum vor, das sich im innersten Kern oft als bemerkenswert widerstandsfähig erweist. Aber die Parteilinie ist für Zielsetzung und Verhalten von Volk und Regierung bindend – und nur damit haben wir es zu tun.

Zweitens muss festgehalten werden, dass die Voraussetzungen, von denen die Linie der Partei ausgeht, in den meisten Fällen einfach nicht wahr sind. Die Erfahrung hat gezeigt, dass friedliche und für beide Seiten vorteilhafte Koexistenz kapitalistischer und sozialistischer Staaten durchaus möglich ist. Die elementaren inneren Konflikte in hochentwickelten Ländern entstehen heute nicht in erster Linie aus kapitalistischen Besitzrechten an den Produktionsmitteln, sondern aus der fortgeschrittenen Verstädterung und Industrialisierung, und Russland ist bisher nicht wegen seines Sozialismus, sondern nur wegen seiner Rückständigkeit davon verschont geblieben. Heute, nach der Ausschaltung Deutschlands und Japans und dem abschreckenden Beispiel des letzten Krieges, von der Gefahr einer Intervention gegen die UdSSR zu sprechen, ist offenbarer Unsinn. Wenn man sie nicht durch Unduldsamkeit und Wühlarbeit reizt, ist die «kapitalistische» Welt von heute durchaus in der Lage, mit sich und mit Russland in Frieden zu

leben. Und schliesslich gibt es für normale Menschen keinen Anlass, an der Aufrichtigkeit der gemässigten Sozialisten in den westlichen Ländern zu zweifeln. Ebensovienig wäre es anständig, den Erfolg zu leugnen, den ihre Bemühungen um die Besserstellung der Arbeiter überall dort hatten, wo man ihnen wie etwa in Skandinavien Gelegenheit gab, ihr Können zu zeigen.

Die Irrigkeit dieser Voraussetzungen, die samt und sonders aus der Vorkriegszeit stammen, wurde durch den Krieg selbst sattsam demonstriert. Die anglo-amerikanischen Differenzen erwiesen sich nicht als die wesentlichen Differenzen der westlichen Welt. Die kapitalistischen Länder, mit Ausnahme der Achsenmächte, zeigten keine Neigung, ihre inneren Differenzen durch Teilnahme an einem Kreuzzug gegen die UdSSR zu bereinigen. Und statt dass der imperialistische Krieg sich in Bürgerkriege und Revolutionen auflöste, sah die UdSSR sich genötigt, Seite an Seite mit den kapitalistischen Mächten für ein zugegebenermassen gemeinsames Ziel zu kämpfen. Trotzdem werden alle diese Themen, wie grundlos und widerlegt sie auch seien, heute erneut munter vorgetragen. Worauf deutet das? Es deutet darauf, dass die sowjetische Parteilinie sich nicht auf irgendeine objektive Analyse der Lage jenseits der russischen Grenzen stützt; dass sie tatsächlich mit den Verhältnissen ausserhalb Russlands wenig zu tun hat; dass sie sich vielmehr im Grossen und Ganzen aus elementaren innerrussischen Notwendigkeiten ergibt, die vor dem letzten Krieg bestanden und auch heute bestehen.

Die neurotische Betrachtungsweise der Welthandel durch den Kreml geht zurück auf das traditionelle und instinktive russische Gefühl der Unsicherheit. Ursprünglich war es die Unsicherheit eines friedlichen Agrarvolkes, das versuchte, auf einer weiten ungeschützten Ebene in der Nachbarschaft wilder Nomadenvölker zu leben. Als Russland mit dem wirtschaftlich fortgeschrittenen Westen in Berührung kam, trat die Furcht vor den tüchtigeren, mächtigeren, besser organisierten Gemeinschaften jener Gebiete hinzu. Aber das war eine Art von Unsicherheit, die die russischen Herrscher stärker befiel' als das russische Volk; denn die russischen Herrscher wussten im Grunde alle, dass ihre Herrschaft der Form nach veraltet und in ihrer psychologischen Begründung schwach und künstlich war, so dass sie den Vergleich mit den politischen Systemen westlicher Länder nicht aushalten konnte. Aus diesem Grunde haben sie immer vor

fremder Durchdringung Furcht gehabt; Furcht gehabt vor direktem Kontakt der westlichen Welt mit ihrer eigenen; Furcht gehabt, was passieren würde, wenn die Russen die Wahrheit über die Welt draussen oder die Ausländer über die Welt drinnen erfahren. Und sie sind darauf verfallen, ihre Sicherheit nur im geduldigen, aber tödlichen Ringen um die totale Zerstörung des Nebenbuhlers zu suchen, niemals in Pakten oder Kompromissen.

Es war kein Zufall, dass der Marxismus, der in Westeuropa ein halbes Jahrhundert wirkungslos geschwelt hatte, zuerst in Russland aufloderte. Nur in diesem Land, das niemals einen freundlichen Nachbarn gekannt hatte oder überhaupt irgendein Gleichgewicht verschiedener einander tolerierender nationaler oder internationaler Kräfte, konnte eine Doktrin gedeihen, die ökonomische Probleme der Gesellschaft als auf friedliche Weise unlösbar bezeichnet.

Nach Errichtung der bolschewistischen Herrschaft wurde das in der Leninschen Interpretation noch grausamer und unduldsamer gewordene marxistische Dogma ein perfektes Gegenmittel gegen das Gefühl der Unsicherheit, von dem die Bolschewisten noch stärker befallen waren als ihre Vorgänger. Dieses Dogma mit seiner ursprünglich altruistischen Zielsetzung lieferte ihnen die Rechtfertigung ihrer instinktiven Furcht vor der Aussenwelt; der Diktatur, ohne die sie nicht zu reagieren verstanden; der Grausamkeiten, die sie nicht wagten, nicht zu begehnen; der Opfer, die zu verlangen sie sich verpflichtet fühlten. Im Namen des Marxismus opferten sie ihren Methoden und ihrer Taktik alle ethischen Werte. Heute können sie ohne ihn nicht auskommen. Er ist für sie das Feigenblatt moralischer und geistiger Wohlanständigkeit. Ohne ihn würden sie, vor der Geschichte bestenfalls die jüngsten in der langen Kette grausamer und verschwenderischer russischer Machthaber sein, die ihr Land erbarmungslos zu immer neuen militärischen Anstrengungen trieben, um ihrem innerlich schwachen Regime äussere Sicherheit zu garantieren. Das ist der Grund, weshalb die Absichten der Sowjets immer feierlich marxistisch verbrämt werden, und deshalb sollte keiner die Wichtigkeit des Dogmas in sowjetischen Angelegenheiten unterschätzen.

Die Erfordernisse ihrer eigenen vergangenen und gegenwärtigen Position sind es, die die sowjetische Führung dazu zwingen, ein Dogma zu verkünden, nach dem die Aussenwelt böse, feindselig und drohend, aber zugleich von einer schleichenden Krankheit befallen und dazu verurteilt ist, von immer stärker

werdenden inneren Krämpfen zerrissen zu werden, bis sie schliesslich von der erstarkenden Macht des Sozialismus den Gnadenstoss erhält und einer neuen und besseren Welt weicht. Diese These liefert den Vorwand für das Anwachsen von Militär und Polizei im russischen Staat, für die Isolierung der russischen Bevölkerung von der Aussenwelt und für die ständigen Versuche, die russische Polizeigewalt noch mehr auszuweiten, alles Dinge, die seit je den natürlichen Instinkten russischer Herrscher entsprechen. Im Grunde zeigten sie nichts weiter als das stetige Fortschreiten des ruhelosen russischen Nationalismus, einer jahrhundertealten Bewegung, in der offensive und defensive Vorstellungen unentwirrbar verflochten sind. Aber in dem neuen Gewand des internationalen Marxismus mit seinen glattzüngigen Versprechungen an eine verzweifelte und von Kriegen zerrüttete Aussenwelt ist er gefährlicher denn je.

Das Gesagte bedeutet nicht notwendigerweise, dass jeder linientreue Anhänger der sowjetischen Kommunistischen Partei unredlich oder unaufrichtig sei. Es sind viele darunter, die zu unwissend und geistig zu abhängig sind, um der Selbsthypnose zu entgehen, und es ist für sie nicht schwierig, sich glauben zu machen, was zu glauben so beruhigend und bequem ist. Auch gibt es immer noch das ungelöste Rätsel, wer – wenn überhaupt jemand – in diesem grossen Lande wirklich genaue und unvoreingenommene Informationen über die Aussenwelt erhält. Bei der orientalischen Atmosphäre von Verschwörung und Geheimnistuerei, in der diese Regierung atmet, gibt es unendliche Möglichkeiten, Informationen zu verfälschen oder zu vergiften. Gerade die Verachtung der objektiven Wahrheit, die Weigerung zu glauben, dass es so etwas gibt, verführt die Russen, alle Tatsachenbehauptungen als Instrumente zur Durchsetzung dieses oder jenes Hintergedankens zu werten. Es gibt gute Gründe für die Vermutung, dass diese Regierung tatsächlich eine Verschwörung innerhalb einer Verschwörung ist, und es fällt schwer zu glauben, dass selbst Stalin ein annähernd objektives Bild der Aussenwelt erhält. Da gibt es reichlich Spielraum für die Art von subtilen Intrigen, in denen die Russen unerreichbar sind. Die Unmöglichkeit für fremde Regierungen, ihre Sache direkt vor den massgeblichen russischen Staatsmännern zu vertreten – das Mass, in dem sie bei ihren Verhandlungen mit Russland auf das Wohlwollen obskurer und unbekannter Ratgeber angewiesen sind, die sie niemals sehen und nicht beeinflussen können –, das sind höchst beunruhigende Eigenheiten des

diplomatischen Geschäfts in Moskau, und es wäre gut, wenn der Westen sich dessen bewusst bliebe, damit er verstehen lernt, warum man hierzulande solchen Schwierigkeiten begegnet.

III. Auswirkung der sowjetischen Betrachtungsweise auf die amtliche Politik

Auf die Untersuchung von Inhalt und Hintergründen des sowjetischen Programms folgt die Frage: Was ist von seiner Durchführung in der Praxis zu erwarten?

Die sowjetische Politik wird auf zwei Ebenen gemacht: 1. auf der amtlichen Ebene, die sich in offiziell namens der sowjetischen Regierung vorgenommenen Handlungen niederschlägt; und 2. der unterirdischen Ebene, wo sich Agenten betätigen, für die die sowjetische Regierung die Verantwortung von sich weist.

Die Politik beider Ebenen ist dazu bestimmt, den unter 1. a-d skizzierten Zielen zu dienen. Auf verschiedenen Ebenen durchgeführte Aktionen werden sich erheblich voneinander unterscheiden, aber in Zielrichtung, Zeitplanung und Wirkung einander ergänzen.

Auf amtlicher Ebene müssen wir erwarten:

a. Eine Innenpolitik, bestimmt, auf jede Weise die Stärke und das Prestige des Sowjetstaates zu vermehren; intensive Industrialisierung unter militärischen Aspekten; maximale Entwicklung der Streitkräfte; grosse Schaustellungen mit dem Zweck, Aussenstehende zu beeindrucken; fortgesetzte Geheimniskrämerei in inneren Angelegenheiten, um Schwächen zu verbergen und Gegner im Unklaren zu lassen.

b. Wo es angezeigt und erfolgversprechend scheint, wird man versuchen, die äusseren Grenzen der Sowjetmacht zu erweitern. Im Augenblick beschränken diese Bemühungen sich auf gewisse Punkte in der Nachbarschaft, die man hier für strategisch notwendig hält, z.B. Nordpersien, die Türkei, möglicherweise Bornholm. Indessen können jederzeit andere Gegenden aktuell werden, wenn und sobald die sowjetische politische Einflussnahme sich im verborgenen Neuland erschlossen hat. So könnte eine «befreundete» persische Regierung gebeten werden, Russland einen Hafen am Persischen Golf zu gewähren. Sollte Spanien unter kommunistische Kontrolle geraten, könnte sich

die Frage nach einem sowjetischen Stützpunkt an der Enge von Gibraltar erheben. Aber solche Ansprüche werden auf amtlicher Ebene nur gestellt werden, wenn die inoffizielle Vorbereitung abgeschlossen ist.

c. Die Russen werden sich offiziell an solchen internationalen Organisationen beteiligen, die ihnen Gelegenheit geben, sowjetische Macht auszuweiten und die Macht der anderen auszuschalten oder zu verwässern. Moskau sieht die UNO nicht als einen Mechanismus für eine stabile Weltgemeinschaft, die auf gemeinsamen Zielen und Interessen aller Nationen aufgebaut ist, sondern als eine Arena, in der man die eigenen Ziele mit Aussicht auf Gewinn verfolgen kann. Solange man die UNO hier für diese Zwecke brauchbar findet, werden die Sowjets Mitglied bleiben. Aber wenn sie zu irgendeiner Zeit feststellen sollten, sie erschwere oder vereitele die Verwirklichung ihrer machtpolitischen Expansion, und wenn sie anderswo bessere Aussichten zur Verfolgung dieser Ziele entdecken, dann werden sie nicht zögern, die UNO aufzugeben. Das würde jedoch voraussetzen, dass sie sich stark genug fühlen, die Einheit der anderen Nationen durch ihren Austritt zu spalten, die durch die UNO verkörperte Bedrohung ihrer Ziele oder ihrer Sicherheit auszuschalten und eine andere, von ihrem Standpunkt aus wirksamere internationale Waffe an deren Stelle zu setzen. Die sowjetische Haltung gegenüber der UNO wird also weitgehend davon abhängen, wie loyal andere Nationen zu ihr stehen und wie entschieden und geschlossen diese Nationen die friedliche und hoffnungsvolle Konzeption internationalen Zusammenlebens verteidigen, die in dieser Organisation unserer Ansicht nach zum Ausdruck kommt. Moskau kennt, ich wiederhole, keine abstrakte Treue zu UNO-Idealen. Seine Haltung gegenüber dieser Organisation wird im Wesentlichen pragmatisch und taktisch bleiben.

d. Gegenüber Kolonialgebieten und rückständigen oder abhängigen Völkern wird die sowjetische Politik sogar auf amtlicher Ebene das Ziel verfolgen, Macht, Einfluss und Kontakte der hochentwickelten westlichen Nationen zu schwächen, und zwar unter dem Gesichtspunkt, dass bei einem Erfolg dieser Politik ein Vakuum entstünde, das sowjetisch-kommunistisches Eindringen erleichtern müsste. Das sowjetische Drängen auf Beteiligung an Treuhänderschaften bedeutet somit eher, dass man nach einer Position sucht, von der aus die Ausübung west-

lichen Einflusses sich komplizieren oder verhindern lässt, als dass man grösseren Spielraum für die eigene Machtentfaltung braucht. Das letztere Motiv fehlt zwar nicht, aber die Sowjets betreiben solche Dinge lieber auf anderen Wegen als über offizielle Treuhänderschaften. Wir dürfen also erwarten, dass die Sowjets überall Zugang zu Treuhänderschaften und ähnlichen Einrichtungen verlangen und die so erworbenen Hebel ansetzen werden, um den westlichen Einfluss bei den betreffenden Völkern zu schwächen.

e. Die Russen werden sich energisch um den Ausbau der sowjetischen Vertretungen und die Intensivierung der offiziellen Kontakte in allen Ländern kümmern, in denen grössere Möglichkeiten der Opposition gegen die westlichen Machtzentren bestehen. Das gilt für so weit voneinander entfernte Gegenden wie Deutschland, Argentinien, die Länder des Mittleren Ostens usw.

f. In Fragen der Weltwirtschaft wird die sowjetische Politik im Grunde durch das Ziel bestimmt, die Sowjetunion und die angrenzenden sowjetisch beherrschten Gebiete zu einer autarken Einheit zu machen. Das wird jedoch nur die zugrunde liegende Tendenz sein. Hinsichtlich der offiziellen Politik ist die Lage noch nicht geklärt. Seit dem Ende der Kampfhandlungen hat die sowjetische Regierung beim Thema Aussenhandel merkwürdige Zurückhaltung gezeigt. Würden ihr grosse langfristige Kredite gewährt, dann würde die Sowjetunion wohl wie schon in den dreissiger Jahren Erklärungen des Inhalts abgeben, dass der Ausbau der internationalen Wirtschaftsbeziehungen generell wünschenswert sei. Anderenfalls ist es möglich, dass der sowjetische Aussenhandel weitgehend auf den sowjetischen Sicherheitsbereich einschliesslich der in Deutschland besetzten Gebiet beschränkt und dem Prinzip allgemeiner wirtschaftlicher Zusammenarbeit der Nationen offiziell abgeschworen wird.

g. In Bezug auf kulturelle Zusammenarbeit wird man ebenfalls beteuern, dass man die Vertiefung kultureller Kontakte zwischen den Völkern für erstrebenswert halte; aber in der Praxis wird das nie so interpretiert werden, dass daraus eine Schwächung der SicherheitsVorkehrungen entstehen könnte. Tatsächlich wird die sowjetische Politik in diesen Dingen nicht aus den ausgefahrenen Gleisen scharf überwachter offizieller Besuche und Pflichtübungen springen, bei denen ein Überfluss an Wodka

und Reden mit einem Mangel an nachhaltiger Wirkung Hand in Hand gehen.

h. Im Übrigen werden die amtlichen sowjetischen Beziehungen zu den verschiedenen fremden Regierungen sozusagen «korrekt» verlaufen, mit starker Betonung des Prestiges der Sowjetunion und ihrer Vertreter und mit pedantischer Beachtung des Protokolls, wenn auch nicht der guten Manieren.

IV. Zu dem, was wir von der praktischen Anwendung sowjetischer politischer Grundsätze auf inoffizieller oder unterirdischer Ebene zu erwarten haben – also auf einer Ebene, für die die sowjetische Regierung keine Verantwortung übernimmt –, lässt sich etwa Folgendes sagen:

Für die Förderung der politischen Ziele auf dieser Ebene werden eingesetzt:

a. Der innere Kern der kommunistischen Parteien anderer Länder. Wenn viele Mitglieder dieser Gruppe in der Öffentlichkeit auch voneinander unabhängig auftreten und handeln, so arbeiten sie in Wahrheit doch eng als ein Untergrundgeneralstab des Weltkommunismus zusammen, als eine heimliche, von Moskau straff koordinierte und dirigierte Komintern. Es ist wichtig, im Gedächtnis zu behalten, dass dieser innere Kern trotz der Legalität der mit ihm verbundenen Parteien tatsächlich nach Untergrundgesichtspunkten arbeitet.

b. Die gewöhnlichen Mitglieder der kommunistischen Parteien. Die Unterscheidung zwischen ihnen und den in Abschnitt a genannten Personen ist wichtig. In den letzten Jahren ist diese Unterscheidung viel schärfer geworden. Während die ausländischen kommunistischen Parteien früher ein merkwürdiges (und vom Moskauer Standpunkt oft unbequemes) Gemisch von Verschwörung und legaler Betätigung waren, hat man das verschwörerische Element jetzt säuberlich in einem inneren Kreis zusammengefasst und in den Untergrund beordert; die gewöhnlichen Mitglieder hingegen – die man in die wirklichen Ziele der Bewegung nicht einmal mehr einweiht – werden als *bona-fide*-Anhänger gewisser politischer Ideen in ihren Ländern vorgeschickt und sind an den verschwörerischen Beziehungen zu auswärtigen Staaten wirklich unbeteiligt. Nur in Ländern, in denen die Kommunisten zahlenmässig stark sind, treten sie

neuerdings geschlossen auf. In der Regel werden sie in andere Organisationen eingeschleust, die nicht so stark im Verdacht stehen, Werkzeuge der sowjetischen Regierung zu sein, um sie je nachdem zu beeinflussen oder zu beherrschen; da man es nämlich vorteilhafter findet, seine Ziele durch Tarnorganisationen zu erreichen als durch direkte Aktionen als eigenständige politische Partei.

c. Eine Vielzahl nationaler Vereinigungen oder Institutionen, die sich von solchen Eindringlingen beeinflussen oder beherrschen lassen könnten. Dazu gehören: Gewerkschaften, Jugendverbände, Frauenorganisationen, Volkstumsverbände, religiöse Gemeinschaften, soziale Organisationen, kulturelle Gruppen, liberale Zeitschriften, Verlage u. dgl.

d. Internationale Organisationen, die auf dem Weg über verschiedene nationale Komponenten auf ganz ähnliche Weise durchgesetzt werden können, namentlich Gewerkschafts-, Jugend- und Frauenorganisationen. Auf die internationale Gewerkschaftsbewegung wird dabei besonderer, fast entscheidender Wert gelegt. Moskau sieht in ihr ein Instrument, mit dem man die Westmächte bei internationalen Auseinandersetzungen ablenken und eine internationale Lobby aufbauen kann, die stark genug ist, um die Regierungen zu einem den sowjetischen Interessen entsprechenden Verhalten zu zwingen und der UdSSR unangenehme Aktionen zu lähmen.

e. Die Russisch-Orthodoxe Kirche mit ihren ausländischen Zweigen und durch sie ganz allgemein die östliche Orthodoxe Kirche.

f. Die Panlawistische Bewegung und andere Bewegungen (die aserbeidschanische, armenische, turkmenische usw.), die auf Nationalitäten innerhalb der Sowjetunion aufbauen.

g. Regierungen oder regierende Kreise, die bereit sind, sich mehr oder weniger vollständig für sowjetische Zwecke herzugeben, wie die derzeitige bulgarische und jugoslawische Regierung, das nordpersische Regime, die chinesischen Kommunisten usw. Nicht nur die Propagandamaschinerie dieser Regierungen, sondern auch ihre praktische Politik kann weitgehend in den Dienst der UdSSR gestellt werden.

Es ist zu erwarten, dass die einzelnen Teile dieses weit gespannten Systems nach Massgabe ihrer Verwendbarkeit wie folgt eingesetzt werden:

1. Um die allgemeine politische und strategische Potenz der stärkeren Westmächte auszuhöhlen. In diesen Ländern wird man sich bemühen, das nationale Selbstvertrauen zu zerstören, nationale Verteidigungsmassnahmen zu blockieren, soziale Unruhen zu vermehren und Uneinigkeit in jeder Form zu schüren. Alle Leute mit Ressentiments, wirtschaftlichen wie rassistischen, wird man aufhetzen, Abhilfe nicht in Vermittlung und Kompromissen zu suchen, sondern in der trotzigen und gewalttätigen Zerstörung der anderen Elemente der Gesellschaft. Man wird arm gegen reich hetzen, schwarz gegen weiss, jung gegen alt, Neuankömmlinge gegen eingessessene Bewohner und so fort.

2. Auf der inoffiziellen Ebene wird man sich ganz besonders anstrengen, die Macht und den Einfluss der Westmächte gegenüber kolonialen, rückständigen oder abhängigen Völkern abzubauen. Auf dieser Ebene ist alles erlaubt. Fehler und Schwächen westlicher Kolonialverwaltungen wird man erbarmungslos blossstellen und ausschlachten. Man wird die westlichen Liberalen mobilisieren, um die Kolonialpolitik zu schwächen. Man wird den Groll der abhängigen Völker anfachen. Und während man sie ermuntert, nach Unabhängigkeit von den Westmächten zu streben, werden sowjetisch gelenkte Marionettenpolitiker sich darauf vorbereiten, die Staatsgewalt in den betreffenden Kolonialgebieten zu übernehmen, sowie diese Unabhängigkeit erreicht ist.

3. Wo einzelne Regierungen den sowjetischen Bestrebungen im Wege sind, wird man Druck ausüben, um sie aus dem Amt zu entfernen. Der Anlass kann entweder sein, dass die Regierungen sich direkt gegen Ziele der sowjetischen Aussenpolitik wenden (Türkei, Iran), dass sie ihr Gebiet gegen kommunistische Durchdringung abschirmen (Schweiz, Portugal) oder dass sie wie die Labour-Regierung in England zu starke Konkurrenten im Wettbewerb um die Bevölkerungsschichten sind, die zu beherrschen den Kommunisten wichtig scheint. (Manchmal treffen in demselben Fall mehrere solcher Anlässe zusammen. Die kommunistische Opposition wird dann besonders schrill und wütend.)

4. Im Ausland werden die Kommunisten in der Regel auf die Zerstörung aller Formen der persönlichen Unabhängigkeit, der wirtschaftlichen, politischen und moralischen, hinarbeiten. Ihr

System kann nur mit Leuten fertig werden, die in die Abhängigkeit von übergeordneten Gewalten geraten sind. Finanziell unabhängige Personen wie private Geschäftsleute, Gutsbesitzer, erfolgreiche Landwirte und Handwerker, desgleichen örtliche Honoratioren wie z.B. populäre Geistliche oder Politiker verfallen deshalb dem Bannfluch. Es ist kein Zufall, dass in der UdSSR die örtlichen Funktionäre ständig von einem Posten zum anderen versetzt werden.

5. Man wird alles Erdenkliche unternehmen, um die massgeblichen Westmächte gegeneinander aufzuhetzen. Unter den Amerikanern wird man antibritische Parolen austreuen, antiamerikanische unter den Briten. Den Bewohnern des Kontinents einschliesslich der Deutschen wird man beibringen, beide angelsächsischen Mächte zu verabscheuen. Wo schon Misstrauen besteht, wird man es schüren, wo nicht, entzünden. Man wird keine Mühe scheuen, um Pläne zu sabotieren, die zu einem Zusammenschluss Dritter unter Übergehung Russlands führen könnten. Alle Arten von internationaler Organisation, die kommunistischer Infiltration und Kontrolle nicht zugänglich sind, etwa die katholische Kirche, internationale Wirtschaftskonzerne oder die internationale Gilde der Fürstenhäuser und des Hochadels müssen daher gewärtig sein, unter Beschuss genommen zu werden.

6. Die internationale sowjetische Politik auf inoffizieller Ebene wird ganz generell negativ und destruktiv und darauf angelegt sein, alle Kraftquellen ausserhalb ihrer Reichweite zu beseitigen. Das entspricht völlig dem sowjetischen Urinstinkt, mit rivalisierenden Mächten keine Kompromisse zu schliessen und mit der konstruktiven Arbeit erst dann zu beginnen, wenn der Kommunismus am Ruder ist. Aber gleichzeitig wird beharrlich und unaufhörlich versucht werden, Schlüsselpositionen der Verwaltung und vor allem des Polizeiapparats fremder Länder zu erobern. Das sowjetische Regime ist ein Polizeiregime *par excellence*, gezeugt in der trüben Halbwelt zaristischer Polizeiintrigen und von Anfang an gewohnt, in Begriffen polizeilicher Macht zu denken. Das sollte man bei der Bewertung sowjetischer Motive niemals ausser Acht lassen.

V. Praktische Folgerungen für die amerikanische Politik

Alles in allem haben wir es mit einer politischen Kraft zu tun, die sich fanatisch zu dem Glauben bekennt, dass es mit Amerika

keinen dauernden *Modus vivendi* geben kann, dass es wünschenswert und notwendig ist, die innere Harmonie unserer Gesellschaft, unsere traditionellen Lebensgewohnheiten und das internationale Ansehen unseres Staates zu zerstören, um der Sowjetmacht Sicherheit zu verschaffen. Diese politische Kraft kann uneingeschränkt über die Arbeitskraft eines der grössten Völker der Erde und über die Rohstoffe des reichsten Staatsgebiets der Erde verfügen, und sie wird getragen von dem tiefen und machtvollen Strom des russischen Nationalismus. Ausserdem steht ihr ein durchkonstruierter und weitverzweigter Apparat für die Ausübung ihres Einflusses in anderen Ländern zu Gebote, ein Apparat von erstaunlicher Flexibilität und Vielseitigkeit, der von Leuten mit einer in der Geschichte wahrscheinlich einmaligen Erfahrung in Untergrundmethoden bedient wird. Ferner ist sie im Kern realistischen Erwägungen offenbar unzugänglich. Für sie ist der reiche Schatz objektiver Erkenntnisse über die menschliche Gesellschaft nicht wie bei uns ein Massstab, um daran die eigenen Anschauungen ständig zu überprüfen, sondern eine Wundertüte, aus der man nach Beheben das eine oder andere herausfischen kann, um damit eine bereits gefasste Meinung zu belegen. Zugegebenermassen sind das für uns keine erfreulichen Aussichten. Die Aufgabe, sich mit dieser Kraft auseinanderzusetzen, ist zweifellos die grösste, die unserer Diplomatie je gestellt worden ist und vermutlich je gestellt werden wird. Unsere politische Generalstabsarbeit sollte sie zum Ausgangspunkt machen. Sie sollte mit derselben Gründlichkeit und Sorgfalt und nötigenfalls mit demselben Aufwand an Planung behandelt werden wie im Kriege ein grosses strategisches Problem. Ich kann hier nicht einmal versuchen, die Antworten anzudeuten. Aber ich möchte meiner Überzeugung Ausdruck geben, dass es in unserer Macht steht, das Problem zu lösen, und zwar ohne uns in einen grossen militärischen Konflikt zu flüchten. Und um diese Überzeugung zu untermauern, möchte ich noch einige ermutigendere Bemerkungen machen:

Erstens. Im Gegensatz zu Hitlerdeutschland ist die Sowjetmacht weder schematisiert noch auf Abenteuer aus. Sie arbeitet nicht nach festgelegten Plänen. Sie geht keine unnötigen Risiken ein. Der Logik der Vernunft unzugänglich, ist sie der Logik der Macht in hohem Masse zugänglich. Daher kann sie sich ohne Weiteres zurückziehen – und tut das im Allgemeinen –, wenn sie irgendwo auf starken Widerstand stösst. Wenn also dem Gegner genügend Hilfsmittel zur Verfügung stehen und er die Bereit-

schaft zu erkennen gibt, sie auch einzusetzen, wird er das selten tun müssen. Wenn die Situation richtig gehandhabt wird, braucht es zu keiner das Prestige verletzenden Kraftprobe zu kommen.

Zweitens. Gemessen an der westlichen Welt insgesamt sind die Sowjets noch bei Weitem schwächer. Ob sie Erfolg haben, hängt also wirklich von dem Mass an Zusammenhalt, Festigkeit und Kraft ab, das die westliche Welt aufbringen kann. Und das ist ein Faktor, den zu beeinflussen in unserer Macht steht.

Drittens. Der Erfolg des sowjetischen Systems als Form der Machtausübung nach innen ist noch nicht endgültig erwiesen. Es muss noch zeigen, dass es die schwerste Prüfung des wiederholten Machtübergangs von einer Person oder Gruppe auf die andere übersteht. Lenins Tod war der erste solche Übergang, und seine Folgen erschütterten den Sowjetstaat fünfzehn Jahre lang. Stalins Tod oder Rücktritt wird der zweite sein. Aber selbst das ist noch nicht der endgültige Test. Infolge seiner kürzlichen Territorialgewinne wird das sowjetische innere Gefüge sich einer Reihe zusätzlicher Belastungen ausgesetzt sehen, die einst für den Zarismus eine schwere Bürde waren. Wir hier sind überzeugt, dass seit dem Ende des Bürgerkriegs die Masse des russischen Volkes den Doktrinen der Kommunistischen Partei noch nie stärker entfremdet war als heute. In Russland ist die Partei jetzt zu einem riesigen und im Augenblick höchst erfolgreichen Apparat diktatorischer Verwaltung geworden, aber sie hat aufgehört, Begeisterung zu inspirieren. Die innere Stabilität und die Dauerhaftigkeit der Bewegung brauchen daher noch nicht als gesichert angesehen zu werden.

Viertens. Alle sowjetische Propaganda ausserhalb des sowjetischen Sicherheitsbereichs ist grundsätzlich negativ und destruktiv. Es sollte daher verhältnismässig leicht sein, sie durch ein intelligentes und wirklich konstruktives Programm zu bekämpfen.

Aus diesen Gründen meine ich, dass wir an das Problem des Umgangs mit Russland gelassen und guten Mutes herangehen können. Darüber, wie das zu geschehen habe, möchte ich zum Schluss lediglich folgende Bemerkungen machen:

1. Als erstes müssen wir uns bemühen, das Wesen des Phänomens, mit dem wir zu tun haben, zu erfassen und es objektiv zu beurteilen. Wir müssen es mit demselben Mut und derselben Distanz studieren und dürfen uns von ihm so wenig provozieren oder aus der Fassung bringen lassen wie ein Arzt von aufsässigen und unvernünftigen Individuen.

2. Wir müssen dafür sorgen, dass unsere Öffentlichkeit darüber aufgeklärt wird, wie die Dinge in Russland wirklich stehen. Ich kann nicht genug betonen, wie wichtig das ist. Die Presse allein kann es nicht. Es muss in der Hauptsache durch die Regierung geschehen, die notwendigerweise mehr Erfahrung hat und über die praktischen Probleme besser Bescheid weiss. Das Abschreckende des Bildes braucht uns nicht davon abzuhalten. Ich bin überzeugt, dass es in unserem Lande heute viel weniger anti-sowjetische Hysterie gäbe, wenn unser Volk mit der Situation besser vertraut wäre. Nichts ist so gefährlich oder so schrecklich wie das Unbekannte. Man könnte zwar behaupten, dass es die russisch-amerikanischen Beziehungen nachteilig beeinflussen würde, wenn wir offener über unsere Schwierigkeiten mit Russland sprächen. Ich glaube aber, dass wir dieses Risiko, falls es eins ist, auf uns nehmen sollten, und zwar möglichst bald. Aber ich sehe nicht, was wir eigentlich riskieren. Denn selbst jetzt, nachdem wir unsere Freundschaft für das russische Volk so überwältigend demonstriert haben, verbinden uns mit dem Land bemerkenswert wenige Interessen. Wir haben keine Investitionen zu überwachen, keinen wirklichen Handel zu verlieren, praktisch keine Staatsangehörigen zu schützen, nur wenige kulturelle Kontakte zu erhalten. Unser Interesse liegt viel mehr in dem, was wir erhoffen, als in dem, was wir haben, und ich bin überzeugt, dass unsere Aussicht auf Verwirklichung dieser Hoffnungen steigt, wenn wir unser Volk aufklären und unsere Beziehungen zu den Russen auf eine realistische und rein sachliche Basis stellen.

3. Viel hängt von der Gesundheit und Kraft unserer eigenen Gesellschaft ab. Der Weltkommunismus ist wie ein böartiger Parasit, der sich nur von erkranktem Gewebe nährt. Das ist der Punkt, in dem Innen- und Aussenpolitik einander begegnen. Jede mutige und einschneidende Massnahme zur Lösung der inneren Probleme unserer eigenen Gesellschaft, zur Hebung von Selbstvertrauen, Disziplin, Moral und Gemeinsinn in unserem Volk ist ein diplomatischer Sieg über Moskau, der tausend diplomatische Noten und gemeinschaftliche Kommuniqués aufwiegt. Wenn wir nicht den Fatalismus und die Indifferenz gegenüber Unvollkommenheiten unserer eigenen Gesellschaft abschütteln, wird Moskau profitieren – muss Moskau zwangsläufig davon in seiner Aussenpolitik profitieren.

4. Wir müssen den anderen Nationen viel mehr als bisher die Welt, die uns vorschwebt, in positivem Licht zeigen. Es genügt

nicht, die Leute aufzufordern, eine ähnliche Regierungsform zu entwickeln wie wir. Viele fremde Völker, zum mindesten in Europa, sind durch die erlittenen Erfahrungen ermüdet und verschreckt und interessieren sich weniger für abstrakte Freiheit als für Sicherheit. Sie suchen Führung eher als Verantwortung. Wir sollten besser befähigt sein als die Russen, sie ihnen zu geben. Und wenn wir es nicht tun, werden die Russen es bestimmt.

5. Endlich aber brauchen wir den Mut und das Selbstvertrauen, an unseren eigenen Methoden und unseren Vorstellungen von der menschlichen Gesellschaft festzuhalten. Alles in allem liegt bei der Auseinandersetzung mit dem Problem des sowjetischen Kommunismus die grösste Gefahr für uns in der Versuchung, es denen gleichzutun, mit denen wir uns messen müssen.

D. Auszüge aus ‚Die Vereinigten Staaten und Russland‘ (Winter 1946)

Die auswärtigen Beziehungen Russlands haben sich völlig anders entwickelt als die der Vereinigten Staaten. Historisch gesehen sind unsere wichtigsten auswärtigen Verbindungen aus friedlichem Überseehandel entstanden. Das hat unsere Vorstellungswelt geprägt. Die Russen haben es in ihrer ganzen Geschichte hauptsächlich mit grimmig feindseligen Nachbarn zu tun gehabt. Da ihnen natürliche geographische Grenzen fehlen, haben sie, um sich dieser Nachbarn zu erwehren, eine eigentümliche (inzwischen traditionell und fast automatisch gewordene) Technik der elastischen Vorstöße und Rückzüge, der Verteidigung in der Tiefe, der Geheimhaltung, des Auf-der-Hut-Seins und der Täuschung entwickeln müssen. Ihre Geschichte hat viele Waffenstillstände zwischen feindlichen Mächten gekannt; aber sie hat kein einziges Beispiel für dauerhafte friedliche Koexistenz zweier Nachbarstaaten aufzuweisen, deren einmal festgelegte Grenzen von beiden Völkern selbstverständlich hingenommen wurden. Die Russen können sich deshalb ungestörte freundschaftliche Beziehungen zwischen den Staaten nicht vorstellen. Für sie sind alle Fremden potentielle Feinde. Die russische Diplomatie konzentriert sich auf die im Orient allgemein übliche Taktik, den Gegner mit der furchterregenden russischen Macht zu beeindrucken, ihn aber gleichzeitig über Art und Umfang ihrer Anwendung im Ungewissen zu lassen und ihn so dazu zu bringen, alle russischen Wünsche und Ansichten mit besonderem Respekt und besonderer Rücksicht zu behandeln. Das hat mit der Pflege freundschaftlicher Beziehungen in unserem Sinne nichts zu tun.

Wir könnten uns den Umgang mit Russland sehr erleichtern, wenn wir uns offen eingestehen würden, dass seine Führer sich aus eigener freier Entscheidung als Feinde aller Teile der Welt fühlen, die sie nicht beherrschen, und dass dies ein anerkanntes Prinzip für das Denken und Handeln des gesamten sowjetischen Apparats ist. Wir sollten ferner bedenken, dass Entscheidungen in der Sowjetunion nur selten von Einzelnen getroffen werden. Sie werden von Kollektiven gefällt. Von diesen Kollektiven verlangt man, dass sie nach der Theorie verfahren, die ganze Welt

sei Russland feindlich gesinnt und unfähig zu einer grosszügigen oder selbstlosen Handlung gegen den russischen Staat oder das Volk. Daraus wiederum folgt, dass keine Handlung einer fremden Regierung offiziell als ein Akt guten Willens anerkannt werden darf. Ein sowjetischer Funktionär, der das bestritte und einem sowjetischen Gremium nachzuweisen versuchte, ein fremder Staat sei zur Sowjetunion ganz besonders liebenswürdig gewesen und verdiene dafür Anerkennung, würde zum mindesten seine Stellung riskieren. Jedermann in der sowjetischen Regierung hat zu unterstellen, dass fremde Regierungen nur im Eigeninteresse handeln und dass Dankbarkeit und Anerkennung auf dem Gebiet der auswärtigen Angelegenheiten unbekannte Begriffe sind.

Auf diese Weise vermag der Apparat, der die auswärtigen Angelegenheiten der Sowjets betreibt, nur greifbare sowjetische Interessen zu erkennen und nach ihnen zu handeln. Im Rat der Sowjetregierung kann niemand einen Vorschlag einbringen, ohne konkret darzulegen, in welcher Weise seine Verwirklichung den Interessen der Sowjetunion nützen oder seine Ablehnung ihnen schaden würde. Dieses Prinzip wird mit gelassener Objektivität angewendet. Wird die Haltung eines fremden Staates überprüft, so versuchen die Russen nicht einmal, sie aus der Sicht des betreffenden Staates selbst oder auf Grund irgendeiner möglichen Gemeinsamkeit der Ziele zwischen ihnen und diesem Staat zu beurteilen. Sie unterstellen, dass diese Haltung Zwecken dient, die nicht die ihren sind, und prüfen sie nur unter dem Gesichtspunkt der Wirkung auf sich selbst. Ist die Wirkung günstig, so übernehmen sie den fremden Standpunkt ohne Dankbarkeit; ist sie ungünstig, so lehnen sie ihn ohne Groll ab. Wir könnten es ihnen und uns viel leichter machen, wenn wir uns mit diesen Tatsachen abfinden würden.

Im Lichte des soeben Gesagten möchte ich folgende Regeln für unseren Umgang mit den Russen vorschlagen:

a. Tut nicht so, als ob ihr dicke Freunde wäret.

Das bringt sie als Einzelpersonen nur in Verlegenheit und verstärkt ihren Argwohn. Russische Funktionäre hassen den Gedanken, vor ihren eigenen Leuten als jemand dazustehen, der mit Ausländern vertraulich umgeht. Das entspricht nicht ihren Vorstellungen von einem guten Verhältnis.

b. Setzt nicht Gemeinsamkeiten voraus, die es in Wahrheit nicht gibt.

Es hat keinen Zweck, Russen zur Vernunft bringen zu wollen, indem man sich auf gemeinsame Ziele beruft, denen wir beide irgendwann einmal Lippendienste geleistet haben mögen, etwa die Stärkung des Weltfriedens oder die Demokratie oder etwas Ähnliches. Als die Russen sich zu diesen Zielen bekannten, verfolgten sie damit ihre eigenen Absichten. Sie glauben, dass auch wir die unseren verfolgten. Für sie gehört das zu den Spielregeln. Und wenn wir versuchen, ihnen mit Argumenten zu kommen, die sich auf solche Bekenntnisse stützen, werden sie doppelt vorsichtig.

c. Hütet euch vor einfältigen Gesten des «guten Willens».

Kaum einer von uns kann sich vorstellen, wieviel Bestürzung und Misstrauen wohlmeinende Amerikaner in sowjetischen Hirnen durch Gesten und Zugeständnisse hervorgerufen haben, die die Russen von ihren freundschaftlichen Gefühlen überzeugen sollten. Solche Handlungen werfen ihre Berechnungen über den Haufen und bringen sie aus dem Gleichgewicht. Sie fangen sofort an zu glauben, dass sie unsere Stärke überschätzt hätten, dass sie in ihren Pflichten gegen den Sowjetstaat nachlässig gewesen seien, dass sie von uns die ganze Zeit hätten mehr verlangen sollen. Häufig bewirkt derlei genau das Gegenteil von dem, was wir erstreben.

d. Kommt den Russen nur dann mit Anliegen, wenn ihr darauf vorbereitet seid, ihnen euren Unwillen im Fall einer Ablehnung praktisch zu demonstrieren.

Wir sollten grundsätzlich bereit sein, jedes Vorbringen eines Wunsches mit irgendeiner Aktion zu begleiten, die beweist, dass die russischen Interessen leiden, wenn man unsere Wünsche nicht beachtet. Das verlangt Einfallsreichtum, Festigkeit und Koordination der Ziele. Wenn diese Eigenschaften sich in unserer auswärtigen Politik nicht finden lassen, dann sollten wir uns auf Unheil gefasst machen.

e. Verhandelt auf einer der Sache angemessenen Ebene und besteht darauf, dass die Russen auf dieser Ebene die volle Verantwortung für ihr Verhalten übernehmen.

In der Regel sollte man Forderungen nicht nur deshalb auf einer höheren Ebene vortragen, weil man weiter unten keinen Erfolg gehabt hat. Das ermutigt die russische Bürokratie lediglich zu unkooperativem Verhalten und belastet unsere Beziehungen zu hohen sowjetischen Stellen mit zweitrangigen Angelegenheiten. Stattdessen sollten wir, wenn wir auf unterer Ebene keine Genugtuung erlangen, sofort und ohne Zögern die entsprechenden Vergeltungs- oder Korrektivmassnahmen durchführen. Nur so können wir den Russen beibringen, sämtliche Ränge der Beamten zu respektieren, die mit ihnen umgehen müssen. Wenn wir unsere nachgeordneten Beamten bei ihren Verhandlungen mit den Russen nicht decken, machen wir es uns selber schwer, in den Pausen zwischen den Gipfeltreffen irgendetwas zu erreichen. Das wirkt sich zugunsten der Russen und zu unseren Ungunsten aus. Es ist ein sehr wichtiger Punkt und trifft den Kern vieler unserer Misserfolge der letzten zwei oder drei Jahre. Den höchsten Stellen ist es physisch unmöglich, den ganzen Bereich unserer Beziehungen mit der Sowjetregierung zu erfassen und die von uns gesuchte Zusammenarbeit zu leisten. Die dort erzielten Übereinkünfte lassen sich – und das geschieht häufig – auf unterer Ebene erfolgreich und ungestraft sabotieren. Wir müssen die Russen darauf eichen, dass ihr ganzer Apparat und nicht bloss Stalin auf unsere Demarchen vernünftig reagiert.

f. Setzt euch nur dann für einen Meinungs austausch auf höchster Ebene ein, wenn die Anregung dazu mindestens zur Hälfte von Seiten der Russen kommt.

Mit Russen kann man nur dann befriedigend verhandeln, wenn sie selber etwas wollen und das Gefühl haben, in abhängiger Lage zu sein. Es wäre eine taktische Aufgabe, dafür zu sorgen, dass man mit ihnen auf höchster Ebene nur umgeht, wenn diese Bedingungen erfüllt sind.

g. Schreckt nicht davor zurück, mit grossen Kanonen auf scheinbar kleine Spatzen zu schiessen.

Das ist ebenfalls ein sehr wichtiger Punkt, einer, der bei vielen Amerikanern auf Skepsis stossen wird. Im Allgemeinen mag das Schiessen mit Kanonen auf Spatzen eine schlechte Praxis sein. Bei den Russen ist es manchmal nötig. Russen verfolgen eine flexible Politik schrittweiser Einmischung und Übergriffe auf

fremde Interessen in der Hoffnung, jeder einzelne Schritt werde zu unwichtig erscheinen, um bei den Gegenspielern eine heftige Reaktion auszulösen, und sie könnten so ganz allmählich ihre Position schon erheblich verbessern, bevor die andere Seite überhaupt merke, dass etwas im Busch sei. Sie treiben mit grosser Hartnäckigkeit jede Frage bis dicht vor den Punkt, wo ihrer Ansicht nach die Geduld ihrer Verhandlungspartner am Ende wäre. Wenn sie erkennen, dass ihre Opponenten es ernst meinen, dass die Grenzen ihrer Geduld fest umrissen sind und dass sie mit Gegenmassnahmen nicht zögern würden, wenn man diese Grenzen verlegte, sei es auch nur geringfügig und an vereinzelt Stellen, dann werden die Russen vorsichtig und rücksichtsvoll sein. Sie schätzen keine Kraftproben, ausser wenn sie weit überlegen sind. Aber Unentschlossenheit und gutmütige Toleranz spüren sie schnell und nutzen sie aus. Wer mit ihnen umgeht, muss deshalb darauf achten, bei der Verteidigung seiner Interessen stets eine entschiedene und wachsame Haltung einzunehmen.

h. Habt keine Angst vor Szenen und vor der Austragung von Meinungsverschiedenheiten in der Öffentlichkeit.

Die Russen haben nichts gegen Szenen und Skandale. Wenn sie entdecken, dass andere etwas dagegen haben und sie unter allen Umständen vermeiden möchten, werden sie das als ein Mittel der Erpressung benutzen, weil sie glauben, von der Zimperlichkeit der anderen profitieren zu können. Wenn wir unser Prestige bei der Sowjetregierung wiederherstellen und in Russland Ansehen gewinnen wollen, müssen wir zu einer «Zähmung der Widerspenstigen» bereit sein, wobei sich ein Haufen Ärger nicht vermeiden lässt. Andererseits brauchen wir nicht zu fürchten, dass gelegentliche harte Worte unsere Beziehungen langfristig stören müssten. Der Russe ist niemals zugänglicher, als wenn man ihm kräftig auf die Finger geklopft hat. Er rauft sich gerne und trägt deswegen nicht nach. Denken wir nur an Stalins erste Worte beim Empfang von Ribbentrop. Es waren gemütliche und zynische Witzeleien über den erbitterten Propagandakrieg, der so viele Jahre lang zwischen den beiden Ländern geführt worden war. Die russische regierende Klasse respektiert nur die Starken. Zaghaftigkeit beim Streiten empfindet sie als eine Form der Schwäche.

i. Bemüht euch, in unseren Beziehungen zu Russland sämtliche Vorhaben, sowohl von Regierungsstellen wie auch von privater Seite, soweit sie durch die Regierung beeinflussbar sind, in Übereinstimmung mit unserer politischen Generallinie zu bringen.

Die Russen sind schnell damit bei der Hand, Streitigkeiten, Widersprüche und die Verfolgung abweichender Ziele unter unseren Landsleuten oder unseren Regierungsstellen auszunutzen. Ihr eigenes System ist darauf angelegt, die grösstmögliche Zusammenfassung der nationalen Energien zu erreichen. Wir können ihnen nicht wirksam gegenüberreten, wenn wir nicht alles in unseren Kräften Stehende tun, um auch unsere eigenen Bemühungen zu koordinieren.

j. Verstärkt und unterstützt unsere Vertretung in Russland.

Die Amerikanische Botschaft in Moskau ist für die Russen das Symbol unseres Landes. Viele Leute beobachten sie gespannt. Sie sollte nicht bloss ein Spiegelbild unserer Gesellschaftsform sein, sondern auch ein impulsgebendes Hirnzentrum unserer Russlandpolitik. Obwohl häufig vernachlässigt und entmutigt, stets den Angriffen missgünstiger Ehrgeizlinge und unzufriedener Liberaler ausgesetzt, niemals voll unterstützt oder verstanden von den Leuten in Washington, niemals ausreichend besetzt oder ausreichend untergebracht, ist unsere Botschaft dennoch zu einer Mustereinrichtung des amerikanischen Auswärtigen Dienstes und zu der am meisten geachteten diplomatischen Vertretung in Moskau geworden. Sie könnte weit mehr tun und in der Sowjetunion eine weit grössere Rolle spielen, wenn sie die richtigen Hilfen erhielte. So müsste das Versagen der sowjetischen Regierung bei der Beschaffung von Wohnraum und anderen Erleichterungen der diplomatischen Arbeit in Moskau früher oder später offen zur Sprache kommen und Druck ausgeübt werden, um diese Zustände zu bessern. Ferner müsste die Vertretung angemessen mit amerikanischem Personal ausgestattet werden. Und schliesslich müsste die Vertretung immer nur von einem Mann geleitet werden, der zu harter und mühsamer Arbeit über lange Zeiträume fähig und bereit ist; der über ein hohes Mass an Bescheidenheit und Geduld verfügt; der sich nur von den Interessen unseres Landes leiten lässt und der ganz allgemein seiner Person und seiner Herkunft nach geeignet ist, die Achtung einer in der psychologischen Analyse des mensch-

lichen Charakters unübertroffenen Nation zu erwerben. Im Fall von Botschafter Harriman kann ich aufrichtig sagen, dass mir diese Voraussetzungen erfüllt scheinen. Mit meinen Bemerkungen ziele ich auf die Zukunft. Der Posten des Botschafters in Moskau ist keine Sinekure, die man leichthin vergeben kann; und das Ministerium muss bereit sein, seinen ganzen Einfluss für eine wirkungsvolle Besetzung anzubieten. Die Moskauer Vertretung arbeitet unter Belastungen und hat vielfältige Hindernisse zu überwinden. Das hat sie immer gemusst. Ein eitler, kleinlicher und unwissender Botschafter kann ihr das Rückgrat brechen und dem Gefüge der russisch-amerikanischen Beziehungen bleibenden, wenn auch vielleicht nicht sofort sichtbaren Schaden zufügen.

Personen- und Sachregister

(GFK = George F. Kennan)

- Acheson, Dean 318, 320, 332, 345 f., 441, 443; und die Truman-Doktrin 325 f.; Delta-Rede 341; und Friedensvertrag mit Japan 394 ff.; wird Staatssekretär 425; Einstellung zu Plan «A» 442; Uneinigkeit mit GFK in Fragen Deutschlandpolitik 445 ff.; und GFKs Ansicht über die Einigung Europas 455; GFKs Beziehungen zu; und der Koreakrieg 481 f.
- Adams, Ware 332
- Alliierte Kontrollkommission für Italien 242
- Amerikanische Kommunistische Partei 229
- Anders, W., Generalleutnant 209
- Anglo-portugiesische Allianz 152, 154, 158ff.
- Anmerkungen zum Europäischen Wiederaufbau-Programm aus der Sicht der Vereinigten Staaten* 354
- Antikommunismus 304
- Arabische Länder, Gefahr der kommunistischen Infiltration 382; s. a. Mittlerer Osten
- Armstrong, Hamilton Fish 359
- Arnold, Henry H., General 166
- «Artikel von Mr. X» s. *Sources of Soviet Conduct, The*
- Asien, GFK über Stützpunkte auf dem Festland 383; s. a. Ferner Osten und die einzelnen Länder Atlantik-Charta 327
- Atlantisches Sicherheitssystem, Vandenberg-Resolution und 406f., 408; s. a. NATO
- Atombombe s. Atomwaffen
- Atomenergie 292; und die Sicherheit der USA 301 f.; s. a. Atomwaffen
- Atomwaffen 437; und NATO 437, 445, 469-473; Haltung der USA 468-475; s. a. *Reith Lectures*
- Aussenhandel, Russland und, nach dem Zweiten Weltkrieg 560
- Aussenministerium (US) s. State Department
- Aussenministerrat 329, 333, 398, 420, 424, 444; und Deutschland 417ff.; und Berlinblockade 421, 441
- Aussenpolitik s. Russland: Aussenpolitik; USA: Aussenpolitik
- Aussenpolitischer Ausschuss des US-Senats 281, 283, 326; und NATO-Pakt 409
- Austin, Warren 484 f.
- Auswärtiger Dienst (US), Behandlung durch die US-Regierung 146-149; Erneuerung der Politik 150f.; Botschaft in Moskau als Pionier-Einrichtung 574f.; s. a. Anm. 42 und 43
- Bagdad, Beschreibung von 191f.
- Balkan 504; und Russlands Pläne vor dem Zweiten Weltkrieg 520; Schwierigkeiten der russischen Administration 544
- Barnes, Ralph 69
- Belgien s. Beneluxländer
- Beneluxländer 398f.; und Brüsseler Union 400, 448; s. a. Brüsseler Union
- Berlin, GFK in 33 f., 40, 42-46; US-Vertretung in (1939-1940) 113 f.; Beschreibung von 114f; Einstellung der Bürger zum NS-Regime 116 bis 120; Russen planen Blockade 401, 402; GFK in 427-431, 438f.; s. a. Berlinblockade
- Berlinblockade 401, 403, 419; und US-Aussenpolitik 421; und Ausussenministerkonferenz 421f.; und Londoner Programm 421 ff.; und Plan «A» 422; US-Luftbrücke 426f.
- Besetzung: durch die Deutschen, Probleme 135 bis 138; durch die USA, in Westdeutschland 372 bis 376, 442, in Japan 372-376, 373, 377ff., 392ff, 596f., in Italien; s. a. Militärrückführung; SCAP
- Bessarabien, und Russlands Pläne vor dem Zweiten Weltkrieg 520
- Bevin, Ernest 396, 398; bei der Konferenz der Grossen Drei 289, 292; Herrenessen 294; und Brüsseler Union 400
- Birmingham, Universität von, Forschungsinstitut für Sowjetwirtschaft 57
- Bismarck, Gottfried von 130f.
- Block, Herbert s. Herblock
- Block, Aleksandr 513
- Böhmen, nach der Münchener Konferenz 96-112 pass.; Schwierigkeiten der russischen Administration 544-545; s. a. Tschechoslowakei
- Bohlen, Charles (Chip) 70f., 94, 482, 495; geht nach Moskau 94, stellt GFK Harriman vor 188; und Marshallplan 345 f.; und Plan «A» 443; s. a. Anm. 26
- Bonesteel, Charles Hatwell, III (Tick), Oberst 332
- Brauer, Max 434
- Bremen, GFK in 437-439
- Bretton Woods, Konferenz von 263
- Brodie, Bernard 311
- Brüsseler Pakt 401-402
- Brüsseler Union 400, 412, 448; und die USA 402, 405; «Hantel»-Prinzip 407
- Bucharin, Nikolai 71, 513, 527
- Buenos Aires, GFK in 475
- Büro für die Angelegenheiten der Vereinten Nationen 484
- Bukowina, und Russlands Pläne vor dem Zweiten Weltkrieg 520
- Bulganan, Nikolai 516
- Bulgarien, Schwierigkeiten der russischen

- Administration 544; und kommunistische Nachkriegspolitik 562
- Bullet, William C. 67; als US-Botschafter in Russland 87-90
- Butterworth, W. Walton 153 ff.
- Byrnes, James F., bei der Konferenz der Großen Drei in Moskau (1945) 289-296
- Campbell, Sir Ronald Hugh 160
- Caracas, GFK in 474F
- Carmona, Antonio Oscar de Fragoso, General 156
- Carnegie-Stiftung für den Weltfrieden 531
- Carr, E. H. 77
- Carr, Wilbur J. 97F
- Chamberlain, Neville 106
- Chamberlin, William Henry 69
- Chekhov: A Biography* (Simmons) s. Anm. 16
- China, Sowjetische Absichten gegenüber 245-246; Beziehungen zu den USA 244f.; Weissbuch 245; Verbreitung des Kommunismus nach dem Kriege, und die USA 376-378; Beziehungen zu Russland nach dem Zweiten Weltkrieg 376; nationalistisches Regime, politische Schwäche vor dem Zweiten Weltkrieg 376; Fehlen industrieller und militärischer Macht nach dem Zweiten Weltkrieg 376; Kontroverse wegen Aufnahme des kommunistischen Regimes in die UNO 486ff.; GFK über 488-491; und Sowjetische Nachkriegspolitik 562
- Chruschtschow, Nikita 74, 516
- Churchill, Clementine (Mrs. Winston) 249
- Churchill, Winston 448; und polnische Frage 213
- Churchill, Roosevelt, Stalin* (Feis) s. Anm. 66
- CIA (*Central Intelligence Agency*), Reaktion auf den Prager Putsch 401
- Clay, Lucius D., General 421; stoppt Lieferung von Reparationsgütern aus der US-Zone in den Osten 266; über sowjetische Aggression 400 f.; und Londoner Programm 442; s. a. Anm. 105
- Clayton, Will 332, 345 f.; s. a. Anm. 94
- Clifford, Clark 458
- Cohen, Benjamin V. 291, 345
- Cold War, The: A Study in U. S. Foreign Policy* (Lippmann) 363
- Containment*, Doktrin des 257; Erklärung 365, 367; Versagen 368; und chinesisch-sowjetischer Konflikt 370; Erfolg 380; s. a. Kommunismus, Ausbreitung des
- Coolidge, Calvin 28
- Cripps, Sir Stafford 456
- Cuernavaca, GFK in 473
- Dardanellen 521
- Davies, John Paton 244 f., 466
- Davies, Joseph E. 90-93, 197
- Deane, John R. 188, 218, 238
- Decision in Germany* (Clay) s. Anm. 105
- Dekanosow 291; s. a. Anm. 85
- Delta-Rat 332
- Delta-Rede 341
- Deutsche Allgemeine Zeitung (CDKL)* 138
- Deutscher, Isaac 77
- Deutschland, Beziehungen zu Russland 58ff., 139ff., 207ff., 520, 521; Besetzung von Böhmen und Mähren 105; politische Unreife 109-112; Besetzungsprobleme der Nazis 135-138; Nachkriegssituation 335-338; Stellung des US-Befehlshabers nach dem Zweiten Weltkrieg 371 bis 376; Unmöglichkeit einer Viermächteverwaltung 375; wirtschaftlicher Zusammenschluss der Britischen und US-Zone 375; Teilung 380-381; Nationalismus in 415 f.; GFK über die Zukunft von 416-418; Errichtung einer eigenständigen Regierung nach dem Zweiten Weltkrieg 419; Jugend 433ff.; Entnazifizierung 433; Schwierigkeiten der russischen Administration 544; s. a. Berlinblockade; Ostdeutschland; Westdeutschland
- Deutschland-Komitee 182
- Deutsch-Sowjetischer Handelsvertrag vom 12. Oktober 1925 59; Schachty-Prozess (1928) 59
- Deutsch-sowjetischer Nichtangriffspakt (1939) 81, 111, 207, 208, 235f., 520, 521
- Dillard, Hardy 311
- Diplomat Among Warriors* (Murphy) s. Anm. 60
- Diplomat, seine Aufgabe 240
- Dogma, Bedeutung für die sowjetische Führung 556
- Dokumente zur Deutschen Aussenpolitik* (Sonntag) 22
- Dollarabfluss, aus England 457f.
- Dulles, John Foster 63, 488; und Friedensvertrag mit Japan 395 ff.; in Paris 398 f.; Haltung in der Koreafrage 48 5; und Aufnahme Rotchinas in die UNO 490 f.; Meinung über GFK 492
- Dumbarton Oaks, Konferenz von 225-230
- Dünn, James Clement 174
- Duranty, Walter 69
- EAC s. Europäische Beratende Kommission
- Earle, E. M., *Wegbereiter der modernen Strategie* 313
- ECE s. Europäische Wirtschaftskommission «Eindämmung, Doktrin der» s. *Containment*, Doktrin des
- Eisenhower, Dwight D., General 309
- Elting jr., Howard 134; s. a. Anm. 39
- England s. Grossbritannien
- Entscheidung, Die, zur Intervention* (Kennan) s. Anm. 24
- Entwicklungsländer, und russische Nachkriegspolitik 563
- ERP s. Europäisches Wiederaufbauprogramm
- Estland, Schwierigkeiten der russischen Administration 544
- Ethridge, Mark 292; s. a. Anm. 86
- Europa, wirtschaftlicher Wiederaufbau 271f., 285 bis 288, 448; Einigung 417, 418, 448, 450-454; Stabilisierung 453; russische Schwäche in Ost- und Mitteleuropa 539; Bevölkerungsausgleich

- 504; s. a. die einzelnen Länder; Osteuropa; Westeuropa
 Europäische Beratende Kommission 172ff., 177 ff., 181
 Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) 453
 Europäische Wirtschaftskommission (ECE) 542 ff., 448
 Europäisches Wiederaufbauprogramm (ERP) 381, 382
 Europarat 448; England und der 4; 5
 EWG s. Europäische Wirtschaftsgemeinschaft
- Faust* (Goethe) 27
 Feis, Herbert, *Churchill, Roosevelt, Stalin* s. Anm. 66
 Ferner Osten, Betrachtung GFKs über Ziele der USA (1948) 585; und britische Wirtschaftskrise 457; s. a. Asien; China; Japan; Philippinen usw.
 Fernostkommission 387; und Friedensvertrag mit Japan 377
 Fierlinger, Zdenek 261
 Finanzministerium (US) 263, 298
 Finnland, Besuch von GFK 285-289; Russlands Pläne vor dem Zweiten Weltkrieg 520; Schwierigkeiten der russischen Administration 544
 Fish, Bert 151; Tod 152; s. a. Anm. 44
 Fitzgerald, F. Scott, *This Side of Paradise* 17, 21; *The Great Gatsby* 21
 Flack, Joseph 67
 Flottenstützpunkte s. Militärstützpunkte
Foreign Affairs 359
Foreign Relations of the United States 170; Anmerkungen 18, 53, 55, 67, 78, 80
 Forrestal, James V. 300; in Rio 474f.; Marineminister 311; und «Artikel von Mr. X» 358 f.
 Fosdick, Dorothy 466
 Franco, Francisco, General 156
 Franklin, William M. 179f.; *Zonal Boundaries and Access to Berlin* s. Anm. 57 und 59
 Frankreich, Monnetplan 334, 340; Nachkriegssituation 334f.; und Wiederbelebung der deutschen Wirtschaft 599, 419; kommunistisch inspirierte Streiks 399, 402, 403; und Brüsseler Union 400, 448; und Plan «A» 423-424, 443 f.; und europäische Einigung 453 ff.; anglo-amerikanische Beziehungen s. a. Brüsseler Union; NATO
Fünfzehn Wochen (Jones) 319; s. a. Anm. 91
- Gaulle, Charles de 453 f.
Gedichte in Prosa (Turgenjew) s. Anm. 8
 Gellhorn, Martha 100
 Gemeinsamer Markt 455; s. a. Europäische Wirtschaftsgemeinschaft
 Genf, GFK in 28, 30
 Gesellschaft für Auswärtige Beziehungen (*Council of Foreign Relations*) 359
 Glinka, Michael 515
 Goethe, Johann Wolfgang von, *Faust* 27
 GPU 64
Great Gatsby, The (Fitzgerald) 21
- Green, Joseph C. 22
 Green, Marshall 384, 388
 Grew, Joseph C. 26
 Griechenland, US-Hilfsaktion in 318-327; England zieht Hilfeleistungen zurück 318-321; US-Intervention 382; NATO 411
 Grossbritannien 341; und Europäische Beratende Kommission 173-179; zieht Hilfeleistungen von Griechenland zurück 318; und Brüsseler Union 400, 448; und Plan «A» 422 f., 443; und europäische Einigung 448 ff.; und deutsche Wiedervereinigung 452; und EWG 453 f.; Reaktion auf GFKs Arbeitspapier über die europäische Einigung 45 5; Beziehungen zu den USA und Kanada 455f.; Wirtschaftskrise 455-459; und mögliche Wirkung auf die sowjetischen Satellitenstaaten und den Fernen Osten 457; s. a. Brüsseler Union; NATO
 Grossen Drei, Die 225; Konferenz in Moskau (1945) 289-296
 Gruenther, Alfred M., Generalmajor 310f.
 Gufler, Bernard 20, 50, 94
- Halle, Louis 466
 Hamburg, Beschreibung (1927-1928) 29-31; GFK in, nach dem Zweiten Weltkrieg 433-437; Wohnungsverhältnisse 434f.; Bevölkerung 434f.; Wirtschaft 435-436
 Hamilton, Maxwell M. 188
 «Hantel»-Prinzip 407
 Harriman, Kathleen 196
 Harriman, W. Averell 188, 228, 241, 244f., 275, 281; und Polen 218; GFK über 258ff., 575; und Konferenz der Grossen Drei 294
 Harvard-Rede s. Marshall, George
 Hay, John 62
 Heilige Allianz 225
 Helsinki, Besuch von GFK in 285-289
 Henderson, Loy W. 70, 90, 141, 318 ff.; s. a. Anm. 25
 Herblock (Karikaturist) 350
 Hessman, Dorothy 299, 312
 Hill, Harry W., Vizeadmiral 310
 «Historische Provinzen» 105, 109; s. a. Böhmen; Mähren
 Hitler, Adolf 137 ff.; und Einigung Europas 417
 Hoetzsch, Otto 41; s. a. Anm. 9
 Holland s. Niederlande
 Holt, Henry 17
 Hopkins, Harry 168, 220
 Hull, Cordell 94, 180; und die Europäische Beratende Kommission 172
 Hurley, Patrick J., Generalmajor 243 f., 246
- Indien, und die Aufnahme Rotchinas in die UNO 486 f.
 Internationale Bank für Wiederaufbau und Entwicklung 263, 341
 Internationale Organisationen, GFK über Beteiligung Russlands 558 f.

- Internationaler Währungsfonds 26), 298, 541 f.
Iran, und Sowjetpolitik 565
Irland, im Europarat 448
Israel, im Europarat 448
Israel, GFK lehnt US-Militärhilfe ab 582
Italien, Nachkriegssituation 354f.; kommunistisch inspirierte Streiks 402-403; und die NATO 411 bis 413; militärische Präsenz der USA 412-413
- James, Charles 20
Japan, wirtschaftlicher Wiederaufbau 371, 383, 387-388; behindert durch Reparationen 390ff.; Position der US-Befehlshaber nach dem Zweiten Weltkrieg 372-376; Bedeutung in der Weltpolitik 377-378; Friedensvertrag mit 377, 378 bis 379, 395 ff; Notwendigkeit der Besetzung durch die USA nach dem Zweiten Weltkrieg 378; Errichtung eines Polizeiapparats 391, 393, 475; Bedeutung für die Sicherheit der USA 383; Verteidigungsmassnahmen nach dem Zweiten Weltkrieg 388; SCAP, Bodenreform 390 ff.; Kontrolle der Industrie 389; politische Säuberungen 390; Lockerung der Kontrolle 392; Anfälligkeit für kommunistische Übergriffe 391, 395; GFKs politische Empfehlungen an das State Department 395-594; Auswirkungen der US-Politik 594-595! Besetzung, Dulles und 596ff.
- Jedrichowski, Dr. Stefan 221
Jessup, Philip 441, 445 ff.
Johnson, Joseph E. 551
Jones, Joseph *Fünfzehn Wochen* 519ff.; s. a. Anm. 91
Judd, Walter
Jugoslawien, und Sowjetpolitik nach dem Zweiten Weltkrieg 262ff., 562; Haltung im Kalten Krieg in Europa 461; Schwierigkeiten der russischen Administration 544
- Kairo, Schilderung 189-192
Kalinin, Michael 501
Kamenew, Leo 515
Kanada, Beziehungen zu den USA und Grossbritannien 455; und britische Wirtschaftskrise 458
Kapitalismus, kommunistische Ansicht über innere Konflikte 552ff.
«Kapitalistische Einkreisung» und sowjetische Auffassung 552ff.
Karachan, Lev 197
Kelley, Robert Francis 42; bei der amerikanischen Botschaft in Moskau 91 ff.; s. a. Anm. 11
Kennan, Annelise Soerensen (Mrs. George F.) 46
Kennan, George 16
Kennan, George F., Jugend 11-15; Vorfahren 15 bis 17; in Princeton 17-24; Sommer in Europa 21; Entschluss, in den Auswärtigen Dienst einzutreten 25; Sommer als Matrose 26; Aufnahme in den Auswärtigen Dienst 26; Sommer in Heidelberg 27; Foreign Service School 28; Verlobung 46; Reise nach Skandinavien 46ff.; Heirat 48; Wirtschaftskrise 50; Kinder 50, 85ff.
ANFÄNGLICHE LAUFBAHN (1927-1933):
Vorläufige Stelle in Genf 28-29; erste Stelle in Hamburg 29-51; Ausbildung zum Russlandexperten 32ff; Vizekonsul in Reval 34ff.; in Berlin 55, 40 bis 45; Tagebuch 45-47; Erlernen der russischen Sprache 56ff.; in Riga 57-40, 48ff., 56, 58; Russlandstudium 40-45; Fahrt nach Libau 50-55; über Charakterzüge amerikanischer Staatsmänner 61 ff.
IN MOSKAU UND WASHINGTON (1933-1938): in Moskau 67-74; Säuberungen 75-78; in Wien 74ff.; über die Zukunft Russlands (1956) 80f.; über sowjetisch-amerikanische Beziehungen 81 ff.; Rückkehr nach Moskau 86ff.; Russlandreferat in Washington 94 ff.
IN PRAG UND BERLIN (1938-1941): in Prag 96 bis 112; Interpretation der Münchener Krise 102 ff.; Schilderung des Einzugs der deutschen Truppen in Prag 106ff.; über die politische Unreife der Deutschen 109-112; in Berlin 115-116; über die Haltung der Berliner gegenüber dem NS-Regime 115-120; und Kirk 120-125; und von Moltke 127-151; und Gottfried von Bismarck 150 ff.; schickt Frau und Kinder in die USA 151ff.; besucht Holland 132-135; über deutsch-sowjetische Beziehungen 159 ff.; über Schwierigkeiten der USA mit Russland 139-142; Ausbruch des Zweiten Weltkriegs in Europa 143
ZWEITER WELTKRIEG (1941-1945): Internierung in Deutschland 144ff.; in Washington 150; in Portugal 150-171; Interview mit Salazar 156 ff.; Rückkehr nach Washington 163; Interview mit Roosevelt 168 ff.; Rückkehr nach Portugal 169ff.; Gespräch mit Roosevelt über die Europäische Beratende Kommission 179; Reise nach Moskau 194ff.; in Kairo 189ff.; in Bagdad 191 ff.; in Teheran 194ff.; in Moskau 196ff.; Tagebuch 198 bis 203; über die russische Ideologie 203 ff.; über den Krieg 205ff.; über die polnisch-russische Frage 207-223; Tagebuch 211 ff.; über die polnische Frage 213-223; über die Konferenz von Dumbarton Oaks 225-230; über chinesisch-sowjetische Beziehungen 243-246; über sowjetische Nachkriegspolitik 259ff.; über Sowjetpolitik in Rumänien 260 ff.; über Sowjetpolitik in der Tschechoslowakei 261ff.; über Sowjetpolitik in Jugoslawien 262; über Kriegsverbrechen 267 fr.; besucht Westsibirien 277; in Nowosibirsk 277fr.; in Kusnezsk 278ff.; Rückreise 279ff.; besucht Helsinki 285-289; über die Konferenz der Grossen Drei 289-293
LAUFBAHN NACH DEM KRIEG (1945-1950): Regeln für den Umgang mit dem Stalin-Regime 296ff.; Anlass zu GFKs Telegramm 298; GFK schickt Telegramm ab 299; Wirkung des Telegramms in Washington 300; Text des Telegramms 552-568; Telegramm an Washington über die Tragweite von Atomwaffen 301 ff.; Berufung an das War College 303; Vortragsreisen 303-308, 311 ff.; auf der Farm 309; am War College 311-317; und die Truman-Doktrin 518 bis

327; baut politischen Planungsstab auf 329 bis 333; Empfehlungen an General Marshall 345 f.; Rede an die Studenten des War College 351 bis 355; und Wiederaufbau Europas 355; Planungsstab und Ferner Osten 375 f.; und Japan 377 bis 380; und Deutschland 420, 421; in Japan 384 bis 393; Rede vor Offizieren von SCAP 386; Interview mit Mac Arthur 386, 387; Empfehlungen an die Fernostabteilung hinsichtlich Japans 392 f.; Rolle in Washington 404; Ansichten über die NATO 410-412; Vorsitzender der «Arbeitsgruppe» für den Entwurf des Atlantikpakts 413; und Deutschland 415-416; über den deutschen Nationalismus 416, 417; über die deutsch-amerikanischen Beziehungen während der Besetzung 418, 419; über die Entstehung der Berlinblockade 419, 420; und Planungsstab unter Acheson 425, 426

REISEN UND RUHESTAND (1949-1950): über die westdeutsche Regierung 428; in Berlin 428-431, 438ff.; in Frankfurt 431f., 440f.; in Hamburg 433-437; und Brauer 434; in Bremen 437-439; Uneinigkeit mit Acheson in Fragen der Deutschlandpolitik 445 f.; über die europäische Einigung 449-454; und Trumans Rede vor britischen Staatsmännern 458f.; über die britische Wirtschaftskrise 456-459; legt sein Amt als Direktor des Planungsstabs nieder 463-467; Überprüfung der Position der USA in der Frage internationaler Kontrolle von Atomwaffen 468 bis 471; in Mexiko City 473; in Cuernavaca 473; in Caracas 473 f.; in Lima 476; in Buenos Aires 475; in Montevideo 475; in São Paulo 475; über Lateinamerika 476-480; Vergleich von Nord- und Südamerika 477 f.; über die Auswirkungen der spanischen Kultur in Lateinamerika 477; über den Koreakrieg 483f., 491 ff.; informiert NATO-Botschafter 483; über den 38. Breitengrad 483-487; über politische Differenzen zwischen der sowjetischen und rotchinesischen Regierung 487 f.; über die Aufnahme Rotchinas in die UNO 488 ff.; über die sowjetischen Absichten in Korea 493 ff.; über die Verwirrung in der US-Außenpolitik 496; nimmt Oppenheims Einladung in das «Institute for Advanced Study» an 497

SCHRIFTEN UND VERÖFFENTLICHUNGEN: *Überlegungen zum Abschluss eines Nordatlantischen Vertrages* 410; *Die Entscheidung zur Intervention* s. Anm. 24; das «Lange Telegramm» 298ff, 552 bis 568; *Russland nach sieben* 232-237, 254, 501-534; *Sowjetische Außenpolitik unter Lenin und Stalin* s. Anm. 22 und 83; *Russlands Internationale Stellung am Ende des Krieges mit Deutschland* 253 bis 257, 402, 535-551; *The Sources of Soviet Conduct* (der «Artikel von Mr. X») 232 f., 257, 358 bis 370, 404; *Die Vereinigten Staaten und Russland* 296 f., 569-575; *Das Kriegesproblem in der Sicht der Sowjetunion* 79 ff.

Kennan, Grace 50

580

Kennan, Joan Elizabeth 84
 Kennedy, John F. 100; und Atomwaffen 472
 Kennedy, Joseph P. 100
 Kent, Sherman 311
 Kernwaffen s. Atomwaffen
 King, Ernest J., Admiral s. Anm. 53
 Kirche s. Russisch-Orthodoxe Kirche
 Kirk, Alexander 113, 127f.; Wesen und Erscheinung 120-123; s. a. Anm. 36
 Kirow, Serge, Ermordung 73 f.
 Kleine Entente 102
 Knox, Frank 165
 Kolonialgebiete, und sowjetische Nachkriegspolitik 552
 Kommunismus 256f.: Antikommunismus in den USA 306; Infiltration, in die arabischen Länder 382; in nichtpolitischen Organisationen und Instituten 561f.; in Polizei- und Verwaltungsposten 564; und NATO 410; in Berlin 424; an der Ruhr 433; Einfluss in Osteuropa 451 f.; Abnahme der emotionalen Einwirkung auf das russische Volk 566; Anfälligkeit einer kranken Gesellschaft 567
 Ausbreitung in Griechenland 321f.; in der Türkei 321f.; im Mittleren Osten 322, 381f.; in Westeuropa 322 ff, 338 f.; in Italien 334f., 402, 403; in Frankreich 334f., 402, 403; in Österreich 335; in Deutschland 336-339; in China 376, 377; in Japan 377, 379; in der Tschechoslowakei 380 bis 381; in den Mittelmeerländern 382; s. a. Kommunistische Partei; *Containment*, Propaganda
 Kommunistische Partei, in den USA 228 f.; Totos Bruch mit 369; chinesisch-sowjetischer Machtkampf 369-370; Konsolidierung der Macht in der Tschechoslowakei 400-402; Ende der Säuberungen 501-502; «Parteilinie», analysiert von GFK 552-557, ihre Grundzüge 554-557; Rolle der grossen Masse 560 ff.; GFK über Methoden des Unterminierens opponierender Persönlichkeiten und politischer Systeme 564f.
 Kontrollkommission für Italien, Alliierte s. Alliierte Kontrollkommission für Italien
 Koreakrieg 480ff.; und Sowjetpolitik 396-397; Anfänge 397; GFK über U S-Politik 482 f.; GFK über das Ziel militärischer Operationen 483; GFK über den 38. Breitengrad 484f.
 Kriegsakademie s. National War College
 Kriegsministerium (US) 180f.; Abteilung für Zivilangelegenheiten 173, 179f., 372; Planungs- und Operationsabteilung 318; und GFKs Reise nach Japan 383 ff.; und US-Nachkriegspolitik in Deutschland 418; und Berlinblockade 420 f.
 Kriegsverbrechen 186f.; GFK über 267; Prozess gegen die Kriegsverbrecher 267 f.
 Krock, Arthur 359
 Kurilen 378
 Landon, Truman H., Brigadegeneral 310
 «Langes Telegramm» (Kennan) 298 ff., 552-568
 Leahy, William D., Admiral 168

- Leih-Pacht-System 273, 275 f.
 Leitaio 156
 Lenin, Nikolai, Auswirkung seines Todes auf die Sowjetpolitik 566
 Lettland, Schwierigkeiten der russischen Administration 544
 Leverich, Henry P. 182
 Libau, Lettland, Schilderung 51-56
Life 360
 Lima, GFK in 476
 Lippmann, Walter 363 f., 368, 460; *The Cold War* 563
 Litauen, Schwierigkeiten der russischen Administration 544
 Litwinow, Maxim 61-65, 95» 519
 Lloyd George, David 88
 Londoner Konferenz, Fehlschlag der 398
 Londoner Programm 419-420, 422 ff., 426 f., 441 ff., 445; und Berlinblockade 421, 423 f.; Undurchführbarkeit der Beteiligung Ostdeutschlands 444 f.; politischer Erfolg 446 f.
 Lossowskij 527-528
Louisville Courier-Journal s. Anm. 86
 Lovett, Robert A. 405, 406, 413
 Lovett-Vandenberg-Gespräche 406
 Luftstützpunkte (ÜS) 154, 157-166, 383; s. a. Anm. 55
 Luxemburg s. Beneluxländer
- MacArthur, Douglas, General 373, 377-379, 385, 394; und Marshall 383f.; Interview mit GFK 386-388; über kommunistische Infiltration in SCAP 392; in Korea 485
MacArthur 1941-1941 (Willoughby) s. Anm. 97
 McCarthy, Joseph 392
 McNamara, Robert S., und Atomwaffen 472
 Mähren, nach der Münchener Konferenz 96-112 pass.; Schwierigkeiten der russischen Administration in 544; s. a. Tschechoslowakei
- Malik, Jakob 441
 Manuilskij, Dimitrij 527-529
 Marionettenstaat, politische Konzeption 226
 Marshall, Charles Burton 466
 Marshall, George C., General 165, 318, 346f., 379, 398f., 404, 405-406, 410; und Planungsstab 329 f.; Harvard-Rede 346; Brief an Kennan 348; GFK über 348-351; und «Artikel von Mr. X» 359, 360; und MacArthur 383 f.
- Marshallplan, kurz- und langfristige Ziele 339; Verantwortung der USA 339f.; Koordination Europas 341; Urhebererschaft 346; wirtschaftliche Bedürfnisse Europas gegenüber anderen Völkern 356; Verwechslung von Truman-Doktrin und Marshallplan 364; Durchführung 365-366; Übergangshilfegesetz 399; defensive Reaktion der Sowjetunion 402; Europas Meinung 408 bis 409
Marshall Plan and Its Meaning, The (Price) 339
 Marxismus 14-15; und Sowjetpolitik 556 f.
 Masaryk, Jan, Tod 400-401
- Matthews, Harrison Freeman (Doc) 164, 171, 293; und der Koreakrieg 481; s. a. Anm. 52
 Messelonghitis, Konstantin Nikolas Michaelaels 20 bis 21
 Messersmith, George 74; s. a. Anm. 29
 Mexiko City, GFK in 473
 Mikolajczyk, Stanislaw 213-218
 Militärregierung, im besetzten Deutschland und Japan 372-376; s. a. Deutschland; Besetzung; SCAP
 Militärstützpunkte (US) 154; in Portugal 157-167; in Japan 397; in Griechenland und der Türkei 411; s. a. Luftstützpunkte
 Millis, Walter, Herausgeber von *The Forrestal Diaries*, s. Anm. 99
 Mittlerer Osten, GFKs Betrachtung über die Ziele der USA 381f.
 Moffat, Pierrepoint 124
 Molotow, Wjatscheslaw M. 242, 350, 501, 527; und die polnische Frage 216ff., 220; und das Treffen der Grossen Drei 289, 292f.; beim Herrenessen 294
 Moltke, Helmuth James, Graf von 127 ff.; s. a. Anm. 38
 Monnetplan 334, 340
 Montevideo, GFK in 475
 Morris, Leland 143 f.
 Moseley, Philip E. 179 b
 Moskau, US-Botschaft 67-73, 90f.; 188; Beschreibung 69, 198-203; Reaktion der US-Botschaft auf die Berufung von Davies 90 ff.; Feiern zum Ende des Zweiten Weltkriegs 247-250; US-Botschaft als Symbol für die USA 574
 Münchener Krise, GFKs Interpretation der 102
 Murphy, Robert 264; *Diplomat Among Warriors* s. Anm. 60
- Nationale Akademie der Künste und Wissenschaften 16
 Nationale Kriegsakademie s. National War College
 Nationaler Verteidigungsausschuss 315
 Nationaler Verteidigungsrat 393
 Nationalistnus, in Deutschland 415 f.; in Russland 557
 Nationalsozialismus, Einfluss auf Osteuropa 452; s. a. Deutschland
 National War College 303, 309-317, 351, 376; Lehrkörper und Studenten; Lehrplan 312-314; und griechisch-türkische Krise 320-326
 NATO 310, 409, 410-414; Anfänge 381; GFK über 410-412; Massstab für die Mitgliedschaft 411; und Atomwaffen 457, 446, 469-472; und Westdeutschland 445, 447; und deutsche Wiedervereinigung 452 f.; und Kalter Krieg 460
 Nelson, Donald 243
New York Herald Tribune 21
New York Times 249, 359, 443
 Niederlande 135 ff.; s. a. Beneluxländer
 Nitze, Paul 464

- Nordatlantikpakt s. NATO
 Norweb, Henry 169 f.
- OEEC s. Organisation für europäische wirtschaftliche Zusammenarbeit
 Österreich, Nachkriegssituation 535; im Kalten Krieg in Europa 460; und Russlands Pläne vor dem Zweiten Weltkrieg 520; Schwierigkeiten der russischen Administration 544-545
 Okinawa 393
 Oppenheimer, J. Robert 468, 496
 Organisation für* europäische wirtschaftliche Zusammenarbeit (OEEC) 448
 Ostdeutschland (Sowjetzone), Undurchführbarkeit der Beteiligung am Londoner Programm 444f.; s. a. Deutschland; Sowjetzone
 Osteuropa und die NATO 447; s. a. Europa und die einzelnen Länder
Osteuropamarkt (Zeitschrift) 57
- Pacht- und Leihabkommen s. Leih-Pacht-System Page, Walter Hines 28
 Panslawistische Bewegung, und sowjetische Nachkriegspolitik 562
 Pares, Bernard 216
 Pariser Konferenz 443
 Parker, Ralph 249-253
 Pearl Harbor 142 ff., 327
 Pepper, Claude 151; Besuch bei Stalin 281 ff.
 Persien, und die sowjetische Nachkriegspolitik 562
 Philippinen, Bedeutung für die amerikanische Sicherheit 383; Reparationsleistungen Japans 391
 Plan «A» 422-423, 441, 444, 447; Achesons Meinung von 442; Reston über 443
 Planungsstab s. State Department: Politischer Planungsstab
 Polen, Exilregierung 208f., 211, 213ff.; Liquidierung von Einwohnern durch die Nazis 208 f.; Polnisch-Kommunistisches Nationales Befreiungskomitee 213; Nationales Befreiungskomitee 213 ff.; Warschauer Aufstand 218; Grenzen 221 ff.; russische Autorität in 504; und Russlands Pläne vor dem Zweiten Weltkrieg 520; Fall der Ost- und Westhälfte 521; Schwierigkeiten der russischen Administration 544; s. a. Anm. 65
 Politischer Planungsstab s. State Department: Politischer Planungsstab
 Polizei, in Japan 378, 391, 394; als Element der kommunistischen Infiltration 563ff.
 Polnisch-Kommunistisches Nationales Befreiungskomitee 213
 Poole, Dewitt 67; s. a. Anm. 23
 Portugal, Beziehungen zu England 151-156, 158 ff.; Beziehungen zu den USA 152-171; NATO 411 bis 412; im Europarat 449
 Potsdamer Erklärung, Die 387
 Potsdamer Konferenz 265 ff.; Disposition über Königsberg 269ff.; Aussenministerrat 289
 Prag, Einzug der deutschen Truppen 105 ff.
Prawda 221
- Price, Harry Bayard, *The Marshall Plan and Its Meaning* 339
 Princeton University 17-24
 Prokofieff, Serge 515
 Prokopowitsch, Serge 57
 Propaganda, sowjetische 250-253; in Rio 472-475; in São Paulo 475; Art der, ausserhalb des Sowjetblocks 566
 Pskovo-Pecherski-Kloster 37
- Radek, Karl 513
Reader's Digest 360
 Reinstein, Jacques 332
Reith Lectures (1957) 436; s. a. Anm. 75
 Religion, als Erkennungsmerkmal für die Nationalität 38
 Reparationen 266; und Wirtschaft Japans nach dem Zweiten Weltkrieg 390
 Reston, James 443
 Reuter, Ernst 430-431
 Reval, Beschreibung von 34
 Ribbentrop, Joachim von, und Stalin 573.
 Riga, Beschreibung von 37 ff.
 Rimskij-Korsakow, Nikolai 515
 Rio de Janeiro, GFK in 474 ff.
 Roberts, Sir Frank 293; s. a. Anm. 87
 Rogers Act 25
 Roosevelt, Franklin Delano 61
 ff., 65, 89, 131, 180ff.,
 219 ff., 417; und amerikanisch-portugiesische Beziehungen 159 ff., 167 ff.; und Europäische Beratende Kommission 172, 179; und polnische Frage 212ff.; Annäherung an Osteuropa 222ff.; und Stalin 229; Tod 243
 Rote Gewerkschaftsinternationale 528
 Rousseau, Theodore 146
 Rüstungskommission 243
 Ruhr, Ausbreitung des Kommunismus an der 433
 Rumänien, Sowjetpolitik gegenüber, nach dem Zweiten Weltkrieg 260 ff.; Schwierigkeiten der russischen Administration 544
 Rusk, Dean, und der Koreakrieg 481; Kontrolle über die Aufnahme Rotchinas in die UNO 491
 Russische Sozialdemokratische Partei 537
 Russisch-Orthodoxe Kirche, Unwirksamkeit der staatlichen Unterdrückung 546-547; und die kommunistische Nachkriegspolitik 562
 Russland, Säuberungen 73, 75-79, 501-502, 513; GFK über seine Zukunft (1936) 80ff.; und die Europäische Beratende Kommission über die Grenzen der Sowjetzone 174, 176-179; und Polen 207-223; seine Führer 233-236, 524-527, ihr Wesen und Charakter 527-529; Propaganda 249 bis 253, 474ff., 566; Bedeutung der westlichen Unterstützung 256ff.; Image der Sowjetunion 307 ff.; und ECE 342 ff.; und Deutschland 416 ff.; und Plan «A» 422 ff.; Auswirkungen des Zweiten Weltkriegs 502-506; Rüstungsindustrie und Militärhaushalt 507; Innenpolitik 515-516, 566; Veränderungen seiner Umwelt nach dem Zweiten Weltkrieg 535; Rückgang der

rivalisierenden Mächte 536; Nachkriegspotential 536-537; Verantwortung als führende Macht 536-537; Quellen der Stärke 558-539; relative Schwäche dem Westen gegenüber (1946) 565; GFK über die Bedeutung des US-Botschafters für 574f.; s. a. Kommunismus; Kommunistische Partei

AUSSENPOLITIK: 233-236, 332 f.; Haltung gegen- über nichtkommunistischen Regierungen 78 ff.; in Asien, und japanische Drohung 80; sowjetische Ansicht zur Zusammenarbeit der Grossen Drei 225; Absichten China gegenüber 241-244; nach dem Zweiten Weltkrieg gegenüber Rumänien 260 f.; der Tschechoslowakei gegenüber 261; Jugoslawien gegenüber 262 f.; Nachkriegsaussicht, analysiert von GFK 298 f. («Langes Telegramm») 552-568; Japan gegenüber 394 bis 395; und Berlinblockade 401, 419-420, 441; Grundlagen 403; Sowjetische Reaktion auf die Errichtung einer westdeutschen Regierung 419; britische Wirtschaftskrise und Satellitenstaaten 457; GFK über Absichten in Korea 493-496; Ziele 516-518; Furcht und Unsicherheit 517, 536-537, 555 f.; Abkehr von der Weltrevolution, Hinwendung zur nationalen imperialistischen Politik 518; Vorrang der Auslegung von Verträgen 519; Reaktion auf die Bedrohung durch die Nazis 519-520; Expansion 519-522, Probleme 254-258, Geschichte 536-539; Zusammenarbeit mit dem Westen 522-523, 527-528; Haltung dem Westen gegenüber 526; Auswirkung der Isolation und des Misstrauens gegenüber dem Westen 528-531; Schwierigkeiten der Herrschaft über andere Völker 539-545; Zynismus gegenüber den Marionetten-Regierungen nach dem Zweiten Weltkrieg 539-540; begrenzte Nützlichkeit der Bodenreformen 541; Kontrolle über die Wirtschaftsvorgänge als politische Waffe 541; industrielle Entwicklung als politische Waffe 543-544; Personal- und Arbeitskräfteproblem 544-545; Notwendigkeit westlicher Hilfe 547-549; nicht an Verpflichtungen gebunden 550-551; Auswirkung der Verweigerung von Hilfe durch die USA 551; Flexibilität 565; totale Ausrichtung auf Sowjetinteressen 569f.

AUSWÄRTIGE BEZIEHUNGEN: zu China; GFK über 243 f., zu Deutschland 59, 138-141, 207f.; Nichtangriffspakt (1939) 520-521; Zu den USA, GFK über 81 f., 229-231; polnische Frage 207-223; Waffenstillstandsabkommen 241 f.; Zusammenarbeit 263-266; und Deutschland 263; wirtschaftliche und finanzielle Aspekte 271-276, 280f.; Auswirkung des Koreakriegs 397; GFK über die Bedeutung des US-Botschafters 576-577; s. a. Berlinblockade; Moskau; US A: auswärtige Beziehungen zu Russland

KULTURLEBEN: geistiges Leben 509-510; Theater 510-511; kultureller Vorstoss 51 off.; Mangel an kulturellen Darbietungen und Freizeitgestaltung 512;

Vergangenheitskult 514; Ballett 514; Mangel an künstlerischer Originalität 514 bis 515; Architektur 515; Musik 515; Einstellung zur kulturellen Zusammenarbeit 560; s. a. Russisch-Orthodoxe Kirche

VOLK: Einteilung in Klassen 77; Auswirkungen des Zweiten Weltkriegs auf die Bevölkerung 503-505; Lebensstandard 507; «Intelligenz» 512 bis 514; Temperament 531-532; Rolle der Autosuggestion 533; Bedeutung der politischen Unsicherheit 536-537, 555 f.; Schwinden der moralischen Herrschaft der Regierung 546; Isolierung der Bevölkerung 547; GFKs Beurteilung der Haltung nach dem Zweiten Weltkrieg 555-556; Verachtung der objektiven Wahrheit 557; nationale Minderheiten, und Sowjetpolitik nach dem Zweiten Weltkrieg 561 f.; Rückgang der emotionalen Beeinflussung durch den Kommunismus 566

WIRTSCHAFT: Wirtschaftsleben 233, Auswirkungen des Zweiten Weltkriegs auf 504-505; wirtschaftliche und finanzielle Aspekte der sowjetisch-amerikanischen Beziehungen 272, 275 f., 280f.; Aussehenhandel 273 ff., 507-509; wirtschaftliche Zukunft 505-507; Wiederaufbau des Industriepotentials 507-508; wirtschaftliche Probleme der Herrschaft über andere Völker 540 bis 545; Hoffnung auf Autarkie 559 f.

Russland nach sieben Jahren (Kennan) 232-237, 254, 501-534

Russlands internationale Stellung am Ende des Krieges mit Deutschland (Kennan) 253-257, 402

Ruthenien 104f., 109, 544

Sachalin 378

Säuberungen, in Russland 74-78, 501-502, 513; Kirows Tod und 73 f.; der USA in besetzten Gebieten 390-391, 434; s. a. Militärregierung

St. John's Military Academy 17; s. a. Anm. 4

Salazar, Antonio 152-162 pass.

Sampayo, Dr. Luis Teixeira de 162

São Paulo, GFK in 475

Satellitenstaat s. Marionettenstaat

Savage, Carleton 332

SCAP (*Supreme Commander Allied Powers*) 378, 384, 386; Personal in Japan 387; japanische Landreform 387f.; Kontrolle der Industrie 389; politische Säuberungen 389 f.; kommunistische Infiltration 390 ff.; Lockerung der Kontrolle in Japan 392; Auswirkungen des Ausbruchs des Koreakriegs 397

Schapiro, Leonard 77

Schdanow, A. A. 516

Schostakowitsch, Dimitrij 515

Schuyler, Cortlandt Van Rensselaer, General 384

Schweden, und die NATO 412; im Europarat 448; Haltung im Kalten Krieg in Europa 461

Sebald, William J., *With MacArthur in Japan* s. Anm. 96

Seminar für orientalische Sprachen 40

- Senat (US) s. Aussenpolitischer Ausschuss des US-Senats
- Shaw, Howland 150
- Siberia and the Exile System* (Kennan) s. Anm. 3
- Simmons, Ernest, *Chekhov: A Biography* s. Anm. 16
- Skinner, Robert Peet 65; s. a. Anm. 19 und 21
- Slawische Staaten, und Russlands Pläne vor dem Zweiten Weltkrieg 520f.
- Slowakei 104f., 544
- Smith, Horace 294
- Smith, Walter Bedell 350
- Snyder, John W. 456, 458 f.
- Soerensen, Annelise (später Mrs. George F. Kennan) 45 f.
- Sontag, Raymond, *Dokumente zur Deutschen Aussenpolitik* 22
- Sources of Soviet Conduct, The* (der «Artikel von Mr. X») (Kennan) 232f., 257, 358-370,404; Mängel 361
- Sowjetische Aussenpolitik unter Lenin und Stalin* (Kennan) s. Anm. 22 und 83
- Sowjetische Enzyklopädie* s. Anm. 79
- Sowjetrussland s. Russland
- Sowjetzone, Schilderung 432-433; s. a. Ostdeutschland
- Spaak, Paul Henri 448
- Spaso-Haus 72, 196; s. a. Anm. 28
- Spengler, Oswald, *Der Untergang des Abendlandes* 27
- Stabschefs, Die Kombinierten 175
- Stählin, Karl 41; s. a. Anm. 10
- Stalin, Joseph 244f., 524-526; und Polen 209f., 213f., 218, 220; und die UNO 227f.; Erscheinung und Charakter 283 ff.; und Berlinblockade 441; und Rotchina 48 8; und russische Wirtschaft 506-507; georgische Charaktereigenschaften 524-525; Isolierung 525; seine Ratgeber 526; GFK schätzt Tod als Faktor in der Sowjetpolitik ab 566; und von Ribbentrop 573
- State Department (US-Aussenministerium) 224; Stellung während des Zweiten Weltkriegs 179 ff.; Fehlen des Einflusses im besetzten Deutschland und in Japan 372-376; Unterstützung der Brüsseler Union 405; und Deutschland 417-418, 419; und Berlinblockade 420
- Kommission für nichtamtliche Publikationen 359
- Abteilung für osteuropäische Angelegenheiten (Russlandabteilung), aufgelöst 91 f.
- Abteilung für fernöstliche Angelegenheiten; und GFKs Reise nach Japan 384
- GFKs Empfehlungen hinsichtlich Japans 393 bis 394
- Abteilung für nahöstliche Angelegenheiten 318 f.
- Abteilung für westeuropäische Angelegenheiten 94, 455
- Historische Abteilung 1795 s. a. Anm. 59
- Europaabteilung 412
- Politischer Planungsstab 329f., 344f., 355f., 371,409,410,449,492; GFK baut Planungsstab
- auf 329ff.; wichtigste Funktionen 330f.; Mitarbeiter 331, 466; und Marshallplan 346; und Ferner Osten 376-377; und Japan 377-379; und US-Unterstützung der Brüsseler Union 405; und Berlinblockade 419-422; und Plan ,vi» 422 bis 423; Veränderungen unter Acheson 425 bis 426; und Zukunft Deutschlands 449 f.; und europäische Einigung 449-453; neue Verfahrensweisen 462 f.; GFK legt sein Amt als Direktor nieder 463 f.
- State-War-Navy Coordinating Committee* s. SWNCC
- Stettinus, Edward R., jr. 165 ff., 171
- Stimson, Henry L. 165, 167
- Stockholm 525
- Stonemann, William 69
- Strang, Sir William 172; *Home and Abroad* s. Anm. 56
- SWNCC (*State-War-Navy Coordinating Committee*) 319, 332
- Teheran, Beschreibung 194f.
- Teheraner Konferenz 175, 221 f., 228
- Thayer, Charles W. 68 f., 197
- This Side of Paradise* (Fitzgerald) 17, 21
- Thompson, Llewellyn 307
- Tito, Marschall (Josip Broz) 262; Bruch mit Moskau 369
- Tolstoi, Leo 510
- Trotzkij, Leo 403
- Truman-Doktrin 318-327, 364; doppeldeutige Sprache 3266; Missverständnisse 345
- Truman, Harry S. 62, 265, 270, 347; Rede an britische Staatsmänner 458; *Memoiren* s. Anm. 101
- Tschaikowsky, Peter Iljitsch 515
- Tschechoslowakei, nach der Münchener Konferenz 96-112; Sowjetpolitik gegenüber, nach dem Zweiten Weltkrieg 261 f.; kommunistische Konsolidierung 380-381; Prager Putsch 400, 403; s. a. Anm. 102; Böhmen
- Tschitscherin, Grigorij W. s. Anm. 28
- Türkei, US-Auslandshilfe 321 f.; und die NATO 411; und Sowjetpolitik 563
- Turgenjew, Iwan, *Gedichte in Prosa* s. Anm. 8
- UdSSR s. Russland
- Übergangshilfegesetz s. Marshallplan
- Überlegungen zum Abschluss eines Nordatlantischen Vertrags* (Kennan) 410
- UN s. Vereinte Nationen
- Ungarn, und Russlands Pläne vor dem Zweiten Weltkrieg 520 f.; Schwierigkeiten der russischen Administration 544
- Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken s. Russland
- United States Commercial Corporation* 153
- University of California 22
- University of Virginia 310f.
- UNO s. Vereinte Nationen
- UNRRA (*United Nations Relief and Rehabilitation Administration*) 263 E., 272, 275 f.

Untergang des Abendlandes, Der (Spengler) 27

USA, Ungerechtigkeit der Regierung dem Auswärtigen Dienst gegenüber während des Zweiten Weltkrieges 146-149; und Besatzungszonen der Europäischen Beratenden Kommission 174 bis 179; «totale Verantwortung» in Japan und Deutschland nach dem Krieg 371-372; Auswirkung des Clay-Telegramms und des Prager Putsches 400-401; Einflüsse auf das Denken der Regierung 403-405; Haltung gegenüber Atomwaffen 468-472; Notwendigkeit der Information der Öffentlichkeit über die Situation in Russland 566 f.; Notwendigkeit des Selbstvertrauens in der Auseinandersetzung mit dem Kommunismus 568; Botschaft in Moskau als Symbol der USA 574f.

AUSLANDSHILFE: für die Türkei 321; für Italien 334f.; für Frankreich 534f.; für Österreich 335; für Deutschland 336ff.; s. a. Pacht- und Leihabkommen; Marshallplan

AUSSENPOLITIK: 221, 319f., 405-406, 413-414; Einflussphäre nach dem Krieg 260, 263; Verhältnis von Krieg und Politik 312ff.; totaler Krieg im Gegensatz zu begrenzter Kriegführung 314 f.; Verteidigung 315 f.; Truman-Doktrin 318-327; Verallgemeinerung 327f.; politischer Planungsstab 329f.; und Berlinblockade 419-422; Plan «A» 422-424; England, Frankreich, Russland und Plan «A» 424; und britische Wirtschaftskrise 456-459; Kalter Krieg in Europa 460 ff.; Planung für die unmittelbare Gegenwart im Gegensatz zu Planung für die Zukunft 462; militärische Bedrohung durch Russland 462; und Kontroverse über die Aufnahme Rotchinas in die UNO 491 f.; GFK über deren Verwirrung 495 f. Russland gegenüber 182, 307f.; nach dem Krieg in Rumänien 260 f.; in der Tschechoslowakei 261 f.; in Jugoslawien 262 f.; Tragweite der sowjetischen Zielsetzung nach dem Krieg 298 f.; GFKs Ansichten über 408-409; GFKs Empfehlungen auf der Grundlage der sowjetischen Zielsetzung nach dem Krieg («Langes Telegramm») 564-568; Verschiedenheit des historischen Hintergrunds von Russland und den USA 569; GFKs Regeln für den Umgang mit Russen 570-575; s. a. Kommunismus, Ausbreitung des

AUSWÄRTIGE BEZIEHUNGEN: zu Kanada, und europäische Einigung 455 f. zu China 243 f. zu Deutschland, Position in Berlin (1939-1940) 113f.; nach dem Zweiten Weltkrieg 182-188, 416-419; Beschäftigung von Deutschen 182 bis 185; Ausstattung nationalistischer Elemente 184f.; Bestrafung von Kriegsverbrechen 186; US-Besetzung 372-376, 442; Wiedervereinigung 452; s. a. Anm. 60 zu Grossbritannien 455-459; s. a. Anm. 107 zu Portugal 151-171

zu Russland, Beteiligung an Waffenstillstandsabkommen 244-247; Zusammenarbeit 263, 265, 548-550; in Deutschland 264, bezüglich Reparationen 266 f.; und die Aburteilung der Kriegsverbrecher 267; wirtschaftliche und finanzielle Beziehungen 272-276, 280f.; in Europa 381 bis 382; und Westdeutschland 445 f.; Schwierigkeit des Verständnisses des russischen Temperaments 530-533; Russland braucht Unterstützung der USA 548; Russland löst sich von Verpflichtungen 550-551; Ergebnisse des Versagens von US-Hilfe 551; s. a. Berlinblockade; Moskau; Russland: Auswärtige Beziehungen zu den USA

MILITÄRISCHE PRÄSENZ, und deutsche Wiedervereinigung 453; s. a. Deutschland Besetzung; Japan: Besetzung; Militärregierung; Besetzung; SCAP

Vandenberg, Arthur H. 405-407; Prinzip der Hilfe auf Gegenseitigkeit 407

Vandenberg-Resolution 406; und Marshallplan 409-410

Venturi, Franco 77

Vereinigten Staaten und Russland, Die (Kennan) 296 f., 569-575

Vereinigte Staaten von Amerika s. USA

Vereinte Nationen 224f., 398, 443; zugrunde liegende Überlegungen und Gesichtspunkte 225 f.; internationales Gesetz 225 f.; und Stalin 227f.; Sicherheitsrat 227; und Koreakrieg 480 f., 483 ff., 487 f.; Europäische Wirtschaftskommission 342ff.; SHAPE 384; und Deutschland 418; Schwierigkeiten im Koreakrieg 486; Kontroverse über die Aufnahme Rotchinas 486 ff.; GFK über 488ff.; s. a. Büro

Verschörung gegen den Frieden (Parker) 250-253 Verteidigungsministerium s. Kriegsministerium (US)

Vietnam 437

Völkerbund 225

War College s. National War College

Warschauer Aufstand 218

Washington Post 350

Wasserstoffbombe s. Atomwaffen

Waterbury, Vt. 13

Webb, James 456-459, 402f.; GFK und 463

Wegbereiter der modernen Strategie (Earle) 313 Welles, Sumner 123 F

Wells, Linton 69

Weltmarkt 298

Werfel, Franz 31

Westdeutsche Föderation 444

Westdeutschland, Genesung 371; Stellung des US-Militärbefehlshabers 372-375; und Europäisches Wiederaufbauprogramm 375; GFK über die Regierung 427-428; Brauer über die Regierung 434f.; alliierte Besetzung 442; Wiederbewaffnung 445; und NATO 445, 447; und deutsche Wiedervereinigung 453; s. a. Deutschland

Westeuropa, kommunistische Expansion 522 ff., 358 f.; Vorrang der militärischen Angelegenheiten und Wiederaufrüstung 410-411; Auffassung von der US-Politik 459E; s. a. Europa und die einzelnen Länder
WEU s. Brüsseler Union
Wiborg, Besuch von GFK in 287
Wickersham, Cornelius W., General 177
Williams College 331
Willoughby, Charles A. 394; *MacArthur* s. Anm. 97
Wilson, Woodrow 88, 227
Winant, JohnG. 171ff, 179-182
Wirtschaftsinstitut für Russland und die Oststaaten 57
Wirtschaftspolitik, GFK über Russlands Hoffnung auf Autarkie 560 f.
With MacArthur in Japan (Sebald) s. Anm. 96
Woroschilow, Kliment, Marshall 501
Wszelaki, Jan 210
Wyschinskij, Andrej 220, 527
Xenophobie, und Sowjetpolitik 79
Yale University 311 f.
Yalta-Erklärung 219
Yalta-Konferenz 230f., 242f.
Zonal Boundaries and Access to Berlin (Franklin) Anm. 57, Anm. 59

dtv dokumente



Kaiser Friedrich II.
Sein Leben in zeitgenössischen
Berichten
Hrsg. v. Klaus J. Heinisch
dtv 2901

Das Urteil von Nürnberg 1946
dtv 2902

Die russische Revolution 1917
Von der Abdankung des Zaren
bis zum Staatsstreich der
Bolschewiki.
Hrsg. v. Manfred Hellmann
dtv 2903

**NS-Vernichtungslager im
Spiegel deutscher Straf-
prozesse**
Belzec, Sobibor, Treblinka,
Chelmno
Hrsg. v. Adalbert Rückerl
dtv 2904



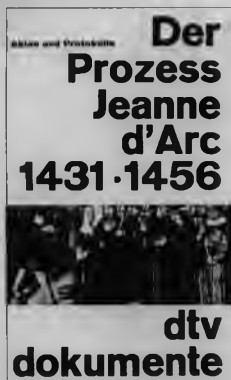
Käthe von Normann:
Tagebuch aus Pommern
1945–1946
dtv 2905

**Bismarck und die preußisch-
deutsche Politik 1871–1890**
Hrsg. v. Michael Stürmer
dtv 2907

Rudolf Höß:
Kommandant in Auschwitz
Hrsg. v. Martin Broszat
dtv 2908

dtv

dtv dokumente



**Der Prozeß Jeanne d'Arc
1431 · 1456**

Hrsg. v. Ruth Schirmer-Imhoff
dtv 2909

Inge Jens:
**Dichter zwischen rechts
und links**

Die Geschichte der Sektion für
Dichtkunst der Preußischen
Akademie der Künste
dtv 2910

Am Hof der Hohenzollern
Aus dem Tagebuch der Baronin
Spitzemberg 1895–1914
Hrsg. v. Rudolf Vierhaus
dtv 2911

Herbst des Alten Handwerks
Zur Sozialgeschichte des
18. Jahrhunderts
Hrsg. v. Michael Stürmer
dtv 2914



**Anatomie des SS-Staates
Band 1**

Hans Buchheim: Die SS –
das Herrschaftsinstrument
Hans Buchheim: Befehl
und Gehorsam
dtv 2915

Band 2
Martin Broszat:
Konzentrationslager
Hans-Adolf Jacobsen:
Kommissarbefehl
Helmut Krausnick:
Judenverfolgung
dtv 2916

**Bewegt von der Hoffnung aller
Deutschen**
Zur Geschichte des Grund-
gesetzes. Entwürfe und
Diskussionen 1941-1949
Hrsg. v. Wolfgang Benz
dtv 2917

dtv-Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts

Hrsg. von Martin Broszat und Helmut Heiber

Hans Herzfeld:
Der Erste Weltkrieg
dtv 4001

Gerhard Schulz:
Revolutionen und Friedens-
schlüsse 1917–1920
dtv 4002

Helmut Heiber:
Die Republik von Weimar
dtv 4003

Ernst Nolte:
Die faschistischen Bewegun-
gen
dtv 4004

Hermann Graml:
Europa zwischen den Kriegen
dtv 4005

Erich Angermann:
Die Vereinigten Staaten
von Amerika seit 1917
dtv 4007

Karl-Heinz Ruffmann:
Sowjetrußland 1917–1977
dtv 4008

Martin Broszat:
Der Staat Hitlers
dtv 4009

Lothar Gruchmann:
Der Zweite Weltkrieg
dtv 4010

Thilo Vogelsang:
Das geteilte Deutschland
dtv 4011

Wilfried Loth:
Die Teilung der Welt
Geschichte des Kalten
Krieges 1941–1955
dtv 4012

Franz Ansprenger:
Auflösung der Kolonialreiche
dtv 4013



Politik und Zeitgeschichte

Erhard Eppler:
Ende oder Wende
Von der Machbarkeit
des Notwendigen
dtv 1221

Alfred Grosser:
**Geschichte Deutschlands
seit 1945**
Eine Bilanz
dtv 1007

Das Bündnis
Die westeuropäischen Länder
und die USA seit dem Krieg
dtv 1760 (März '82)

Bruno Kreisky
Die Zeit in der wir leben
dtv 1618

Georg Leber:
Vom Frieden
dtv 1576

Robert Leicht (Hrsg.):
Im Lauf des Jahres
Deutsche Dokumente 1981
dtv 1754 (Februar '82)

John Lukacs:
**Der letzte europäische Krieg
1939 – 1941**
Die Entmachtung Europas
dtv 1558

Jean Monnet:
Erinnerungen eines Europäers
Vorwort von
Bundeskanzler Helmut Schmidt
dtv 1565

Johannes Steinhoff:
Wohin treibt die NATO?
Probleme der Verteidigung
Westeuropas
dtv 1413

J. P. Stern:
Hitler
Der Führer und das Volk
dtv 1629

Carl Friedrich von Weizsäcker:
Wege in der Gefahr
Eine Studie über Wirtschaft
Gesellschaft und
Kriegsverhütung
dtv 1452

Deutlichkeit
Beiträge zu politischen und
religiösen Gegenwartsfragen
dtv 1687

Alfred M. de Zayas:
**Die Anglo-Amerikaner und die
Vertreibung der Deutschen**
dtv 1599

Als der Krieg zu Ende war . . . Deutschland nach 1945



Hans Graf v. Lehndorff:
Ostpreussisches
Tagebuch
Aufzeichnungen eines
Arztes aus den Jahren
1945-1947
dtv 2923

Käthe v. Normann:
Tagebuch aus Pommern
1945-1946
dtv 2905

Alfred M. de Zayas:
Die Anglo-Amerikaner
und die Vertreibung
der Deutschen
Vorgeschichte, Verlauf,
Folgen
dtv 1599



Alfred Grosser:
Geschichte
Deutschlands seit 1945
Eine Bilanz
dtv 1007

Thilo Vogelsang:
Das geteilte
Deutschland
dtv 4011

Karl Dietrich Erdmann:
Das Ende des Reiches
und die Entstehung der
Republik Österreich,
der Bundesrepublik
Deutschland und der
Deutschen Demokrati-
schen Republik
dtv 4222



Bewegt von der Hoff-
nung aller Deutschen
Zur Geschichte des
Grundgesetzes
Entwürfe und
Diskussionen
1941-1949
Hrsg. v. Wolfgang Benz
dtv 2917

Das Urteil von Nürnberg
1946
Mit einem Vorwort
von Lothar Gruchmann
dtv 2902

dtv